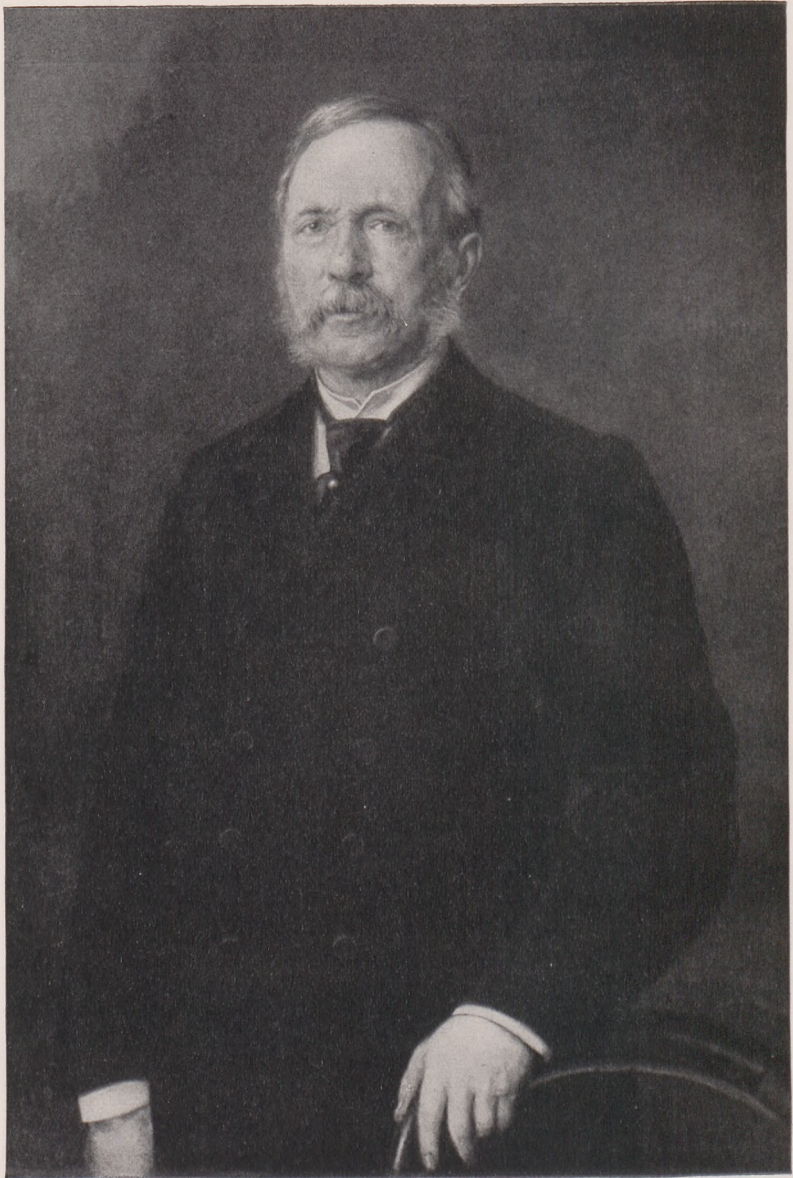


IM RING  
DER  
GEGNER  
BISMARCKS

*Politische Briefe  
Franz von Roggenbachs*

*1865 - 1896*



Franz von Roggenbach

Gemälde von Ernst Haensler

Im Ring der Gegner Bismarcks



Biblioteka  
Uniwersytetu Gdańskiego



\*1100880116\*

UNIwersYTET GDAŃSKI

Instytut Historii

ul. Wita Stwosza 55

skr. pocztowa 628

80-952 Gdańsk

H

1862

Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts  
HERAUSGEGEBEN DURCH DIE HISTORISCHE KOMMISSION  
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN

BAND 35

## Im Ring der Gegner Bismarcks

Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz von Roggenbachs  
mit Kaiserin Augusta und Albrecht von Stosch 1865—1896

Bearbeitet und herausgegeben

von

JULIUS HEYDERHOFF

1943

---

KOEHLER & AMELANG · LEIPZIG

*aus w. polsk. aut. w. mien. Kat.*

# Im Ring der Gegner Bismarcks

DENKSCHRIFTEN UND POLITISCHER BRIEFWECHSEL  
FRANZ v. ROGGENBACHS MIT KAISERIN AUGUSTA  
UND ALBRECHT v. STOSCH 1865—1896

*autor jut w. mien. Kat.*

*My*

BEARBEITET UND HERAUSGEGEBEN

VON

JULIUS HEYDERHOFF



---

KOEHLER & AMELANG . LEIPZIG

Ausstattung von Hans Bohn, Frankfurt a. M.

Copyright 1943 by Koehler & Amelang, Leipzig. Printed in Germany.  
Satz und Druck: Pierersche Hofbuchdruckerei Stephan Gelbel & Co., Altenburg, Thür.

## VORWORT DER HISTORISCHEN KOMMISSION

Der Antrag des Herausgebers an die Münchener Historische Kommission, die folgende Veröffentlichung aus dem Nachlaß des badischen Staatsmannes Franz von Roggenbach in ihre „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“ aufzunehmen, stammt schon aus dem Jahr 1935; er wurde noch von Erich Marcks vorgelegt und befürwortet. Erich Marcks wies damals darauf hin, daß diese Veröffentlichung, ebenso wie jene aus dem Nachlaß des Grafen Robert Heinrich von der Goltz, welche die Kommission bereits übernommen hatte (inzwischen erschienen als Band 34 der Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts), in den „Ring der Gegner Bismarcks“ führe – in den gefährlichsten Ring dieser Gegner insofern, als beide, der liberale süddeutsche Politiker hier wie dort der aus konservativen Kreisen kommende preußische Botschafter, die Möglichkeit hatten, hinter dem Rücken des verantwortlichen Ministerpräsidenten und Kanzlers, sei's mittel-, sei's unmittelbar, auf den König bzw. den Kaiser Wilhelm I. einzuwirken. Auch dieser neue Nachlaß der Bismarckzeit zeigt, vorwiegend in einer andern Zeitspanne und von einer ganz andern Seite her, aber in nicht minderer Schärfe, Widerstände und Gegnerschaften, Schwierigkeiten und Verkennung, mit denen Bismarck bei der Gründung wie beim ersten Ausbau seines Reiches zu ringen hatte. Und gerade hierin liegt die Hauptbedeutung auch dieser neuerschlossenen Quelle für die historische Erkenntnis.

Unser geschichtlicher Abstand vom Bismarckreich ist heute groß genug, um alles Für und Wider ohne Rückhalt anzuhören und gegeneinander abzuwägen. Wir wissen, daß das kleindeutsche Kaiserreich von 1871 eine notwendige Vorstufe unseres neuen großdeutschen Volksreichs war, und daß sein Schöpfer für immer in der Reihe der größten deutschen Staatsmänner steht. Aber wir sehen auch die zeitgebundenen Schranken dieser mächtigen staatlichen Schöpfung und ihre gefährlichen inneren Spannungen. Wir versuchen immer klarer zu erkennen, wo das

Gesunde, Dauerhafte, Zukunftskräftige in ihr lag und wo das Zersetzende, Innerlich-Brüchige, das Ungelöste — vielleicht Unlösbare. Hierzu wird, hoffen wir, auch die folgende Veröffentlichung beitragen. Sie zeigt die Anschauungen und die Kritik einer wichtigen Gruppe von Bismarcks Gegnern über den Zeitraum eines ganzen Menschenalters hin in einer manchmal fast überdeutlichen und grellen Schärfe. Es wird die Aufgabe der Forschung sein, diese Kritik ihrerseits wieder unter die kritische Lupe zu nehmen: herauszuschälen, wo ihre Sonde wirklich wunde Stellen aufzeigt und wo ihre Schneide sich gegen den Kritiker selbst wendet, weil seine eigene Grundeinstellung oder seine Erkenntnis der Tatsachen sich als falsch erweist. Erschütternd ist auch hier zu sehen, wie nicht zuletzt gerade die geniale Größe an sich den Widerstand ihrer Zeit herauszufordern scheint; wie die neuartige revolutionäre Kraft ihres Wesens auch sonst weitblickenden und edel denkenden Zeitgenossen fremd und feindlich ist und von ihnen mit persönlicher Leidenschaft, bis zum vergiftenden Haß erwidert wird. Auch um dieser Lehre willen scheinen die folgenden Briefe und Denkschriften der Aufmerksamkeit und des Studiums wert.

München, im August 1942.

Karl Alexander von Müller

Leiter der Abteilung

„Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“.



## VORWORT.

Mit der nachstehenden Publikation über Franz v. Roggenbach bringe ich meine vor mehr als einem Menschenalter begonnenen Arbeiten zur Geschichte des deutschen Liberalismus zu vorläufigem Abschluß. An ihrem Eingang steht die Gestalt des ersten rheinischen Liberalen J. F. Benzenberg, dem ich neben einer biographischen Schrift zwei kleine Briefsammlungen („Der junge Benzenberg“ und „Benzenberg, der Rheinländer und Preuße“) gewidmet habe; in der Mitte der deutsche Liberalismus der Bismarckzeit, den für die Periode des preußischen Verfassungskonflikts eine Aufsatzgruppe über Karl Twesten, für die „Sturmjahre preußisch-deutscher Einigung (1859-71)“ der erste Band eines von P. Wentzcke und mir herausgegebenen Briefwerkes behandelt; den Ausklang wird der badische Freiherr bilden, der lange Jahre die unerfüllt gebliebene staatsmännische Hoffnung der deutschen Liberalen war und hier als Gegner Bismarcks und tiefblickender Betrachter deutschen Staatsschicksals in seinen Briefen an Kaiserin Augusta und Albrecht v. Stosch erstmals zur Anschauung kommt.

Die langwierige und verwickelte Vorgeschichte der Publikation, die Etappen meiner durch zeitbedingte Schwierigkeiten und äußere Krisen meines Lebensganges häufig gestörten und für Jahre unterbrochenen Arbeit im einzelnen darzulegen, scheint mir durch kein sachliches Interesse geboten. Es genüge zu sagen, daß die ersten Vorbereitungen bis ins Jahr 1931 zurückgehen, daß die Bearbeitung der Briefftexte in die Jahre 1935-37 fällt und abgeschlossen war, als im November 1937 die Historische Kommission bei der Münchener Akademie der Wissenschaften meinen im Juli 1935 eingereichten Antrag auf Aufnahme der Edition in die „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“ annahm und die Drucklegung beschloß, die dann infolge der durch die Kriegsläufe entstandenen Schwierigkeiten zunächst in Frage gestellt schien, aber im Laufe des Jahres 1942 erfreulicherweise doch durchgeführt werden konnte. Dem Präsi-

dentem der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Historischen Kommission, Herrn Professor Dr. K. A. v. Müller, und dem Verlag gebührt deshalb auch an dieser Stelle hierfür mein von Herzen kommender Dank.

Für das Zustandekommen der Publikation bin ich ferner folgenden Persönlichkeiten und Instituten zu Dank verpflichtet: Herrn Geheimrat Dr. iur. Karl Samwer in Gotha, dem ersten Biographen Roggenbachs, für Benutzung des von ihm pietätvoll gehüteten Roggenbach-Nachlasses, der die hier abgedruckten Briefe der Königin und Kaiserin Augusta und die wenigen uns erhalten gebliebenen Briefe von Albrecht v. Stosch an Roggenbach enthält; dem Brandenburgisch-Preußischen Hausarchiv in Berlin-Charlottenburg bzw. den Herren Dr. Kurt Jagow und Dr. Ludwig Dehio für die Denkschriften und Briefe Roggenbachs an Augusta; Frau Elisabeth v. zur Mühlen, geb. Baronin v. Gayling und Großnichte Roggenbachs, auf Haus Ebnet bei Freiburg, für die von ihr bewahrten Briefe Roggenbachs an Stosch, auf die mich zuerst Professor W. Andreas in Heidelberg freundschaftlich hinwies. Im Roggenbach-Schlößchen Ehnerfahrnau bei Schopfheim hatte 1936 Frau Baronin Emmy v. Roggenbach die Güte, mich freundlich aufzunehmen und mir die von Roggenbach benutzten Wohn- und Arbeitsräume zu zeigen; auch die Wiedergabe des so charakteristischen, bisher unbekanntem Roggenbachporträts, das als Titelbild diesen Band schmückt, hat sie freundlichst gestattet.

Dankbar habe ich des weiteren der glücklichen Fügung zu gedenken, daß ich noch einige überlebende Mitglieder des Roggenbachschen Freundeskreises kennenlernen und reiche Förderung bei ihnen finden durfte. Baronin Margarete v. Loë in Bonn, die Tochter des mit Roggenbach nahe befreundeten, in den Briefen an Stosch häufig bezeugenden Generals (zuletzt Feldmarschalls) und Generaladjutanten Wilhelms I., darf ich hier an erster Stelle nennen. Ihre Erzählungen aus weit zurückliegenden „Segenhaus“-Zeiten, als sie Roggenbach bei der ihm so nahestehenden Fürstin Marie zu Wied täglich erlebte, waren mir ebenso wertvoll wie eine wichtige Briefgruppe der Publikation – über die Geffckenaffäre –, die aus ihrem Besitz stammt. Gleich neben ihr steht, meinem Dank leider schon entzogen, meiner Erinnerung wie eine Lebende gegenwärtig, Frau Geheimrat Elisabeth Heil,

Julius Jollys leidgeprüfte, geistesstarke Tochter; die seelenvollen Briefe, mit denen sie mich als Herausgeber des Jolly-Roggenbachschen Briefwechsels in fortgesetztem Gedankenaustausch mehrere Jahre bis zu ihrem Ende bedachte, gaben mir neben köstlichen Kulturbildchen tief eindringende Beobachtungen zur vergleichenden Charakteristik beider Staatsmänner; späterer Veröffentlichung durchaus würdig, spiegeln sie zugleich ihr heißes und gläubiges Gegenwartserleben in den Jahren des „Umbruchs“. Den Namen dieser Frauen, die mir auch aus persönlichem Umgang die oft gerühmte Ritterlichkeit und Herzensgüte Roggenbachs bezeugten, darf ich weiter die Namen der alemannischen Dichter Emil Strauß und Hermann Burte, des Gobineaubiographen und Rassenforschers Ludwig Schemann †, des mit Hans Thoma und der oberrheinischen Malerei eng verbundenen Kunstgelehrten Josef August Beringer † anreihen: sie alle haben mir im Gespräch ihre besondere Teilnahme an Roggenbach bekundet, der sich noch in seinen Freiburger Alterstagen im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts von einem Kenner wie Schemann in die Rassenforschung einführen ließ. Endlich sei es mir gestattet, auch an dieser Stelle Erich Marcks †, Fr. Meinecke, Herm. Oncken, Josef Hansen, Willy Andreas, Franz Schnabel und dem Stoschbiographen Ernst Schröder als älteren und jüngeren Fachgenossen für manchen Zuspruch und fördernde Hinweise aufrichtig zu danken. Zur Textgestaltung sei noch folgendes bemerkt: Auslassungen rein privater Mitteilungen sind durch die üblichen Punkte . . ., Zusammenziehungen sachlich unwichtiger Briefabschnitte durch eckige Klammern kenntlich gemacht, Rechtschreibung und Zeichengebung durchweg modernisiert. Wo in Briefen Ortsangabe und Datum unter dem Brieftext standen, habe ich beide jedesmal an die Spitze gezogen, damit der Leser diese zur Orientierung wichtiger Angaben stets an gleicher Stelle findet. Wenn diese Publikation zu einem tieferen Studium Roggenbachs anregt und der Neigung des Tages, ihn als bloßen „Liberalisten“ abzutun, entgegenwirkt, ist ihre Aufgabe erfüllt.

Düsseldorf, im Juli 1942.

Julius Heyderhoff.

## EINFÜHRUNG.

Den nachstehend neu erschlossenen Briefquellen, dem von Denkschriften begleiteten Briefwechsel des badischen Freiherrn Franz v. Roggenbach mit der Königin und Kaiserin Augusta und seinen Freundesbriefen an Albrecht v. Stosch, den Generaladmiral Wilhelms I., könnte man als passenden Sinnspruch die alte Mahnung: *audiatur et altera pars!* voranstellen; denn für das Zeitalter Bismarcks, das sie vor allem umfassen, liegt ihr historischer Erkenntniswert vornehmlich darin, daß sie von der Gegenseite kommen. In intimste Gegnerschaften Bismarcks, die ihm auf seinem langen Wege von der Ernennung zum Ministerpräsidenten bis zur Entlassung und zum Teil noch darüber hinaus zuteil geworden sind, öffnet sich uns hier ein tiefer und vielseitiger Einblick. In Briefaussprachen zwischen hohen und höchsten Angehörigen der höfischen, militärischen und politischen Welt um Bismarck erscheint Persönlichkeit und Werk des Reichsgründers als Gegenstand jahrzehntelanger Kritik, in die zuletzt noch Wilhelm II. und seine ersten Berater einbezogen werden. Sie beginnt beim Gasteiner Vertrag und endet mit der Krügerdepesche; sie berührt innere und äußere Lebensfragen des Zweiten Reiches, die wichtigsten Akte deutscher Politik und Staatsführung von den Tagen des Aufstiegs und der kontinentalen Machthöhe bis zu den weltpolitischen Fanfarenstößen der 90er Jahre und den ersten Anzeichen beginnenden Machtverfalls. Der Wortführer dieser Kritik ist der berufenste Sprecher der liberalen Generation Kaiser Friedrichs; als ihr übergangener und unerfüllt gebliebener Staatsmann hält er hier ein heimliches Gericht über das Deutschland Bismarcks und Wilhelms II. Ahnung und Voraussicht kommenden Unheils macht ihn zum Warner und Propheten: in scherhaften Kassandrarufern sagt er schon in den ersten Jahren nach Bismarcks Sturz den seinem Reiche drohenden Untergang voraus.

Nicht immer können wir dem lebenslangen Gegner und oft unzulänglichen Kritiker Bismarcks folgen; gerade als solcher setzt

er sich selbst berechtigter Kritik bei der Nachwelt aus. Immer aber, auch wenn er irrt, hat er Eigenes zu sagen, und neben manchem Fehlurteil stehen treffende Wahrsprüche. Aus seiner Spätzeit wenigstens schenkt er uns ein staatsmännisches Vermächtnis von Rang, von ungeahnter geistiger Tragweite und Wirkung. Das Ganze aber, in seinem problematischen wie in seinem wertbeständigen Gehalt, darf man wohl als große Überraschung bezeichnen. Wer hätte dergleichen von Franz v. Roggenbach erwartet? Galt er doch bisher nur als badischer Staatsmann aus der Vorgeschichte der Reichsgründung und Held zweier geschichtlicher Episoden, eines schon im Beginn gescheiterten Anlaufs nationaler Reform und eines einzigen gelungenen Werkes, der geistigen Organisation der 1872 eröffneten Straßburger Universität. Wie anders jetzt! Wieviel tiefer rückt diese Publikation die Randfigur dieses „Staatsmannes ohne Staat“ in den deutschen geschichtlichen Raum! Der nach nur vierjähriger Wirksamkeit zurückgetretene badische Minister wird zum staatsmännischen Betrachter von drei, ja vier Jahrzehnten deutscher und europäischer Politik: der Kritiker Bismarcks und des neuen Kurses, der den Wandel deutschen Staatsschicksals von den Tagen der Paulskirche bis an die Schwelle des ersten Weltkrieges erleben sollte, entwickelt als Staatsmann deutsch-liberalen Glaubens sein politisches Weltbild, das künftiger Geschichtsschreibung dieser Zeiten manches zu sagen haben wird.

## I.

Das Jahr 1865, in dem die Publikation beginnt, ist ein Schicksalsjahr in Roggenbachs Leben. Vier Jahre erst waren vergangen, seit er, ein wagemutiger Novize der Politik, ohne lange Vorbereitung die Leitung des Auswärtigen in seinem kleinen Heimatstaate übernommen hatte, um in hohem deutschen Sinne seine beste Kraft an die Einigung der Nation zu setzen und „mit der Besonnenheit, dem Mute, der Ehrlichkeit und der Zähigkeit, die den Erfolg verbürgen, die Partie in der deutschen Sache durchzuspielen“, – aber nur zu bald war dieser ideale Vorsatz in der harten Wirklichkeit an unüberwindlichen Hindernissen gescheitert: nicht der deutsche Staatsmann der Zukunft, zu dem ihn bekannte Wortführer der liberalen Nationalpartei voreilig aus-

gerufen, war aus dem badischen Vorstoß in der deutschen Frage hervorgegangen, sondern nur der schon im ersten Anlauf gestürzte Held einer schnell verklungenen Episode. Und doch trug sie ihm reiche Frucht. Der mutige Einsatz für das höchste nationale Ziel blieb ihm unvergessen und umwob seinen Namen in der liberalen öffentlichen Meinung mit noch lange nachleuchtendem Glanz. Denn auf dem gesamten Kampffeld der Nationalpolitik focht er in diesen ersten Sturmjahren preußisch-deutscher Einigung als weithin sichtbarer Streiter. Von jenem Septembertag 1860 in Baden-Baden, als er Wilhelm I. und dann Bismarck sein großes Bundesreformprojekt von 1859 vorgetragen hatte, bis zum August 1865 und seiner Baden-Badener Aussprache mit Bismarck und Wilhelm über den Gasteiner Vertrag war keine Frage von Bedeutung, keine innen- oder außenpolitische Krise ohne seine Beteiligung diskutiert und durchgekämpft worden, mochte es sich nun um die kurhessische oder polnische Angelegenheit, um den preußischen Verfassungskonflikt oder die Erneuerung des Zollvereins, um den Frankfurter Fürstentag oder das Schicksal Schleswig-Holsteins gehandelt haben. Wie wenig freilich war es bei alledem auf die Haltung Badens angekommen; wie souverän waren die beiden Vormächte des Deutschen Bundes über die fast einmütige Anerkennung des Augustenburgischen Erbrechts, mit der auf sein Betreiben Baden vorangegangen war, über den Entrüstungsturm der Nation und den Einspruch der Mittelstaaten im Kriege gegen Dänemark hinweggeschritten! Und war es etwa gelungen, Bismarck, den verhaßten Konfliktminister, auch durch die schärfsten Angriffe auf seine Person und sein System, mit denen man in Karlsruhe die preußischen Liberalen unterstützt hatte, durch die eindringlichsten Warnungen vor diesem zweiten Polignac und Lord Strafford, der den Hohenzollern das Schicksal der Bourbonen und der Stuarts bereiten würde, in seiner Machtstellung zu erschüttern? War er nicht im Gegenteil immer stärker und zuversichtlicher geworden, hatte er nicht positive Erfolge aufzuweisen und tat man auf die Länge nicht besser, allmählich an eine Verständigung mit ihm zu denken? Dazu die wachsenden Schwierigkeiten im eigenen Lande, die mangelnde Einheitlichkeit im Ministerium, die spürbare Auflehnung der Kollegen, vor allem des großdeutschen Lamey, gegen den Außenminister, der sich so Großes zugetraut

und Baden doch nur in Verlegenheiten gebracht hatte, vor allem in ein unhaltbar schlechtes Verhältnis zu der Präsidialmacht Österreich. Aus dieser Lage und entsprechenden Erwägungen, von denen hier nur einige angedeutet sind, aus der Einsicht in die Erfolglosigkeit seiner Vermittlungsbemühungen zwischen Bismarck und dem Augustenburger und der Besorgnis, das gereizte Rechtsgefühl der Nation durch offene Hinwendung zu Bismarck noch mehr zu verwirren, begreift sich Roggenbachs Rücktrittsgesuch nach dem Gasteiner Vertrag. Nur zögernd und ungerne ließ der Großherzog ihn gehen; denn innerste Gesinnungsgemeinschaft verband ihn mit dem bewährten Freunde und „Herzensminister“ seiner ersten Regierungsjahre; beide waren zartbesaitete Naturen, in denen Schmerz und Verstimmung über den Trennungsschritt noch lange nachklang.

Aber er war nun geschehen. Daß er zugleich und für immer das vorzeitige Ende jeder aktiven Staatsmannschaft für Roggenbach bedeuten sollte, konnte damals niemand ahnen, hätte am wenigsten er selber gedacht. Was er sich erhoffte, war vielmehr im Hinblick auf die herandrängende nationalpolitische Entscheidung ein größerer Wirkungskreis in den weiteren und freieren Verhältnissen eines kommenden Preußen-Deutschland. Fast gleichzeitig mit seinem Rücktrittsentschluß nimmt er eine höfische Verbindung auf, die die eben bezeichnete Richtung seiner Wünsche eindeutig erkennen läßt und ihn durch mehr als 15 Jahre seines Lebens begleiten sollte: bisher vertrauter politischer Berater und Mentor seines badischen Landesherrn, erscheint er nun in fast der gleichen Vertrauensstellung bei Augusta von Preußen. Das aufschlußreiche Dokument dieser Verbindung, sein von Denkschriften begleiteter Briefwechsel mit der Königin, eröffnet die nachstehende Publikation.

Zwei natürliche Gegner<sup>1</sup> Bismarcks erblickt man hier in streng geheimgehaltenem brieflichem Gedankenaustausch, dessen politische Substanz, zumal in ergänzenden Denkschriften, fast ausschließlich von Roggenbach herrührt, und den man sich durch mündliche Aussprachen bei Augustas alljährlichem Aufenthalt in Baden-Baden und Koblenz belebt und erweitert denken muß.

<sup>1</sup> Über Augustas Gegnerschaft unterrichtet am besten die Kölner Dissertation von Heinz Bosbach, Fürst Bismarck und die Kaiserin Augusta. Köln 1936.

Augustas politischer Ehrgeiz ist bekannt. In den Jahren der Reaktion, als sich um sie in Koblenz ein liberaler Gegenhof gegen Friedrich Wilhelms IV. legitimistisch-konservative Potsdamer Kamarilla gebildet hatte, und vollends in den Jahren der „neuen Ära“, als Liberalismus und nationale Idee wieder vordrangen und Männer ihres Vertrauens, voran ihr Liebling Freiherr v. Schleinitz, im Ministerium des Königs saßen, hatte sie sich als politische Leiterin ihres Mannes fühlen dürfen – seit Bismarcks Eintritt in die Geschäfte war ihr Wilhelm, zurückgekehrt zum Kern seines Wesens als Altpreuße und Offizier, mehr und mehr entglitten und in den Stürmen des Verfassungskonflikts und im Kampf um sein reorganisiertes Heer von ihrem vorwaltenden Einfluß frei geworden. Wie hätte sie als Frau den Urheber dieser Wandlung nicht fürchten und hassen sollen, in dem sie zugleich wie Roggenbach und ihre liberalen Freunde den Verderber Preußens sah und bekämpfen zu müssen glaubte. So hatte sie es trotz unzweideutiger Erklärungen des Königs über die Zwecklosigkeit ihres Tuns nicht an eindringlichen Vorstellungen fehlen lassen und sich vor allem im Frühsommer 1866 in täglichen dringenden Briefen voll düsterer Sorge dem von Bismarck so schwer erkämpften Kriegsende bis zuletzt leidenschaftlich widersetzt. Es bezeichnet sie ganz, daß auch die schlagendste Widerlegung ihrer Befürchtungen, der große Sieg, der durchschlagende Erfolg Preußens sie nicht eigentlich umstimmte. Nicht erleichtert und entspannt, mit neuen Sorgen blickt sie in die ihr stets umwölkt scheinende Zukunft. Sie war früh gealtert; Nervenschmerzen machten ihr viel zu schaffen; sie klagt über häufigen Schreibkrampf. Der Glanz, der von der strahlenden Anmut und geistigen Überlegenheit der Prinzessin von Preußen ausgegangen war, ist verschwunden, zum mindesten stark verblaßt. Immer deprimiert, eine „Trost- und Hilfsbedürftige“, die ihre „Verlassenheit“ beklagt, eine Kreuzträgerin, die sich Gretchens rührendes Geständnis: „Bin doch ein töricht-furchtsam Weib“ zu eigen machen könnte, scheint sie kaum fähig jener hoheitsvollen Aufwallung verletzten Stolzes, in der sie Bismarck einmal stehen ließ. Und doch gehört beides zu ihr wie das außerordentlich starke Pflichtgefühl der „sœur grise“, das sie in Kriegszeiten zu vorbildlichen Leistungen in der Organisation der Krankenpflege befähigte und noch in hohem Alter ihre körperliche Ge-



brechlichkeit mit eiserner Energie überwinden ließ. So hat sie auch, wie bekannt, an der politischen Beeinflussung ihres Mannes, die sie als zu ihrer Mission gehörend empfinden mochte, noch lange festgehalten. Aber anders als früher bedurfte sie nun dazu fremder Hilfe, auch zu ihrer eigenen Orientierung in der großen Politik, von der sie nur wenig erfuhr. Da erschien ihr in Roggenbach ein hochwillkommener, dankbar begrüßter Helfer. Politische Briefe hat sie zu verschiedenen Zeiten auch von ihrem rheinischen Freunde Ludolf Camphausen, dem liberalen Ministerpräsidenten des März 1848, von Schleinitz und dessen Unterstaatssekretär Justus v. Gruner erhalten; für die Jahre 1866–1871 und auch später noch einmal ist Roggenbach ihr wichtigster Berater und Beistand gewesen, zeitweise so etwas wie ihre rechte Hand. Der Einblick, den man in die intime Art ihrer Zusammenarbeit gewinnt, mehr noch der Gebrauch, den sie von seinen Zuschriften macht, gehört zu den wichtigen Ergebnissen der Publikation. Gleich der erste Brief, Roggenbachs Würdigung des Gasteiner Vertrags, zeigt den Hergang in einer seiner typischen Formen. Augusta will ein Schreiben ihres Mannes über den Vertrag, den Wilhelm „fast im Licht eines eigenen Erfolges“ ansieht, beantworten; sie schickt das Original dieses Schreibens nebst anderem Material an Roggenbach und benutzt dann in ihrer Antwort an den König wörtlich die ihr in Roggenbachs Brief gegebenen Formulierungen und Winke. Zwei Denkschriften Roggenbachs aus dem August und September 1866 kann man direkt als Entwürfe zu Augustabriefen an den König bezeichnen, in denen sie dann in längeren Auszügen wiederkehren, die so geschickt eingefügt und umgeformt sind, daß der Gemahl sie schwerlich als ursprünglich fremdes Geistesgut erkannt haben wird. Der nachlebende Historiker hat es leichter: er sieht in den Entwürfen Roggenbachs wohlgeformte, schwungvolle Schriftzüge durchstrichen und überdeckt von zittrig-wichtigen Bleistiftkorrekturen Augustas; mit sicherem Stilgefühl hat die Königin sie gerade dort angebracht, wo die zuweilen labyrinthisch-dunklen Satzgebäude des badischen Freiherrn nach übersichtlicher Vereinfachung rufen zu besserem Verständnis für den an militärische Kürze gewöhnten Gemahl. Mitunter scheint auch Augusta selber das Ergebnis einer politischen Aussprache mit ihrem Berater in einem Konzept festgehalten zu haben, das sie ihm dann zur

Prüfung übersendet; natürlich findet er nichts hinzuzusetzen. Auf jeden Fall darf man feststellen, daß er ihr in diesen Jahren in ihrer persönlichen Korrespondenz mit dem Könige bei Behandlung aktueller politischer Fragen als heimlicher Federführer und Ideenlieferant gedient hat; Bismarck würde ihn bei Kenntnis des Sachverhalts geradezu ihren Minister des Auswärtigen genannt haben. Der Inhalt der wichtigsten Denkschriften – alle sind im Gegensatz zu den Briefen ohne Datum und Ortsangabe, ohne Anrede und Unterschrift und gehen ihr nur durch sichere Hand zu – gäbe ihm dazu ein gutes Recht. Ihre eigenen politischen Äußerungen in ihren Briefchen sind so spärlich und zurückhaltend, daß man ihnen nur wenig entnehmen kann; im Ganzen der Korrespondenz wirken sie wie vorbereitende und überleitende Zwischenbemerkungen zu den umfassenden Darlegungen ihres Beraters und Freundes. Von ihrer Gesamthaltung gilt auch weiter das summarische Urteil von Erich Marcks, der sie in diesen Jahren als „deutsch, liberal und katholisch“ bezeichnet. In die beiden ersten Kategorien ordnen sich die wenigen, aber charakteristischen Bemerkungen ein, die sie zu den Verfassungsberatungen für den Norddeutschen Bund und zum preußisch-deutschen Problem macht; mit ihrer bekannten Katholikenfreundlichkeit und ihrem Drang, sich im protestantischen Preußen aller katholisch-kirchlichen Belange mit ausgleichendem Gerechtigkeitssinn anzunehmen, steht die mehrfache Behandlung der römischen Frage als außenpolitisches Problem wie als Frage der persönlichen Sicherheit des Papstes in vollem Einklang, nicht minder der liberale Katholizismus Roggenbachs und sein Hinweis auf Windthorst als eine für Augusta besonders wichtige Persönlichkeit und voraussichtlichen Feind Preußens.

Und nun er selbst: sein staatsmännisches Bild in diesen neu erschlossenen Denkschriften und Briefen, zunächst bis zum Abschluß der Reichsgründung. Nichts wäre falscher als die rein kritische Zuschauerhaltung seiner späteren Mannes- und Altersjahre schon für diese ihn aufs tiefste bewegende Zeit anzunehmen; beratend und helfend vielmehr zeigt er sich an ihren innen- und außenpolitischen Problemen in eifriger Mitarbeit beteiligt. So im Gedankenaustausch mit befreundeten geistigen und politischen Führern der liberalen Nationalpartei<sup>1</sup> wie den Historikern

<sup>1</sup> Veröffentlicht in dem von mir bearbeiteten Bd. I der Briefsammlung „Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks“, Bonn 1925.

Treitschke und Hermann Baumgarten, mit dem Kurhessen Friedrich Oetker, dem Mitbegründer des Norddeutschen Lloyd, H. H. Meier, so im Briefwechsel<sup>1</sup> mit seinem Jugendfreunde Julius Jolly, der 1867 die Führung im badischen Staatsministerium übernommen hatte. Was er ihm hier von seinen Erlebnissen im Nikolsburger Hauptquartier bei den Friedensverhandlungen mit Österreich, von seinen Berliner Eindrücken beim konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes und den beiden Zollparlamenten berichtet, wie er die Offenburger Verschwörung mißvergnügter badischer Liberaler gegen Jolly, den badischen Kirchenstreit und das herannahende Vatikanische Konzil beurteilt, das alles kehrt in gelegentlicher Erwähnung oder ausführlicher Variante in seinen Briefen an Augusta wieder, bildet aber nicht deren eigentliche Signatur. Die liegt vielmehr ganz offensichtlich in seiner Stellung zu den großen preußisch-deutschen Problemen: zum norddeutschen Verfassungswerk, zu den Gefahren der Weltlage in bestimmten außenpolitischen Konstellationen und zum heraufziehenden Kampf mit Rom. Er urteilt über die Verfassungsfragen als Bundesstaatlich-Konstitutioneller, der die Einführung der preußischen Verfassung in Hannover, Kurhessen und den anderen annektierten Gebieten als „juristische Uniformierungswut“ beklagt; er überspitzt als liberaler Reformier die scharfe Kritik an der Unzulänglichkeit preußischer Ressortminister bis zu dem kühnen Vorstoß einer „inneren Neubegründung des preußischen Staates“, mit der Wilhelm I. seine an Schlachtenruhm so glorreiche Regierung als notwendiger Ergänzung krönend beschließen soll; er bekennt in einer großen Denkschrift vom Juli 1871 am Vorabend des Kulturkampfes die Ulrich-v.-Hutten-Stimmung des liberalen Katholiken gegen eine reichsfeindliche Haltung Roms in denkwürdigen Formulierungen, die jedes bedingungslose Eintreten des Reichs für den „unfehlbaren, das heißt dem Jesuitenorden blind folgenden und mit absoluter Omnipotenz dienenden Papst“ als „zu den schlimmsten Folgen führend“ ablehnen und „die Erbfeindschaft Roms gegen die Einigung germanischer Rasse“ ebenso in Rechnung stellen wie „den konsequenten Krieg, der dort dem deutschen Geiste ge-

<sup>1</sup> Von mir ediert unter dem Titel „Franz v. Roggenbach und Julius Jolly, Politischer Briefwechsel 1847—1882“ in der Ztschr. f. die Geschichte des Oberrheins, N. F. Bd. 47 u. 48.

macht wird“. Zugleich spricht hier der weitblickende Diplomat, der dem besiegten Frankreich nicht ohne weiteres „den Schutz und die Vertretung katholischer Interessen und damit den Haupteinfluß auf 80 Millionen Katholiken in Europa“ überlassen will und deshalb empfiehlt, das nach der Auflösung des Kirchenstaates vom nationalen Italien erlassene „Garantiegesetz für den Papst“ zu einer von Deutschland mit übernommenen „Kollektivgarantie“ zu erweitern, aber nur unter genau formulierten Bedingungen, die angesichts der reichsfeindlichen Haltung der eben entstehenden Zentrumspartei „das Einstellen des Feldzugs der *ecclesia militans* und damit den konfessionellen Frieden verbürgen“. Als Zeugnis seiner staatsmännischen Einsicht und Voraussicht stehen diese gedankenschweren Darlegungen auf gleich einsamer Höhe wie seine noch kaum gewürdigten Sendschreiben an Treitschke aus dem Frühjahr 1870<sup>1</sup>. Beide wird man als Gipfelleistungen seiner politischen Denkkraft bezeichnen dürfen, die eine, weil sie mit feinstem Gefühl für die europäische Gesamtlage und in völliger Übereinstimmung mit späteren Erklärungen Bismarcks die vereinzelte Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund als kurzfristig-unreife Gefährdung für diesen schon vorhandenen „Kern und Keim eines deutschen Staates“ ablehnt und zugleich in der überlieferten „Staatlosigkeit“ der Süddeutschen den tiefsten Grund dieser Verirrung nachweist<sup>2</sup>, die andere, weil sie „der herrschenden Strömung auf Parlamentarismus in abgegriffenster Form“ das mit den historischen Grundlagen des preußischen Staates in Einklang gebrachte „konstitutionelle Königtum“ Treitschkes entgegenhält, zusammen mit dem schon früher, auch in den Denkschriften für Augusta geäußerten Wunsch nach „dauerhaften Institutionen“ für Preußen, die „eine kommende

<sup>1</sup> Vom 6. u. 12. Febr. 1870. (Vgl. den Wortlaut in Nr. 358 und 360 meines Briefbandes, *Deutscher Liberalismus . . . I*, 1925.)

<sup>2</sup> Die gleiche Erkenntnis ganz übereinstimmend bei Treitschke, *Deutsche Kämpfe*, S. 236 ff. Schon früher bei Immermann 1832 in seiner Kritik des süddeutschen Liberalismus (vgl. meinen Aufsatz über Imm. pol. Anschauungen in *Preuß. Jahrb.* Bd. 137, S. 245 ff.) und 1919 in klassischer Prägung des sprachlichen Ausdrucks bei Georg Dehio in dem Artikel der *Süddeutschen Monatshefte* „Politisch unbegabt?“ (wiederabgedruckt in seinen „*Kleinen Aufsätzen und Ansprachen*“, Privatdruck von 1930), besonders in dem Hinweis auf „die Umwelt ohne staatliche Erlebnisse“ und die reinen „*Privatleiden der Süddeutschen*“ im 17. und 18. Jahrhundert.

Reformpartei so konservativ und solide machen soll, wie deutsches Staatswesen, deutsche Freiheit und deutscher Rechtssinn nur sein kann“. Das war es, was er unter der „inneren Neubegründung des preußischen Staates“ verstand, die zum schwersten Schaden des Zweiten Reiches niemals eingetreten ist und deren Unterbleiben auch die geniale Improvisation der Bismarckschen Staatsschöpfung auf die Dauer nicht ausgeglichen hat.

Der hier zuerst sichtbar werdende Gegensatz in den Anschauungen Bismarcks und Roggenbachs soll an dieser Stelle noch nicht in seiner ganzen Tiefe aufgedeckt und umfassend behandelt werden. Da er sich durch die gesamte Publikation hindurchzieht, würde solche Behandlung den Aufbau dieser Einführung sprengen. Ein paar Beispiele aus den Briefen und Denkschriften an Augusta werden genügen. Vorschläge Roggenbachs für bestimmte außenpolitische Lagen und Gefahren können sich mit dem Handeln Bismarcks in ihnen weitgehend begegnen und doch die fundamentale Verschiedenheit beider Staatsmänner erkennen lassen. Ein krasses Beispiel völligen Auseinandergehens bietet das beiderseitige Verhalten in Nikolsburg. Nach einer noch kaum benutzten Mitteilung Gustav Freytags<sup>1</sup>, die in ihrer Substanz auf Roggenbach selbst zurückgeht und deshalb trotz des zeitlichen Abstands einiger Monate Glauben verdient, hat Roggenbach in den durch die angekündigte französische Intervention so kritischen Nikolsburger Tagen den an Kühnheit nicht zu übertreffenden Vorschlag gemacht, „den Österreichern eine zweite Schlacht zu liefern bei Wien, dann einen Heeresteil an der ungarischen Grenze stehen zu lassen, mit dem Gros im Gewaltschritt durch Bayern und Württemberg in die Nähe des Rheins zu ziehen, den unterworfenen Südstaaten gute Bedingungen zu machen, den Norden, wie geschehen, zu annektieren. Aber als Hauptsache den alten Bund nicht aufheben, nur Österreich hinauswerfen, alle Bundesstaaten in ihrer Pflicht halten, gegen das Ausland die Fortdauer des Bundes trotz veränderter Basis behaupten. Innerhalb des Bundes Parlament, Militär, Diplomatie usw.“ Roggenbach sei

<sup>1</sup> An Theodor Molinari, Leipzig 8. Dez. 1866. Den Wortlaut des Originals, das sich im Goethe-Schiller-Archiv in Weimar befindet, verdanke ich dem Stoschbiographen Ernst Schroeder, der den Brief zuerst verwertet hat (Ernst Schröder, Albrecht v. Stosch, eine Biographie, Berlin 1939, Ebering, Hist. Studien, Heft 353, S. 31 u. 107).

überzeugt, daß im Sommer 1866 nach Eindringen preußischer Heeresmassen der Süden heilfroh gewesen wäre, im Bunde zu bleiben, und daß Napoleon sich gehütet hätte, einen Krieg anzufangen; dann sofort das Parlament berufen. Mit Recht sagt Freytag: „Das wäre großes Spiel gewesen; es hätte wahrscheinlich zu einem Abfall der deutschen Provinzen Österreichs geführt oder doch diesen vorbereitet, einen zweiten Krieg erspart.“ Zum Schluß die wichtige Mitteilung: Diesen Plan durchzuführen, war der König und Kronprinz mutig, Bismarck nicht. Die Gefahren und die großen Möglichkeiten dieses nicht ausgeführten Projekts leuchten ein: welche Perspektiven eröffnet es! Die Angabe, daß es an Bismarcks Widerspruch gescheitert sei, ist ebenso wichtig wie sein reicher Inhalt für Roggenbachs Beurteilung unentbehrlich ist. Einige seiner bezeichnendsten Äußerungen aus dieser Zeit, die von dem landläufigen Urteil leicht gegen ihn ausgebeutet werden konnten, erscheinen nun in anderem Licht und werden jetzt erst menschlich verständlich. Seine scheinbar anmaßende Forderung an Bismarck, „ganze Arbeit zu machen und festzustehen im Kampfe, bis die wesentlichen Zielpunkte alles Ringens des deutschen Volkes seit 50 Jahren erreicht sind“, erhoben an demselben 1. Juli 1866, an dem er sich Bismarck zur Verfügung stellt, verliert jetzt diesen Klang, und selbst die bisher fast unbegreiflichen Sätze über „die selbstgeschaffenen Fesseln von Nikolsburg und Prag, eine weit schlimmere Zwangsjacke, als je der Deutsche Bund war“ (An Augusta, 19. Mai 1867), wird man mit anderen Augen lesen, wie auch die gleichzeitige Beurteilung Bismarcks als eines Mannes von großer Tatkraft, dem aber die Fähigkeit „zu gründen und zu gestalten“ abgehe wegen seiner „fast doktrinären Abneigung, irgendeinen festen Plan für sein politisches Handeln zu fassen“, ein Mißverstehen, das sich aus Roggenbachs logisch-systematischer Anlage erklärt: er sieht nur die wechselnden Sprünge der rastlos beweglichen, mit jeder Möglichkeit rechnenden Politik Bismarcks und verkennt völlig, daß sie dabei doch auf feste, nie schwankende Ziele gerichtet war.

Niemand, der die hier vorgelegten Denkschriften über den Luxemburger Streitfall, über die in dreimaligem Ansatz behandelte römische Frage, als sie im Herbst 1867 zu einem Brandherd internationaler Verwicklung zu werden drohte, über die im Frühjahr

1869 in gleicher Absicht von Beust, dem Kanzler der in Wien geplanten Revanche, zur Lähmung des neuen Deutschland angelegte orientalische Auseinandersetzung mit Aufmerksamkeit liest, wird ihrem Verfasser bestreiten, daß er bemüht ist, mit umsichtiger Abwägung aller Faktoren im Kräftespiel der großen Mächte den Weg zu bestimmen, der jeweils am besten den Interessen Preußens und Deutschlands entspricht. Das ist die ewige Aufgabe des Staatsmannes und da ihr Roggenbach, auch ohne offizielle Stellung, mit Bewußtsein dient, wird man seine Darlegungen beachten müssen. Neben Bismarcks ausweichender Behandlung der Luxemburger Frage, in der er durch die preußische Räumung der wichtigen Grenzfestung „die deutsche Empfindung durch einen gewissen auswärtigen Rückzug enttäuscht und abgekühlt hatte“ (E. Marcks), steht Roggenbachs rückblickende Kritik, die von einem „ungeheueren“ Erfolg der Napoleonischen Politik spricht, zunächst strategisch, weil „die für Preußen ganz wertlose Neutralisierung Luxemburgs die einzige Ausfallspforte gegen Frankreich verrammelt“, während „Frankreich selbst alle seine Angriffslinien gegen Deutschland offen behielt“, vor allem aber im Hinblick darauf, daß Napoleon sich hier „allen preußenfeindlichen Elementen in Deutschland als Garant der Nikolsburger und Prager Stipulationen (das heißt der Mainlinie und des Südbundes) praktisch erwiesen habe“. Statt diese Ermutigung aller Preußenfeinde – eine zweifellos eingetretene Folge – durch die Wiederholung des Nikolsburger Rückzugs vor der französischen Politik unbefugter „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands“ zuzulassen, hätte Roggenbach „die Macht- und Ehrenfrage“ Deutschlands gleich jetzt zum Austrag gebracht, in der Gewißheit, „das deutsche Nationalgefühl hinter den preußischen Armeen“ und nur ein alleinstehendes Frankreich als Gegner zu haben, da dessen präsumtiver Helfer, das Österreich Beusts, militärisch noch desorganisiert sei. Man erkennt auch hier den Mann, der kühn aufs Ganze geht, den Liebhaber durchgreifender und vollständiger Lösungen, dem bei ihrer Befürwortung aber nicht selten Bismarcks pupillarische Sicherheit des Blicks für das Mögliche und Erreichbare fehlt. Dagegen irrt er völlig in der Beurteilung seines großen Gegners, wenn er nach diesen Prämissen für die preußische Politik nur noch den Weg strenger Einhaltung des Prager Friedens und völligen und grund-

sätzlichen Verzichts auf den Anschluß der Südstaaten gegeben sieht, als ob sich Bismarck, der sich alle Wege offen hielt, jemals so dogmatisch starr hätte festlegen lassen.

Es ist der Kritiker Bismarcks, der im Hauptteil der Publikation fast ausschließlich zu Wort kommt, dessen Stimme schon hier im Vorspiel deutlich vernehmbar ist. Wohl kann er ihn gelegentlich unterstützen und sachlich weitgehend mit ihm übereinstimmen, – er ist ja ein Mann des Regierens und seine sarkastischen Bemerkungen über deutsche Parteien und „Koteriehäupter“ haben einen völlig Bismarckschen Klang –, aber sein innerster Trieb ist doch, sich von ihm zu distanzieren. So wird man niemals von ihm sagen können, daß er in gleichem Sinne wie die Droysen, Treitschke, Sybel, Baumgarten und so manche bedeutende Führer der Nationalliberalen „den Weg zu Bismarck“ gegangen sei. Er, der durch „die Überspielung und Verdrängung“ der liberalen Nationalpolitik durch Bismarck persönlich am schwersten getroffen war, hätte das Gefühl gehabt, sich damit selbst aufzugeben. In völliger Übereinstimmung mit Roggenbach, den Grundklang seines Denkens und Empfindens treffend, hat Gustav Freytag, der ihm in persönlicher Verehrung und durch die gemeinsame Freundschaft mit Albrecht v. Stosch eng verbunden war, im Juli 1869, als Bismarck erkrankt und längere Zeit beurlaubt war, an Stosch schreiben können: „Der Bann, welcher seit 1866 auf einen gelegt war, ist weggenommen. Wir haben aufgehört, Werkzeuge eines Einzelnen zu sein. . . . Die Lage eines preußischen Patrioten war bislang eine merkwürdig peinliche. Ein unsicherer, grilliger, aus schlechter Gesellschaft heraufgekommener Mann hatte durch Verwegenheit, Glück und wahrhaft große Qualitäten verstanden, sich so mit dem Ruhm und der Größe Preußens zu identifizieren, daß, wer ihn schlug, zugleich dem Staat wehe tat. Und doch wurden die Bornes seines Wesens immer störender und sein Wirken immer unberechenbarer.“ Damit vergleiche man Roggenbachs etwas frühere Äußerungen zu Jolly: „Ich weiß, was ist, und weiß so ziemlich, was fehlt, weiß, wie weit die Auflösung reicht, die das Charakteristische eines Zustandes ist, in dem alle Institution durch die grillenhafte Willkür eines Mannes ersetzt ist, und in welchem sich allmählich alle Werkzeuge zu versagen anfangen, weil er sie alle durch Mißbrauch und Vergewaltigung abgestumpft hat“ (26. Mai 1868). Die sachliche Kongruenz geht



noch weiter: wie Roggenbach vor Augusta seine Reformgedanken über eine „innere Neubegründung“ Preußens darlegt, so schreibt auch Freytag „an einem Memoire über die preußische und deutsche Zukunft und unsere Mittel und Wege“, so ist auch ihm „Vorbedingung jedes großen Fortschritts die innere Wiedergeburt Preußens“, die sich vor allem in Schule und Verwaltung vollziehen und dem Mißregiment der Mühler, Eulenburg und Lippe ein Ende machen soll. Und so ist schließlich auch im Persönlichen, in Lebensart und Weltanschauung, die Scheidewand, die diese reinsten Vertreter des liberalen Menschentums ihrer hochbürgerlichen Generation von der „andersgeformten Menschennatur“ Bismarcks trennt, unübersteiglich hoch aufgerichtet: keine Brücke des Verstehens führt von dem tugendstolzen Moralismus dieser Aristidesnaturen und „old important Wighs“ zu der Koriolansnatur des ihnen im preußisch-diktatorischen Kern seines Wesens ewig fremden Macht- und Willensmenschen Bismarck. Als das vorübergehende Bündnis zwischen Bismarck und seinen liberalen Helfern beim Reichsgründungswerk nach knapp zehnjähriger Dauer Ende der 70er Jahre zerbricht, stellt sich für Roggenbach mit innerer Notwendigkeit unter dem Eindruck schwerer Enttäuschungen durch den Gang der Reichspolitik das alte Feindverhältnis der Konfliktzeit wieder her, das fortan in immer neuer Begründung und nur ganz selten ein wenig gemildert den Grundton seiner Urteile über Bismarck bilden wird. Die schärfste, alle früheren Rücksichten beiseite setzende Bekundung dieser Gegnerschaft findet sich im zweiten Teil des Briefwechsels mit Augusta, der nach längerer Pause 1876 wieder einsetzt, in der großen Zeitwende von 1878–80 nochmals einen Höhepunkt erreicht und 1882/83 endet.

Es handelt sich in diesem bedeutungsvollen Dokument vom Februar 1879, dem eingehende Betrachtungen über den Kulturkampf, den Berliner Kongreß, die wirtschaftlich-sozialen Notstände, den Umschwung in der Zoll- und Handelspolitik vorausgehen und nachfolgen, um einen unverhüllten, in den schneidendsten Formen der Abrechnung geführten Angriff auf Bismarck. Der Reichsgründer wird als „Reichsverderber“ an den Pranger gestellt; ihm, seinem „desorganisierenden Geiste“ und seinem „streitsüchtigen und launenhaften Charakter“ wird die im Krieg aller Meinungen und Interessen immer weiter fortschreitende

„Auflösung der inneren Reichseinheit“ zur Last gelegt. Er, der „mit geradezu widersinnigen und halsbrecherischen Projekten ganz Deutschland in feindliche Atome wirtschaftlicher Rivalitäten auflöse“, der bei der Vorbereitung der neuen Schutzzoll- und Eisenbahntarifpläne ohne jede kollegiale Berührung mit Bundesrat und Staatsministerium die sachverständigen Ressorts durch „willkürlich komponierte, vorher auf ihre Meinung geprüfte Kommissionen“ beiseitegeschoben habe, damit diese „den Einfällen eines allmächtigen Gewalthabers eine sophistische Rechtfertigung verleihen“, trage persönlich die Schuld, daß die höchsten Regierungskreise sich in einem „Chaos voller Gefahren“ befänden. Der liberale Moralist sieht Deutschland „in einem Abgrund von innerer Haltlosigkeit, moralischer Verkommenheit und wirtschaftlichem Elend versinken“. Seine in so leidenschaftliche Worte gefaßte Anklage klingt aus in die Erwartung, daß der Kaiser sich demnächst genötigt sehen werde, „die Reichsleitung an nüchterne, geschäftlich weniger extravagante Personen zu übergeben“, um endlich der unausgesetzten Erschütterung aller Verhältnisse ein Ende zu machen. In Wirklichkeit war der „Erschütterer“, der „Auflöser aller Ordnung“ selbst auf dem Wege zu einer neuen, besseren Ordnung des Reichs, zu seiner wirtschaftlich-sozialen Festigung auf den Bahnen der Schutzzollpolitik und der „sozialen Botschaft“. So fallen die Anklagen Roggenbachs, soweit sie gegen Bismarck persönlich gerichtet sind, in sich zusammen; im großen gesehen, stellen sie die Dinge geradezu auf den Kopf. Die von ihm beklagten Mißstände, die verwüstende Wirkung des Kulturkampfes wie der rücksichtslosen wirtschaftlichen Interessenkämpfe, wird niemand bestreiten wollen; daß die Untersuchungskommissionen über die gewerblich-industrielle Notlage nicht immer einwandfrei berichteten, ist ebenso notorisch wie die Tatsache, daß die neuen Wege in der Handels- und Zollpolitik von der „bewährten Sachkunde“ der liberalen Geheimräte in den Ministerien abgelehnt wurden und daher nur gegen und ohne sie durchgesetzt werden konnten. Auf dem ordentlichen Dienstwege und mit Befragung aller Instanzen ist noch nie ein „Umbruch“ zustande gekommen und ebenso wenig ist Bismarcks Abkehr vom Liberalismus ohne leidenschaftlichen Widerspruch geblieben. Zu seinen bezeichnendsten Äußerungen wird neben Theodor Mommsens öffentlichem Protest von

1881 fortan Roggenbachs Anklage gegen das Bismarcksche Regierungssystem zählen, wie sie diese Publikation in seinem eben besprochenen Privatbrief an Augusta ans Licht bringt. An einem Wendepunkt der Reichspolitik unternimmt hier Roggenbach bei der Königin und Kaiserin Augusta denselben Schritt wie zwei Jahrzehnte zuvor in der gefährlichsten Krise des altpreußischen Königtums Albrecht v. Roon bei Wilhelm I. Der politische Standpunkt ist in beiden Fällen völlig entgegengesetzt, die Formen und Antriebe sind fast gleich. Der eiserne Kriegsminister des preußischen Verfassungskonflikts und sein liberaler badischer Antipode bedienen sich der gleichen geheimen Einwirkung auf dem Wege des Privatbriefs; beide bieten, der eine in eherner, der andere in beschwörender Sprache, alles auf, um den König und Kriegsherrn oder die „ruhmreiche Regierung des Kaisers“ vor „unauslöschlicher Befleckung“ zu bewahren, die Roon in jedem weiterem Nachgeben seines Königs an die liberalen Forderungen, Roggenbach in jeder weiteren „Solidarität des Kaisers mit den letzten Projekten Bismarcks“ sieht. Und wie Roon in gewaltigen Bildern dem am Scheideweg stehenden König die Bahnen weist, die ihn nach Abschüttlung der Fesseln liberaler Doktrin durch Kampf und Sieg auf die „beherrschenden Höhen des Lebens“ führen werden, so läßt Roggenbach vor Augusta das Schreckbild der Französischen Revolution als Endergebnis verhängnisvoller Getreidesteueroperationen des Kanzlers Ludwigs XV. auftauchen, um so zu verhindern, daß je ein Fürst des Hauses Hohenzollern, „das seine schönsten Ruhmestraditionen durch väterliche Fürsorge für das Wohl der ärmeren Klassen gewann“, sich zu dem Schritt bestimmen lasse, „die ungeheuerliche Maßregel der Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel in einem Augenblick sinkender Löhne und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit zu sanktionieren“.

Durch diese Bestimmung seines historischen Orts auf die Höhe der Geschichte gehoben, steht dieser leidenschaftliche und gefährliche Angriff Roggenbachs auf Bismarck inmitten des schon begonnenen Aufbruchs zu neuen autoritären Formen der Staats- und Wirtschaftsführung, deren Verständnis dem Staatsmann liberalen Glaubens verschlossen blieb: er konnte sie nur in strikter Ablehnung verwerfen und bekämpfen. Die Phantasie mag sich ausmalen, welchen Gebrauch von den hier gebotenen Argumenten

und den sachlicheren seiner Denkschriften Augusta bei der täglichen Frühstücksunterhaltung mit dem Gemahl gemacht hat, ein etwas müßiges Beginnen, denn nach dem berühmten „Niemals“, mit dem Wilhelm das Entlassungsgesuch Bismarcks von 1877 (vor dem großen Varziner Urlaub) zurückwies, konnte fremden Versuchen, ihn von seinem Kanzler zu trennen, erst recht kein Erfolg beschieden sein. Ganz unterblieben sind sie schwerlich; für ihre Fortdauer sprechen die zornigen Klagen, in denen Bismarck auf der Höhe des Kulturkampfes seinem Unmut über die Politik „des Harems“ und „des Unterrocks“ Luft machte. Im Dienste dieser Politik und der hohen Frau, die hinter ihr stand, hat sich auch Roggenbach in freiwilliger Hingabe lange Jahre bemüht. Wenn das dank Wilhelms unbeirrtem Festhalten unwandelbare Treuverhältnis zwischen Kaiser und Kanzler dennoch bis zu Beginn der 80er Jahre umstritten blieb, wird Roggenbach darauf nicht ohne Einfluß gewesen sein. Wie weit hatte er sich jetzt, am deutlichsten in diesem letzten Vorstoß, von der ihm natürlichen ruhigen Betrachterhaltung des Mannes entfernt, der sich einst (23. Dezember 1868) gerade Augusta gegenüber der „Objektivität seines Urteils bei völliger Abwendung von allen praktischen Parteibestrebungen der Gegenwart“ gerühmt hatte! Sein bisweilen erreichtes Ideal ist diese Objektivität dennoch geblieben, ganz im Sinne des von ihm verehrten älteren Freiherrn v. Stockmar, der als eigentlicher Lehrer des jungen Roggenbach in Politik und Diplomatie bezeichnet werden darf und als Berater König Leopolds I. von Belgien und des Prinzgemahls Albert von England mit seinen unparteiisch abwägenden Denkschriften hier wie dort ihr unsichtbar und geräuschlos wirkender Mitregent gewesen ist. Vieles spricht dafür, daß Roggenbach in solchem Wirken sein staatsmännisches Vorbild gesehen hat. Durchaus möglich auf dem Boden des Bürgerkönigtums und der parlamentarischen Monarchie, ist es kaum vorstellbar unter den ganz anderen Voraussetzungen Preußen-Deutschlands und seiner Begründung durch Bismarcks „waffenmäßige Großmachtspolitik“. Aber diese grundverschiedenen, ja sich ausschließenden Welten lagen damals im Denken vieler und nicht der schlechtesten Zeitgenossen eng beieinander und manche, nicht zuletzt Wilhelms Sohn, der spätere Kaiser Friedrich III., hielten sie in aller Unschuld für vereinbar. Wie Roggenbach, der ganz überwiegend

der liberalen Vorstellungswelt angehört, als politischer Berater Augustas zum immer ausgesprocheneren Gegner Bismarcks wird, haben wir gesehen; daß diese später noch verschärfte Haltung zur Dominante seines politischen Weltbildes wird, werden seine Freundschaftsbriefe an Stosch, den militärischen Vertrauten des Kronprinzen und Generaladmiral Wilhelms I., zeigen.

## II.

Mit Albrecht v. Stosch tritt in Roggenbachs Leben der bedeutendste und höchstgestellte militärische Freund, mit dem ihn Übereinstimmung der politischen Ansichten und persönliche Beziehungen von immer wachsender Herzlichkeit ein volles Menschenalter hindurch verbinden sollten. Gustav Freytag, der beiden nahestand und Stosch als Oberst und Generalstabschef des IV. Armeekorps im Otto v. Holtzendorffschen Hause in Gotha kennengelernt hatte, hat sie im Frühjahr 1867 in Berlin zusammengeführt, als sich Roggenbach dort während des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes aufhielt. Schon galt Stosch, der 1866 als Oberquartiermeister der Kronprinzenarmee das militärische und in persönlichem Umgang auch das politische Vertrauen des Thronfolgers gewonnen hatte, als einer der kommenden Männer der künftigen Regierung, mit der er in derselben Weise zu rechnen begann wie Roggenbach. Während des Deutsch-Französischen Krieges, in dem Stosch als Generalintendant die Verpflegung des Heeres vorbildlich leitete und in den Kämpfen an der Loire seine strategischen Fähigkeiten bewies, begegnen sich beide im Versailler Hauptquartier und pflegen häufigen und ergiebigen Austausch. Roggenbach „lebt hier mit den Diplomaten“, heißt es in einer Tagebuchaufzeichnung Stoschs vom 13. November 1870<sup>1</sup>, „er kennt alle politischen Velleitäten und spricht außerordentlich interessant davon“. Solchen „Politiker von Handwerk“ zu hören, scheint dem General „äußerst lehrreich“: „hier hat man alles schärfer und intensiver“. Dazu die schöne Art von Roggenbachs Vortrag: „er erfüllt mir meinen Raum mit prächtigen Gedanken, die noch lange in mir nachklingen“. Wohin diese Gedanken vornehmlich gingen, ver-

<sup>1</sup> Denkwürdigkeiten des Generals und Admirals Albrecht v. Stosch (ed. Ulrich v. Stosch), Deutsche Verlagsanstalt 1904, S. 206 ff.

rät uns ein weiterer Eintrag vom 20. November: „Ausflug nach St. Germain. Drei bis vier Stunden mit Roggenbach geplaudert und politisiert. Dann wurden wir uns nicht einig über die Personalbestimmungen im neuen Reich; wir müssen stillhalten.“ Welche Bestimmung sie sich selber zudachten, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Als symptomatisch für ihre Lage und Aussichten darf es gelten, daß in diesen Wochen politischer Hochspannung um das werdende Reich, um den Abschluß der Bundesverträge mit den Südstaaten und deren Annahme oder Verwerfung durch den Reichstag, in Wochen zugleich stärkster Belastung und Verärgerung Bismarcks plötzlich, wenn auch nur für einen Augenblick eine höchste Möglichkeit gesprächsweise auftaucht: am 7. Dezember 1870 bezeichnet Bismarck in langer, vertraulicher Aussprache mit Großherzog Friedrich von Baden<sup>1</sup> nach Aufzählung und Verwerfung aller anderen Kandidaturen Roggenbach als seinen einzig möglichen Nachfolger für den scheinbar ernsthaft erwogenen Fall seines Rücktritts. Und was noch schwerer wiegt: jede Wiederholung des Bismarckschen Abschiedsgesuchs, die sich in den folgenden Jahren mehrmals ereignen sollte, wird von den nun enger zusammenrückenden Freunden in demselben Sinne als Signal, sich für eine mögliche Nachfolge bereit zu halten und schlüssig zu machen, aufgefaßt und benutzt werden. Nur mit dem Unterschied, daß seit 1874 nach seinem völligen Rückzug in die Privatsphäre auf sein badisches Wiesengut Ehnerfahrdau bei Schopfheim und mehr noch nach Segenhaus bei Neuwied als Betreuer der verwitweten, ihm in enger Seelenfreundschaft verbundenen Fürstin Marie zu Wied nicht mehr Roggenbach, sondern Stosch, der 1872 in einen großen Wirkungskreis gestellte Chef der Admiralität, als der gegebene und zum Handeln berufene Mann der Situation erscheint. Dagegen entspricht es Roggenbachs Art, daß er auch in diesem Freundschaftsverhältnis ganz wie bei Augusta die Rolle des Helfers und politischen Beraters übernimmt, schon zu Beginn des Briefwechsels in scharfer Frontstellung gegen Bismarck. Untrennbarer Bestandteil des Ganzen und seinen Charakter in hohem Grade bestimmend, zeigt sich diese Haltung nicht nur in

<sup>1</sup> Vgl. Herm. Oncken, Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik 1854—1871, Bd. II, S. 235 ff.

seiner leidenschaftlichen Parteinahme für Stosch in allen Fällen der amtlichen Reibung und des persönlichen Konfliktes mit Bismarck, sondern ebenso sehr im Sachlichen: in der politischen Zeitkritik des staatsmännischen Betrachters. Zunächst sind es die 70er Jahre, die mit dem Hexensabbat unerfreulicher Erscheinungen der Gründerzeit noch einmal vorüberziehen in einem in den dunkelsten Farben gemalten Nachtbild des Bismarckschen Deutschlands in diesem ersten Jahrzehnt des jungen Reiches. Man glaubt die Weherufe Ludwig v. Gerlachs, des alten Rundschauers der Kreuzzeitung, zu hören, wenn Roggenbach „das steuer- und kompaßlose Schiff“ Deutschland unter seinem „zwischen Genialität und Tollheit hin- und hertaumelnden Führer“ durch die Wogen des Kulturkampfes fahren sieht, wenn er sich fragt, ob die Schiffsmannschaft, „die eitel Götzendienst mit ihrem toll gewordenen Steuermann treibt“, beim Ausbleiben des so oft verheißenen Sieges diesen „Götzen zerschlagen oder ob er es selbst tun wird“; wenn er bei den Parteien, vor allem den Liberalen, nur „gewalttätigen Mißbrauch der Macht“, nur „Spott und Hohn für jede Berufung auf Recht und Verfassung“ findet, um endlich aus allem das anklagend-schmerzliche, aber von seinem Standpunkt aus nicht unberechtigte Fazit zu ziehen: „Das deutsche Volk hat sich für Freiheit und selbstbestimmendes politisches Leben gleich unfähig gezeigt; seine militärischen Tugenden, ungestützt von jeder höheren fördernden Kulturidee, können nicht dauernd die präponderante Stellung sichern, die es allerorten ohne Klugheit, ohne Großmut, fast ohne Anstandsgefühl in Anspruch nimmt.“ Wer fühlte nicht die grenzenlose Enttäuschung, die tiefe Verbitterung des Mannes, der seine Ideale verraten sah und tiefer als fast alle Zeitgenossen die Wahrheit des Nietzschewortes: „Ein großer Sieg ist eine große Gefahr“ erkannt und empfunden hat! Während er in schroffer Abwendung von der Zeit einsiedlerhaft im „Dachsbau“ sitzt und „mit der offiziellen Welt auf Prügeln kommentiert“ lebt, drängt es Heinrich Geffcken, den von ihm nach Straßburg berufenen Staatsrechtslehrer, eben diese Welt aufzusuchen und sich in eitler, fast krankhafter Selbstüberschätzung vor Kaiser, Kronprinz und Bismarck als sozialer Missionar und versöhnlicher Friedensstifter im Kulturkampf (mit Windthorst's Vermittlung!) anzubieten, mit dem Erfolg einer geharnischten Abfuhr durch Bismarck, die von

Stosch mit grimmigem Behagen und sarkastischen Seitenhieben seines soldatisch-derben, das Richtige treffenden Menschenverstandes glossiert, von Roggenbach mit ruhig-entschiedener Zurechtweisung begleitet wird. So wenig wie die von ihnen über den Zwischenfall gewechselten Briefe durften hier Geffkens Entlastungsschreiben in eigener Sache fehlen; sie zeigen zugleich den früheren diplomatischen Vertreter Hamburgs, der mit Kaiserin Augusta und Gortschakow in Fühlung steht, als guten Kenner der großen Politik und bereit, in die sich eben entwickelnde „Krieg-in-Sicht“-Krise von 1875 in bismarckfeindlichem Sinne einzugreifen. Auch dieser kleine Diplomat steht auf seine Weise „im Ring der Gegner Bismarcks“, nicht anders als Roggenbach selbst, der ebenso, wie schon angedeutet, in allen Fällen des Zusammenstoßes zwischen Stosch und Bismarck handelt. Eine Probe mag seine persönliche Behandlungsart dieser im Briefwechsel ausführlich besprochenen Fälle zeigen, eine Probe, die erkennen läßt, auf wie weitem politischen Hintergrunde er diese Konflikte sah, wie er sie ausgetragen haben möchte, und die zugleich typisch ist für sein Verhältnis zu beiden Männern, deren innere Verwandtschaft als geborene Herrschernaturen er nicht bemerkt zu haben scheint. Als Stosch Anfang 1875 nach einer schon beigelegten sachlichen Kontroverse durch ihm zugetragene, angeblich ehrenrührige Bemerkungen, die Bismarck über Stosch in einem Kreise von Hofleuten gemacht haben soll, sich mit Recht verletzt fühlt, ist der Rat Roggenbachs, seines allzeit getreuen Sekundanten, auf einem Widerruf Bismarcks vor denselben Personen zu bestehen und, da er diesen vermutlich ablehnen werde, ein Schiedsgericht unter Vorsitz des Kronprinzen zu verlangen. Dann erwartet er, daß die Ministerkollegen Stoschs aus Bismarcks brüskem Vorgehen gegen den Marineminister eine „Korpssache“ machen und beim Kaiser vorstellig werden gegen die Autokratengelüste des Ministerpräsidenten, der nicht wie ein englischer Premier ein einheitliches Kabinett unter Entfernung ihm nicht genehmer Mitglieder bilden könne. Zu diesem „Offensivvorstoß“ aus vorher gesicherter Stellung soll die Mithilfe des Kronprinzen gewonnen werden mit der charakteristischen Begründung, er dürfe sich nicht alle die Omnipotenz Bismarcks einschränkenden Positionen nehmen lassen, um nicht zuletzt „hilf- und willenlos ihm und seinen Kreaturen nach Belieben aus-



geliefert“ zu sein. Eine der schwersten Sorgen Roggenbachs und des Kronprinzenkreises, die Sorge um das politische Schicksal des Thronfolgers, ist hier ausgesprochen; sie wird den Briefwechsel der Freunde noch lange Jahre durchklingen bis zu ihrer letzten traurigsten Erfüllung in der Scheinherrschaft des kaiserlichen Dulders. Fest in der Verteidigung, forsch im Angriff, zeigt sich der Freund und Berater auch vollkommen vertraut mit der jedes Mittel benutzenden Kampfweise des großen Gegners: er kennt die Neigung Bismarcks, bei der Abrechnung mit Widersachern ihre Vergangenheit auf etwa sich bietende Blößen und Angriffspunkte durchsuchen zu lassen, und warnt Stosch in diesem Sinne; mit wie gutem Recht, bestätigt dieser selbst durch drastische Schilderung eben dieses Verfahrens, des großen Akten-Kehraus im Auswärtigen Amt, um Material für einen zerschmetternden Schlag gegen Geffcken zu finden. Selbst der in seiner Schärfe bis zum äußersten gehende Satz, niemand verstehe wie Bismarck „das avilir, puis détruir“, nämlich „sein Opfer durch vergiftete Korrespondenzen in der öffentlichen Meinung zu erschüttern und bloßzustellen für künftigen tödlichen Streich“ wird sich kaum bestreiten lassen, hat er sich doch an Stosch selbst in der Vorbereitung seines 1883 erreichten Sturzes wörtlich erfüllt. Die Höhepunkte des immer wieder aufbrennenden, nur durch vorübergehenden Waffenstillstand unterbrochenen Kampfes wird man in Roggenbachs Briefen mit liebevoll-besorgter Teilnahme geschildert finden; nur widerstrebend folgt er nach Stoschs Rücktritt der Einsicht, daß für ein weiteres „Lanzenstechen mit dem Kanzler“ der nötige Rückhalt beim Kaiser und Thronfolger fehle, und der Freundeswillkomm für den nun sein Östricher Weingut pflegenden, von Segenhaus leicht erreichbaren Admiral endet mit der elegischen Feststellung: „Greisenalter der Gegenwart, Jämmerlichkeit und Unzuverlässigkeit der Zukunft!“

Es waren die Jahre der großen Zeitenwende, in denen in Deutschland „der Stern der liberalen Generation erblich“, die Jahre, in denen Bismarck nach „dem Tiefstand von 1881 sich zum zweiten Male Deutschland eroberte“ (E. Marcks) und die Massen der Jugend mit sich emporriß zu neuen Ideen und Idealen, zu einer strengeren von der älteren Generation so nicht gekannten Staatsanschauung. Erst auf dem Hintergrund dieser tiefen Wandlung, die wie so oft in unserer Geschichte eine kaum überbrückbare

Kluft zwischen Vätern und Söhnen aufriß und die wir noch viel zu wenig kennen, werden die Briefbekenntnisse Roggenbachs mit ihrer oft maßlos schroffen Verurteilung Bismarcks ganz verständlich. Hermann Baumgarten, der Straßburger Historiker, hat in seinen nun beginnenden Altersjahren die Verstimmung und hoffnungslose Trauer des älteren Geschlechts, das ganz wie Roggenbach seine Ideale verleugnet sah, ergreifend ausgesprochen<sup>1</sup>. Wenn er die Politik Bismarcks „zäsarische Demagogie“ nennt, wenn er die Erhitzung und Erniedrigung der Gegensätze durch die Wirtschaftspolitik beklagt, wenn er der rücksichtslosen Arbeit nur für den Augenblick vorwirft, daß sie vorübergehender Nützlichkeit die innere Gesundheit des Ganzen und die politische Moral opfere, und mit der Prophezeiung schließt: „dieser große Mann wird uns eine große Not hinterlassen“, so sind das ganz dieselben Klagen und Vorwürfe, die wir aus Roggenbachs Denkschriften für Augusta kennen und in noch gesteigerter Form, aber auch mit weltanschaulicher Begründung in seinen Briefen an Stosch finden. So, wenn er mit stiller und nur halb berechtigter Anspielung auf Treitschke den „Berliner Staatssofisten“, denen es bei ihren Lobliedern auf den Staat als das vollkommenste menschliche Gebilde gleichgültig geworden sei, „ob die Individuen dabei zu abgerichteten Maschinen verkrüppeln“, sein eigenes liberales Bekenntnis als Sprecher des Liberalismus entgegenhält: „Wir ändern, die umgekehrt den Staat nur dann wohlbestellt halten, wenn er auf menschlich tüchtig entwickelten, zur Freiheit erzogenen und derselben fähigen Individuen mit staatlichem und nationalem Gemeinsinn begründet ist, können und wollen mit diesem System nichts zu tun haben und sagen ihm ein klägliches Ende voraus, sowie entweder der energische Wille fortfällt, dem die armseligen Puppen auf Pfiff und Jagdhieb parieren, oder wenn irgendein ernster Zwischenfall, zum Beispiel eine unglückliche, nicht rasch verlaufende Kampagne, das System in die Notwendigkeit versetzt, nicht im Kalkül vorgesehene Hilfe zu beanspruchen.“ Es sind die in der preußischen Reformzeit und im Erlebnis der Befreiungs-

<sup>1</sup> Vgl. die feinsinnige Schilderung von E. Marcks in seiner biographischen Einleitung zu Baumgartens „Historischen und politischen Aufsätzen und Reden“, Straßburg 1894, S. CX ff.

kriege wurzelnden Überzeugungen eines staatsbejahenden und mit echtem Gemeinschaftssinn verbundenen Liberalismus, die in großen Krisen unserer Geschichte wiederkehren und 1861 in Karl Twestens Kampfschrift „Was uns noch retten kann“, 1917 in Friedrich Meineckes Vortrag „Die deutsche Freiheit“ klassische Formulierung gefunden haben. Es war die Schwäche und das Verhängnis dieser Zeit, daß diese Forderungen und Überzeugungen ebenso wie ihre Korrelate, der Gedanke des nationalen Machtstaates und der sozialen Volksgemeinschaft, sich im Gesamtbewußtsein der Nation nicht durchsetzen konnten, das ihr ja trotz ihrer staatlichen Einigung im Reiche Bismarcks noch immer fehlte unter dem fortwährenden Gegendruck partikularistischer Gewohnheiten, konfessioneller und klassenkämpferischer Zerklüftung. Loki und Hödur hatten in der Seele des deutschen Urwählers noch freies Spiel. Es schmerzt, auf ihrer Seite gelegentlich auch Roggenbach zu finden, wenn er sich nicht scheut, in dieser Zeit wirtschaftlicher und sozialer Festigung des Reichs von einer „wilden, zerstörenden Revolutionsperiode“ zu sprechen, von einer „Mißregierung“, auf deren Ende er hofft, vom Tage der „Abrechnung und des Gerichts“, vom „Aufräumen im Augiasstall“. Aus der inneren Reform liberaler Prägung, die er vor einem Jahrzehnt von Wilhelm I. gewünscht hatte, ist jetzt die Aufgabe „restaurierender Reform“ geworden, die er für die sich nähernde Regierung des Nachfolgers gegeben sieht, nicht ohne die Feststellung, daß „nicht viele dieser Aufgabe gewachsen sein würden, die durch die Malariaschichten der gegenwärtigen politischen Atmosphäre gewandelt seien“.

Der bittere Ton des gegen den „furibunden Vezier“ und die „unergründliche Dummheit“ seiner Gefolgschaft Vorwurf auf Vorwurf schleudernden Anklägers Bismarckscher Regierungsmethoden – „der reinste Sonnemann“, wie er uns in der Frankfurter Zeitung als das „schlechteste, unwissendste und feigste der Völker“ behandelt, hätte Karl Hillebrand von dieser wie von Bruno Bauers „Charakteristik der Bismarckschen Ära“ gesagt<sup>1</sup> –, die ständige Auflehnung gegen den „auf Gewissen und Denk-

<sup>1</sup> In einem am 20. Aug. 1880 an Hans v. Bülow gerichteten Brief über das Bauersche Buch, den ich mit anderen Briefen des großen Kritikers und Essayisten 1931 im 224. Bande der Preuß. Jahrbücher veröffentlicht habe.

kraft“ des deutschen Volkes angeblich lastenden Druck wird auch dann nicht von einem helleren Klang, von einer freudigeren Stimmung abgelöst, wenn sich der Blick des Zeitbetrachters dem unausbleiblichen Regierungswechsel und der Persönlichkeit des Thronfolgers zuwendet. Wie wäre das auch möglich, wenn sich seinem illusionslos prüfenden Auge die strahlende Heldenerscheinung des Siegers von Königgrätz und Wörth immer mehr als politische Traumgestalt enthüllt, ohne festen Willenskern, aufgewachsen zwar in den Gesinnungen des Liberalismus und ihnen dauernd ergeben, schwerlich aber der Mann, ihnen im Staate Geltung zu verschaffen gegen einen Gegner wie Bismarck. Die Auflösung dieses Traumbildes und der sie begleitende Prozeß fortschreitender Zersetzung des Kronprinzenkreises durch von Bismarck geförderte Intrigen Albedylls und Waldersees spiegelt sich, von Roggenbachs rastlosem Spürsinn aufgedeckt, in einem Großteil seiner Briefe aus den 80er Jahren. Gleich zu Beginn fällt ein Urteil von erbarmungsloser Schärfe, das dem Kronprinzen, der „so lange Jahre alle Demütigungen, alle Schmach, fast Todesstöße für Würde und Ansehen seines Hauses und der Krone schweigend und beschönigend hinnahm“, auch nicht irgendeinen „männlichen Entschluß“ mehr zutraut. In vollem Einklang hiermit lautet 1883 nach den glänzend verlaufenen Repräsentationsbesuchen am spanischen, am italienischen Hofe und beim Papste der Wahrspruch, er habe mit der Schaustellung seiner Person, des sattsam bekannten „schönen Mannes“ nirgends den Eindruck eines „ernsten politischen Mannes“ gemacht, „mit dem Staatsmänner fremder Länder zu rechnen, geraten finden könnten“. Noch einmal steigt das Barometer der Hoffnungen, als nach einem schweren Ohnmachtsanfall Kaiser Wilhelms im Sommer 1885 die Thronfolge endlich vor der Tür zu stehen scheint und ein zweitägiges Zusammensein mit dem Kronprinzenpaar auf der Insel Mainau Roggenbach Gelegenheit gibt, dem Kronprinzen selbstentworfene Vorlagen für die ersten Regierungsproklamationen zu überreichen, die, wie er höchst bezeichnend schreibt, „die verbündeten Regierungen gegen Gefährdung ihrer Stellung sichern, die altpreußischen Kreise beruhigen und dem Kronprinzen selbständigen Boden gegen Bismarck unter die Füße schaffen“ sollen. Das letzte vor allem; auf diese Festigung kommt ihm am meisten an. Darum kommt er

auf sie zurück, nachdem als wichtiges und schon bekanntes Ergebnis der hier in allen Details geschilderten Begegnung der von Roggenbach, dem Großherzog und Viktoria schwer erkämpfte Verzicht des Kronprinzen auf seine Lieblingsidee, sich in Fortführung der mittelalterlichen Kaiserreihe Friedrich IV. zu nennen, erreicht ist. In einem ausführlichen Brief an den ihm befreundeten, dem Kronprinzenpaar als intimer politischer Berater dienenden Freiherrn Ernst v. Stockmar legt er aufs genaueste dar, daß ein mit „Wille und Einsicht“ ausgestatteter Fürst, der kein roi fainéant und nicht meinungslos in den wichtigsten Staatsfragen sein wolle, Bismarck nicht in fortlaufendem Dienst übernehmen dürfe, sondern sich vorbehalten müsse, ihn nach sichtbar gemachter Zäsur mit seinen zur Verfügung gestellten Ämtern neu zu betreuen und ihm die Neubildung des Ministeriums zu übertragen nach vorheriger Stellungnahme zu den in den Mainauer Proklamationen verkündeten Regierungsgrundsätzen. Um so schmerzlicher dann seine Enttäuschung, als er im nächsten Jahr 1886 nach abermaliger Begegnung in Bad Homburg feststellen muß, daß Kronprinz und Viktoria jetzt ganz in Bismarcks Fahrwasser segeln, daß sie mit ihm wie mit Herberts bedingungsloser Nachfolge rechnen, daß ihnen „jeder Gedanke an Erschütterung der exorbitanten Machtstellung des Kanzlers und seiner nachwachsenden Dynastie fernliege“, mithin der kommenden Regierung der Charakter einer „Schattenexistenz“ gesichert sei. Und wieder ein Jahr weiter zieht er für Stosch und den ganzen Freundeskreis das Fazit: „Wir alle sind unten durch“ (4. April 1887). Die Schlußworte dieses Briefes: „Hoffnungsloser sah ich die Dinge noch nie. Der Kronprinz soll nach Ems. Sein Halsleiden gefällt mir gar nicht“ fallen schon wie Erdschollen auf einen bereitstehenden Sarg.

Nun wird die bald als lebensgefährlich erkannte Krankheit mit allen Fragen und Folgen für Dynastie und Reich zum Hauptthema der Briefe und bleibt es bis zum Ausgang der 99 Tage. Spricht schon hieraus die enge Verbundenheit Roggenbachs und Stoschs mit dem Kaiserhause, so wird sie noch stärker bezeugt durch eine Aussprache Roggenbachs mit Prinz Wilhelm im Salonwagen des Gotthardzuges auf dem Baseler Hauptbahnhof und durch einen zehntägigen Besuch in San Remo. Beide Begegnungen stehen schon im Schatten eines unabwendbar ge-

wordenen Geschicks. Ausführliche Berichte über ihren Verlauf und menschlich-politischen Inhalt halten ihre Bedeutung fest. Der Berater Augustas, der mit Wilhelm I. am Ausgang der 50er Jahre die Fragen der Regentschaft besprach, erlebt jetzt mit dem Enkel die Wiederkehr des Gleichen und versucht sich noch einmal in der ihm gemäßen Rolle des fürstlichen Mentors; der generations- und herzensnahe Freund des todgeweihten Sohnes, der alle auf diesen gesetzten politischen Hoffnungen welken sah und sich nun, im Sinn seines Lebens getroffen, „in Tagen um Jahre gealtert“ fühlt, übt in Goetheschem Sinne „die Kräfte des Guten“: im Familienzweist in San Remo erscheint er als Geist des Friedens und der Versöhnung. Inmitten so starker seelischer Beanspruchung bewölkt sich zusehends der außenpolitische Horizont und verlangt die ganze Aufmerksamkeit des staatsmännischen Betrachters. Einkreisungsgefahr bedroht die Sicherheit des Reiches. Als Möglichkeit stets vorhanden, scheint sie jetzt Wirklichkeit zu werden für das Reich der Mitte. Es entspricht dem Ernst der Bedrohung wie der Bedeutung, die Roggenbach in Anspruch nehmen darf, wenn wir seine außenpolitischen Gedanken der 70er und 80er Jahre an dieser Stelle kurz überblicken.

Es sind Betrachtungen eines von jedem Sicherheitsgefühl weit entfernten Mannes, der Bismarcks vielberufenen „cauchemar des coalitions“ durchaus teilt, zugleich aber von schärfstem Bismarck-Ressentiment erfüllt ist. Mehr noch als in seinen essigsauerer Bemerkungen zur Innenpolitik folgt er hier hemmungslos dem Trieb, den anerkannten Meister des diplomatischen Spiels als solchen nicht gelten zu lassen, einen schwachen Punkt zu finden, an dem er die Leistung des anderen entwertend kritisieren kann; muß er an der Jahreswende 1882/83 anerkennen, daß das Reich einen Höhepunkt europäischer Machtstellung erreicht habe, so spricht er von der Gunst der Lage oder dem „Glücksstern“, aber mit keinem Wort von Bismarck. Dem Hüter des europäischen Friedens, der sich als solcher in der großen Balkankrise vor und nach dem Russisch-Türkischen Kriege und auf dem Berliner Kongreß bewährt hat, wirft er vor, er habe „als anspruchsvoller Regulator der europäischen Geschichte“ 1876 Europa einem großen Kriege zutreiben lassen und 1878 nicht verhindert, daß Rußland, tief verletzt durch die nur durch Bismarcks „übel-

wollende Passivität“ ermöglichte, rußlandfeindliche Revision des Friedens von St. Stefano, den Berliner Kongreß als sich selbst darbietender Alliiertes Frankreichs verlassen habe. Fortan erscheint in seinen Betrachtungen der russisch-französische Zweibund, dessen erst 1892 erreichten Abschluß die überlegene Staatskunst Bismarcks stets zu verhindern gewußt hat, als angeblich schon 1879 in Genf stipulierte Präliminarallianz und feststehendes Faktum steter westöstlicher Bedrohung. Von ihm ausgehend, sieht er in Deutschlands angeblich präponderierender Machtstellung ein „langsam abbröckelndes Kartenhaus“, im 1879er Bündnis mit Österreich „den Griff nach einem Strohalm“; über dem Beitritt des republikanisch unterwühlten Italien, den er nicht als Machtzuwachs taxiert, steht sein ahnungsschweres Wort, die dynastische Freundschaft (Kronprinz-Umberto) werde sich machtlos erweisen gegenüber dem Drängen der Partei der nationalen Ambition. Als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre auf den balkanischen Brandherden Serbien und Bulgarien aus den hier sich kreuzenden Machtinteressen Österreichs und Rußlands ein neuer europäischer Kriegsbrand sich zu entzünden droht und gleichzeitig ein Ausbruch der französischen Revanchelust während der Boulangerkrise zur akuten Gefahr wird, sieht er „den Augenblick gekommen, das Netz, das sich um uns bildet, zu zerreißen“ und scheut wie 1867 in der Luxemburger Frage und in Übereinstimmung mit Moltke-Waldersee auch vor einem Präventivkrieg nicht zurück, dessen Aussichten er nach der voraussichtlichen Mächtegruppierung und dem deutschen Bewaffnungsvorsprung abwägt und günstig findet. Bismarck dagegen, der ihn auch diesmal ablehnt, wird als Mann des „après nous le déluge!“, als Vabanquespieler, der auf friedensichernde Zwischenfälle rechne, mit harten und härtesten Worten verurteilt: das alles vor einem militärischen Kenner wie Stosch und schwerlich ohne dessen weitgehende politische Zustimmung. Als Abschluß dieser Erwägungen dann eine Gesamtansicht deutscher Politik, die mit der Feststellung: „Sie geht aus den Händen des Kanzlers in der schwachen Position: Feinde ringsum, als Freund kaum niemand mehr als das unzuverlässige Österreich“ die Leistung Bismarcks zwar herabsetzt und verkennt, um so klarer aber auf eine Gefahr hinweist, der die Schwäche der Epigonen 1914 nicht gewachsen war. Auf sie traf seine Prophetie zu: „Wir sind jetzt und werden

später nicht nur die Angegriffenen, sondern die Überfallenen sein, ohne daß wir vor dem äußersten Moment zur Aktion übergehen“ (26. September 1887). Und endlich noch einmal die gleiche Prophezie, ebenso einseitig, aber noch großartiger gefaßt, im Juni 1889. Wieder erscheint Rußland als voraussichtlicher Angreifer, „zu unterstützender Aktion gezwungen durch Bewegungen auf dem Balkan“ und die russischen „Agitationsparteien“, gegen deren „Flatterminen“ es keine Sicherung gibt, am wenigsten durch den Dreibund. Statt uns zu schützen, „macht er uns nur solidarisch mit Österreichs Doppelzüngigkeit und seinem ehrgeizigen Treiben mit ungenügenden Kulturkräften südlich von Drau und Save und führt dadurch erst die gefährliche Konjunktur herbei, die mit einem Weltkrieg enden wird“. Auch daß Italien und Rumänien in dieser Lage alsbald einen Vorwand finden würden, „sich aktiver Mitarbeit“ auf deutscher Seite „zu entziehen“, hat er vorausgesagt.

Gehört es zu Bismarcks Größe, daß er, vom Staatsgeschäft in der Reibung des Augenblicks festgehalten, mit ganzer Kraft in den stets wechselnden Konstellationen der Politik lebt und ihre Anforderungen mit der Sicherheit des Instinkts und mit feinsten Berechnung meistert, wie es zu allen Zeiten die großen Handelnden, die eigentlichen Beweger der geschichtlichen Welt tun, so haben neben ihnen doch auch die betrachtenden Geister ihr eigenes Recht und ihre besondere Aufgabe. Sie liegt im denkenden Erfassen des Schicksalsweges einer Nation aus den konstanten Grundlinien ihres Charakters, in der lichtvollen, erleuchtenden Erörterung der großen politischen Vorgänge und Veränderungen in ihr selbst und bei den umgebenden Nachbarvölkern. Zu beidem hat Roggenbach als staatsmännischer Betrachter natürliche Neigung und ausgesprochene Begabung besessen, der man unter den Politikern des Bismarckschen Deutschlands bei der Enge ihres Parteidenkens kaum noch, höchstens bei Einzelgängern und Außenseitern, begegnet. Nicht zufällig hat er selbst zu ihnen gehört. Mehr noch als bisher werden diese Neigungen und Fähigkeiten bei dem Kritiker des neuen Kurses zu Wort kommen.

### III.

Mit der Regierung Wilhelms II. beginnt ein neuer, der letzte Abschnitt des Stosch-Roggenbachschen Briefwechsels. Er wird uns,



wie schon eingangs angedeutet, mit dem wertvollsten politischen Gedankengut Roggenbachs, seinem staatsmännischen Vermächtnis aus den 90er Jahren bekannt machen. Zuvor aber sollte ihm nicht erspart bleiben, in den rücksichtslosesten Formen in den Geffckenprozeß um das Andenken Kaiser Friedrichs hineingezogen zu werden infolge eines nicht ganz unbegründeten Verdachts bismarckfeindlicher Beeinflussung des jungen Kaisers. Der Geffckenprozeß und Roggenbachs Hineinziehung in ihn nach Haussuchung und Briefbeschlagnahme in Ehnerfahrau brauchen hier nicht dargestellt zu werden, da alles in den Briefen sehr ausführlich und mit neuen Einzelheiten, besonders zur Entstehung des Verdachts, zur Sprache kommt; nur zur Beurteilung und Sinngebung des Ganzen seien einige Worte gestattet. Was hier vor sich geht, ist letztlich der in voller Öffentlichkeit sich abspielende Schlußakt eines jahrzehntelangen heimlichen Kampfes, den der Spitzenkreis der Bismarckfronde gegen Bismarck führt und in den dieser jetzt nach seiner Art mit Einsatz aller Kampfmittel eingreift, um zwei seiner alten, ihm nun faßbar gewordenen Gegner, die sich „als Ratgeber zweifelhafter Befähigung“ wie früher an den Kronprinzen und Kaiser Friedrich, so jetzt an Wilhelm II. heranmachen wollen, mit wuchtigem Endschlag zu vernichten. Daß Bismarck von sich aus berechtigt war, die politische Betätigung Roggenbachs und Geffckens im Sinne dieser von ihm selbst gebrauchten Kennzeichnung aufzufassen, zeigt der bisherige Inhalt der Publikation immer wieder, zuletzt und am deutlichsten in zwei bei Geffcken beschlagnahmten Briefen Roggenbachs über Absicht und Inhalt einer dem Kaiser zugedachten, aber nicht an ihn gelangten und auch publizistisch nicht verwerteten Denkschrift: „Ausblicke in die Regierung Wilhelms II.“ Wenn auch die Tatsache der von Roggenbach angeregten, in ihrer Geffckenschen Fassung aber von ihm als unpassend erkannten und deshalb unbenutzt gebliebenen Denkschrift und der ganz Roggenbachsche Grundgedanke, „in dem noch jugendlichen Kaiser die weitesten, zur größten Herrscherleistung allein fähig machenden politischen und historischen Gesichtspunkte und Horizonte zu entwickeln“, vor der unbefangenen prüfenden Nachwelt nicht entfernt ausreicht, ihm „Verschwörungs“absichten vorzuwerfen, so blieb doch die durch die Briefe für ihn geschaffene Situation so, wie sie der gerade

Soldatenverstand Stoschs dem Freunde vorhält: „Bei allen weiteren Schritten [der Rechtfertigung] werden die [Bismarck] gehorsamen Zeitungen Ihnen immer wieder vorrücken, daß Sie Hochverrat gegen den großen Kanzler, den Deutschen der Deutschen geplant haben.“ Unter diesen Umständen hielt Stosch „still-sitzen und schweigen“ für das beste. So schwer es ihm auch geworden sein wird, ist Roggenbach diesem Rat gefolgt. Sehr bald ward ihm die Genugtuung, das gegen ihn beliebte Verfahren Bismarcks im Landtag und Reichstag wie in großen Zeitschriften des Auslandes scharf verurteilt zu sehen. Der wirklich Bedrohte war, wie sein Scharfblick schon im Frühjahr 1889 erkannte, der große Gegner, dessen von „unruhiger Nervosität“ geleitete Schritte nur noch auf ein Ziel gerichtet schienen: „Sicherung der Zukunft“. Umsonst. Am 18. März 1890 war Bismarck entlassen. Wenige Deutsche haben das weltgeschichtliche Ereignis dieses Tages ruhiger aufgenommen als Roggenbach. Nichts kennzeichnet ihn so als Staatsmann des Liberalismus wie die Tatsache, daß seine letzten Betrachtungen vor, seine ersten nach dem Ereignis kaum diesem selbst und der Persönlichkeit des Gestürzten gelten, sondern fast ausschließlich der Frage, wie überhaupt weiter regiert werden soll nach dem Ausscheiden Bismarcks und dem Versagen der Nation, die „aus sich heraus“ – das ist sein eigentlicher Schmerz – „wie sie seit zwei Jahrtausenden bewiesen habe, absolut unfähig sei, einen politischen Organismus zu schaffen oder zu ertragen, der an sie den Anspruch der selbständigen Mitwirkung in Gesetzgebung und Regiment macht, unter Achtung und Wahrung des Rechtes und der Freiheit anders denkender Mitbürger“. In so schwieriger Situation ist sein Rat nun der, statt wie bisher mit den „verhetzenden und auflösenden“ Regierungsmethoden Bismarcks mit „konstruktiven und vereinigenden“ Ideen, zu denen er auch „die sozialen Reformationsideen“ des jungen Kaisers rechnet, vorzugehen; vielleicht gelinge es dann allmählich, die unbrauchbare Majorität der letzten Reichstagswahlen, diese nur in der Ablehnung Bismarcks einige, höchst „gemischte Gesellschaft“ zu einer „working majority“ umzubilden, mit der die Reichsleitung eines „einigen, einheitlichen Willens“, repräsentiert durch den König im Staatsministerium, regieren könne wie „the queen in council“. Nicht daß hier eine englisch imprägnierte Vorstellungswelt bei Roggen-

bach spürbar wird, sondern daß er als Mann des Regierens die Voraussetzungen dazu kennt und fordert, ist das Bezeichnende; er wußte, worauf es ankam, und so hat er auch alsbald das Fehlen eines einheitlichen und überlegenen Willens in der Zentrale und die zunehmende Selbständigkeit der Ressorts als wesenhafte Schäden deutscher Regierungszustände unter Wilhelm II. bemerkt und beklagt.

Die weitere Auseinandersetzung mit dieser Regierung, die die letzten sechs Jahre des Briefwechsels durchzieht und insgesamt fast das erste Jahrzehnt Wilhelms II. umfaßt, erhält durch ruhige Altersweisheit und geschichtlich bestätigte Urteile und Voraussagen ihren unvergeßlichen Klang und ihre besondere Würde. Den ersten freundlichen Äußerungen über den jungen Kaiser folgt schon 1890 die dann häufig wiederkehrende Besorgnis, daß nicht Pflichtgefühl und Wille, sondern „höchst gesteigertes Selbstgefühl mit einer ungewöhnlichen Dosis Eitelkeit“ und das „Bedürfnis äußerer Huldigung“ seinem Tun zugrunde liege. Der lebenserfahrene Zuschauer des deutschen Zeitstücks sieht voraus, daß es bei dem so richtig beurteilten Charakter des Hauptakteurs nur als „Komödie oder Tragödie“, wahrscheinlich als letztere enden werde, denn er weiß, daß dem ersten Schauspieler die eigene „eminente Insuffizienz“, „moralische Schwächen und Halluzinationen, welche den ganzen historischen Schwinkel ergreifen“, ebensowenig zum Bewußtsein zu bringen seien wie seinem Großoheim, dem „heillosen Romantiker und politischen Konfusionarius“ Friedrich Wilhelm IV. Es ist dieselbe Einsicht in ein hoffnungsloses Versagen wie in Bismarcks erschütternder Klage: „Ich bin traurig wie am Bett geliebter, aber hoffnungsloser Kranker, denen ich nicht helfen kann, auch wenn ich der geschickteste Arzt wäre.“ Diese Übereinstimmung ist nicht zufällig, sondern wesentlich: in seiner Abrechnung mit den Männern des neuen Kurses, als Mahner, Warner und Prophet ist dem alten Kämpfer aus dem Sachsenwalde niemand nähergekommen als sein südwestdeutsches Gegenbild, der lebenslange Gegner aus der Hebelecke. Nichts von Selbstgerechtigkeit und greisenhafter Erstarrung, nur selten der retrospektive Ton des „parta tueri“, der bei Bismarck, mindestens in den öffentlichen Ansprachen, überwiegt, vielmehr jugendliche Aufgeschlossenheit und lebendiges Mitgehen beim Übergang aus der kontinentalen Politik in die

Zeit zunehmender weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Verflechtung. Dabei aber – und das kennzeichnet den Staatsmann – feines Fingerspitzengefühl für die Empfindlichkeit der älteren Mächte und die unbedachten Wirkungen allzu laut betonten eigenen Anspruchs in der kaiserlichen Fanfarenpolitik und der alldeutschen Propaganda. Das alles durfte man nach dem bisherigen erwarten. Neu aber, ein Zug seines Weltbildes, der erst in den Altersbriefen ganz sichtbar wird, ist sein tiefer Blick in die wirtschaftliche und soziale Krisenhaftigkeit der Zeit, der ihn mit Jakob Burckhardt verbindet, und mit dem er den rationalen Fortschrittsglauben liberaler Prägung weit hinter sich läßt.

Der Kenner der großen und kleinen *faisceaux*, dem das persönliche Ungeschick Caprivi so wenig entgeht wie die Altersschwäche des befreundeten Hohenlohe, zeigt sich beiden, vor allem Caprivi, im *savoir faire* des politischen Geschäfts wie an staatsmännischem Weitblick überlegen. Auch die gelegentlichen Bemerkungen über Holstein und Harden, über Philipp Eulenburg und die Liebenberger Tafelrunde, über Münster und Radolin als Botschafter sind fast immer zutreffend. Unter den preußischen Ministern sieht er mit Recht in Miquel die überragende, wirklich schaffende Kraft. In seiner eigenen Gedankenwelt aber, die den einschichtigen Grübler und Sinnierer in erstaunlich wacher und lebensnaher Berührung mit allem Weltgeschehen zeigt, sind wirtschaftliche und soziale Probleme, die sich erst der Gegenwart in ihrer ganzen Schwere und Gefahr für die Volksgesamtheit enthüllt haben, mit bisweilen seherischer Klarheit vorwegbehandelt. Mehr noch gilt das gleiche für den auswärtigen Staatsmann, der, in seinem Scharfblick so oft bestätigt, sich am Ende des Briefwechsels noch einmal zu letzter Höhe der Einsicht und Voraussicht erhebt. Den Anlaß dazu gibt nach dem englischen Überfall auf Transvaal die Beurteilung der kaiserlichen Krügerdepesche und ihrer Folgen für die deutsche Politik. In einer Meisterleistung staatsmännischer Kritik am „Kinder“standpunkt des neuen Kurses, in kühnen Zukunftsgedanken einer volksdeutschen Besiedlung Südafrikas durch „Massenexport deutscher Einwanderer“, in entschlossenem Ausblick auf den kommenden Seekrieg mit England, für den er alles Nötige „bis zur äußersten Grenze der technischen und menschlichen Möglichkeiten“ vorgekehrt wissen will, klingt die Publikation ganz gegenwartsnah aus.

Mit ihrem reichen Gedankeninhalt, der in so enger Beziehung zum Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. steht und noch hineinreicht in den weltgeschichtlichen Entscheidungskampf unserer Tage, mag künftige Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung in ihrer Weise sich auseinandersetzen; an ihm vorbeigehen kann sie nicht mehr. Und ebensowenig an der geschichtlichen Gestalt des alemannischen Freiherrn, der Franz v. Roggenbach hieß. Kein Zweifel, daß ihre Dimensionen größer geworden sind. Was wir bisher von ihm kannten, war doch nur der halbe Roggenbach; erst jetzt wird er in der Tiefe und Weite seines Wesens ganz erkennbar. Zu den „problematischen Naturen“ wird er immer gehören: entspricht doch seinem mutig-freien Einsatz für die Nation, für „die Forderungen germanischer Freiheit und nationaler Selbständigkeit“, in deren Dienst er in der Nachfolge des Freiherrn vom Stein und Heinrich v. Gagern steht, nicht die Kraft der Verwirklichung; er war nicht der Berufene für die schaffende Tat. Unter die streitbaren Helden unseres Volkes, die willensmächtigen Gestalter seines politischen Lebens wird ihn niemand versetzen wollen; – unter den staatsmännischen Betrachtern seines Geschicks ist er wie der ihm wesensverwandte Wilh. v. Humboldt eine tragisch beschattete unvergeßliche Gestalt, unübertroffen an Tiefe der Einsicht in politische Schwächen unserer Volksnatur, unlösbar verknüpft mit allen Schicksalsfragen unserer Existenz beim Aufstieg und Niedergang des Zweiten Reiches.



Erster Teil

ROGGENBACH UND AUGUSTA

„Köpfe klarer, nüchterner, zukunftsreicher und darum unverstandener Gedankenwelt, Herzen, die mutigen und dauernden Aufschwungs wie selbstvergessener Entsagung fähig sind, müssen sich von den Ereignissen zur Ausübung dessen, was das Leben ihnen lehrte, rufen lassen. Für die Sorge, daß die Mitmenschen ihrer nicht bedürftig sein könnten, ist kein Platz.“

Franz v. Roggenbach, 1855.



# I

## Vor und nach Königgrätz. Verfassungsentwicklung und Gefahren der Weltlage in den Jahren des Norddeutschen Bundes

### *1. Roggenbach an Königin Augusta*

Baden-Baden, 22. August 1865

Eurer Majestät

beehre ich [mich] meinen ergebensten Dank für die mir gnädigst mitgetheilten Schriftstücke auszusprechen. Graf Flemming übergab mir gestern abend im Auftrag seiner Regierung den Text des Vertrags vom 14. August und ich erlaube mir bei Rücksendung der Anlagen solchen beizulegen, indem daraus immerhin eine genauere Einsicht in das Wesen des Gasteiner Abkommens geschöpft werden kann. Im ganzen gibt das Schreiben S. Maj. des Königs den Inhalt richtig wieder und hebt die politisch wichtigen Punkte hervor.

Mir scheint nicht zu bezweifeln, daß der Vertrag für Preußen sehr vorteilhaft ist. – Oesterreich hat Konzessionen, für deren Hingabe es sich eine definitive Ordnung der Verhältnisse der Elbherzogtümer erkaufen konnte, ausbezahlt und dagegen nur ein für sich unhaltbares, für Preußen sehr mögliches nützliches und darum fast nicht wieder aufzugebendes Provisorium erworben. – Das Gefährliche eines solchen günstigen Zustandes für den mächtigsten Besitzer liegt augenscheinlich darin, daß jedes Motiv für denselben fehlt, denselben jemals mit einem minder günstigen zu vertauschen. Möglich bliebe es freilich, daß ein geheimes Abkommen die künftige Herausgabe an Herzog Friedrich stipuliert, und es drängt sich diese Vermutung fast auf, da sonst kaum erklärlich wird, wie Oesterreich so alle Unterhandlungsmittel aus der Hand geben mochte – und warum es in betreff Lauenburgs ein definitives Arrangement eingegangen ist. Geldnot allein reicht nicht hin, solchen Schritt zu erklären, zudem der Handel auch finanziell schlecht für Oesterreich ist, da Lauenburg nachweislich viel mehr

wert ist als 5 Millionen dän. Tlr. – Sollte diese Vermutung eines geheimen Artikels aber falsch sein, so würde die Stellung des Herzogs von Augustenburg sich durch den Vertrag unzweifelhaft sehr bedroht finden, und ein großer Schritt zur Annexion wäre geschehen. In dieser verstärkten Versuchung, eine unheilvolle Politik zu verfolgen, sehe ich meinstetils die einzige für Preußen bedenkliche Seite des Vertrags. Da ihr aber nicht unterlegen werden muß, so läßt sich daraus kein Vorwurf gegen den objektiven Inhalt des Abkommens herleiten, sondern nur eine Warnung begründen, derselben nunmehr nicht nachzugeben, vielmehr die erhöhte Gunst der preußischen Stellung zu günstiger definitiver Regelung der holsteinischen Verhältnisse zu verwerten. –

Eine rückhaltlose Anerkennung des von Preußen errungenen Erfolges, verbunden mit dem Rate, denselben in Bälde durch eine dem Rechte und den Wünschen der Herzogtümer entsprechende Ordnung der Erbfolgefrage zu sichern und die österreichische Ansiedlung an der Elbe sich nicht konsolidieren zu lassen, dürfte wohl die angemessenste Äußerung sein<sup>1</sup>, mit welcher die Mitteilung eines Aktes aufgenommen werden kann, den der König unzweifelhaft im Lichte eines fast persönlichen Erfolges auffaßt. –

In dem Abkommen ist nichts enthalten, was der künftige Landes herr nicht ratihabieren<sup>2</sup> könnte, wenn ihm einstens die Herzogtümer übergeben werden. – Die lästigste Bestimmung dürfte das bedungene Einquartierungsrecht Preußens in der Stadt Kiel und die Überwälzung sämtlicher Kriegskosten auf die Herzogtümer sein. – Beide Punkte lassen sich bei einem Arrangement mit dem Hg. v. Augustenburg aber leicht modifizieren, zudem auch dritte deutsche Staaten geneigt sind, an der Kriegskostenzahlung zu partizipieren. Der Umstand, daß von einer Militärkonvention gar nicht die Rede ist, bestätigt die Vermutung von dem Vorhandensein geheimer Artikel. –

Mit unwandelbarer Verehrung  
Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

<sup>1</sup> Den hier gegebenen Ratschlägen ist Augusta in ihrem Antwortbrief vom 24. August an den König genau gefolgt.

<sup>2</sup> Ratihabieren, ein der älteren Diplomaten sprache geläufiges Wort, hat den gleichen Sinn wie ratifizieren.

Berlin, 2. Mai 1866

Euer Majestät

muß ich leider anzeigen, daß der wachsende Mißbrauch, den die offiziellen und nichtoffiziösen Preßorgane mit der Tatsache meiner Anwesenheit dahier trieben, mich genötigt hat, einigen Aufstellungen derselben berichtigend entgegenzutreten<sup>1</sup>. Noch wirksamer als alle Entgegnungen dürfte die begleitende Tatsache meiner Abreise sein, bei der ich nunmehr um so mehr beharre, als ich mir sagen muß, daß es auch für Seine Majestät kaum möglich geworden ist, mich nach dem offenen Hervortreten der zwischen mir und dem Herrn Ministerpräsidenten schwebenden Differenzpunkte zu empfangen.

Ich habe Herrn von Savigny<sup>2</sup> gebeten, Seiner Majestät meine Abreise und deren Grund anzugeben, der in dem Mißbrauch liegt, den die offiziöse Presse mit meiner Anwesenheit treibt.

Indem ich aufrichtigst bedaure, mich unter diesen Umständen von Eurer Majestät nur schriftlich beurlauben zu können, kann ich nicht unterlassen, auch jetzt wieder meinen innigsten Dank für das mir unter besonders schwierigen Verhältnissen bewiesene Vertrauen auszusprechen und den Wunsch beizufügen, es möge Euer Majestät in den gegenwärtigen und künftigen Prüfungen nie an der Kraft fehlen, die das Bewußtsein eines reinen Wollens verleiht.

Mit unwandelbarer Ehrerbietung und Verehrung

Eurer Majestät

treu ergebener

Roggenbach

<sup>1</sup> In einem Brief an die Nationalzeitung vom 2. Mai 1866. Wortlaut bei Samwer, Zur Erinnerung an Fr. v. Roggenbach, Wiesbaden 1909, S. 97/98. Dort auch die Berichtigung falscher Angaben Bernhardis zu diesen Vorgängen in den „Tagebuchblättern“ Bd. 6, 303 ff.

<sup>2</sup> Der preußische Bundestagsgesandte Karl Friedrich v. Savigny (1814–1875).

### 3. Roggenbach an Königin Augusta

Berlin, 20. August 1866

Eurer Majestät

bin ich in der Lage nach Verlauf einiger Tage so viele Notizen ergebenst zukommen lassen zu können, um von der mir gnädigst gestatteten Freiheit brieflicher Mitteilung Gebrauch machen zu dürfen.

Was zunächst den wichtigsten Punkt der Beziehungen zu Frankreich betrifft, so wird die augenblickliche Umkehr der Kaiserlichen Politik nicht sowohl der bestimmten Erklärung des Marschallrats, Frankreich könne zur Zeit nicht ohne großes Risiko einen Feldzug gegen Preußen unternehmen, zugeschrieben als vielmehr dem Durchgreifen der von Herrn Benedetti unterstützten persönlichen Politik des Kaisers, der es scheut, sich mit Preußen zu überwerfen und auf die Seite eines Restaurationssystems zu treten. – Herr Benedetti beschränkte sich bei seiner Rückkehr außer auf Versicherungen, wie sein Herr keineswegs die Vergrößerung Preußens mit Mißgunst betrachte, auf die Äußerung, daß es der Kaiser als eine ihm persönlich geleistete Rücksicht ansehen würde, wenn die süddeutschen Fürsten, insbesondere auch Bayern, nicht mit allzu großer Härte behandelt werden. –

Italien gegenüber hält man hier fest, daß die Verpflichtungen des Vertrags nur auf Garantie des Erwerbes von Venedig gestellt seien, und daß dieser Verbindlichkeit durch Aufnahme eines sehr bestimmt formulierten Artikels in dem Frieden mit Österreich nachgekommen werden würde. Man könne sich den Weiterungen nicht aussetzen, welche die sehr schwierige finanzielle Abrechnung zwischen Österreich und Italien mit sich bringen werde, und dürfe den Abschluß des Friedens mit Österreich nicht solange verzögern, da die Ordnung der Verhältnisse zu Sachsen und Bayern teilweise dadurch bedingt sei[en].

Um die Verhandlungen mit ersterem Staate aufzunehmen, sind inzwischen gestern abend Herr von Friesen<sup>1</sup> und Graf Hohen-

<sup>1</sup> Richard Freiherr v. Friesen (1808–1884), der soeben ernannte sächsische Minister des Auswärtigen.

thal<sup>1</sup> hier angekommen und soll Herr von Beust<sup>2</sup> seine Entlassung dadurch herbeigeführt haben, daß er noch im letzten Augenblick telegraphisch über Paris den Vorschlag machen ließ, persönlich mit Herrn von Bismarck die Sache zu arrangieren und sich derart in die Unterhandlung einzudrängen. Bayern gegenüber handelt es sich wesentlich um Abtretung der Distrikte Kulmbach und Kissingen – der erstere ist wegen der militärisch wichtigen Position von „Hof“ von großer Bedeutung. – Außerdem wird auf 2 000 000 Tlr. Kriegskostenentschädigung und Abtretung eines Teils an Hessen, zur Entschädigung wegen Homburg<sup>3</sup>, bestanden, das Preußen nicht in hessischen Händen lassen möchte. – Unzweifelhaft würde die schwache, aller Art von Bestechung zugängliche Regierung von Darmstadt nimmermehr über die Korruption dieses Ortes Meister. – Die Verhandlungen mit Hessen sind noch so weit zurück, daß Herr von Dalwigk<sup>4</sup> mir vorgestern sagte, er habe selbst noch keine Kenntnis, daß ihnen Oberhessen nunmehr bleiben solle. –

Die sächsischen Kommissare sind ermächtigt, 5 000 000 Tlr. Kriegskostenentschädigung zu bieten, dagegen die Auflösung der sächsischen Armee und Verwandlung Dresdens in einen Kriegsplatz und beständige preußische Garnison abzulehnen. –

Die Frankfurter Kommissare sind zur Zeit noch nicht zur Unterhandlung zugelassen, weil die Berechnung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, welche hier durch eine Kommission stattfindet, noch nicht beendet, auch die Verhandlung mit Hessen vielfach präjudiziell sei. –

Mit Baden ist der Frieden nicht nur unterzeichnet<sup>5</sup>, sondern sollten heute die Ratifikationen ausgetauscht werden. Die Kriegskontribution ist sofort bar bezahlt worden und damit die Möglichkeit alsbaldigen Zurückziehens der Truppen eingetreten. – Ich

<sup>1</sup> Karl Adolf Graf v. Hohenthal, bisher sächsischer Gesandter in Berlin.

<sup>2</sup> Friedrich Ferd. Graf v. Beust (1809–1886), der am 16. August auf Forderung Bismarcks entlassene Leiter der sächsischen Politik.

<sup>3</sup> Der Badeort Homburg v. d. Höhe mit seiner Spielbank.

<sup>4</sup> Reinhard Freiherr v. Dalwigk zu Lichtenfels (1802–1880), vgl. seine Tagebücher von 1860–1871, herausgegeben von W. Schüßler (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts Bd. 2), S. 247ff.

<sup>5</sup> Preußisch-Badischer Friedensvertrag vom 17. August 1866.

freue mich beifügen zu können, daß das Verhalten der Bevollmächtigten, speziell des Herrn von Freidorff<sup>1</sup>, wegen seiner Offenheit und Loyalität, einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen hat und mir der Unterschied ausdrücklich hervorgehoben wurde, den das Benehmen des Herrn von Dalwigk dazu bilde. S. Majestät der König wollte Herrn von Freidorff einen Brief an den Großherzog mitgeben. Die diplomatischen Beziehungen sollen alsbald hergestellt und Graf Flemming neu akkreditiert werden. Über die Ernennung des künftigen badischen Gesandten am Königlichen Hofe ist eine Entscheidung noch nicht getroffen, da der Mangel einer geeigneten Persönlichkeit sehr hemmend auf die Entschließung einwirken muß. –

Mit den Bundesgenossen des Norddeutschen Bundes ist vorgestern der Bündnisvertrag dahier vorläufig auf ein Jahr abgeschlossen worden. Es ist im wesentlichen ein gegenseitiger Offensiv- und Defensivvertrag, verbunden mit der Verbindlichkeit die Wahlen zum Parlament vorzunehmen und an den Beratungen über den Entwurf einer Bundesverfassung teilzunehmen. An den Verhandlungen über diesen sehr kurzen Bündnisvertrag nahmen die hier versammelten Minister dieser Staaten teil. Mecklenburg war unvertreten. Für Weimar zeichnete Graf von Beust<sup>2</sup>.

Bei der Unterzeichnung sprach Graf Bismarck sich in einer Weise skrupellos in betreff der Einhaltung der gegen die Bundesgenossen übernommenen Verpflichtung, nicht über die Grundzüge vom 10. Juni hinauszugehen, aus, daß nicht recht abzusehen ist, wie aus der künftigen Bundesverfassung etwas Verständiges werden soll. – Diese Tendenz, diese Verfassung möglichst unentwickelt zu lassen, wird unterstützt durch analoge Bestrebungen im Herrenhaus und in der Fortschrittspartei, in der namentlich H. Twisten auf der juristischen Fusion der annexierten Staaten in den hiesigen parlamentarischen Körpern bestehen soll. Das heißt aber recht eigentlich die künftige Entwicklung des Bundesstaats unmöglich machen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Herrn in dem Hause der Abgeordneten in den letzten Tagen, insbesondere durch die Art der Behandlung der Adresse, das Unglaub-

<sup>1</sup> Rudolf v. Freydorf (1810–1882), badischer Außenminister bis 1876.

<sup>2</sup> Karl Louis Graf v. Beust, Sachsen-Altenburg, Staatsminister und Vertreter der thüringischen Staaten in Berlin.

liche geleistet haben, um ihre Stellung zu untergraben. Die Wünsche in den annektierten Ländern sind diesen Tendenzen der Fortschrittspartei auf sofortige Uniformierung der Administration schnurstracks entgegen. Man wünscht daselbst möglichste Autonomie und Unabhängigkeit und nicht sowohl Untergehen in dem hiesigen Abgeordnetenhaus als Vertretung in dem künftigen Reichstage. Die Altliberalen sind einer verständigen und nationalen Behandlung dieser Frage viel näher. Die Regierung hat sich noch nicht ausgesprochen und sich die Entscheidung vorbehalten. Irre ich nicht, so wird darüber eine ernste Spaltung kaum zu vermeiden sein und die junkerlichen Elemente des Ministeriums sich der Lösung zuneigen, welche dem künftigen Reichstage so ziemlich alle Nahrung entziehen und denselben verkümmert sehen möchte, während Graf Bismarck möglicherweise noch die andere Ansicht adoptieren könnte.

Mit ehrfurchtvollster Ergebenheit und Ehrerbietung

Euer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

#### *4. Roggenbach an Königin Augusta*

Berlin, 26. August 1866

Eurer Majestät

habe ich die Ehre ergebenst anzuzeigen, daß Seine Königliche Hoheit der Kronprinz mir eine Aufforderung zugehen ließ, in diesen Tagen nach Erdmannsdorf zu kommen, und daß ich demzufolge heute abend dahin abreise. Ich ergreife die Veranlassung, um nicht mehr hierher zurückzukommen, wenigstens nicht in anderer Weise als auf der Durchreise. Es gab mein verlängerter Aufenthalt zu einer Reihe müßiger und lästiger Konjekturen Veranlassung, deren möglicher Nachteil außer Verhältnis stand zu dem problematischen Nutzen, den dieses Hiersein haben konnte. Ich beabsichtige demnach von Erdmannsdorf über Hamburg und einige norddeutsche Städte, deren Besuch zur Kenntnisnahme der darin herrschenden Stimmung interessant ist, an den Rhein zu gehen. —

Ein Versäumnis ist damit für die allgemeinen Interessen so wenig verbunden als für die speziell badischen, deren letzter Vertreter, Staatsrat Gelzer, heute abend die Rückreise antritt, versehen mit eigenhändigem Schreiben S. Majestät des Königs an den Großherzog.

Was die schwebenden Fragen angeht, so tritt nach Erledigung der übrigen Friedensverhandlungen die sächsische nunmehr in den Vordergrund und nimmt die meiste Zeit in Anspruch; der Abschluß der hessischen Verhandlung soll von der Rückkehr des Generals Manteuffel abhängig sein –, aber keinerlei eigentliche Schwierigkeiten mehr zu überwinden sein. Wird die Besatzungsfrage von Mainz in der Weise geordnet, wie man hier festhält, und erhebt sich dagegen kein französischer Einspruch, so ist unstrittig ein Großes zur Befestigung der norddeutschen Zustände gewonnen.

Im übrigen befinden sich dieselben zur Zeit in doppelter Hinsicht in einem chaotischen Zustand. – Einmal macht die definitive Besitzergreifung manche Schwierigkeit und regt eine Reihe Streitfragen auf, welche durch den Eifer der Fortschrittsparteien der Kammer, sofort die „Verfassung“ auf die neuerworbenen Länder zu übertragen, nur vermehrt werden. – Dann rückt die Ausbildung des „Norddeutschen Bundes“ nicht von der Stelle, wengleich gestern auch Oldenburg den auf ein Jahr gültigen Bündnisvertrag unterzeichnet hat. Ein Termin, bis zu welchem die Bevollmächtigten zu definitiver Feststellung des Verfassungsentwurfs sich einfinden sollen oder bis zu welchem gar das Parlament gewählt werden muß, ist auch auf das bestimmte Andrängen der oldenburgischen Bevollmächtigten nicht zu erlangen gewesen. Die Tendenzen der verschiedenen Kammerparteien sind entschieden eher gegen die Parlamentsidee gerichtet und geht das Streben derselben dahin, durch die Wahlen aus den annexierten Ländern eher die verlorene Majorität im Abgeordnetenhaus wieder zu gewinnen und deshalb die möglichst beschleunigte Vereinigung dieser Staaten zu erreichen. – Das Richtige ist unstrittig der Standpunkt der Regierung und steht zu hoffen, daß diese mit der Zweckmäßigkeit und den Wünschen der Länder im Widerspruch stehenden Bestrebungen keinen Erfolg haben.

Die Beschreibung, welche der aus dem italienischen Hauptquartier



zurückgekehrte diesseitige Abgesandte von Bernhardi<sup>1</sup> über die italienischen politischen und militärischen Zustände macht, sind keineswegs erfreulich. Es bleibt darnach nur zweifelhaft, was schlimmer ist, die Kurzsichtigkeit der italienischen Heerführer, die Doppelzüngigkeit der Staatsmänner oder der Mangel an militärischem Geist in Armee und Flotte. Herr von Bernhardi glaubt, daß ein großer Teil des Heeres aufgelöst werden muß oder sich andernfalls von selbst auflösen wird. So ungenügend ist der dabei verwandte Stoff an Offizieren und Mannschaften. – Darnach scheint vorgesorgt, daß der italienische Ehrgeiz in den nächsten Jahren weniger Störungen des Weltfriedens mache als im verflossenen Jahrzehnt.

Die bayrischen Bevollmächtigten scheinen ziemlich befriedigt von der Art der Behandlung, die sie erfahren. Ob die Rechnung aber ganz richtig ist, es werde die denselben bewiesene Nachsicht aus diesem Staate einen treuen Alliierten schaffen, steht noch sehr dahin. Frankreich gegenüber hat man sich einigermaßen gesichert. Aber bei einer Komplikation mit Österreich und Frankreich erscheint dies zum mindesten sehr zweifelhaft.

Graf Bismarck ist in den letzten Tagen durch Überarbeitung so angegriffen, daß dessen nähere Freunde, wie H. v. Keudell, erstlich ein plötzliches Zusammenfallen fürchten, wenn nicht bald eine Abspannung folgt. Diese soll nach Schluß des Landtags auch beabsichtigt sein.

Mit tiefster Ehrerbietung  
Euer Majestät  
treu ergebenster  
Roggenbach

##### 5. Roggenbach an Königin Augusta

[Undatierter Entwurf für ein Schreiben der Königin, von Augusta mit den unter dem Text vermerkten Änderungen und Zusätzen wörtlich aufgenommen in ihren aus Baden-Baden vom 11. Okt. 1866 datierten Brief an Wilhelm I.]

Der Eindruck, den die politischen Verhältnisse des südlichen Deutschlands machen, ist nach dem, was ich hier beobachte, ein

<sup>1</sup> Theodor v. Bernhardi, der im Frühjahr 1866 als militärischer Berichterstatter nach Italien geschickt worden war. Über seine Eindrücke vgl. „Tagebücher“ Bd. 7.

nur wenig günstiger<sup>1</sup>. Die natürliche Unbefriedigung, welche die Folge der erlittenen Demütigung ist, hat zwar für den Augenblick die Bereitwilligkeit der Massen vermehrt, auf das von den früheren Anhängern Preußens ausgegebene Schlagwort eines unbedingten Anschlusses an Preußen einzugehen. Aber schon jetzt macht sich eine Gegenströmung bemerklich, welche aus der durch die Umstände gebotenen Verzögerung dieses Anschlusses Förderung der Ziele der namentlich in Württemberg mächtigen demokratischen Partei hofft. Dem neuen<sup>2</sup> Ministerium in Karlsruhe wird von den zahlreichen Anhängern des früheren Ministers Lamey<sup>3</sup> mit großem Mißtrauen entgegengekommen und der Unmut darüber, daß dasselbe überhaupt einige Autorität geltend zu machen sucht, macht sich in der Anklage Luft, daß es unfähig gewesen sei, von Preußen bessere Bedingungen zu erreichen als die preußenfeindlichen Regierungen der Nachbarländer. Ob es demselben gelingen wird, sich auf die Länge zu halten, ist um so zweifelhafter, als es gleich bei Beginn der Session der Tendenz entgegenzutreten haben wird, das militärische Etablissement, welches sich so unzulänglich erwiesen, nicht sowohl zu verbessern als ganz zu beschränken. Es ist natürlich, daß dieser Lage gegenüber die immer noch nicht zahlreichen Freunde Preußens aus dem Zustandebringen<sup>4</sup> irgendeiner verpflichtenden, der popu-

<sup>1</sup> Augusta stellt das nun Folgende als ihre eigene Beobachtung dar, indem sie in dem überleitenden Passus ihres Briefes sagt: „Dies führt mich auf die hiesigen Angelegenheiten zurück, die ich schon längst Dir schildern wollte, wie ich sie an Ort und Stelle wahrzunehmen habe.“ Die Wendung „schon längst“ und mehr noch die Tatsache, daß Roggenbach in seinen Briefen an Jolly vom 15. und 20. August sich ganz ähnlich wie hier ausspricht, machen es sehr wahrscheinlich, daß er den Entwurf schon damals niedergeschrieben und an die Königin geschickt hat.

<sup>2</sup> Das am 29. Juli gebildete Kabinett Mathy, in dem Jolly Minister des Innern war.

<sup>3</sup> August Lamey (1816–1896), der volksbeliebte Minister des Innern in der liberalen Reformzeit Badens. Vgl. über ihn die biogr. Darstellung von Lily Blum, „Staatsminister A. Lamey“ in den Heidelberg. Abhandl. z. mittl. u. neueren Geschichte, Heft 63, 1934.

<sup>4</sup> Von hier an mit Einschluß des nächsten Satzes von Augusta geändert, wie folgt: „irgendeines verpflichtenden und gegen die populäre Agitation geschützten Vertrages mit Preußen die Lebensfrage zunächst des gegenwärtigen Ministeriums, dann aber auch der nationalen Interessen machen; denn nur auf

lären Agitation unerreichbaren, vertragsmäßigen Verpflichtung und eines Bundes mit Preußen für ihr Verbleiben im Amte und in Einfluß eine Lebensfrage machen. Nur dadurch glauben sie der staatlichen und gesellschaftlichen Auflösung, welche den Süden unter der Tätigkeit der lebhaft agitierenden Parteien bedroht, die Stirne bieten zu können. Zur Zeit ist der Norddeutsche Bund die Form, in welcher man glaubt, mit Preußen in eine engere Verbindung treten zu können. Nachdem derselbe aber durch den Beschluß des Abg.-Hauses, bereits im Oktober 1867 die preußische Verfassung in den neu annexierten Ländern einzuführen, in seiner ferneren politischen Entwicklung vorerst gehemmt und namentlich die Bedeutung des Reichstags herabgedrückt worden ist, so würde auch jede andere engere vertragsmäßige Verbindung als eine Schutzwehr gegen das Anstürmen der auflösenden Elemente angenommen werden. Ohne daß dieser Rückhalt, wie er bisher in den Bundesbeschlüssen und Verpflichtungen gegen den Bund für die kleinen deutschen Regierungen lag, geboten wird, befürchtet man, daß diese schwachen politischen Gewalten bei erster Gelegenheit weggespült werden könnten und der Süden zum Herde einer revolutionären Gärung werden kann, die Preußen nicht gleichgültig sein darf und gewiß auch nicht ungefährlich werden wird. – Die badische Regierung wird auf die Länge nicht besser<sup>1</sup>, vielleicht noch weniger als alle andern diesem Schicksale entgehen. Die Interessen unserer Kinder sind aber doch zu sehr mit diesem Gange der Geschehnisse des Südens verknüpft als daß wir nicht suchen müßten, einer solchen Wendung durch rechtzeitige Handreichung zuvorzukommen<sup>2</sup>.

Was also geschehen kann, muß auch geschehen.

diesem Wege glauben sie gegen die äußeren und inneren Gefahren Süddeutschlands sich schützen zu können, was bei der Strömung der verschiedenen Parteien und der Auflösung, die namentlich in Württemberg droht, allerdings richtig ist.“

<sup>1</sup> Augusta: „nicht besser als die der Nachbarstaaten jener Gefahr, gegen welche bisher der Bund schützte, entgehen können; denn die Trefflichkeit des Fürsten und die Anstrengungen Einzelner reichen dabei nicht aus, und es läßt sich nicht plötzlich schaffen, was man vorzubereiten unterließ.“

<sup>2</sup> Augusta fortfahrend: „und deshalb bitte ich Dich inständigst, alles aufzubieten, um die von Baden dargereichte Hand zur Annäherung zu ergreifen. Ich würde wirklich meinen mütterlichen Pflichten zuwiderhandeln, wenn ich Dir nicht durch die eben versuchte Schilderung den Ernst der Sache an das

## 6. Roggenbach an Königin Augusta

[Undatierter Entwurf für einen Brief der Königin, mit eigenhändigen Korrekturen und Zusätzen Augustas wörtlich aufgegangen in ihren Brief an Wilhelm I. vom 16. Oktober 1866.]

— — — — —  
Ich danke Dir vielmal, daß Du Dir die Mühe gegeben, mir nochmals auseinanderzusetzen, worin im Augenblicke die Schwierigkeiten und Hindernisse einer innigen Verbindung Süddeutschlands mit Preußen liegen. Wenn ich meinerseits so oft darauf zurückgekommen bin, die verschiedenen Gesichtspunkte anzuzeigen, welche mir diese Isolierung gefährlich für die Interessen unsrer Kinder [in Baden] erscheinen ließen, so verkenne ich keineswegs, daß Preußen sich nicht aussetzen kann, vor Europa vertragsbrüchig zu erscheinen, und bescheide mich gern, wenn innerhalb des Möglichen auch das „Mögliche“ geschieht.

Meine Ansicht, daß die Festsetzung eines Termins für Einführung der preußischen Verfassung eine Erschwerung für die Konstituierung des Norddeutschen Bundes sei, geht aus der Erwägung hervor, daß die Annexion eines so bedeutenden Gebietsteils wie die der neuerworbenen Länder an und für sich nicht ohne Rückwirkung auf die gegenwärtige preußische Verfassung bleiben kann und daß andererseits die Begründung einer Verfassung für den Norddeutschen Bund mit einem Parlamente notwendig nicht minder modifizierend auf diese bestehende Verfassung zurückwirken muß. — An ein Bestehenlassen der früheren Verfassungen von Hannover, Kurhessen dachte ich nicht<sup>1</sup>. Vielmehr war ja

Herz legte, Gott bittend, daß Du rechtzeitig handeln mögest zugunsten derer, die uns teuer sind, und zum Vorteil dieses schönen Landes. Vergessen wollen wir doch aber auch nicht, wie edel damals Fritz von Baden handelte, als in Frankfurt die Koalition Österreichs und seiner Anhänger auf dem Fürstenkongresse Preußen gefährdete. Ich hoffe also, daß meine Frauenbitte bei Dir Gehör finden wird.“

<sup>1</sup> Korrektur Augustas: An ein Bestehenlassen der früheren Verfassungen jener Länder, so wertvoll dieser berechnete Besitz auch für sie sein mußte, konnte ich nach Wegfall der Souveräne und der Selbständigkeit jener Länder für die Zukunft nicht denken, wiewohl ich hoffe, wie ich es bereits früher schrieb, daß man wenigstens einzelne Institutionen derselben als Grundlage der zu schaffenden Provinzialvertretung dieser Länder aufnehmen würde, was jedenfalls den besten Eindruck gemacht hätte!

durch Wegfall der Souveräne und der Selbständigkeit der Länder das wesentlichste Element dieser Verfassungen alteriert und es hätte sich höchstens darum handeln können, einzelne Institutionen derselben in die zu schaffende Provinzialvertretung dieser Länder aufzunehmen. – Wohl schien mir die ursprüngliche Vorlage Deiner Regierung, welche freie Hand in Behandlung der politischen Verhältnisse dieser Länder verlangte, bis nach Konstituierung des Norddeutschen Bundes und bis sich die Entwicklung desselben übersehen ließe, zweckmäßiger als die Auflage, welche seitens der Kammer in das Gesetz gebracht wurde, daß unter allen Umständen die gegenwärtige preußische Verfassung in den neuerworbenen Gebieten bis zum 1. Okt. 1867 eingeführt werden müsse ohne alle Rücksicht, ob die eigentümlichen Verhältnisse dieser Länder nicht eine Modifikation derselben überhaupt erheischen und ebenfalls ohne Rücksicht, ob die Bundesverfassung des Nordd. Bundes nicht andere Änderungen mit sich bringe<sup>1</sup>. Gewiß ist, daß in Zukunft die alten preußischen Lande und die neuerworbenen nur eine Verfassung haben können. Dies wird aber nur die sein, welche sich nach Ausscheidung der Kompetenz des Norddeutschen Bundes und nach Berücksichtigung der Verhältnisse der neuen Länder als die künftige wesentlich modifizierte und daher zu revidierende preußische Verfassung ergeben wird. – Wird die gegenwärtige preußische Verfassung als etwas Fertiges und Bleibendes aufgefaßt und der Schwerpunkt der Vertretung der neuen Länder auch für die Angelegenheiten, welche notwendig in die Kompetenz des Norddeutschen Bundes und der ja in Preußens Hand liegenden Bundeszentralgewalt gelegt werden müßten, – soll überhaupt aus diesem Bunde und seinem Parlamente etwas Ernsthaftes werden – in die preußische Verfassung und Vertretung im Abg.-Hause geschoben, so gestehe ich nicht einzusehen, was noch mit dem Norddeutschen Bunde mehr gemeint sein kann als etwa die Verlängerung des jetzt bestehenden Bündnisses<sup>2</sup>. Ich gebe gerne zu, daß die Ver-

<sup>1</sup> Einschub Augustas: „Ich wollte Dir dies zur Zeit jener Kammerverhandlungen schreiben, fürchtete Dich aber damals zu belästigen.“

<sup>2</sup> Der ganze Satz von Augusta gestrichen und durch folgenden ersetzt: „Die gegenwärtige preußische Verfassung als ganz fertig und unabänderlich aufgefaßt und als alleiniger Schwerpunkt der Vertretung jener neuen Länder geltend auch für solche Angelegenheiten, welche notwendig in die Kompetenz

antwortlichkeit des augenblicklichen Standes der Angelegenheit durch die Oktroyierung dieses frühen Termins der Einführung der preußischen Verfassung wesentlich der Kammer zufällt; immerhin bedaure ich, daß die Regierung dem Verlangen derselben nachgeben mußte, und ich hoffe nun, daß es derselben in irgendeiner Weise gelingen möge, die Schwierigkeit, welche dadurch für die Weiterentwicklung des Norddeutschen Bundes geschaffen wurde, in irgendeiner Weise wieder zu beseitigen<sup>1</sup>.

### 7. Roggenbach an Königin Augusta

[Ohne Unterschrift und Datum, vermutlich September 1866.]

Wenn für den Augenblick die Herstellung eines engeren Bundesverhältnisses zwischen Nord- und Süddeutschland als unmöglich betrachtet werden muß, so bleibt es nichtsdestoweniger die stete Aufgabe der preußischen Politik, zu verhindern, daß nicht ein Preußen feindlicher Einfluß daselbst Boden gewinne. Preußen hat wie jede Großmacht das bestimmte Interesse, daß seine schwächeren und unselbständigen Nachbarstaaten wenigstens nicht zum Werkzeug gefährlicher Kombinationen einer der andern großen Mächte werden. Warum sollte dies Interesse, insoweit Süddeutschland in Frage kommt, vernachlässigt werden, wo doch gerade die geographische und strategische Lage Süddeutschlands mitten zwischen den beiden bedeutendsten militärischen Nebenbuhlern der preußischen Macht von hervorragender unverkennbarer Bedeutung ist, und ein Eintreten Süddeutschlands in eine immerhin nicht unmögliche und sogar vielfach indizierte Allianz Frankreichs und Österreichs besonders gefährlich sein würde?

des Norddeutschen Bundes und der in Preußens Hand liegenden Bundeszentralgewalt gehören, das scheint mir, offen gesagt, eine Lähmung der deutschen Aufgabe Preußens, wonach die erspriessliche Entwicklung des Norddeutschen Bundes und seiner nationalen Vertretung auf eine Form beschränkt, das heißt nur das Bündnis als verlängert gedacht würde ohne organisches Leben im Innern und nach außen. Ich gebe gern zu, daß die Verantwortlichkeit des augenblicklichen Standes der Angelegenheit usw.“

<sup>1</sup> Im Originalbrief folgen dann noch private Mitteilungen u. a. über Besuche, dabei die Bemerkung: „Ich habe mich gefreut, neulich Roggenbach wiederzusehn.“

Sollte der Norddeutsche Bund, wie doch zu wünschen ist, und wie es auch in den Intentionen der Königlichen Regierung zu liegen scheint, eine festere, über die lose Form des Staatenbundes hinausgehende Organisation erhalten und wird damit die Möglichkeit abgeschnitten, Süddeutschland in einen solchen dem alten deutschen Bunde nachgebildeten Bund aufzunehmen, so erübrigt nur, zur Wahrung des Einflusses Preußens auf Süddeutschland die Idee eines „Protektorats“ aufzunehmen.

Das Wesen des „Protektorats“ ruht darin, daß ein Schutz gegeben und dafür eine bestimmte Leistung, vornehmlich Verzicht auf selbständige Handlungen zuungunsten der Schutzmacht, verlangt wird.

Solange es gefährlich scheinen mag, diesem von Preußen über den im wesentlichen hergestellten Rheinbund auszuübenden Protektorate einen vertragmäßigen Ausdruck zu geben, so wird nicht unterlassen werden dürfen, das Bedürfnis der schwachen süddeutschen Regierungen nach einer Anlehnung durch die diplomatisch zu gebende Zusage zu befriedigen, daß Preußen deren Schutz im Umfange der Verpflichtungen des frühern Bundes übernehme. – Und zwar müßte dieser Schutz gleichmäßig gegen innere und äußere Gefahren zugesagt werden. Als Voraussetzung für die Gewährung desselben müßte verlangt werden:

1. Erhaltung des militärischen Etablissements der süddeutschen Staaten auf einer bestimmten Höhe. Zur Konstatierung der Erfüllung dieser Verpflichtung jährliche Inspektion durch preußische Generale – und zwar sowohl der Truppen, als der Festungen.
2. Unterstellung der betreffenden Truppenteile unter preußisches Kommando, im Falle eines Krieges.
3. Zusage, im Falle eines Krieges Preußens, auf Verlangen desselben, entweder teilzunehmen oder, wenn Preußen es wünschen sollte, neutral zu bleiben. – Es ist nämlich sehr möglich, daß diese Neutralität im einzelnen Falle für Preußen vorteilhafter sein kann als eine aktive Beteiligung am Kriege.

Gleichzeitig würde die Vermehrung der materiellen Bindemittel zwischen Nord- und Süddeutschland in jeder Weise zu erstreben sein und auch darin eine mächtige Verhinderung eines Anschlusses Süddeutschlands an das Ausland gefunden werden können. – Als Organ der Vermittlung dieses Schutzverhältnisses und der aus demselben sich ergebenden Geschäfte hätten vorerst die in Berlin

akkreditierten Gesandten und die preußischen Gesandten an den süddeutschen Höfen zu dienen.

Nebenbei würde eine häufige Anwesenheit der süddeutschen Souveräne in Berlin zu veranlassen sein und in einer vollkommen angemessenen Weise dem freien Verhältnisse Ausdruck geben, in welchem diese Höfe zu Preußen stehen und für welches die preußische Regierung selbst den Charakter einer würdigen Selbständigkeit zu erhalten bestrebt sein müßte.

### 8. *Augusta an Roggenbach*

B[erlin], 22. Dezember 1866.

Brandis<sup>1</sup> geht nach Bonn; ich benutze die sichere Gelegenheit, um Ihnen leider nur sehr flüchtig einiges mitzuteilen mit der Bitte um Vernichtung dieser Zeilen.

Hier die Antwort, die Abeken<sup>2</sup> in bezug auf den Münchener<sup>3</sup> Brief gab. Die Situation ist folgende: Man wünscht hier in gutem Vernehmen mit Rom und Florenz zu bleiben, empfiehlt am ersten Ort kluge Nachgiebigkeit, am zweiten Mäßigung. Es schien, als würde man aus Paris zu bestimmter Parteinahme gedrängt, da es aber noch nicht ersichtlich ist, wohin man dort definitiv neigt, ist man hier zurückhaltend. Übrigens fehlt mir alle Einsicht in den inneren Gang dieser Angelegenheit, denn meine hiesigen Quellen sind versiegt oder unerreichbar (Louise Kanitz<sup>4</sup> ist krank) und alles ist in diesem Augenblick hier so durch die Kammern und den Norddeutschen Bund in Anspruch genommen, daß man nach andern Dingen vergeblich fragt.

Letztere (das heißt die Aufnahme der Regierungsproposition) steht nicht gut, denn man findet die Geldforderungen unerschwinglich und die Militärbestimmungen hart. Ich bin sehr besorgt über den zweiten Akt dieser Unterhandlung, der am 2. Januar beginnt.

<sup>1</sup> Johannes Brandis (1830–1873), Archäologe, seit 1857 Kabinettssekretär der Königin Augusta.

<sup>2</sup> Heinrich Abeken (1809–1872), seit 1853 Vortrag. Rat im preuß. Außenministerium.

<sup>3</sup> Nicht näher festzustellen, ebensowenig der in einem späteren Briefe Roggenbachs erwähnte „Münchener Korrespondent“.

<sup>4</sup> Hofdame der Königin.



Die Lage in den annektierten Ländern können Sie besser beurteilen als ich; mir scheint sie nur in Hessen befriedigend. Trotz aller meiner Fragen gelange ich nicht zur Einsicht in die nassauische Angelegenheit, für die ich versucht habe, die richtige Auffassung zur Geltung zu bringen. Ich hoffe, daß Prinz Nicolaus<sup>1</sup> mit meinem Benehmen ihm gegenüber zufrieden ist, aber es ist mir leider nicht möglich, etwas über den Gang der Unterhandlungen zu erfahren.

H. v. Sav. [igny] soll verstimmt und reservierter denn je sein; den Grafen Bismarck habe ich nur bei dinner sprechen können. Der sächsische Besuch ist gut vorübergegangen. Die konstitutionelle Lage Preußens, das heißt die inneren Angelegenheiten, ist jetzt besser als zuvor, aber ich wünsche sehnlich, daß das deutsche Parlament tüchtigere Elemente vereinigen möge als die preußischen Kammern!

Den Besuch des Großherzogs und meiner Tochter jetzt habe ich selbst abraten müssen, später wird er gewiß nützlich und erfreulich sein.

Leben Sie wohl

A.

*9. Roggenbach an Königin Augusta*

Monrepos, 30. Dezember 1866

Eurer Majestät

gütigstes Schreiben vom 22. d. M. ist mir am Weihnachtstage dahier zugekommen, und war es mir zu meinem lebhaftesten Bedauern unmöglich, meinen ehrenbietigsten Dank für dasselbe, wie meine Antwort bis zum 27. nach Bonn gelangen zu lassen. — Ich verzögerte letztere insbesondere auch aus dem Grunde, weil ich bestimmte Hoffnung hatte inzwischen in Besitz des Wortlautes des Verfassungsentwurfes für den Norddeutschen Bund zu gelangen und mein Urteil über denselben dann eine sichere Grundlage gewonnen haben würde. Leider ist mir der Text bis zur Stunde noch nicht zugegangen, und bin ich vorerst auf die Notizen angewiesen, welche über denselben in die Zeitungen gedrungen sind. — Um so wertvoller war mir die

<sup>1</sup> von Nassau.

Mitteilung, daß die Aufnahme seitens der Regierungsbevollmächtigten in der That eine so wenig günstige war, als einzelne Berichte in der Presse bereits vermuten ließen —. Es wäre im höchsten Maße zu beklagen, wenn zu den eminenten Schwierigkeiten, welche die Einfügung des Bundesorganismus in das preußische Verfassungssystem bietet, noch Bedenken und Weigerungen der norddeutschen Regierungen zuträten. — Das Bundesgenossenverhältnis, in welchem die meisten der norddeutschen Staaten zu Preußen stehen, erschwert ohnedies die Behandlung der ganzen Angelegenheit, legt hemmende Rücksichten auf und verbietet die Anwendung einer ernsten Pression, wie solche Mecklenburg und Hamburg gegenüber wohl notwendig werden dürfte. — Und doch ist das Gelingen des unternommenen Versuches fast eine Lebensfrage für die Stellung Preußens in Norddeutschland. — Die Gewinnung einer nationalen Grundlage kann nicht entbehrt werden und liegt in ihr das einzige würdige und der Größe der Waffenerfolge entsprechende Resultat der glänzenden Siege dieses Sommers. Wohlmeinende Regierungen, wie die Großh. u. herzogl. Sächsische und die Oldenburg'sche sollten daher bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens auf die natur- und sachgemäßen Ansprüche Preußens gehen und ihrerseits auch über die finanziellen Bedenken hinwegsehen, welche durch die Höhe der Anforderung für Militärzwecke geweckt werden. — Einem ernsthaften Widerstande einzelner Staaten kann wahrscheinlich nur durch Anwendung der *Maxime*, „mit Vielen oder mit Wenigen“, ausgewichen werden; und steht dann zu erwarten, daß ein Fernhalten einiger wenigen Staaten um so weniger auf die Länge Bestand haben wird, als wohl der Beitritt Sachsens bereits im Frieden, der Oldenburgs bei dem finanziellen Arrangement stipuliert worden ist. —

Ungünstiger stehen meines Ermessens, trotz der wesentlich bessern Stimmung der Kammern, die Chancen, daß letztere eine Beschränkung der eigenen Kompetenz zugunsten des Parlaments gutwillig hinnehmen werden, und ich befürchte sehr, daß die Unentschlossenheit in den Regierungskreisen, in welche Maschinerie man den Schwerpunkt des Staatsgetriebes legen will, die von Anfang an vorhandene Eifersucht der Kammern auf diese jüngere parlamentarische Nebenbuhlerin bis zur entschiedenen



Kaiserin Augusta

Gemälde von Bernhard Plockhorst

denen Feindschaft steigern wird. — Der bloße Gedanke, Preußen zum Oberhaupte eines Bundes mit geordneten Repräsentativkörpern zu machen, enthält im Grunde zugleich den Gedanken eines Staatsstreiches gegen die bestehende preußische Verfassung oder diese Repräsentation im Bundesorganismus bleibt ewig Schein und entbehrt jeder Kraft und jeder ernstesten Wirklichkeit. — Bloß zur Gewinnung eines Normalstats kann ein solcher Vertretungskörper einer ganzen Nation nicht gebraucht werden und würde ein solcher Versuch voll der äußersten Gefahren sein. — Nachdem der „Norddeutsche Bund“ aber nicht rückgängig gemacht werden kann und darf, so bleibt, soweit ich in der Sache denken kann, wenig anders übrig, als einmal dessen Kompetenz so viel, als möglich zu erweitern und dann dem Parlament reale Rechte einzuräumen, welche dem Bundesoberhaupte möglich lassen, den „Norddeutschen Bund“, als konstitutionellen Staat zu regieren. — Damit ist freilich die Notwendigkeit einer sehr erheblichen Modifikation der preußischen Verfassung von selbst gegeben, und muß dieselbe mit fester Hand durchgeführt werden. — Hoffentlich lebt in der sehr unpolitischen Körperschaft der preußischen Kammern so viel gesunder politischer Sinn, daß sie das Unmögliche einer Koordination des Parlaments und der preußischen Repräsentation begreifen und setzen sie dem Unvermeidlichen keinen Widerstand entgegen. Beachtet dürfte derselbe gewiß nicht werden. —

Die Idee, welche ich angedeutet finde, es solle der Bundesrat als solcher vor dem Reichstag auftreten und es werde den Kommissaren der einzelnen Regierungen freigestellt, die Vorschläge derselben vor dem Reichstage zu vertreten, finde ich für Preußen durchweg unannehmbar und bezweifle daher vorerst noch die Richtigkeit dieser Notiz. — Preußen kann ebensowenig die Richterbefugnis des Reichstags über Vorschläge anerkennen, die es vielleicht perhorresziert, noch kann es wünschen in die Lage zu kommen, Beschlüssen des Reichstags, die derselbe vielleicht mit großer Majorität zugunsten eines solchen von ihm perhorreszierten Vorschlages faßt, wiederholt entgegenzutreten. —

Was das Verhältnis zu Süddeutschland betrifft, welches in dem Entwurfe offengehalten ist, so neige ich mich mehr und mehr zu der Ansicht, das einfache Protektorat für die entsprechende

Form des Interesses und auch der innern Wünsche beider Teile zu halten. — Meine Überzeugung, daß die Mitwirkung der ungeordneten staatlichen Kräfte des Südens eine gesunde Entwicklung des norddeutschen Staatswesens nur aufhalten und stören könnte, ist zu fest, als daß ich mehr wünsche. — Hoffentlich sieht man das in Karlsruhe ein und richtet seine Bemühungen auf die Erreichung dieses Zieles. — Dem Protektor müßte notwendig das Recht zuerkannt werden, die militärischen Einrichtungen zu inspizieren und zu kontrollieren. — Vielleicht wäre Prinz Wilhelm bei seiner Anwesenheit einem solchen Gedanken zugänglicher zu machen und von dem andern abzuwenden, den er bisher festhielt, dem Wunsche nach einer sofortigen Mediation. — Fürst Hohenlohe würde gewiß seinerseits von München aus gerne zu einer Verwirklichung eines solchen Systems mitwirken. —

Was die römische Frage betrifft, so scheint sie mir in keineswegs ungünstiger Lage zu sein und Preußen in der glücklichen Lage, gerade bei Festhaltung der guten Beziehungen zu Florenz, manche gute Dienste leisten zu können, die in Rom und auch im Inlande dankbar anerkannt werden müßten. —

Was den Stand der nassauschen Verhandlungen betrifft, so höre ich von einer seit Graf Bismarks Rückkehr eingetretenen günstigen Wendung, von der zu hoffen ist, daß sie den endlichen Abschluß fördert. —

Ich kann diesen Brief, für dessen Länge ich um Entschuldigung bitten muß, nicht zu Ende bringen und Eurer Majestät meine aufrichtigsten und innigsten Wünsche zu dem bevorstehenden Jahreswechsel aussprechen, ohne daß ich zuvor mich einer Pflicht entledige, mit der ich es sehr ernst nehme, weil ich tief von dem Gefühle durchdrungen bin, dem Ausdruck zu geben, ich mich gerade am Ende dieses Jahres gedrungen fühle. — Es ist dies das Gefühl des warmen und aufrichtigsten Dankes für die zahlreichen Beweise treuen immer gleichen Wohlwollens, das Eure Majestät mir in diesem Jahre, auch unter Verhältnissen bewiesen haben, in welchen meine Ansichten, mein Tun und Lassen vielleicht nicht immer mit dem Urtheile übereinstimmten, welches Eure Majestät selbst den werdenden Ereignissen entgegenbrachten. — Es waren Zeiten und Stunden, in welchen auch langbewährter Sinn schwere Proben zu bestehen hatte und

ich jedem in unvergänglicher Gesinnung und Dankbarkeit verbunden bleibe, der über alle Gegensätze der Meinungen hinaus die Beziehungen wechselseitiger Anerkennung und Achtung zu retten wußte.

Wie ich Eure Majestät, in ernsten Augenblicken voll schwerer Pflichten und Sorgen, in treuer Hingebung an ein opferbereites Wirken und in harter Arbeit, stillehaltend erfunden, so habe ich inmitten der Verwirrung, in welche alle persönlichen Beziehungen diesen Sommer über geraten, nie das Bewußtsein entbehrt, daß Eure Majestät mit nachsichtigem Wohlwollen mir gewogen geblieben und die Überzeugung ernsten pflichtgemäßen Wollens und Strebens festhielten. —

Dafür meinen besondern Dank heute, am Schluß des Jahres, auszusprechen, ist mir ein innerstes Bedürfnis und eine heilige Pflicht. — Er endet aber nicht mit dem ereignisreichen Jahre und ist auch nicht mit dem Segenswunsche erschöpft, mit dem ich Eure Majestät in das neue Jahr begleite, das Ihnen Kraft und Mut und Ergebung bringen möge, wo es der Kraft zu viel werden will. —

Dem Vaterlande aber sei dies Jahr, welches anbricht, gesegnet, wie die Ereignisse, die das ablaufende in seinem Schoße trug, und die wir alle in der Zukunft als gute Früchte erkennen mögen. —

Mit tiefster Ehrerbietung  
Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

*10. Augusta an Roggenbach*

Berlin, 9. Januar 1867

Die nochmalige Abreise Brandis' nach Bonn gibt mir die erwünschte Gelegenheit, Ihnen für Ihren inhaltreichen Brief herzlich zu danken. Zunächst beschämt er mich als Antwort auf die flüchtigsten und mangelhaftesten Mitteilungen, dann aber auch in betreff Ihres Dankes für meine Gesinnung, die sich doch dermaßen von selbst versteht, d. h. durch Ihre seltenen Verdienste und Eigenschaften motiviert ist, daß ich sie als unwandel-

bar bezeichnen muß und vielmehr meinerseits mich zu Dank verpflichtet fühle, veranlaßt zu sein, sie zu hegen in einer Zeit, die so viel raubt und so wenig Ersatz gewährt.

Das Verhängnis, welches seit meiner Rückkehr mich in beständiger Anstrengung und Zersplitterung meiner Kräfte erhält in einem Maße wie bisher noch nie, weil sich allerdings alles kompliziert und gesteigert hat, was sonst bereits mühsam genug zu tragen war, — dieses Verhängnis hat zunächst meine Korrespondenz zu büßen, denn ich komme nicht mehr dazu, vernünftige Briefe zu schreiben oder über Einzelheiten des gewaltigen Ganzen die ruhige Betrachtung mir selbst gegenüber zu versuchen, die so nötig ist.

Sie haben vollkommen Recht zu sagen, daß im Interesse Deutschlands und Preußens etwas Lebensfähiges jetzt hier zustandekommen muß. Die tüchtigen Repräsentanten der betreffenden Staaten fühlen dies auch, demungeachtet schrecken sie vor den zu hoch gespannten Militärlasten zurück und es lassen sich in dieser Hinsicht so bedenkliche Symptome wahrnehmen, daß ich nicht ohne Sorge der Lösung der noch schwebenden Verhandlungen entgegensehe. Der Repräsentant der Vernunft, Versöhnung und Erfahrung ist der treffliche Minister v. Watzdorf<sup>1</sup>. Möge es ihm gelingen, schließlich etwas Gutes zu erreichen der hiesigen Starrheit gegenüber.

Da ich keine persönliche Verbindung mit den betreffenden Persönlichkeiten habe und der Leiter der Geschäfte in den Fällen, wo ich ihm begegnet, unzugänglich schien, kann ich über seine Auffassung, d. h. ob sie durch die Umstände geläutert ist, leider nichts sagen. Vieles, das ich sehe und höre, mißfällt mir und kann ich mich um so weniger der Sorge erwehren, als neben den noch unbeseitigten Schwierigkeiten in betreff der norddeutschen Staaten die Stellung des Inlandes den Parlamenten gegenüber immer ungünstiger wird, indem von liberaler wie von feudaler Seite gegen dasselbe operiert, mithin vieles in Frage gestellt wird, was jetzt schon als gesichert betrachtet werden müßte, wenn das Ganze einen günstigen Verlauf nehmen soll. Dabei braucht man sich nur in ganz Europa umzusehen, um überall ungünstige Symptome für die Zukunft zu erblicken. Die

<sup>1</sup> Der weimarische Minister Christian Bernhard v. Watzdorf (1804-1870).

Verhältnisse in Frankreich zumal sind wenig vertrauenerweckend und die orientalische Frage wird wohl nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Prinz Wilhelm<sup>1</sup> verlängert seinen Aufenthalt, wiewohl ich in Karlsruhe andeutete, daß es in seinem Interesse zu vermeiden sei, daß er sich in der hiesigen militärischen Atmosphäre beerausche. Man ist ihm überraschend freundlich entgegengekommen und würde wohl manches vorbereiten, wenn nicht jene Rücksichten Vorsicht auferlegten, die Sie kennen. Ich habe versucht, einmal von Ihrem richtigen Standpunkt ihm die Aufgabe darzustellen, zweifle aber verstanden worden zu sein, weil das unzusammenhängende Wesen, das wir bei ihm beklagen, durch die Aufregungen dieses Sommers gesteigert scheint. Im März will der Großherzog mit Luise herkommen (mit Gottes Hilfe). Mein Sohn, der jetzt in Gotha ist, geht auf wenige Tage zum Besuch nach Karlsruhe.

Leider kann ich Ihnen kein Exemplar des Bundesentwurfs schicken, weil ich selbst nicht zu dem Besitz eines solchen gelangen konnte.

In Rom ist keine Nachgiebigkeit zu erlangen. Italien, das so weit als möglich entgegenkam, scheint unmutig zu werden und Frankreichs Verhalten nach dieser Seite hin ist schwankend, so daß man hier, alle Teile schonend, zur Passivität gezwungen scheint. Bitte haben Sie mehr als je Nachsicht mit diesem erbärmlichen Brief und erhalten Sie Ihre Freundschaft da, wo sie geschätzt wird nach Verdienst.

A.

### *11. Roggenbach an Königin Augusta*

Bonn, 15. Januar 1867

Eurer Königlichen Majestät

habe ich zunächst meinen ehrfurchtsvollen Dank zu sagen für das gnädigste Schreiben, welches mir durch Herrn Dr. Brandis zugestellt worden ist. Leider bestätigt die darin niedergelegte scharfsichtige Beobachtung aus unmittelbarster Nähe den Ein-

<sup>1</sup> von Baden.



druck, der auch in der Ferne nicht abgewiesen werden kann, wie vielfach planlos verfahren wurde und eine verhängnisvolle Verwicklung in endlose Widersprüche sich zu ergeben droht, wo es darauf ankam, bei einer Vereinfachung der staatlichen Zustände Deutschlands anzukommen. So gefährlich die Frage des Normalbudgets ist, so fürchte ich die dadurch drohende Komplikation nicht so sehr. Ich zweifle nicht, daß man auch auf seiten der Regierung scheuen wird, diese Frage auf die Spitze zu treiben, und daß sich eine Vermittlung zwischen dem Bedürfnisse, die kleinen Regierungen bindend zu verpflichten, und der theoretischen Notwendigkeit, das Bewilligungsrecht der Stände zu achten, auffinden läßt. Hier liegt recht eigentlich ein Fall vor, in welchem sich bestätigen kann, daß die Auffassung, der Konstitutionalismus sei die Anwendung des Kompromisses unter den verschiedenen politischen Faktoren, auf lebendiger Überzeugung beruhe. Ernster scheint mir die Schwierigkeit zu sein, die sich dadurch ergeben wird, daß den preußischen Kammern gleichsam zugesagt worden ist, das Ergebnis der Beschlußfassung des Reichstags werde, soweit die preußische Verfassung dadurch berührt werde, denselben zur Zustimmung vorgelegt werden. — So erklärlich auch die Tendenz war, sich, bei der Unberechenbarkeit der Zusammensetzung und des Geistes eines auf allgemeinem Stimmrechte basierten Parlamentes, eine weitere Instanz für etwaige Remedur großer Mißgriffe offenzuhalten, so ergibt sich aus dieser Stellung der Beschlüsse des Parlaments doch mit Notwendigkeit, daß die gleiche Appellation von denselben an die Ständeversammlungen der Einzelstaaten kaum ausgeschlossen werden kann. — Und nicht minder liegt auf der Hand, daß eine Appellation von dem im Reichstage vertretenen preußischen Volke an dasselbe in den preußischen Kammern repräsentierte Volk an und für sich ein Unding ist. — Es ist wegen dieser Verwirrung der Kompetenzen in hohem Grade wünschenswert, daß die Vorlage, welche dem Parlament gemacht wird, so genügend und vollständig in ihrem Baue als Verfassung des konstitutionellen monarchischen Staates Norddeutschland ausfalle, daß mit ihrer Annahme alle Weiterungen von selbst wegfallen. Andernfalls sieht sich nicht ab, wie der Verwirrung der Lage anders abgeholfen werden könnte als durch abermalige Rückkehr zu dem Systeme der Politik der

freien Hand und aktivem Eingreifen in die offenen Fragen der europäischen Politik. — Damit wäre man dann freilich wieder auf einige Zeit der Notwendigkeit der Kodifikation des öffentlichen Rechtes Deutschlands überhoben, und genießt man dadurch unstreitig den Vorteil, daß die Verhältnisse und das Geschick für diese Aufgabe später günstiger sein mögen, so entbehren doch dadurch die gewonnenen Resultate in Deutschland aufs neue gleichsam des schützenden Firnisses, welcher hindert, daß dieselben bei irgendwelcher ungünstigen Wendung der europäischen Lage gelegentlich sich wieder verwischen.

Zu solchem politischen Spielen bietet sich gerade die orientalische Frage und es wird für die leitenden Charaktere eine starke Versuchung sein, sich nicht auf irgendeine Weise, und wenn auch durch einen Salto mortale, über die Schwierigkeiten, welche die Begründung des Norddeutschen Bundes noch machen dürfte, hinwegzusetzen.

Wie sehr ich wünsche, daß die Zusammensetzung des Parlaments eine möglichst gute werde und daß die tüchtigsten politischen Kräfte aller Parteien in ihm eine Vertretung finden, so beklage ich persönlich doch durchaus nicht, daß die unzweifelhaftesten Bestimmungen des Wahlgesetzes mir eine Annahme irgendwelcher Wahl unmöglich machen, und müßte ich deshalb die zahlreichen Anerbietungen verschiedener Kreise ablehnen. —

Was die Verhandlungen betrifft, welche Prinz Wilhelm angeblich über eine Militärkonvention führen soll, so erfordert die formelle Behandlung dieser Angelegenheit große Umsicht und Berücksichtigung der Konsequenzen, die dieselbe für Belastung des Budgets hat. Es wird unzweifelhaft dafür der ständische Konsens zu gewinnen sein müssen und auf alle Fälle muß derselbe vorbehalten bleiben — sonst ergäbe sich derselbe Konflikt, der seiner Zeit beim Abschlusse des Konkordats sich ergab, welches gleichfalls finanzielle Lasten mit sich brachte, deren Übernahme die Stände nur infolge eigener Bewilligung zugestehen wollten.

Es wird gut sein, wenn dem Prinzen diese Notwendigkeit ständischen Konsenses stets gegenwärtig bleibt, und hoffe ich, daß seine allenfallsigen Vollmachten nicht so umfassend sind, daß nicht dem Großherzoglichen Staatsministerium vor definitivem Abschlusse jederzeit die nochmalige Prüfung eines Arrangements von dem konstitutionellen Standpunkte ermöglicht wäre.

Ich höre hier von Direktor Hartstein, daß S. Kgl. Hoheit der Großherzog die in Posen vor zwei Jahren erworbene Herrschaft der Dotationskommission zum Ankaufe für die dotierten Generale hat anbieten lassen, allerdings zu einem den gezahlten Kaufpreis bedeutend übersteigenden Preise. — Ich bedaure diese Absicht der Wiederveräußerung, indem ich aus genauer Einsicht in die Rechnungen und Wirtschaftspläne der Herrschaft „Opatov“, die feste Überzeugung habe, daß über den etwa bei einem Wiederverkauf zu erzielenden Kapitalgewinn hinaus ein wertvoller Besitz aufgegeben würde. —

Ich beabsichtige in diesen Tagen nach Freiburg auf einige Wochen zurückzukehren, nachdem ich hier eingehende Umschau für eine etwaige Domizilierung dahier gehalten habe. Etwaige Befehle Eurer Majestät treffen mich wie früher unter den beiden Adreßorten Neuwied und Freiburg.

Mit den aufrichtigsten Wünschen für das Wohlergehen Eurer Majestät und mit ehrfurchtsvollster Ergebenheit verharre ich

Eurer Majestät  
treu ergebenster  
Roggenbach.

*12. Roggenbach an Königin Augusta*

Bonn, Poppelsdorfer Allee 21, 19. Mai 1867

Eurer Königlichen Majestät

gnädigste Erlaubnis, während des Aufenthaltes in Baden einmal schreiben zu dürfen, ist mir durch Herrn Dr. Brandis richtig vermittelt worden. Ich widerstand nur schwer der Versuchung alsbald von derselben Gebrauch zu machen und allen den Sorgen Ausdruck zu geben, die in mir durch die Befürchtung erweckt wurden, es möchte eine richtige Ausnutzung der Londoner Konferenz<sup>1</sup> unterlassen werden. Allein ich mußte mir sagen, wie damals jedenfalls alle Entschlüsse und Instruktionen in betreff der Haltung Preußens bereits feststehen mußten und wie, ohne

<sup>1</sup> Die Londoner Konferenz der Großmächte über die Luxemburger Frage (7.–11. Mai 1867).

vorgängige genaue Kenntnis der aktenmäßigen Grundlagen, eine vollständige Beurteilung des für Preußen zweckgemäßen Verhaltens kaum möglich war.

Ich verzögerte daher die Betrachtungen, deren Mitteilung Eure Majestät freundlichst genehmigt hatten, bis zu dem Abschlusse der Konferenzen und dem Zeitpunkte, wo sich die daselbst gewonnenen Resultate einigermaßen übersehen ließen.

Leider [er]scheint die Lage Preußens am Schlusse dieses 2. Aktes des im vergangenen Jahre eröffneten großen politischen Schauspiels keineswegs so günstig zu liegen, wie die Bedeutung der erfochtenen Siege und die gewonnene Gebietsvergrößerung erwarten ließ. — Ich bedaure sehr, auch jetzt noch der Meinung sein zu müssen, daß die verhängnisvolle Ungunst der politischen Lage, in welche Preußen sich selbst nach allen militärischen Erfolgen durch politische Mißgriffe versetzte, sich nicht nur nicht gebessert hat, sondern sich auf den Konferenzen bereits so allgemein fühlbar machte, daß die absolute Unhaltbarkeit derselben erkannt worden ist. Es erscheint in der That fast unglaublich, daß man sich in Berlin darüber täuschen kann, daß man von Nikolsburg an bis zu den Londoner Konferenzsitzungen im Rückzuge vor der französischen Politik ist, und daß dieser Rückzug auf einem Gebiete stattfindet, welches Frankreich niemals hätte betreten dürfen, nämlich dem der innern Angelegenheiten Deutschlands. Die Tendenz der französischen Politik, jedem weitem Fortschreiten der preußischen Macht in Deutschland, insbesondere in Süddeutschland, ein unbedingtes Veto und einen Casus belli entgegenzusetzen, hat sich am Tage nach dem Schlusse der Konferenzen aus dem Munde des Herrn Rouher sogar offen bekennen dürfen. Kein Unbefangener aber wird leugnen können, daß es Frankreich gelungen ist, für den Eintritt dieses kaum zweifelhaften Falles einer Einsprache gegen irgendwelche weitere Schritte Preußens zur definitiven Ordnung der deutschen Angelegenheiten, auf den Londoner Konferenzen in der Neutralisierung Luxemburgs unter europäischer Garantie ein ungeheures Resultat zu erzielen.

Diese für Preußen ganz wertlose Neutralisierung bedeutet nämlich gegen Preußen die Verrammung der einzigen Ausfallpforte Preußens gegen Frankreich, während letzteres selbst alle seine Angriffslinien gegen Deutschland offen behielt. Nur dann wäre

sie zulässig gewesen, wenn der Idee eines zwischen Frankreich und Deutschland zu errichtenden Neutralen Kordons Folge gegeben und die französischen Angriffslinien insbesondere nach Süddeutschland nicht minder durch Neutralisierung der Pfalz und Badens wären verlegt worden. Oder man mußte gar von der Voraussetzung ausgehen, daß es gelingen werde, die feindselige Haltung Frankreichs gegen eine Vollendung der deutschen Aufgaben Preußens rückläufig zu machen und den Friedens-tendenzen bleibend an der Seine zum Siege zu helfen. Ich habe nicht nötig, erst noch darzutun, wie ganz grundlos eine so optimistische Auffassung der Lage sein würde, und wie Frankreich gewiß nicht freiwillig von einer Politik lassen wird, die es so bewußt und bestimmt am Tage der preußischen Siege ergriffen, so beharrlich seither fortgeführt und die so sehr in den klarsten Interessen des Landes und in dem Charakter des französischen Volkes vorgezeichnet ist. — Darf also diese naive Unterstellung außer allem Betracht bei Beurteilung der Lage gelassen werden, so erübrigt nur noch eine mögliche Erklärungs-weise für die Passivität, mit der Preußen Frankreich ganz ruhig Besitz ergreifen läßt von dem Anspruche, ein Einspruchsrecht in deutschen Dingen praktisch auszuüben. Es muß in Berlin der Entschluß absolut feststehen, überhaupt in nichts über den Prager Frieden und die Mainlinie hinüber zu gehen, und es muß die Ansicht vorherrschen, daß preußischer Einfluß in Süd-deutschland indifferent und fremder daselbst gefahrlos sei. Es würde diese Anschauungsweise freilich auf einem beklagenswerten Irrtum beruhen und einem Verkennen der innern Notwendig-keiten, welche zu einer Vollendung der deutschen Einigung, wenn auch in der losesten Form, drängen. — Immerhin würde diese Anschauung es erklärlich machen, wie man sich des wichtig-sten vorspringenden Winkels für einen Offensivkrieg gegen Frankreich begeben konnte, weil mit der Hoffnung argumentiert werden könnte, bei der Resignation Preußens auf Süddeutsch-land sei keine Kriegsursache zwischen den beiden Staaten mehr denkbar. Wäre man darüber nicht ganz klar und mit sich im reinen, wie es mitunter der Fall zu sein scheint, wenn zwischen-durch eine Militärkonvention mit Hessen und Präliminarien einer anderen mit Baden geschlossen worden, faßte man also doch die Eventualität eines Krieges mit Frankreich ins Auge,

und zwar in nicht allzu großer Ferne, dann hat man, fürchte ich, einen sehr großen Fehler begangen, die Neutralisierung Luxemburgs als eine Preußen günstige Stipulation aufzufassen, und hätte überhaupt die Macht- und Rangfrage mit Frankreich besser zum Austrage gebracht, solange Frankreich komparativ so schwach und der österreichischen Unterstützung ermangelt, Preußen aber stark und im Vorsprunge mit seiner militärischen Ausrüstung war. —

Nicht, als ob ich meinerseits keine Empfänglichkeit für die Segnungen des vorerst erhaltenen Friedens hätte. Ist ein Krieg zu allen Zeiten ein großes und schreckliches Übel, so vermehren sich seine Entsetzen in Perioden so hochgespannter Zivilisation und bleibt ein Kampf zwischen zwei Völkern, die recht eigentlich die Träger der Kultur des Weltteils sind, eine nicht genug zu beklagende Katastrophe. Allein ich kann die Überzeugung nicht gewinnen, daß es sich in dieser so willkürlich hervorgerufenen Luxemburger Frage wirklich nur um die Räumung der Festung durch die preußischen Besatzungstruppen und um Erwerb oder Nichterwerb des Ländchens durch Frankreich gehandelt habe. Ich bin vielmehr sicher, daß der Kaiser durch Aufnahme dieser Frage mehr nicht bezweckte, als allen preußenfeindlichen Elementen in Deutschland praktisch zu beweisen, was sein Staatsminister den folgenden Tag als Prinzip proklamierte, daß er der Garant der Nikolsburger und Prager Stipulationen sei und daß alle diese partikularistischen Tendenzen sich nach dem Falle Österreichs an ihn zu halten hätten.

Eure Majestät dürfen nicht bezweifeln, daß diese Absicht des Kaisers von all diesen Tendenzen wohl durchschaut worden ist, und daß auch die Beweisführung von ihnen als erbracht angesehen wird, daß Preußen ihn als den Stärkern erkenne, weil es nun zweimal, in Nikolsburg und in London, vor ihm das Feld geräumt habe.

Niemand hat mehr wie ich den unseligen Nikolsburger Vertrag beklagt, welcher alle Gegner Deutschlands und Preußens so ganz ungeschwächt gelassen und alle Möglichkeit der Rache unter den günstigsten Verhältnissen denselben in Händen gelassen hat. War er aber einmal geschlossen und in Prag nicht rückgängig zu machen, so blieben nur zwei mögliche Wege übrig. Entweder man mußte den Prager Frieden pünktlich und

seinem Geiste nach ausführen, also Nordschleswig nicht halten wollen, Luxemburg, als bereits geopfert, nicht beklagen, auch auf Heranziehung Süddeutschlands verzichten. Dann war es vielleicht möglich, einen Konflikt mit Frankreich, wie am 28. Juli 1866 in Nikolsburg, auch ferner zu vermeiden. Wenn man dagegen die Nikolsburger Verirrung einsah, wenn man einsah, wie aller mit so vielem Blute erkaufte Einfluß auf die deutschen Geschicke nichts bedeute, wenn man den feindseligen Tendenzen ihren alten traditionellen Rückhalt in Österreich und Frankreich lassen mußte, so galt es irgendeine Gelegenheit zu ergreifen, um wieder gut zu machen, was in Nikolsburg der künftigen freien Bewegung der preußischen Politik präjudiziert worden war. Jede Gelegenheit war dazu gut, die hoffen ließ, daß Preußen nur mit Frankreich allein zusammenstoßen würde und das deutsche Nationalgefühl hinter seinen Armeen hätte. — Dazu war die Luxemburger Frage vortrefflich angelegt. Es scheint nunmehr unzweifelhaft gewiß, wie Frankreich irgendeine auch nur kleine Verletzung der Prager Stipulation, wie sie unvermeidlich sein werden, aufgreifen und, wenn es fertig gerüstet hat, dann den Casus belli stellen wird. Nicht minder gewiß wird es aber sein, daß es dann Österreich auf seiner Seite haben wird, und daß Österreich dann nicht mehr militärisch so desorganisiert sein wird, wie es zur Stunde noch ist. An Vorwänden wird es nicht fehlen, denn leider bringt es die Planlosigkeit der politischen Züge des Grafen Bismarck mit sich, daß bereits eine Menge Überschreitungen des Prager Friedens von Frankreich konstatiert werden konnten, sei es Nordschleswig, die Mainzer Besatzungsfrage, die hessische Militärkonvention; ganz abgesehen von andern Schritten, zu denen Preußen durch das Verlangen der süddeutschen Regierungen noch gedrängt werden dürfte und die es nicht ohne große Schädigung seines Einflusses wird versagen können. Es ist leider mehr wie wahrscheinlich, daß dann bereut werden wird, die notwendige Auseinandersetzung mit dem Frankreich, das Einfluß in Deutschland beansprucht, nicht bei Gelegenheit der Luxemburger Frage unternommen zu haben, wie heute bereut wird, letzten Sommer vor Preßburg stillgestanden zu sein.

Fragen wir nach den letzten Gründen dieser verhängnisvollen Unentschlossenheit, so begegnen wir der Tatsache, daß Graf

Bismarck das Los der Bienen geteilt zu haben scheint, von denen es heißt, daß sie ihren Stachel in der Wunde lassen, die sie versetzen, und keine zweite beizufügen imstande sind. — Auf niemand auch war das altrömische Wort mehr anwendbar: „Zu siegen verstehst du, den Sieg zu benutzen verstehst du nicht.“ — Diese eigentümliche Unfähigkeit, zu gestalten und zu gründen, welche sich in dem Charakter des Grafen neben großer Tatkraft zusammenfindet, hat ihren Grund in einer fast doktrinären Abneigung, irgendeinen festen Plan für sein politisches Handeln zu fassen.

Solange dafür ein bestimmtes unzweifelhaftes Endziel wie die Auflösung des Deutschen Bundes und das Niederwerfen der Präsidialmacht gegeben war, ergab sich die notwendige Einheit des Handelns und die Planmäßigkeit von selbst. Das Ziel, welches der preußischen Politik seit den unseligen Tagen von Nikolsburg gesetzt ist, nämlich die selbstgeschaffenen Fesseln von Nikolsburg und Prag zu sprengen, eine weit schlimmere Zwangsjacke, als je der Deutsche Bund war, dazu kann der Graf kein Herz fassen und darauf stellt er keine Kombination. — Da darin aber absolut das einzige richtige Ziel und die indizierte Aufgabe der preußischen Politik liegt und er andererseits auch nicht den Entschluß finden kann, in den damaligen Fehlern beharrlich weiterzugehen, so kommt jene verhängnisvolle Unklarheit und Zweideutigkeit von selbst, welche die preußische Politik seit letztem Sommer, insbesondere in ihrem Verhältnis zu Süddeutschland, charakterisiert. — Welche ungeheuren Gefahren aber in derselben liegen, bedarf nicht erst hervorgehoben zu werden. Keine der geringsten ist davon, daß die preußische Politik Frankreich gegenüber in eine absolute Defensivstellung gerät, während der Kaiser allein alle Schachzüge tut, deren er bedarf, den preußischen Einfluß in Süddeutschland langsam mattzusetzen. Der Erfolg des Spieles hängt aber fast immer von dem Anzuge und der Initiative des Spielers ab.

Möge die Vorsehung über die Gesicke Preußens und Deutschlands wachen.

Mit unwandelbarer Verehrung  
Eurer Königlichen Majestät  
ergebenster  
Roggenbach



### 13. *Augusta an Roggenbach*

Baden, 15. August 1867

Ihr Brief hat mich erst eben hier erreicht und ich beeile mich, am ersten Morgen nach meiner Rückkehr Ihnen herzlichst zu danken.

Es hat mir sehr leid getan, Sie nirgends erreichen zu können und namentlich durch die stete Unruhe, in der ich diesmal in Koblenz lebte, in Ermanglung eines Zuspruches nicht einmal schriftlich meine Eindrücke mit Ihnen austauschen zu können. Hoffentlich finde ich hier einige Ruhe, weil ich mich meiner Gesundheit allein widmen muß.

Die Zeit zwischen dem 20. Juni und heute hat mich um viele Erfahrungen und Eindrücke bereichert, ich bleibe aber in meiner nüchternen, ja sorgenvollen Stimmung, die Sie kennen, und fühle mich unbeschreiblich müde, geistig und körperlich.

Wenn es mir gelingt, hier einiges niederzuschreiben, teile ich es Ihnen später mit. Ihr Besuch wird mich stets und überall wie bisher erfreuen, wenn er nur in ruhige Momente fällt. Für meinen armen Dr. Brandis, der seinen Vater verloren hat, freut mich Ihre Rückkehr nach Bonn doppelt. Wenn ich Ihnen erst heute für Ihren inhaltreichen Brief vom Frühjahr danke, so wissen Sie, daß Mangel an Dankbarkeit an meinem Versäumnis wahrlich nicht schuld war!

In alter Gesinnung  
Ihre A.

### 14. *Roggenbach an Königin Augusta*

[Drei Betrachtungen über Frankreich, Italien und die römische Frage. Undatiert und ohne Unterschrift, wahrscheinlich Mitte bis Ende November 1867.]

#### I.

Die Versuche des unzuverlässigen und ränkevollen Ministeriums Rattazzi, mit Umgehung des September-Vertrages sich in den Besitz von Rom zu setzen, haben durch das entschlossene Vorgehen des Kaisers Napoleon ein Ende genommen<sup>1</sup>, welches an Lehren reich und verhängnisvoll in seinen Folgen ist. —

<sup>1</sup> Gegen einen mit Duldung der italienischen Regierung von Garibaldi und seinen Freiwilligen unternommenen Handstreich auf Rom und den Kirchen-

Zunächst wurde eine traurige Schwäche der italienischen Regierung offenbar, welche nicht imstande gewesen ist, der Aktionspartei die Initiative des Handelns zu verwehren, wo die Gefahren, welche dadurch für Italien entstehen mußten, auch von ihr nicht mehr verkannt werden konnten. Weiter hat sich gezeigt, daß die Kraft dieser Aktionspartei selbst und die Macht der Einheitstendenzen in Italien, so weit solche auch das römische Gebiet betreffen, vielfach überschätzt wurde, – und eine fernere Rechnung auf eine wirksame Diversion derselben zugunsten der Operationen der preußischen Politik und zur Unterstützung einer Weiterführung der Deutschen Angelegenheiten kaum mehr gemacht werden kann. –

Weit sicherer dürfte erwartet werden, daß die tiefe Demütigung, welche die italienische Nation durch Frankreich erfahren hat, ein energisches Restaurationsministerium<sup>1</sup> von streng konservativem und militärischem Charakter für den Gedanken empfänglich werden ließe, durch eine Anlehnung an Preußen den Versuch vorzubereiten, die bisher scheinbare Selbständigkeit zu einer wirklichen Frankreich gegenüber zu gestalten. – Eine solche Tendenz verdiente gewiß alle Förderung seitens der Königlichen Regierung und bietet sich in einer Beihilfe zur Vervollkommnung der anscheinend wenig genügenden militärischen Einrichtungen des neuen Königreichs ein Feld sehr erfolgreicher Tätigkeit. –

Kaiser Napoleon hat durch die rücksichtslose Weise, mit welcher er die Aufrechthaltung des Wortlauts des Septembervertrages<sup>2</sup> Italien gegenüber urgierte, dreierlei erreicht. – Er hat dem empfindsam gewordenen französischen Ehrgefühl eine wohlfeile Satisfaktion verschafft und gleichzeitig den Vorwurf einer

staat hatte Frankreich militärisch eingegriffen: am 3. Nov. 1867 wurden die Garibaldiner bei Mentana von einem französischen Hilfskorps der päpstl. Truppen geschlagen.

<sup>1</sup> Das nach dem Rücktritt Rattazzis folgende Ministerium des Generals Menabrea.

<sup>2</sup> Im Sept.-Vertrag von 1864 hatte Napoleon III. versprochen, seine Truppen binnen 2 Jahren aus Rom zurückzuziehen, die Italiener dagegen hatten sich verpflichtet, den Kirchenstaat in seinen nunmehrigen Grenzen weder anzugreifen noch angreifen zu lassen.

Entschlußunfähigkeit von sich abgewehrt. – Er hat unzweideutig manifestiert, wie er nicht gesonnen sei, Verträge in einem andern Sinne interpretieren und umdeuten zu lassen, als der war, welcher bei der Abfassung vorwaltete – und hat damit wohl auch an die preußische Adresse zu verstehen geben wollen, daß der Prager Frieden nicht minder ein völkerrechtlicher Akt sei, dessen Wortlaut von den Interessenten in gleicher Weise behütet werden würde. – Endlich ist es ihm drittens gelungen, die ihm feindlichen innern Parteien aller Schattierungen innerlich zu spalten, weil die klerikalen Fraktionen sowohl der orleanistischen wie legitimistischen Partei notwendig zu seinen Gunsten gegen die liberalen Nuancen sich aussprechen müssen. Diese Vorteile sind so bedeutend, daß die Nachteile der Impopularität in Italien dagegen um so weniger in Betracht kommen können, als der Kaiser wahrscheinlich sich darüber sehr klar ist, daß er nun eine Lösung der römischen Frage und eine Revision des Septembervertrages selbst versuchen und bewirken muß, soll Preußen nicht fortwährend im Besitze einer sehr guten Allianzgrundlage mit Italien verbleiben. – Gelingt es dem Pariser Kabinett, eine solche Ausgleichung herbeizuführen – und das österreichische Interesse, das preußisch-italienische Einverständnis zu sprengen, läßt eine unterstützende Mitwirkung der französischen Bestrebungen als fast verbürgt annehmen, – so vermehrt sich die politische Isolierung, in welcher sich Preußen tödlich verletzten, aber stark gebliebenen Feinden gegenüber seit dem vergangenen Jahre befindet, in unheilvollster Weise. – Der Kaiser würde aber schwerlich so gewagt und verletzend vorwärts gegangen sein, wenn er nicht auch für die Eventualität einer Weigerung des Florentiner Kabinetts seinen Entschluß gefaßt gehabt und sich stark genug gefühlt hätte, allen Konsequenzen zu begegnen. Da Preußen einer Demolierung Italiens und einer Festsetzung französischen Einflusses in Oberitalien, – etwa einer Wiederherstellung des Königreichs Italien des ersten Kaiserreichs und der Verwandlung des Festungsvierecks in eine französische Position – nicht ruhig zusehen könnte, so mußte der Kaiser sich, um so vorwärts zu gehen, bereits militärisch stark genug fühlen, auch gegen Preußen als Verbündeten Italiens Front machen zu können.

Die Aufgabe der Preußischen Politik der Gefahr gegenüber, daß ihm [Preußen] das einzige sichere Bindemittel einer italienischen Allianz, das unfertig gebliebene Einheitswerk Italiens, verloren gehe, ist eine äußerst schwierige, da es nicht riskieren kann, als Gegner der Einheitsbewegung und der nationalen Sache zu erscheinen, anderseits nicht wünschen darf und kann, daß Italien Rom nun, als Preis seiner Demütigung und Hingabe an französischen Einfluß, unter französisch-österreichischer Vermittlung und Garantie empfangt. – Am wünschenswertesten erscheint es, wenn es gelingen könnte, das neue Florentiner Kabinett zu bewegen, jede Verhandlung über Revision des Septembervertrages abzulehnen und sich seine Entschließung für den Fall vorzubehalten, daß die Römer in eigener Initiative den Anschluß an Italien verlangten. Mittlerweile wäre alle Bemühung auf Stärkung der Widerstandsfähigkeit Italiens gegen künftige ähnliche Zumutungen zu richten, wie die ist, der das Kabinett Rattazzi als unrühmliches Opfer fiel. –

## II.

Die Unfähigkeit, welche das neue Königreich Italien in Erfüllung seiner wichtigsten staatlichen Verpflichtungen durch Duldung gefährlicher, seine internationalen Beziehungen bloßstellender Unternehmungen bewiesen hat, läßt befürchten, daß neue Kombinationen auf die gänzliche Auflösung der einheitlichen Monarchie sich bilden möchten. – Die Stellung des Hauses Savoyen wird ohnedies auf das äußerste im Innern bedroht werden, seit es offenbar wurde, wie schwankend der König Viktor Emanuel sich zeigte, als ein Einschreiten gegen die Aktionspartei zur Notwendigkeit geworden, und wie unbeholfen er verfuhr, als dasselbe versäumt, und nur noch ein männliches Eintreten für das Recht Italiens, im Kirchenstaat gleichzeitig mit Frankreich zu intervenieren, übrig blieb. Je empfindlicher die Demütigung für Italien bleibt, daß dasselbe sich seine Stellung bei Regelung der Römischen Frage nicht selbst nahm, sondern höchstens nachträglich als Gnade aus den Händen des Kaisers Napoleon empfangen könnte, um so mehr empfiehlt es sich dahin zu wirken, daß dem nun ans Ruder gekommenen konservativen Ministerium keine Bedingungen aufgelegt werden, welche dasselbe von vornherein der Nation unannehmbar

machen und welche den Bestand der Dynastie erschüttern könnten. Preußen muß von den Italienern sehr bald als der einzige europäische Staat erkannt werden, welcher Interesse an der Konsolidierung der italienischen Monarchie haben kann, und dürfte um so mehr auf deren Zuverlässigkeit rechnen dürfen, je tiefer Italien von Frankreich verletzt worden und je mehr es noch mittelst Preußens Beistand zu erreichen hoffen darf. – Eine definitive Lösung der Römischen Frage scheint daher keineswegs im Interesse Preußens zu liegen, vielmehr gewinnt dadurch wesentlich nur Frankreich, indem es einer Verlegenheit enthoben wird, die bei der zweiten Intervention gewiß noch größer wird als vor 17 Jahren. – Auch Italien kann weit eher den Besitz des Kirchenstaats entbehren, als Frankreich auf die Länge ertragen kann, denselben zu besetzen und den Italienern als Feind eines nationalen Lieblingsgedankens zu erscheinen. – Eine Erklärung des italienischen Kabinetts, daß es den Septembervertrag als gelöst betrachte durch die französische Intervention, und eine Ablehnung, denselben zu erneuern, würde zunächst die fortdauernde Anwesenheit einer Okkupationsarmee in Rom notwendig machen und eine Blöße französischer Stellung schaffen, die von hohem Werte sein kann. – Es würde in Italien das Gefühl erweckt, daß nichts verloren, vielmehr freie Hand in Behandlung der römischen Frage erreicht ist, und es würden die Blicke auf Deutschland gerichtet bleiben, als auf das einzige Land, durch dessen Aufschwung die drückende Übermacht Frankreichs gebrochen werden kann. – Während der Dauer dieses Preußen günstigen Status quo sollte mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, die innern Verhältnisse Italiens zu konsolidieren und vor allem die Armeeeinrichtungen zu verbessern, – denn nur zu sehr ist zu befürchten, daß die verlängerte Zusammenkunft der beiden Kaiser in Paris und die alten Tendenzen des österreichischen Reichskanzlers, mit der polnischen Nationalität als mit einem politischen Faktor zu rechnen, die beiden gekränkten Rivalen Preußens zu abenteuerlichen Plänen fortreißen dürften, die dem Charakter beider Völker und der Not ihrer Herrscher entsprechen würden. Je bedenklicher es wäre, wenn ein konfessioneller Gegensatz bei solchen Kombinationen von denselben gegen Preußen verwertet werden könnte, um so ratsamer ist es, eine solche Hal-

tung zur römischen Frage einzunehmen, welche einerseits die katholischen Stimmungen und Interessen schon und andererseits doch den Zweck erfüllt, die Italiener zu befriedigen und mit Vertrauen gegen Preußen und mit Dankbarkeit für die Politik des Berliner Kabinetts zu erfüllen. Dazu dürfte nur der vorgeschlagene Weg geeignet sein.

### III.

Die unsichere Lage der französischen Verhältnisse und die Gefahren, welche aus derselben für den Weltfrieden hervorgehen können, fordern bei Behandlung der politischen Fragen eine außergewöhnliche Besonnenheit und Vorsicht. Der Sieg, welchen der Kaiser Napoleon über die zweideutige Politik des Florentiner Kabinetts davongetragen hat, hinterließ für denselben die Verpflichtung, die Lösung der römischen Frage selbst zu versuchen. – Ein Scheitern in dieser Aufgabe würde wahrscheinlich die Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik des zweiten Kaiserreiches bis zu einem für dessen fernern Bestand sehr bedrohlichen Grade steigern. – Das Zustandekommen der Konferenz<sup>1</sup>, welche die Verantwortlichkeit für den fernern Verlauf dieser fast unentwirrbaren Frage mit ihm teilen würde, ist unter diesen Umständen fast eine Lebensfrage für die Dynastie Napoleons III. und ein jedes Entgegenarbeiten gegen seine Bemühungen dafür muß von ihm als Beweis äußerster schadenfroher Feindseligkeit gefaßt werden. – Hat Preußen den Schein eines solchen Antagonismus alle Ursache zu vermeiden, so muß es sich andererseits von vornherein klar machen, wie auf einer europäischen Konferenz über diese Frage die Gegensätze sich sehr leicht zu einer Schärfe steigern können, welche Preußen nur die Alternative zwischen der Wahl zweier Extreme, katholischer und absolut antikatholischer Tendenzen, lassen würde, wenn es nicht mit seinen maßvollen und parteilosen Anschauungen isoliert bleiben will. – Tritt Preußen in die Konferenz, so kann es nur geschehen, um dem eigenen Standpunkte daselbst die Majorität zu verschaffen, und es müßte bestrebt sein, für ein Programm der Vermittlung die an der Frage nicht in erster

<sup>1</sup> Am 10. November hatte die französische Regierung zu einer Konferenz über die römische Frage eingeladen.

Reihe beteiligten, wohl aber vor allem an Erhaltung des Friedens interessierten Mächte zu gewinnen. Wie sehr auch indiziert ist, sich von aller vorschnellen Einmischung zurückzuhalten und zunächst dem französischen Kabinette die Leitung der Verhandlungen zuwartend zu überlassen, so wird es doch schon jetzt ins Auge gefaßt werden können, daß der Tag für eine Vermittlungspolitik jedenfalls kommen muß und daß derselben durch eine richtige Behandlung der Frage bereits jetzt die Wege sowohl bei den nächstbeteiligten Regierungen in Florenz und Rom wie bei den eventuellen Stützen eines Mediationsversuches, dem Londoner und Wiener Kabinette, geebnet werden müßten. Je unsicherer aber trotz aller umsichtigsten Bemühungen der Erfolg der Konferenz bleibt und da es nur allzu möglich ist, daß aus derselben statt einer Verständigung der allgemeine Krieg hervorgeht, um so ratsamer wird es sein, die Beziehungen zwischen Regierung und Bevölkerung in Preußen so innig und vertrauensvoll als möglich zu gestalten. Das glückliche Beispiel, welches der erste regelmäßige Reichstag des Norddeutschen Bundes gegeben, kann ebenso leicht günstig auf die üblere Tradition des preußischen Abgeordnetenhauses zurückwirken als umgekehrt ein Keim neuen Konfliktes störend von dem Boden des Abgeordnetenhauses auf den des Reichstags überwuchern kann. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn das Vertrauen, welches der König und sein erster Ratgeber zur Zeit in Deutschland genießt, durch Streitigkeiten getrübt würde, die mit einiger Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit der öffentlichen Meinung nördlich wie südlich des Maines leicht geschlichtet werden können. Niemand aber weiß, wann Preußen der ungetheilten Unterstützung von Herz und Arm des ganzen deutschen Volkes benötigt sein wird. — Für diesen ersten Augenblick darf es sich keinen Teil desselben entfremdet haben und ein jeder, welcher politischen Meinung oder welcher Konfession er sei, muß dann die vaterländische Sache ganz als die eigene empfinden können, um für dieselbe auch handeln zu können<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Mit geringen Änderungen und Erweiterungen von Augusta wörtlich übernommen in ihren Brief an Wilh. I. aus Koblenz vom 26. Nov. 1867.

15. *Augusta an Roggenbach*

Koblenz, 27. November 1867

Wie dankbar ich Ihnen bin für alle Beweise einer sich stets [gleich] bleibenden Gesinnung, kann ich nur fühlen, nicht sagen, aber Ihr eigenes Bewußtsein ist der beste Lohn. Ich habe gleich heute das treffliche Material benutzt, gleichviel ob mit Erfolg oder nicht, wenn nur das Rechte rechtzeitig geschehen ist. Auch ferner werden Sie mir gerade in dieser Hinsicht durch verwendbaren Stoff den größten Beistand leisten. Gedenken Sie einer Mutbedürftigen in treuer Teilnahme.

A.

16. *Roggenbach an Königin Augusta*

Berlin, 26. Mai 1868.

Eurer Majestät

gnädigstes Schreiben<sup>1</sup> ist mir durch Herrn Oppenfeld richtig übergeben worden und hat dessen Inhalt die Innigkeit und Aufrichtigkeit meines Dankgefühls nur von neuem vermehren können. Möge die Gnade der Vorsehung Eurer Majestät dafür wie als wohlverdienter Lohn einer in Arbeit und Mühe bewährten ersten Lebensrichtung stets zur Seite bleiben.

Ich erlaube mir nun mit wenig Worten auf die Eindrücke einzugehen, welche die Beobachtung der hiesigen Verhältnisse und der nunmehr abgeschlossenen jüngsten Phase mir hinterlassen hat. – Den Zweck meiner Rückkehr hierher habe ich damit erreicht, daß es mir gelungen ist, durch Aussprachen mit verschiedensten Persönlichkeiten aus allen Parteien einen ziemlich genauen Einblick in den Stand der augenblicklichen Lage wie die Hoffnungen und Gefahren derselben zu gewinnen<sup>2</sup>. In letzterer Hinsicht waren mir insbesondere Gespräche mit Windthorst<sup>3</sup> von Bedeutung, der im Augenblicke sehr viele Fäden

<sup>1</sup> Liegt nicht vor, vermutlich ein Kondolenzbrief der Königin zum Tode von Roggenbachs Mutter, die am 14. Mai 1868 gestorben war.

<sup>2</sup> Ebenso am gleichen Tage in R's. Brief an Jolly, a. a. O., S. 221/22.

<sup>3</sup> Ludwig Windthorst, der frühere hannoversche Minister und spätere Führer der Zentrumsparthei.



in Händen hält und der weitaus das bedeutendste Mitglied ist, welches die Repräsentativversammlungen gewonnen haben, mit welchen der preußische Staat im Augenblick behaftet ist. – Ich empfehle denselben Euer Majestät zu[r] besondern, wenn auch vorsichtigen Berücksichtigung und bemerke dabei, daß er gegen Euer Majestät wohl offener und aufrichtiger sein wird als seine Klugheit ihm auf dem schwierigen Berliner Terrain im allgemeinen rätlich erscheinen läßt. Er hat im Gespräche mit mir [sich] gleichfalls sehr rückhaltlos ausgesprochen und ich habe mich sehr gefreut, sehr richtige[n] Gesichtspunkte[n] in den Hauptfragen bei demselben zu begegnen. – Zugleich habe ich ihn als einen sehr gefährlichen Gegner Preußens erfunden, sollte die Politik fortdauernd auf absolut falschen, engherzigen Wegen, insbesondere auch in Behandlung der innern Fragen und in den Verwaltungsmaximen, verharren.

Zu den Personen, mit welchen ich Gelegenheit hatte zusammen zu kommen, kann ich leider S. Kgl. Hoheit den Kronprinzen nicht rechnen. – Wenn ich auch glaubte, mich von der Vorstellung der Mitglieder des Zollparlaments nicht ausschließen zu sollen, so hat sich die Äußerung S. Kgl. Hoheit dabei notwendig nur auf einige teilnehmende Worte beschränken können und meine Bemerkung, daß ich noch einige Tage in Berlin bleiben würde, konnte wohl wegen Geschäftsüberhäufung des Kronprinzen zu dem Ergebnis einer weiteren Begegnung nicht führen. Ich bedaure unter diesen Umständen über die gegenwärtige Auffassung Sr. Königl. Hoheit zu einem Eindrucke nicht haben gelangen zu können und für diesmal darauf verzichten zu müssen.

Im allgemeinen, glaube ich, darf angenommen werden, daß die politischen Vorteile, welche die kurze Session des Zollparlamentes hinterläßt, die möglichen Nachteile, die aus der Verstimmung einzelner hervorgehen könnten, weit übertrifft. Die letztere findet sich im Kreise der sogenannten Nationalliberalen Partei aus Hessen und Baden. – Aber es darf nicht verkannt werden, daß dieselbe in den zwei letzten Jahren auf so absolut falschen<sup>1</sup> Wegen gewandert ist, daß eine Enttäuschung ihr über-

<sup>1</sup> Die von Roggenbach als töricht verurteilte, tumultuarische Geltendmachung des Anschlußwunsches „evidenter Minoritäten“, wie sie vor allem in dem

haupt nicht erspart werden konnte und daß eine Neutralisierung derselben von unstreitiger Erleichterung der Lage sein dürfte. – In jeder andern Hinsicht sind wesentliche Fortschritte zu konstatieren. Einer der wesentlichsten liegt in der unstreitigen Annäherung, welche zwischen den verschiedenen Nuancen der partikularistischen Partei des Südens mit den verwandten Schattierungen der nördlichen Fraktionen stattgefunden hat, und Elemente in die Rotation des norddeutschen geistigen Lebens und eines einheitlichen Zusammenwirkens hineinzog, die bisher sehr ferne standen und auf dem Wege sind, sehr enge zusammenzuwachsen. Das ist aber das gerade Gegenteil von Separatismus und ein reiner Gewinn, eine sicherste Vorarbeit der Einigung. – Der Eindruck des größern Staatswesens und auch des unzweifelhaften deutlichen Charakters des hiesigen Lebens war ganz unbestreitbar. – Nicht minder hat sich die Überzeugung herausgebildet, daß in der Tat die Ausübung irgendeiner Pression auf den Süden nicht nur gegen die Absicht, sondern auch gegen die Interessen der hiesigen Regierung ist. In dieser Hinsicht hat die Schlußrede Sr. Majestät des Königs den Ton vortrefflich getroffen und es ward durch Hervorhebung des Standpunktes der Vertragstreue ein Boden gewonnen, auf welchem sich nun nicht nur ein leidlicher Status quo im Süden bilden, sondern auf dem auch einige Friedenszuversicht in Europa sich gründen kann, insoweit dafür die Beseitigung der süddeutschen Frage von Einfluß ist. – Daß man zögerte und schwankte, ob man die Verträge, welche man unter dem Druck einer europäischen Lage abgeschlossen hatte, loyal ausführen wolle oder nicht, daß man eine konträre Agitation und die Kaprizen der gegenteiligen Velleitäten in Süddeutschland nicht offen desavouierte, hielt ich stets für einen der größten Fehler der preußischen Politik seit 1866. – Nun ist der Fehler gut gemacht und es wird der Zustand unstreitig ein besserer werden, nicht nur in Europa, sondern ganz ebenmäßig in Süd- wie Norddeutschland. In Süddeutschland wird Fürst Hohenlohe, der in der Achtung und Wertschätzung unendlich gewonnen hat, die Führung der

Adreßanfrage des Darmstädters Metz u. Gen. zum Ausdruck kam. „Die Niederlage dieser leider auch badischen Richtung ist mir ganz recht“. (R. an R. v. Mohl, 26. Mai 1868). Ebenso urteilte Wehrenpfennig, vgl. m. Briefband „Deutsch. Liberalismus 1859–70“, Seite 419–421.)

süddeutschen Politik übernehmen und mit sicherer Hand und patriotischem Sinne in engstem Einverständnis mit der preußischen Regierung weiterführen. Das ist an sich gut. – Wie die Dinge liegen, aber weitaus die beste Form einer Verbindung zwischen Nord und Süd<sup>1</sup>. –

Weit weniger befriedigend stellen sich mir die innern preußischen Verhältnisse, der Zustand der Regierungsmaschine als solcher heraus. – Die Auflösung aller gesunden staatlichen Institutionen ist zur Zeit durch das Vorhandensein einer Persönlichkeit verdeckt, die eine Stellung in der öffentlichen Meinung des Landes und den geschichtlichen Vorgängen gewonnen, welche sie geeignet macht, die chaotische Verwirrung durch Akte bestimmten, oft grillenhaften Willens zu ergänzen<sup>2</sup>.

Ich habe Niemand begegnet, der mir zu sagen wüßte, was kommen soll, und wie auch nur einen Tag weiter regiert werden soll, wenn diese persönliche Korrektur einmal sich nicht in gleicher Weise geltend machen könnte, und ich meines Theils bezweifle, ob es sogar Graf Bismarck auf die Dauer gelingen wird, die Gegensätze zu meistern, die in der Doppelstellung einer preußischen und einer Bundesregierung liegen. – Auf diesem Gebiete liegt die Hauptgefahr, wenn wir uns einen Augenblick der Hoffnung hingeben, daß wir einer friedlichen Entwicklung und nicht den Katastrophen eines verhängnisvollen Krieges entgehen. – In letzter Hinsicht fahren die Besorgnisse fort sich periodisch geltend zu machen. – Mir scheint es immerhin zweifelhaft, ob nach Beseitigung der süddeutschen Frage Napoleon eine andere Frage findet, welche ihm sichere Allianzen verbürgt, und ich bin sicher, daß er ohne Allianz nicht wagen wird, einen freiwilligen Krieg zu unternehmen. Der wegen Süddeutschland unternommene Krieg wäre kein solch freiwilliger gewesen, sondern ein von der öffentlichen Meinung in Süddeutschland erzwungener.

<sup>1</sup> Ebenso in dem schon zitierten Briefe R.'s an Mohl: „Das A und O des Heiles für Süddeutschland verkörpert sich im Augenblick für mich in dem Wunsche nach Erhaltung des Fürsten Hohenlohe im Amte. Derselbe hat hier ausgezeichnet abgeschnitten und sich seine Stellung hoffentlich dadurch auch in München gekräftigt.“

<sup>2</sup> Fast ebenso urteilt R. in dem gleichzeitigen Briefe an Jolly, a. a. O., S. 221/22

Ich kehre morgen über Bonn, wo ich meine Niederlassung in einen Zustand bringen will, mich dauernd entbehren zu können, nach Freiburg zurück. Von dort hoffe ich auf die Möglichkeit, meine Aufwartung in Baden machen zu können. Von dem Geh. Rat von Savigny höre ich, daß sein Zustand schwerer Erkrankung sehr bedenklich sein soll.

Mit unwandelbarer Verehrung  
Euer Majestät  
ehrfurchtsvollst ergebener  
Roggenbach

*17. Augusta an Roggenbach*

Baden, Himmelfahrtstag 31. Mai 1868

Um die sichere Gelegenheit des H. v. Oppenfeld zu benutzen und Ihnen so bald wie möglich meinen innigen wehmütigen Dank für Ihre heute erhaltene Antwort auszudrücken, schreibe ich noch eilig diese Zeilen. Sie haben eine zu gute Meinung von mir, aber abgesehen davon fühle ich, daß Sie meine innere Läuterungsschule in dem Verständnis der Leiden und in dem warmen Anteil<sup>1</sup> erkannt haben. Meine treuesten Wünsche begleiten Sie überall in die verödete Zukunft, in das verarmte Leben! Sie bleiben aber in Verbindung mit dem Jenseits und wenden dahin als Gabe dankbarer Liebe, was Sie hiernieden zu leisten vermögen im eigenen Fortschritt, in der Fürsorge für andere und in der Hingabe an das Vaterland. –

Für die kurze Zeit Ihres Verweilens in Berlin empfehle ich Ihnen nur das Herantreten an den Kronprinzen und die Kronprinzessin. Es ist dies wichtig für die Zukunft und für mich. Die schädlichsten Einflüsse haben auf den Kronprinzen eingewirkt und meine Abneigung gegen die Reise bestätigt. Ich bin über manches erschrocken! –

Der Gang des Zollparlaments hat mich wenig befriedigt und ich besorge ungünstige Resultate von der Sitzung, in welcher die hessische Frage<sup>2</sup> den Vorwand zu dem Kampf gab, den man

<sup>1</sup> An dem schon erwähnten Tode von Roggenbachs Mutter.

<sup>2</sup> Vgl. die Erläuterung im vorigen Briefe.

mit der Adresse zu beseitigen hoffte. Ich sehe trüb nach innen und nach außen. Doch Gottes Schutz ist meine fernere Hoffnung und meine treue Freundschaft bleibt Ihnen gesichert.

A.

*18. Augusta an Roggenbach*

Baden, 13. Juni 1868

Nur zwei Worte, um Ihnen zu sagen, daß ich bis zum 24. d. M., wo ich nach Potsdam direkt zu reisen gedenke, hier zu treffen bin und daß ein Wiedersehen mit Ihnen, wenn es Ihre Verhältnisse gestatten, mir sehr am Herzen liegt! Wenn Sie mich noch besuchen können, bitte ich nur um eine Andeutung zuvor, damit ich den Tag möglichst danach zurechtlegen kann.

In unwandelbarer Gesinnung

A.

*19. Roggenbach an Augusta*

Freiburg, 28. November 1868

Eurer Königlichen Majestät

habe ich bisher unterlassen, weitere Abschrift des Münchener Korrespondenten einzusenden. Es schien mir, daß im Augenblicke in dieser Richtung nichts von so entscheidender Wichtigkeit vorliege, um den Gebrauch seiner Mitteilungen durch deren Häufigkeit und relative Unbedeutendheit in seiner Wirksamkeit abzuschwächen. – Ein spätes Zurückkommen auf Vergangenes könnte aber nur durch den Eindruck der Absichtlichkeit nachteiligen Verdacht erregen. – Besser bleibt die erneute Anregung dieser Quelle dem Zeitpunkte vorbehalten, wo in Berlin entscheidende Entschließungen zu fassen sind oder wo wichtige Interessen auf dem Spiele stehen.

Die Nachricht, daß das hiesige Domkapitel sich nach Rom mit der Bitte gewandt habe, es möge ihm gestattet sein, dem Wunsche der Regierung auf Ergänzung der frühern Wahlliste für Besetzung des erzbischöflichen Stuhles zu willfahren, ist verfrüht. Bisher liegt nur der Antrag zu diesem versöhnlichen

Schritte vor und ist derselbe von vier Stimmen unterstützt, während die Minorität – 3 Stimmen, worunter Weihbischof Kübel – dagegen gestimmt ist. – Ich zweifle indessen nicht, daß der Beschluß zustande kommt. Ob man in Rom demselben Folge gibt und den wichtigen Präzedenzfall über sich ergehen läßt, daß eine deutsche Regierung den Anspruch durchsetzte, nur eine von „genehmen Persönlichkeiten“ gebildete Liste gelten zu lassen, ist nicht wohl anzunehmen. Zur endlichen Beendigung der langjährigen Streitigkeiten zwischen Kurie und Regierung<sup>1</sup> wäre es gleichwohl wünschenswert. –

In den letzten Tagen hat sich hier im Lande die von mir längst gefürchtete Regung kundgegeben, den nicht erfolgten Eintritt in den Norddeutschen Bund zum Ausgangspunkt einer oppositionellen<sup>2</sup> Bewegung gegen die hohe Belastung durch das Militärbudget zu nehmen. – Ich besorge, daß aus diesem unscheinbaren Anfang bis zum nächsten Landtage eine sehr ernste Schwierigkeit für die Regierung und eine Quelle großen Verdresses für den Großherzog erwachsen könnte. Die Regierung suchte durch einen entschiedenen Artikel den beginnenden Aufruhr unter ihren Anhängern zu unterdrücken. So wie ich aber die Strömungen der beweglichen öffentlichen Meinung Süddeutschlands kenne, wird das kaum mehr gelingen und die Lage um so bedrohlicher werden, als die Unterstützung der nationalliberalen Partei bei der tiefen Kluft, welche zwischen der konservativen und katholischen Partei und der Dynastie besteht, kaum zu entbehren ist. – Um so wichtiger ist, daß S. Kgl. Hoheit der Großherzog sich jetzt in verhältnismäßig ruhiger Zeit so sehr als möglich kräftigt und für kommende Schwierigkeiten stärkt.

Der bisherige Gang der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses in Berlin hat für den Zustand der Institutionen, unter denen das preußische Volk und der Norddeutsche Bund heute lebt, keinen günstigen Eindruck gemacht. Es ist kaum anzunehmen, daß eine reizbare Natur wie Graf Bismarck standhält,

<sup>1</sup> u. <sup>2</sup> Über den badischen Kirchenstreit und die Offenburger Opposition vgl. den eingehenden Gedankenaustausch zwischen Roggenbach und Jolly in ihrem von mir veröffentlichten Briefwechsel in d. Ztschr. f. die Gesch. des Oberheims, Bd. 48 (1934), Seite 222 ff.

wenn er erst einmal in das Kreuzfeuer unverständiger parlamentarischer Angriffe und zum vollen Bewußtsein der Verlegenheiten kommt, in welche der positive Teil der Verfassungsschöpfungen von 1867 den preußischen Staat verstrickt hat. – Schlimmer noch als die Lähmung, welche für die Leitung der Geschäfte aus diesem erschütterten Gesundheitsstande des Ministerpräsidenten hervorgeht, ist leider die erschreckende Drepravation aller höhern Staatsempfindung und fast des feinem politischen Ehrgefühls, wovon die Verhandlungen ein peinliches Zeugnis ablegen.

Ob die Befürchtung derer begründet ist, welche Napoleon Verwicklungen an der unteren Donau zum Einsetzen mit einer kriegesischen Kombination vorbereiten lassen, kann erst die Zukunft entscheiden. Jedenfalls hat der Kaiser Grund, ein Whigministerium als seinen Zwecken weniger hinderlich zu erachten als ein Toryministerium. – Noch erwünschter aber muß ihm das immer stärkere Hervortreten der Partei der ungarischen Staatsmänner sein, welche eine Anlehnung an Frankreich und eine Aufnahme der Nationalitätenpolitik der katholisch-slavischen Völker in ihr Programm aufnahmen. Von deren Führer, dem Grafen Andrassy, ist gewiß, daß derselbe einen österreichisch-deutschen Reichskanzler für eine sehr vergängliche Erscheinung ansieht, und Baron Beust wird kaum eine andere Wahl haben, will er sich behaupten, als die Tendenzen dieser ungarischen Parteiführer noch zu überbieten. Ich glaube, alle Bewegungen der politischen Kreise in Pest können im Augenblick nicht genau genug überwacht werden.

Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

*20. Augusta an Roggenbach*

Berlin, 15. Dezember [1868]

Besten Dank für Ihren interessanten und teilnehmenden Brief. Ich konnte Ihnen nicht mehr von Koblenz die Beilage schicken, weil ich keinen Abschreiber hatte und die Gefälligkeit meiner guten Luise Kanitz hier abwarten mußte. Hier bin ich aber von

Anfang an erkrankt an einem Fieber, das mich schon in Koblenz heimgesucht hatte. Erst seit vorgestern bin ich wiederhergestellt und seit gestern ausgegangen, aber noch angegriffen und namentlich hypochonder. Ich finde die Zeit überaus ernst, meine Aufgabe immer schwieriger, meine Kraft gemindert und den geistigen Verkehr auf Isolement reduziert. Doch ich will nicht klagen und bitte nur um Prüfung und Begutachtung der Beilage<sup>1</sup> vom 5. November, die das Résumé unseres Badener Gespräches enthält.

Würden Sie nicht im Laufe des Winters Karlsruhe besuchen? Mein Verkehr mit Neuwied<sup>2</sup> war sehr befriedigend. Bitte schicken Sie mir das Paket durch Frl. v. Sternberg zurück, welche es an H. v. Neindorf adressieren wird.

In alter dankbarer Gesinnung  
Ihre A.

*21. Roggenbach an Königin Augusta*

Freiburg, 23. Dezember 1868

Eurer Königlichen Majestät

gnädigstes Schreiben vom 15. d. M. ist mir samt dem beigelegenen Memoire vom 5. November durch Fräulein von Sternberg richtig zugekommen und sage ich für beide mir ebenso sehr wertvollen als interessanten Mitteilungen meinen ergebensten Dank. – Die erste Nachricht der Erkrankung Eurer Majestät hatte ich zu meinem großen Schrecken und tiefer Bekümmernis in den Zeitungen gefunden und war gerade mit mir zu Rate gegangen, wie ich mir über den Verlauf dieses bedauerlichen Unwohlseins Gewißheit verschaffen könnte, als ich die bessere Wendung dankbar erfuhr. Ich zittere, die Anstrengungen der Weihnachtszeit möchten neue Gefahren herbeiführen, und wage Eure Majestät zu beschwören, einmal Ihrer Selbst zu gedenken, und daß nichts wichtiger ist, als mit der

<sup>1</sup> Die Beilage, deren Empfang Roggenbach im nächsten Briefe bestätigt, ist das dort erwähnte Memoire der Königin vom 5. November, das aber in seinem Nachlaß nicht mehr erhalten ist.

<sup>2</sup> Gemeint ist die mit Roggenbach eng befreundete Fürstin Marie von Wied.



Gesundheit die Möglichkeit einer segensreichen Wirksamkeit und einer harmonischen Einwirkung auf alle umgebenden Verhältnisse sich zu erhalten.

Dem Inhalte des Memoires wüßte ich an keiner Stelle etwas ändernd beizufügen. – Seither freilich hat sich die Lage der Dinge wesentlich modifiziert.

Zunächst ist die englische Krisis<sup>1</sup> in ihrem ersten Akte nicht unbefriedigend abgelaufen. – Schon daß die abtretende Torypartei mit Ehren den Kampfplatz verließ und somit jederzeit wieder regierungsfähig zurückkehren kann an die Geschäfte, ist kein zu unterschätzender Gewinn. – Nicht minder enthält die neue Regierung neue Elemente der Kraft in sich und schon das ist gut, daß Richtungen, welche sich bisher außerhalb der gouvernementalen Kreise bewegten und auf dem Felde der Agitation mit Mitteln des Radikalismus arbeiteten, wie Bright<sup>2</sup>, zu geordneter staatlicher Tätigkeit einrangiirt worden sind. – Die gleichzeitige Ministerveränderung in Frankreich mit einem dem Frieden unter den Kulturstaaten sehr ergebenden Manne wie Lavalette an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten verbürgt, daß die Zeit des tollsten chauvinistischen Geschreis vorüber ist, und der Kaiser vielfachen inneren Gefahren gegenüber seine vornehmliche Anlehnung in der englischen entente cordiale und einem guten Vernehmen mit Preußen, im Sinne Rouhers, suchen will. –

Da damit zugleich eine analoge Behandlung der orientalischen Frage seitens der Kabinette von London und Paris wohl als sicher angenommen werden darf, so wird es für Preußen wesentlich darauf ankommen, durch die aufmerksame Fühlung, welche es mit England hält, sich ein Zusammengehen mit der westmächtlichen Politik offen zu halten, ohne dabei dem Hintergedanken des französischen Kabinetts gewonnenes Spiel zu geben. Dieser Hintergedanke geht bei der brüskten Anregung der orientalischen Frage durch Aufstacheln der türkischen Empfindlichkeit offenbar dahin, die russisch-preußische Verbindung gelegentlich zu lockern. Ist dieses erst durch

<sup>1</sup> Am 2. Dezember 1868 war Disraëli, der seine Stellung durch die Neuwahlen nach der Reformbill als erschüttert ansah, zurückgetreten und Gladstone hatte die Neubildung des Kabinetts übernommen.

<sup>2</sup> John Bright (1811–1889) war Handelsminister geworden.

dieses türkisch-griechische Zwischenspiel<sup>1</sup> gelungen, dann wird wohl die schönste Zeit der Rouher-Lavaletteschen Friedensphase vorüber sein und der Kaiser nicht zögern, gegen Preußen die Vorteile, die ihm dessen größere Isolierung bietet, geltend zu machen. – Den rechten Mittelweg zu treffen, Rußland einerseits fest am Arme zu behalten, damit es keine eigenen Unternehmungen in Szene setze, die Preußen nur die Wahl lassen, sich für oder wider zu erklären, andererseits, in Gemeinschaft mit England, gefährliche Abenteuer der napoleonischen Politik möglichst zu verhüten, das ist bis zur Stunde die einfache und klare Aufgabe der preußischen Politik. – Dabei wird auch der Urheber aller augenblicklichen Verwirrungen, der österreichische Reichskanzler, am besten unschädlich gemacht werden, wengleich die Stellung des ungarisch-österreichischen Kaisertums noch auf lange unbequem bleiben wird. Es genügt daran zu erinnern, welche alte Verbindung seit den Zeiten des Sultans Solimans des Großen, seit den Bethlen Gabor und Telekis<sup>2</sup>, seit Franz von Anjou zwischen der Türkei, Polen und den Ungarischen Malkontenten bestanden. – Heute sind letztere die Seele der österreichischen Politik und alle leitenden Staatsmänner von den Traditionen der Hoffnungen erfüllt, womit diese alten Kombinationen sich trugen. Seit Franz I. von Frankreich war die französische Politik gewohnt, ihrerseits ihre Schritte gegen Kaiser und Reich durch den Rückhalt zu decken, welchen die Verbindung mit diesen natürlichen Gegnern des deutschen Reiches, den Polen und Ungarn, dem Erbfeinde darbot. Warum sollte das heute anders sein? Daraus folgt, daß es eminent wichtig ist, die Konsolidierung dieser gefährlichen Interessenkombination durch die Beimischung des englisch-preußischen Elementes zu neutralisieren und wenn möglich die Russen nicht aus dem europäischen Konzerte zu verlieren, welches sich in Athen wie in Konstantinopel geltend machen muß. –

Von äußerster Bedeutung ist aber, gerade jetzt jede Anregung irgendwelcher Maßregel zu vermeiden, welche in Frankreich

<sup>1</sup> Türkisch-griechische Differenz über Kreta. Sie drohte durch türkisches Ultimatum zum Kriege zu führen, wurde aber auf Preußens Vorschlag vom 21. Dez. durch eine europäische Konferenz in Paris beigelegt.

<sup>2</sup> Die siebenbürgisch-ungarische Magnatenfamilie Teleki v. Szek.

eine Handhabe bieten könnte, mit nunmehr solide etablierter Allianz mit Österreich und der Türkei in deutsche Verhältnisse sich einzumischen<sup>1</sup>. Würde dies versäumt, so würde ohne Zweifel die friedliche Wendung durch das Kabinett Rouher-Lavalette bald vorüber sein und der Kaiser mit der ihm eigenen Glätte und Schweigsamkeit es Drouyn de l'Huys überlassen, die Konsequenzen aus der jetzigen Übergangszeit in einer für Deutschland sehr unerfreulichen Weise zugunsten seiner Kriegspolitik zu ziehen. –

Für die badischen Verhältnisse ist in den letzten Wochen in dem Auftreten einer Oppositionspartei eine sehr unerquickliche Wendung eingetreten, welche die Lage der Regierung vielfach erschweren [wird] und die Isolierung der Dynastie im Lande leider noch vermehrt. Die Offenburger Sezessionisten spielen eine häßliche Intrige, die unter allen andern Verhältnissen ganz ohne Bedeutung wäre. – Wie die Dinge in dem Lande liegen, wo so viel des besten Kapitals verbraucht ist und an den konservativen Elementen gar kein Halt mehr zu hoffen ist, so ist der partielle Abfall der Liberalen Partei schon sehr ernst. – Um so erfreulicher ist, daß S. Kgl. Hoh. der Großherzog wenigstens erfrischt aus Italien zurückkehrte! –

Darf ich noch ein Wort über den Eindruck sagen, welchen die letzten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses für den unbefangenen Beobachter machten, so geht er dahin: Es liegt – ich wage zu behaupten, in den Augen aller unparteiischen und nicht in den Wirrsalen vergangener Konflikte befangener Männer – ein Mißverhältnis zwischen der Größe und Bedeutung der inneren Fragen auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Organisation einerseits und den Kapazitäten wie dem Gesichtskreise einzelner Ressortminister anderseits vor<sup>2</sup>. –

<sup>1</sup> Tatsächlich war es in diesen Wochen Beust gelungen, Napoleon für Annahme der „orientalischen Basis“ als Ausgangspunkt der franz.-österreichischen Entente gegen Preußen zu gewinnen.

<sup>2</sup> Die innere Reform Preußens und der dazu nötige Personenwechsel im Ministerium ist in diesen Monaten eine Kardinalforderung aller liberalen Führer. Vgl. die zahlreichen Stimmen in m. Briefbände „Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks“ I, Seite 425 ff., wo auch weitere wichtige Äußerungen Roggenbachs sich finden, u. Gust. Freytags Briefe an Stosch (Stuttg. 1913), S. 31 ff.

Wie sehr die Pietät und Treue, mit der S. Majestät der König Männer, die Ihm in schweren Tagen aufopfernd und ausdauernd zur Seite standen, auch jetzt noch halten zu müssen glaubt, Beweis einer großen Regenteneigenschaft liefert und das einzige sichere Mittel ist, sich treue Diener zu erziehen und zu sichern, so liegen die Aufgaben Preußens seit der Gründung des Norddeutschen Bundes doch so ganz anders, daß das Urteil der Geschichte, wie es die bisherige Beharrlichkeit verstanden hat, gewiß auch billigen würde, wenn den veränderten Verhältnissen und höheren Zielen Rechnung getragen würde. – Es würde sich gewiß vollkommen auch für das feinste Gefühl rechtfertigen lassen, wenn zum Beispiel mit Rücksicht auf die Rückwirkung, welche ein gedeihlicher Gang der inneren preußischen Staatsmaschine für die Entwicklung des Norddeutschen Bundes und die Stellung Preußens in Deutschland hat, dem Bundeskanzler für den einzelnen Fall anheimgegeben würde, nunmehr, wo die innere Arbeit der Reform der Gesetzgebung nicht mehr aufzuhalten ist, die preußischen Staatsmänner zu bezeichnen, deren Eintritt er zur Förderung dieser Entwicklung des Norddeutschen Bundes am förderlichsten hielte. Es müßte dann auf Grund dieses Ausspruches gewiß auch Sr. Majestät dem Könige leichter werden und möglicher erscheinen, sich von einzelnen entschiedenen Unzulänglichkeiten zu trennen. Nicht nur beeinträchtigen die Blößen, welche innerhalb der einzelnen Ressorts ungenügende Chefs sich geben, die Autorität derselben ihren untergeordneten Beamten gegenüber, die Würde und das Ansehen der Regierung leidet im allgemeinen darunter und es wächst im Lande durch die unvermeidliche, weil berechtignte Kritik die Gewöhnung zu vorschnellem Tadel und ein böstiger Geist folgenschwerer und unheilvoller Auflehnung.

Zwei weitere Gründe kommen dazu, einen solchen partiellen Personenwechsel zu empfehlen. –

Es trübt das Urteil der Bevölkerung über den Willen und die Absichten der Regierung und den Glauben an die Einheit und Kraft der Staatsleitung, wenn fortwährend von seiten der von dem Bundeskanzler inspirierten Presse Andeutungen verbreitet werden können, als würde Graf Bismarck viel weitergehende reformatorische Maßregeln beantragen, fände er sich nicht durch Kollegen behindert, über deren Wert sogar wegwerfende

Äußerungen desselben eifrig kolportiert werden. – Der zweite Grund ist fast noch wichtiger und wohl wert, auch von Sr. Majestät dem Könige in weiser landesväterlicher Fürsorge und der Voraussicht künftiger Zeitläufte beherzigt zu werden. –

Es ist ein offenes Geheimnis, wie bestimmt und fast feindselig sich S. Kgl. Hoheit der Kronprinz einzelnen Persönlichkeiten des gegenwärtigen Ministeriums entgegengestellt hat. – Diese Absonderung des Thronfolgers von der ganzen derzeitigen offiziellen Regierungspartei und deren Trägern hat zur Folge, daß derselbe mehr, als für die künftige Freiheit seiner Regentenhandlungen gut ist, von einer einseitigen Koterie umworben wird, welche nicht nur sein Urteil vielfach gefangen nimmt, sondern ihn auch mit Verpflichtungen belastet, welche für seine ganze künftige Regierungszeit verhängnisvoll werden können. Es fällt noch in den Kreis der Pflichten der gegenwärtigen Regierung, nicht Verhältnisse Wurzel fassen zu lassen, die für die Größe der Dynastie und das Wohl des Staates künftig nachteilig werden müssen. Eine Auflösung dieser beginnenden Koteriebildung durch Aufnahme vermittelnder Elemente in das gegenwärtige Ministerium ist in hohem Grade geboten und leicht zu bewerkstelligen. –

Es ist endlich nicht einzusehen, warum nicht S. Maj. der König, dessen Regierungslaufbahn, so Gott will, noch die glückliche Hoffnung einer langen Dauer bietet, zu allen Verdiensten, welche die Geschichte bereits jetzt zu verzeichnen hat, auch noch den weiteren Ruhm gewinnen soll, der innere Neubegründer des preußischen Staatswesens geworden zu sein. – Der unaufhaltsame Gang der geschichtlichen Entwicklung wird immer neue Aufgaben stellen, und es ist nicht zu befürchten, daß Sr. Kgl. Hoheit dem Kronprinzen nicht auch noch lohnende und glorreiche Leistungen übrigbleiben, sollte auch dieser Lorbeer ihm entzogen werden. Auf Jahre hinaus lassen sich ohnedem einzelne Fragen nicht vertagen. –

Wenn ich mir erlaubte auf diese Gesichtspunkte etwas weitläufiger einzugehen, so bitte ich Eure Majestät um geneigte Nachsicht und Entschuldigung. – Die vollständige Abwendung von jeder Beteiligung an den praktischen Parteifragen und Bestrebungen der Gegenwart gibt mir die Gunst und den Vorzug einer absoluten Objektivität des Urteils. – Ich dachte mir, daß

vielleicht gerade um deswillen darin einiger Wert gelegen sein könnte.

Für die bevorstehenden Feste und den demnächstigen Jahres-  
schluß erlaube ich mir schon jetzt Eurer Majestät meine treuesten  
Wünsche zu Füßen zu legen. Möge die Gnade der Vorsehung  
Sie mit Frieden und innerem Gleichmuth segnen und jeden  
Schmerz von Eurer Majestät und dem ganzen Königlichen Hause  
fernhalten. Für mich aber wage ich die Bitte, mir das hohe Wohl-  
wollen, wofür ich auf immer dankbar verbunden bin, auch  
ferner gnädigst bewahren zu wollen.

Mit unwandelbarer Ehrfurcht  
Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

*22. Roggenbach an Königin Augusta*

Freiburg, 14. März 1869

Eurer Majestät

gnädigstes Schreiben vom 8. d. M. ist mir nebst Anlage durch  
Fräulein von Sternberg richtig zugekommen und erlaube ich mir  
für beide<sup>1</sup> so wertvollen Beweise Allerhöchsten Wohlwollens  
meinen ergebensten Dank darzubringen.

Wie sehr die Sorge um den Gesundheitszustand S. Kgl. Hoheit  
des Großherzogs, welcher Eure Majestät Ausdruck gaben,  
gerechtfertigt ist, fühlen die am besten, welche die ernstesten  
Befürchtungen geteilt haben und sich auch jetzt der freudigen  
Zuversicht in eine baldige Genesung noch nicht hinzugeben  
vermögen. Tritt auch regelmäßig bei dieser tückischen Krank-  
heit eine sehr wechselvolle und langsame Rekonvaleszenz ein,  
so erfordert die Depression des ganzen Nervensystems in dem  
vorliegenden Falle eine um so umsichtiger Schonung. — In  
welchem Maße I. Kgl. Hoheit die Großherzogin inmitten aller  
Seelenangst die Tugenden einer treuen, hingebenden Pflegerin  
bewährt hat, darüber herrscht bei Allen, welche die hohe Frau  
beobachten konnten, nur eine Stimme. Wie sehr eine Erholung  
durch zeitweilige Entfernung aus dem Bereich der Kranken-

<sup>1</sup> Beide liegen nicht mehr vor.

atmosphäre auch zu wünschen wäre, es bleibt, wie die Rekonvaleszenz bis heute liegt, doch sehr zweifelhaft, ob die beständige Unruhe und die nie rastende Sorge eines eintretenden Versäumnisses in der Pflege nicht jede Freude und jeden Nutzen eines Besuchs im elterlichen Hause von vornherein aufheben würden. –

In dem Lande hatte die Nachricht des Ernstes des Krankheitsanfalles wohl bei allen Parteien, wie leidenschaftlich und wie feindlich sie sich stellen mögen, außer dem Gefühle menschlicher Teilnahme und Sorge in erster Reihe eine unverhohlene Bestürzung über die Ungewißheit der Zukunft und die Gefahren der dann in die erste Reihe der Handelnden berufenen Persönlichkeiten kundgegeben. – Darin gab es keinerlei Unterschied der Auffassung und hat die Dankbarkeit, so großes Unheil abgewandt zu wissen, unzweifelhaft dazu beigetragen, die Gefühle der Ergebenheit gegen die Person des Großherzogs und seines Hauses neu zu stärken. –

Bei der Leidenschaftlichkeit des Parteikampfes ist solche Wiederbelebung der Loyalität sehr günstig gewesen. Die Maßregel gerichtlichen Einschreitens gegen den Bistumsverweser<sup>1</sup> hatte gerade die Gegensätze auf die Spitze getrieben. – Seitens der Regierung war unter Annahme der Unzweideutigkeit der Gesetzesdisposition und wohl auch aus der Erwägung gehandelt worden, übermächtigen Angriffen seitens der „Offenburger Partei“ durch Entfaltung einiger polternder Energie auszuweichen. Leider befürchte ich, daß das Übel des neuen Kriegszustandes auf kirchlichem Gebiete größer ist als die Gefahr des Grolles der „Offenburger Partei“ gewesen war. In der Tat kann schwerlich etwas anderes als eine Niederlage für die Regierung bei dem eingeschlagenen Wege herauskommen. – Denn entweder wird der Bistumsverweser Kübel von dem Oberhofgericht freigesprochen, dann ist die Lage sehr übel, oder Herr Kübel wird verurteilt, dann ist sie vollends unhaltbar. – Herr Kübel geht dann als Märtyrer aus seiner Haft hervor. Die Gesetze haben sich ohnmächtig erwiesen, die Exkommunikation des Herrn Stroh-

<sup>1</sup> Gegen den Freiburger Weihbischof und Bistumsverweser Lothar Kübel hatte Jolly wegen der von jenem verhängten Exkommunikation des Konstanzer Bürgermeisters Strohmeier Anklage erheben lassen. Kübel wurde von dem Mannheimer Oberhofgericht freigesprochen.

meier rückgängig zu machen, und endlich muß gefragt werden, was gar die Regierung mit einem strafgerichtlich verurteilten Bischof künftig beginnen will? Die Unmöglichkeit der Lage leuchtet ein. – Um so wünschenswerter wäre es, könnte unter diesen Umständen eine Verständigung mit Rom über die Bezeichnung eines Erzbischofes unter Benutzung des Devolutionsrechts der Kapitelwahl auf die päpstliche Kurie eintreten und dadurch der Regierung die Möglichkeit gegeben werden, die Untersuchung einzustellen. – Die Kontroverse über die Auslegung der die Bischofswahl durch das Kapitel regelnden Bullen und Breven<sup>1</sup> ist zu einer Heftigkeit gediehen, daß an ein Nachgeben seitens der Kurie nicht zu denken ist, wie konkludent auch die Resultate der wissenschaftlichen Untersuchung über den wahren Sinn dieser päpstlichen Schriftstücke ausgefallen ist. – Vielleicht könnte ein Ausweg darin gefunden werden, daß Preußen, als zweifach an der Wiederbesetzung des Freiburger Stuhles beteiligt, – der Erzbischof übt bischöfliche Rechte über Hohenzollern und ist als Metropolitanbischof Instanz für die Bistümer Limburg und Fulda –, die definitive Regelung der Frage auf dem Wege der Verständigung über eine dritte Persönlichkeit urgirte. – Auf die Länge muß Herr Kübel auch in Rom eine Verlegenheitsperson werden, und das System, welches man versuchsweise einführte, Baden gleichsam als Missionsgebiet durch einen apostolischen Vikar zu regieren, dürfte auf die Länge nicht ohne große Nachteile bleiben. So brächte ein solches Dazwischentreten der preußischen Regierung wohl beiden Teilen eine erwünschte Lösung. –

In betreff der immer von neuem drohenden auswärtigen Verwicklungen, so ist nicht anzunehmen, daß der Kaiser Napoleon jemals einen andern Kriegsvorwand ergreifen werde als einen solchen, der ihm einen wichtigen Alliirten sichert oder einen Gegner engagiert hält. Von wirklicher Bedeutung für ihn ist aber nur entweder ein Enrollieren der katholisch-konfessionellen Elemente auf seiner Seite – das würde ihm der erwünschteste Alliirte sein – oder ein Festhalten Rußlands, damit es nicht Preußen seine Unterstützung leihen könne. – Dazu

<sup>1</sup> Über die Auslegung der Bullen vgl. Jolly an Roggenbach, a. a. O., Seite 232, und die dort angeführte Literatur.



kann nur ein Anstoßen der orientalischen Frage führen. Am wenigsten denkt man in Paris gewiß ernsthaft an Belgien als Anknüpfungspunkt für eine kriegerische Politik. – Trotz dieser Argumentationen bleibt es auffallend, in welchem Maße die Rüstungen, insbesondere in den östlichen Grenzfestungen, Belfort, Straßburg, sogar Schlettstadt betrieben werden. Vorsicht wird auf alle Fälle am Platze sein und Festhalten aller Offensiv- und Defensivpositionen auf dem politischen Felde. Ebenso sicher empfiehlt sich aber das Ekartieren aller Fragen, welche Keime zu künftigen Konflikten enthalten können oder notwendige Allianzbeziehungen trüben. –

Was die innere Lage angeht, so tritt das Inkohärente und Grillenhafte der Schöpfungen von 1867 mehr und mehr zutage. – Eine Desorganisation wichtiger Verwaltungsbranchen und damit ein Schwächen der Staatskräfte muß auf die Länge notwendig die Folge des gegenwärtigen Zustandes sein.

Alle vorgeschlagenen Palliativmittel, zum Beispiel Übertragung des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten auf den Bundesetat oder der Antrag auf verantwortliche Bundesministerien, helfen dem Übel nicht ab, sondern stellen es nur recht in das Licht und machen das Chaotische der Institutionen des Norddeutschen Bundes vollends offenbar.

Eine Besserung ist aber so lange ganz unmöglich, als die Eigenwilligkeit und der Dünkel eines Mannes die Bildungen auf dem so schwierigen Felde der Verfassungsgründung in der Hand hält und als dieser Eine so wenig konstruktive Begabung hat wie der gegenwärtige Bundeskanzler. – Ich befürchte sehr, das geschichtliche Urteil wird in dieser Hinsicht wesentlich von der Auffassung abweichen, welche der raschverfliegende Enthusiasmus der Zeitgenossen von 1867 und 1868 demselben entgegentrachte.

Mit dem aufrichtigen Wunsche, daß der bevorstehende Festtag Sr. Majestät dem König ein gesegneter sein möge und von Eurer Majestät mit dem Gefühle dankbarer Befriedigung gefeiert werden könne, verharre ich in ehrfurchtsvollster Ergebenheit

Euer Majestät  
untertäniger  
Roggenbach

23. Roggenbach an Königin Augusta

Berlin, Hotel du Nord, 22. Juni 1869

Eure Königliche Majestät

bitte ich um gnädigste Entschuldigung, wenn ich den Schluß der Arbeiten des Zollparlaments habe herankommen lassen müssen, ehe ich mich imstande sah, über den Verlauf derselben und die sonstigen hier empfangenen Eindrücke ergebensten Bericht zu erstatten.

Ist der formelle Abschluß der zweiten Session dieser Versammlung Eurer Majestät inzwischen auch schon aus den Zeitungen und anderweitig bekannt geworden, so darf ich [doch] mit wenig Worten darauf zurückkommen. Ich übergehe dabei alle die wechselnden Schwankungen, denen die einzelnen Vorlagen durch das Zusammenwirken der buntesten Interessenskombinationen ausgesetzt waren. – Manchmal wollte es scheinen, daß die bedrohten Zuckerinteressenten und die gefährdeten Eisenindustriellen in Verbindung mit den aus dem Reichstag herüberspielenden politischen Parteien stark genug sein würden, um jedes Resultat zu verhindern. Das wäre politisch sehr zu beklagen gewesen. – Schließlich ist es gelungen, durch geeignete Amendierung der Zuckergesetzvorlage die Befürchtungen der Zuckerindustrie zu beschwichtigen, – und so hat die diesjährige Session wenigstens zwei wichtige Gesetze zu registrieren, „das Vereinzollgesetz“ und das „Zuckergesetz“. Die sehr glücklich gefaßte Thronrede hat diesem Resultate ihre Anerkennung nicht versagt, und es darf die wahrscheinliche Mehreinnahme aus der Erhöhung der Zuckersteuer, ein ungefährer Betrag von 1 Mill. Taler, immerhin auch als eine wertvolle Beigabe dieser legislativen Akte angesehen werden. – Das Tarifgesetz ist nicht zustande gekommen, und zwar wegen versagter Genehmigung der Abänderungen der einzelnen Positionen durch die verbündeten Regierungen. – Im Bundesrat war vor Rückkehr des Grafen Bismarck die Ansicht dahin gegangen, es sollte diese Genehmigung dennoch erfolgen und nur verlangt werden, daß zur Ausgleichung des Einnahmeverlustes, den der verweigerte Eingangszoll auf Petroleum zur Folge hatte, auch die proponierte Ermäßigung auf „Reis“ in Wegfall kommen möge.

Der Graf erklärte bei seiner Rückkehr aber kategorisch, daß er diesem Ausgleich nicht zustimme, und so folgte die Resultatlosigkeit der Tarifvorlage von selbst. Ich glaube, daß dieser Ausgang ein eher glücklicher als ungünstiger ist, und in der Tat hat sich diese Auffassung überraschend schnell verallgemeinert, so daß nun schon Präsident Delbrück selbst anerkennt, es sei vielleicht gut, daß es nun notwendig geworden, es mit einer neuen Vorlage ein anderes Jahr zu versuchen – und dann allenfalls weitere Vorlagen, die sich nicht gut allein präsentieren lassen, damit in Verbindung bringen zu können. Ich teile diese Ansicht in hohem Maße. – Zunächst war die Tarifvorlage selbst wegen des überraschenden Eingriffes in die Verhältnisse der Eisenindustrie keine zweckmäßige und es ist nützlich, dieser wirtschaftlich und finanziell so bedeutenden Branche Zeit zu lassen, sich der bevorstehenden Reduktion gegenüber zu orientieren. – Dann würde die Erledigung des Tarifs ungefähr die letzte Frage beseitigt haben, um derentwillen es sich für die Restzeit der Zollvereinsverträge lohnte, den komplizierten Apparat einer so zahlreichen Versammlung in Tätigkeit zu setzen. – Nunmehr kann noch eine weitere Session statthaben und wenigstens der eine Vorteil bleibt gesichert, daß alljährlich eine größere Anzahl Süddeutsche einen längeren Aufenthalt im Kreise norddeutscher Berufsgenossen nehmen. – Dieses Jahr waren die Gegensätze schon weit geringer und es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß sie es künftig noch mehr sein werden. Endlich kann nächstes Jahr sehr wohl eine ausgiebige Tabaksbesteuerung mit der neuen Tarifvorlage zusammen proponiert werden, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß solche dann in dieser Kombination durchgehen. Vielleicht sogar mit dem Petroleumzoll. –

Dieser verhältnismäßig günstige Abschluß der Session muß konstatiert werden, wo so manche Gründe für eine pessimistische Auffassung der Sachlage nicht verschwiegen werden dürfen.

Sehr tief sind nämlich auch dem weniger kundigen Beobachter die Eindrücke, welche sich beim ersten Eintreffen auf dem hiesigen Terrain aufdrängen. Es vereinigen sich dieselben dahin, das Bild des absolut Chaotischen in der Lage der Institutionen wie in den willkürlichen Impulsen der ministeriellen Staatsleitung hervorzurufen. – Es ist ein offenes Geheimnis, daß Graf

Bismarck unter dem Drucke dieser Verlegenheiten nicht nur von neuem physisch erliegt, sondern in der Tat selbst nicht mehr weiß, wie er den Folgen steuern soll, welche aus dieser Verwirrung der Institutionen hervorgehen. – Der perpetuelle Konflikt mit seinen Kollegen ist nur eine Äußerung des vorhandenen Grundleidens.

Ich gestehe, daß ich auch nicht eine Person gefunden habe, aus allen Parteien, die nicht gefragt hätte, „ja, wie soll das weiter gehen, so kann es ja doch nicht mehr gehen“. Das von Gf. Eberhard Stolberg an, durch alle Nuancen der Parteien durch, bis zu Dr. Löwe. Militär, Zivil und Diplomatie, alles inbegriffen. – Graf Bismarck selbst gehört zu den Überzeugtesten von dieser Unmöglichkeit, wenn auch aus einem subjektiven Grunde. – Er sagte mir nicht länger als gestern, daß er eher zu allen Extremitäten fähig wäre, als daß er den bloßen Gedanken ertragen wolle, noch ferner in einer Lage zu bleiben, in der er nur die Wahl habe, toll zu werden oder unter der Arbeitslast und den Schwierigkeiten seiner Stellung zu erliegen. Da letzteres ganz sicher bevorstehe und er absolut nicht mehr könne, so müßte eine Änderung erfolgen. Er proponiert sie dahin, daß er als Bundeskanzler künftig gar nichts mehr mit preußischem Staatsministerium zu tun habe, sondern eine vollständige Trennung der nicht politischen Departements stattfinde, d. h. Kultus, Justiz, Landwirtschaft, Handel und teilweise Inneres. Dem ihm verbleibenden Geschäftskreise, hofft er, würde er dann genügen können, und er hegt die Zuversicht, aus seiner Stellung als Bundeskanzler heraus, mit Unterstützung des Vertrauens des Königs und der Bundesgesetzgebung dann jederzeit den wiederauflebenden preußischen Beamtenpartikularismus besiegen zu können. –

So entwickelte er mir selbst gestern während zwei Stunden seine Ansicht über die Richtung der unvermeidlich gewordenen Umänderung der Kompetenzen in der höchsten Staatsverwaltung. – Meinen Einwendungen, die von der Befürchtung eines unheilvollen Antagonismus zwischen der preußischen, im Staatsministerium konzentrierten Staatsmaschine und dem Bunde hergenommen wären, wollte er kein Gehör geben, sondern beharrte auf seinem Ausgangspunkt, daß alles andere ihn töten hieße und daß er dann ganz gehen müsse, um dieses sicherste Übel zu vermeiden, wenn es überhaupt noch abgewandt werden könne. –

Dermaßen fühlte er sich erschüttert – Hr. von Keudell seinerseits behauptet, er sehe dieses Jahr weniger schwarz als das letzte. – Immerhin würden Monate dazu gehören, seinen Chef überhaupt wieder geschäftsfähig zu machen. – Dementsprechend reist derselbe diese Tage nach Varzin und darf erwartet werden, daß während dieses Sommeraufenthaltes die Ideen zur Reife kommen, die er nach obigen Andeutungen mit sich herumträgt. Für Se. Majestät den König erwachsen bei diesen bevorstehenden Entschlüssen eine Reihe der ernstesten Prüfungen und vielleicht sehr unerfreuliche Erörterungen.

Es ist dafür um so glücklicher, daß der Gesundheitsstand Sr. Majestät sich vollständig wiederhergestellt hat und daß das Äußere Frische und auch befriedigte Stimmung verrät. Se. Majestät war so gnädig, mir für den Fall ich noch rechtzeitig vor Eurer Majestät Abreise in Baden eintreffen würde, freundlichste Grüße mitzugeben. Leider befürchte ich, daß ich es nicht einrichten kann, bis zum 28. d. M. zurück zu sein, und erlaube mir mich daher schriftlich dieses hohen Auftrags zu entledigen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so ist anscheinend auf den bedrohtesten Punkten Ruhe eingetreten. – Die Rede des Königs von Dänemark und die Bezugnahme auf Nordschleswig ist bemerkt worden. – Nicht minder auffallend sind Notizen, die man aus Paris über den bevorstehenden Rücktritt Lavalettes und den Eintritt Drouyn de l'Huys haben will. Derselbe soll mit dem Plane in Verbindung stehen, G. Fleury nach Florenz zu schicken, einer Mission, deren Träger wie dem Zweck Lavalette abhold sein soll. –

Fürst Hohenlohe teilte mir die Ergebnisse seiner Schritte in der Angelegenheit des Konzils mit<sup>1</sup> und spricht sich darüber befriedigt aus, was die Haltung Frankreichs betrifft. Er hält nach wie vor für möglich, daß der Zusammentritt vorerst ganz vermieden werde, und stützt sich dabei auf analoge Wünsche aus bischöflichen Kreisen in Frankreich. – Mir scheint, daß er vielfach den Impulsen von Döllinger folgt. Frankreich verlange in Rom das Programm des Konzils. – Man verweigerte die Ge-

<sup>1</sup> Hohenlohe hatte in einer Zirkulardepesche v. 9. April die europ. Staaten zu gemeinsamer Verwahrung gegen die zu erwartenden Konzilsbeschlüsse ohne Erfolg aufgefordert und am 18. Juni bei Preußen und den südd. Staaten angeregt, sich über diese von den jurist. u. theol. Fakultäten ihrer Landesuniversitäten Gutachten erstatten zu lassen.

währung dieser Bitte, weil man angeblich der Entschließung und Initiative der Bischöfe nicht vorgreifen wolle. –

Meine Meinung war im Gegensatze zu der Meinung des Fürsten dahin gegangen, daß seine Schritte nicht opportun und nicht geschickt waren. – Die gleiche Ansicht habe ich von dem Versuche, die Fakultäten zu Äußerungen zu veranlassen, die nach der Art, wie die bayr. Regierung die Frage stellte, schon keine reine Gutachten mehr sein würden.

Im September, höre ich, sollen die deutschen Bischöfe zusammenkommen<sup>1</sup>, um über ihre Haltung auf dem Konzil Beschluß zu fassen. Hier haben unter Mitwirkung von Dr. Jörg und Reichensperger Beratungen einer Anzahl Katholiken stattgefunden<sup>2</sup>, welche besorgen, es könnte Übereifer in Rom die augenblicklich günstig stehende Sache des Katholizismus beschädigen, und die daher mäßigend einzuwirken beschlossen haben. Einem gleichen Bestreben ist Windthorst<sup>3</sup> zugeneigt, den übrigens der Tod einer Schwester mitten aus den hiesigen Beratungen abrief. –

<sup>1</sup> Zur Fuldaer Konferenz vom 1.–5. Sept.

<sup>2</sup> Das sog. „Berliner Laienkonzil“ vom 17. Juni 1869, an dem Aug. Reichensperger u. Edm. Jörg, d. Herausg. d. „Hist.-pol. Blätter f. das kath. Deutschland“, teilnahmen. Vgl. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte u. Politik der deutschen Zentrumsparthei, Bd. 3, 29 ff.

<sup>3</sup> In diesen Zusammenhang gehört der nachstehende Brief von Windthorst an Roggenbach: Hannover, 29. Juli 69. Verehrte Exzellenz. Infolge der betrübenden Nachricht von dem unerwarteten Ableben einer lieben Schwester mußte ich am Ende des Zollparlaments so eilig von Berlin abreisen, daß es mir zu meinem Bedauern nicht möglich war, Ihnen Lebewohl zu sagen. Es ist mir Bedürfnis, dieses mein Bedauern Ihnen um so mehr wenigstens schriftlich auszusprechen, als ich in Erinnerung unserer für mich so lehrreichen Unterhaltung es tief beklage, daß mir so bald keine Gelegenheit geboten sein wird, Sie wiederzusehen.

Die im Oktober schon wieder beginnende parlamentarische Kampagne wird sehr ernst werden. Die tief in die Verfassung eingreifenden Verfassungs- und Finanzfragen, die Fragen der neuen Organisation, das Unterrichtsgesetz werden die Gemüter tief erregen. Alle diese Fragen wollen ausgetragen werden gegenüber einem Ministerio, dessen Haupt und leitender Gedanken auf Urlaub. Ich verstehe es nicht, wie man kopflos in eine solche Situation hinaussteuern mag im Angesichte der Ereignisse, welche in Frankreich bereits im Fluß sind. [W. würde sich besonders freuen, wenn R. diesem Kampfe „mehr in der Nähe zusehen“ und den Winter in Berlin verbringen könnte. Inzwischen empfiehlt er Rs. Aufmerksamkeit aufs neue die „ernsten Verwicklungen in Baden“, die ihn „mit Trauer erfüllen“; R. „könne und müsse vermittelnd eingreifen“.]

Von seiten der kronprinzlichen Herrschaften hatte ich mich großen Vertrauens und der Ehre öfterer Aufforderung nach dem Neuen Palais zu erfreuen. – Es gab Gelegenheit zu eingehenden Gesprächen und habe ich mit besonderer Genugtuung von seiten der Frau Kronprinzessin das Bestreben konstatieren können, die Beziehungen des Kronprinzen zu seinem hohen Vater und Eurer Majestät vertrauensvoll zu gestalten. – Ich glaube ihr diese[s] Zeugnis schuldig zu sein. – Andererseits wird diese jugendliche Natur, voll von unmittelbarer Empfindungsfrische, noch manche Kämpfe zu bestehen haben, bis bewußtes Pflichtgefühl ihr den Gegensatz zu der realen Welt überwinden hilft. Den Kronprinzen fand ich ernst und mit der Sorge beschäftigt, wie einstens die nun aufgetürmten Schwierigkeiten der innern Lage bewältigt werden dürfen. – Positive Anhaltspunkte und Entschlüsse dafür sind teilweise noch nicht möglich; aber auch im Bereich des Möglichen schien mir mitunter die erwünschte Klarheit der Ansichten noch nicht gewonnen zu sein und die fernere Erstreckung der Lehrjahre noch durchaus notwendig. Ich besorge, die durch den Gegensatz zu dem Gfn. Bismarck gebotene Fernhaltung von den Geschäften hat eine Isolierung auch von Menschen zur Folge, die nicht förderlich ist als Vorbereitung für künftigen Beruf. – So groß ist freilich die Verarmung an Menschen, welche der auflösende Einfluß der gegenwärtigen politischen Phase zur Folge hatte, daß es schwer fällt, die Personen namhaft zu machen, aus deren Umgang der Kronprinz eine wesentliche Bereicherung schöpfen könnte. Vorhanden aber sind sie gewiß –. Mit unwandelbarer Verehrung und Dankbarkeit verharre ich ehrfurchtsvollst

Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

*24. Augusta an Roggenbach*

Koblenz, 23. August 1869

Ich reise heute abend nach der Mainau und hatte den sehnlichen Wunsch, Ihnen eine Besprechung unterwegs vorzuschlagen, aber ich hörte, daß die veränderten Fahrstunden Ihre Gegend zu früh berühren, und so mußte ich darauf verzichten. – Ich bin glücklich

über die erfolgte Verlobung<sup>1</sup> und freue mich (unter uns gesagt), indirekt dazu mit verholphen zu haben, was ich Ihnen später erzählen werde.

Für heute eine Bitte. Beiliegendes Promemoria, mein Konzept, daher für mich wichtig, hat mir sehr viel Mühe gemacht. Br.[andis] ist auf Urlaub; ich kann es somit nicht abschreiben lassen; ich bitte Sie die etwaigen Korrekturen und Zusätze mir auf einem besonderen Blatte mit Rücksendung nach der Mainau bald verabfolgen zu wollen und mir zu raten, ob ich gegenwärtig oder später bei dem Könige davon Gebrauch machen soll durch Mitteilung meiner Ansicht. Es herrscht gegenwärtig eine große Irritation auf dieser Seite und in Berlin montiert man sich täglich mehr, ohne recht zu wissen, was man will. Daher glaubte ich eine gewissenhafte Darlegung versuchen zu müssen ohne allen Beistand und mit ziemlich schwankenden Kräften. Nun sage ich Ihnen Lebewohl als  
Ihre A.

25. Roggenbach an Kaiserin Augusta

Berlin, 27. Mai 1871

Eurer Kaiserlichen Majestät

erlaube ich mir mit Eintritt der ersten Pause, welche die Reichstagsarbeiten gewähren, über den weiteren Verlauf derselben seit Abreise Eurer Majestät ergebenst zu berichten.

Ich wünschte sagen zu können, daß der Fortgang der Session ein befriedigender sei. Leider ist dieselbe von Zwischenfällen nicht ungetrübt geblieben, deren Eintritt von dem Reichstage meines Erachtens keineswegs verschuldet und demselben in hohem Maße überraschend waren. –

Die Rede<sup>2</sup> des Fürsten-Reichskanzlers enthüllte plötzlich den Riß, der [sich] während der Zeit, in welcher derselbe im Hause nicht erschienen war und auch über seine Wünsche in keiner Weise etwas transpirieren ließ, zwischen Fürst Bismarck und dem Reichstage entstanden war. – Der Hergang ist folgender:

Die Kommission über die Vorlage über die Vereinigung von Elsaß-Lothringen mit dem Deutschen Reiche hatte die Re-

<sup>1</sup> Des Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, später König Carol. I. von Rumänien, mit Elisabeth Prinzessin zu Wied.

<sup>2</sup> Rede bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs für Wiedervereinigung von Elsaß und Deutsch-Lothringen mit dem Deutschen Reich vom 25. Mai 1871.



gierungsvorlage in betreff des daselbst herzustellenden Provisoriums unverändert gelassen und nur den Zeitpunkt der Einführung der Reichsverfassung vom 1. Januar 1874 auf den 1. Januar 1873 vorgerückt. Bei dieser Veränderung waren maßgebend zunächst die Wünsche der damals hier anwesenden Herrn aus dem Elsaß selbst, anderseits der Umstand, daß seitens Herrn Ministers Delbrück erklärt worden war, es sei die Herstellung einer Provinzialvertretung in Elsaß vorerst nicht beabsichtigt und somit eine Mitwirkung der Bevölkerung des Elsasses bei Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten nicht weiter beabsichtigt als durch Notabeln etwa oder dgl. Unter diesen Umständen schien es sich zu empfehlen, den Zeitpunkt vorzurücken, in dem wenigstens Vertreter des Elsasses im Reichstag anwesend sein würden. In dem Laufe der zweiten Beratung im Hause wurde durch Amendement ein Zusatzartikel beschlossen, welcher die Belastung von Elsaß-Lothringen während des Provisoriums an das Mitbewilligungsrecht des Reichstags knüpfte<sup>1</sup>, wesentlich aus dem Gesichtspunkte, daß die Finanzen des Reichslandes „Elsaß-Lothringen“ und des Reiches selbst identisch seien. – Herr Staatsminister Delbrück hatte nämlich ausdrücklich [fehlt etwa: betont], daß eine Trennung des Reichsetats und eines Etats für Elsaß nicht beabsichtigt sei; wohl um deswillen, damit Elsaß nicht allzusehr den Charakter eines selbständigen Landes gewinne. Unter diesen Umständen lag es nahe, auch schon für die 1½ Jahre des Provisoriums eine Mitwirkung des Reichstags bei der Schuldenaufnahme zu beanspruchen, und es erschien als ein Zeugnis des Interesses an dem Wohlergehen des Elsasses, wenn der Reichstag sich nicht gleichgültig dafür erwies, ob diese Zwischenzeit, in der das Elsaß gar keine Vertretung besitzt, zu einer größern oder geringern Belastung des Elsasses ausgenutzt werden sollte.

Damit scheint eben eine verwundbare Stelle in dem reizbaren Gemüte des Reichskanzlers getroffen worden zu sein und derselbe kam in das Haus, demselben zu erklären, daß er sich in das Monopol, das Elsaß zu protegieren und sein Advokat zu sein, nicht eingreifen lasse und es als persönliches Mißtrauensvotum auffasse,

<sup>1</sup> Die Reizbarkeit Bismarcks sah in diesem Amendement einen Versuch des Reichstags, die Elsässer in ihren lokalen Interessen zu bevormunden und ihn selbst als „leichtsinnigen Schuldenmacher“ hinzustellen; einer „Diktatur“ [!] des Reichstags unterwirft er sich nicht.

wenn man ihn während des Provisoriums nicht schalten und walten lassen wolle, wie er wünsche. – Er sagte, er habe sich eine persönliche Vertrauensstellung bei den Elsässern geschaffen und würde einen Strike machen, als Regent dieses Reichslands, wenn man ihn nicht gewähren ließe; ja er ging so weit zu sagen, er würde eine andere Vorlage machen und beantragen, die Verwaltung des Elsasses einem verantwortlichen Minister zu übertragen, wenn er nicht freie Hand gewinne. – Also grade das, was von Minister Delbrück und den Bundesratskommissaren bisher als unmöglich bekämpft und als gegen den Begriff eines Reichslandes, in Verwaltung des Bundesrats und Reichskanzlers stehend, dargestellt worden war. –

Ich wollte, ich könnte sagen, dies Pronunziamento einer persönlichen Politik des Reichskanzlers wäre von irgendeiner Seite mit einem andern Gefühle als dem des tiefsten Bedauerns gehört worden und zwar zumeist von den eignen Freunden von der Rechten. Hr. v. Keudell z. B. sagte mir: „Was können Sie von einem Manne noch erwarten, der fordert, man solle 14 Tage vorher Wünsche berücksichtigen, die ihm 14 Tage später einfallen und wie eine schlechte Laune vergehen!“ –

Das Exorbitante der Lage wird freilich durch das Bedauern nicht gebessert und man fragt sich umsonst, was hat der Reichskanzler vor, daß er diesem zahmen, vollkommen willenlosen, deferenten Reichstag, wie er ihn überhaupt niemals anders und gewiß nicht gefügiger bekommt, in dieser brüsken Weise entgegentritt? Den Abend in der Kommission wiederholte sich die gleiche Szene, bis schließlich die Elektrizität des Zitteraals sich entladen und nun bei dem Reichskanzler eine Stimmung eintrat, in der er sichtlich nicht mehr wußte, warum er sich eigentlich so geärgert hatte<sup>1</sup> und nun grade die Positionen spielend aufgab, welche Minister Delbrück, wohl in seinem Auftrag, so hartnäckig hatte verteidigen müssen. Er erklärte zu Protokoll, er denke gar nicht daran, Provinzialschulden im Elsaß ohne Provinzialvertretung zu machen und habe auch gar nichts dagegen, daß Schulden, die auf das Reich zurückwirken könnten, an Reichsbewilligung geknüpft

<sup>1</sup> Ebenso urteilt Hohenlohe: „In der Kommissionssitzung war Bismarck anfangs sehr borstig, bis er durch kluge Behandlung der Kommissionsmitglieder dahin gebracht wurde, daß er gar nicht mehr wußte, warum er sich erbost hatte.“ (Denkw. II, 58.)

blieben. – Da nun das ursprüngliche berüchtigte Amendement sich auf Departementalschulden und Kommunalschulden gar nicht bezogen hatte, so ergab sich, daß zu der ganzen unerfreulichen Szene eigentlich gar kein sachlicher Anlaß vorhanden war und lediglich die Nervenstimmung des Reichskanzlers die Bedeutung eines politischen Ereignisses gewann. –

Zu bedauern wäre, wenn S. Majestät der Kaiser die Reichstagsverhandlungen unter dem Eindruck dieser Stimmung in einem ungenauen trüben Reflexe betrachten würde und diese persönliche Laune, die sich wohl nur in den Wäldern von Varzin abspannt, noch mehr Tragweite bekäme, als sie schon hat. – Dazu wird, fürchte ich, eine ziemlich gleichgültige Resolution des Abg. Bunsen verwertet, der wünschte, es möchte von den 5 Milliarden<sup>1</sup> eine Beihilfe zur Wiederaufnahme von verschuldeten Gewerbe- und Handwerksverhältnissen entlassener Reservisten und Landwehrmänner gewährt werden. Ich besorge, es wird dieser lediglich humanitäre und mit Rücksicht auf die Stimmung der untern Klassen in sozialer Hinsicht gewiß gerechtfertigte Wunsch, vielleicht um des Namens des Antragstellers willen, so mißdeutet, als solle darin ein Eingriff in die kaiserliche Militärhoheit liegen. – Das ist aber so wenig der Fall als die Unterstützung der Verwundeten ein solcher Übergriff war und als die Zuweisung von Unterstützungen an Reservisten und Landwehrleute aus Kreis-kassen, wie sie jetzt erfolgt, ein solcher Eingriff ist. – Zudem sollte der ganze Fond dem Kaiser zur Disposition gestellt bleiben. Also kann nur Verkennung aller realen Verhältnisse in dem Vorgange eine strafbare Gesinnung des Reichstags finden, der in der Tat nicht nur keinerlei Velleität der Mitregierung, sondern lediglich den Wunsch hat, bald nach Hause entlassen zu werden.

Die Pariser Katastrophe<sup>2</sup> findet bei Denkenden und bei fühlenden Menschenherzen die Teilnahme, welche die Maßlosigkeit des Unglücks verdient, das über Frankreich hereingebrochen ist. – Leider gibt es auch solche, die dem vernichteten Feinde nicht genug des Übels zugefügt sehen können. –

Mit tiefster Ehrfurcht  
Eurer Kaiserlichen Majestät ergebenster  
Roggenbach.

<sup>1</sup> der französischen Kriegsschädigung,

<sup>2</sup> der Kommuneaufstand.

B[aden], 30. Juni 1871

Entschuldigen Sie diese Belästigung, aber ohne dieselbe würde meine bisherige Auffassungsweise der wichtigsten Frage inkonsequent erscheinen und ich glaube von Ihnen nicht mißverstanden zu werden.

Meine letzte Wahrnehmung des Reichskanzlers war ein Wutausbruch gegen die Zentrumsparthei und eine Drohung gegen Rom! In Verbindung hiermit erschienen die Kreuzzeitungsartikel und die Veröffentlichung der Briefe an Frankenberg<sup>1</sup>!

Ohne dieselben zu erwähnen, benutzte ich eine andere dringende Veranlassung, um den Kaiser wieder einmal auf die bedrängte Lage des Papstes aufmerksam zu machen, welche viele Katholiken in das ultramontane Lager treibt, die sonst zum wenigsten indifferent oder passiv bleiben würden in dem Dogmenstreite. Hierauf habe ich nun beifolgende Antwort<sup>2</sup> erhalten, die ich mir zurückerbitte, wenn Sie dieselbe nicht mehr brauchen.

Meine Belästigung besteht darin, von Ihnen ein Konzept zu erbitten, um in bezug auf diesen kaiserlichen Brief und insbesondere auf die angestrichene Stelle<sup>3</sup> desselben irgendeinen praktischen Vorschlag zur richtigen Auffassung der Situation zu machen, denn die beliebte Redensart, „keinen Krieg gegen Italien des Papstes wegen beginnen zu wollen“, entschuldigt doch nicht den Anschein einer Verständigung mit Italien gegen den bedrängten Papst; auch türmen sich bei der immer feindseliger werdenden Stimmung Frankreichs neue Gefahren auf, die man gefissentlich durch Zwietracht in Deutschland nicht mehren sollte.

Unwohl seit meiner Rückkehr von Berlin, bin ich unfähig, eine solche Arbeit, die nicht ausführlich sein darf, zu unternehmen.

<sup>1</sup> Gemeint sind der als Kriegserklärung gegen das Zentrum aufgefaßte Kreuzzeitungsartikel vom 19. Juni 1871 und der gleichzeitige Brief Bismarcks an den katholischen schlesischen Abg. Graf Fred Frankenberg über das reichsfeindliche Auftreten des Zentrums.

<sup>2</sup> Brief Wilhelms I. vom 27. Juni 1871.

<sup>3</sup> Die Stelle lautet: „Wenn Du mir ein anderes Mittel zeigen kannst, nach dem Faktum des eroberten Roms, dasselbe und das weltliche Besitztum des Kirchenstaates ihm [dem Papst] wieder zu schaffen ohne Krieg, so werde ich Dir und jedem, der mir das Mittel zeigt, sehr dankbar sein.“

Gelzer hat seinerseits den Kaiser bearbeitet und bei der Stimmung des Reichskanzlers ist alles zu befürchten!

Bis zum 15. Juli gedenke ich, D. v., hier zu bleiben. Grüßen Sie die Fürstin herzlich von mir. Ich gedenke Ihrer in treuer Teilnahme an diesem wichtigen Lebensabschnitt und freue mich, sie am Rhein wiederzusehn.

Stets in alter Gesinnung  
A.

*27. Roggenbach an Kaiserin Augusta*

Monrepos, 3. Juli 1871

Euer Majestät

inhaltsschweres Schreiben vom 30. v. M. ist mir mit seiner Einlage richtig zugekommen und hat der darin angeregte Gegenstand seither die unausgesetzten Erwägungen gefunden, zu denen er so ernsten und reichen Stoff bietet.

Ich finde mich bei allem Nachdenken stets auf zwei Gesichtspunkte zurückgeführt, von denen aus die Frage beurteilt werden muß, welche Stellung das Deutsche Reich und seine Politik zu Rom und der römischen Frage in ihrer neuesten Gestalt nehmen soll. – Was verlangt das Interesse der innern Konsolidation des Reiches durch Befriedigung der 12 Millionen Katholiken, die als Reichsuntertanen von dem Reichsoberhaupte auch Vertretung ihrer kirchlichen und konfessionellen Interessen verlangen, ja bis zu einem gewissen Grade zu fordern berechtigt sind? Wenigstens dadurch, daß die Einzelstaaten durch Verzicht auf Diplomatie und auswärtige Vertretung künftig nicht mehr imstande sind, sich dieser Interessen anzunehmen. –

Der zweite Gesichtspunkt, unter dem die Frage zu betrachten ist, ist der der auswärtigen Interessen des Deutschen Reiches. Soll dasselbe den Schutz und die Vertretung katholischer Interessen und damit den Haupteinfluß auf 80 Millionen Katholiken in Europa und eine sehr namhafte Zahl außereuropäischer Anhänger dieser Konfession unbedingt in die Verfügung einer andern europäischen Macht übergehen lassen? Es liegt auf der Hand, daß diese Macht Frankreich sein wird, und wie eifrig auch offiziöse Federn schreiben mögen, schon heute glaubt niemand mehr in Europa, daß die letztjährigen Niederlagen diesen Staat so sehr geschwächt

haben, um nicht die unbedingte Führerschaft Frankreichs über die ganze romanische und katholische Welt als ein sehr ernstes Ereignis erkennen zu lassen. – Dies um so mehr, als jede Wiederherstellung staatlicher Ordnung in Frankreich sich in ihrem innern Grunde nur durch den Klerus und unter Beihilfe des Klerus vollziehen wird, welches auch Regierungsform und Dynastie sein wird, bei der schließlich die Restauration von 1871 ankommt. – Damit wird aber sicherlich auch das weitere Faktum entschieden sein, daß die bestimmende Leitung der französischen auswärtigen Politik gerade von der Partei ausgehen wird, welche in Rom selbst zur Herrschaft gelangt ist, welche dort durch die Behandlung des Konzils ihre schrankenlose Macht bewies und solche mit dem Sinken der Willenskraft Napoleons III. auch schon vor dem Kriege in Paris dahin betätigen konnte, um nicht am wenigsten zum Kriegausbruche beigetragen zu haben –.

Daß keinerlei Rücksichten, welche außerhalb dieser eben begrenzten deutschen Interessenkreise liegen, jemals die deutsche Politik bestimmen dürfen, liegt auf der Hand. Zu den unberechtigtesten Bestimmungsgründen würde aber gewiß die persönliche Teilnahme, die das Schicksal Pius IX. vielfach erweckt, zu rechnen sein. – Ein Nachfolger Petri, der sich von Eitelkeit und Herrschsucht verleiten läßt, die wohlerwogene Zurückhaltung und Weisheit seiner Vorgänger durch 1800 Jahre als Irrtum verbessern zu wollen und dabei kurzsichtig seine Herde in Zweifel und Verwirrung stürzt und den Organismus der katholischen Kirche, an dem lange Generationen gebaut, zerstört, ist gewiß am wenigsten geeignet, werktätige Sympathie mit seinem Lose zu gewinnen. – Solange Gerechtigkeit in der waltenden Fürsorge der Vorsehung ist, wird Strafe solchem schweren Fehler notwendig folgen und wenn sie Pius IX. in seiner äußern Herrschaft trifft, so trifft sie ihn eben an der Stelle, welche bei seiner eitlen Natur für ihn am empfindlichsten ist. –

Wie ferne ich also jeder persönlichen Parteinahme für Pius IX. nach dem Konzile stehe, so verkenne ich nicht, daß es sehr mißlich ist, Frankreich den Einfluß ganz zu lassen, der mit dem Patronat der katholischen Interessen verbunden wäre, und muß auch für Deutschland zugeben, daß viele Kreise deutscher Katholiken in dem Schutze der politischen Stellung ihres Kirchenhauptes ein hervorragendes Interesse und eine erste politische Aufgabe der

Reichspolitik erkennen. – Diesem ihrem Wunsche halten freilich die Wünsche der weit größern Mehrheit sowohl aller Protestanten als vieler Katholiken das Gegengewicht, welche verlangen, daß die Reichspolitik nicht einseitig konfessionelle Standpunkte veretrete, und es dürfte kaum billig sein, die Wünsche der Majorität zu verletzen und die der Minorität und zwar einer enormen Minderheit zu realisieren. – Der Kaiser könnte diese Parteinahme nicht eintreten lassen, ohne die Reichsgewalt seitens vieler Einzelstaaten und der Kreise, auf welchen die Einheitsbewegung in Deutschland ruhte, geradezu zu diskreditieren. – Dies alles, ohne die geringste Hoffnung, künftig weniger feindlich von Rom und der jesuitischen Partei in Deutschland behandelt zu werden, als das Reich gleich bei seiner Entstehung erfahren hat. – Diese Erbfeindschaft gegen die Einigung germanischer Rasse und gegen die Stärkung des dem römischen Katholizismus und jesuitischen Papalismus stets feindlichen religiösen Sinn[es] Deutschlands, ist zu sehr in den Traditionen und Endzielen der jetzt in Rom zur Alleinherrschaft gekommenen Partei begründet, als daß in diesem Auftreten ein einzelner Mißgriff und nicht vielmehr ein Symptom des konsequenten Kriegs zu erkennen wäre, den Rom dem deutschen Geiste zu machen, entschlossen ist. – Unter diesen Umständen muß die Berücksichtigung der Wünsche der Minorität nicht nur in den Hintergrund treten, sondern muß vielmehr von den Parteigängern dieser Richtung verlangt werden, daß sie nach ihrem ersten Auftreten erst Garantien ihrer Loyalität und Ergebenheit gegen Kaiser und Reich geben. – Die Treue und opfermutige Hingebung des deutschen Soldaten auch katholischer Konfession deckt die Parteiführer nicht, sondern beweist nur, daß sie klug genug sein können, einem großen Nationalaufschwunge gegenüber ihre Todfeindschaft auf eine Zeitlang zu verbergen. – Solange es wahr ist, daß der Jesuitenorden lediglich zu dem aggressiven Zwecke der Wiederausrottung des Protestantismus gestiftet worden ist und daß die Verstärkung der päpstlichen Gewalt in die Form einer militärischen Diktatur gleichfalls nur Angriffszwecken zu dienen bestimmt sein kann, für alle andere religiöse, sittliche und kirchliche Interessen absolut überflüssig und schädlich ist, – so lange wird auch nicht geleugnet werden können, daß die Spitze des ganzen Systems, das heute in Rom herrscht, gegen die Kirchenspaltung gerichtet ist, die in Deutsch-

land ihren Ausgang nahm und ihren geistigen Rückhalt im Charakter und der Wahrheit des religiösen Gefühls des deutschen Volkes hat. – Auf den Wunsch der deutschen Affilierten dieser feindlichen, künftigen Generationen wahrscheinlich blutigen Bürger- und Religionskrieg bereitenden Bestrebungen heute den unfehlbaren d. h. dem Jesuitenorden blind folgenden und mit absoluter Omnipotenz dienenden Papst unterstützen, würde gewiß nicht rätlich sein und die schlimmsten Folgen weit eher beschleunigen als beschwören.

Es bleibt somit von allen möglichen und denkbaren Motiven, welche ein Eintreten der Reichspolitik für Rom rechtfertigen können, nur die Rücksicht übrig, Frankreich nicht allein die Ausbeutung des politischen Machtmittels der Protektion des Katholizismus zu überlassen. – Leider stehen die Dinge aber auch hier so, daß das französische Protektorat über Rom ein absolut natürliches ist, weil sich der heutige römische Katholizismus wesentlich auf romanischer Grundlage und Anschauungen gebildet hat, die dem französischen Geiste entsprechen. Wie der Gallier druidischen Priestern, so ist Frankreich heute der hierarchischen Herrschaft untertan und im Innern ergeben. Rom wird nie die Vorliebe für das französische Protektorat aufgeben und nie deutsche, eher türkische Schirmherrschaft annehmen. – Dem Schirmherrn können gewisse Konzessionen nicht vorenthalten werden. –

Bei dieser Sachlage ergibt es sich, daß die deutsche Politik alle ihre Schritte in Rom mit dem Bewußtsein tun muß, daß sie damit im Wesen nichts erreichen kann, auch nichts erreichen wird und nicht einmal wünschen kann, mehr zu erreichen, als den Schein eines Entgegenkommens, dessen Unterlassen von Frankreich ausgebeutet werden würde. –

Die ganze Frage reduziert sich somit auf die Untersuchung, bis wohin kann im Augenblick der Schein des Entgegenkommens in Rom ausgedehnt werden – ?

Drei Möglichkeiten liegen vor:

1. Eintreten für Wiederherstellung eines souveränen Gebiets auf italienischer Erde, d. h. Herstellung der weltlichen Gewalt in der Stadt Rom, mit Gebiet.
2. Bereitwilligkeit, die italienische Garantie in eine Garantie der Mächte zu verwandeln, welche katholische Interessen zu vertreten haben, weil sie katholische Untertanen zählen. –



3. Anerbieten eines Asyls auf dem Gebiet des Deutschen Reiches-, letzteres könnte bei der Nichtkompetenz des Reiches in kirchlichen Angelegenheiten nur von dem Könige von Preußen auf preußischem Gebiete angeboten werden.

Von diesen drei Möglichkeiten bietet nur die dritte die Aussicht auf einen entsprechenden Gegengewinn. Die beiden ersteren dagegen legen nur Lasten auf und lassen sehr fraglich, ob die Vorteile einer Kooperation nicht durch den Nachteil aufgewogen werden, daß der in Rom begonnene Feldzug gegen die kirchlichen Verhältnisse Deutschlands nicht mit neuer Macht eröffnet würde, unter dem Schutze einer europäischen Kollektivgarantie. – Der nach Deutschland, exempli grat. nach Brühl, verpflanzte Papst würde weit eher auf deutsche Verhältnisse Rücksicht zu nehmen haben als der in Rom von Deutschland assekurierte, unfehlbare Nachfolger Petri. –

Immerhin steht fest, daß Deutschland sich diplomatisch nicht von vornherein ausschließen darf, wenn die Frage der Verwandlung des italienischen Garantiegesetzes in einen europäischen Vertrag angeregt würde, und es läßt sich wohl erwägen, ob es nicht die Priorität der Anregung für sich sichern sollte, um Gelegenheit zu haben, gleichzeitig dabei die weitere Idee zu realisieren, dieser Garantieübernahme Bedingungen beizufügen, welche das Einstellen des Feldzuges der Ecclesia militans und damit die Herstellung des konfessionellen Friedens verbürgen. –

Zu diesen Bedingungen gehören 1. eine interpretative Novelle zu dem Konzilsbeschlusse, welche das Infallibilitätsdogma wieder in den Status quo ante setzt – 2. die Aufhebung des Jesuitenordens als des Instrumentes für diese Kriegführung gegen die deutsche Kirchenspaltung. –

Ich glaube nicht zu irren, wenn ich sage, daß der Augenblick in dieser Richtung einen Schritt weiterzugehen, erst mit dem Tode Pius IX. bei einer neuen Papstwahl gekommen sein wird. –

Dagegen sehe ich keinen Anstand, daß nicht schon vorher diese Idee in die Diskussion gebracht werde, und es hat Vorteile, die Initiative dazu nicht aus der Hand zu geben. –

Während eine Asylanbietung, d. h. eine Verpflanzung des Sitzes des Papsttums in das Machtgebiet des Deutschen Reiches, jederzeit ohne Gefahr und mit Vorteil geschehen kann, sowie irgendeine Gewalttat in Rom den Aufenthalt daselbst unmöglich macht,

so dürfte schwerlich jemals es rätlich sein, die Einmischung zugunsten der weltlichen Herrschaft und des Kirchenstaats als souveräne Macht eintreten zu lassen, da sich hierbei unterschiedlich von der Garantieübernahme keinerlei Gegenbedingungen beifügen lassen, die der souverän gewordene unfehlbare Papst von Rom aus nicht sofort für null und nichtig erklären würde. – Die Anregung einer „Kollektivgarantie unter Bedingungen“, wäre zur Zeit der diplomatische Schritt, welcher eine einseitige Parteinahme Frankreichs am besten paralisieren könnte, welche bei der neuen Papstwahl wohl sicher angenommen würde, welche innerhalb der Kompetenz der Reichsgewalt liegen würde und welche den großen Vorteil böte, Frankreich mit den Schwierigkeiten allein zu lassen, welche der Versuch einer Herstellung des Kirchenstaates in Rom Italien gegenüber bietet.

Als Inhalt der Garantie hätte das italienische Garantiegesetz mit Modifikationen und genügender finanzieller Dotation zu dienen. Jedenfalls muß sich jede Garantieübernahme auf analogen Grundlagen bewegen. –

Gegen Übernahme irgendeiner Garantie ohne Bedingungen müßte ich mich nach dem Konzile und der Art, wie die Definition des Infallibilitätsdogmas daselbst durchgesetzt wurde; nach dem Anteile, den der klerikale Einfluß an dem Kriegsausbruche und dem Siege der Kriegspartei über den Kaiser Napoleon III. hatte; endlich nach dem Auftreten der Zentrumsparthei gegen das Deutsche Reich in der allerersten Sitzung des Reichstags unbedingt erklären. –

In einer Erwiderung auf das sehr interessante Schreiben Se. Majestät des Kaisers würde es für jetzt genügen, den Gedanken einer Verwandlung des italienischen Garantiegesetzes in einen europäischen Akt, in eine Kollektivgarantie anzuregen. –

Ich wiederhole, daß ich nicht raten könnte, den Gedanken eines diplomatischen Druckes auf das Florentiner Kabinett zugunsten einer Räumung Roms eintreten zu lassen; schon um deswillen nicht, weil keine italienische Regierung darauf eingehen kann und ohne kriegerischen Widerstand wird. – Ein Mittel, den Kirchenstaat ohne Intervention herzustellen, gibt es zur Zeit nicht; auch wenn es ein solches gäbe, sollte es aber meiner Ansicht nach nicht gebraucht werden. Um deswillen scheint mir der fragliche Satz in dem Schreiben Sr. Majestät zur Zeit nur mit dem Worte „Ver-

wandlung des italienischen Garantiegesetzes in eine europäische Kollektivgarantie“ beantwortet werden zu können, und Eure Majestät werden mir gnädigst nachsehen, wenn ich statt eines Konzeptes zur Zeit nur diese Formel zur allerhöchsten Verfügung stelle. –

Euer Majestät gütigen Auftrag für I. D. die Frau Fürstin habe ich zu bestem Danke bestellt.

In tiefster Ehrfurcht  
Euer Kaiserlichen Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

## II

### Kulturkampf und Berliner Kongreß. Weltlage und innenpolitische Wende von 1879

#### 28. Roggenbach an Kaiserin Augusta

[Undatierte Denkschrift, wahrscheinlich kurz vor dem folg. Briefe vom 22. Okt. 1876 anzusetzen, der „auf die bedrohliche Weltlage zurückkommt“.]

Die Aufmerksamkeit der politischen Kreise Europas wurde seit dem letzten Frühjahr mit Recht fast ausschließlich von den Ereignissen beherrscht, deren Schauplatz die europäische Türkei geworden ist. Aus den Aufständen in Bosnien, Bulgarien und der Herzegowina hat sich, ohne daß die Schritte, welche die im Dreikaiserbunde vereinigten Reiche zu deren Beilegung unternahmen, irgendeinen Erfolg hatten, ein blutiger Krieg entwickelt. Nachdem England, die Hauptstütze des türkischen Widerstandes gegen die der Pforte zugemuteten Konzessionen an ihre christlichen Untertanen, unterlassen hatte, seinerseits zugunsten der letztern erfolgreiche Schritte zu tun, sieht es sich in die unerfreuliche Lage versetzt, entweder nunmehr die Solidarität der blutigen Exzesse fanatischer Freischaren übernehmen oder gerade im entscheidenden Augenblicke seinen Schützling preisgeben zu müssen. Die immer lebhafter werdende Aufregung der nationalen und kirchlichen Kreise in Rußland, die über die Regierungspolitik hinwegschreitende Parteinahme für die aufständischen Vasallen der Pforte läßt erkennen, daß die europäische Diplomatie mit Faktoren zu rechnen hat, welche sich nicht mit geschickt redigierten Proto-

kollen zufriedenstellen lassen –. Nur große, über die letzten Berliner Vorschläge hinausgehende Neugestaltungen auf der Balkanhalbinsel vermögen zur Zeit das von der öffentlichen Meinung in Rußland geforderte Einschreiten zugunsten Serbiens aufzuhalten. – Daß diese Neugestaltungen einerseits nicht die Forderung Englands auf Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches, anderseits nicht die Interessen Österreichs verletzen, welche eine Selbständigkeit der südslawischen orthodoxen Stämme verbieten, macht eine Verständigung der Großmächte zu dem schwierigsten Probleme des Jahrhunderts. Nur wenn das sog. Dreikaiserbündnis für dieses Problem eine Lösung hat, welche für England annehmbar ist, und welche es der Pforte aufzulegen entschlossen ist, kann dasselbe als eine Realität betrachtet werden. – Hätte es diese Lösung nicht, so muß es als ein gefährlicher Schein betrachtet werden, welcher dazu beitrug, den innern Gegensatz der Interessen von Rußland und Österreich zu verbergen, um ihn mit dem nahenden Ernste der endlichen Entscheidung um so unversöhnlicher hervortreten zu lassen. – England und die Pforte, denen dieser Zwiespalt innerhalb des Dreikaiserbündnisses wohl bekannt und die ihn durch die bisher gezeigte Ohnmacht der Berliner Mai-politik<sup>1</sup> bestätigt finden, haben daraus bisher nur eine verhängnisvolle Ermutigung für ihre negierende Haltung gefunden und hierdurch versäumt, durch rechtzeitige Nachgiebigkeit die russische Einmischung und damit die Gefahr eines allgemeinen Krieges abzuwenden.

Während durch diese orientalische Verwicklung Frankreich aus seiner Isolierung befreit und ein gesuchter Alliierter beider Gruppen, Rußlands einerseits, England, Pforte, Österreichs anderseits geworden ist, und während es mit Italien die günstige Chance und den rechten Augenblick für seine Wahl abwarten kann, wird es für Deutschland, falls der Friede gestört werden sollte, nicht leicht sein, seine bisherige Haltung als eines an der orientalischen Frage unbeteiligten Zuschauers ferner durchzuführen. Die Maxime des politischen Handelns in dieser Frage bezeichnete der Leiter der Reichspolitik als in der Aufgabe gelegen, darin der Freund

<sup>1</sup> Gemeint ist das Berliner Memorandum vom 13. Mai 1876, das von der Türkei Reformen in den Aufstandsgebieten und einen Waffenstillstand von zwei Monaten zur Verhandlung mit bosnisch-herzegowinischen Delegierten verlangte.

seiner Freunde zu sein und deren Interesse zu fördern. Eine divergierende Politik Österreichs und Rußlands würde das Deutsche Reich vor die Wahl stellen, welchem von beiden es seine Unterstützung leihen soll, wenn es nicht von dem Gesichtspunkte [sich] bestimmen läßt, der Seite sich anzuschließen, der Frankreich sich nähert, und ihm dadurch die Möglichkeit eines Vorwandes für Betätigung seiner Revanchegedanken zu benehmen. –

Die öffentliche Meinung in Deutschland, blind der Führung des Reichskanzlers gehorchend, wird für keine Entschließung ein Hindernis bieten, um so weniger, als das Interesse der Massen von der wirtschaftlichen Notlage in Anspruch genommen ist oder von den unzeitig und unweise erweckten religiösen Leidenschaften erfüllt ist. –

Erstere trifft immer weitere Kreise der Nation und fängt an, die Steuerkraft und damit die Hilfsquellen des Staates selbst zu bedrohen. Daß manchen Gesetzen, welche die übergeschäftigte Legislation der ersten Jahre des neuen Reiches geschaffen hat, wie der Gewerbeordnung, dem Währungswechsel, dem Münzgesetze eine Schuld an dem mißlichen Stande der Erwerbsverhältnisse beigemessen wird, sollte die Reichsregierung vorsichtig machen in dem Anregen immer neuer, mit tiefen wirtschaftlichen Störungen verbundener Pläne, wie die Erwerbung sämtlicher deutschen Eisenbahnen. –

Zu beklagen ist, daß die publizistische und wissenschaftliche Erörterung dieser beispiellosen Krisis zur Zeit so wenig Aufschluß über deren letzte Ursachen gebracht hat, und auch der Wechsel in der Besetzung der Leitung des Reichskanzleramtes<sup>1</sup> läßt wenig Hoffnung auf eine tiefere Auffassung dieser so ernsten und verwickelten Fragen. Die teilweisen Mißerfolge, die die deutsche Gewerbetätigkeit vielfach in neuester Zeit getroffen, und der Rückgang in manchen Leistungen, worin sonst der deutsche Name hervorragend glänzte, sollten zur Selbsteinkehr auffordern und stellen die Frage zur Prüfung: hat die deutsche Nation durch die nunmehr fast sechsjährige Festfreude an den Siegen einer tapferen opferbereiten Armee nicht einen Teil früherer Leistungsfähigkeit eingebüßt?

<sup>1</sup> Die Ersetzung Delbrücks durch den bisherigen hessischen Gesandten in Berlin, Karl v. Hofmann.

Die Klagen, welche von allen Seiten aus Kreisen laut werden, welche Gelegenheit haben, die Gewissenhaftigkeit und Tüchtigkeit der heranwachsenden Generationen in ihren Leistungen zu prüfen, lassen die Resultate der moralischen Bildungsmittel, welche der Staat in den ihm preisgegebenen Schulen gebraucht, in keinem günstigen Lichte erscheinen. – Das Experiment, welches zu machen das Deutsche Reich zu seinem schweren Nachteile durch seinen willkürlich unternommenen Kampf mit den positiven Konfessionen genötigt wurde, der Versuch, ein Volk ohne Religion zu erziehen und zu regieren, hat in seinem ersten Stadium keine günstigen Ergebnisse geliefert. – Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen Stimmen laut werden, welche diesem Kampfe ein Ende wünschen und ein solches im Interesse des Staates und der Gesellschaft fordern. – Die Nichterfüllung der Mission, welche die positiven Kirchen im Staate zu leisten haben, läßt eine Lücke, die nicht sie, sondern allein den Staat beschädigt. Das Bedürfnis, eine Wiederaufnahme derselben in der großen Zahl verwaister, jeder geistigen Leitung entbehrenden Gemeinden zu bewirken und dem Schulunterrichte eine ideale Grundlage wiederzugeben, kann demnach nur auf Seite des Staates entstehen. Das Maß der innern durch die Verwilderung der Massen ihm erwachsenden Schäden wie die Verlegenheiten, denen alle Staaten ausgesetzt sind, die auf irdischer Macht sich gründen, werden allein den Zeitpunkt bestimmen, wann ein Kampf ein Ende finden wird, der, im Namen der Kultur unternommen, deren Untergang herbeizuführen droht. –

Zieht man nach diesen Betrachtungen die Schlußfolgerungen, so ergibt sich, daß nach außen das Deutsche Reich zur Zeit in der großen politischen Tagesfrage keineswegs jene Stellung einnimmt, zu welcher es die großen Erfolge der letzten Kriege und seine militärische Tüchtigkeit berechtigt.

Nachdem es im letzten Jahre die Enttäuschung erlebte, daß das alliierte Italien ihm eine Unterstützung der deutschen Kirchenpolitik abschlug und daß ein inzwischen eingetretenes radikales Ministerium diese Ablehnung aufrechthielt, hat in diesem Jahre England, dessen Weltmacht in Berlin niemals gewürdigt wurde, mit leichter Mühe die autoritativ auftretende Politik des Dreikaiserbundes zunichte gemacht und sieht sich speziell das Deutsche Reich zu fast absoluter Bedeutungslosigkeit verurteilt – so

daß es die Geschicke Europas einem großen Kriege zutreiben lassen muß, ohne den geringsten Einfluß dafür oder dawider zu besitzen.

Auf dem Gebiete der innern Politik werden zwar die neuzuwählenden großen parlamentarischen Körper der Regierung die gleichen Mehrheiten blind ergebener Anhänger zur Verfügung stellen – Reichsregierung und Vertretung zusammen werden aber un- vermögend sein, die zwei großen Schäden, an denen das Deutsche Reich durch verhängnisvolle Fehler leidet, zu bessern, weil beide zur Zeit noch nicht eingestehen wollen, daß Kulturkampf und einzelne Maßregeln der wirtschaftlichen Politik solche Fehler gewesen sind. –

Es bleibt unter diesen Umständen nur übrig, von weiterer schlimmer Erfahrung endliche Besserung zu erwarten und nicht abzulassen, seine warnende Stimme da geltend zu machen, wo sie gehört wird.

*29. Roggenbach an Kaiserin Augusta*

Ehnerfahrnau, 22. Okt. 1876

Eure Kaiserliche Majestät

sehe ich mich zu meinem lebhaftesten Bedauern genötigt, um gnädigste Entschuldigung bitten zu müssen, daß ich an dem festgesetzten Tage meine Aufwartung zu machen außerstande bin. Eine leidige durch Erkältung veranlaßte Unpäßlichkeit verhindert mich an einer Reise und nötigt mich das Zimmer zu hüten. Ich muß in das Unvermeidliche mich fügen und fühle um so mehr die Verpflichtung, nach vorgängiger Anfrage in Koblenz mich zu Eurer Majestät Verfügung zu halten, als die Zeitläufte zu einem ernstern Gedanken-austausch mehr als jemals auffordern. – Ich beabsichtige dann vorher in Straßburg und Karlsruhe anzukehren – am letztern Orte I. I. Kgl. Hoheiten meine Aufwartung zu machen, nachdem es mir durch mein spätes Eintreffen am Festvorabend der Freiburger Enthüllungsfeierlichkeiten dort unmöglich war, die notwendigen Meldungen zu bewerkstelligen.

Auf die bedrohliche Weltlage zurückkommend, so muß bemerkt werden, daß eine Nötigung zu einem allgemeinen die bestehenden Allianzen von Grund aus verrückenden Konflikte in dem Auf-

lösungsprozesse der Türkei nicht notwendig gegeben ist. – Es ließe sich sehr wohl denken, daß verständig geleitete Kabinette sich über einen Modus verständigen könnten, wie mit den Gebieten nördlich des Balkans verfahren werden solle, und daß das Resultat dieser Verständigung der Pforte auferlegt würde. Warum sollte England gegen eine wohlgeordnete Autonomie dieser Länder Einsprache erheben und die Chancen eines großen Krieges wagen, wenn diese neuen Staatengebilde dauernd gegen russische Vergewaltigung sichergestellt würden? Warum sollte nicht auch Rußland die Erreichung eines so wichtigen Resultates seiner orientalischen Politik nicht den Wechselfällen eines Kampfes vorziehen, der doch nur wieder seine große politische und militärische Schwäche an den Tag bringen würde? Österreich vollends hat nur Interesse, einer Eventualität zu entgehen, die seiner politischen Existenz gefährlich werden könnte und auf alle Fälle seine wirtschaftliche Genesung ins Endlose verschiebt.

Es liegt die Frage nahe, warum bei so einfacher Sachlage die Dinge sich so verwickelt haben, daß ein allgemeiner Krieg in fast greifbare Nähe gerückt scheint? Leider muß dieselbe dahin beantwortet werden, daß weniger einfache Hintergedanken aller Mitspielenden die Betretung der zu diesem Friedensresultate hin führenden Wege verhindern. –

In Österreich gibt es eine mächtige Partei, welche nur auf den Augenblick paßt, mit Rußland abzurechnen. Sie stützt sich auf die gesamte polnische Aristokratie, die im „Vaterlande“ vertretenen Kreise, endlich auf die Ungarn und einen großen Teil der jüdischen Presse der Hauptstadt. –

Sie ficht unter der Fahne, keine Verstärkung der slawischen Elemente zuzulassen, worunter wesentlich orthodox slawische Stammesverbrüderungen verstanden sind. – Kaum hält dieser Partei die kleine Hofpartei das Gegengewicht, die, den Kaiser und Erzherzog Albrecht voran, die Slawen nicht so sehr fürchten und in Erinnerung an die Dienste Jellachichs und der russischen Allianz gegen Ungarn eher geneigt wären, mit Rußland einen Teilungsplan der Donauländer zu verhandeln als sich gegenseitig blutig zu bekämpfen.

England seinerseits, statt einfach mit dem Schutz der Meerenge des Bosphorus, der Selbständigkeit von Konstantinopel und deren Voraussetzung, der Fernhaltung Rußlands von den Donau-



mündungen, sich zu beschäftigen, steht unter der fixen Idee russischer Annexionspläne, mit denen es je früher je besser abrechnen müsse, und ist in die Anschauung festgerannt, daß absolut nur die Erhaltung der türkischen Macht dieses Resultat der Abwehr Rußlands bewirken könne. Italien, von jeher mit Rußland in engster Interessenverbindung, sieht in einem Krieg nur Vorteil. – Ich spreche nicht von den immer lebendigen Tendenzen nach dem Trentinischen Kreise. – Kaum eine Idee ist aber in ganz Italien lebendiger als daß der Besitz der dalmatinischen und albanesischen Küsten und zahllosen Inseln, wie seinerzeit die Grundlage zur Größe Venedigs, so heute die Voraussetzung italienischer Staatsmacht sei. Die Adria zu einem italienischen Binnenmeer zu machen, muß jedem italienischen Staatsmanne als nächstes Ziel vorschweben. Was schließlich riskiert Italien bei einem orientalischen Kriege? Ich weiß zufällig, daß man sich ernstlich mit dem Gedanken trägt, dem Prinzen Thomas auf der Balkanhalbinsel eine Sekundogenitur zu verschaffen. – Unzweifelhaft wäre ein italienischer Prinz, auch in Athen, als künftiger Erbe von Konstantinopel mehr am Platze als die gegenwärtige, entwurzelte, kindliche Dynastie. – Frankreich seinerseits kann eine Verwicklung ohne Zweifel nur mit Freuden sehen, die ihm gerade das gewährt, was es bisher stets vergeblich gesucht, eine sichere Allianz. Entweder England oder Rußland. Welche Wendung konnte glücklicher für dasselbe sein und etwaige Rachegeleüste! Bleiben Rußland und Deutschland – denn der dänischen Hoffnungen auf Wiedergewinnung von Nordschleswig sei hier nur im Vorübergehen gedacht, so laut solche sich auch in Kopenhagen, insbesondere im Kreise der Königlichen Familie, äußern. –

Rußland ist in der eigentümlichen Lage, diesesmal in der Tat besser zu sein als die Meinung, die Europa hegt in betreff seiner augenblicklichen Annexionsgeleüste. Es will entschieden weder Konstantinopel, nicht einmal Bulgarien oder die Donaumündungen. Es genügt ihm zunächst die Autonomie der Balkanstaaten, ein wesentlicher Schritt zur Erreichung einer tausendjährigen Politik, ja schon die Vermeidung einer politischen Niederlage, wie solche seit dem Mai dieses Jahres drohte.

Es ist eine traurige Folge der Rivalität der auf dem Konstantinopeler Terrain intrigierenden Persönlichkeiten, wenn man in

England ein im Augenblick ungerechtfertigtes Mißtrauen nicht überwindet, und es wird ein geschichtlich unauslöschlicher Vorwurf für D'Israeli bleiben, daß derselbe seine semitischen Instinkte zugunsten der Türken nicht überwinden [konnte] und ernsthaft in Gemeinschaft mit Rußland nicht auf die unausführbaren Reformen des Berliner Memorandums, wohl aber auf die Autonomie pure et simple der Provinzen nördlich vom Balkan hinarbeitete.

Betrachtet man schließlich die Haltung Deutschlands, so sprechen für seine Enthaltung einmal die Besorgnis, es möchte Frankreich, so wie Deutschland sich ausgesprochen, sofort die Gegenseite ergreifen. Dann kann eine nicht weitsichtige Politik schon in der Verwicklung Rußlands in das Chaos orientalischer Kriegsläufe einen nicht unwillkommenen Zwischenfall erkennen.

Unerwünscht wäre freilich, wenn der Vorwurf laut werden sollte, Deutschland, ohne dessen Einwilligung kein Kanonenschuß in Europa sollte abgefeuert werden, hat nichts getan, einen endlosen Krieg zu verhindern. Schlimmer noch, wenn gesagt werden könnte, Deutschland hat indirekt stets so viel getan, den einen oder den andern Teil durch seine Unterstützung bei einem folgenreichen Schritte zu ermuntern und dadurch geholfen, den Knoten zu schürzen. So im Monat Mai nach Teilnahme am Memorandum durch Induzierung Englands zur Enthaltung. Bei Gelegenheit der Reichstadter Begegnung durch Induzierung Rußlands, an Österreichs Unterstützung zu glauben. Nun wieder durch Induzierung Rußlands, indem es die englische Aufforderung, Farbe zu bekennen, abweist, was in Rußland als eine Unterstützung eigenen Vorgehens aufgefaßt wurde und werden mußte.

Keinesfalls wurde[n] durch die Aktive Deutschlands England wie Rußland auf die Wege geleitet, wo sie sich verständigen konnten, und das offizielle Programm, welches die politische Aufgabe Deutschlands scheinbar in die Vermittlung der Gegensätze von Rußland und Österreich legt, wird sich des Vorwurfs nicht erwehren können, daß damit nichts getan ist, um den eigentlich gefährlichen Gegensatz, den Gegensatz Englands und Rußlands auszugleichen. Darauf kam es allein an.

Ohne positive Vorschläge und ohne fruchtbare Gedanken gibt es auf dem diplomatischen und politischen Gebiete eben keine Erfolge. Es wäre wünschenswert gewesen, daß das Deutsche Reich,

das zum ersten Male, seit es besteht, nun die Probe abzulegen hatte, was es in Europa gilt, irgendeinen Erfolg aufzuweisen gehabt hätte, nicht ein Schauspiel absoluter Machtlosigkeit gegeben hätte, die schlecht genug durch die falsche Redensart „Deutschland hat im Orient nichts zu suchen“ verdeckt werden soll. Es ist zunächst nicht wahr, daß für Deutschland gleichgültig ist, was auf der Balkanhalbinsel geschieht. – Noch weniger, ob die Donaumündung in russische Hände fällt. Am wenigsten, wer der Nachbar im Rücken des österreichischen Nachbarn sein wird. Auch die Frage der Kultur und Menschlichkeit sollte nicht gleichgültig sein, am wenigsten für Deutschland.

Es bleibt unter den traurigen Verhältnissen, welche zur Zeit die deutsche Politik bestimmen, somit nichts übrig als um so lebhafter zu wünschen, daß eine glücklichere Inspiration andere Mächte bestimmen möge, die friedlichen Wege zu wandern, die zu bereiten leider nicht unser Ruhm geworden ist, und daß in letzter Stunde eine kriegerische Wendung vermieden werde, deren Eintritt eine Kalamität für die europäische Welt, für uns außerdem, den anspruchsvollen Regulator europäischer Geschicke, aber eine demütigende, unsere Ohnmacht bezeugende Niederlage bedeuten würde.

Indem ich Euer Majestät bitte, diesen Notschrei über die Rolle, zu der das Deutsche Reich in diesem Drange der Zeit verurteilt scheint, nachsichtig entschuldigen zu wollen, verharre ich in tiefster Ehrerbietung

Eurer Kaiserlichen Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

*30. Augusta an Roggenbach*

[Undatiert und ohne Ortsangabe; nach innerem Zusammenhang hier eingereiht.]

Erlassen Sie mir den Ausdruck meiner Betrübniß über Ihr Nichtkommen! Möge es Ihnen bald besser gehen; möge ich Ersatz in Koblenz finden; möge es Ihnen immer bewußter werden, wie hilfreich, wie nötig Ihre Freundschaft ist. Ihre Darlegung scheint mir in den Hauptpunkten zutreffend und wie immer höchst belehrend; besten Dank dafür! Nur be-

denken Sie in der Beurteilung deutscher Politik die maßgebende Personalfrage, und zwar die mehrfache, die ebenso lähmend wirkt als die inneren Schäden.

Ich sende Ihnen einen Diener, den ich erst nach Kenntnisnahme des Materials, das ich Ihnen zeigen wollte, morgen zurückzuschicken bitte. Ich reise übermorgen und bleibe, D. v., bis zum 25. Nov. in Koblenz.

A.

*31. Roggenbach an Kaiserin Augusta*

Ehnerfahrdau, 24. Oktober 1876

Eurer Kaiserlichen Majestät -

sage ich meinen tiefgefühltesten Dank für die reiche Sendung, welche heute abend richtig in meine Hände gekommen ist. Es gehörte zu der rechtzeitigen Bestellung ein nicht gewöhnliches Maß von Umsicht des damit beauftragten Boten, da die Distanzen weit größer und die Verbindungen unregelmäßiger sind, als zu wünschen wäre. Ich beeile mich um so mehr, umgehend die einzelnen Punkte zu erörtern, die daraus besondere Bemerkungen nötig machen.

Ich beginne mit dem Artikel der „Reichsglocke“<sup>1</sup>. Wiewohl mir die Vorgeschichte des Blattes und der Redakteur Gehlsen selbst persönlich und außerdem auch der Zusammenhang bekannt ist, welchen das Blatt mit den Führern der katholischen Partei unterhält, so besteht für mich dennoch ein Verdacht, daß indirekt auch wieder Personen aus der Nähe des Reichskanzlers in dasselbe schreiben. Keinesfalls ist dasselbe ganz zuverlässig. – Was nun die Tendenz des Artikels über Ew. Majestät sein kann, ist schwer zu sagen –. Es kann wohlwollende Absicht, es kann auch Perfidie sein. Wenn, wie ich hoffe und glaube, keine weitere Diskussion sich anknüpft, so darf auf erstere Eventualität geschlossen werden. Zu tun ist in der Sache nichts.

<sup>1</sup> Über die „Reichsglocke“ vgl. außer der bekannten Schilderung Bismarcks im 26. Kapitel der „Gedanken u. Erinnerungen“ die Charakteristik des Blattes durch Hans Blum in seinem Buche „Das Deutsche Reich z. Zeit Bismarcks“, (1893), S. 241/249.

Einen weit unerfreulichern Eindruck macht das Schriftstück, das den Namen des Herrn von Röder trägt. Es ist leider ein Zeichen mehr der Bösartigkeit des Geschwürs, welches der Kulturkampf innerhalb unserer politischen Moralität gezeitigt hat. —

Die Briefe des H. von Th[ile]<sup>1</sup> zeigen die Ratlosigkeit, in der die Berliner politischen Kreise sich befinden, wenn von Varzin aus geschwiegen wird. Ich teile indessen darin H. von Thiles Ansicht, daß Rußland der Schwierigkeit seiner militärischen Lage sich bewußt ist und sehr ungern in diesem Herbst zum Handeln genötigt würde. Um so mehr wird es geneigt sein, andere vorzuschieben, um Zeit zu gewinnen. Daher die immer erneuten Versuche, Österreich auf seine Seite zu ziehen oder englische Vorschläge sich zu eigen zu machen. Da die Schwierigkeit aber in den Dingen selbst liegt, ist so lange nichts gewonnen, bis nicht ein Einverständnis zwischen England und Rußland erreicht ist, welches der Türkei die Autonomie der Provinzen nördlich des Balkans oktroyiert. —

Den Zustand des Grafen Münster<sup>2</sup> beklage ich sehr. Es ist zu fürchten, daß derselbe sich sehr langsam erholen wird.

Aus dem Briefe des H. von Gruner<sup>3</sup> hebe ich die allerdings auffallende Tatsache der Beteiligung des Herrn von Bennigsen an dem Antrage auf Rückgabe des sog. Welfenfonds an die Königl. Familie von Hannover hervor. Der erste Eindruck war, daß H. von Bennigsen nicht ohne Einwilligung des Reichskanzlers gehandelt habe und daß dieser vielleicht mit Rücksicht auf englische Wünsche u. Stimmungen in der bedrohlichen Weltlage sich zu dem Aufgeben der Verfügung über diesen ihm unentbehrlichen Fond entschlossen habe. Nähere Erkundigung ergab, daß dem nicht so war, und daß der Fürst sich keinesfalls von dem Reptilienfond trennen wird. Wahlmanöver kann mitgewirkt haben. Nach meiner Information jedoch nur in untergeordnetem Grade. Vielmehr soll in erster Linie es die Rücksicht auf das Zusammenhalten der eigenen Partei gewesen sein, welche Hn. von Bennigsen bewogen hat: indem der sog. linke (Laskersche) Flügel der

<sup>1</sup> Staatssekretär a. D. v. Thile (1812–1889), Mitglied des Augustakreises.

<sup>2</sup> Graf (später Fürst) Münster v. Derneburg, damals Botschafter in England.

<sup>3</sup> Justus v. Gruner (1808–1885), Unterstaatssekretär in der „neuen Ära“, bekannt als Gegner Bismarcks und politischer Vertrauensmann der Kaiserin Augusta; von 1864 bis zu seinem Tode schrieb er ihr Berichte über die pol. Lage.

Nationalliberalen mit einer absoluten Bestimmtheit die Suppression der Korruption der Presse durch den Reptilienfond verlangte und H. von Bennigsen, als geschickter Parteiführer, dieser Sachlage glaubte Rechnung tragen zu müssen. – Die Frage ist nun, wird die Nationalliberale Partei auch während des Reichstags an diesem ihrem Verlangen festhalten und dem Reichskanzler seinen Fond aus den Händen winden? Lasker behauptet, er würde fest bleiben. Der Erfolg wird entscheiden.

Die Angelegenheit des Grafen Arnim<sup>1</sup> ist kläglich und schmächtig zugleich. Sie läuft bisher keineswegs zugunsten des Reichskanzlers, der leider immer von neuem in den Fehler maßloser Leidenschaftlichkeit gegen Persönlichkeiten verfällt, die früher seine Gunst genossen. Herr von Stosch, den ich vor kurzem sprach, sagte mir, daß sein Verhältnis vor wie nach der gleiche Kriegsfuß sei. – Nun ist auch Herr von Möller<sup>2</sup> an der Reihe. – Die gnädigst übersandte Broschüre<sup>3</sup> muß ich mir erlauben einige Tage zurückzuhalten und werde sie, sicher vor Posteingriffen, zurückstellen. –

Die neue sog. Konservative<sup>4</sup> Partei betrachte ich von Anfang an als ein verfehltes, zur Unzeit versuchtes Unternehmen. Die Elemente sind noch nicht kräftig genug, um eine lebensfähige Partei gegenüber den Durchschnittsliberalen zu tragen. Alles fehlt dazu, Ideen, Grundsätze, Charaktere und selbst last not least, Interessen. Auch die Schutzzollbewegung reichte dazu nicht aus. Was von Grundsatz in der evangelischen Bevölkerung lebt, findet sich bei den Altkonservativen noch am meisten. Gewiß mehr als bei diesen vermittelnden Neukonservativen. – So bleibt es leider wahr, daß nur ein erhöhtes Maß von Prüfungen die deutsche Nation von dem tiefen Fall erheben kann, in den die eigene Unfähigkeit, „Glück zu ertragen“, und der verhängnisvolle Einfluß eines Mannes dieselbe gestürzt hat.

<sup>1</sup> Die verschiedenen gegen den früheren Pariser Botschafter Grafen Harry v. Arnim geführten Prozesse. Das letzte gegen ihn wegen Landesverrat vom Staatsgerichtshof ergangene Urteil vom 5. Okt. 1876 lautete auf fünf Jahre Zuchthaus (in contumaciam).

<sup>2</sup> Eduard v. Möller, der damalige Oberpräsident in Straßburg.

<sup>3</sup> Nicht feststellbar.

<sup>4</sup> Die vor kurzem gegründete „Deutsch-konservative Partei“.

Für die gnädigen Worte, womit Eure Majestät die rückfolgenden Anlagen begleitet haben, sage ich noch besonders meinen innigsten Dank. Meine treuesten Wünsche begleiten Eure Majestät bei diesem Übergange von den leichtern Sommermonaten in die Koblenzer Vorbereitungswochen für den Winterfeldzug.

Ich bezweifle nicht, bald in der Lage zu sein, dort meine Aufwartung machen zu können. Ich werde aber jedenfalls vorgängige Erlaubnis einholen.

Mit tiefster Ehrerbietung  
Eurer Majestät  
untertänigster  
Roggenbach

32. Roggenbach an Kaiserin Augusta

Segenhaus, 12. Dezember 1876

Eurer Majestät

beehre ich mich zunächst den Empfang der Sendung „via Koblenz“ ganz ergebenst zu bestätigen.

Ich bedaure sehr, daß der Ernst der Zeitlage und die übervolle Beschäftigung mit den größten Angelegenheiten den Reichskanzler nicht abgehalten hat, auch dieses Jahr eines jener kleinen Mittelchen anzuwenden, deren er sich jedes Jahr nach der Rückkehr von Varzin zur Einleitung der Winterkampagne bedient, um sich vor der öffentlichen Meinung von Deutschland, insbesondere aber vor den versammelten Reichstagsabgeordneten, als ein von [einer] intrigierenden Kamarilla bedrohtes Opferlamm darzustellen. Er erreicht damit den Nebenzweck, die Stimmung Sr. Majestät des Kaisers ungünstig zu impressionieren und argwöhnisch zu machen, er hofft Euere Majestät einzuschüchtern und in etwaigem Einflusse zu paralisieren, und festigt seine Partei an sich, der es stets ängstlich zumute wird, wenn sie von geheimen Machinationen aus Hofkreisen erzählt bekommt. Vor 2 Jahren war es der Artikel der „Weimarer Zeitung“; letztes Jahr die Verdächtigungen im Arnimschen Prozesse, dieses Jahr die angeblichen Verbindungen mit der „Reichsglocke“. —

Ich erlaube mir zu erinnern, daß ich öfters die Meinung ausgesprochen habe, daß dieses Blatt in enger Verbindung mit dem Reichskanzler stehe, und noch bis zum letzten Jahre in seinem Kampfe gegen Camphausen und Minister Achenbach nachweislich und authentisch Geh. Rat Wagener<sup>1</sup>! zum Mitarbeiter hatte, grade in der Zeit, wo Wagener in Varzin war, – H. Rudolph Meyer<sup>2</sup>, der schon öfters in Verbindung mit Redakteur Gehlsen genannt wurde, ist unzweifelhaft und nachgewiesenermaßen ein fester und treuer Anhänger des Reichskanzlers und trotzdem wie Wagener steter Mitarbeiter der Reichsglocke. Haben andere Parteien, denen anscheinend H. v. Loë<sup>3</sup> angehört, in letzter Zeit auch Verbindung mit dem Blatte gehabt, so ändert das nichts an der Sache, zumal ich über den Charakter dieses Herrn von Loë, der sehr wesentlich von seinem Bruder Felix zu unterscheiden ist, keineswegs hinlänglich erbaut bin – um mit absoluter Sicherheit behaupten zu wollen, daß nicht auch er Beziehungen zum Reptilienfond hat. –

Daß nunmehr für zweckmäßig gehalten wird, die sämtlichen Agents provocateurs einmal fallen zu lassen und sich von allem Verdachte der Mitteilhaberschaft zu reinigen, nachdem ein Teil des beabsichtigten Erfolges erreicht ist, würde an und für sich nichts Überraschendes darbieten. Es wird um so erklärlicher, wenn die oben bezeichneten Nebenzwecke gleichzeitig mit dem Opfern einiger verlornen Existenzen erkaufte und außerdem der Gewinn erzielt wird, eine Reihe von Personen kompromittieren zu können,

<sup>1</sup> Hermann Wagener (1815–1889), der frühere Redakteur der „Kreuzzeitung“, seit 1866 Vortr. Rat im Minist. d. Innern u. als konservativer Sozialpolitiker in langjähriger Verbindung mit Bismarck, 1873 zurückgetreten nach Laskers Enthüllungen seiner spek. Beteiligung an Eisenbahngründungen. Das im Text über die „Reichsglocke“ Gesagte bezieht sich auf deren Vorgängerin, „Die Eisenbahnzeitung“.

<sup>2</sup> Rudolf Herm. Meyer (1839–1899), volkswirtsch. Schriftsteller und Adlatus Wageners bei der Herausgabe der sozialkonservativen Ztschr. „Berliner Revue“, gehörte nach 1875 nicht mehr zu den Anhängern Bismarcks, wie seine Broschüre von 1877 „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland“ und seine durch sie veranlaßte Flucht ins Ausland beweist.

<sup>3</sup> Gemeint ist ein dem Zentrum nahestehender preuß. Legationsrat a. D. Freiherr Otto v. Loë, der mit Arnim und der „Reichsglocke“ in enger Verbindung stand und Bismarck in einer Schmähchrift angriff („Fürst Bismarck, Urk. Beiträge zum Ruhm eines großen Mannes“, 1877).



die leichtsinnig genug waren, sich mit einem so zweideutigen journalistischen Unternehmen einzulassen. –

Diese wenigen Bemerkungen erlaube ich mir zur Charakterisierung der Sachlage vorzuschicken. Die Tatsache, daß in der „Reichsglocke“ in jüngster Zeit der Reichskanzler selbst sehr scharf angegriffen wurde, kann die absolute Gewißheit der früher bestandenen Verbindung nicht ungeschehen machen, um so weniger, als gerade der Angriff gegen Stadtgerichtsdirektor Reich<sup>1</sup> weit mehr ein Dienstals ein Verdruß für den Fürsten gewesen ist.

Ob nun Graf Nesselrode<sup>2</sup> zu den Personen gehört hat, welche die Natur der „Reichsglocke“ nicht durchschauten und sich dabei Blößen gegeben hat, vermag ich nicht zu beurteilen. – Keinesfalls liefert irgendwelche Aussage irgendeines deutschen Journals, wie sie heute sind, auch nur den Anfang eines Beweises, daß es so sei, sondern sie beweist nur, daß der angeklagten Person geschadet werden soll und daß sie an bestimmter Stelle mißlieblich ist. Daß Graf Nesselrode dieses aber in hohem Maße ist, ist auch Eurer Majestät nicht unbekannt und noch weniger ihm selbst. – Ich bin daher sehr geneigt anzunehmen, daß derselbe keinerlei Unvorsichtigkeit begangen hat.

Auf alle Fälle wird abzuwarten sein, daß das Gegenteil bewiesen werde. – Sollte das im Prozesse gelingen, so entsteht allerdings eine peinliche Lage, welche zu erörtern zur Zeit nicht notwendig ist, die aber wohl eine Unverträglichkeit mit der hohen Vertrauensstellung des Grafen herbeiführen könnte. – Vorerst ist jeder Unparteiische verpflichtet, die Voraussetzung der Nichtbeteiligung des Grafen an journalistischer Tätigkeit zu machen und sich durch ein System von Verleumdungen nicht in Besorgnis versetzen zu lassen.

Die Anklage, daß zwei Exemplare in das Kais. u. Kronprinzl. Palais kamen, die der Artikel gleichfalls bringt, wird am besten durch Neubestellung des Blattes für das nächste Quartal beantwortet.

Ich bitte Eure Majestät somit dringend, in der ganzen Sache vorerst nichts zu tun und vor allem Sich nicht in eine gewiß überflüssige Beunruhigung versetzen zu lassen. –

<sup>1</sup> Die Anschuldigungen der „Reichsglocke“ gegen Reich als Vorsitzenden im ersten Arnimprozeß wurden vor Gericht als Verleumdungen erwiesen.

<sup>2</sup> Graf Max Bertram v. Nesselrode (1817–1898), Oberhofmeister der Kaiserin.

In betreff der Ausstellungsangelegenheit<sup>1</sup> habe ich nur die eine Erklärung für die Handlungsweise des Reichskanzlers, daß derselbe bis zur Ausstellungszeit eine kriegerische Verwicklung befürchtet und nicht so große deutsche Werte in Paris engagiert haben will. – Da er dies nicht sagen kann, müssen allerlei Vorwände erfunden werden, die dann allerdings nicht Hand und Fuß haben, und nur von dem deutschen Publikum unbesehen angenommen und auch angejubelt werden. – Schwer wird die Frage sein, ob den einzelnen Industriellen die Beschickung nun doch gestattet werden soll, auch wenn dieselbe den Charakter einer französischen Demonstration gewinnt wie die Ausstellung elsässischer Firmen. Da es keine deutsche Abteilung geben wird, dann wohl in der französischen Abteilung.

Daß man den Anschein nimmt, an den Frieden zu glauben, wäre dann am natürlichsten, wenn man den Krieg wünscht. – Auffallen muß die starke Versicherung, die Österreich gegen jeden Schaden aus Kriegsfall durch die Nachtschrede<sup>2</sup> des Reichskanzlers gegeben wurde, und die darauffolgende Ermutigung an Rußland in der offiziellen Rede<sup>3</sup> im Reichstage. – Glücklicherweise hat Lord Salisbury, der ernstlich die Erhaltung des Friedens und eine Verbesserung der Lage der christlichen Bevölkerung wünscht, die Absicht der Politik des Fürsten, Rußland in Krieg zu verstricken, gemerkt, und wird das Äußerste tun, um eine Verständigung mit Rußland zu erzielen. – Auch in Wien ließ man sich nicht durch süße Schmeichelrede verführen und wird einer solchen Verständigung möglichst entgegentreten. –

Ich werde dieser Tage zu der Kreisversammlung nach Lörrach gehen, bin aber zu Weihnachten wieder hier, wenn Eure Majestät irgendwelche Befehle hätten. –

In tiefster Ehrerbietung  
Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

<sup>1</sup> Am 4. Dez. 1876 hatte der Bundesrat auf Antrag Preußens die Einladung Frankreichs z. Beteiligung an der für 1878 geplanten Industrie-Weltausstellung in Paris abgelehnt.

<sup>2</sup> Tischrede Bismarcks an den Reichstagsvorstand über die orientalische Frage.

<sup>3</sup> Reichstagsrede Bismarcks vom 5. Dez. 1876 über seine Friedenspolitik und die Fortdauer guter Beziehungen zu Rußland.

33. *Augusta an Roggenbach*

Koblenz, 15. Juli 1877

Entschuldigen Sie mich freundlichst, wenn ich heute zu einem Diktat die Zuflucht nehme, aber mein Arm ist heute wieder schreibunfähig und ich wünsche Ihnen doch noch einmal herzlichst zu danken! Daß Ihre Anwesenheit hier mir wahrhaft wohlgetan hat, davon haben Sie sich überzeugen können; daß aber Ihr gestriger Brief mich tief rührte, liegt mir am Herzen, Ihnen noch auszusprechen. In meiner Verlassenheit tut es mir so wohl, jemand noch zu finden, der die Schwierigkeiten meiner Aufgabe und meinen guten Willen, sie zu erfüllen, würdigt und dabei geneigt ist, mir mit Rat und Tat beizustehen! Ich kann nicht leugnen, daß mich dieser Sommer in gedrückter Stimmung hält und daß ich mich oft erschöpft fühle. Hoffentlich wird der Luftwechsel mir wohlthun und die kurze Zeit bis zum 4. August nicht erfolglos bleiben.

. . . Meine Nachrichten aus England beweisen mir, daß die orientalische Frage dort immer ernster wird. Die beiden Kaiser werden sich erst nach Gastein in Salzburg sehen<sup>1</sup>. In Berlin ist der italienische Botschafter sehr ausgezeichnet worden und manche Zeichen lassen nichts gutes ahnen. Der Tod von Bischof Ketteler<sup>2</sup> frappiert mich sehr, er ist ein Verlust! – Ich werde den Fürsten Hohenzollern morgen abend wiedersehen und bis zum 20. auf der Mainau verweilen.

Nun aber leben Sie wohl; ich mußte von neuem herzlich danken, aber aufrichtig gesagt halte ich den Beruf, andern helfen zu können, für so gesegnet, daß er mir, wenn er mir angewiesen wäre, eine größere Selbstbefriedigung gewähren würde als wie der Dank, den ich empfinde, mir irgend darbieten könnte!

Ihre A.

<sup>1</sup> Die Begegnung Wilhelms I. und Franz Josephs fand am 8. August statt in Ischl.

<sup>2</sup> Der Mainzer Bischof v. Ketteler war am 13. Juli gestorben.

Baden, 25. September 1877

Nehmen Sie mit diesem Diktat fürlieb, weil ich jetzt meinen Arm sehr schonen muß, und Ihnen doch baldmöglichst für Ihren Brief danken möchte! Freilich ist er kein Ersatz für das jetzige verfehlte Wiedersehen. Ich richte nun meine Hoffnung auf anfangs November in Koblenz. – Ihre Schilderung der Zeitverhältnisse und der wunderlichen Kontraste ist wie immer mit meinen Wahrnehmungen übereinstimmend. Der entsetzliche Krieg, der im Osten wütet, der zunehmende Zersetzungsprozeß in allen politischen Kreisen, die wachsende Auflehnung gegen die Autorität in Kirche und Staat, die Entbehrung eines wahrhaft zivilisierten Weltteils Europa, von tüchtigen Staatsmännern geleitet, die neuesten Symptome in Frankreich und das Damoklesschwert in Berlin: alles dies setzt ein stärkeres Nervensystem voraus als das meinige, um mit Ruhe beobachtet zu werden, aber ich weiß gottlob, wo ich meine Ruhe zu suchen und zu finden habe, und blicke in dieser Gesinnung dankbar auf das zu Ende gehende, trübe Lebensjahr zurück! Ihnen aber danke ich nach wie vor für Ihre sich stets treubleibende Gesinnung und für Ihre mir zu Gebote stehende Hilfe, gemäß dem Worte: „noblesse oblige“.

Die 14 Tage am Rhein sind mir unvergeßlich wegen der dem Kaiser dargebrachten Huldigungen; seine Worte auf dem Ständefest gaben der ganzen Sache die Weihe; sonst war das Fest in mancher Hinsicht verfehlt und was ich als eine persönliche Aufmerksamkeit für mich erbeten hatte, war nicht erfolgt! Die Städte wetteiferten mit den Landbewohnern, um ihre Anhänglichkeit zu beweisen trotz der Verhältnisse, die wie ein Alp auf der Stimmung lasten. – Auf dem Niederwald war ich nur [bei] der Grundsteinlegung<sup>1</sup> zugegen und folgte während des Festes in Rüdesheim einer Einladung der Familie Ingelheim nach Geisenheim, um das dortige Hospital zu sehen. Ich glaube, daß dies eine taktvolle Nuance war? – Nach Bukarest vermitteln Sie bitte meinen besten Dank für den Brief, der selbst nur Dank enthielt.

<sup>1</sup> Des Nationaldenkmals am 16. September.

Hoffentlich werden dort nun endlich die Chirurgen, um die ich mich bemühte, angelangt sein? Bitte grüßen Sie die Fürstin<sup>1</sup> herzlichst von mir. Ich muß schließen und wiederholt um Nachsicht bitten

als Ihre stets dankbare Freundin A.

[In gleichfalls eigenhändiger Nachschrift fragt die Kaiserin, ob R. den ihr sehr empfohlenen Prof. Loersch<sup>2</sup> kenne und für ihren Enkel in der Bonner Studienzeit empfehlen könne. „Die Kronprinzessin hätte sehr gewünscht, Sie zu sehen an dem Tage, den sie mit mir in Koblenz zubrachte; deshalb erfolgte die Einladung, die Sie nicht traf.“]

35. Roggenbach an Kaiserin Augusta

Segenhaus, 10. Februar 1879

Eure Kaiserliche Majestät

haben mir gnädigst gestattet, nach einer längern Unterbrechung wieder mit einigen Bemerkungen über die inzwischen stattgehabte Entwicklung an frühere Erörterungen anknüpfen zu dürfen.

Ich will mit Hervorhebung der erfreulichsten Seite beginnen. Während bei der Abreise von Karlsruhe die Sorge, wie die Kräfte Sr. Majestät des Kaisers der Übernahme der vollen Last der Regierungsgeschäfte genügen sollten, das Gemüt bedrücken mußte, läßt sich heute dankbar bekennen, daß die Gnade der Vorsehung in fast wunderbarer Weise sich in der Stärkung des unentbehrlichen Hauptes des fast nur noch in der Verehrung seines Kaisers einigen, sonst fast hoffnungslos in Parteilung zerrissenen Reiches mächtig erwiesen hat. Je weiter diese Auflösung der innern Reichseinheit, der Krieg aller Meinungen und aller Interessen miteinander fortschreitet, wie er nunmehr von dem desorganisierenden Geiste und dem streitsüchtigen und launenhaften Charakter des Kanzlers auf der ganzen Linie entbrannt ist, um so mehr konzentriert sich alle Aussicht und Hoffnung für Bestand und Rettung des Reiches in dem einen heißen Wunsche der Erhaltung

<sup>1</sup> Die Fürstin zu Wied.

<sup>2</sup> Hugo Loersch (1840–1907), Bonner Rechtshistoriker seit 1875, später Kronsyndikus und Mitglied des Herrenhauses.

des Neubegründers desselben, auf daß er es in dieser gegenwärtigen Krisis beschirme. Möglicherweise ist der Eindruck, den der entfernte Provinziale über den Zustand Sr. Majestät aus den ihn erreichenden Berichten gewinnt, ein zu günstiger, und unzweifelhaft hat die unausgesetzte Selbstaufopferung Eurer Majestät einen größten Teil dabei mitgewirkt, denselben überhaupt zu ermöglichen. Immerhin habe ich damit den einzigen Punkt bezeichnet, auf den mit Befriedigung geblickt werden kann. – Mitten in dem fast unentwirrbaren Chaos, in welches die innern Reichsangelegenheiten leider gestürzt worden sind, erwarten wir darum aber auch von dem Kaiser, daß er dieser Auflösung Einhalt tue und Ordnung schaffe im Reiche und seiner Leitung.

Ordnung aber nenne ich es nicht, wenn ohne als Ministerpräsident mit dem Staatsministerium seine Meinungen ausgeglichen zu haben, oder ohne als Reichskanzler Se. Majestät den Kaiser darum nur begrüßt zu haben, der Fürst, lediglich als Privatperson, mit dem Bundesrate zu korrespondieren anfängt, und mit geradezu widersinnigen und halsbrecherischen Projekten ganz Deutschland in feindliche Atome wirtschaftlicher Rivalitäten auflöst und damit die revolutionäre Zerbröcklung unserer Zustände aufs äußerste steigert. Ordnung nenne ich es nicht, wenn nachgrade die regelmäßige Einwirkung der wohlgeordneten, den Informationsquellen nahestehenden, in Erfahrung des Ressorts gereiften und zu sachverständiger Beurteilung befähigten Staatsbehörden auf den Nullpunkt herabgedrängt ist und statt dessen zwischengeschobene, willkürlich komponierte, vorher auf ihre Meinung geprüfte Kommissionen maßgebende Entscheidungen vorbereiten, um den Einfällen eines allmächtigen Gewalthabers eine sophistische Rechtfertigung zu verleihen. – Vollends unerträglich aber ist es, wenn die Depravation der Charaktere, die seit Jahren eine so erschreckende Proportion annahm, schließlich seitens höchstehender Staatsbeamten zu Bloßstellungen führte, wie sie die jüngsten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses leider kundgetan haben<sup>1</sup>. – Es

<sup>1</sup> Wahrscheinlich handelte es sich um folg. Vorgänge: In der Budgetdebatte des Abg.-Hauses zum Eisenbahnetat am 8. Febr. 1879 hatte der Min.-Direktor Oberberggrat Dr. Serlo als Vorsitzender der Eisen-Enquetekommission bestritten, daß die Berufung der Sachverständigen zu dieser Kommission nach sehr einseitigen Gesichtspunkten erfolgt sei, die Abg. Richter und Dohrn aber mit schlagenden Beweisen das Gegenteil erwiesen. Gen.-Sekretär Bueck habe

muß als eine unvermeidliche Erschütterung des monarchischen Gefühls der ganzen Nation bezeichnet werden, wenn an die Stelle der landesväterlichen Leitung einer durch vielhundertjährige Verdienste im Herzen des Volkes festgewurzelten und durch die Großtaten des erlauchten Trägers der Krone Preußens und des neu-erstandenen Kaiserreiches [neubefestigten Dynastie]<sup>1</sup>, der launen-hafte Wille und krankhafte Einfall eines despotischen Ministers tritt. Das deutsche Volk will von seinem Kaiser und dessen gewissenhaften Räten regiert sein. – Ein Schauspiel, wie das der jüngsten Tage, in dem der Minister, der sich Handelsminister nennt, aber tatsächlich nur Eisenbahnminister ist, auf Befragen über die seitens des Reichskanzlers persönlich eröffnete Eisenbahntarifffrage erklären muß, er wisse darüber nichts, ist eine vernichtende Bestätigung, daß die höchsten Regierungskreise sich in einem Chaos befinden, welches voller Gefahren ist. Es ist nur zu wahr, daß durch die Unvernunft dieser Launen eines einzigen Mannes ein großer Teil des moralischen Ansehens, welches Deutschland in der Wertschätzung der Meinung der gebildeten Welt gewonnen hatte, bereits jetzt verlorengegangen ist, und es ist nicht abzusehen, in welchen Abgrund von innerer Haltlosigkeit, von moralischer Verkommenheit und wirtschaftlichem Elende wir noch versinken werden, wenn dieser unausgesetzten Erschütterung aller bestehenden Verhältnisse nicht bald ein Ende bereitet wird. Eure Majestät erkennen aus dieser meiner Auffassung, daß ich nunmehr das Maß der fast ununterbrochenen Mißgriffe der innern Reichsverwaltung durch die persönlichen, ohne alle kollegiale Berührung weder mit Bundesrat, noch Staatsministerium inszenierten Zoll- und Eisenbahntarifpläne für voll-gestrichen ansehe und daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann Se. Majestät der Kaiser sich genötigt finden wird, die Reichsleitung an nüchterne, geschäftlich weniger extravagante Personen zu übergeben. – Ich nehme an, daß es keinesfalls über die laufende Reichstags-session andauern kann und darf. – In dem Reichstag wird das System der Finanza-zölle zweifelsohne über das Reichskanzlerische Programm der Allgemeinen Eingangs-

im „Kaiserhof“ die Sachverständigen vorher bearbeitet und ihnen die steno-graph. Berichte korrigiert. Die Reg. hatte darauf Serlo vom Vorsitz der Kom-mission entbinden müssen.

<sup>1</sup> Die eingeklammerten Worte sind vom Herausgeber sinngemäß ergänzt.

zölle den Sieg davontragen. – Die persönliche Niederlage und Erschütterung der Autorität ist für den Fürsten eine zu erhebliche, als daß er dann noch weiter regieren könnte. Um so weniger, da kein Fürst aus dem Hause Hohenzollern, das seine schönsten Ruhmestraditionen durch seine väterliche Fürsorge für das Wohl der ärmern Klassen gewann, jemals die ungeheuerliche Maßregel der Verteuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel in einem Augenblick sinkender Löhne und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit sanktionieren wird. Es sind wenig mehr als hundert Jahre, seit ähnliche Getreidesteuerooperationen des Kanzlers Maupeau und des Herzogs von Aiguillon den Namen Ludwig XV. in der Geschichte bloßgestellt und die Keime zu der französischen Revolution gelegt haben, der später der unglückliche Nachfolger zum Opfer fiel. Die glänzende Regierungszeit des ersten deutschen Kaisers, dieses Vorbildes landesväterlichen Wohlwollens, muß vor der Möglichkeit einer ganz analogen und nicht minder gefährlichen Maßregel beschützt werden. – Der Kanzler kann sehr wohl ersetzt werden. Unauslöschlich ist aber eine jede Befleckung der ruhmreichen Regierung des Kaisers. So entschieden bin ich darin, daß ich meine seit 1870 streng befolgte Maxime, den Reichskanzler auch mit Maßregeln, die ich für verhängnisvoll ansah, – und deren waren viele – gewähren zu lassen, bis die Erfahrung zur Umkehr nötigen würde, in dieser Sache aufgeben, und alles aufbieten möchte, Seine Majestät vor jeder Solidarität mit diesen letzten Projekten des Kanzlers zu bewahren.

Was den Wechsel der Personen auf dem Präsidentenstuhl in Frankreich betrifft, so besorge ich, Grévy wird einen schweren Stand gegenüber den extremen Linken haben und bei seinem starren Charakter nicht lange seine Stellung behaupten. –

Dem Revanchegedanken war er vor seiner Erwählung keineswegs abhold, und ich befürchte, daß die Lage in Elsaß-Lothringen, wo die Fehler der deutschen Verwaltung zahllos sind, infolgedessen keineswegs erleichtert wird. – Es kann nicht geleugnet werden, daß das nachgerade offene Geheimnis der chaotischen Zustände der Reichsregierung und der wirtschaftlichen Notstände in französischen Kreisen eher ermunternd wirkt und eine Revanche für weniger aussichtslos erscheinen läßt als noch vor einem Jahre.

Der Gesundheitszustand Eurer Majestät erfüllt mich im Bewußtsein der maßlosen Last, die getragen werden muß, ohne getragen



werden zu können, mit steter Sorge. Ich würde mir erlauben zu bitten, auch an das Maß der eigenen Kräfte zu denken, wüßte ich nicht, daß Eure Majestät stets nur Rat annehmen von den Anforderungen eines allzu gewissenhaften Pflichtgefühles, bei dem die Pflicht gegen sich selbst – doch auch eine geheiligte Pflicht – nur allzu häufig zu kurz kommt. –

In tiefster Ehrerbietung  
Eurer Majestät  
ergebenster  
Roggenbach

### 36. Roggenbach an Kaiserin Augusta

[Undatierte Denkschrift ohne Unterschrift, wahrscheinlich Dezember 1879.]

Ein Rückblick auf den Zeitraum, seit S. Maj. der Kaiser vor einem Jahre nach fast wunderbarer Genesung aus schwerer Lebensgefahr die Regierung wieder übernommen hat, fordert zur Frage auf, welche Aufgaben dieser neuen Regierungsperiode des vielgeprüften Monarchen gestellt waren und welchen Abschluß eine Untersuchung der Lage ergibt, unter welcher das zweite Jahr derselben beginnt.

Die tiefe Erschütterung der sittlichen Zustände, welche durch die grauensvollen Attentate auf den ruhmbedeckten greisen Herrscher des Deutschen Reiches nicht minder als durch gleichzeitige ähnliche wiederholte Angriffe auf das Leben anderer Fürsten offenbar wurde, die unleugbaren, drückenden Notstände, in denen die gewerblichen Mittelstände und die untern Klassen in Stadt und Land sich befinden, – nachdem letztere durch die Gründungsunternehmungen und das großindustrielle Konkurrenztreiben erst die Gefahren einer leider von vielerlei Exzessen und Ausschreitungen begleiteten Genußperiode zu bestehen hatten, – mußten die Aufmerksamkeit der Regierungen wachrufen.

Da die Neigung, den Versuchungen der Leidenschaften und den Anreizungen des genußbegierigen Erwerbskampfes Folge zu leisten, zu den untrennbaren Begleitern menschlicher Gesellschaft gehört und da der Staat seine Rechtfertigung und Bestimmung gerade darin zu suchen hat, daß er durch die weise Umsicht seiner Gesetze und die bewußte Voraussicht seiner Maßregeln die natür-

lichen übeln Wirkungen dieser treibenden Grundkräfte aller sozialen Organisation zu verhüten wisse, so kann, wo immer so beklagenswerte Erscheinungen sich offenbaren, das beschämende Selbstbekenntnis den Regierenden nicht erspart werden, daß große Fehler begangen worden sein müssen. Je mehr die deutschen Geschicke und alle einzelnen Regierungsakte im Deutschen Reiche und in Preußen, bis in die kleinsten Einzelfragen hinein, von einem einzigen mächtigen Willen beeinflußt worden sind, um so weniger läßt sich seitens des Reichskanzlers der Vorwurf der Verschuldung so bedauernswerten Mißerfolges ablehnen und die Verantwortung auf andere übertragen, die derselbe bisher als Werkzeuge oder blindergebene Stützen seiner Einfälle gebrauchte. —

Je größer die Gefahr war, daß unter der Nachwirkung des Siegestaumels, worin die großartigen Waffenerfolge des Jahres 1870–71 auch die Kreise versetzt hatten, die nicht für dieselben geblutet und gelitten hatten, die Nation das innere Gleichgewicht verlieren könnte, um so mehr war es Pflicht des einzigen Mannes, der Macht über die Gemüter behalten, weil er die Großtaten seines Königs und der Armee als sein eigenstes Werk darzustellen verstanden hatte, der einreißenden Verwilderung durch den sittlichen Ernst aller Regierungsmaßregeln entgegenzuwirken. Drei Hauptursachen liegen der sozialistischen Verirrung zugrunde und geben ihr Nahrung. Der Verlust der festen Grundlagen religiöser Sitte in weitesten Kreisen der Bevölkerung; — die Erschütterung ihrer bisherigen Existenzbedingungen durch den veränderten Wert des Geldes und seines Verhältnisses zu den Lebensbedürfnissen; — endlich die Überlastung an Anforderungen und Leistungen für die verschiedenartigsten Aufgaben und Zwecke, welche kumulativ Kommune, der Kreis, die Provinz, der Einzelstaat und das Reich, Schule und Kirche auflegen und welche auch erhöhten Lohn und Gewerbeverdienst ungenügend erscheinen lassen. Es konnte solchen tiefliegenden Ursachen gegenüber von dem Sozialistengesetze wenig mehr erwartet werden, als daß es die Symptome der Krankheit von der Oberfläche verschwinden machte und damit freilich den Regierungsorganen auch die Beobachtungssphäre begrenzte. Die Erscheinungen, die bei den Wahlen zutage traten, haben leider auch ergeben, daß das Übel an Umfang und ernster Gefahr noch

nicht abgenommen hat. – Wichtiger ist, daß die Erkenntnis zu erwachen beginnt, welche schwere Beschädigung der seit acht Jahren über ganz Preußen hinwegziehende kirchliche Kampf und der Versuch, die bisherigen Grundlagen sittlicher und religiöser Bildung zu entbehren, über das ganze Volk und für den Staat gebracht hat. – Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Anzeichen einer Umkehr sich bewähren und wieviel Ernst und Realität an den oft verkündeten und ebenso oft verleugneten Verhandlungen über eine Verständigung mit der römischen Kurie ist. –

Der wirtschaftlichen Not kann das Verlassen der bewährten preußischen Zoll- und Handelspolitik zugunsten eines die Großindustrie hervorragend begünstigenden Systems um so weniger Abhilfe bringen, als einerseits die ersten Anfänge des Sozialismus in Deutschland gerade mit der höchsten Blüteperiode dieser Industrien zusammenfallen, andererseits das neue System sich nicht ohne erhebliche Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse durchführen läßt. Es bleibt abzuwarten, ob eine spätere günstige Wirkung die augenblickliche Verschärfung der herrschenden Notstände ausgleichen und den drohenden Ruin der gewerblichen Mittelklassen wie des kleinen Grundbesitzers aufhalten kann. –

In politischer Hinsicht trat durch die veränderte Handelspolitik eine doppelte Wirkung hervor. – Es wurde die Partei in Reichs- und Landtag, mit welcher bisher der Reichskanzler die weitgehenden und zum Teile gewalttätigen Maßregeln durchgeführt hat, welcher er zur Herstellung der ersten Einrichtungen des Norddeutschen Bundes und später des Reiches zu bedürfen glaubte, ihres Einflusses verlustig und mußte den Vorwurf hinnehmen, an allen Übeln der Gegenwart die Hauptschuld zu tragen. – Dieser Wechsel würde, nachdem diese sog. national-liberale Partei dem Reichskanzler gegenüber längst alle liberalen Grundsätze geopfert und ihm blindlings in seinem Kulturkampfe gefolgt war, so wenig Interesse verdienen als die beständigen Wechsel der Personen in den Ministerien, wenn nicht die andere zweite Wirkung bei den Neuwahlen sich gezeigt hätte. Es sind infolge des Anklangs, den die neue Handelspolitik in den weiten Kreisen derer gefunden hat, die durch dieselbe auf leichterwordenen Reichtum hoffen und unter dem Zauber der Versprechung

besonderer Begünstigungen liegen, wie sie in freigebiger Weise ausgeteilt wurden, die persönlichen Anhänger des Fürsten, diejenigen, die in demselben zugleich den Förderer ihrer privaten Interessen verehren, in weit größerer Zahl aus den Wahlen hervorgegangen. – Wie wünschenswert es sein möchte, daß die Wahlen eine konservative Majorität ergeben hätten, welche die Loyalität gegen die Krone über alle Rücksichten gesetzt haben würde, so wird der Umstand, daß der Reichskanzler – gestützt auf eine Interessentenpartei, nicht eine politische Partei, – nunmehr über eine überwiegende Anzahl Stimmen als Parteihaupt verfügt, dem Kaiser auch in Fällen, wo eine Meinungsverschiedenheit mit seinem ersten Ratgeber vorliegt, eine größere Entsaugung auferlegen. – Dies um so mehr, als eine Partei, auf welche die Krone sich stützen könnte, nicht in ausreichender Stärke vorhanden ist –, solange der noch unbeeidigte kirchliche Hader eine so zahlreiche Fraktion wie das Zentrum außerhalb der möglichen Berechnungen stellt.

Die unbefriedigende Lage im Innern wird durch die Schwierigkeiten, mit welchen das Budget und die Etats aller Teile des Staatsorganismus zu kämpfen haben, noch vermehrt. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Einzelvermögen hat das öffentliche Vermögen in Mitleidenschaft gezogen. Die außerordentlichste Steigerung der Kommunalumlagen hat vielen Gemeinden dennoch nicht ermöglicht, ohne Defizit ihren Haushalt zu schließen, und es setzt sich die gleiche Not bis in den höchsten Staatsorganismus fort, ohne daß es leicht ist, wirksame Hilfsmittel auszufinden. Es wird somit an der Zeit sein, in Bemessung des Staats- und Reichsaufwandes zu der gewissenhaften Verwendung von Staatsgeldern zurückzukehren, welche nach Gründung des Reiches so vielfach verlassen wurde und einen Luxus der Stellengründung und der Ausstattung einzelner Dienstzweige veranlaßt hat, vor der die reichsten Nationen zurückgeschreckt sind und die keineswegs zu einer Hebung der Moralität der Beamtenkreise beitragen. – Der letzte Gesichtspunkt ist um so wichtiger, als ohnedies die Neigung des Reichskanzlers, die Personen, mit denen er dienstlich in Berührung kommt, bei überzeugungsvoller Geltendmachung einer von der eignen abweichenden Ansicht rücksichtslos zu beseitigen und durch persönliche Günstlinge zu ersetzen, einen Wechsel in die obersten Beamtenkreise gebracht hat, wel-

chen herbeizuführen die bewährte Regentenweisheit preußischer Fürsten mit Selbstentsagung stets gescheut hatte.

Die Hoffnung, daß die Ungunst der innern Verhältnisse durch die Sicherung der äußern Beziehungen ausgeglichen wäre, scheint sich leider als eine trügerische zu erweisen. – Der zuversichtliche Jubel, womit der Berliner Kongreß als eine Friedenstat gefeiert, ist rasch unter den Nachrichten des bosnischen Kriegszugs verstummt. – Die fundamentale Wendung, welche die preußische Politik in der ostentativ markierten Abwendung von Rußland erfahren hat, macht es notwendig, sich den Zusammenhang der Ereignisse zu vergegenwärtigen, welche Preußen zu der Überzeugung geführt hatten, daß die Verbindung mit Rußland die für seine politischen Zwecke ergiebigste Allianz sei. Es wird sich dann fragen, ob in neuerer Zeit, namentlich seit Gründung des Deutschen Reiches, Momente eingetreten sind, welche andere Bündnisse für empfehlenswerter und sicherer erscheinen lassen. –

Als Preußen unter dem Drucke der nationalen Strömung und in Erkenntnis der abhängigen Lage, in welche der Bundesvertrag von 1815 es versetzte, nach der Bewegung von 1848 anfang, auf dem Boden der deutschen Politik eigne Wege zu suchen, fand es sich gegenüber die von Rußland damals unterstützten aggressiven Schwarzenbergschen Proteste, denen es nicht ohne empfindliche Demütigung seiner Eigenliebe nachzugeben genötigt war. – Erst als Österreich die von Rußland durch die Intervention in Ungarn geleisteten Dienste durch die Undankbarkeit seiner Parteinahme für die Westmächte im Krimkriege lohnte und dadurch sich das Petersburger Kabinett bleibend entfremdete, konnte die preußische Politik wieder beginnen, die unterbrochenen Bestrebungen deutscher Reform wieder aufzunehmen. Das Bewußtsein der günstigeren Lage, welche die preußischen Hegemonieansprüche in Deutschland dadurch gewonnen hatten, daß Preußen während des Krimkrieges sich Rußland zu verpflichten verstanden hatte, trug wesentlich dazu bei, den Kaiser Franz Joseph zu bestimmen, in Villafranca mit dem Kaiser Napoleon III. einen raschen Frieden zu schließen, der Preußen verhinderte, sich durch Österreich geleistete Dienste neue Ansprüche auf Verbesserung seiner Stellung im Bunde zu erwerben.

Der Reichskanzler hatte den Wert des allerdings nicht selbstlosen Wohlwollens Rußlands für Preußen bei seinem Eintritt in die

Leitung des Auswärtigen Amtes richtig geschätzt und sofort gesucht, dasselbe zu einem festen Verhältnisse wechselseitiger Förderung der beiderseitigen Spezialinteressen auszubilden. – Das nächste Mittel war die bekannte Konvention behufs Unterstützung der Niederwerfung des polnischen Aufstandes. – Der Verlauf der Ereignisse hat gezeigt, daß die Zusagen an Rußland zunächst die preußische Befürwortung und das Geschehenlassen der Nullifizierung der Stipulationen des Pariser Friedens in betreff der Beschränkung der russischen Kriegsmarine im Schwarzen Meere, ferner die Rückgabe des verlorenen Stückes von Bessarabien umfaßten. Hinsichtlich der Behandlung der orientalischen Wirren wurde seitens des Reichskanzlers stets deren Gleichgültigkeit für deutsche Interessen betont und Österreich in erster Reihe als beteiligt erklärt.

Die Ergebnisse dieses Verhältnisses zu Rußland für Preußen waren dagegen zunächst im Jahre 1864 die Zurückhaltung Rußlands bei Besetzung des Herzogtums Schleswig, das Geschehenlassen der Neuordnung der deutschen Verhältnisse im Jahre 1866, einschließlich der Annektionen, endlich die Duldung der Verhältnisse, die der französische Krieg hervorrief, der Erwerbung von Elsaß-Lothringen und der Gründung des Deutschen Reiches. –

Als Rußland zur Wiederaufnahme seiner Orientpolitik den Zeitpunkt gekommen erachtete, vermittelte die deutsche Politik die Aussöhnung Österreichs mit Rußland und sie begründete das von dem Reichskanzler als „Drei-Kaiser-Verhältnis“ bezeichnete Einverständnis, dessen nächster Erfolg war, Österreich dem Einflusse und einer Verbindung mit den Westmächten zu entziehen und einem Ideengang zuzuwenden, welcher geneigt schien, Rußland erhebliche Erfolge zuzugestehen, wenn es selbst ausreichenden Anteil an der Beute, insbesondere eine strategische Stellung auf der Balkanhalbinsel, gewinnen würde. Für Deutschland ergab sich aus dieser Wiederaufnahme der orientalischen Frage unter solchen Verhältnissen der Vorteil, daß Rußland und Österreich sich ausreichend beschäftigt fanden, um für Frankreich als Alliierte eines etwaigen Revanchekrieges unbrauchbar zu werden. – Damit war einem der wesentlichsten Gesichtspunkte, den die deutsche Politik seit 1870/71 im Auge behalten mußte, anscheinend Genüge geleistet. –

Die Verhältnisse änderten sich, als mit den russischen Erfolgen die Ansprüche Rußlands wuchsen und der Frieden von St. Stefano den Widerspruch Europas hervorrief. – Nachdem der Berliner Kongreß denselben mit scharfer Kritik umgestaltet hatte, war das Resultat für die deutsche Politik, daß Rußland aus dem Kongresse mit der Überzeugung schied, daß es vornehmlich der übelwollenden Passivität des Reichskanzlers zuzuschreiben sei, daß die Beschlüsse in den wichtigsten Punkten gegen seine Wünsche ausgefallen seien. Mußte es aber vor allem gelingen, Frankreich für seine etwaigen Revancheveleitäten keine Alliierten finden zu lassen, so konnte das Ergebnis, daß nun Frankreich den Berliner Kongreß mit einem sich selbst anbietenden Verbündeten wie das gegen Preußen tief verstimmt Rußland verließ, nur dann nicht als ein entschiedener Mißerfolg der deutschen Politik angesehen werden, wenn irgendeine Garantie vorlag, daß Frankreich die russische Handreichung nicht annehmen würde. –

Zwei Erwägungen könnten Frankreich dazu bestimmen. – Es könnte die englische Allianz für wertvoller für sich ansehen, indem sie ihm für seine Verluste im Jahre 1870/71 die Aussicht auf Kompensationen eröffnete, die den möglichen Gewinn aus russischer Verbindung überbot, oder aber es müßte Deutschland gelingen, die russische Kriegsallianz in den Augen der französischen Staatsmänner dadurch wertlos zu machen, daß es selbst die französischen Revanchegeanken durch eine deutsch-französische Friedensallianz unter gleichzeitiger Gewährung von Territorialkompensationen, etwa in Lothringen, beseitigte. – Eine Verbindung mit Österreich-Ungarn könnte der verlorenen russischen Allianz an politischem Werte für Deutschland also nur dann gleichkommen, wenn derselben eine effektive, die Haltung Frankreichs mitbestimmende Unterstützung Englands zuteil geworden wäre, durch welche die französischen Revanchegeanken sich neutralisieren ließen, oder aber wenn bereits eine begründete Aussicht vorliegen würde, daß es Deutschland gelingen wird, ein solches, jede Gefahr eines Revanchekrieges beseitigendes Abkommen direkt mit Frankreich zu treffen. – Kann die Möglichkeit beider Kombinationen auch zugegeben werden, so muß dennoch die große Unwahrscheinlichkeit behauptet werden, daß Frankreich dauernd, nachdem seine Militärorganisation im

Frühjahr 1880 vollendet sein wird, der Versuchung widerstehen würde, welche die Haltung Rußlands gegen Deutschland ihm darbietet. Wie einsichtsvoll und England zugeneigt der gegenwärtige Leiter der französischen Politik auch ist, so ist auch ihm nicht unbewußt, wie bei den parlamentarischen Konstellationen in England eine feste Rechnung mit einer englischen Aktionspolitik überhaupt unmöglich ist, selbst dann, wenn dieselbe von einer so starken kontinentalen Allianz wie die von Deutschland-Österreich gestützt wird. – Andererseits hat Gambetta, der einflußreichste Demagoge des heutigen Frankreich, zu sehr in der Hand, den Augenblick zu bestimmen, wann er in eine Revanchepräsidentschaft eintreten will, als daß eine direkte Verständigung Deutschlands, die nicht mit ihm, sondern mit den gegenwärtigen Staatsleitern Frankreichs geschlossen wäre, überhaupt irgendeinen Wert besäße oder eine zuverlässige Garantie böte auf ferneres friedfertiges Verhalten Frankreichs. – Die Politik und die durch seine Politik bedingte Sicherheit eines großen Reiches wie Deutschland wird sich aber wohl niemals auf Kombinationen einlassen dürfen, die schließlich in dem Belieben eines einzelnen Mannes ihre einzige Garantie finden.

Das mit Österreich neuerdings hergestellte Einverständnis kann aber um so weniger als eine Besserung der ungünstigen Lage bezeichnet werden, welche der Berliner Kongreß für Deutschland geschaffen hat, als alle feindseligen Berechnungen, die dadurch sowohl in Rußland als auch in Frankreich wachgerufen worden sind, nur neue Nahrung gewonnen haben. – Von Italien muß befürchtet werden, daß es den Versuchungen, Gebietserweiterungen durch wenig gewissenhafte Ränke zu erreichen, nicht dauernd widerstehen wird, und wie sehr die Türkei geneigt sein dürfte, ihre alte Politik wieder aufzunehmen, sich mit Rußland nach einem eben geschlossenen ungünstigen Frieden zu verbünden, zeigt der jüngste Ministerwechsel.

Der Ernst der dadurch für Deutschland geschaffenen Lage ergibt sich von selbst. – Je mehr in England die Friedensneigung der Massen sich von der in allen Weltteilen in kriegerische Unternehmungen verwickelten Aktionspolitik des Torykabinetts abzuwenden beginnt, um so wahrscheinlicher ist es, daß Deutschland im Augenblicke der kriegerischen Komplikation ein neutrales, im besten Falle vielleicht ein auf fremden und entfernten



Kriegsschauplätzen mit seinen See- und Landstreitkräften beschäftigtes England vorfinden wird. Es muß besorgt werden, daß Deutschland sich dann mit Österreich allein einer mächtigen Koalition gegenüber finden werde, der Widerstand zu leisten, es der Anstrengung seiner äußersten Kräfte bedürfen wird. –

Die gegen Rußland gereizte Eigenwilligkeit des Reichskanzlers wird nicht leicht eine Lage, welche er langsam vorbereitete, ohne Zwang durch eine versöhnliche Haltung zu verbessern suchen, nachdem er das Petersburger Kabinett im Verdachte hat, offen aggressive Pläne gegen Deutschland gehegt zu haben. – Einen Zwang auf diesen Willen auszuüben, ist um so schwieriger, als die Natur der Partei des Reichskanzlers in den parlamentarischen Körpern eine Änderung der Majoritäten auch im Falle einer Auflösung solange zweifelhaft macht, bis die Nachteile der neuen Wirtschaftspolitik in weitem Kreisen durch Erfahrung zum Bewußtsein gekommen sind. Die Krone sieht sich dadurch des Mittels beraubt, eine von ihr als richtig erkannte Politik zur Durchführung zu bringen, in der Hoffnung, für dieselbe eine spätere Majorität gewinnen zu können. Unter diesen Umständen bleibt nur der Wunsch übrig, es möge die aufgeregte Stimmung des Reichskanzlers einer mildereren Auffassung der europäischen Staatenbeziehungen Platz machen und es möchten nicht Gefahren hervorgerufen werden durch die Mittel, welche zu deren Bekämpfung in Anwendung gebracht werden.

37. *Roggenbach an Kaiserin Augusta*

Segenhaus, 31. Dezember 1883

Eure Majestät

mögen mir gnädigst gestatten, daß ich an der Wende des Jahres der Empfindung aufrichtigster und wärmster Verehrung in innigsten Wünschen für das Wohl Eurer Majestät Ausdruck gebe . . . Grade in der individuellsten Lage Eurer Majestät muß sich dieser Wunsch darauf beschränken, daß es auch in dem neuen Jahre Eurer Majestät gegeben sei, dem lebendigen Drange, Ihrem Volke und der Menschheit nützlich und wohlthuend zu sein, in reichem, segensvollem Wirken Genüge zu tun. Es ist bisher Euer Majestät gelungen dies Ziel trotz aller Hemmnisse zu erreichen, und mehr

kann niemandem und keinem Sterblichen, wie hoch oder wie niedrig er auch gestellt sei, zuteil werden. In dem unermüdlichen Wirken liegt die einzige wahre und bleibende Genugtuung. – Daß Eurer Majestät das Wirken möglich, und daß dieses mögliche Wirken gesegnet sei, ist der beste Wunsch, den ich darzubringen imstande bin. – Im übrigen schließt das Jahr 1883 mit einer verhältnismäßig günstigen Bilanz als fast noch alle seit der Gründung des Reiches, und wir haben allen Grund dankbar für die Vergangenheit und hoffnungsvoll für einen friedvollen Verlauf des künftigen Jahres zu sein. Das deutsche Volk hat schwerlich seit den frühen Zeiten des Mittelalters einen Jahresabschluß gefeiert, auf den es mit solcher Befriedigung zurücksehen kann, und ich denke, daß alle Völker des Erdballs, wenn sie ihre Zustände mit den deutschen vergleichen, versucht sind, die unsrigen zu beneiden.

Bringt es gleich der ewige Wechsel menschlicher Verhältnisse mit sich, daß dieser günstige Stand nicht allzu langen Bestand haben kann, so ist es immerhin ein Gefühl von hoher Befriedigung, wenn ein Höhepunkt erreicht worden ist, von dem aus ein freier Ausblick auf die welthistorische Stellung des eignen Volkes ein so günstiges Resultat ergibt. –

Freilich liegt die Frage nahe, ob eine so günstige Lage nicht verwertet werden kann, um gefährliche Zukunftsfragen vielleicht in friedlicher Weise aus der Welt zu schaffen und damit künftigen Generationen manche Not und Sorge zu ersparen. – Es will mir scheinen, daß eine Chance, England, Deutschland und Rußland im Orient zusammenwirken zu lassen, nicht allzu häufig wiederkommt und daß eine solche zur Zeit vorliegt. –

Ich kann nicht schließen, ohne dem innigsten Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Vorsehung auch in dem künftigen Jahre Se. Majestät den Kaiser beschirmen möge und mit ihrem Segen stärke.

In unwandelbarer Verehrung  
Eurer Majestät  
treu ergebenster  
Roggenbach



Zweiter Teil

Roggenbach und Stosch

„M. de Roggenbach, qui joint à une intelligence supérieure de toutes les grandes questions de ce temps beaucoup de charme personnel, les graces d'un esprit naturel, ingénieux et facile, n'est pas de la race des grands ambitieux et n'a pas le tempérament d'un homme de combat. . . . Son exquise finesse, qui lui fait voir les diverses faces des choses, le rend plus propre à la critique qu'à d'action. Il est assurément de tous les politiques de ce temps celui, qui connaît le mieux M. de Bismarck et qui, en rendant justice à son génie, démêle avec le plus de perspicacité ses calculs et ses intérêts secrets, ses arrière - pensées, le macchiavellisme de ses combinaisons et, pour trancher le mot, toutes ses mystérieuses diableries.“

Victor Cherbuliez, membre de l'institut,  
in „Profils étrangers“, Paris, 1889.

I.

Im Ring der Bismarckgegner.  
Zwischen altem und jungem Hofe.

*1. Roggenbach an Stosch*

Bonn, Poppelsdorfer Allee 40, 18. August 1874

Hochverehrtester Freund!

Die Freude, von Ihnen ein paar lebendige Worte als Zeichen Ihres guten, treuen Sinnes erhalten zu haben, reichte gerade hin, das Übermaß des Kummers zu mäßigen, den ich darüber empfand, von Ihrer Nähe erst erfahren zu haben, als Sie bereits wieder unerreichbar geworden waren. Vermutlich war ich auf dem Segenhaus während Ihrer Anwesenheit auf dem Rasselstein. Gewiß aber fuhr ich zwei- bis dreimal mit der Eisenbahn in der Zeit Ihrer Villegiatur in Rüdesheim daselbst vorbei, da ich damals einiges in Frankfurt zu besorgen hatte. Haben Sie darum zunächst herzlichen Dank für die Linderung meines an und für sich unersetzlichen Verlustes einer guten Chance und daß Sie mich aus Ihrem Brief die Signatur der augenblicklichen Lage durchfühlen und solche miterleben lassen. Noch hoffe ich, daß es nicht so weit. Käme es aber dahin, so zeigte diese Katastrophe nur, wie hochgradig unser staatlicher Fieberzustand ist und wie rasch wir dem Ende zutreiben. Immerhin können Sie sich sagen, die Politik des Reichskanzlers und Deutschland vor einer kolossalen *bévue*<sup>1</sup> bewahrt<sup>2</sup> und dieselbe wenigstens auf ein

<sup>1</sup> Versehen oder Mißgriff.

<sup>2</sup> In einem Immediatbericht an Kaiser Wilhelm I. vom 30. Juli 1874 hatte Stosch die vom Auswärtigen Amt geforderte Entsendung eines Übungsgeschwaders nach den nordspanischen Küsten zum Schutz Deutscher gegen die Karlisten, wenn ausgeführt, als Pflichtverletzung bezeichnet, da „das Geschwader selbst großer Gefahr ausgesetzt sei, ohne etwas wirken zu können“. Bismarck beschwerte sich darauf bei Stosch über „mangelnde Bereitwilligkeit und Übergriffe in das politische Gebiet“. (Vgl. den sehr bezeichnenden Briefwechsel in der Tirpitzbiographie von Ulrich v. Hassell [Stuttg. 1920], Seite 35 ff.)

Minimum reduziert zu haben. Ich meinerseits habe schon in casu Werner<sup>1</sup> behauptet, wenn der politische Katholizismus und die Partei, die sich seiner als Machtmittel bedient, auf der ganzen Linie angegriffen werden soll, muß auch die Befestigung der provisorischen Regierung Spaniens gegen Intransigenten, Föderalisten und Karlisten gewünscht werden<sup>2</sup>.

Ich glaube nun aber nicht, daß für dieses Ziel durch Sendung von Flotten in das sturmreiche Biskayische Meer noch auch durch Anerkennung wesentliches geschehen wird. Im Gegenteil wird letztere die Alfonsisten gegen Serrano wenden. Will man einen Agenten Serranos in Berlin empfangen und einen in Madrid beglaubigen, so mag man es tun. Das in seiner Natur provisorische Vergängliche<sup>3</sup>, was selbst nicht sein will, kann man durch eine Phrase nicht befestigen noch verhindern, daß...<sup>4</sup> den Karlisten Waffen zuführt. Zur Zeit sehe ich also noch nichts von dem vielbesungenen<sup>5</sup> Erfolge dieses Coups, vor allem nicht, daß wir zur Zeit schon das wünschenswerte Ziel, uns eine zuverlässige freundlich gesinnte Partei in Spanien zu schaffen, erreicht hätten. Daß diese Politik der Berserkerwut, die wir treiben, diesmal gar nicht mehr an die Deutschen dachte, die in casu Werner so sehr gefährdet sein sollten, ist ein Widerspruch weiter, welcher der Dithyramben singenden Presse gar nicht auffällt.

<sup>1</sup> Der spätere Admiral Reinhold v. Werner hatte als Kapitän zur See und Geschwaderchef einiger Kanonenboote, die das Reich nach Ermordung eines früheren preußischen Hauptmanns Schmidt durch die Karlisten zum Schutz deutscher Staatsangehöriger an die spanische Küste geschickt hatte, den Karlistenführer Contreras gefangengenommen und war dann von Bismarck abberufen worden.

<sup>2</sup> Die deutsche Anerkennung der republikanischen Regierung Spaniens und ihres Präsidenten Serrano hatte diesen Sinn.

<sup>3</sup> Die provisorische republikanische Regierung trat schon 1875 zurück.

<sup>4</sup> Die Lücke enthält im Original unleserliche Worte.

<sup>5</sup> In der preußischen Provinzial-Korrespondenz hieß es zum Beispiel von der Anerkennung Serranos, sie habe „den Fortschritten einer Partei Einhalt getan, welche unter dem Aushängeschild des monarchischen Rechts und des katholischen Glaubens Spanien unter eine absolute Priesterherrschaft und damit unter die unbedingte Leitung Roms zu bringen gedachte und auf welche eben deshalb die Hoffnungen des Ultramontanismus auch in Deutschland offenkundig gerichtet waren“.

In der inneren Politik sehe ich immer noch nicht den so oft angekündigten glänzenden endlichen Sieg. Im Gegenteil befürchte ich mehr wie je, daß dem Deutschen Reiche und der Einheit der Nation durch die polternde Methode und die bürokratischen Grillen der Kirchengesetze mehr Schaden zugefügt wurde als durch langjährige jesuitische Wühlarbeit möglich gewesen. Ich sehe auch hier noch nicht den Anfang eines Erfolges. Geradezu entsetzlich ist aber die Demoralisierung der ländlichen Massen durch die Denunziationen der Übereifrigen und das Kapital von Haß und Erbitterung, das sich aufhäuft. Da dasselbe dem Reiche keine guten Zinsen tragen kann, so befürchte ich sehr, daß ein immer größeres Defizit zu verzeichnen sein wird, wenn die Geschichte einmal das Fazit der jetzigen Politik ziehen wird.

Ich wünschte sagen zu können, daß die Resultate auf dem Reichsgebiete *κατεξοχήν*, d. h. dem wirtschaftlichen, besser wären. Meines Erachtens ist aber die ganze finanzielle Krisis des Reichsbudgets wie aller Einzelbudgets von Staaten und Privaten, die schlimme Lage der produzierenden Industrien, die Hemmung des Exportgeschäftes durch erfolgte Preissteigerung aller Gegenstände, inkl. der Arbeit, nur eine Folge der unseligen Wirtschaftsansichten Delbrücks und seiner Michaelis und Braun. Ich konstatiere leider sogar in der Zwangstätigkeit des Reichseisenbahnamtes dieselben Irrtümer, denn wie hätte man sonst diese Form der oktroyierten Tarifierhöhung wählen dürfen im Augenblick, wo die Industrie schon im Verscheiden liegt? In all diesen Dingen wird erst Hilfe eintreten, wenn der Schaden die Wähler so klug gemacht hat, daß sie Anstand nehmen, nur Claqueurs zu wählen, die unter unaufhörlichem Beifallsrufen schließlich nur allgemeine Denkfaulheit bewirken. Es ist aber Denkfaulheit, wenn ich die Konsequenzen nicht vorhersehe, die mein Tun a priori nach wissenschaftlichem Gesetze und a posteriori nach geschichtlicher Erfahrung haben muß.

Der notwendige Rückschlag gegen diese eingetretene Lethargie der Köpfe und Charaktere würde nicht so lange auf sich warten lassen, wenn die Schicht offizieller Preßblüge, die durchbrochen werden muß, nicht gar zu mächtig wäre. So geschickt ist aber diese Maschinerie der Preßbearbeitung der öffentlichen Meinung montiert, daß dem armen Deutschen schon vier Wochen, vor



daß die erste Andeutung zu einer neuen Maßregel erfolgt, die Stimmung dafür in Artikeln aus Yokohama, London und New York bereitet wird und daß ihm dieselbe als etwas ganz besonders Zeitgemäßes, wonach er selbst und alle gebildete Welt verlangen und dürsten soll, hingestellt wird. Dann verfehlt mein guter Deutscher nicht, regelmäßig aufzusitzen, sich ganz erbärmlich zu freuen, auch wenn es sich darum handelt, ihm einen Strick um den Hals zu legen und alle Grundsätze eines geordneten, recht- und gesetzmäßigen Staatszustandes zu erschüttern. Bringt er aber nicht hinlängliches Entrainement in der Frage mit, so stellt der Preßbengel sich ein und erzählt wieder aus einem anderen Orte, aus Sorau oder aus Völcks Wahlkreise oder sonstwoher, es herrsche unbändiger Jubel bei den Gerechten und in allem Reiche, daß der Strick so genial und reichskanzlerisch gedreht sei. Da greift mein guter Deutscher denn ganz ernstlich an seinen Kopf und findet sich erschrecklich dumm und zurückgeblieben, daß er sich nicht gleich von Anfang so schrecklich glücklich gefühlt, und schlägt an seine Brust und verspricht, es künftig besser zu machen und gewiß nicht aus der Anbetung unseres großen Kanzlers herauszufallen, – wenn auch die Tollheit noch viel toller geraten sollte. Unter diesen Umständen ist es gar nicht übel, am Rhein zu wohnen und, wenn es denn am Rhein ist, auch in Bonn.

Nun sage ich mir, daß davon aber doch für Sie keine Rede sein kann. Das ist gut für Philosophen wie unsereins, der nicht einmal glaubt, die Zeit sei da, mit dem trefflichen alten Döllinger am 14. September 1874 irenische Bestrebungen auf Vereinigung der christlichen Konfessionen<sup>1</sup> ins Werk zu setzen, noch auch mit Reinkens<sup>2</sup> und Schulte<sup>3</sup>, die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sei geeignet, neue Religionen zu stiften — resp. alten Wein wie Trinität, Transsubstantiation, Priestertum durch besonders privilegierte Inspiration und Aspiration in den neuen

<sup>1</sup> Döllinger hatte 1872 in München Vorträge über „die Wiedervereinigung der christlichen Kirchen“ gehalten und leitete 1874 und 1875 in Bonn Konferenzen über die Union der altkatholischen mit der anglikanischen Kirche.

<sup>2</sup> und <sup>3</sup> Joseph Hubert Reinkens (1821–1896) und Johann Friedrich (v.) Schulte, beide namhafte Führer der altkatholischen Bewegung, jener ihr erster gewählter Bischof, dieser zuerst Kirchenrechtslehrer in Prag, seit 1873 in Bonn, 1874–1879 nat.-lib. Abg. für Duisburg.

Schlauch einer papstlosen, altkatholischen Nationalkirche unter dem Protektorate eines Kulturministeriums zu füllen. Sie sind zum Unterschiede von solchem skeptischen Grübler ein Mann der frischen militärischen Tat, der sich durch seinen Durchgang durch die Marine einen Denkstein der Leistungsfähigkeit und organisatorischen Kraft gesetzt hat. Sollten Sie auch aus dem Marineministerium verdrängt werden, dürfen Sie dennoch den Fuß nicht aus dem Bügel tun und höchstens eine verlängerte Villegiatur kann Ihnen gestattet werden mit obligatem Krocket-spiel, Moselwein und Baumschatten. All das läßt sich nun auch Poppelsdorfer Allee Nr. 40 in Bonn haben, sollte eine dringende Nötigung für Sie vorliegen, Berlin rasch zu verlassen. Es ist Ihres Bleibens dann doch nicht in otio cum dignitate, solange es noch Generalkommandos und vakante Reichskanzlerposten gibt.

Solange ich also dieses Asyl hier habe, steht es zu Ihrer Verfügung. Ich bin ohnedies nur sehr selten da und muß niemals da sein, wenn es Ihnen von irgendeinem Nutzen sein kann. Mittlerweile gibt es jedenfalls Zeitfrist, einen wohlbedachten Plan zu fassen und nicht unter dem Drucke einer zwingenden Lage zu handeln.

Die nächste Zeit bleibe ich noch hier, gehe dann aufs Land zu mir bei Basel, will Morier<sup>1</sup> in München besuchen und komme vielleicht Ende September wieder an den Rhein. Ihre Briefe treffen mich immer via Bonn. Nun vale et macte.

Mit besten Empfehlungen an Ihre verehrte Frau  
in bekannter Verehrung  
Ihr treu ergebener Roggenbach

## *2. Roggenbach an Stosch*

Bonn, 30. August 1874

Ich sende umgehend auf Ihren Brief vom 28. Dank und Antwort. Die Schwierigkeit und Gefahr der Lage kann niemand verkennen. Indessen ist die Möglichkeit nicht verschlossen, daß

<sup>1</sup> Sir Robert Morier (1826–93), Sohn eines franz. Schweizers, seit 1853 englischer Diplomat, damals Geschäftsträger in München, naher Freund Roggenbachs.

der eiserne Topf<sup>1</sup> Risse bekommt und der irdene eine eiserne Natur an Wille, Zähigkeit und Widerstandskraft bewährt. Solange die Sache aber so steht, scheint mir die Partie weitergespielt werden zu müssen und kann sie auch noch gewonnen, jedenfalls rémis werden.

Die Chance der Risse ist nicht gering. Tod, Tollheit und Umschlag der Glückslaune. Fast sieht es so aus. Die Lächerlichkeit der Attentatsglorifikation<sup>2</sup> und des zu hohen Intonierens der spanischen Anerkennung sind gewaltige Ausfälle im bisherigen Gewinnkonto. Hohenlohe sagte mir gestern auf der Durchreise, daß er seine Instruktionen<sup>3</sup> wesentlich modifizieren mußte, weil sonst ein Echec unvermeidlich geworden. Offenbar ist jede Ruhe der Behandlung verloren gegangen und an die Stelle tritt grillenhafter Wutausbruch ohne festen Plan. Dabei die brennende und eiternde Wunde der Kirchenpolitik, in der den „Freunden“ nicht genug getan werden kann, während die Feinde nicht schwächer werden.

Fehler, das heißt formelle Inkorrektheiten müssen freilich vermieden werden und können es wohl auch; auch muß die Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit in der Branche [Marineleitung] möglichst via Presse im Bewußtsein der Nation offenkundig und lebendig gehalten werden. Dann sollte es doch schwer fallen, anzukommen. Das „mit Schimpf fortgeschickt werden“ scheint mir nicht leicht und das „Weigern offizieller Relation“ müßte ihm gelegt werden durch einen solidarischen Protest der Kollegen, die alle ebenso exponiert sind und fühlen müssen, daß es sich dabei um den eigenen Hals handelt. Freilich sind eine Menge eitle, leere, portefeuilélüsterne Kreaturen darunter. Aber ich sollte doch denken, daß der Stock festhält in solchem Falle, wenn dynastischerseits gegen den Gebrauch des Mittels „des In-Verruf-Erklärens“ Einsprache erhoben wird. Denn wie gerechtfertigt es für einen englischen Premier ist, Einheit des Kabinetts und eventuell Modifikation aus sachlichen und parlamentarischen

<sup>1</sup> Der österreichische Botschafter in Berlin, v. Franckenstein, nennt am 23. Januar 1875 Bismarck den *pot de fer* im Kampf gegen Graf Harry Arnim, den *pot de terre* (Ed. v. Wertheimer, Preuß. Jahrb. 222 [1930]: 288).

<sup>2</sup> Gemeint ist das mißglückte Attentat auf Bismarck, das der Böttchergeselle Kullmann aus konfessionellem Fanatismus am 12. Juli 1874 in Kissingen beging.

<sup>3</sup> Als Botschafter in Paris.



Albrecht von Stosch

Gründen zu verlangen, so unmöglich ist es, dem ersten Diener der Krone zuzugestehen, was die Krone selbst nur als Mißbrauch üben könnte, nämlich den Wechsel der Minister durch Laune und persönliche wankelmütige Sympathie und Antipathie.

Für diesen Grundsatz muß, glaube ich, auch der alternde Kaiser durch Kronprinz, Kameke<sup>1</sup>, Camphausen<sup>2</sup> und Eulenburg<sup>3</sup> noch erwärmt werden können, und aus der Tatsache, daß es niemand mehr mit dem Reichskanzler aushalten kann, muß eine Basis für einen schützenden Offensivstoß gemacht werden können. Mir scheint, der Kronprinz darf sich nicht alle schützenden und die Omnipotenz des Mannes einschränkenden Positionen nehmen lassen, so daß er sich seiner Zeit hilf- und willenlos nur à la merci der Kreaturen eines Mannes sieht, ohne sie abschütteln zu können. Soviel dynastischer Egoismus muß in jedem Hohenzollern stecken.

Also nicht weichen – keine Fehler machen – in guter Verschanzung den Angriff abwarten – dann Offensivstoß aus der Verschanzung vorbereiten.

Aber nicht nach Varzin gehen; das ist reiner Blödsinn und führt nur zur Erschütterung der Würde.

Eines noch, was ich nicht weiß. Liegen in der Vergangenheit keine schwächenden Momente der Stellung<sup>4</sup>? In der Versailler Zeit? Ich kann es mir nicht denken, immerhin wäre es nochmals in Rückschau zu revidieren.

Siegfried fiel durch eines Blattes Tücke und der Pelide Achilles durch einen unbewehrten Fersen. . . .

Noch komme ich auf das Geschimpfe zurück. Dasselbe darf durch ein Verlassen des Platzes auch nicht den Schein einer Berechtigung gewinnen und daß Sie sich getroffen fühlen. Solange es nur der Ausbruch einer rohen, brutalen Gemütsstimmung und genossenen Rebensaftes ist, mag es ignoriert

<sup>1</sup> Kriegsminister.

<sup>2</sup> Finanzminister.

<sup>3</sup> Minister des Innern Graf Friedrich Eulenburg.

<sup>4</sup> An solchen fehlte es nicht. Schon 1867 und dann wieder im März 1871 hatte Stosch das Mißfallen Bismarcks erregt durch zu selbständiges Auftreten beim Abschluß von Verträgen mit Sachsen (Militärkonvention) und mit Frankreich (Unterhalt der Okkupationsarmee in Frankreich).

werden, auch wenn es vor Hofschranzen sich laut macht. Anders wenn Methode im Wahnsinn und eine Spezialisierung ehrenrühriger Anklage stattfand. Niemand weiß so das „avilir, puis détruire“ zu gebrauchen und langer Hand durch vergiftete Korrespondenzen sein Opfer in der öffentlichen Meinung zu erschüttern und bloßzustellen für künftigen tödlichen Streich. Hätte solch eine Spezialisierung stattgefunden, so bleibt zu erwägen, ob nicht Klage bei dem Kaiser zu erheben, der den Reichskanzler dann zur Äußerung aufzufordern hätte.

Sie müssen auf einem Widerruf vor denselben Personen bestehen, wo die Äußerung gefallen, es womöglich zur militärischen Korpsfrage machen. B. wird nicht widerrufen und der Kaiser müßte dann die Untersuchung des Falles einem Schiedsgericht übertragen, in das B. ein Mitglied bezeichnen würde, Sie eins und der Kronprinz den Vorsitz hätte. Überlegen Sie einmal diesen Modus.

Ich adressiere diesen Brief an Ihre verehrte Frau und bitte mich derselben zu freundlicher Erinnerung bestens zu empfehlen.

### *3. Roggenbach an J. R. Helferich<sup>1</sup>*

Berlin, Hotel du Nord 74, 19. April 1875

Verehrter lieber Freund!

Ihre gute Sendung, treue Worte und ein mich sehr interessierender und belehrender Aufsatz über das Abkommen mit der Bayrischen Hypothekenbank hat mich hier aufgesucht, wo ich mich weniger aus Neigung als um nicht ganz fremd zu werden, auf kurze Zeit aufhalte. Sonst sitze ich still im Dachsbau, nur selten die Fühler herausstreckend, um dann wieder immer von neuem zu erfahren, daß noch immer kein erwärmender Lichtstrahl zu entdecken ist, der die tiefe Nacht erhellt, welche über das deutsche Volk hereingebrochen. Um wieviel werter sind in solcher Stimmung auch die kleinsten Zeichen, daß es noch treue

<sup>1</sup> Der Volkswirtschaftslehrer Johann Renatus Helferich (1817-1892), Professor in München von 1869-1890. Vgl. über ihn die lebensvolle Schilderung von G. F. Knapp in seinem Artikel „Hermann und Helferich“, wiederabgedruckt in dem Sammelband „Einführung in einige Hauptgebiete der Nationalökonomie“, Abtlg. Lehrer und Freunde, S. 312 ff. (München 1925).

festen Menschen gibt, die sich nicht beugen in dieser Zeit des Götzendienst[es] der Macht, wo jede Bezugnahme auf Recht und durch Vertrag und Gesetz und Verfassung gewährleistete Ordnung verhöhnt wird und ein allgemeines Rennen stattfindet, wer es dem andern zuvortue in gewalttätigem Mißbrauch der Macht. Wer es nicht mit durchlebt, hat keine Vorstellung von dem Grade der inneren Verwirrung der Gewissen, der sittlichen Auflösung und Erniedrigung, welche der vergiftende Einfluß des einen Mannes herbeigeführt hat, nicht etwa allein in offiziellen Kreisen, sondern tief in das Volksgemüt selbst der untersten Klassen. Was werden wird, wenn der wandelbare Götze, dem sie huldigen, der Sieg, einmal sich tückisch wendet, wie er wird, oder wenn der sklavischen Herde der zwischen Genialität und Tollheit hin und her taumelnde Führer genommen wird, vermag niemand vorauszu sehen. Eins ist gewiß: das deutsche Volk hat sich für Freiheit und selbstbestimmendes politisches Leben gleich unfähig gezeigt und seine militärischen Tugenden, ungestützt von jeder höheren fördernden Kulturidee, sind nicht imstande, ihm dauernd die präponderante Stellung zu sichern, die es aller Orten ohne Maßhalten, ohne Klugheit, ohne Großmut und fast ohne Anstandsgefühl in Anspruch nimmt.

Unter diesen Umständen lobe ich mir, niedrig zu stehen und mit der offiziellen Welt auf dem Prügelskomment zu leben. Ich sehe mich nach dem Umgang mit solchen, die das Weh der Zeiten mitempfinden und nicht bacchantisch jauchzen, wo ich Miserere singen möchte.

Wie ich mich freuen würde, bald einmal nach München kommen zu können, mögen Sie sich selbst sagen. Um so mehr als ich fürchte, daß F[reun]d M[orie]r<sup>1</sup> nicht allzulange mehr daselbst bleiben könnte. Ich sehe eine Möglichkeit dazu Ende Mai oder Anfang Juni voraus<sup>2</sup>. Sie sind dann auch sicher an Ort und Stelle.

Mit der Bitte, mich allen Ihrigen zu empfehlen, die meiner freundlich gedenken.

In alter Treue  
Ihr ergebener Roggenbach

<sup>1</sup> Sir Rob. Morier (1826—93), britischer Diplomat, zuletzt in Petersburg, naher Freund Roggenbachs.

<sup>2</sup> In der Tat kam es im Sommer zu einem Wiedersehn im Helferichschen Familienkreise, das R. in einem zweiten Briefe an H. vom 21. Nov. 1875 zu

#### 4. Heinrich Geffcken an Roggenbach

Straßburg, 30. April 1875

Haben Sie herzlichen Dank, mein verehrter Freund, für Ihren inhaltreichen Brief vom 22., ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie wohl mir eine so verständnisvolle Auffassung meines Buches<sup>1</sup> tut, wie ich sie bei Ihnen finde; solche Zustimmung entschädigt überreich für die Angriffe, die ich von allen Seiten erfahre, die ich mir aber meist zur Ehre anrechne und deren Oberflächlichkeit und Erbitterung zeigt, daß wenn ich in ein Wespennest griff, ich doch nicht ganz fehlgegriffen habe. Die Offiziösen schweigen noch und überlassen das Schimpfen auf mich den Liberalen, doch machen sich auch andere Stimmen laut und ich erhalte Zuschriften und Zusendungen von mir ganz unbekanntem Leuten. Longmans in London denkt daran, eine englische Übersetzung erscheinen zu lassen. Ihren Bemerkungen über die mögliche Lösung stimme ich ganz zu; mir wird vielfach der Vorwurf gemacht, daß ich nicht sage, was denn geschehen solle; dazu war in einem geschichtlich-kritischen Werk nicht der Ort und außer-

seinen „schönsten Erinnerungen seit langem und für lange“ zählte. Auch dieser Brief enthält wieder ähnlich düstere Äußerungen zur Zeitlage und über Bismarck wie die folgenden: „Gewiß ist, daß Völker und Reiche nicht da sind, um eben nur zu sein, und daß sie nur bestehen, solange sie etwas wollen und sollen. So ganz ziel- und kompaßlos segelte noch nie ein Schiff auf hoher See, und die Schiffsmannschaft, statt Gesetz und Regel der Nautik zu befolgen, treibt eitel Götzendienst mit ihrem toll gewordenen Steuermann! Wird sie endlich auch diesen ihren Götzen zerschlagen . . . oder ist es bestimmt, daß dieser das Geschäft selbst besorge? Fast will es manchmal scheinen, als sei er auf dem Wege. Sieht man aber, wie auch die sonnenklaren Beweise seiner launenhaften, widerspruchsvollen, nur von persönlichen Stimmungen beherrschten Geschäftsführung, die aus der Darstellung „pro nihilo“ hervorgehen, durch die Meute in das Gegenteil verkehrt werden, so darf man zweifeln, ob er es jemals fertig bringt, sich zugrunde zu richten.“ Dagegen begrüßt R. die Bemühungen des neuen „Vereins für Sozialpolitik“, eine Diskussion über social science im Gange zu halten, und fragt im Auftrage des Präsidenten Nasse und des Ausschusses an, ob Helferich als einer der berufensten Sachkenner bereit sei, der nächsten Generalversammlung des Vereins ein Gutachten über die Kommunalsteuern und die beste Art ihrer Veranlagung zu erstatten. Helferich lehnte am 28. November ab.

<sup>1</sup> Staat und Kirche, in ihrem Verhältnis geschichtlich entwickelt (Berlin, Hertz, 1875, 673 Seiten).



dem hieße es unnütz sein Pulver verschießen, im jetzigen Augenblick mit Vorschlägen hervorzutreten, die auf einer ganz anderen Basis beruhen müssen als die jetzige Politik. Ich weiß aber ganz genau, wie ich mir die Lösung denke, und habe den einzuschlagenden Weg mir selbst klar zu machen gesucht, indem ich Skizzen von Gesetzentwürfen ausgearbeitet habe. Ich zeige Ihnen dieselben, sobald wir uns einmal wieder persönlich sehen, und wünschte sehr, daß das in den Pfingstferien in Baden geschehen könnte, wo ja die Kaiserin auch da ist, die mir schreibt, sie werde am 15. eintreffen. Bis dahin kann sich freilich manches Wichtige begeben.

Nachdem B[ismarck] mit seinem Versuch, die kirchenpolitische Frage international zu machen<sup>1</sup>, die erste bestimmte Niederlage auf diplomatischem Felde erlitten, hat er, glaube ich, vorübergehend die Möglichkeit eines Friedens erwogen, dessen Preis Falk<sup>2</sup> gewesen wäre. Als ich in der Woche vor Ostern in Berlin war, frappte es mich, daß ich von Anhängern der Kirchenpolitik die Befürchtung, von Gegnern die Hoffnung vielfach aussprechen hörte, B. könne plötzlich umschlagen, man sei seiner gar nicht mehr sicher. Dieser Eindruck wurde verstärkt durch eine Unterhaltung mit Aegidi<sup>3</sup>; ich sprach ihm von meinem kommenden Buch und erwartete, er werde auffahren, er sagte im Gegenteil, es komme vielleicht gerade zur rechten Zeit, denn B. stehe ganz schlecht mit Falk, nur werde B. gleich fragen, welche Lösung ich denn wolle. Ich versprach ihm schriftliche Antwort und sandte ihm Abschrift meiner legislatorischen Skizzen mit erläuterndem Exposé. Lange kam keine Antwort, obwohl die Maßregeln, die inzwischen ergriffen wurden, Antwort genug waren; endlich am 24. erhielt ich eine Karte, man verkenne meine guten Absichten nicht, aber klaffende Wunden würden nicht mit Englischpflaster geheilt, ich sei Erasmus, der mit seiner vornehmen Kritik Roms Dank geerntet usw., also B. wohl Luther. Ich wußte ja ohnehin, daß die Gewaltpolitik wieder die Oberhand behalten hatte, und die

<sup>1</sup> In Wien, Rom und Brüssel war dieser Versuch an der Ablehnung der Regierungen gescheitert.

<sup>2</sup> Adalbert Falk, der preußische Kultusminister des Kulturkampfes.

<sup>3</sup> Karl Ludwig Aegidi (1825–1901), damals Pressedezernent im Auswärtigen Amt.

Veröffentlichung der ersten Note an Belgien<sup>1</sup> zeigte ja deutlich, daß B. den Ausweg aus der inneren Sackgasse in einer auswärtigen Aktion suchte. Inzwischen dürfte ihm das doch schwerer werden als 1866 und 1870.

Der Kampf mit Österreich wie mit Frankreich um die Selbständigkeit Deutschlands mußte einmal ausgefochten werden. Heute bedroht niemand dieselbe; man hat weder wie 1866 einen impotenten Gegner noch wie 1870 eine verblendete Kamarilla mit Eugenie an der Spitze sich gegenüber. Frankreich, was auch seine Absichten für die Zukunft sein mögen, hat gegenwärtig das höchste Interesse daran, jedem Konflikt aus dem Wege zu gehen und für seine Konsolidierung zu arbeiten; an der kühlen Höflichkeit von Decazes<sup>2</sup> werden daher alle Provokationen abgleiten, solange dieselben nicht einen Charakter annehmen, welcher die übrigen Mächte auf seine Seite bringen würde. Daß es sich auf eine Teilung Belgiens mit Holland einlassen würde, halte ich für unmöglich. Österreich, das 1870 mit Petersburg wie Berlin schlecht stand, sucht heute sorgsam den Frieden zu erhalten, der durch die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse namentlich Ungarns geboten ist, und kann schwerlich eine Erschütterung der bestehenden Ordnung wünschen, welche die Türkei in unabsehbare Wirren stürzen und damit alle seine gefährlichen Elemente im Südosten in Gärung bringen würde. Was England betrifft, so sagen Sie, B. verachte es, allerdings Disraeli und besonders Derby sind *as weak legged as possible*<sup>3</sup>, aber Belgien ist einer der Punkte, wo die Königin aus ihrer Passivität tritt und an den Verträgen eine starke Stütze hat; auch würde das englische Nationalgefühl, welches ich nur für schlummernd, nicht für erloschen halte, sich bei einer wirklichen Antastung Belgiens stark genug erheben und die englische Flotte, die englische Armee mit der belgischen vereinigt, würden

<sup>1</sup> In dieser Note war die belgische Regierung ersucht worden, eine Lücke in ihrer Gesetzgebung auszufüllen aus Anlaß ihrer Erklärung, diese biete keine Möglichkeit des Einschreitens gegen den Kesselflicker Duchesne, der sich in einem Brief an den Erzbischof von Paris erboten hatte, Bismarck gegen Bezahlung zu ermorden. Erst nach zweimaligem Notenwechsel und anfänglicher Weigerung entsprach die belgische Regierung diesem Wunsch mit dem sog. „Duchesneparaphen“.

<sup>2</sup> Der Außenminister Herzog v. Decazes.

<sup>3</sup> So schwachbeinig wie möglich.

doch nicht ganz ohne Gewicht sein. Allerdings rechnet B. auch wohl wesentlich darauf, England durch Rußland lahmzulegen, und seine ganze Anstrengung wird sich darauf richten, letzteres zu gewinnen; darauf war ja unzweifelhaft Radowitz's Mission<sup>1</sup> berechnet, von deren Ergebnis ich allerdings nichts weiß, und er wird bei dem Besuch des Kaisers alle Minen springen lassen. Indeß lassen doch vorläufig alle Nachrichten aus Petersburg schließen, daß Gortschakow an seinen Lorbeeren vom Schwarzen Meer genug hat und in seinem Alter jeder Verwicklung in Asien wie Europa aus dem Wege geht; die inspirierte Presse mißbilligt B.s Vorgehen gegen Belgien auf das unumwundenste. Dazu kommt, daß G., wie er mir selber im vorigen Sommer sagte, B.s Kirchenpolitik durchaus mißbilligt und persönlich auf die große Stellung seines Schülers eifersüchtig ist. Was aber Leute, die seine Nachfolger werden könnten, wie Schuwalow, betrifft, so werden sie sicher nicht die Hand dazu bieten, Frankreich, welches in Zukunft ein wertvoller Bundesgenosse sein kann, jetzt mattzulegen und damit B[ismarck] allmächtig zu machen. Was den Orient aber betrifft, so arbeitet die Selbstzersetzung der Türkei ebenso für Rußland wie Englands schwache Politik; es hat keine Ursache, diesen Lauf der Dinge zu unterbrechen. Endlich wird doch auch unser Kaiser in seinem Alter nicht leicht dazu zu bringen sein, das Gewonnene aufs Spiel zu setzen.

Alles das wird nun B[ismarck], wie ich gern zugebe, zunächst nicht aufhalten; er wird wie 1866 suchen, den Kaiser langsam in eine Position zu schieben, die ihm das Zurückweichen schließlich unmöglich machen soll; er wird alles aufbieten, Alexander zu gewinnen; es fragt sich nur, ob es gelingen wird und was sich dagegen tun ließe. Sollte zum Beispiel die Kaiserin, die sich ihrem Gemahl gegenüber unbedingt passiv verhalten muß, nicht mit Alexander sprechen können? Die Königin Viktoria bewegen, an den Kaiser Wilhelm zu schreiben? Ich habe noch gezögert, ihr deshalb selbst zu schreiben, gedenke es aber vor dem Eintreffen des hohen Besuchs zu tun. Gut ist, daß Mantuffel dem K[aiser] A[lexander] beigegeben wird, der mit demselben sprechen kann. Ob man sich bisher in Belgien den Ernst

<sup>1</sup> nach Petersburg. Vgl. H. Holborn, Bismarcks europäische Politik zu Beginn der 70er Jahre und die Mission Radowitz, 1925.

der Lage klar gemacht, wie Sie fragen, bezweifle ich allerdings, wenigstens spricht die unkluge Beteiligung staatlicher Behörden an der Dechamps-Feier<sup>1</sup>, die Wasser auf Bs. Mühle ist, dagegen. Morgen wird Ihr sehr gelungenes Bild<sup>2</sup> bei der Stiftungsfeier aufgestellt; die Zahl der Studenten scheint sich befriedigend zu gestalten.

Treulich der Ihrige  
hoffentlich auf baldiges Wiedersehen  
G[effcken]

5. Stosch an Roggenbach

Oestrich, 27. September 1875

Mein lieber Freund und Gönner! Das Plaudern<sup>3</sup> mit Ihnen war so schön, daß ich es wiederholen möchte. Ich bleibe bis 8. Oktober hier und es wäre zauberhaft, wenn Sie wieder einen Tag bei uns zubringen wollten. Haben Sie dazu aber weder Zeit noch Neigung, so gönnen Sie mir ein Rendezvous. Angefangen von Lorch, dann Oberlahnstein oder Remagen. Wie Sie wollen. Nehmen wir Oberlahnstein, so würde ich morgens 8 Uhr 28 dort sein und bis 7 Uhr 47 abends bleiben können. Der Promenaden gibt es genug und an Stoff zur Unterhaltung wird es nicht fehlen.

Meine Frau grüßt herzlichst  
Ihr treu ergebener  
Admiral v. Stosch

<sup>1</sup> Die Feier galt dem Kardinal-Primas von Belgien, der Bismarcks Kulturkampfpolitik verurteilt hatte.

<sup>2</sup> gemalt 1873 von Ernst Hildebrand für den Senatssaal der Straßburger Universität, gestiftet von den von Roggenbach berufenen Professoren.

<sup>3</sup> Über den vermutlichen Inhalt dieser und früherer Besprechungen gibt Karl v. Normann am 31. August 1875 an Gustav Freytag folgenden Bericht: „Erfreulich war ein Besuch von Roggenbach, der voller Ideen und Pläne und sehr frisch und angeregt war. Er hatte mit unserm Marinefreunde kurz zuvor große Beratung gehalten und teilte sonderbare und überraschende Ergebnisse derselben mit. Wenn man beiden glauben wollte, so wäre der Rücktritt des Kanzlers noch in diesem Herbste ganz unzweifelhaft und eine große Wandlung in unseren heimischen Dingen stände unmittelbar bevor.“ Normann glaubt vor der Hand nicht an diese Möglichkeit, hält Manteuffel für den eventuellen Nachfolger und wünscht für Stosch, „der jedoch ganz andere Pläne verfolgt“, dann das Kriegsministerium. (Vgl. den Abdruck bei Wentzcke: Deutscher Liberalismus II, S. 136.)

6. Heinrich Geffcken an Roggenbach

Straßburg, 29. November 1875

Aus Ihrem Briefe vom 22. sah ich mit Bedauern, daß ich, ohne es zu wissen, in Ihrer Nähe gewesen; ich war am 20., einer Aufforderung Schleidens<sup>1</sup> folgend, nach Freiburg gegangen und hätte, da ich Montag nicht lese, am Sonntag nachmittag zu Ihnen kommen können, Schleiden aber glaubte so sicher, Sie seien schon längst gen Norden, daß er eine telegraphische Anfrage nach Fahrnau unnötig hielt. Sie haben I[hre] M[ajestät] hoffentlich beruhigt nach Berlin entlassen; es warten ihrer schwierige Verhältnisse, da die nächsten Wochen von großer Wichtigkeit sein werden; Arnims Brief an die Times hat sie ja hors de cause gebracht, die Schrift<sup>2</sup> selbst zeigt wieder den maßlos eiteln, intriganten und unwahren Menschen, aber sein Gegner wird darum in den Augen der Wissenden doch schon genug getroffen und die Erbitterung zeigt sich deutlich in den Maßregeln<sup>3</sup> gegen A[rnim]. – Beifolgend erhalten Sie die Artikel, von denen wir neulich sprachen; sie sind bis jetzt beharrlich totgeschwiegen, vielleicht will die Redaktion sie als Broschüre drucken; ich bitte um Ihr Urteil.

Camphausens und Bismarcks Reden<sup>4</sup> haben den Liberalen die erste Konfliktsangst genommen; ob letzterer von den konstitutionellen Ansichten des ersten erbaut war, erscheint mir fraglich; unstreitig ist die Majorität es nicht von Bismarcks Rede, indes sie behandelt sie als causerie, die zu keiner praktischen Folge führen wird. Darin liegt aber überhaupt nichts Entscheidendes. – Als die beiden demnächst wichtigen Fragen

<sup>1</sup> Rudolf Schleiden (1815–1895), der langjährige diplomatische Vertreter der Hansestädte in Washington und London, 1867–1873 im deutschen Reichstag, dann im Ruhestand in Freiburg, Freund Roggenbachs.

<sup>2</sup> und <sup>3</sup> Die in Zürich anonym erschienene Broschüre „Pro nihilo“. Sie hatte zur Folge, daß Harry Arnim wegen Landesverrats durch Veröffentlichung geheimehaltener politischer Akten aus seinem Prozeß angeklagt und vom Staatsgerichtshof zu fünf Monaten Zuchthaus in contumaciam verurteilt wurde.

<sup>4</sup> Bei der Eröffnung der Budgetberatung im Reichstag am 20. und 22. Nov. Camphausen als Finanzminister hatte mit Nachdruck betont, der Reichstag habe das Recht, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Steuern anzunehmen oder abzulehnen, und Bismarck hatte ihm zugestimmt.

betrachte ich die Strafnovelle<sup>1</sup> und die Generalsynode. Was erstere betrifft, so glaube ich, daß ein Teil der Liberalen unter Lasker mit Fortschritt und Zentrum dagegenstimmen wird, das heißt den politischen Teil, auf den es ankommt; es fragt sich nur, wie groß dieser Teil sein wird. Die Kompromißväter Bennigsen und Miquel unterhandeln offenbar mit Bismarck und werden zur Erfüllung seiner wesentlichen Wünsche bereit sein, wenn sie die Gewißheit erlangen, daß dann Bismarck die Kulturkampfpolitik fortführt. Bismarck andererseits hält über ihnen das Damoklesschwert des Friedensschlusses mit dem Zentrum: daher dessen reservierte Haltung einerseits und die auffallend höfliche Behandlung der Germania durch die Norddeutsche Allgemeine. Gegen das Reichskanzleramt beobachten die Ultramontanen keine Schonung; das zeigt ihre sehr ungelegene Interpellation über den Invalidenfond.

Die Generalsynode wird nach anderer Seite hin wichtig. Herrmann<sup>2</sup> hat sich gegen seine Überzeugung von Falk dazu drängen lassen, die kaum gegebene Verfassung von 1873 so zu ändern, daß die Zustimmung des Abg.-Hauses zu erreichen wäre. Um aber einer Majorität auf der Synode sicher zu sein, bedürfte es einer großen Stärkung der Regierungspartei; da kam aus heiterem Himmel die Streichung<sup>3</sup> der liberalen Mitglieder durch den König. Wie derselbe dazu gekommen, ist mir noch nicht ganz klar, ich halte die Version der Blätter, daß Manteuffel die „unterirdisch feindliche Macht“ gewesen, für unwahrscheinlich, da er gegen mich im Frühjahr jeden Schritt in dieser Richtung als aussichtslos ablehnte; jedenfalls ist die Entscheidung wichtig, denn die Majorität ist jetzt wenigstens zweifelhaft. Wird der Hauptpunkt, die Umgestaltung der Kreis- und Provinzialsynode im Sinne des Protestantenvereins abgelehnt, so sitzt Herrmann

<sup>1</sup> Sie enthielt vor allem eine Reihe politischer Paragraphen, die der Regierung erweiterte Befugnisse gegen die ultramontane und sozialistische Agitation gewähren sollten, vom Reichstag aber, wie Geffcken richtig voraussah, abgelehnt wurden.

<sup>2</sup> Der Kirchenrechtslehrer und Präsident des evangelischen Oberkirchenrats Emil Herrmann (1812–1885).

<sup>3</sup> Am 15. November hatte Wilhelm I. von den 30 Mitgliedern, deren Ernennung ihm zustand, die meisten liberalen aus der Vorschlagsliste gestrichen und durch konservative ersetzt.

ebenso wie Falk fest und ersterer kann kaum anders als seine Entlassung<sup>1</sup> geben und Falk ist jedenfalls nach einer Seite hin neu kompromittiert. Käme dazu ein Konflikt über die Strafnovelle und ein Entschluß B[ismarck]s, den Frieden zu versuchen, der mit F[alk] für das Zentrum eine Unmöglichkeit, so könnte man auf eine Wendung gefaßt sein.

Einen nicht unerheblichen Faktor in dieser Richtung bildet auch die auswärtige Lage. Gortschakow bestimmt gegenwärtig einfach die Orientpolitik der drei Kaiser; die Karte der französischen Allianz, die er jeden Augenblick gegen uns ausspielen kann, zwingt B[ismarck] mit gebundener Marschroute ihm zu folgen; daß er B[ismarck] nicht fragt, zeigt die verlegene Haltung der Offiziösen bei der Wendung des Russischen Regierungsanzeigers. Eine solche Lage muß schon B[ismarck]s Stolz in hohem Grade verletzen; außerdem haßt er G[ortschakow] seit diesem Frühjahr gründlich. In noch größerer Verlegenheit steckt Andrassy; er macht vorläufig gute Mine zum bösen Spiel und sucht Zeit zu gewinnen, aber sein Reformprojekt<sup>2</sup> wird ein totgeborenes Kind sein, denn die Pforte kann die Garantien nicht geben, welche man fordert. Rußland will Bosnien als Vasallenstaat unter dem Fürsten von Montenegro. Österreich kann das nie zugeben, denn damit wäre Dalmatien verloren; das einzig mögliche Gegenprojekt aber ist die Annexion Bosniens durch Österreich. Das wird Andrassy zwar als Ungar nie wollen, aber die Ungarn werden bald abgewirtschaftet haben und der Nachfolger wäre ein slawischer Föderalist. Andererseits fordert dies Rußland heraus, nicht gerade zum Krieg, aber zum energischen Widerstand, dem Österreich allein nicht entgegen treten kann; es muß Deutschland mit sich haben. Dieses andererseits kann nur mit Österreich gegen Rußland gehen, wenn England Frankreich in Schach hält. Und hier wird Disraelis aktivere Politik, die sich soeben vor dem Coup mit dem Suezkanal<sup>3</sup> zeigt,

<sup>1</sup> Sie trat ein aus dem hier vermuteten Grunde des Scheiterns der liberalen Synodalordnung, aber erst am 1. Dezember 1877.

<sup>2</sup> Das Andrassy'sche Reformzirkular vom 30. Dezember 1875, das zwischen der Pforte und den Aufständischen in Bosnien und der Herzegowina vermitteln wollte und diesen religiöse Gleichstellung und wirtschaftliche Verbesserung verhiess, scheiterte, weil sich kein Waffenstillstand vereinbaren ließ.

<sup>3</sup> Durch den überraschenden Erwerb der Suezkanalaktien, die es dem Khedive von Ägypten abkaufte, bewies England seinen Willen, sich in der beginnenden

wichtig. Die Verschiebung der Dreikaiserallianz zu der von Österreich-Deutschland-England kann Bism[arck] nur genehm sein; er würde zwar nie den Kaiser zum Krieg gegen Rußland bringen, aber der ist auch nicht zu fürchten: vor jener Allianz weicht Rußland zurück. Für alle diese Verhältnisse, scheint mir, müßte es B[ismarck] daran liegen, im Innern freie Hand zu bekommen und den Konflikt zu beseitigen. Dies ist meine Auffassung der Sachlage; ich habe sie gestern der K[aiserin] nach Berlin geschrieben<sup>1</sup>, damit sie Gortschakow, der am 2. Dezember nach Berlin kommt, auf den Zahn fühlen kann. Seine Unterredungen<sup>2</sup> mit B[ismarck] werden von Wichtigkeit sein.

Gott befohlen  
Ihr G[effcken]

*7. Stosch an Roggenbach*

Berlin W, 28. Januar 1876

Mein hochverehrter Freund und Gönner!

Sehr leid hat es mir getan, daß bei unserer Begegnung in Gotha mir die Gelegenheit, mit Ihnen allein zu plaudern, nicht wurde. Wir fanden uns in einem Hause<sup>3</sup>, in welchem ich sehr gern weile, in welchem aber die Diskretion nicht zu Hause ist. Schon seit Wochen plagt mich der Wunsch, mal wieder mit Ihnen zu sprechen, aber vor Monat März ist wohl nicht daran zu denken. So lange kann ich aber mit einer Mitteilung nicht warten, welche ich Ihnen machen muß, damit Sie möglichst bald helfend eingreifen. Geffcken ist übergeschnappt und wenn er nicht in geistige Bande gelegt wird, so verliert er Amt und Existenz. Nach Aussprüchen G.s zu urteilen, sind Sie imstande, auf ihn zu wirken, und so wende ich mich mit der Bitte an Sie, den Mann zu retten.

orientalischen Verwicklung gegen russischen Ausdehnungsdrang den unmittelbaren Seeweg nach Ostindien unbedingt zu sichern.

<sup>1</sup> Nach freundlicher Mitteilung des Hausarchivs sind im Nachlaß der Kaiserin weder dieser noch andere Briefe Geffckens erhalten.

<sup>2</sup> Besprechung der orientalischen Frage, bei der auch der österreichische Botschafter in Berlin zugezogen wurde.

<sup>3</sup> Im Holzendorffschen Hause.



Geffcken wird von der fixen Idee verfolgt, daß er berufen ist, der Retter Deutschlands in seiner tiefen geistigen und materiellen Not zu werden, und diese Idee wird getragen und zu Fanatismus gesteigert durch den Feuereifer seines religiösen Glaubens. Bei seinem letzten Aufenthalt<sup>1</sup> hier kam sein Wahnsinn nach zwei Seiten hin zum Ausbruch. Einmal predigte er sein Evangelium denjenigen Gliedern unseres hohen Herrscherhauses, welchen er aus früherer Zeit nähersteht, und dann suchte er an den Kanzler zu gelangen und ließ ihm Zeichen seiner Kraft zukommen. Auf dem ersteren Feld, wo der kindliche Glaube noch heimisch ist, fand er willige Ohren und Vertrauen, aber natürlich keine Wirkung über das beschränkte Feld hinaus; als er aber an die andere Türe pochte, loderte ein altgewordener Groll wieder auf und ein Blitzstrahl fuhr heraus, der die intensive Kraft der schleudernden Person erkennen ließ.

G[effcken] hatte, wie Sie wissen, im vorigen Jahr ein Sendschreiben an Bismarck erlassen, in welchem er das Buch über Kirche und Staat besprochen und dem Kanzler die Mittel angegeben hatte, wie er den Kulturkampf beilegen könne. G[effcken] hatte die Nachricht, daß Bismarck von der dargebotenen Weisheit entzückt sei und daß es nur noch Gs. persönlicher Überredungskunst bedürfe, um B[ismarck] in die gewünschten Pfade zu leiten. – G[effcken] veranlaßte den Kronprinzen, dieses persönliche Zusammenkommen bei Bm. nachzusuchen. – G[effcken] sagte mir, er würde keine Wahrheit ungesagt lassen, so bitter sie auch sei; er freute sich vorweg über seinen Mangel an Menschenfurcht und über seine Rednergabe und schien mir keinen Augenblick am Erfolg zu zweifeln. Aber Bsm. ließ mit der Antwort warten und G[effcken] reiste ab.

Bsm. hatte das ganze Auswärtige Amt umkehren lassen, um G. aus allen Stellungen heraus, in denen er sich befunden, zu verurteilen. Der Kronprinz bekam eine Antwort<sup>2</sup>, so gründlich und so keulenhaft geschrieben, wie sich der Kaiser deren zu

<sup>1</sup> Zum Folgenden vgl. Geffckens eigene Darstellung in Nr. 9.

<sup>2</sup> Vgl. den Wortlaut des Bismarckschen Schreibens vom 8. Januar 1876 und den ihm vorausgehenden und folgenden Brief des Kronprinzen im Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen“ Bd. 2, Nr. 295. Stoschs Schilderung des Bismarckbriefes trifft in allem Wesentlichen zu.

erfreuen hat, wenn er mal den Kanzler brieflich nach einer Sache frägt, welche dem letzteren unangenehm ist. Tatsache an Tatsache geschoben und das Ganze mit Geifer begossen. – Unter den Tatsachen war nur eine, welche mich mit Schmerz erfüllt hat und welche ich Ihnen im Vertrauen mitteilen will, damit Sie daraus den Grad seiner (Gs.) Krankheit und die Notwendigkeit der Hilfe erkennen. G. ist von Windthorst<sup>1</sup> dem Kanzler genannt als der vom Zentrum zu stellende Diplomat im Fall von Friedensverhandlungen. – Wie kann ein Nichtkatholik überhaupt solches Amt übernehmen? Wer soll solchem Verhändler Vertrauen schenken? Wie soll Bsm. dazukommen, mit ihm zu verhandeln? Wie kann G. glauben, daß, selbst ein gutes Ende vorausgesetzt, ihm die Siegesfreude am Schluß werden könnte? Wie kann ein Mann wie G. glauben, daß seine Wahl von Windthorst ernstlich gemeint sein könnte! Wie kommt G. überhaupt dazu zu glauben, daß der Kanzler mit jemand anderem einen Frieden abschließt als dem katholischen Episkopat? Windthorst und das Zentrum ist doch keine Macht. Nur entsetzlicher Tatendrang und übermäßigste Selbstüberhebung konnte G. auf solche Pfade bringen. Es ist eben gar nichts mit ihm anzufangen und das Schlimmste ist, er hat den schwachen Punkt geboten, von dem aus Bsm. ihn aus dem Reichsdienst schleudern kann, nein, zu schleudern suchen muß. – Dies zu verhindern, kommt es darauf an, G. an seinen Beruf zu fesseln, ihn zu nötigen, daß er seinen Vorlesungen lebt und nicht, wie es der Fall sein soll, sie vollständig vernachlässigt. Sie haben den Mann berufen und sind also etwas verantwortlich für dieses Kind. Wenigstens sorgen Sie dafür, daß G. sich eine Weile stille hält.

Wäre es G. klar, daß man einen festen Punkt haben muß, um die Erde aus den Angeln zu heben, so würde er seine Professur anwenden, um die Welt zu verbessern, aber dies nicht außerhalb seines Wirkungskreises suchen. Mir scheint, daß selbst Möller<sup>2</sup> sich über ihn beschwert hat als über einen Mengler in allem dortigen Kram.

<sup>1</sup> Der Brief sagt nur allgemein „von ultramontaner Seite“.

<sup>2</sup> Der Straßburger Oberpräsident. Der Vorwurf wird von Geffcken widerlegt (Nr. 9).

31./1. Die vergangenen Tage bin ich nicht dazu gekommen, den Brief zu schließen. Der Montag ist im allgemeinen ein stiller Tag und so will ich Ihnen heute noch ein bißchen aus der Welt erzählen.

Der alte Kaiser ist so frisch und munter wie seit Jahren nicht; in allen seinen Bewegungen und Worten zeigt sich Lebenslust und Lebenskraft. Die Folge davon ist, daß er auch mehr Anteil an den Geschäften nimmt und in der Behandlung etwas schwieriger ist wie bisher. Soviel schwächer, wie der Kaiser stärker, ist der Kanzler geworden. Der Körper versagt ihm; jeder feste Ärger wirft ihn aufs Krankenlager und da er allein die treibende und leitende Kraft ist, so steht die Staatsmaschine eigentlich still. Reichstag und Landtag sind hier versammelt; aber die See ist ruhig und ungestört gleitet das Boot über die Fläche. Es türmen sich Wolken auf wie zum Beispiel der Kauf der sämtlichen Bahnen<sup>1</sup>, aber über Nacht ist alles verweht, aufgelöst und es ist kaum zu glauben, daß es tags vorher so schwarz ausgesehen hat. – In der auswärtigen Politik scheint auch alles freundlich, denn im Orient wird man trotz aller diplomatischen Verhandlungen nicht eher zugreifen als bis das Morden im einfachen Sinne des Wortes ein Weilchen getobt hat. Ist die moham. besitzende Klasse auf diese Art getilgt, dann wird man versuchen, einen Staat zu bilden und dann kommt die Krisis bei den christlichen Mächten. Ich rechne, anno 1877 werden wir soweit sein.

Mein Verhältnis zum großen Kanzler ist unverändert. Er äußerte neulich gegen einen Abgeordneten: „Stosch macht seine Sache als Kommandeur der Marine sehr gut, als Minister aber fehlt ihm die logische Folge.“ Ich habe mich sehr über diesen Ausspruch gefreut. Neulich hat der Mann auf eine Zeitungsnachricht hin mich beim Kaiser verklagt; Sie hätten die Wut sehen sollen, als die Nachricht sich als ganz unbegründet ergab. Camphausen befindet sich in fieberhafter Aufregung, ob er Minister bleiben wird oder nicht. Er meint, er habe eine so feste Stellung in der Nationalliberalen Partei, daß der Kaiser ihn nicht entlassen könne. – Die Selbstüberschätzung ist doch die verbreitetste Krankheit unter den erwachsenen Geistern. Ich schreibe

<sup>1</sup> Das Bismarcksche Projekt, sämtliche Eisenbahnen für das Reich zu erwerben.

mir alle Tage das Wort „Narr“ mit großen Lettern in den Kopf, da ich mich auch auf dem faulen Pferde ertappe. Hilft das nicht, so stelle ich einen Totenkopf in meiner Schlafstube auf.

Mit dem Längen der Tage wächst meine Sehnsucht nach dem stillen Östrich; zu Ostern gehen wir auf 14 Tage hin und dann hoffe ich, sehen wir uns; vorher aber hier. Bei Normanns geht es gut, sein Herr wird immer sehnsüchtiger nach der Macht und nach der Höhe auf Erden; die bestehenden Verhältnisse werden für ihn immer verbesserungsbedürftiger; der alte Herr wird trotzdem alle Tage gesünder.

Nun habe ich genug geschwätzt. Meine Frau grüßt herzlichst. Wenn Sie gut sind, lassen Sie mich bald wissen, daß dieses Schreiben in Ihre Hände gekommen ist.

Adieu      Ihr v. Stosch

#### 8. Roggenbach an Stosch

Segenhaus bei Neuwied, 5. Februar 1876

Daß Sie mitten im Drange eines so wichtigen Geschäftsbereiches und des aufreibenden Berliner Lebens Zeit gefunden haben, einem fernlebenden Einsiedler einen so ausführlichen Brief zu schreiben, ist ein neuer Beweis Ihrer unvergleichlichen Liebenswürdigkeit, für welchen ich Ihnen nicht dankbar genug sein kann. Ich eile umsomehr mit meiner Antwort, als zu meinem Bedauern durch Nachsendung des Briefes schon einige Tage verloren gingen.

Wie genau und besorgt ich jeder Fluktuation der Verhältnisse in Berlin gefolgt bin, wo Sie von derselben betroffen wurden und wie mancher Reptilienartikel mir dabei zu denken gab, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen. Ich mache aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es gerade die kleinen Lokal- und Provinzblätter sind, in denen die Hauptminengänge gegen die Positionen geführt werden, die in die Luft gesprengt werden sollen. So entdeckte ich auch nur ganz nebenbei die Angriffe,

welche Geffckens Aufenthalt in Berlin und Empfang durch den Kronprinzen seitens der officiösen Presse erfahren hat<sup>1</sup>.

Was Sie mir nun noch weiteres darüber schreiben, ist mir allerdings ganz neu und bedaure ich die unbegreifliche Täuschung<sup>2</sup> sehr, welcher sich der arme, in seinem nervösen und etwas eitlen Geschäftigkeitsdrange mitunter nicht übertaktvolle Geffcken hingegeben hat. Ich habe denselben seit letztem Spätsommer nicht gesehen und habe, obgleich er mir eine Reihe Artikel zusandte, die er in irgendeiner Zeitung veröffentlichte, auch nicht geschrieben, weil meine Behandlungsart politischer Krankheiten von der seinen darin grundverschieden ist, daß er das Übel mit Gegenmitteln heilen, ich aber das Geschwür gründlich auslaufen lassen will. Ich bin also auch heute noch ein Gegner von allen Verhandlungen und Kompromissen im Kirchenstreite, wenn ich gleich über den Kulturkampf und manche Bestimmung der Maigesetze kaum ein milderes Urteil fälle als Geffcken. Das wäre nach meiner Meinung das Allerschlimmste, was für beide Teile geschehen könnte, da sie beide nicht unerheblich an ihrer Ehre und sittlichen Kraft einbüßen würden, Staat sowohl als Kirche. Was ich am allerwenigsten begreife, ist, daß G. nicht einsah, daß er den Kronprinzen ohne Not durch diese Gelegenheitsmacherrolle bloßstellen würde und andererseits der Kronprinz auf dem Standpunkt zu stehen scheint, Bismarck noch für verbesserungsfähig und ratsbenötigt zu halten. Ebensowenig verstehe ich, wie Windthorst sich einbilden konnte, daß Bis-

<sup>1</sup> und <sup>2</sup> Den schlechten Eindruck von Geffckens Besuch und die Selbsttäuschung über seinen Einfluß erkannte auch Augusta und bat Roggenbach ausdrücklich, es ihm zu sagen; er „mache sich Illusionen“. In dem betreffenden Briefchen vom 1. Februar 1876, das ich hier kurz anführe, weil es in diesen Zusammenhang gehört, sind noch folgende Äußerungen Augustas über ihre Stimmung in der Kulturkampfzeit sehr bezeichnend: „Ich habe den Schrecken dieses Winters ahnungsvoll entgegengesehen und wir haben noch 14 Tage bis zur Mitte der Prüfungszeit! Was birgt diese zweite Hälfte nicht in ihrem Schoße! Die Übel, die Sie erwähnen [in einem verlorengegangenen Briefe], sind nur ein Fragment des Gesamtzustandes, den ich täglich wie eine glühende Kohle in nächster Nähe spüre, ohne diese Kohle beseitigen zu können. Ich habe jeden Moment zu gewärtigen, mich an ihr zu verbrennen, und bin hilflos. – Was auf dem Gebiete der Humanität durch Verfolgung der Anstalten gesündigt wird, bringt mich in Verzweiflung! Nach allen Seiten Zersetzung und Gefahr!“

marck, wenn er auch mit ihm verhandeln wollte, etwas anderes als ihn und seine parlamentarische Partei nur mißbrauchen wollte. Das ist ja alles Torheit, die nur durch die Eitelkeit der mitspielenden Personen erklärbar ist.

Sollte für den Staat früher oder später das Bedürfnis entstehen, sich der einfältigen Position zu entziehen, in die er durch den Kulturkampf seinen katholischen Untertanen gegenüber geraten ist, und sollte er die Verlegenheiten unbequem finden, die derselbe bei manchen sehr wohl denkbaren europäischen Konstellationen bietet, so bleiben zwei Wege. Der der direkten Verhandlung mit der Kurie, den Bismarck durch den Satz ausschloß: „Nach Canossa gehen wir nicht.“ Obgleich ich diese Phrase für eine historische Trivialität halten muß, da Heinrich IV. eben nur nach Canossa ging, weil er diese Aussöhnung mit Rom für weniger schmachvoll und für vorteilhafter hielt als das Durchkriechen unter dem Caudinischen Joche, welches die deutschen Fürsten dem Kaiser offen ließen, obgleich ich also sage, daß Bismarck gar nicht sagen kann, ob die Verhältnisse der Zukunft nicht auch für Deutschland so liegen könnten, daß er die Aussöhnung mit Rom für das kleinere Übel halten würde, so bin ich meinerseits auf das äußerste und stets gleich entschieden gegen diesen Weg einer Verhandlung mit Rom. Ich mag auch kein Wormser Konkordat im 19. Jahrhundert. Meines Erachtens bleibt nur der zweite Weg gangbar und rätlich: die Linie zwischen Staat und Kirche verständiger zu ziehen und den Kampf auf geistigem Gebiete um die Herrschaft in der öffentlichen Meinung zwischen jesuitischer Anschauung und Lebensauffassung und einer Erziehung des Menschen zur Freiheit ohne Gänsehaut aufzunehmen. Wenn ich freilich vor 7000 Nonnen, großenteils alten Weibern, und 2000 Mönchen, großenteils Troddeln, in einer Nation von 40 Millionen und einer Armee von  $\frac{1}{2}$  Million erschrecke, wie der Moabiter Pöbel, dann, fürchte ich, bleibt schließlich nur noch „Canossa“ übrig. Mit Geffcken differiere ich aber auch darin, daß ich mich dann zu einer solchen Verhandlung nicht hergeben würde, sondern das Bismarck und Falk allein machen ließe.

Ob es gelingen wird, Geffcken ruhig zu halten, bezweifle ich. Ich will es versuchen. Allein ich habe ihm, als er die Idee hatte, in den Reichstag sich wählen zu lassen, so nachdrücklich gesagt,

daß ich es für das einzig richtige hielte, er konzentriere sich auf seine Vorlesungen, – und es hat nicht verhindert, daß seine Tendenzen über seinen augenblicklichen Beruf hinausgehen, – daß ich wenig Hoffnung habe. Inzwischen wird es Bismarck doch schwer werden, ihn zu beseitigen.

Ich will vor allem aber auch einmal das Faktum festzustellen suchen, ob Windthorst denn wirklich Geffcken als Unterhändler genannt hat. Daß Bismarck es sagt, um ihn zu kompromittieren, begreife ich, wie er das englische foreign office Arnim der Lügenhaftigkeit wegen refüsieren läßt. Wahr braucht es ja darum noch nicht zu sein.

Was unsere Lage betrifft, so kann ich Ihnen selbstverständlich nur über den allgemeinen Eindruck an der Peripherie berichten. Es ist nicht zu leugnen, daß zwei Dinge an Gewicht verloren haben. Einmal das Ansehen des Reichskanzlers trotz der Dithyramben von Treitschke und Genossen. Dann leider auch das Ansehen des deutschen Reiches. Im Innern durch die Erkenntnis, daß die unorganisierte, schlecht in ihren Kompetenzen abgegrenzte, unstet arbeitende Maschine, von dem militärischen Gebiet zu Lande und zur See abgesehen, in ihren Leistungen ungenügend und trotzdem von zentripetaler<sup>1</sup> Anziehungsneigung ist. Im Äußeren durch den übeln Eindruck unserer wirtschaftlichen Nöte und das Bewußtsein der politisch Denkenden, daß wir in der auswärtigen Politik ohne allen Einfluß sind, wohin unsere Kanonen nicht reichen oder nicht ein Courtoisieerfolg uns geschenkt wird wie in der Serranosache. In Italien bedeuten wir nichts – in Rußland gar nichts – in England nicht viel – höchstens in Österreich dürfen wir uns mit dem Scheine trösten – und in Belgien bleibt uns die Freude an dem Duchesne-Paragrafen<sup>2</sup>.

Wir sagen freilich, in der orientalischen Frage sei unsere Stellung einfach die, „der Freund unserer Freunde“ zu sein. Werden aber diese Freunde nicht selbst unter sich uneinig werden? Und wie, wenn sich die Situation von 1854 wiederholt, wenn Frankreich im Verlauf der orientalischen Frage mit Österreich und Italien auf die englische Seite tritt oder irgendeine andere der

<sup>1</sup> Zum Beispiel Reichseisenbahnprojekt.

<sup>2</sup> Vgl. die Note 1 in Nr. 4.

möglichen und wahrscheinlichen Kombinationen eintritt? Zur Zeit, gebe ich zu, ist stille sitzen und das Gewehr putzen das beste. Vor allem aber auch brav Schiffe vom Stapel laufen lassen, denn das scheint mir von allen Dingen das wenigst wahrscheinliche, daß wir in dem bevorstehenden großen Kriege England auf unserer Seite haben werden. Und was wird aus dem entscheidenden „letzten Taler“ in der Tasche, wenn unsere Häfen lange Zeit geschlossen bleiben sollten?

Doch ich verschone Sie mit meinen Lukubrationen, wie solche nur in frischer Landluft entstehen. Heute deckt tiefer Schnee die Landschaft.

Mit dem Frühjahr erwacht auch bei mir die Reiselust, die der viermonatige Winter zu großem Behagen zurückhielt. Empfehlen Sie mich bestens Ihrer verehrten Frau und grüßen Sie Normanns.

Sich selbst erhalten Sie den frischen Mut und die Kraft, die wir noch so gut gebrauchen können und nicht entbehren dürfen. Darum vivat Östrich, floreat, crescat.

In treuer Verehrung  
Ihr herzlich ergebener  
Roggenbach

*9. Heinrich Geffcken an Roggenbach*

Straßburg, 8. Februar 1876

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 5., der mir erst heute früh zuging. Ihre Warnung hat mich nicht überrascht und nicht erschreckt. Ich weiß, daß mein Verhältnis zum K[ron] P[rinzen] B[ismarck] ein Dorn im Auge ist, weiß auch, daß mein letzter Besuch ihn ganz besonders erbittert hat, und da er mich doch wegen meines Verkehrs mit dem Herrn nicht anfassen kann, wäre es ihm natürlich sehr lieb, wenn ich ihm eine andere Gelegenheit dazu gäbe. Er soll sie aber nicht finden; ich erfülle meine Verbindlichkeiten als Professor genau, setze nie eine Vorlesung aus; daran daß ich wie meine Kollegen in den gesetzlichen Ferien reise, kann man mich nicht hindern. Man mag mir Spione in meine Vorlesungen schicken und ich habe mehrmals fremde Gesichter darin gesehen; ich sage nichts, was man nicht nach



Berlin berichten kann, habe auch ausdrücklich deshalb ein früher gelesenes Publikum „Über die Parteien in Kirche und Staat“ aufgegeben. Ebenso sehe ich mich in meiner außeramtlichen Tätigkeit vor; ich bin kein eitler Tor wie Arnim, der glaubt, B. mit Intrigen stürzen zu können, ich schreibe jetzt auch nicht über Kirchenpolitik, ebensowenig über Korruption, Invalidenfonds usw.; wenn Windthorst mich als geeigneten Vermittler bezeichnet haben sollte, so ist das sehr töricht und verkehrt; ich habe ihm keinen Anlaß dazu gegeben, als daß er es meinem Buche nach denken mag. Indem ich so alle Vorsicht beobachte, gehe ich nichtsdestoweniger meinen Weg gerade durch; ich werde nicht meine Beziehungen zum K. P. sistieren, solange er sie aufrecht hält, weil sie B. mißfallen; ich werde auch ruhig meine Schrift über den Sozialismus erscheinen lassen, es ist nichts darin, weswegen mir B. etwas anhaben könnte; obwohl es nahe lag, seine frühere Begünstigung Lassalles zu erwähnen, habe ich es nicht getan, weil es nichts nützte. Ich werde auch die Schrift dem Kaiser schicken, da er mich dazu aufgefordert. Die Kaiserin wünschte, daß ich ihn sähe, und er kam, als ich abends bei ihr war, herauf, bemerkte nach einigen allgemeinen Reden, er habe gehört, daß ich in Hamburg einen Vortrag über den Sozialismus gehalten, und wünsche, meine Ansichten über die drohende Frage kennen zu lernen. Ich hielt ihm also einen förmlichen kleinen Vortrag, dem er mit Interesse folgte, mich oft durch Fragen und Ausrufe unterbrechend. Die Kaiserin versuchte einmal das Gespräch auf die kirchliche Frage zu bringen, aber ich sah sofort auf seinem Gesicht einen Zug, der mich warnte, ich ignorierte sie also und fuhr ruhig fort, worauf er gleich wieder freundlich war. Er fragte schließlich, ob ich nicht den Vortrag drucken lassen werde; ich bejahte es, worauf er sagte, er werde ihn mit großem Interesse lesen. So war es nur angezeigt, daß ich um Erlaubnis bat, ihm denselben zu senden, was er freundlich annahm. Ich schicke die Schrift nun direkt an ihn mit kurzem Begleitschreiben, das natürlich nichts anderes berührt. Die Schrift kann selbst die offiziöse Presse schwerlich angreifen, da sie die Gefahren der Sozialdemokratie zeigt, welche jetzt das beliebte Thema der Regierung sind.

Was B[ismarck] bei meinem Besuch besonders erzürnt hat, ist

folgendes. Ich aß am ersten Tage meines Aufenthalts allein mit K[ron] P[rinz] und P[rinze]ß; nach Tische gingen wir in ihre Bibliothek und ich entwickelte ihnen auf ihren Wunsch meine Ansichten über die Möglichkeit, aus dem Kulturkampf ohne Niederlage für den Staat herauszukommen; das Gespräch dauerte zwei Stunden, sie stand stets auf meiner Seite gegen seine Einwendungen, schließlich erklärte auch er sich einverstanden. Sie sagte darauf, es müsse dabei nicht bleiben; ich müsse, was ich ihnen gesagt, auch B. sagen. Ich bemerkte, wenn B. mich rufen lasse, würde ich offen sprechen, aber ich würde nie den kleinen Finger aufheben, um ihn zu sehen; ich wolle nichts von ihm und würde durch jeden Schritt ihm entgegen in eine falsche Position kommen. Damit waren beide einverstanden, aber der K. P. schrieb<sup>1</sup>, wie er mir später sagte, denselben Abend an B., ich habe ihm interessante Dinge entwickelt und es werde ihn gewiß auch interessieren, mich zu sprechen. Ich war von vornherein überzeugt, daß nichts nach der Sache komme, hörte nur andern Tages, daß B. sehr erregt über meine Anwesenheit sei. Als ich drei Tage später wieder zum K. P. kam, glaubte er, ich habe B. gesehen, da dieser ihm gar nicht geantwortet<sup>2</sup>, und war höchlich darüber aufgebracht, sagte auch, der Schritt sei ein Fehler gewesen. Ob er nach meiner Abreise noch mit B. gesprochen, weiß ich nicht.

Die Behauptung, als könne ich Möllers Stellung erschweren, ist absurd; ich habe mich in hiesige kirchliche Verhältnisse nie gemischt; die einzige Beziehung, die ich zur Straßburger Bevölkerung habe, ist, daß ich Vorstand der Herberge zur Heimat bin, die mit konfessionellen Dingen nichts zu tun hat und für die mir der Kaiser 3000 Mark geschenkt.

Ihre Ansichten über die gegenwärtige Lage sind auch die meinen, niemand kann B. stürzen, das kann er selbst allein tun und ist auf dem besten Wege dazu. Mein Eindruck aus Berlin war, daß sein Prestige stark gesunken; der Krieg in Sicht<sup>3</sup> ist beim Kaiser auch nicht ohne Folgen geblieben; er überwacht B. in auswärtigen Beziehungen scharf. Es wird ihm zwar schwer werden,

<sup>1</sup> Brief vom 5. Januar 1876, a. a. O.

<sup>2</sup> Die Antwort, datiert vom 8. Januar, kam wohl am folgenden Tage.

<sup>3</sup> Die „Krieg-in-Sicht“-Krise vom Frühjahr 1875.

sich von B. zu trennen, aber ich teile St[osch]s Ansicht nicht ganz, daß eine solche Trennung außer aller Frage ist. Ich glaube nicht, daß B. die Komödie einer Demission wiederholen wird, weil man ihn beim Worte nehmen könnte. Für diesen Fall nennt man Stolberg, den Präsidenten des Herrenhauses, und Hohenlohe in Paris; ersterer strebt nach der Nachfolgerschaft und wird deshalb entsprechend gehaßt, letzterer hat vielleicht mehr Chancen.

Nun nochmals herzlichen Dank für Ihre Winke; ich werde mir keine Blöße geben, aber mich nicht einschüchtern lassen. „Feststehen, nicht wanken“, sage ich mit Ihnen und setze hinzu: fais ce que dois, advienne que pourra.

Treulich der Ihre G[effcken]

#### 10. Roggenbach an Stosch

Segenhaus bei Neuwied, 21. März 1877

Verehrtester Freund!

Mit welcher Sorge und teilnehmenden Spannung ich dem Verlauf der Krisis<sup>1</sup> folge, die so plötzlich und unvermutet über Sie hereingebrochen ist, vermag ich Ihnen kaum lebhaft genug auszudrücken. Gleich als ich die maßlose Heftigkeit dieses willkürlich herbeigeführten Angriffs bei Lesung der Bismarckschen Rede erkannte, mußte ich mir sagen, daß dieselbe das Ergebnis eines vorbedachten Planes und nicht der Aufwallung des Augenblickes sei. Wenn ich mir den Zusammenhang des letztjährigen Vorganges im Reichstag oder der Budgetkommission recht vorstelle, so gaben Sie dem Rickertschen Antrage nach, als Sie

<sup>1</sup> Konflikt Bismarck-Stosch. In der Budgetdebatte des Reichstags vom 10. März hatte Bismarck seine Erwiderung auf die Etatskritik Eugen Richters zu einem plötzlichen Angriff auf Stosch benutzt, dem er vor versammeltem Reichstag mit ironisch verletzender Schärfe vorwarf, Richter zu seinen Forderungen ermutigt zu haben durch die Leichtigkeit, mit der er (Stosch) im Vorjahre in der Budgetkommission Rickertschen Abstrichsforderungen am Marinetat nachgegeben habe. Motiv dieses auf die Beseitigung Stoschs zielenden Angriffs war der damalige, noch in den „Gedanken und Erinnerungen“ wiederholte Argwohn Bismarcks, daß er demnächst durch ein schon sich vorbereitendes liberal-katholisches „Gladstone“-kabinet Rickert-Stosch ersetzt werden solle.

konstatiert hatten, daß der Reichskanzler die Gegnerschaft gegen die strittige Position vom Bundesrat in die Reichstagskreise versetzte und daselbst gegen die Annahme hinter ihrem Rücken agitierte. Würden Sie nicht nachgegeben haben, so würde ohne Zweifel aus dem Unterliegen eine Waffe gegen Ihr Verbleiben im Ministerium gemacht worden sein.

Bei dieser Sachlage bekundete die Feindseligkeit der jüngsten Reichstagsrede, daß der Kriegspfad von neuem beschritten worden, und da war das einzige, was zu tun blieb, den Handschuh aufzunehmen und seine Würde zu wahren<sup>1</sup>.

Da ich mir denken kann, daß in Berlin viele Stimmen laut werden, welche von einem jeden verlangen und ihm raten, der eigenen feigen Ehrlosigkeit gemäß zu handeln, der die Mehrzahl der oberen politischen Kreise der Reichshauptstadt nachzuleben sich gewöhnt hat, so möchte ich doch, daß auch ein anderer Klang dazwischen an Ihr Ohr anklinge.

Nach meiner Meinung zeigt sich das Maß der moralischen Erniedrigung, welche der Druck der einen Persönlichkeit auf die charakterschwachen Kollegen hervorbrachte, darin, daß aus Ihrem Falle nicht eine Korpssache aller Mitglieder des Staatsministeriums gemacht wurde, und ist mir vollkommen unerfindlich, wie sich jemand hergeben mag, Ihr Nachfolger zu werden.

Sollte sich die Angelegenheit nicht wieder ausgleichen<sup>2</sup>, so beklage ich es weniger um die Muße, die Sie selbst finden, als um die werdende Marine, die dann sofort der Desorganisation anheimfallen wird, die sich überall einstellt, wo die Bismarckschen Grillen nicht einen festen charaktervollen Widerstand finden. So schlimm das ist, so läßt es mich doch nicht wünschen, daß ein solcher Ausgleich stattfinde, wenn Sie nicht eine vollkommen gesicherte, unangreifbare Stellung gewinnen, da sonst jeder Tag für Sie eine neue Gefahr bringen würde, der Sie kaum immer glücklich entgehen können.

<sup>1</sup> Stosch hatte von Bismarck eine schriftliche Erklärung verlangt, daß dieser ihn nicht habe beleidigen wollen und daß Bismarcks Darstellung des Verhältnisses zwischen Marinechef und Reichskanzler „keine vollkommen zutreffende“ gewesen sei. Nach Bismarcks Weigerung, diese Erklärung abzugeben, hielt man den Rücktritt Stoschs für unvermeidlich.

<sup>2</sup> Am 25. März lehnte der Kaiser das Abschiedsgesuch von Stosch ab.

So helfe Ihnen ein Freundeswillkomm am Rhein einigermaßen den gerechten Schmerz überwinden, den es Ihnen machen muß, lange gepflegte, fröhlich gedeihende Schöpfungen dem Spiel der Laune und des Zufalls preisgegeben zu sehen, – und halten Sie die Hoffnung fest, daß mit dem Ende dieser Mißregierung auch der Tag neuen Wirkens für Sie anbricht.

*11. Stosch an Roggenbach*

Haus Stosch, Östrich im Rheingau, 26. September 1877

Diesen Sommer habe ich gar wenig von Ihnen gehabt. Ich war nur sporadisch und vorübergehend hier, jetzt kann ich mein Bleiben bis Mitte Oktober als sicher voraussetzen und möchte gern mal mit Ihnen plaudern. Die Welt ist so bunt und Ihr Urteil so klar, daß ich von Ihnen viel profitieren könnte. Sie wissen, daß ich Ihnen gut bin und gerne von Ihnen Weisheit sauge, also können Sie auch die Hitze meines Wunsches ermessen, Sie zu sehen. Ich weiß aber nicht, wo Sie stecken, und gebe mich ganz in Ihre Hand. Wollen Sie uns die Freude machen, hierher zu kommen, dann wäre es prächtig; befehlen Sie woanders ein Rendezvous in Oberlahnstein, Lorch oder auf der andern Seite, Frankfurt, Mainz oder Heidelberg, so gehorche ich sofort. Der Barometer ist glücklich über Beständig gestiegen und wir dürfen hoffen, endlich mal mit dem Himmel zufrieden sein zu können. Der Wein kann nur noch durch Zauber genießbar werden. Übrigens steht es hier ganz gut: der feuchte Sommer hat dem Wachstum der jungen Pflanzung sehr gut getan und was an Ernte diesjährig verfehlt, kann mir nächstes Jahr soviel reichlicher zufallen. Hier bin ich überhaupt ein zufriedener Mensch und rechte nicht mit dem Himmel, hier vergesse ich alles Übel, welches mich plagt, und der Name Bismarck stimmt mich heiter wie die Erinnerung an einen hohen Berg oder ein großes Mühsal, welches man glücklich überwunden. Hat man die Gedanken frei, so bietet heuer ja die Politik einen reichen Stoff, um die Gedanken zu beschäftigen, der Krieg im Orient, die quasi Revolution in Frankreich und stete Ministerkrisis bei uns. Da kann man prächtig spekulieren und am eigenen stillen Kamin sehr zufrieden sein.

Nun adieu, meine Frau grüßt schönstens. Seien Sie brav und lassen Sie Gutes von sich hören

Ihr v. Stosch

## 12. Stosch an Roggenbach

Berlin, 13. Oktober 1877

Wir spielen Nachlaufen! Als ich gestern früh hier ankam, schickte ich sofort nach dem Hotel du Nord, um Sie einzuladen, mit mir zu essen, aber keine Antwort, Exzellenz war abgereist. Heute erhalte ich Ihren Brief vom 11. und melde, daß ich bereits hier angekommen bin und heute abend nach Plymouth fahre, um mit dem Geschwader heimzukehren, und daß ich dann nicht mehr nach dem Rhein reisen kann. Für mich beginnt die Winterplage. Es tut mir recht leid, daß ich Sie nicht gesehen und gesprochen; die Zeit ist so verhängnisvoll, daß ich gar gern Ihr Urteil gehört hätte. Ich habe so still und fern der Welt gelebt wie lange nicht und bin ganz überrascht von der Unruhe, welche hier die Welt bewegt. Von den Ministern habe ich gar keinen gesehen. Es würde mich ordentlich genieren, sie zu sprechen. Sie sind doch gar zu untertänig usw. Ich bin nur neugierig, ob wirklich einer von den Nationalliberalen unter dem Kanzler Minister wird und seine ganze Stellung zu opfern bereit ist<sup>1</sup>. – Ich habe mit wahrem Genuß Lanfrey „Napoleon I.“ gelesen, da er tausend Vergleiche mit unserm Kanzler gestattet; dem letztern fehlt nur der Punkt, von dem aus er sich auf den Thron schwingen kann. Wenn er die Armee kommandierte, dann ginge seine Phantasie lange schon jene Wege.

## 13. Karl v. Normann an Roggenbach

Wiesbaden, Schloß, 22. November 1877

Ich habe Ihnen für zwei liebenswürdige und interessante Briefe zu danken, aus denen ich zu meiner Genugtuung wiederum entnehmen konnte, daß ich mich in wesentlichen und entscheidenden Fragen in voller Übereinstimmung mit Ihnen befinde. Den ersten Ihrer Briefe erhielt ich, als ich im Begriffe war, eine recht traurige Reise nach Pommern anzutreten, und den

<sup>1</sup> Die Zeitungen sprachen damals über die Ministeraussichten Rudolf v. Bennigsens. Vgl. das Kapitel „Bismarck, Bennigsen und die Liberalen 1877/78“ in H. Onckens Bennigsenbiographie.

zweiten in Berlin, während ich mich anschickte, die Fahrt hierher mit kleinen Umwegen zu unternehmen. Verzeihen Sie deshalb freundlichst mein langes Säumen. Vorgestern hier angekommen, finde ich erst jetzt einen freien Moment, um Ihnen flüchtig zu danken und Ihnen zu sagen, wie lebhaft ich mich freuen würde und wie sicher ich darauf rechne, Sie während meines Aufenthaltes hier einmal zu sehen und gründlich und ausführlich zu sprechen . . .

Von Stosch habe ich gestern eine überaus traurige Nachricht erhalten. Ich hatte ihn in Berlin verfehlt und als ich nach seiner Frau fragte, hieß es, sie sei ausgefahren. Um so mehr war ich betroffen aus seinem Briefe zu ersehen, daß seine arme Frau von einem schweren und, wie er selber sagt, ganz hoffnungslosen Augenleiden – einer Netzhautablösung – befallen ist. Das eine Auge soll, wie er sagt, unrettbar verloren sein, während die Sehkraft des andern keineswegs sichergestellt erscheint. Ein schweres und bei den Verhältnissen des Hauses doppelt hartes Schicksal! Über Stoschs gegenwärtige Beziehungen zum Kanzler ist mir neues allerdings nicht bekannt geworden. Richtig aber ist, daß er selber dringend eine andere Verwendung wünscht. So sehr ich seine Entlassung im Interesse unserer Marine und auch aus allgemeinen Gründen beklagen würde, so begreiflich finde ich sein Verlangen. Er scheut nicht den Kampf, wie er wohl bewiesen hat. Aber er ist auf der andern Seite zu verständig, um da kämpfen zu wollen, wo im günstigsten Falle nimmer ein Sieg, sondern nur eine mehr oder weniger anständig verschleierte Niederlage zu erwarten ist. Es sind eben heillose Zustände, in denen wir leben, und wir dürfen uns nicht wundern, wenn die unabhängigen und selbständigen Naturen eine nach der andern den Dienst versagen. Immer noch besser, als wenn sie sich ruinieren lassen, indem sie sich zu Werkzeugen des Allgewaltigen erniedrigen. Es bleibt wenigstens die Möglichkeit, sie noch in der Zukunft zu verwenden.

Welche Wendung unsere inneren Dinge nehmen, welche „Reformpläne“ schließlich aus dem Haupte unseres politischen Jupiter entspringen werden, wer will es sagen? Der Kanzler hat für sich den großen Vorteil, daß nachgerade alle Welt mit ihm darüber einig ist, wie die Sachen auf die bisherige Weise nicht lange mehr fortgehen dürfen. Auf mehr oder weniger

abenteuerliche Ideen muß man sich, zumal bei seinem Dilettantismus in wirtschaftlichen Dingen, freilich gefaßt machen. Aber ich bin überzeugt, die große Masse wird ihm folgen, wie sie in der Verurteilung des jetzigen Systems ihm zustimmt. Eine Auflösung der Kammern, respektive des Reichstags würde meines Erachtens, wenn man die Wähler vor konkrete Fragen stellt, die sie so tief berühren, ein dem Kanzler günstiges Resultat ergeben. Möglich, daß er so rechnet, möglich auch, daß ihm die endliche Nachgiebigkeit der Nationalliberalen nicht zweifelhaft ist – gewiß scheint, daß er eine gründliche Änderung und eine Beseitigung gewisser Persönlichkeiten wie Camphausen und Achenbach ernstlich ins Auge gefaßt hat. Auf eine Bemerkung, daß es schwer sein werde, für seine Pläne die geeigneten Personen zu finden, hat er geäußert, das sei ganz irrtümlich, er habe nur die Verlegenheit, aus einer großen Anzahl passende Kräfte wählen zu müssen!! Eine andere Äußerung von ihm, die mir mitgeteilt wird, ist auch charakteristisch. Als man ihm von den Gefahren sprach, welche die Ausbreitung der sozialdemokratischen Bewegung mit sich bringe, soll er erwidert haben, er verkenne dieselben nicht, sie wären aber nur für die Einzelstaaten und deren Souveräne, nicht für Kaiser und Reich vorhanden. Er denke nicht daran, gegen die Sozialisten einzuschreiten, wenn sie zum Beispiel in Sachsen Regierung und Krone wegschwemmen sollten!!

Ich schicke Ihnen hier Captain Malcolms Briefe zurück. . .  
Kommen Sie bald zu Ihrem treu ergebenen

Normann

#### *14. Roggenbach an Stosch*

Segenhaus bei Neuwied, 3. Dezember 1877

Aus einem Briefe Normann's erfahre ich zu meiner tiefsten Betrübnis, welche schwere Sorge und welche zerstörende Erschütterung das Glück Ihres Familienkreises bedroht. In der Ohnmacht, Ihnen irgendwie zu helfen, drängt es mich, Ihnen wenigstens zu sagen, wie ich jedes Auf- und Abschwanken zwischen Furcht und Hoffnung und alle Vorahnung einer trübsten Wirklichkeit mit Ihnen durchlebe und wie die Unglaublich-



keit eines so plötzlichen zerschmetternden Schlages in mir immer noch die Zuversicht auf eine bessere Wendung aufrecht erhält.

. . . Ich hoffe morgen Normann zu sehen, da ich nach Wiesbaden fahren will und von dort zu einer Kreisversammlung nach Lörrach gehen muß. . . .

Über unsere Zustände sage ich nichts. Was ließe sich auch von einem Reiche sagen, dem das klar denkende, richtig fühlende Volk abhanden gekommen ist und wo diese Grundlage für eine gesunde und freiheitliche Entwicklung mutwillig und launenhaft in eine moralische und geistige Konfusion versetzt wird, daß niemand etwas damit mehr anfangen kann.

In der auswärtigen Politik hat, soweit ich sehe, Österreich die Entscheidung in Händen und wir können wohl nach links und rechts Rat erteilen, allein geschehen wird von vornherein das, was Rußland eben erreichen kann, ohne Österreich—England gegen sich auftreten zu sehen. Mit England wird aber stets Frankreich zusammengerechnet werden müssen. Das Äußerste was Deutschland zur Zeit erreichen kann, ist: in Ruhe gelassen zu werden und nicht der gleichen Zumutung ausgesetzt zu sein, die es 1854/55 bedrohte, als es zum Mitgehen von den Westmächten aufgefordert wurde. Ich habe nichts dagegen, wenn es diese miserable Situation durch die Scheinlüge steter Mediation zwischen Wien und Petersburg verdeckt.

#### *15. Stosch an Roggenbach*

Berlin, 27. Dezember 1877

Für Ihren warmen Brief vom 3. d. M. sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank. Die kalte Hand, welche in dem Leiden meiner Frau in mein Familienleben und damit in das einzig reine Glück meines Lebens eingriff, hat mich aufgeschreckt und ernst gemacht. Das Elend unserer Existenz, die ganze Ohnmacht unserer Kraft, zu schaffen und zu gestalten, hat sich bei mir so häßlich geltend gemacht, daß ich ordentlich erschreckt war. Ich könnte Ihnen eine ganze Menge darüber vorphilosophieren, aber ich will Ihnen dies schenken und nur bemerken,

daß, wenn ich schon Neigung zur Einsamkeit hatte, dieselbe jetzt sehr gewachsen ist.

[Bericht über das Augenleiden seiner Frau; schlechte Erfahrungen mit Ärzten.]

Von der Krankheit unserer staatlichen Zustände, von der Kanzlerkrisis will ich Ihnen einige Nachricht geben. Sie haben vielleicht in der Zeitung gelesen, daß Friedberg<sup>1</sup> in Varzin war. Der Kanzler hatte ihn hinberufen und hat dann während drei Tagen die Zukunft des Reichs mit ihm besprochen. Bismarck will also das preußische Ministerium mit den obersten Reichsbehörden verquicken und daraus eine Art von Reichsministerium bilden, welches aus der Macht<sup>2</sup> der heutigen obersten Reichsbehörden die Norm für die Stellung zum Kanzler zu entnehmen hat, während die heutige Macht der preußischen Minister das Gebiet der Tätigkeit nach unten bestimmen soll. Daß ein Mann nur dann frei und lebendig Macht nach unten entfalten kann, wenn er seiner Unabhängigkeit nach oben, d. h. wenn er seiner vollen Verantwortlichkeit sich bewußt ist, diese Wahrheit ist dem großen Staatsmann vollständig unbekannt. Deshalb sind aber auch alle seine Pläne unfruchtbar und was sich an Männern mit ihm verbindet, das sind eben halbe Naturen. Bennigsen sagte mir neulich, ich irrte mich in dem Kanzler; er könne sehr gut selbständige Minister ertragen, er hätte nur bis jetzt keine solchen gehabt, welche imstande gewesen, im Geiste des Kanzlers selbständig zu handeln. Dies wird nun Bennigsen der Welt lehren. Es muß auch solche Käuze geben.

Doch ich schweife von Friedberg und seinem übrigens ganz vertraulichen Bericht ab. Es soll nun also der Wechsel im Ministerium vor sich gehen; Finanzen, Handel und Inneres

<sup>1</sup> Der Staatssekretär im Reichsjustizamt und spätere preußische Justizminister Heinrich v. Friedberg (1813–1895). Über seinen Besuch vgl. „Gespräch mit dem Minister Dr. Friedberg und dem Reichstagsabg. Dr. Lucius vom 8. Dez. 1877“ in Bismarcks „Gesprächen“, hrsg. v. W. Andreas (Ges. Werke Bd. 8, S. 239).

<sup>2</sup> Das heißt Ohnmacht, wie Bismarck selbst erfahren hatte. (Vgl. seine Erklärung: „Schneiden Sie mir die preußische Wurzel ab und machen Sie mich allein zum Reichsminister, so glaube ich, ich bin so einflußlos wie ein anderer“ in der Reichstagsrede vom 10. März 1877.)

sollen neubesetzt<sup>1</sup>, das Reichskanzleramt aber aufgelöst werden und in seinen Atomen in jenen Ministerien aufgehen. Hofmann<sup>2</sup> müsse einfach fortgejagt werden. Friedberg frug nun: „Und wie steht es mit Stosch?“ Antwort: „Der tritt als selbständiger Minister in das Reichsministerium.“ – Ist das nicht gnädig? Der Mann glaubt, erst könne er mich treten und dann frei über mich verfügen. Ich erachte mich ganz frei von dem Gedanken, mit dem Kanzler in eine nähere Gemeinschaft zu treten; doch dies bemerke ich nur nebenher. Bismarck will nun also sich sein Ministerium neu formieren (ich weiß nur nicht, wie er die alten loswerden will, denn Camphausen und Achenbach schwören, unbedingt zu ihm zu stehen, und glauben deshalb, jedes Zeichen des Mißfallens usw. als unbedingt unberechtigt zurückweisen zu müssen) und dann dem Kaiser sagen: jetzt bin ich bereit zu kommen, aber erst entferne Nesselrode<sup>3</sup> und Schleinitz<sup>4</sup>. Diese entscheidende Forderung wird die eigentliche Krisis herbeiführen. Ob sie erfüllt wird, darüber werden Sie besser Auskunft geben können, aber ich glaube, daß der große Mann auch bei der Nichterfüllung kommt; er ist von seinen Weltverbesserungsplänen so eingenommen, er empfindet so vollständig, daß sein jetziger Rücktritt ein Fiasko aussprechen würde, daß er erst sein Organisationstalent zeigen, alles erst in Schick setzen will und dann, ein entthronter Gott, vielleicht in der Ruhe von Varzin Linderung seiner nervösen Leiden sucht. Ich denke, er ist im Begriff, sich selbst zu stürzen und unser Vaterland von seiner Last zu befreien. – Ein anderer Herr, der weniger anbetungsbedürftig auch in Varzin war und dort gerade ankam, nachdem der Hund krepitiert war, brachte die Überzeugung mit, daß der Kanzler entweder schon verrückt sei oder es in der allernächsten Zeit werde. – Haben Sie den Aufsatz von Treitschke<sup>5</sup> gelesen, wie der kalkuliert?

<sup>1</sup> Geschah im nächsten Frühjahr durch den Rücktritt von Camphausen, Heinrich v. Achenbach und Fritz Eulenburg; an ihre Stelle traten für die Finanzen 1878/79 Artur Hobrecht, für Handel Albert v. Maybach, der von 1879–1891 Arbeits- und Eisenbahnminister war, für das Innere Graf Botho zu Eulenburg.

<sup>2</sup> Karl v. Hofmann, von 1876–1879 als Nachfolger Delbrücks Präsident des Reichskanzleramts.

<sup>3</sup> und <sup>4</sup> Die von Bismarck als höfische Gegner gehaßt und bekämpften Mitglieder des Augustakreises Graf Nesselrode-Ehreshoven, der katholisch-ultramontane Oberhofmeister der Kaiserin, und der Hausminister Alex. v. Schleinitz.

<sup>5</sup> Gemeint ist wahrscheinlich die Betrachtung „Die europäische Lage am

## 16. Stosch an Roggenbach

Haus Stosch, Östrich im Rheingau, 12. August 1878

Ich bin schon in der zweiten Woche hier und habe noch nicht versucht, Sie zu sehen und zu sprechen. Dies beunruhigt mich und ich schreibe, um das lange Säumen zu entschuldigen. Ich bin nicht eher frei, bis ich die unglückliche Kurfürst-Sache<sup>1</sup> zur Entscheidung gebracht habe. Als ich von Berlin wegging, hinterließ ich in fünf Bogen mein Votum und erwartete, daß man mir das Konzept zum Bericht an den Kaiser in wenigen Tagen nachschicken werde. Es ist heute noch nicht da, weil ein Techniker mit seiner Rechnung nicht zu Ende kommt, wieviel Wasser in den ersten Minuten in den Kurfürsten eingedrungen sein müsse und ob er nicht bei richtigem Verfahren trotz des Lecks zu retten war. Sobald die Sache herkommt, Mittwoch oder Donnerstag, muß ich mich ihr ganz hingeben, bis sie von mir gezeichnet ist. Bis dahin bin ich also unfrei. Ich möchte Sie nun gar gern sprechen, ehe ich am 23. Aug. nach Berlin zurückgehe. Hier oder halbwegs oder an schönem Punkt. Geben Sie mir ein Recht, Sie durch Telegramm nach dem zu bezeichnenden Ort zu rufen.

[Wünscht nicht nach Koblenz<sup>2</sup> zitiert zu werden.] Was wird in Kissingen<sup>3</sup> gebraut?

## 17. Roggenbach an Stosch

Segenhaus, 14. August 1878

Seit die Zeitungen erzählten, Sie seien auf einige Wochen den Geschäftsräumen, wenn auch nicht den Geschäftssorgen entflohen, suchen Sie meine Gedanken in Ihrer friedlichen Zufluchts-

Jahresschlusse“ im Dezember-Heft 1877 der Preuß. Jahrbücher, in der Treitschke im Hinblick auf die „chronische Ministerkrise“ eine „eintrachtige Regierung von treuen Gesinnungsgenossen Bismarcks“ verlangt.

<sup>1</sup> Am 30. Mai 1878 war das Panzerschiff „Großer Kurfürst“ auf der Reede von Folkestone durch Zusammenstoß mit dem „König Wilhelm“ untergegangen, wodurch 256 Offiziere und Mannschaften den Tod fanden und ein Materialschaden von 7 Millionen Mark entstand.

<sup>2</sup> Das heißt zu Kaiserin Augusta.

<sup>3</sup> Bei seinem dortigen Kuraufenthalt verhandelte Bismarck mit dem Münchener päpstlichen Nuntius über einen Abbruch des Kulturkampfes.

stätte. Ist sie es doch besonders dadurch, daß dorthin der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual und auch die Freunde sie heilighalten. Nun kommt Ihr Brief und eröffnet die Aussicht einer Begegnung, vor daß neue peinliche Arbeit über Sie hereinbricht.

[Steht vom 17. an jederzeit zur Verfügung und wird Stosch in Koblenz nicht „höfischem Frondienst“ aussetzen.]

Die Wahlen<sup>1</sup> haben mir nichts Überraschendes gebracht und bestätigt, daß ohne Zentrum keine Majorität zu gewinnen ist. Das Zentrum ist und bleibt aber, auch im Falle vollkommener Verständigung mit Rom, keineswegs für alles zu haben. Am wenigsten für die Steuerprojekte. Inzwischen ficht das den frohen Mut des Kanzlers nicht an, der sich physisch sehr wohl befinden soll und in jeder Hinsicht streitbar und streitlustig scheint.

Wie sehr die Franzosen auch den Schein zu retten suchen, daß sie mit der englischen Position im Mittelmeer versöhnt seien, so ist es doch sicher, daß sie es nur dann sein werden, wenn die Engländer sie [die Position] selbst nachträglich in nichts verflüchtigen. Ich neige mich mehr und mehr der Ansicht zu, daß der Zyprische<sup>2</sup> Coup und „die Hand auf Asien“ nicht ausgleicht, was die Engländer durch Preisgebung der Zisbalkanländer und der Donaustellung an die Russen gerade im Interesse der Verteidigung von Indien aufgeopfert haben. Rußland kann man nicht mit Erfolg in Asien, sondern nur an seiner südwestlichen Grenze bekämpfen.

### 18. *Rudolf Schleiden an Roggenbach*

Freiburg i. Br., 28. November 1878

So leid es mir auch tut, auf die Freude, Sie hier wieder zu begrüßen, noch für längere Zeit verzichten zu müssen, so lassen sich gegen die Gründe, welche Sie fernhalten, doch keine trif-

<sup>1</sup> Die nach dem Nobilingschen Attentat durch Reichstagsauflösung nötig gewordenen Neuwahlen vom 30. Juli 1878, in denen sich die Umgruppierung der Parteien und das Ende der liberalen Vorherrschaft ankündigte.

<sup>2</sup> Die Verstärkung der englischen Mittelmeerstellung durch die Besetzung von Zypern, die der Berliner Friedensvertrag enthielt.

tigen Einwendungen erheben. Haben Sie besten Dank dafür, daß Sie mich wenigstens durch einen höchst interessanten Brief für Ihr Ausbleiben zu entschädigen gesucht haben.

Geffcken, der mich am Sonntag besuchte und Ihr Ausbleiben um so mehr bedauerte, weil er sich von Ihnen halb und halb vergessen glaubt, urteilt über die elsaß-lothringischen Verhältnisse fast ebenso traurig wie Sie dieselben schildern. Er hat, wie er mir sagte, dem Kronprinzen die von diesem für beachtenswert erklärte Idee hingeworfen: Metz und den ganzen französisch sprechenden Teil von Lothringen später unter der Bedingung an Frankreich zurückzugeben, daß dieses dafür erwirke, daß Luxemburg als selbständiger Bundesstaat dem Reich beitrete und die zerstörten Festungswerke Luxemburgs wiederhergestellt würden, wozu dann meines Erachtens wohl noch jedenfalls eine halbe oder ganze Milliarde kommen müßte, um auf dem uns verbleibenden Teile Lothringens ein Trutz-Metz zu errichten.

Das Erfreulichste, was ich von G[effcken] erfuhr, ist die ihm auf in Berlin eingezogene Erkundigungen angeblich aus zuverlässiger Quelle zugegangene Nachricht, daß der Deutsche, welcher sich unlängst in Amiens entleibte, weil er sich nicht zur Ermordung unseres Kaisers entschließen konnte, verrückt gewesen sei. Die Richtigkeit dieser Nachricht scheint dadurch bestätigt zu werden, daß man jede Veröffentlichung über das erschreckende Ereignis sorgfältig verhütet hat, während man sonst wahrscheinlich politisches Kapital daraus geschlagen haben würde. Sie werden gewiß in Karlsruhe Gelegenheit haben, mit Bestimmtheit zu ermitteln, ob, wie ich hoffe und wünsche, Geffckens Nachricht wirklich begründet ist.

Sehr begierig bin ich, ob der Kaiser sich entschließen wird, die Regierung jetzt wieder selbst<sup>1</sup> zu übernehmen. Je mehr ich über die Lage nachdenke, desto mehr neige ich mich der Ansicht zu, daß es dem Interesse des Reichs am meisten entsprechen würde, wenn er sofort zugunsten seines Sohnes ganz abdizierte. Solange der alte Herr lebt und Bismarck allmächtig bleibt, wird allerdings in unserer auswärtigen Politik schwerlich irgend

<sup>1</sup> Nach dem Nobilingschen Attentat vom 2. Juni 1878 hatte der Kronprinz die Stellvertretung seines Vaters übernommen.

etwas geändert werden. Aber dieses Bestreben muß, meine ich, doch dahin gerichtet sein, die russische Alliance sobald wie möglich durch eine Alliance mit England und Österreich zu ersetzen, und ich möchte glauben, daß das auch den Ansichten des Kronprinzen entspricht, die Sie genauer kennen als ich. Auch in unsere inneren Verhältnisse würde gewiß durch einen Regierungswechsel rasch größere Klarheit kommen, deren wir so sehr bedürfen.

... Hoffentlich ist es mir nach nicht zu langer Frist wieder einmal vergönnt, mich mündlich mit Ihnen zu unterhalten.

### 19. Roggenbach an Stosch

Karlsruhe, 3. Dezember 1878

Ich schreibe Ihnen, um Ihnen zu sagen, daß ein Zufall heute vormittag, als ich gerade längere Zeit allein mit dem Kaiser und der Kaiserin im Schlosse war, veranlaßte, daß der Kaiser auf den „Großen Kurfürsten“ zu sprechen kam und dabei äußerte, daß er gar nicht wisse, wie der Stand der Sache sei. Die Kaiserin bemerkte dabei, daß sie fürchte, Sie hätten Unannehmlichkeiten durch die Angelegenheit mit Ad. Werner zu bestehen gehabt. Das Gespräch erlaubte, daß ich darauf nach dem, „was ich von einer gut unterrichteten Person erfahren habe“, mitteilen konnte, was notwendig war, die ganze Auffassung des hohen Herrn richtigzustellen, insbesondere darüber, daß die ganze Sache keineswegs von der Admiralität verschleppt und vertuscht werden wollte, sondern daß umgekehrt das ungenügende und unvollständige Gutachten der Havariekommission eine Nachuntersuchung notwendig machte, um die Verschuldung festzustellen, welche das Gutachten der Havariekommission nur in dem System habe finden wollen, während unzweifelhaft grobe Vernachlässigungen die einzelnen Personen trafen, denen die Führung des „Großen Kurfürsten“ und des Geschwaders anvertraut worden sei.

Der Kaiser sagte, es sei ihm sehr lieb, das zu hören, da er nur aus den Zeitungen unterrichtet sei und nur wisse, daß Adolf Werner sich von dem Verdacht, der Verfasser des ersten Artikels zu sein, durch Nennung des wahren Verfassers gereinigt habe.

Ich glaube, daß es vielleicht von Interesse für Sie ist, diesen harmlosen Zwischenfall zu kennen, wenn Sie ihn selbstverständlich in jeder anderen Richtung ignorieren müssen. Ich besorgte nämlich, der Aufenthalt des K[aisers] in Wiesbaden könnte von W[erner] benutzt worden sein, eine für seine Sache günstige Disposition zu schaffen, die wenn auch nicht von erheblichem Einflusse, doch immerhin nicht gleichgültig ist.

Das Befinden des Kaisers finde ich weniger gut als in Baden, wo er elastisch war, während er jetzt müde, unbeholfen und eher etwas aufgedunsen aussieht, so daß ich mich nicht wundern würde, wenn sich langsam eine Wassersucht ausbilden würde. Da bestimmt versichert wird, der Kaiser habe selbst dem Kronprinzen wiederholt geschrieben, daß er einen feierlichen Einzug nicht wünsche, so begreife ich nicht, wie man den alten Mann den Strapazen einer so geschmacklosen Feier aussetzen mag, die denn auch im übrigen Deutschland bei den vorliegenden Verhältnissen eine fast einstimmige und, wie mir scheint, sehr berechtigte Verurteilung erfährt.

Es ist eine charakteristische Signatur der Zeit, daß gegenüber dem schrecklichen Ernste der wirtschaftlichen und sozialen Notlage gleichzeitig mit den verstärkten Polizeimaßregeln die Frivolität der herrschenden Klassen an das Saufgelage eines Kommerses und an die kindische geschmacklose Feier eines Dekorationsfestzuges<sup>1</sup> denken kann, – in dessen Mitte der zum Krüppel geschossene Kaiser mit 60 Schrotkörnern im Leibe, mit dem Arm in der Binde einherzieht. Die ganze polizeiliche Behandlung der sozialdemokratischen Frage vom Tage des Attentates an finde ich impotent, das Sozialistengesetz unbegriffen. Jede tatkräftige Regierung würde sofort nach dem Attentate die Personen, auf die sie Verdacht der Gefährlichkeit hatte, gegriffen und sich darauf verlassen haben, Material genug zur Fundamentierung eines Hochverratsprozesses zu finden. Jedenfalls hätte sie Ziele und Wege der ganzen Gesellschaft kennen lernen. Sie hätte ein Gesetz über veränderten Strafvollzug für den Fall notwendiger Massenverurteilung vorgelegt und die Ermächtigung nachgesucht, denselben eventuell in einer

<sup>1</sup> Der feierliche Einzug des wiederhergestellten Kaisers in Berlin fand am 5. Dezember in würdiger Form unter allgemeiner Beteiligung statt.



Strafkolonie, irgendwo – etwa in den Moorgegenden Frieslands – zu vollziehen. Endlich hätte sie einen polizeilich überwachten Internierungsbezirk geschaffen und niemand ausgewiesen, den sie nicht auch eingewiesen hätte. Solches elendes Machwerk als die jetzige Behandlung habe ich gar nicht für möglich gehalten.

Die europäische Lage sehe ich in den letzten Tagen etwas günstiger an, das heißt ich könnte mir denken, daß es doch noch möglich sein wird, den großen Krieg im nächsten Frühjahr zu vermeiden.

... Um noch einmal auf die Marine und die Untersuchung in bewußtem Falle zurückzukommen, muß ich konstatieren, daß das allgemeine Urteil die endliche Erledigung der Sache in einer der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Verhandlung verlangt, die freilich mit den kriegsgerichtlichen Traditionen der Landarmee in Widerspruch steht.

## 20. Roggenbach an Stosch

London, Brunswick Hotel, Jermyn street, 17. Juni 1879

Ihr lieber Brief hat mich erfreut, betrübt und erschreckt. Das erste, weil er von Ihnen und Ihrem treuen Herzen kam. Das zweite, weil ich Sie nicht sehen konnte durch meine Abwesenheit von Segenhaus. Das dritte, weil Sie physisch und moralisch belästigt sind. Zu dem ersten gibt Ihre bisherige Gesundheit und Ihre Jahre keine Berechtigung; zu dem andern müssen wir stillehalten und mit einem kräftigen Fluche die elektrische Ladung der Seele erleichtern. Ich will es für Sie aus voller Seele sagen: der Teufel hole alle die Intriganten, die bösen Nattern, die im Reichszentrum jedes gesunde Leben unmöglich gemacht. Fluch vor allem aber den elenden Schwächlingen, die solchen Zustand möglich machen, und Fluch vor allem der Geduld, Leider singt nun aber kein Chor wie im Faust: „er hat sie zerschlagen, die schöne Welt“, sondern das Scheußliche ist, daß die ganze Berliner Sippe noch lange und mehr wie je unsere Geschenke verderben wird und von allem Unheil, das noch über alle und einzelne kommen wird, gar kein Ende abzusehen ist. Ich genieße hier meine Abwesenheit aus Deutschland in vollen Zügen, gern wie ich Land und Leute und ihren gesunden

Menschenverstand habe. Ich habe sechs Gläser Mineralwasser auf dem Wege hierher getrunken und bekämpfe deren etwaige schädliche Wirkung mit solider englischer Nahrung, während die gute immerhin bleiben möge. So sind acht Tage hingegangen. Über meine nächste Zukunft kann ich wenig sagen, da mein engerer Landesherr mir sagte, er wolle den Erbgroßherzog herüberschicken mit seinem Hauptmann Sommer, wenn ich ihm etwas behilflich sein wollte bei seinen ersten Schritten auf dem hiesigen Terrain. Ich wollte ihm, nachdem ich ihm soviel abgeschlagen habe, das nicht auch abschlagen. Tue das überhaupt nicht, wo es sich um einen menschlichen und gemüthlichen Dienst<sup>1</sup> handelt. Wie weit mich das führt, kann ich noch nicht übersehen. Ich suche ein anderes Quartier, da ich hier nicht behaglich bin, und schreibe Ihnen, sowie ich fixiert bin.

### 21. Roggenbach an Stosch

St. James Hotel Piccadilly, Sonntag, 10. August 1879

Ihre freundlichen Worte aus Östrich waren mir ein wahrer Trost in meiner Sorge um Sie und den Verlauf der unseligen Untersuchungssache inbetreff der Katastrophe von Folkestone. Ich sah hier, wie auch die englische Presse mit immer neuen Lügen gegen das System Stosch fort und fort gefüllt wurde, und besorge, daß schließlich die Lüge über die Wahrheit siegen könnte. Ihr Brief gibt mir neue Hoffnung. Wie freilich der Geist, der solches Getreibe möglich machte, gebessert werden soll, ist eine andere Frage.

Die Aussicht, Ihnen zu begegnen und mit Ihnen zu sprechen, genieße ich im voraus als Freude und Hoffnung . . .

Ich trieb mein Steckenpferd, die Frage der niederen Preise als notwendige Folge des Währungswechsels, vor englischen Sachverständigen und glaube auch in der Tat die Ansichten über diesen wichtigsten Gegenstand unseres wirtschaftlichen Lebens einigermaßen modifiziert zu haben. Das ist ein mich befrie-

<sup>1</sup> Ein Dankbrief der Großherzogin Luise vom 6. Juli 1879 bezeugt, wie sehr sie diesen ihrem Sohne geleisteten Dienst zu schätzen wußte. Erwähnenswert ist dabei u. a. ein Besuch bei Max Müller, dem alten Freunde Roggenbachs, in Oxford, und bei Salisbury in Hatfield.

digendes Gefühl. Ich besorge fast, der Reichskanzler könnte auf meine Wege in der Sache geraten. Er würde dann eine gesunde und notwendige Maßregel mit gerade soviel Unsinn und Grille versetzen, um sie zu verderben. Darum plädiere ich auch für eine internationale Kommission zur Untersuchung der Frage, wie den Schwankungen im Werte der edlen Metalle und ihres störenden Einflusses auf den Warenmarkt zu begegnen sei. Jede Einzelmaßregel einer Regierung verfährt die Frage nur noch ganz.

Ich war trotz der mich natürlich vielfach störenden Nebenaufgabe doch sehr befriedigt von dem hiesigen Aufenthalt, da er mich zunächst einmal aus Deutschland fernhielt, wo ich mich ohne Nutzen über alles, was ich sah, verdrossen hätte. Dann gibt es hier immerhin auf allen Gebieten Menschen, mit denen sich menschlich sprechen läßt, die Freiheit der Gedanken, eigenes Urteil haben und ertragen, ohne den Gegner zu verketzern. Zudem ist der Augenblick traurig interessant wegen der Beobachtung des Verlaufs des wirtschaftlichen Rückganges. Endlich war es mir auch nicht unwichtig, einmal auswärtige Politik vom hiesigen Standpunkt beurteilen zu können und die Naivität von neuem festzustellen, die dieselbe ewig hier beherrschen wird. Diese berechnete Eigentümlichkeit hob Prinz Albert immer besonders hervor. Es wird nie anders werden. H. H. Meier<sup>1</sup> war eben bei mir und erzählte über die Wirkung der Zollgesetzgebung, soweit sich solche überhaupt jetzt schon fühlbar macht.  $2 \times 2$  wird eben auch trotz Kanzlerwille niemals  $\int$  geben.

## 22. Stosch an Roggenbach

Berlin, 18. August 1879

Tausend Dank für Ihren interessanten und herzlichen Brief. Die darin eröffnete Aussicht, mich vom 20.—28. Aug. in Östreich mal aufzusuchen, ist köstlich, aber ein neidisches Geschick stellt sich zwischen Absicht und Ausführung. Ich werde hier fest-

<sup>1</sup> Hermann Heinrich Meier (1809–1898), der Bremer Großkaufmann und Begründer des Norddeutschen Lloyd, mit Roggenbach durch freihändlerische Überzeugung verbunden.

gehalten und kann nicht darauf rechnen, vor dem 23. September wieder an den Rhein zu kommen. Ich hoffe, daß Sie dann ebenso gut gesinnt sind wie jetzt, widrigenfalls ich Ihnen nachreise, und Sie auf irgendeinem Fleck der Erde stelle. Gern wäre ich sofort wieder zurückgegangen, denn es ist entsetzlich hier.

Nicht nur Luft und alle Verhältnisse sind entsetzlich, sondern die Menschen schrecken ab. Niemand hat einen frohen Blick in die Zukunft; selbst der siegessicherste protestantische Zelot hat noch die Sorge, Bismarck könnte ihn am Ende doch daran hindern, die Seligkeit dieser Welt durch Lebendigmachung des Teufels wiederherzustellen. Puttkamer<sup>1</sup> in seiner Rede in Köslin zeichnet die Situation ganz präzise: „Ich möchte wohl, aber ich kann nur tun, was der Kanzler will, und was dieser will, das tue ich unbedingt und mit der ganzen Glut meiner Überzeugung.“ Es scheint, als hätten alle vernünftigen Menschen die Kraft des Widerstandes verloren<sup>2</sup>, und ich fürchte entsetzliche Wahlen. Eine Opposition wird nur unter der Flagge: Weg mit Bismarck! zustandekommen; jede andere Nuance ist augenblicklich ohne Vertrauen zu sich selber.

Ich war neulich im Neuen Palais; da herrscht entsetzliche Niedergeschlagenheit. Frau Kronprinzeß gab mir auf, Ihnen viel Schönes zu sagen. Sie geht nach Römerbad bei Cilly in Steiermark. Er hat einen sich stets erneuernden Ausschlag am Fuß und kann nichts unternehmen. Sie können sich denken, wie bei dem fehlenden Sinn für Selbstbeschäftigung ihm das Leiden schwer fällt. Ich habe ihm gesagt, er soll sich still hinlegen und den Fuß rein halten, dann ginge das Blut weg und der ewige Reiz weg; aber so einfache Mittel gelten bei Fürsten nichts. Die Inspizierung in Bayern wird wohl wegfallen und ein Grund mehr vorhanden sein, um zu klagen, daß das Unglück ihn verfolge.

<sup>1</sup> Robert v. Puttkamer (1828–1900) als preußischer Kultusminister und Gegner seines liberalen Vorgängers Falk.

<sup>2</sup> Die gleiche Feststellung bei fast allen Führern des Linksliberalismus bis weit in die Mitte hinein in den von Wentzcke gesammelten Briefstimmen, besonders zugespitzt bei Rudolf Schramm, der am 20. Juli an Roggenbach schreibt: „Deutschland wird ein Adels- und Pfaffenstaat und Frankreich erlangt wiederum das moralische Übergewicht in Europa, wenn wir uns nicht rühren“; deshalb „Gegendiplomatie“ in allen Fällen, wo „Bismarck gegen die Interessen der Nation und der Freiheit agiert“ mit Hilfe eines von ihm (Schramm) propagierten Zeitungsprojekts, das aber unausgeführt blieb.

Segenhaus, 31. Dezember 1879

Ich kann das Jahr nicht enden und Sie über die Schwelle eines neuen treten lassen, ohne Ihnen meine treuesten Wünsche für Ihr und der Ihrigen Wohlergehen mitzugeben. Das abgelaufene hat sich nicht den Nachruhm übergroßer Menschenfreundlichkeit erworben und das neue hat viel gut zu machen für alle und einzelne. Auch Ihnen möge es in freudiger Befriedigung bezahlen, was 1879 an Mißmut und Verdruß gebracht hat, und vor allem möge mit ihm auch der bittere Nachgeschmack begraben sein, den unverdiente Kränkung in einem edlen Gemüte zurückläßt.

Ich fürchte freilich, die nächsten zwölf Monate werden uns in der Lage des leichtsinnigen und übermütigen Schuldenmachers finden, dem die verfallenen Wechsel seiner eigenen Torheit präsentiert werden. Das ganze Kartenhaus unserer angeblich dominierenden europäischen Stellung, von dem wir auf dem Berliner Kongresse einen so kläglichen und unverständigen Gebrauch gemacht haben, bröckelt langsam ab und zeigt uns in einer sehr gefährlichen Lage. Der kühne Griff nach einem Strohalm in der österreichischen Allianz<sup>1</sup> hindert nicht, daß wir eben doch nur nach einem Strohalm gegriffen haben, nicht nach einer festen Stütze. Die neuste Wendung in Frankreich<sup>2</sup> kann niemand überraschen, der sich nicht der Illusion hingab, es könne ein großes Land voll Selbstgefühl auf die Länge sich durch Dekorationsfiguren à la Waddington<sup>3</sup> in seinen Geschicken bestimmen lassen. Niemand in ganz Frankreich war darüber zweifelhaft, daß die Gewalt von den Händen dieser zum Lavieren vortrefflichen, zum Handeln ganz unfähigen Girondistenepigonon früher oder später durch die Durchgangsphase Freycinet in die Hände von Challemeil-Lacour<sup>4</sup> und

<sup>1</sup> Das deutsch-österreichische Bündnis, das Bismarck und Andrassy gegen die gemeinsame russische Bedrohung zustandegebracht hatten.

<sup>2</sup> Am 21. Dezember war das Ministerium Waddington zurückgetreten; die neue, kurzlebige Kabinettsbildung übernahm Freycinet, der Freund Gambettas.

<sup>3</sup> William Henry Waddington (1826–1894) hatte Frankreich auf dem Berliner Kongreß vertreten und die auswärtige Politik von Dezember 1877–1879 geleitet.

<sup>4</sup> Paul Amand Challemeil-Lacour (1827–1896), Journalist und Diplomat, 1879 Gesandter in Bern, von 1880–1882 in London.

Genossen, den Kontrahenten der russischen Allianz, übergehen würde und daß die Nuance, die mit England à tout prix gutstehen wollte, über Bord gehen würde. Die zwei Fragen von Bedeutung, die zu untersuchen der Mühe wert sind, sind nun: kann der Reichskanzler via Erneuerung des Dreikaiserbundes die Realisierung der eventualiter zwischen Orlow<sup>1</sup> und Challemeil-Lacour-Gambetta in Genf stipulierten Präliminarallianz hintertreiben? Die andere ist: welche Rückwirkung wird der französische Selbstständigkeitsversuch in auswärtiger Politik in seiner Rückwirkung auf den Orient, Ägypten, Griechenland und die Frage der italienischen chronischen Ländergier auf die englische Politik ausüben?

Das erste Auskunftsmittel, die Rekonstruktion des Dreikaiserbundes, scheint mir bei dem Hasse, der in Petersburg gegen Bismarck vorwaltet, sehr schwer, auch wenn der Kaiser wollte. Die Koterie Schuwalow-Walujew<sup>2</sup> ist personell zu schwach an Zahl und als Bismarckfreunde gebrandmarkt. Auch würden die Opfer, die gezahlt werden müßten, zu teuer sein. Jedenfalls müßte der vielgefeierte, sogar gemalte Berliner Kongreß dann ebenso feierlich an den Pranger gestellt werden, was doch hart für B. sein würde.

Was nun die englische Politik angeht, so glaube ich nicht, daß ein Ministerium, das durch die Zypernpolitik den Keim des Zerwürfnisses mit Frankreich gelegt, und seiner Liebhaberei für die Pforte die Zukunftsinteressen der Griechen und Bulgaren geopfert, sich überhaupt wird bei Tage sehen lassen können, wenn die Pforte es fortwährend behandelt, wie sie seit dem Berliner Kongresse tut. Das ist gegen den englischen common sense und John Bull folgt dann um so lieber Gladstone<sup>3</sup>, wenn er ihm mit der rekonstruierten französischen Allianz die Notwendigkeit des großen Krieges vom Halse hält.

<sup>1</sup> Der russische Botschafter in Paris, Fürst Nikolai Alexejewitsch Orlow.

<sup>2</sup> Peter Alex. Walujew (1814–1890), russischer Domänenminister von 1872 bis 1877, dann Präsident des Ministerkomitees, deutschfreundlich, stand in vertraulichem Briefwechsel mit dem Vorleser Wilhelms I., Louis Schneider, der ihn fortlaufend über preußisch-deutsche Politik informierte. (Vgl. K. Stählin, Die Briefe L. Schneiders an den russischen Domänenminister Walujew, Hist. Z. Bd. 155, S. 296 ff.).

<sup>3</sup> Der hier prophezeite Wiedereintritt Gladstones erfolgte im nächsten Frühjahr mit der Bildung seines zweiten Kabinetts im April 1880.

So klug wird aber Gambetta schon sein, daß er Rußland bewegt, in Mittelasien zur Zeit Ruhe zu halten und für Konstantinopel zur Zeit nicht bedrohlich zu sein. Er bewegt dann gerne auch die Türken, den Unifikationsbestrebungen Ostrumeliens mit Bulgarien nicht entgegen zu sein, um so weniger als damit die österreichischen Velleitäten in der Richtung nach Saloniki gründlich beseitigt werden.

Die Tendenz der Gambetta-Gladstoneschen Politik geht somit dahin, einen Konflikt zwischen England und Rußland zu vermeiden und für England unter feierlicher Abschlichtung der theatralischen „imperial policy“<sup>1</sup> des Berliner Kongresses eine erwünschte Neutralität anzubahnen.

Mit andern Worten: Frankreich bezahlt als Preis für die Russische Allianz die Zerstörung des Berliner Kongreßwerkes, dieses Prachtstückes politischer Unfähigkeit, wie Bismarck bisher Rußland mit den Fetzen des Pariser Vertrages von 1856 gekauft hatte. Wurst wider Wurst. Die Folge ist, daß wir uns den beiden Nachbarn in Ost und West gegenüber mit Österreich allein auf der Mensur befinden und wenig Hoffnung haben dürfen, mehr als eine notdürftige Passivität kleiner Nachbarn zu erzielen. Auch die Freundschaft des italienischen Königspaares zu den kronprinzlichen Herrschaften dürfte in dieser Konstellation sich gegenüber dem Drängen der Partei der nationalen Ambition ziemlich machtlos erweisen. Ich will nun nicht gesagt haben, daß russische und französische Heerscharen an und für sich allzu fürchterlich wären. Immerhin kann man sich darüber nicht täuschen, daß unser bestimmender Einfluß in Europa zur Zeit absolut gering ist und sich durch diese wenig wohlwollende Verbindung unserer Nachbarn vollkommen paralysiert findet.

Was die inneren Zustände betrifft, so dominiert die allgemeine Not so sehr alle übrigen Interessen, daß von denselben kaum die Rede sein kann. Nicht nur die kostbaren Weintrauben Ihres Rheingeländes sind nicht reif geworden, auch die Kartoffeln sind auf große Strecken noch im Boden gewesen, als der Frost einfiel, und mancher Morgen Hafer stand noch unreif auf dem Halm. Verdienst gibt es keinen, was auch die großen Fabrikantenorgane von dem Aufblühen der Industrietätigkeit erzählen.

<sup>1</sup> Gemeint ist die imperialistische Politik Disraëlis.

Wäre es ebenso wahr als es falsch ist, so träfe es immer nur für wenig Großindustrien zu und deren nach Tausenden zählende Arbeiterklasse, während die nach Millionen zu schätzenden Massen nur um so schlimmer daran sind. Unter diesen Umständen macht es einen peinlichen Eindruck, wenn unter dem Lärmen der offiziellen Wohltätigkeit für Oberschlesien die ganz gleiche Not anderer Distrikte totgeschwiegen wird.

Doch genug der unfruchtbaren Klage. Das Sprichwort sagt zwar nur: „Not lehrt beten“; vielleicht gibt sie dem Deutschen aber auch den Verstand zurück, den er so ganz verloren zu haben scheint.

#### 24. An Stosch

Ehnerfahrau b. Schopfheim, 27. Februar 1880

Was werden Sie von mir denken? Für so inhaltreiche gute treue Briefe und die übersandte Broschüre habe ich Ihnen zu danken und wie lange habe ich warten lassen mit meiner Antwort! Und doch hatte ich Sie und die Ihnen bereitete Lage fort und fort, Tag und Nacht auf dem Herzen und zweimal hatte ich schon begonnen, Ihnen zu schreiben, als das Ende durch unfreiwillige Unterbrechung verzögert wurde, bis der Anfang veraltet war. Der langen Rede kurzer ernster Sinn bleibt, daß ich sehr um Sie besorgt bin, weil ich besorgt bin, der große stille Minierer findet nur zu viele Helfershelfer, Ihnen die Existenz in Ihrer Stellung fast unmöglich zu machen. Mehr wie je aber wünscht er, Sie los zu sein, auf daß in dem dynastischen Molluskenelend der letzte Halt eines entschlossenen festen Willens entzogen werde. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen. Ich kann es mir nicht verhehlen, wie entschieden ungünstig für Sie in der öffentlichen Beurteilung die Zwangslage des Gebundenseins in allen Erklärungen in der unseligen Angelegenheit wirkt. Ich frage mich, gibt es kein Mittel, diese Fesseln zu sprengen und dem Feinde die Angriffspunkte nicht offen zu lassen, wo er wünschen wird . . . Ich weiß nicht, ob es nicht sehr ungünstig wirken wird, wenn in der Diskussion auf erfolgende Angriffe nicht das letzte Wort frisch, frank und frei gesagt werden darf . . . Dieses Gewebe von Intrigen kann nur mit fester Hand zer-



rissen werden . . . Ich wünschte, ich könnte auf ein paar Stunden an Ihrer Seite fechten. Heraus mit dem Flederwisch, es wäre eine wahre Freude. Was Sie nicht sagen können, müßte doch ein indiskreter Freund contra Hänel auffahren lassen.

Ich bin leider für ein paar Tage noch von meinen Zeitungen getrennt, gehe aber wieder an den Rhein und erlebe von da Stunde für Stunde mit Ihnen.

Auf der Reise hierher sah ich Geffcken in Straßburg, halte ihn über dem Graben. Aber er scheint sehr krank gewesen zu sein und wird noch lange der äußersten Schonung bedürfen. Es war Lungenentzündung mit Gelbsucht.

Über den Statthalter hörte ich nichts von ihm (Geffcken, dazu war er noch zu krank und sprechunfähig), aber von sonst guter Quelle, daß er seine Stellung mit verblüffender Naivität auffasse, als lasse sich mit Gastfreiheit das Elsaß germanisieren. Er begegnet daher der entschiedensten Feindseligkeit der deutschen Beamten und partiell dem passiven Widerstand, auch wohl dem siegesbewußten Lächeln vielerfahrener Gladiatoren in einer Arena, in die schon mancher hinabstieg mit dem Traum und wohl auch der unbedachten Rede: „Wartet nur; ich werde . . .“ Die Guten, wohlunterrichtet, daß dem obersten Meister gar kein Verdruß geschieht, wenn Manteuffel<sup>1</sup> sich den Hals bricht, denken fast laut das Sprüchlein ihres Inneren: Apage!

Aus Frankreich sind die Berichte aus Kreisen verständiger Republikaner absolut friedlich. Es fragt sich nur, ob irgendein harmloses Ereignis nicht die Lawine ins Rollen bringt, die über unserm Haupte hängt, und die unsere österreichische Verbindung, gegen die ich im ganzen nichts habe, nicht aufhalten wird.

Die Notizen, die Sie mir über die inzwischen Tatsache gewordene Verlobung<sup>2</sup> anvertraut haben, sind mir neu und sehr interessant. Ich hatte geglaubt, die Initiative in der Sache wäre in der Tat von dem jungen Mann ausgegangen, und ich hatte ihm zuge-  
traut, mütterlichen Einflüssen an und für sich entgegen zu sein. Meine Nachrichten<sup>3</sup> waren der Person der jungen Prinzessin nicht absolut günstig: soubrettenhaft, würdelos und ohne feste

<sup>1</sup> Edwin v. Manteuffel.

<sup>2</sup> Des späteren Kaisers Wilhelm II.

<sup>3</sup> Aus unbekannter, offenbar übelwollender Quelle.

charakterverbürgende Haltung. Ich fürchte, das Paar ergänzt sich in diesen Eigenschaften. Wo soll aber der Verstand herkommen, der doch auch dazu gehört, wenn man eine so schwierige Erbschaft zu regulieren hat. Dem Reichskanzler kann, glaube ich, die Sache schon recht sein. Wir ändern werden gut tun, das Wohl und die Rettung des Vaterlandes von anderen Kräften zu erwarten und andere Hilfe in unserm moralischen und politischen Elend zu suchen, das wir den erneuten Glanz deutscher Reichsherrlichkeit zu taufen beliebt haben.

25. An Stosch

Ehnerfahrau b. Schopfheim, 15. Juli 1880

Ihr lieber Brief, der einer stillen Sehnsucht nach Nachrichten von Ihnen in so liebenswürdiger Weise Befriedigung brachte, traf mich hier in der Wildnis des Schwarzwaldes. Ich bin seit fast sechs Wochen hier und besehe mir die Welt vom Standpunkt eines Regierten. Ob das günstig für mein Urteil und den Charakter ist, überlasse ich der Nachwelt mit Gerechtigkeit zu beurteilen. Die verfrorenen Nuß-, Apfel- und Kirschbäume, die bei uns das Leidensgeschick Ihrer Reben und Spaliere erduldet haben, scheinen immerhin vor allem, was im Deutschen Reich noch aufrecht steht, das voraus zu haben, daß sie den Schritt ins Unbekannte, wo es keine reichskanzlerischen Experimente mehr gibt, hinter sich haben. Freuen wir uns demungeachtet an dem, was noch ist und wird, und mir kommt vor, daß wir in den letzten Monaten ein gut Stück weitergekommen sind in der inneren Befreiung von dem Alp, der auf der Denkkraft und dem Gewissen des deutschen Volkes gelegen hat. Insofern bin ich guten Muts und guter Dinge und gar nicht abgeneigt, auch noch in meiner bescheidenen Weise mitzuspielen. Diese Velleität ist wahrscheinlich der Effekt der Waldluft und der Einsamkeit, die ich bisher genossen und die auch für Sie vortrefflich wäre, könnte eine so bescheidene bachelor Wohnung Sie einige Tage besitzen.

[Erwägungen eines möglichen Wiedersehens.]

Das Nachspiel des Berliner Kongresses gefällt mir so wenig als das Vorspiel. Was geht um des Himmelswillen der Hader

zwischen Griechen und Albanesen<sup>1</sup> dieses altersschwache kindische Europa und seine großmächtlichen Jammermänner an, daß letztere sich so tollwütig zu einer sicheren Blamage<sup>2</sup> herandrängen. Hoffentlich steckt soviel Nerv in den Albanesen, daß sie einen Strich durch dieses scheußliche Operat machen. Blut ist ein gar wunderbarer Saft, nach Mephistos Rezept.

## 26. An Stosch

Ehnerfahrau b. Schopfheim, 10. Dezember 1880

Was werden Sie, was müssen Sie von mir denken? Mögen Sie alles tun, was Sie wollen, nur das eine tun Sie nicht — zweifeln an meiner unwandelbaren treuen Freundschaft und Ergebenheit für Sie. Es ist Tatsache, daß seit ich Ihnen nicht schrieb, ich Ihnen im Geiste alle Tage geschrieben habe. [Will nicht alle Gründe seiner Verhinderung anführen und bittet um Indemnität.] In der Voraussetzung, daß Sie mir diese gewähren, gehe ich in medias res, denen ich, wie Sie denken können, mit großer Spannung gefolgt bin.

Ich betrachte zunächst die äußere Lage. Sie kennen meine Ansicht über die prekäre Natur der Unterstützung, die das österreichische Bündnis uns gewährt, wenn wir Österreich oder Österreich uns in eine Orientpolitik fortreißt, die keine weitere Unterstützung in Europa findet und finden kann. Es erscheint mir unter diesen Umständen als eine relative Besserung der Lage, daß wir den Türken zu einem Anfall von Vertrauen verführt haben und verführen konnten. Nicht minder günstig ist es, daß die fortdauernde Friedensbedürftigkeit und das leidenschaftliche Parteigezänke in Frankreich jede aktive Politik<sup>3</sup> dort aus-

<sup>1</sup> Es handelte sich in Ausführung der Stipulationen des Berliner Kongresses um Grenzstreitigkeiten der Türkei mit Montenegro um albanische Distrikte und mit Griechenland um Thessalien und Epirus. Eine Berliner Konferenz der Großmächte, die am 18. Juni 1880 zusammentrat, sollte sie ohne Zuziehung der Streitenden durch einen Machtspruch erledigen.

<sup>2</sup> Die Blamage trat ein durch das völlige Fiasko einer untätigen englisch-französisch-russischen Flottendemonstration vor Dulcigno.

<sup>3</sup> Zu der folgenden sehr zutreffenden Beurteilung der französischen Politik und ihrer entscheidenden Faktoren vgl. die bestätigende Darstellung Hantaux' in seiner „Geschichte des zeitgenössischen Frankreich“, Bd. 3, im 9. Kapitel.

schließt und daß die gegenwärtigen Leiter der französischen Politik dadurch auch alle englischen Anwandlungen, der Bismarckschen Hegemonie auf dem Kontinente ein Paroli zu biegen, durchkreuzt haben. Gambetta hält sich zurück, weil er diese französische Friedenssucht kennt und gelegentlich des Generals Thomassin<sup>1</sup> erfahren hat. Vielleicht wird er sich so lange zurückhalten, bis sein Augenblick vorbei ist. Dieser Verlauf ist ein nicht geringes Glück für uns und führt uns über eine sehr gefährliche Zeit hinweg, bis vielleicht in England ein nochmaliger Parteiwechsel weniger entschiedene Gegner unserer augenblicklichen Methode der Behandlung der europäischen Händel ans Ruder bringt. Die Frage bleibt: wie lange verbleibt eine so bewegliche Nation wie die französische in ihrer scheinbaren Apathie, zumal dieselbe von dem Instinkte veranlaßt ist, daß ein Einmischen in Nebenfragen die Freiheit der Aktion in der Hauptfrage, der Abrechnung mit Deutschland, gefährden könnte. Man kann der Meinung sein, daß die prekäre Lage der deutschen Beziehungen zu allen Großmächten, außer Österreich, einen Anreiz für Frankreich enthält, sich nach Kombinationen umzusehen, die uns feindlich sind. Freilich nicht, solange Barthélemy St.-Hilaire<sup>2</sup> die Batterien mit seinem metaphysischen Nimbus deckte. Immerhin haben wir so manövriert, daß man schwerlich etwas einwenden kann, wenn man uns vorsagt und gar noch beweist, daß unsere militärische Schwäche so groß ist, noch weitere Rüstungen notwendig zu machen. Den Tag, welchen auszusuchen wir Frankreich zu überlassen scheinen, werden wir diese Kraftanstrengung brauchen können, weil wir ohnehin dann schwerlich den letzten Taler in der Tasche haben werden und weil es mindestens zweifelhaft ist, ob wir Österreich dann noch an der Seite haben werden. Es gibt in Wien und Pest falsche Freunde in Menge, die dann raten könnten, sich

<sup>1</sup> Ein zur Reorganisation der griechischen Armee bestimmter Offizier, dessen Mission gescheitert war.

<sup>2</sup> Saint-Hilaire (1805–1895), ehemaliger Professor der griechischen und römischen Philosophie am Collège de France und Verfasser einer „Metaphysik“, später Generalsekretär des Präsidenten Thiers, hatte im ersten Ministerium Ferry vom September 1880 bis November 1881 die Außenpolitik im Geiste vorsichtiger Zurückhaltung geleitet.

auf die Seite des scheinbar Stärkeren zu stellen, das heißt auf die, wo mindestens vier Großmächte stehen dürften.

Auf dem Gebiete der inneren Politik geht die auflösende Arbeit durch das fortwährende Anstacheln der schlimmen Leidenschaften ruhig ihren verheerenden Gang weiter. Es läßt sich nicht sagen, wieweit Zeit und Gunst der Umstände dem Kanzler bleibt, seine eigene Partei durch die so geworbene Majorität unwiderstehlich für Dynastie und Nation zu machen. Bisher gewinnt er noch Stimmen in den parlamentarischen Körpern; ob in der Nation selbst, ist mir sehr fraglich. Ich finde überraschend viele Abgekühlte, wo noch vor kurzem blind ergebene Schwärmer waren. Auch die Wirtschaftspolitik dreht sich gegen ihre Urheber. Selbst die Spinner hier schütteln skeptisch die Köpfe und meinen, Zölle helfen ihnen nicht. Beim Geldbeutel hört aber vollends die Gemütlichkeit auf.

Auf diesen Gleisen wird unser Staats- und Reichswagen mit wenig Befriedigung von allen Seiten wohl weiterfahren, so lange Kaiser und Kanzler dauern. Was dann? Mein Aufenthalt in Wiesbaden läßt mich annehmen, daß man falsch rechnet, wenn man einen pessimistisch verzagenden Kronprinzen auch in verwandter Stimmung auf dem Throne wiederzufinden meint. Ob aber schaffende Kraft für die Reform übrigbleibt, die Preußen und dem Reich nach dieser verheerenden Regierungsphase not tun wird, hängt wahrscheinlich doch zumeist von den Händen ab, in die der neue Regent fallen wird. Da es nach Bismarcks Wegfall absolut homines novi sein werden, läßt sich nicht argumentieren, welchen Geistes Kinder sie sein werden. Die Frage aber, ob der Reichskanzler auch der Ratgeber des jungen Herrn sein wird, hängt meines Erachtens vom Augenblicke und glücklichen oder unglücklichen Zufalle ab. Eine vorher feststehende Meinung, ein Wille zur Sache besteht nicht und kann der Lage des Charakters nach nicht bestehen. Die Ideen, die dann an der Zeit sein werden, sind vielfach noch nicht geboren und nicht in allen Schädeln entspringen solche. Der alternde Monarch und sein furibunder Vezier hinterläßt seinem Nachfolger die Aufgabe einer restaurierenden Reform, der nicht viele gewachsen sein werden, die durch die Malariaschichten der gegenwärtigen politischen Atmosphäre gewandelt sind. Möge die Berührung mit dem frischen Zug der Seeluft Sie vor

den Gefahren bewahren, denen ringsum so viele zum Opfer fielen. Hoffentlich kommen aus dem stillen Ozean auch gute Nachrichten in Ihren Familienkreis und Sie begehen ein fried-sames Weihnachtsfest. Ich gehe dazu wie alljährlich nach dem Segenhaus.

27. An Stosch

Segenhaus, 1. Februar 1881

Heute hierher von Karlsruhe zurückgekehrt, finde ich Ihren Brief und eile für denselben Ihnen Dank und Antwort zu senden. Die erste Frage bei einer neuen Bewegung des Kanzlers bleibt immer, was kann er damit wollen? Die zweite wird sein müssen: inwiefern darf sich das eigene Tun durch seine Schach- und Winkelzüge beeinflussen lassen?

In erster Hinsicht scheint mir der vorsichtige Spürer die Morgenluft einer neuen Regierungszeit zu wittern und es für nicht unzweckmäßig zu finden, die Feindschaft gegen die Männer zu dämpfen, die in derselben von Einfluß und Wichtigkeit sein könnten. Vielleicht auch ist der Brennpunkt seines Hasses und seiner Liebe etwas verrückt und er sieht ein, daß die bedrohliche äußere Lage es für ihn selbst nicht rätlich macht, mit Persönlichkeiten zu hadern, die die militärischen Kräfte zu Land und See beherrschen. Nachdem er sich ohnmächtig erfunden, den Sturz zu bewirken, findet er es wahrscheinlich auch bequemer, sich darum nicht ferner zu bemühen.

Wie dem auch sei, es scheint mir festzustehen, daß nicht die kanzlerische Laune und Konvenienz, sondern ein eigenes Gesetz die Maxime des Handelns in dem wunderlichen Falle bilden muß. Es darf wohl als zweifellos angenommen werden, daß die frühere Omission wie die jetzige veränderte Praxis von dem Gastgeber selbst gewußt und gewollt ist. Dies vorausgesetzt, sehe ich nicht, wie Sie, der Sie den Mächtigen stets mit gleicher Münze bezahlt haben und auf Trumpf Trumpf setzten, heute gegen Ihre Würde handeln sollten, wenn Sie dem anständiger Gewordenen und anständig Handelnden gegenüber tun, was im ganzen nur die natürliche Konsequenz der bestehenden Tatsache eines kollegialen Zusammenwirkens im Reichsdienste

wäre. Ich glaube, daß Sie Würde und Selbständigkeit hinreichend betätigt haben, um dieselbe nicht in dem Frondieren auf sozialem Gebiete von neuem geltend machen zu müssen, und ich bin außerdem der Meinung, daß die äußere Lage so bedrohlich ist, daß wir uns aufgefordert fühlen müssen, wenigstens unsererseits kleinen Hader beiseite zu setzen, um die großen patriotischen Aufgaben zu fördern.

Die Konklusion ist demnach, daß Sie meiner Ansicht nach am 9. zu dem Reichskanzler in die Höhle des Löwen gehen müssen<sup>1</sup>.

Nun die Gründe, warum ich die äußere Lage für bedenklich ansehe. Ich glaube, daß der Stand der französischen Rüstungen soweit vorgeschritten ist, um die Versuchung einer Einmischung in die europäischen Händel viel näher zu bringen. Ich glaube, daß die Gambettisten wissen, daß wenn ihre Stunde einmal da ist, auch sie dieselbe nicht ungestraft verstreichen lassen dürfen, ohne unwiederbringlich verloren zu haben. Mir scheint, Griechenland würde nicht so kriegsmutig sein, wenn es nicht eine Rückendeckung hätte, die wohl der angebliche „gute Freund“ des Königs, Lejeune, der griechischen Regierung vermittelt hat. In dieser ganzen Situation liegen die Keime zu Komplikationen, denen gegenüber wir ganz allein auf uns angewiesen sind, da der österreichische Alliierte reichlich mit sich selbst beschäftigt sein wird und nichts für uns übrig hat. Selbst der alte Sünder Garibaldi im Venetianischen ist mir zur Stunde unheimlich<sup>2</sup>. Auch die Boers, für die man sich in Deutschland interessiert, werden uns, fürchte ich, nicht übermäßig viel helfen. Dagegen wird es wahrscheinlich sehr bitter von uns empfunden werden, daß wir uns finanziell immer tiefer hineinarbeiten und daß wir in einem Zustande der wirtschaftlichen Erschöpfung in einen neuen schweren Krieg gehen würden, der fast ohne Beispiel und leider noch lange ohne Ende ist.

<sup>1</sup> Offenbar zu einem der parlamentarischen Abende bei Bismarck, worauf auch Freytag am 19. April anspielt: „Sogar der böse Kater hat seine Krallen eingezogen und es war vielen eine heitere Zeitungsnotiz, daß Sie auf seiner Soiree nicht verschmäht hatten, sein Bier zu kosten. Hoffentlich wird der Waffenstillstand Dauer haben . . .“ (Briefe an Stosch, S. 135.)

<sup>2</sup> Ähnlich die damaligen Besorgnisse Bismarcks vor dem revolutionären Quartett auf der G-Saite (Gambetta, Garibaldi, Gladstone, Gortschakow), mitgeteilt im Sammelband von Brauer, Marcks, K. A. v. Müller, 1913, S. 315.

Alle die sonderbaren Einfälle, die dem Reichskanzler in schlaflosen Nächten als Heilmittel dieses wirtschaftlichen Elendes durch den Schädel ziehen, mögen einmal einzelne bereichern, im ganzen erschüttern sie fort und fort die Grundbedingungen eines gesicherten Erwerbes. Es ist daher natürlich, daß derselbe in fortwährendem Rückgange bleibt.

Die Unbestimmtheit des kronprinzlichen Mikrokosmos ist kaum jemals so fest durchbrochen worden als in dem Frontmachen gegen die Antisemitenbewegung. Ich glaube, mit gutem Erfolge. Werden andere Anläufe dem einen folgen? Nichts bleibt undankbarer als über einen künftigen Regenten prophezeien. Zudem alle Wahrsagung sich in dem rätselhaften Orakel auflöst, ob der Reichskanzler den Sohn wie den Vater beherrschen wird.

Östrich warf ich heute in Ihrer Seele einen sehnsüchtigen Blick zu. Es lag im hellen Sonnenschein, während mitten im Rhein Nebel lagen und von Lorch bis Caub der Rhein turmhohe Eisklüfte und Eisinseln bis tief in den Strom hinein darstellt, wie ich sie nie zuvor gesehen. Die letztjährigen Massen waren ein Kinderspiel gegen dies arktische Schauspiel . . .

## 28. An Stosch

Segenhaus, 24. Juli 1881

Ich bin hier und beschwert von dem drückenden Gefühl der Schuld, Ihnen nicht bereits für Ihren treuen Gruß vom 16. d. M. gedankt zu haben. [Vorschläge für ein Zusammentreffen.]

Auf welchen wunderlichen Fährten wir auch im Innern wandeln, bisher hat der Glücksstern, der unsere äußere Lage beherrscht, das Deutsche Reich und seinen Kanzler noch nicht verlassen. Im Gegenteil scheinen wir seit 1870 in keiner besseren Lage gewesen zu sein und darüber kann man sich immerhin freuen. Über alles übrige legt sich besser tiefes Schweigen, da Worte doch nicht ausreichen, den Zerfall der Staatsgesinnung zu schildern, dem das deutsche Volk anheimgefallen ist. Neue Zeiten werden neuen Rat bringen und dann auch moralische Kräfte wachrufen, die zur Stunde ganz zu schlummern scheinen.



Amsterdam, Amstel-Hotel, 22. Oktober 1881

Ihrer und aller Ihrigen habe ich in dieser Zeit, in welcher in Ihrem Familienkreise die große Freude der glücklichen Heimkehr Herrn v. Hollens<sup>1</sup> durchlebt wurde, so viel und innig gedacht, daß ich kaum begreife, wie keine innere Ahnung mir gesagt, daß Sie selbst erkrankt seien. Allen vorhergehenden, soweit ich sehen konnte, so befriedigend verlaufenen Episoden Ihrer reichen Wirksamkeit war ich mit dem Eindruck einer vollsten frischen Tätigkeit gefolgt: Danzig und Kiel und Schwarzer Adler<sup>2</sup>. Letzterer hatte mich trotz meines kühlen Verhältnisses zu Orden sogar sehr gefreut und hat seinen Wert, den auch die Wahlreklame B[ismarcks] pro Werner nicht ungeschehen machen kann. Nun kommt Ihr Brief und füllt mich mit ernstester Sorge. Wie sollen Sie in den arbeits- und verdrüßvollen Winter gehen, wenn der Spätsommer Sie in so unbefriedigendem Zustand diesem gräulichen Herbste ausliefert? Ich frage mich wieder und wieder, was zu tun sei.

Es kann sich niemand täuschen, daß der R. K., wenn die Wahlen ihn an die Spitze einer sklavisch ergebenden Majorität stellen und wenn die Dynastie dadurch noch mehr in das Schach gesetzt worden ist, maßloser denn je in Befriedigung seiner Leidenschaften, seiner Grillen, seines Hasses und seines wüsten Ehrgeizes werden wird. Man muß immer wieder fragen: welche Mittel liegen im Rückhalte, um den Ausbrüchen dieser Stürme dann Widerstand zu leisten, wenn erst die 150000 Antisemiten, die nachgerade zu Angriffs- und Einschüchterungszwecken organisiert sind, beliebig da und dort, auch auf Linden und Schloßplatz verwendet werden können? Die Antwort bleibt dann stets: Ein Mann ist viel wert in teurer Zeit und die Aufgabe bleibt, ihn für den Tag zu schonen.

<sup>1</sup> Des Schwiegersohns von einer Kreuzerfahrt nach Ostasien.

<sup>2</sup> Gemeint sind mit Danzig die Begegnung Wilhelms I. mit dem Zaren am 9. September, mit Kiel die dort abgehaltenen Flottenmanöver vom 11. bis 17. September, für deren guten Verlauf der Kaiser Stosch in einem Handschreiben dankte, worauf dann noch die Verleihung des Schwarzen-Adler-Ordens folgte.

Wie machen wir aber das, wenn Sie sich halbgekräftigt in diesen Schlamm von Gemeinheit, Verdruß und Feigheit hineinbegeben müssen, den das Berliner Leben zur Zeit darstellt? Das kann ein Gesunder nicht aushalten. Ist es also möglich, daß Sie Ihren Urlaub ins Unbestimmte verlängern, um sich ganz zu erholen, und daß Sie dann doch in jedem Augenblicke zur Stelle sein können, wenn Rat- und Kopfflosigkeit die wichtigsten Interessen von Krone, Staat und Reich auf immer verscherzen könnte. Denn ich traue niemandem, absolut niemandem, der so lange Jahre alle Demütigungen, alle Schmach, fast Todesstöße für Würde und Ansehen seines Hauses und der Krone schweigend und beschönigend hat hinnehmen müssen, irgendeinen männlichen Entschluß mehr zu<sup>1</sup>. Wenn Sie sich also in der letzten Woche nicht ganz erholt haben, so beherzigen Sie das Folgende. Ganz austreten dürfen Sie nicht und sich aufreiben, daß Sie am Entscheidungstage nicht leistungsfähig sind, dürfen Sie auch nicht. Bleibt nur das eine zu tun: Schonen Sie sich in verlängertem Urlaube, dessen Ende zu bestimmen, Sie in Ihrer eigenen Entschließung haben müssen.

Persönlich wüßte ich an Interessantem wenig hinzuzufügen, was Sie nicht besser und authentischer wüßten. Es ist Abend geworden über dieser langen Regierungszeit, und welchen Zustand hinterläßt sie, wenn der neue Morgen graut! Wird bis dahin das deutsche Volk soweit seinen Rausch und seinen jetzigen Jammer überwunden haben, daß ein wohlintentionierter, aber – Regent mit demselben in die Bahnen gesetzlichen und geordneten politischen Lebens aus dieser wilden, zerstörenden Revolutionsperiode einlenken kann? Nein zu sagen, wäre ein verzweifelttes Fazit und man pflanzt daher besser nach alter guter Sitte „am Grabe die Hoffnung“ auf.

Dies wird auch wohl die Stimmung sein, mit der Sie Ihrem schönen, soviel versprechenden Herbste entgegensehen, und ich kann nur wünschen, daß sein Wert besser sein möge als der Ruf, mit dem der 1880er in die Geschichte tritt. Ich komme schwerlich vor Mitte November an den Rhein und hoffe, daß Sie dann noch behaglich in warmem Hause auf eigener Scholle sitzen.

<sup>1</sup> Gemeint ist der Kronprinz.

Paris, Grand-Hotel, 13. August 1882

Meine Antwort und mein herzlichster Dank für Ihren vortrefflichen Brief aus Östreich hat sich durch meine inzwischen erfolgte Abreise aus Segenhaus länger, als die wohlwollende und liebevolle Gesinnung des Schreibers verdiente, verzögern müssen. Beide, Antwort und Dank, erreichen Sie von hier, was letzterem an Wärme nichts nehmen, ersterer an Wert vielleicht zustattenkommen wird. Die Überzeugung, daß etwas für die lästige Gebundenheit meiner Füße, resp. die gichtige Anlage, welche dieselbe verschuldet, geschehen müsse, habe ich mit Widerstreben selbst zugeben müssen. Da mir Bäder, Badekuren und Badegesellschaft aber auf das äußerste zuwider sind, so suche ich unter den notwendigen Übeln das zu wählen, welches relativ einige Gegenvorteile bietet. Ich kam so auf Vichy, das auch sonst indiziert ist und den großen Vorzug hat, keine deutsche Badestadt zu sein, wo ich Landsleute über Politik kannedießern hören muß. Möglicherweise ändere ich in diesem Plane nach Zeit und Umständen.

Ich interessierte mich zu hören an Ort und Stelle, hier und in Frankreich, wie denn eigentlich die Stimmung sei [gegenüber] der immerhin merkwürdigen Tatsache des vollkommenen Verzichtes der Kammern auf jeden Einfluß nach außen, wie ihn die letzte Krisis<sup>1</sup> der Regierung auferlegte. Ich muß sagen, daß ich bisher noch keinen Franzosen begegnet habe, der nicht damit zufrieden ist und der nicht vollkommen sich befriedigt erklärt, wenn England allein die Mühe und den Lohn des Kampfes für sich hat und gewinnt. Die fast einmütige Stimme ist: *L'Allemagne nous a voulu embrouiller dans cette affaire, afin que nous nous querellions avec l'Angleterre.* Die meisten setzten in törichter Angst dazu: „Puis elle serait tombé sur nous, nous sommes payés pour cela.“ Alle sagen: Es ist gut, wenn England die aufkeimende Saat arabischen Nationalgefühls<sup>2</sup> und mohammedanischen Fanatismus' niederschlägt.

<sup>1</sup> Der Sturz des zweiten Ministeriums Freycinet durch Verweigerung der Kredite für ein Eingreifen Frankreichs in die ägyptische Frage (29. Juli 1882).

<sup>2</sup> Der am 11. Juni mit Ermordung der Europäer in Alexandria begonnene Aufstand Arabi Paschas. England antwortete zunächst mit einem Flotten-

Sie fügen bei, daß Frankreich in Tunis und Algier den Vorteil davon haben werde. Von Ranküne gegen England fand ich keine Spur, so daß man sagen kann, die Franzosen teilen sich in zwei Teile. Die eine Partei billigt die gegenwärtige Zurückhaltung und sieht neidlos auf die englische Besitznahme des entscheidenden Einflusses in Ägypten. Die anderen (die Gambettisten) wünschen aktive Beteiligung in Gemeinschaft mit England, entschlossen, kein Zerwürfnis mit England daraus hervorgehen zu lassen, sondern hoffend, daß die dadurch wiedereröffnete orientalische Frage die Elemente einer Verbindung mit Rußland und einer Koalition gegen Österreich-Deutschland bringen könnte. Letztere sind vorerst beseitigt.

Was nun die Stellung von England betrifft, so habe ich in der letzten Zeit sehr viele Engländer begegnet, aber ich habe keinen gefunden, der nicht Sorge hatte, die Regierung könnte sich die Mitwirkung der Türkei nicht ganz vom Halse halten. Alle wünschten, daß England den Krieg allein führen solle. Ich teile Ihre Ansicht nicht, daß England wünschte, daß andere Staaten für es die Kastanien aus dem Feuer holen, und daß es gerechnet habe, mit Geldleistungen sich abfinden zu können. Sie hatten in London stets die Ansicht, daß es sich um einen Krieg im Stile der indischen und afrikanischen Züge handle, und da es ihnen darauf ankam, den schließlichen moralischen Haupteinfluß auf den Khedive zu behalten, so waren sie am liebsten ohne anspruchsvolle Helfer und nehmen in der Tat den italienischen Antrag und die Mitwirkung der Türkei nur à contre cœur an, weil es eben nicht zu ändern ist. Ich bin der Ansicht, daß das türkische Korps auch jetzt noch eine Verlegenheit und eine Gefahr ist, aber daß es schwer war, dasselbe ganz abzuweisen<sup>1</sup>. Mit Ihnen bin ich einverstanden, daß man in England die Schwierigkeiten des Kampfes zudem wegen der Nilüberschwemmung unterschätzt. Auch die Klimakrankheiten, ins-

bombardement Alexandrias. Seiner energischen, von Granville geleiteten Politik gelang es dann, dank der schwächlichen Selbstausschaltung Frankreichs und unter stiller Begünstigung von seiten Bismarcks, sich als alleinhandelnde Interventionsmacht durchzusetzen und nach militärischer Niederwerfung Arabis Ägypten de facto in seinen alleinigen Besitz zu bringen. (Ende des französischen Kondominats.)

<sup>1</sup> Tatsächlich kam es aber nicht zur Aktion.

besondere die Würmerkrankheiten durch Genuß von schlechtem Wasser, unterschätzt man. Aber nichtsdestoweniger bin ich überzeugt, daß England die Sache durchführen und Europa die von ihm hergestellte Ordnung dann ohne viele Anstände annehmen wird. Es wird nur gerade so viel mäkeln, als notwendig ist, um glauben zu machen, die große Lüge des europäischen Konzerts sei eine Realität und es stecke hinter dem Großtun der Reptilienpresse mit Konferenz, Kanzlereinfluß und Macht, einen ersten Einspruch erheben zu können, irgendeine Wahrheit.

Ich gestehe, die Politik des Kanzlers<sup>1</sup> in der ganzen Angelegenheit nicht zu verstehen, da ich zwar zugeben muß, daß die beiden Staaten Italien und Türkei sich in der Angelegenheit auf B.s Rat hin in eine schiefe Stellung gebracht haben, aber nicht einsehe, warum und wozu. Ähnlich ergeht es der Reptilienpresse, die anfangs so scharf intonierte und nun ganz sanft flötet. Mir scheint, daß noch ein altes Engagement Bismarcks aus der Zeit des Berliner Kongresses vorliegt<sup>2</sup>, welches den Engländern carte blanche in Ägypten gab, wenn sie Frankreich in Tunis gewähren lassen würden. Das Lancieren Frankreichs auf Tunis war ganz klug. Ich bin aber auch der Meinung, daß es für die Zivilisation und das Wohl der Menschheit und die Freiheit des Handels aller Nationen am allerbesten ist, wenn England den entscheidenden Einfluß in Ägypten behauptet, und halte darum dafür, daß Gladstone in seiner letzten Rede in Mansionhouse<sup>3</sup> die volle Wahrheit sprach und daß England danach handeln wird und daß es gut ist, wenn sein Handeln Erfolg hat. Auch daß es sich militärisch etwas anstrengen muß, ist gut. Meine Sorge geht nur dahin, daß man in London die Aufgabe für Armee und Flotte zu leicht nehmen könne. Die Mitwirkung der Türkei, dieser freilich fatale Zwischenfall, hat den einen Vorteil, daß sie die Ausbreitung des Fanatismus über die ganze mohammedanische Welt vielleicht verhütet und damit viel Blutvergießen und viel Christenmetzeleien verhütet werden. Die ver-

<sup>1</sup> Zur Politik Bismarcks vgl. die umsichtig die verschiedenen Motive abwägende Darstellung Wahls in seiner „Deutschen Geschichte von 1871–1914“, Bd. 2, Seite 50ff.

<sup>2</sup> Wahl (a. a. O. I, 387) bestätigt diese Vermutung.

<sup>3</sup> Im Amtsgebäude des Lordmayors von London.

mehrte Indienstellung deutscher Kriegsschiffe geschieht wohl mit Rücksicht auf unsern Einfluß in Konstantinopel und mag in dieser Hinsicht ganz gut sein.

... Politisch bleiben wir unverbesserlich und man kann der Kritik des Reichskanzlers in den meisten Fällen die Berechtigung nicht absprechen (z. B. gegen das Gefasel der Handelskammerberichte). Nur freilich gebraucht er diese Schwächen unseres nationalen Charakters und unserer politischen Entwicklung nur dazu, seine Macht für Befriedigung seiner Launen und zur Realisierung von Einfällen zu stärken, anstatt daß er seiner Pflicht nachkommen sollte, die arme, geistesdürftige und wissensbare Nation zu einem halbwegs menschenwürdigen Dasein emporzuheben und großzuziehen, denn mit dem Dünkel allein und Bedientenseelen in Speise – und viel Trank bedürftigen Hüllen ist es nicht getan, wenn man in der nach 100000 Jahren zählenden Menschengeschichte etwas bedeuten will.

### 31. An Stosch

Segenhaus, 15. Januar 1883

Die, welche nach einer zweiten Sündflut, wenn auch nicht mit unbeschädigtem Hab und Gut, so doch mit dem Leben auf dem Trockenem geborgen sind, haben die angenehme Pflicht, ihren Freunden Mitteilung machen zu dürfen, von ihrer Fortexistenz nach diesem drohenden Weltuntergange. Um so mehr, wenn sich diese Anzeige mit so herzlichen und guten Wünschen verbinden läßt, wie ich solche beim Jahreswechsel für Sie und alle Ihrigen empfunden habe. Sie nehmen dieselben freundlich auf, auch wenn sie verspätet bei Ihnen ankommen.

Die Bilanz der Jahreswende hat sich, soweit ich sehe, für Sie und die großen Interessen, die Sie mit so warmem Eifer und großen Erfolgen pflegen, nicht ungünstig gestellt und so möge es auch in dem begonnenen Jahre bleiben. Die öffentlichen Angelegenheiten Deutschlands verharren einerseits in der Stagnation, die das hohe Alter des Kaisers bedingt, andererseits leiden sie unter den unregelmäßigen Reibungen, welche die wechselnden und unüberlegten Eingriffe einer nervös erregten, herrschsüchtigen Natur in Regierungsmaschine und Gesetzgebung her-

beiführen. Beide Konstellationen sind nicht zu ändern, so wenig als die Konfiguration von Uranus und Saturn, die uns das Wetter trübt. Dieses Sternbild muß erst verschwunden sein, bis Denken, Tun und Leben der Nation wieder beginnt. Einstweilen bleibt uns nur übrig, gelassen und ergeben Nutzen und Schaden, den diese Lage bringt, zu buchen und zu hoffen, daß beim Rechnungsabschluß der Saldo nicht zu sehr zu unsern Ungunsten ausfalle.

Da hat der Jahresabschluß uns denn in Frankreich den Wegfall der Führer gebracht, unter denen eine nicht unbedeutende Minderheit sich vorbereitet hatte, die revanche zu versuchen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß unter Begünstigung der Umstände aus dieser Minderheit eine Mehrheit hätte werden können. Wenn es auch wahr ist, daß eine so bewegliche Nation, auch wenn sie des Führers entbehrt, nicht gegen plötzliches Hineintaumeln in einen Kriegsrausch geschützt ist, und wenn es gleichfalls wahr ist, daß Gambetta selbst erheblich konservativer und vorsichtiger in seiner auswärtigen Politik insbesondere Deutschland gegenüber geworden war und bis zu einem gewissen Grad die Unbesonnenheit seiner Landsleute gezügelt hatte, so blieb derselbe doch immer ein unsicherer Kunde. Ich halte dafür, daß die moralische Entmutigung, die sein Tod<sup>1</sup> über den kriegsmutigsten Teil der Franzosen gebracht, die noch gesteigerte Verwirrung der Parteien und die Störung der auf dem europäischen Schachbrett aufgestellten Figuren immerhin eine gute Chance für uns eröffnet hat, deren wir uns freuen wollen. Dabei dauert in Rußland eine Auflösung fort, die nicht nur in sich Gefahren birgt, sondern uns auch früher oder später nötigen kann, zugunsten der Deutschen in den Ostseeprovinzen eine analoge Bewegung zu befördern, wie wir sie in Holstein Ende der 40er Jahre organisierten. Sollen wir die Wendung beklagen, zu welcher diese Prämissen hinführen, sollen wir einem Zusammenstoß der slavischen und germanischen Welt auch ferner so ängstlich aus dem Wege gehen wie die alte Schule preußischer Diplomaten? Ich denke: nein. Einmal muß das Deutsche Reich doch den verhängnisvollen Schritt, zu dem Friedrich II. durch seine Isolierung in Europa getrieben wurde, zurücktun und auf-

<sup>1</sup> Gambetta war am 31. Dezember 1882 gestorben.

hören, die unzuverlässige russische Freundschaft mit dem Aufopfern aller gesunden Entwicklungen im Osten zu erkaufen. Ich sehe mit Verdruß, wie Rußland versucht, seinen Frieden mit den Polen zu machen, und wie wir immer noch, wie vielleicht deutsche und polnische Gutsnachbarn in bäuerischer Verbissenheit pflegen, den einfältigen Hader mit dem Polonismus weiterspinnen. Abgesehen von solchen im Temperament, dem angeborenen beschränkten märkischen Horizont und der einseitigen Leidenschaftlichkeit begründeten Einzelschnitzern ist mir im Augenblick die Politik des Reichskanzlers verständlicher und auch sympathischer als seit langem.

Daß mit ihm alle übrigen Großmächte ohne Ausnahme so wenig sicher zu sein glaubten wie er mit ihnen, ist die natürliche Folge der versatilen Roheit, mit der er zynisch den Freund von heute zum Feind von morgen erklärt. Was wunder, daß er dann auch nicht auf sie rechnen kann und von Zeit zu Zeit Schreckschüsse nach rechts und links die Welt und ihre armen Bewohner erzittern machen . . .

### 32. An Stosch

Segenhaus, 18. März 1883

So ist es denn geschehen<sup>1</sup> – und ich habe Ihnen für die unerwünschteste Nachricht zu danken, die Sie mir mitteilen konnten. Seit Wochen, seit sich in Berlin die Symptome verhängnisvoller

<sup>1</sup> Die Verabschiedung Stoschs als Chef der Admiralität, die offiziell am 20. März erfolgte. Sie hing zusammen mit dem kurz vorhergehenden Rücktritt des bisherigen Kriegsministers v. Kameke, der bei Wilhelm I. verdächtigt wurde, daß er nicht energisch genug angebliche Übergriffe des Reichstags in die „kaiserliche Kommandogewalt“ abgewehrt habe und kein unbedingter Gegner der vom Reichstag beantragten Heranziehung von Militärpersonen zur Kommunalbesteuerung sei. Mit dem Sturz Kamekes erreichte v. Albedyll, der Chef des Militärkabinetts, die volle Selbständigkeit seiner Stellung neben dem Kriegsminister und für den Chef des Generalstabs das Recht zum Immediatvortrag. In ähnlicher Weise gelang Bismarck die Beseitigung von Stosch als eines politischen Gesinnungsgenossen Kamekes.

Wie Wilhelm I. damals in einem Brief an Bismarck hervorhob, waren Unterschiede der politischen Auffassung, die ihm Stosch in einem „politischen Glaubensbrief“ dargelegt hatte, maßgebend für den nicht leicht gefaßten Entschluß, das zunächst als „Gehorsamsverweigerung“ abgelehnte Abschieds-



unterirdischer vulkanischer Tätigkeit bemerkbar machten, schwebte mir die Frage auf Zunge und Feder: Werden Sie auch von den Folgen dieser Erschütterungen berührt werden? Ich unterdrückte dieselbe und harrte mit banger Sorge, den Ausgang der Krisis erwartend. Wie oft ich mir auch sagte, daß niemand zu beklagen ist, welcher das Regierungsfahrzeug verläßt, solange ein so eigenwilliger Steuermann am Ruder sitzt, und niemand zu beneiden, der mit ihm an Bord aushalten muß, so fühlte ich doch nur zu sehr, welche Gefahr den wichtigen Interessen droht, die Ihnen solange und warm am Herzen gelegen, wenn Sie denselben den Rücken kehren müßten, und mußte mir sagen, daß auch der Gründer so mancher segensreichen Einrichtung mit denselben zu sehr in Geist und Herz verwachsen ist, um nicht in tiefster Seele einen schmerzlichen Kampf des Losreißen bestehen zu müssen und manch schweres Vermissten nachempfinden zu müssen.

All das, was ich vorahnend um Sie und die Marine gesorgt, ist nun wirklichste Wirklichkeit geworden – und damit ist auch aller Zweifel abgeschnitten und die Gegenwart will mit voller ganzer Kraft und, ich denke, mit ganzer Befriedigung ergriffen sein. Ich weiß nichts über den inneren Zusammenhang der ganzen Angelegenheit. Aber ich bin sicher, daß Sie nicht mit der unerschütterlichen Festigkeit auf Ihrem Standpunkte beharrt hätten, wenn ein anderes möglich gewesen wäre. Greisenalter und die Perspektive in die Unzuverlässigkeit der künftigen Regierungssignatur sind keine Rückhalte, mit welchen sich ein Lanzenstechen mit dem Kanzler durchführen läßt. Es ist besser, in Ehren gehen als rücklings und meuchlings in den Sand geworfen zu werden.

So seien Sie denn am Rhein willkommen und mit offenen Armen und offenem Herzen empfangen. Ihrer Gesundheit und Ihrer Zukunft kann es nur frommen, wenn Sie einige Zeit der Ruhe haben.

gesuch des Admirals in Voraussicht weiterer „bedenklicher Kollisionen“ zu bewilligen. Vgl. die kurze aktenmäßige Darstellung der Krisis Kameke-Stosch durch Friedberg in den Bismarckerinnerungen des Freiherrn Lucius v. Ballhausen (S. 258—261) und die Ausführungen von Rudolf Schmidt-Bückeburg in seinem Buche über das Militärkabinett.

Inzwischen wird auch das undankbare und vielfach untüchtige Geschlecht, das nachdrängt, an der Erfahrung des eigenen Nichtkönnens den Wert derer erkennen lernen, die heute mißachtet werden. Denn auch diese Phase hat ihre Zeit. An fruchtbaren Ideen, Kraft des Wollens und Klarheit der Ziele habe ich bei dem ganzen Schwarm, der nun Ämter und Kammern füllt, noch wenig genug gefunden. Damit läßt sich schweren Zeiten gegenüber nicht standhalten. Inzwischen lebt es sich in Östrich weit besser.

Endes des Monats gehe ich zu einer Ausschußsitzung nach Frankfurt, dann zu einer Kreisversammlung nach Lörrach, die Schäden besehen, an denen Sie teilnehmend Interesse genommen. Von da komme ich hierhin zurück und habe dann die Hoffnung, Sie zu sprechen.

Einstweilen segele ich durch die nebelhaften Andeutungen der Zeitungen mit meinen beiden Kompaßzeichen: Greisenalter der Gegenwart, Unzuverlässigkeit und Jämmerlichkeit der Zukunft.

### 33. *An Stosch*

Schopfheim, 7. November 1883

[Entschuldigt sein langes Schweigen, hofft Stosch in Wiesbaden zu sehen und mit ihm zu verabreden, wie „die Nachbarschaft unter zwei Rheinanwohnern besser gepflegt werden kann, als es diesen Sommer der Fall sein konnte“.]

Meine Auffassung der öffentlichen Verhältnisse ist weniger pessimistisch. Ich ertrage, was das Geschick gebracht hat, unverwüstliche Natur des Monarchen und Omnipotenz des Kanzlers, leichter, seit die verständigere Diät und der Gesundheitsstand des letzteren uns weniger oft den Magenverstimmungsanfällen und dem Gallenwahnsinn desselben aussetzt. Die äußere Lage ist so bestimmt und klar gegeben, daß ein Blinder die Schachzüge trifft, die gegen die russischen und französischen Velleitäten zur Verfügung stehen. Das meiste tun beide Nachbarn selbst, sich lahmzulegen, und wir wollen hoffen, daß unsere Feinde uns ferner gleich gut bedienen. Im Innern haben wir ein nach Staatshilfe auf allen Gebieten, auch auf dem sozialen und ökonomischen, dürstendes Volk, für welches die *Maxime: aide toi*

et le ciel t'aidera nicht geschrieben wurde. Der Staat, der an und für sich unfähig ist, den an ihn gestellten Anforderungen, jedem ein Huhn in die Suppe zu legen, zu genügen, ist es doppelt mit den Potenzen, die uns regieren.

Ob der Geist der Zeit, der so mächtig auf Betätigung des Staatsabsolutismus, verziert mit parlamentarischem Beiwerk und naiver Spielerei mit Scheinkonstitutionalismus, hindrängt, sich wieder einmal ändern und in absehbarer Zeit einer Richtung Platz machen wird, welche Hilfe vor allem von freier Bewegung starker Individualitäten und der von ihnen zur Selbsthilfe angeregten Gesellschaft der Staatsangehörigen selbst erwartet, ist nicht zu sagen. Viel Anzeichen dafür sind nicht vorhanden. Eher scheint es, als ob wir bis zur Hefe den Becher einer der Form nach monarchischen Regierung austrinken sollen, welche in Methode und nivellierenden Tendenzen den Rezepten der Dantons und St. Juste von 1793 nachstreben zu wollen scheint.

Die Berliner Staats Sophisten haben so lange das Lied gesungen, daß der Staat das vollkommenste Gebilde sei, welches der menschliche Geist erbauen könne, daß es denselben gleichgültig geworden ist, ob die Individuen dabei zu abgerichteten Maschinen verkümmern. Wir ändern, die umgekehrt den Staat nur dann wohlbestellt halten, wenn derselbe auf menschlich tüchtig entwickelten, zur Freiheit erzogenen und derselben fähigen Individuen mit staatlichem und nationalem Gemeinsinne begründet ist, können und wollen mit diesem Systeme nichts zu tun haben und sagen demselben ein klägliches Ende voraus, sowie entweder der energische Wille fortfällt, dem die armseligen Puppen auf Pfiff und Jagdhieb parieren, oder wenn irgendein ernster Zwischenfall, zum Beispiel eine unglückliche, nicht rasch verlaufende Kampagne dasselbe in die Notwendigkeit versetzt, nicht im Kalkul vorgesehene Hilfe zu beanspruchen. Wert und Unwert der einzelnen Figuranten vermag ich nicht zu beurteilen. Mit der auswärtigen Politik bin ich wie gesagt zur Zeit einverstanden, soweit ich dieselbe übersehe. Ich weiß nur nicht, wieviel davon auf Konto Hatzfeld zu buchen ist. Es sollte nicht freuen, wenn er seinen Teil daran hat, daß eine Reihe grober Mißgriffe vergangener Tage umgetan werden . . .

Segenhaus, 3. Februar 1884

Die Mitteilung der Anlage<sup>1</sup>, deren Kenntnis ich Ihrer Güte verdanke, war für mich von hohem Interesse. Ich muß Ihre freundliche Nachsicht inbetreff der unfreiwilligen Verzögerung in Anspruch nehmen, welche die Rücksendung erfahren hat. Um so mehr als damit auch mein herzlicher Dank für Ihren Brief sich verspätet hat. Ich sage nicht, daß die aktenmäßige Darstellung aus der kompetentsten Feder meinen ursprünglichen Zweifel, ob König Alfonso zur Zeit schon eine Karte sei, die einen hohen Einsatz rechtfertige, beseitigt hat. Auch glaube ich kaum, daß die rein äußerliche Auffassung der Aufgabe seitens des Hohen Reisenden, wie glänzend auch die Pose gewesen sein mag, das wünschenswerte Resultat für denselben bringen konnte, nämlich das, den Eindruck eines ernstesten politischen Mannes zu hinterlassen, mit dem Staatsmänner fremder Länder zu rechnen für geraten finden könnten. Letzteres ist leider nicht gelungen. Nicht in Spanien. Was schlimmer ist, aber, wie ich höre, auch nicht in Italien. Man läßt sich, scheint es, im Quirinal nicht ausreden. daß man nur einen Nebenbesuch erhalten, daß der Grund der Reise der Besuch im Vatikan gewesen, und verübelt es dem „Freunde Umbertos“, daß derselbe über den Inhalt seiner Verhandlung mit Leo XIII. so absolut zurückhaltend gewesen sei. Daß dazu guter Grund vorlag, weil nichts zu verraten ist, will der schlaue Italiener nicht glauben. Er findet, es sei den hohen Herrn zu arg bloßstellen, ihn in die Lage gebracht zu haben, nach Jahren langen Kampfes eine solche Begegnung aushalten zu müssen und dabei stets nur das alte: „Ich weiß von nichts und stehe allen Geschäften fern“

<sup>1</sup> Es handelte sich offenbar um einen Bericht über die politische Besuchsreise des Kronprinzen an den spanischen Hof im November 1883, die mit einem Besuch König Humberts und besonders auch des Papstes Leo XIII. in Rom verbunden wurde in Zusammenhang mit den damaligen Bemühungen Bismarcks um Beilegung des Kulturkampfes. – Der Bericht, den Roggenbach eine „aktenmäßige Darstellung aus kompetentester Feder“ nennt, dürfte von Normann verfaßt und höchstwahrscheinlich der zuvor von Stosch an Freytag gesandte Brief sein, den dieser am 17. Januar 1884 an Stosch zurückschickte. (Vgl. Nr. 130 der Freytagbriefe an Stosch.)

wiederholen zu können. Das Fazit der Reise faßt sich demnach für mich dahin zusammen. Dem König Alfonso hat sie geschadet – das Verhältnis zum italienischen Hofe bedenklich erschüttert und in den Händeln mit dem Vatikan eine Episode von wenig Würde zu den vielen vorhergehenden gefügt. Die Art und Weise der Sterblichen ist verschieden. Ich würde nach einer solchen Serie von Schaustellungen meiner Person mich in einer Weise gedemütigt fühlen, daß ich längere Zeit bei Tag nicht ausgehen würde. Ein anderer empfindet solche Fahrt als ruhmvolles Wirken. Es ist ein wahres Glück, daß die gesamte deutsche Presse einmütig der letztern Ansicht ist. Außerhalb der Grenzen des augenblicklichen Dunstkreises der gegenwärtigen politischen Ära urteilt man etwas schärfer über solche Kunststückchen und vom patriotischen Standpunkte wäre zu wünschen gewesen, daß von jenseits der Pyrenäen statt des ewigen Refrains „ein schöner Mann“ auch einmal die Kadenz erklungen wäre: „ein ganzer Mann“. Vielleicht kommt es mit der großen Häutung, die aus Raupenzustand eines überständigen Thronfolgers einen wenn auch nicht jungen, doch frischen Regenten schafft.

Ob Normann sich nicht Illusionen über die Auffassung macht, die der Kronprinz über seinen unersetzlichen Wert hat? Ich bezweifle nicht, daß derselbe diese Überzeugung wirklich zur Stunde noch hat. Aber ich fürchte, er wird nicht Widerstand leisten, wenn eine fein angelegte Intrige ihn auf einen Punkt drängt, wo er nur durch eigensten Willen Normann halten könnte<sup>1</sup>. Dieselbe wird, soweit ich sehe, von Personen geleitet, welche besorgen, nach seinem Regierungsantritte könne der Kronprinz liberalen und antijunkerlichen Einflüssen zugänglich bleiben. Dort ist die reelle Gefahr. Die kleinen Schrullen, mit welchen Normann in seiner Stellung als Hofmarschall zu kämpfen hat, würden ihm wenig schaden, wenn der große Ringkampf, welche Partei den künftigen Regenten in ihre Garne einfängt, nicht schon jetzt um den arglosen Herrn tobte.

<sup>1</sup> Die hier vorausgesehene Verdrängung Normanns aus seiner langjährigen Vertrauensstellung beim Kronprinzen erfolgte schon nach wenigen Monaten. Im August 1884 übernahm er den preußischen Gesandtenposten in Oldenburg und Braunschweig.

Mit welchem Herzensinteresse ich jedes Wort verfolge, welches in der Presse über Marine und Marineangelegenheiten fällt, brauche ich Sie nicht zu versichern. Daß die ganze Gesellschaft Werner und andere es nicht unterlassen würden, nach allen Seiten Gift zu speien und ihre kleine Rache zu nehmen<sup>1</sup>, war vorauszu sehen. Daß im ganzen die deutsche Presse einer solchen einfachen Situation gegenüber nicht mehr Urteil und Selbständigkeit beweisen würde, war zwar anzunehmen nach vielfachen Präzedenzfällen, verblüfft aber doch wieder von neuem. Dagegen zu tun ist nichts und ist auch nicht ratsam. Ich weiß nicht, ob ich mich irre, aber ich besorge, daß außer Rankune auch hier Parteigeist und einseitiges Kastenwesen sein Spiel treibt. In unserer auswärtigen Politik bin ich es wohl zufrieden, daß wir mit Rußland wieder auf einen erträglichen Fuß gekommen sind<sup>2</sup> und daß die flackernde Lampe des Panslavismus langsam in sich selbst ihren Brennstoff verzehrt. Es ist um so besser, als Frankreich immer noch nicht ganz festgeklemmt ist in seinen fernen Abenteuern<sup>3</sup> und immer noch mit einem blauen Auge davonkommen könnte. Das ist um so gefährlicher, als die Zustände im Innern täglich unbefriedigender werden und die Verzweiflung der Regierenden stets ein gefährlicher Ratgeber gewesen . . .

### 35. An Stosch

Bonn, Poppelsdorfer Allee 40 [Dezember 1884]

Ich hoffe, mein herzlicher Dank für Ihren mir via Segenhaus zugesandten Brief und seine guten Wünsche erreicht Sie noch vor Ihrer Abreise nach Berlin, wo Ihnen freundliche Tage zuteil werden mögen. Interessant werden sie jedenfalls bei der stürmischen Bewegung so vieler folgenschwerer Fragen in dortigen Kreisen werden. Wer kann verkennen, daß der Über-

<sup>1</sup> Hierhin gehören auch die von Bismarck inspirierten Angriffe in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die Stosch vorwarf, daß er sein amtliches Wissen der liberalen Opposition zur Verfügung gestellt habe. Vgl. die Abwehrvorschläge Freytags an Stosch in den Briefen Nr. 140 und 141.

<sup>2</sup> Durch die von Giers angeregte Erneuerung des Dreikaiserbundes, der am 27. März noch einmal auf drei Jahre verlängert wurde.

<sup>3</sup> Die Händel mit China, die zur Besetzung von Anam und Tongking führten.

gang aus der gesicherten Stellung einer zur See nahezu unangreifbaren, Europa seine Geschicke diktierenden kontinentalen Großmacht in die andere einer Weltmacht, deren Flaggen in allen Erdteilen aufgepflanzt [werden]<sup>1</sup> und [die] entsprechend exponiert ist, erst von kommenden Geschlechtern in seinen Konsequenzen ganz empfunden werden wird! Mit seinem Nutzen, aber mehr noch mit seiner Last. Ich lasse dahingestellt, in welchem Maße der Strom der Einwanderung sich den einzelnen Kolonien zuwenden wird. Jedenfalls wird früher oder später zwischen dem deutschen Elemente und dem „Afrikander“, bzw. „Australarian“ ein ernster Machtkampf nicht zu vermeiden sein, von dem die Mutterländer nicht unberührt bleiben werden. England weniger als Deutschland, indem bis dahin die Verbindung zwischen England und seinen Kolonien wohl ganz gelöst und letztere auf ihre eigenen Hilfsmittel und bis dahin entwickelten Aggressivkräfte angewiesen sein werden. In dem Ringen um Herrschaft stehen unsere Chancen in Südafrika nicht schlecht, weil wir daselbst in dem holländischen Elemente einen Stützpunkt gegen die englischen spärlichen Kolonisten finden. Schwieriger stellt sich die Aufgabe in Polynisien, falls wir nicht auch dort in den holländischen Kolonien eine verbreiterte Machtbasis gewinnen.

Ich widerstehe der Versuchung, heute Stanleys<sup>2</sup> Fest in Köln zu besuchen, weil ich dahinter eine verkappte Demonstration wittere, der ich fernbleiben möchte. Ich habe dafür auch keine Zeit, da ich gerade in Verkaufsverhandlungen über mein hiesiges Haus bin, die wohl zu einem Abschluß kommen. Der Luxus dieses Besitzes war in der Tat zu unverantwortlich geworden, als daß nicht einmal ein Ende damit gemacht werden muß.

### 36. An Stosch

Schopfheim, 18. Juli 1885

Wie lange ist es, daß ich daran verlange, Ihnen zu schreiben und mehr noch Sie zu sehen und mit Ihnen zu sprechen. Als ich

<sup>1</sup> Erwerb der ersten deutschen Kolonien in Afrika und der Südsee.

<sup>2</sup> Der bekannte englische Afrikaforscher, der damals an der Kongokonferenz in Berlin teilnahm.

Mitte Mai nach Segenhaus zurückkehrte, brach zunächst die schwedische<sup>1</sup> Invasion, dann unmittelbar der durch das Erkranken des Fürsten Hohenzollern<sup>2</sup> in die nächste Nähe gerückte rumänische Besuch über die friedlichen Bewohner der Waldeshöhe herein. Ich sah bald, daß es unzweckmäßig wäre, Sie in Mitte dieser vielfach heterogenen und mit Ausnahme des Königs Karl absolut unpolitischen Elemente versetzen zu wollen. Außerdem wollte der letztere nach aller erschütternden Aufregung des Sigmaringer Aufenthalts nur ganz stille Tage daselbst verleben . . .

Inzwischen sind wir hart bei einem Thronwechsel vorbeigekommen und nahe vor einem solchen stehengeblieben<sup>3</sup>. Sie können Sich denken, wie sehr mich in diesen Tagen die Zukunft beschäftigte und wie sehr ich die Schwierigkeiten lebhaft empfand, die sie bringen wird. Daß der lähmende Pessimismus bei der entscheidenden Person sich nicht gemildert hat, bestätigen alle Personen, die ihn in der letzten Zeit sprachen. Dabei der Kultus der Krone Karls des Großen!!! Und doch tritt an alle, welche ihm Rat geben müssen, wenn es heißt: hic Rhodus, hic salta die Aufgabe, einmütig und übereinstimmend dann zu handeln.

Unter diesen Umständen, sage ich mir, wäre es gut, wenn dieselben sich darüber rechtzeitig verständigten und wenn vermieden würde, daß die Konfusion vollkommen würde, wenn erst die wenigen Personen, auf die Vertrauen gesetzt wird, sich auch noch widersprechen. Dann würde eine tatunfähige Natur erst recht die Konklusion ziehen: nun tun wir nichts und lassen das Fatum, das Kismet in Gestalt des Reichskanzlers, das Reich fürder regieren.

Wenn ich komme, sei es auch nur auf Stunden, so müssen wir das ernste Thema klarstellen und im Walde von Monrepos abschließen. Ich füge deshalb weiteres nicht bei.

<sup>1</sup> Die Gemahlin König Oskars von Schweden war eine Schwester der Fürstin Marie zu Wied.

<sup>2</sup> Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen war am 2. Juni gestorben.

<sup>3</sup> Nach einem schweren Ohnmachtsanfall des 88jährigen Kaisers.



Schopfheim, 18. August 1885

Ich will nicht säumen, Ihnen nach meiner eben erfolgten Rückkehr von der Mainau Bericht zu erstatten über den Verlauf der Begegnung mit dem Kronprinzen. Ich schicke voraus, daß ich die Elaborate von „Haus Stosch“ schon in Segenhaus wesentlich umarbeitete, wenn auch die Einteilung der drei Schriftstücke, An die Fürsten – die Proklamation – und das Schreiben an den Reichskanzler und die Ideenfolge bestehen blieb.

Es war meine Absicht, ihn zunächst herankommen zu lassen. Dies tat er denn auch schon auf der Fahrt von Romanshorn, wo wir ihn abholten, in der Weise, daß er sich sehr erfreut über das zufällige Zusammentreffen aussprach, indem er dadurch Gelegenheit habe, verschiedene Fragen, die ihn bewegten, durchzusprechen. Den andern Tag, vormittag, ließ er mich dann rufen und eröffnete den Diskurs mit der Bemerkung, daß der Zustand des Kaisers ihm die Frage nahelege, welches seine ersten Schritte sein müßten, und daß er, durchdrungen von dieser Notwendigkeit, Gelegenheit gesucht habe, mit dem Reichskanzler zu sprechen und ihm seine Absicht kundzugeben, im Falle eines Regierungswechsels seine Dienste auch seinerseits in Anspruch zu nehmen und sich zu vergewissern, daß er auf des Kanzlers Unterstützung zählen könne. Er fuhr dann fort, daß er wisse, wie ich in der ganzen Auffassung des Kaisertums von ihm differiere. Dies sei bereits in einer Unterredung am Vorabend der Schlacht von Wörth in Sulz und später in Versailles der Fall gewesen. Er nun sei seiner damals schon ausgesprochenen Ansicht treu geblieben und beabsichtige bei seiner Thronbesteigung dieser Auffassung nach zu handeln, d. h. als wirklicher Kaiser und Erbe der Krone Karls des Großen und der alten deutschen Kaiser aufzutreten, diesen seinen Anspruch in einer Botschaft an die Nation kundzugeben und dementsprechend auch den Titel Friedrich IV. als Nachfolger des Kaisers Friedrich III. anzunehmen. Obwohl mich diese Wunderlichkeit nicht allzusehr überraschte, so war ich doch über die Zähigkeit betroffen, mit der er dieselbe festhielt, und mehr, als er meine Einwendung mit dem Argumente bekämpfte, daß der Reichskanzler, dem er seine Ansicht und Absicht auseinandergesetzt habe, sich

mit denselben einverstanden erklärt habe. Es blieb mir da nichts weiter übrig als zu sagen, entweder sei das ein Mißverständnis oder der Kanzler habe ihm eine Falle gestellt. Ich fügte bei, ich habe mir auch skizziert, was er bei einem Thronwechsel zu tun und zu sagen habe, daß aber der Inhalt so diametral von dieser Auffassung abweiche, daß diese Aufzeichnung ihm keinen Nutzen gewähren könne, indem sie vor allem beabsichtige, einmal die verbündeten Regierungen gegen die Gefährdung ihrer Stellung sicherzustellen, zweitens die altpreußischen Kreise zu beruhigen und endlich ihm selbständigen Boden gegenüber dem Reichskanzler unter die Füße zu schaffen.

Ich nahm Veranlassung, dem Großherzog, dem er ähnliches als seine Absicht auskramte, meine Ansicht dahin auszusprechen, daß, wenn er dabei beharre, solche Torheit zu machen, daß es dann viel besser sei, er nähme den Gedanken der Abdikation oder Resignation wieder auf, und es ward beschlossen, ihn noch einen Tag festzuhalten, um ihn nochmals vorzunehmen. Er leistete indessen auch diesen Tag noch Widerstand: so fest saßen diese Tendenzen, gegen welche auch die Frau sich stets ohnmächtig erklärt hatte. Erst am dritten Tag gab er nach, wie er sagte, weil wir beide – der Großherzog und ich – die es, wie er wisse, gut mit ihm meinten, die Ausführung seiner Lieblingsidee als gefährlich und untunlich erklärten und beide zu dieser Ansicht unabhängig voneinander gekommen seien.

Ich las ihm dann die drei Operate vor, die Sie in den Grundzügen kennen, und dieselben schienen ihm in den Grundzügen auch zu entsprechen, wiewohl er die Botschaft an das deutsche Volk nicht aufgeben und mit den Abschlagszahlungen einer Ansprache in der Botschaft, die den alsbald zu berufenden Reichstag einberufe, und mit der ersten Thronrede nicht zufrieden sein wollte. Mit dieser Frage wurde er an den Reichskanzler verwiesen. Friedrich IV. ließ er dagegen fallen.

Er schien von dem Augenblicke an, wo er ein Papier in der Tasche hatte, das er nach Hause tragen konnte, wie umgewandelt, sichtlich erfreut und beruhigt und überströmte in Dankesäußerungen aller Art. Ich empfahl das Ganze fortwährend nur als Skizze, in die er nun möglichst von seinen eigenen Gedanken hineinarbeiten müsse und daß er dann das Msk., von dessen Entstehung niemand wissen dürfe und das er ganz in eigener Handschrift schreiben

müsse, den Personen seines Vertrauens zur Kontrolle zeigen müsse. Ich frug, ob das nicht am besten H. v. Normann sei und ob derselbe nicht immer sein Vertrauen habe, worauf er mit einem lebhaften: „Herr v. Normann gewiß, wie immer, o ganz“ antwortete. Den Tag der Abreise sagte er mir dann noch, er habe bereits angefangen die Schriftstücke umzuschreiben und habe dabei ein Adjektiv geändert, was ganz zweckmäßig war. So steht die Sache.

Von Potsdam telegraphierte er, wie wichtig diese Tage für ihn gewesen und wie dankbar er für dieselben sei.

Nun bleibt abzuwarten, was weiter aus der Sache wird und wieviel übrigbleibt, nachdem verschiedene Siebe ihr alles Mark abgeseiht haben werden.

Einen Eindruck gewann ich ganz sicher, daß an dem Sturze Normanns wesentlich Albedyll mitwirkte, daß Albedyll der Mann des Vertrauens ist und daß außerdem insbesondere Waldersee und Caprivi als Männer angesehen werden, die als Säulen seiner Regierung insbesondere bei einem Strike seitens des Reichskanzlers ins Auge gefaßt sind. Der Reichskanzler wird aber nicht Strike machen, sondern erst, wenn der Welfenfond angegriffen wird, was erst später geschehen kann.

Alles Weitere mündlich. Dieser Brief ist nur für Sie und wird am besten vernichtet. An Geficken schreibe ich nichts, als ich hätte die mannigfach modifizierten Schriftstücke Gelegenheit gehabt, an den Kronprinzen zu schicken. Punktum.

### 38. *An Stosch*

Baden, Englischer Hof, 2. Oktober 1885

Da ich vermute, daß Sie von Ihrem Ausfluge nach Hannover, Oldenburg und Wilhelmshaven wieder in Ihrem schönen rheinischen Asyle eingetroffen sind, so will ich Sie auch au courant meiner kleinen Erlebnisse setzen. Nach unserer kurzen Begegnung auf dem Niederwalde blieb ich noch 2-3 Tage in Königstein und ging dann nach Schopfheim. Von da nach Karlsruhe zu den Festen<sup>1</sup>. Solange ich in Königstein war, wurde an den nahen bul-

<sup>1</sup> Die Doppelfeier des 30jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs und der Vermählung des Erbgroßherzogs.

garischen Ausbruch<sup>1</sup> noch nicht gedacht. Immerhin stellte sich meine Auffassung der Verhältnisse der Balkanhalbinsel dahin fest, daß die Türkei militärisch ganz ohnmächtig ist, daß die Balkanvölker sowohl diese Schwäche als die Tatsache kennen, daß keine Macht gegen ihre Unternehmungen intervenieren wird. Österreich hat ein Interesse, eine unabhängig und gegnerisch gegen Rußland begonnene Bewegung nicht zu hemmen, Rußland aber kann, so gern es möchte, nicht gegen sie einschreiten. Diese Konstellation werden alle einzelnen Völkerschaften benutzen, möglichst viel türkische Hälse abzuschneiden, und am Ende des ersten Aktes die Türkei wahrscheinlich auf das kleine Stück bis etwa Adrianopel beschränkt sein. Da damit für Rußland jede Hoffnung auf bleibenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel verloren geht, so wird in Rußland ein Gefühl tiefer Verstimmung Platz greifen, welches zu irgendeinem gewalttätigen Eingreifen drängen wird. Ob das gegen Konstantinopel sich entladen wird, läßt sich nicht voraussagen. Gewiß ist, daß die Konferenz ohnmächtig ist, etwas zu beschließen, und noch ohnmächtiger, ihren Beschlüssen Nachdruck zu geben.

In Karlsruhe sah ich auch den Kronprinzen wieder, der sich fortwährend sehr befriedigt über die Mainauer Tage aussprach. Er habe die Entwürfe nur Friedberg gezeigt, dieser habe auch einen gemacht, derselbe gefiel aber weder ihm noch der Kronprinzessin, welche sich dagegen mit dem Mainauer Entwurfe ganz einverstanden erklärt habe und nur wenig Änderungen vorgeschlagen hat, die er mich lesen ließ. Er las mir auch den Brief der Kronprinzessin selbst und darin wörtlich die Stelle: „Du solltest die Entwürfe zuerst an Normann schicken und sie von ihm begutachten lassen, dann sie auch Stockmar zeigen.“ Beides, sagte der Kronprinz, habe er noch nicht getan, da die Sache ja zur Zeit keine Dringlichkeit habe. Mir war dies Faktum interessant, weil es für die Stellung der Kpz. zur Frage N. interessant ist.

Ich sah inzwischen den Kaiser und hatte unter anderem heute ein fast einstündiges Gespräch mit ihm in seinem Zimmer, wo er

<sup>1</sup> Alexander v. Battenberg, seit 1879 Fürst von Bulgarien, hatte am 21. September in Philippopel die von einem revolutionären Aktionskomitee vorbereitete Vereinigung von Bulgarien und Ostrumelien verkündet.

sukzessive fast alle schwebenden Fragen, bulgarische, Karolinen<sup>1</sup>, Kolonien, Verhältnis zu Rußland, Berliner Kongreß berührte und mit der ihm eigenen Offenheit seine Stellung zu den Fragen und was er dem Kanzler darüber gesagt, besprach. Ich fand ihn absolut frisch und von einer Frage zur andern mit Lebendigkeit und Sicherheit übergehend, so daß ich in der Tat glaube, wenn nicht ein unglücklicher Zufall dazwischen kommt, daß er einen neuen Kontrakt gemacht haben könnte, der noch längere Zeit vorhalten dürfte.

Zu meiner großen Beruhigung konstatierte ich auch, daß weder Kaiser noch Prinz Heinrich von Braunschweiger Regentschaft für den letzteren<sup>2</sup> etwas wissen will und daß es sich z. Zt. nur um den Prinzen Albrecht<sup>3</sup> handelt, dessen Antwort erwartet wird und noch aussteht. Doch dies wissen Sie besser von Normann und Ihrem Besuche daselbst. Ich hätte Ihnen noch manches zu erzählen, verschiebe es aber bis zu meiner Ankunft am Rhein. Heute gehe ich, wenn ich kann, zu mir hinauf auf einige Tage und komme dann hinunter, wo eine Menge Geschäfte sich gehäuft haben. Sowie ein ruhiger Augenblick unten ist und Ihr Herbst eingetan sein wird, sende ich Ihnen dann Nachricht, daß Sie endlich wieder einmal in Ruhe auf dem Berge genossen werden können. Ich muß schließen.

Mit Gruner<sup>4</sup> ist wieder ein Stück Vergangenheit niedergegangen. Die neue Zeit verlangt neue Menschen. Dies fühlt man hier in Berührung mit dem alten Hofe mehr wie irgendwo. Wo aber sind dieselben?

### 39. An Ernst v. Stockmar

Köln, Hotel du Nord, 29. Oktober 1885

Ich benutze die sichere Vermittlung, welche die Reise Morierts nach Berlin gewährt, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 27.

<sup>1</sup> Der Konflikt mit Spanien um den Besitz der Inselgruppe, der dann durch Leo XIII. zugunsten Spaniens geschlichtet wurde.

<sup>2</sup> Der damals erst 23 jährige Prinz war zuerst von Bismarck für diese in Aussicht genommen worden.

<sup>3</sup> Prinz Albrecht von Preußen; er wurde am 21. Oktober von der Braunschweiger Landesversammlung einstimmig gewählt.

<sup>4</sup> Justus v. Gruner war am gleichen Tage gestorben.

zu bestätigen und zugleich über die darin berührten Punkte meine Ansicht auszusprechen.

Der richtige Weg, den ein mit Einsicht und Wille ausgestatteter Fürst bei Antritt seiner Regierung unter den außergewöhnlichen Verhältnissen, wie der künftige Thronwechsel sie mit sich bringt, zu gehen hätte, würde meines Erachtens sein:

1. Derselbe hätte zunächst an Reichskanzler und sämtliche aus den Zeiten der früheren Regierung ihre Ämter haltenden Minister die Anforderung zu stellen, dem neuen Regenten durch Zur-Verfügung-Stellung ihrer Portefeuilles die Möglichkeit freier Entschließung zu geben.

2. Bei der bestehenden politischen Lage und dem Vertrauen, welches der Reichskanzler unzweifelhaft nicht nur bei der Nation, sondern auch bei dem künftigen Regenten seiner eigenen Versicherung nach genießt, würde diese Aufforderung dem Reichskanzler gegenüber durch die vertrauliche Mitteilung zu begleiten sein, daß der neue Kaiser beabsichtige, denselben mit dem Auftrage der Neubildung des preußischen Ministeriums wie mit dem Amte des Reichskanzlers zu betrauen.

In der ersten Hinsicht würde es ratsam sein, die Befugnisse eines Ministerpräsidenten zugleich bis zu den Kompetenzen eines englischen Primministers bei dieser Neubildung zu erweitern.

Durch die erste Forderung [Nr. 1] wird zunächst der dauernden monarchischen Institution „le roi est mort, vive le roi“ [gegenüber] die Kanzlerwürde als etwas Intermittierendes, von der Krone Abhängiges dargetan und der Vorteil erreicht, daß die ersten Schritte der neuen Regierung ohne Hemmung durch die Einsprache eines verantwortlichen Ratgebers geschehen können.

In Ausübung dieser freieigenen Entschließung müssen nun die Entwürfe abgelassen werden. Der Loyalität und dem Vertrauen, welches der neue Kaiser dem Mann entgegenbringen muß, den er mit der Leitung der Reichs- und Staatsgeschäfte betrauen will, würde es nur entsprechen, wenn derselbe ihm vertraulich Kenntnis gäbe der Schriftstücke, die er zu erlassen beschlossen habe. Diese Kenntnissnahme kann sehr wohl mit der Bemerkung ver-

bunden sein, daß der Kaiser etwaige Bedenken und Vorschläge des Fürsten gern in nähere Erwägung ziehen wolle.

Meiner Ansicht nach würde es ratsam sein, prinzipiell nicht alle solche Änderungen anzunehmen, aber auch solche nicht alle zu ignorieren. Es kommt vor allem darauf an, die Selbständigkeit der Entschließungen der Krone zu betätigen.

Ich sehe keinen Anstand, das dritte Schriftstück einer gleichen Behandlung zu unterwerfen. Es enthält und soll im wesentlichen enthalten die Ansichten des neuen Regenten über das, was er für geboten, und die Auffassung der Aufgaben, welche er seiner Regierung zunächst gestellt erachtet. *C'est à laisser ou à prendre.*

Das Recht dazu kann auch der Kanzler nicht bestreiten. Knüpft der neue Regent danach später die Aufforderung an denselben an, die Leitung der Reichs- und Landesgeschäfte in verantwortlicher Stellung zu übernehmen, so sind nur zwei Fälle möglich. Derselbe kann sagen: ich bin außerstande, auf Grund dieser Gesichtspunkte eine Verwaltung zu tragen, oder er übernimmt den Auftrag. Der erste Ausgang ist absolut unwahrscheinlich; träte er aber auch ein, so müßte diese Wendung eben getragen werden und es ist nicht zu befürchten, daß die Nation dem Kaiser einen Vorwurf daraus machen würde, eine verständige Meinung gehabt zu haben. – Oder aber es tritt die zweite, wahrscheinliche Eventualität ein. Ich glaube, daß in diesem Falle die Stellung der Krone dem Kanzler gegenüber, der seine Würde aufs neue von derselben verliehen erhielt, eine wesentlich günstigere sein wird als wenn dieselbe die Sukzession des Kanzlertums stillschweigend und meinungslos in den wichtigsten Staatsfragen als *roi fainéant* oder Scheinkaiser akzeptiert.

Was nun den Inhalt der Entwürfe angeht, so habe ich dem dermaligen Inhaber stets hervorgehoben, daß dieselben nur unfertige Konzepte seien, gleichsam der Stramin, auf den er seine eigenen Ideen einsticken müsse und deren Inhalt wie äußere Erscheinung sich fort und fort ändern und bereichern müsse bis zum Tage, der ihre Verwendung notwendig und eine abschließende Redaktion unvermeidlich machen würde.

Dazu in *verba magistri* zu schwören und sklavisch am Wortlaute zu hängen, sind sie noch durchaus ungeeignet.

#### 40. An Stosch

Segenhaus, 27. November 1885

Ich habe gestern abend Ihren Brief erhalten, der mir die Verzögerung Ihrer Koblenzer Reise bis Sonntag meldet und die große Freude Ihres Besuches für den Nachmittag in Aussicht stellt. Da ich nach dem badischen Besuch in Koblenz gehört hatte, die Kaiserin müsse zur Erholung von den Strapazen desselben sich einige Tage ausruhen, so erklärte ich mir das Ausbleiben einer Nachricht über Ihr Kommen mit den Dispositionen über den Empfang daselbst. Hier ist jeder Tag und jede Stunde recht, zu der Sie kommen. . . .

Was wird aus dem alten Europa? Das morsche Fahrzeug kracht in allen Fugen und nichts übertrifft an wehmütiger Komik die wunderlichen Sprünge, welche die Vertreter des Berliner Kongreßwerkes machen müssen, um ihrer Schöpfung den hinschwindenden Nimbus zu retten. Glücklicherweise gelingt das nicht und das elende Machwerk nimmt ein verdientes klägliches Ende. Leider fehlt aber auch der gestaltende Kopf, der die Völker der Balkanhalbinsel aus dem selbstmörderischen Kampfe<sup>1</sup>, in den sie geraten sind, zu gemeinsamem Handeln gegen die türkische Herrschaft zusammenbringt.

#### 41. An Stosch

Segenhaus, 10. Januar 1886

Ihr trefflicher Brief vom 30. v. J. und seine reiche Ladung guter treuer Wünsche hätte eine raschere Antwort und den unmittelbaren Ausdruck des warmen Dankes verdient, wenn dadurch auch nur ein mäßiger Teil der innigen Freude ein Zeugnis gefunden hätte, die er mir und der Fürstin gebracht hatte. [Übermittelt alle guten Wünsche der Bergkolonie „300 Meter über der reinen Meeresflut und dem unreinen Getreibe des häßlichen Geschlechtes, das auf deutscher Erde z. Zt. sein Wesen treibt“.]

<sup>1</sup> Aus Neid gegen die Vergrößerung Bulgariens hatten die Serben ihre Nachbarn angegriffen, wurden aber von Fürst Alexander empfindlich geschlagen, besonders bei Slivnica (18./19. November). Österreichs Eintreten für seine serbischen Klienten erzwang im Dezember einen Waffenstillstand; der Bukarester Friede bestätigte den status quo.



. . . Von Berlin weiß ich wenig. Das Hasardspiel, das der alte Kaiser mit dem Leben spielt, hat zu unberechenbare Chancen, als daß sich darüber etwas sagen läßt. Nur soviel steht fest, daß wenn solange schon Rouge herauskam, die Chance für Noir immer mehr steigt. Unter welchem unseligen Sterne aber würde sich auch jetzt ein Wechsel vollziehen. Muß auch der auf seine Latinität eitle alte Papst noch den magnum cancellarium besingen und ihm Oden und Episteln widmen. Das alles will ausgehalten sein wie eine Sturzwellen, die über Bord geht und allen gesunden Menschenverstand abspült.

Daß wir zu allem übrigen Elende aber auch noch mit einem so entschlußlosen Jammermenschen wie der gegenwärtige Sultan und mit einem Kálnoky heimgesucht werden, übersteigt fast das Maß des Erträglichen. Trotz alledem und trotzdem Alexander III. vor dem Fürsten von Bulgarien zu Kreuze kriechen wird, bin ich nicht ohne letzte Hoffnung, daß die Natur der Dinge stärker sein wird als die Schmiere der Diplomaten. Die Lüge der Eintracht der Mächte ist zu groß und irgendwo muß dieselbe zutage treten.

Wird der mit Rußland versöhnte Fürst von Bulgarien gegen Serbien gefügiger sein und wird schließlich nicht Griechenland, Montenegro und Serbien zusammen den zweiten Akt gegen Großbulgarien spielen, nachdem der erste ein so klägliches Ende genommen? Ich glaube, daß die österreichische Intrige, welche Serbien zunächst gegen Bulgarien stimulierte, wieder aufleben könnte, wenn erst die Versöhnung zwischen Rußland und Bulgarien stattgefunden hat.

. . . Möge Ihnen die diesjährige Berliner Januarreise freundlichere Erinnerungen hinterlassen als die letzte. Jedenfalls werden Sie in der Nähe die Dinge sehen, wie sie sind, und da gibt es von selbst mehr Schatten als Lichtblicke.

#### 42. An Stosch

Segenhaus, 5. Februar 1886

Von Tag zu Tag hat mich Drang der verschiedensten Geschäfte und die Hoffnung der definitiven Klärung der über meinen Bewegungen schwebenden Ungewißheit verschieben lassen, Ihnen

für Ihren lieben Brief zu danken. . . . Die Hemmung der freien Bewegung durch die fortdauernde Ungewißheit muß in den Kauf genommen werden.

Mittlerweile sorgt der Kanzler, Serben, Griechen und der europäische Hexensabbat, daß auch im Winterbau die Zeit nicht lang wird. Freilich entbehren wir der Kurzweil, die jene sich machen, welche Kanzleradressen ob seinen Heldentaten<sup>1</sup> gegen alte polnische Weiber und vertrunkene Trottel zur Rettung unserer nationalen Einheit unterschreiben. Die unergründliche Tiefe der Dummheit, die den biedern Deutschen auf jeden Speck anbeißen läßt, den der Kanzler bei jeder neuen Session auswirft, und die Fähigkeit, sich immer von neuem in Entrüstung gegen die neu-erfundenen Reichsfeinde zu versetzen muß immer und allen vorhergegangenen Erfahrungen zum Trotz überraschen. Mein guter Miquel hat in dieser Hinsicht auch eine seltene Vertrauensbeule auf kanzlerische hohe Weisheit am Kopfe. Mir erscheint die ganze Kampagne, Ausweisungen, Kaiserbotschaft, Adressen, Reden als der blühendste Blödsinn und noch obendrein als grober politischer Fehler. Schon wegen der notwendigen Rückwirkung auf das Verhältnis zu Österreich. Es war meinem Ermessen nach ganz genug, ohne alle Ausweisung einfach langsam auf Auskauf der verschuldeten polnischen Gutsbesitzer hinzuarbeiten. Damit war freilich kein Nebenzweck zu erreichen. Nicht minder falsch halte ich im Interesse des Friedens die ganze von Bismarck in Szene gesetzte Orientpolitik. Dieselbe kann nur damit enden, daß Österreich in Serbien intervenieren<sup>2</sup> muß, um zu verhindern, daß sich eine russische Dynastie wie die montenegrinische der gesamten Südslawen bemächtigt und dieselben gegen die mit Bulgarien

<sup>1</sup> Die neue Gesetzgebung zum Schutz des Deutschtums in Posen und Westpreußen (Ansiedlungskommission und Aufkauf polnischer Güter). Sie begann mit der im folgenden erwähnten Ausweisung galizischer und russisch-polnischer Wanderarbeiter und einer kaiserlichen Botschaft vom 30. November 1885, die einen von Zentrum und Freisinn unterstützten Protest der polnischen Reichstagsfraktion als unzulässigen Einmischungsversuch in Maßnahmen des preußischen Königs „zur Ausweisung ausländischer Untertanen“ scharf zurückwies.

<sup>2</sup> In der Tat dachte Österreich damals an Einmarsch in Serbien. Nur Bismarcks fortgesetzte scharfe Abmahnungen an Kálnoky haben es verhindert, daß die österreichische Kriegspolitik schon damals, wie Roggenbach es im folgenden nennt, den Rubikon überschritt.

nunmehr zusammen stehende und fallende Türkei ins Feuer führt. Der Vertrag Bulgariens mit der Pforte, der seitens des Fürsten Alexander mir sehr töricht scheint und ihn in viel zu große Abhängigkeit von Konstantinopel bringt, muß diesen Effekt haben, Griechenland und die Slawen ins Feld zu bringen, und dann steht Rußland gewiß auf deren Seite und benutzt die fortdauernde Spannung mit dem Fürsten Alexander, sich aus der Klemme zwischen Parteinahme für Montenegro, Serbien, Griechenland einerseits und Bulgarien anderseits zu ziehen. Österreich steht dann vor einem Rubikon. Es wird ihn, trotz aller Abmachungen Bismarcks, überschreiten müssen und die Frage wird sein, was dann Rußland tut. Jedenfalls habe ich vorsorglich alles, was ich an ungarischer Rente noch hatte, verkauft.

England wird m. Erachtens nicht in die Lage kommen, sich von einer Aktion gegen Griechenland zurückzuziehen, da solche überhaupt nicht stattfinden wird, indem weder Rußland noch Frankreich sich dabei beteiligen werden<sup>1</sup>. Im Gegenteil haben beide im Innern große Befriedigung, Deutschland in der Sache mit Österreich zu isolieren. Ich glaube auch nicht, daß die Freundschaft Lord Roseberys zu Herbert Bismarck an diesem Gang der Dinge viel ändern wird. England wird wegen der Rücksicht, die es auf die Pforte um Ägyptens willen nehmen muß, wohl noch am längsten platonische Liebesdienste für die Türkei gegen Griechenland zu leisten bestrebt sein, ohne freilich irgend Ernst dahinter zu setzen.

Von den Franzosen halte ich dafür, daß sie eine relativ erträgliche Regierung haben, die sie aber nicht verhindert, kolossale Torheiten zu machen. Dahin rechne ich die Entsendung von Paul Bert nach Hué<sup>2</sup>, die ganz nutzlose Lüge über einen angeblich mit Madagaskar abgeschlossenen Vertrag und ein gut Teil von dem, was Boulanger<sup>3</sup> tut. Anders scheint es mit dem Marineminister Aube zu sein. Der scheint eher auf dem rechten Weg. Ich habe

<sup>1</sup> In Wirklichkeit kam es doch im April und Mai zu einer gemeinsamen Aktion der Großmächte gegen die griechische Kriegslust, sogar zu einem Ultimatum und einer kurzen Blockade griechischer Häfen; erst unter diesem Druck stellte Griechenland seine Rüstungen gegen die Pforte ein.

<sup>2</sup> Als Generalresident von Tongking und Anam.

<sup>3</sup> Die Ernennung Boulangers zum Kriegsminister (Januar 1886) galt als Zeichen wachsender Revanchelust.

in der Anlage einen Artikel der Times über Marinefragen beigefügt, der Sie vielleicht interessiert. Irre ich nicht, so will auch Aube Kreuzer der Pantherklasse bauen. Der Reichstag ist etwas dämelig, wenn er seinerseits in dieser Sache Schwierigkeiten macht.

Von Berlin höre ich nicht viel, als daß das Treiben der „ganz Jungen“, die in Verbindung mit Herbert Bismarck auf den alternden Reichskanzler Einfluß üben und für manche falschen Operationen, Karolinen pp. die Schuld tragen sollen, der Kategorie, die um Albedyll herum sich gruppierten und der Zukunft sicher zu sein glaubten, etwas bange machen. Qui vivra, verra.

Geffcken war in den Weihnachtstagen hier, da er schrieb, sein Arzt wolle ihn nicht nach Hause lassen, und er wisse nicht, wohin. Inzwischen schrieb er bereits mehrere Aufsätze, die mir von verschiedenen Seiten zukommen.

Kommen Sie, wenn die ersten Schwalben schwirren, nicht einmal herüber? Sonst droht Ihnen, daß ich Sie einmal auf ein paar Stunden überfalle . . .

#### 43. An Stosch

Schopfheim, 12. März 1886

Die wohlthätige Wärme Ihres Briefes, die meine erstarrende Seele hier belebte, zeigt mir erst, wie reich Sie an dieser himmlischen Gabe sind, daß Sie noch soviel davon abgeben können. Weder Sir John Franklin noch Greely oder wer sonst den 84. Breitengrad erreichte, hat mehr frieren können als ein hierher verschlagener Erdenpilger. Ich gedachte nur kurz zu bleiben, als eine auf den 16. angesetzte Kreisversammlung mich in die schlimme Alternative setzte, entweder die weite Fahrt an den Niederrhein zu machen oder die Zwischenzeit meinen hiesigen Geschäften zukommen zu lassen. Ich entschloß mich für das letztere und bot dem eisigen Nordwind Trotz, der auch diesen sonst windgeschütztesten Ort in einer unerhörten Weise heimsuchte und Zeugnis gab, daß die Berichte nicht übertreiben, die von 51° Celsius in Norwegen und von Eisbergen, die dem Polarmeere Ehre machen, bis in die Mündungen der Ostseeflüsse erzählen.

Daß es unter solchen Umständen auch im Deutschen Reich frostig genug aussieht, wen könnte es wundern, und wenn eine Vorlage nach der andern mit eisiger Kühle in die Kommissionen auf Nimmerwiedersehen wandert, entspricht das nur der Signatur der Stunde. Schließlich werden die Begeisterungskranken und Kränksten es müde, immer für neue gewagte Grillen eines einzelnen auf die Bresche zu gehen, und echauffieren sie sich nur mäßig, nachdem sie gleich am Anfang der Session soviel Entrüstung im Polenunfuge verbraucht haben, im lähmenden Bewußtsein, eine mehrfache bêtise dabei zu begehen.

Das Fazit ist, daß wenn der Kanzler auch die letzten Positionen, die kleinsten réduits, die seiner Macht noch nicht geöffnet sind, einnimmt, er selbst alt und grillenhaft wird und daß er selbst der Welt beweist, wie er ein hors d'œuvre und ein Anachronismus in der eigenen, von ihm geschaffenen Zeitperiode geworden ist. Der erste Kanzler des Deutschen Reichs, der keine Ahnung von deutscher Politik zu haben scheint und in die kleinen Notlagen brandenburgischer Fürsten und in die Zwangsstellung des im Siebenjährigen Krieg erschöpften, von England verlassenen Friedrich II. zurückfällt, um sich wie dieser an der polnischen Episode und russischen Freundschaft zu erholen. Und darum Räuber und Mörder! sagt Karl Moor. Ich gehöre zu denen, die finden, daß wir wenig günstig in der neusten orientalischen Phase abgeschnitten und eine Situation geschaffen haben, die einem Pulverfaß mit bereits brennender Lunte nicht unähnlich ist.

. . . Meine Absicht ist immer noch, Anfang April nach Berlin zu gehen. Aber ich habe zu viele Fäden verloren. Andere hat der Tod durchrissen. Mit der Generalspartei habe ich gar keine Fühlung, mit den Jungen, den kleinen Intriganten, die um Herbert Bismarck herum Männchen machen, erst recht nicht. Bleiben die obersten Niete. Fast hätte ich gesagt, daß Gott erbarm! Ich weiß nicht, ob Sie bemerkt haben, wie das Reptil das Fiasko des Staatsrats der Passivität des Kronprinzen zuschreibt und wiederholt darüber Artikel in die kleine Presse ausspie. Zur Zeit würde ein Thronwechsel in die denkbar schlechteste Konjunktur fallen. All meine Hoffnung mehr noch als mein Glauben geht dahin, daß er noch aufgeschoben sei. . . .

Segenhaus, 27. Mai 1886

Erst heute komme ich dazu, Ihnen für Ihren letzten Brief zu danken und Ihnen über das wenige zu berichten, das Sie interessieren könnte. Dahin gehört, daß ich den letzten Tag des Aufenthaltes der Kronprinzlichen in Homburg war. Ich habe dabei zunächst konstatieren können, daß der Kronprinz Ihren Brief mit der Einlage über die Kaiserin von Rußland erst am Abend vor der Abreise nach Berlin erhalten hat . . . Die weitere Beobachtung habe ich aber auch machen können, daß beide Herrschaften es als eine günstige Wendung ihres Geschickes betrachten, daß der Reichskanzler und auch der demnächstige Vizekanzler sie gut behandelt und ihnen die Ehre des Wortes gönnt. Wenigstens ist die Befriedigung über den Ausgang der verschiedenen Unterredungen eine sehr große und jeder Gedanke an eine Erschütterung der exorbitanten Stellung der nachwachsenden Dynastie liegt absolut ferne. Das ist eine Tatsache, die allein schon dem künftigen Regimente den Charakter einer Schattenexistenz verleiht. Wer auch künftig die Geschicke des Reiches leiten wird, ist damit entschieden und jeder Versuch einer Galvanisierung einer Molluskenmasse absolut hoffnungslos. Dabei dauert die Ungeneigtheit, sich ernst geschäftlich mit den schwebenden Fragen zu beschäftigen, fort. Meine Bemerkung, daß auch die neue Branntweingesetzvorlage in der Prinzipfassung gewiß nicht und die Eventualvorlage schwerlich durchgehen würde, provozierte eine Rückäußerung, die mir zeigte, daß beide gar nicht gelesen waren.

. . . Daß Sie nach Berlin gehen, erkläre ich mir mit persönlichen Geschäften, da sonst der Aufenthalt zur Zeit wenig angenehm sein muß. Da der Kaiser bald weggeht, so ist freilich nicht viel Zeit zu verlieren. Ich muß zunächst einmal rheinaufwärts, was stets einem Rennen mit Hindernissen gleichkommt, so viele Gräben durchschneiden die Bahn, über die man nicht wegsetzen kann. So Karlsruhe, Baden und Freiburg. Meinen Wechsel, auch einmal nach Berlin zu gehen, muß ich immer von neuem prolongieren, – so sehr es mich in Versuchung führen könnte, mit Ihnen dort zu sein.

[Geffcken seit 3 Wochen in Segenhaus, hat sich dort erholt, aber nur „um das gewonnene Kapital an Gesundheit durch eine Fahrt nach London zur Besichtigung der Kolonial-Exhibition zu verpuffen“.]

#### 45. An Stosch

Schopfheim, 18. Juni 1886

Für zwei liebe Briefe habe ich Ihnen zu danken. Beide suchten mich hier auf, wohin ich den Tag nach dem verfehlten Rüdeshheimer Projekt gereist war . . . Bis ich Ihren damaligen Brief erhalten, wußte ich Sie schon auf dem Wege nach Berlin und habe nun die Nachricht Ihrer Heimkehr von einer erfrischenden und interessanten Reise mit Ihrem letzten Brief über Segenhaus erhalten.

Die Notizen, die derselbe enthält, sind für mich um so wertvoller als es möglich ist, daß ich auch auf kurze Zeit nach Berlin gehe. Am 27. ist nämlich die erste Versammlung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft, für die ich mich interessiere, für diesmal in Dresden. Ich habe gewissermaßen zugesagt, dort zu sein, und dachte daran, von da nach Berlin zu gehen, die wenigen alten Bekannten daselbst aufzusuchen, die nachgerade noch übrig sind, die Ausstellung zu sehen und dann auch einen ausgestellten Wechsel auf einen Besuch im Neuen Palais einzulösen. All das schwebt als eventueller Plan vor. Nur fehlt der rechte Impetus zur Sache, so sehr widert mich der letzte Teil des Programms eigentlich an.

Von der Absicht, einen Zivilisten an die Stelle von Sommerfeld<sup>1</sup> zu bringen, hatte ich gehört, aber nicht von den Herrschaften selbst, die gegen mich den ganzen Kasus Sommerfeld nicht berührt haben. Der wichtigste Punkt dieser Angelegenheit war, soviel ich sehe, der Versuch der jungen Kanzlerclique bei der Gelegenheit, Albedyll und seinen Einfluß auf den Kronprinzlichen Hof zu stürzen, was auch einigermaßen Erfolg gehabt hat. Wenigstens besteht jetzt erhebliches Mißtrauen in dieser Richtung und Befriedigung über die guten Beziehungen, die zu Bismarck und seinem Sohne sich gebildet haben.

<sup>1</sup> Oberstleutnant v. Sommerfeld, langjähriger persönlicher Adjutant des Kronprinzen.

Von dieser Anschauung gehe ich wenigstens aus, wenn ich über die dortige Schwelle kommen sollte.

Seit ich hier bin, fällt unaufhörlicher Regen nieder, der bisher die Einbringung der einzigen Ernte hiesiger Gegend, des Heus, unmöglich machte. Dasselbe ist der Fall bis nach Oberitalien, wie ich mich auf einer Pfingstfahrt nach Mailand über den Gotthard überzeugte. Nur daß dort in der lombardischen Ebene der wolkenlose blaue Himmel unser eigenes Elend um so mehr empfinden lehrte. Es ist eine glorreiche Fahrt fast von Basel an. Unvergleichlich an Großartigkeit von Brunnen an, Vierwaldstättersee, unerreicht an Lieblichkeit von Bellinzona bis Como, am Luganer und Comer See vorüber. In Mailand belohnte mich der Blick vom marmorweißen Dom herab auf den weiten Kranz der schneebedeckten Alpen vom Montblanc bis zum Ortler, in der Mitte der König der Berge, der Monte Rosa. Um 10 Uhr morgens von Mailand ab, abends 8 Uhr in Basel zurück. Wann führen Sie die gleiche Extravaganz auf? Denn sehen müssen Sie es.

. . . Die innere Lage beurteile ich ganz wie Sie. Größere Omnipotenz des einen Mannes. Dazu gesicherte Erbfolge durch die Vorspiegelung, daß dadurch wertvolle Beziehungen erfolgreicher gepflegt und stille Hoffnungen möglicherweise Befriedigung finden werden. Mit Speck fängt man die Mäuse.

In der auswärtigen Politik kommen zwei Momente in Betracht. Wird der „ernst“ zu nehmende französische Kriegsminister die französische Armee mehr desorganisieren oder zu einer Explosionsmaschine machen können, die gleichzeitig sich mit sozialistischen und anarchistischen Bewegungen umgibt, wozu in Belgien jetzt Vorstudien gemacht werden?

Der zweite Punkt ist: wird der Verdruß, den die Ausweisung der Orleans dem Zaren macht, die schon fertige Annäherung Frankreichs und Rußlands zum zweiten Male dauernd stören wie die Abberufung des Generals Appert in dem Augenblick getan, als man in Paris und Athen glaubte, die Allianz sicher zu haben? Da man in Italien uns die Aussöhnung mit Rom und das kanzlerische „Sire“ nicht so leicht vergibt, so steht dann die Partie für uns so, daß wir mit Österreich allein dieser Kombination gegenüberstehen und dazu eventuell auf die Kräfte der Türkei zählen können, die nicht durch die russische Erhebung der westlichen Balkanvölker gegen Österreichs Ehrgeiz lahmgelegt sind. Bleibt



England. Darauf scheint man in Berlin wenig Wert zu legen, da die ganze offizielle Welt einstimmig wünscht, daß durch Sturz Gladstones und seiner irischen Politik dieses ohnehin über den weiten Erdball engagierte Reich sich auch noch die Galeerenkugel irischer Erhebungen anhängt.

Die Situation ist in der Tat nicht so überaus glänzend, so sehr wir auch in die Posaune blasen und von der unvergleichlichen Machtstellung des Reiches zu reden wissen. Es ist eine Erbschaft, die kaum sine beneficio inventarii anzutreten ist . . .

Ehe ich nach Berlin gehe und wenn meine Reise feststeht, gebe ich Ihnen Nachricht.

#### 46. An Stosch

Segenhaus, 21. Juli 1886

Ein neidisches Verhängnis mißgönnt uns die Freude einer Begegnung. Seit ich in Berlin gewesen und Normanns in Oldenburg besucht habe, war es mein unausgesetztes Streben, Zeit und Ort dafür auszufinden. Hier angekommen, hemmte mich während mehrerer Tage mein Besuch in Koblenz<sup>1</sup>, dann eine Fahrt nach Köln aus diesem bis unter das Dach wie ein Ei gefüllten Hause weg. Ich fand hier ein Telegramm von der Mainau mit der Bitte, in den Tagen der Anwesenheit des Kaisers dort zu sein. Das war glücklicherweise unausführbar. Dagegen kann ich einer erneuten dringenden Bitte, vor Abreise der Landeseltern nach Heidelberg<sup>2</sup> am Schluß des Monats noch, wenn irgend tunlich, hinzukommen, keine abschlägige Antwort entgegensetzen.

. . . Was meinen Besuch in Oldenburg betrifft, so werden Sie wohl darüber von Normann direkt gehört haben. Er hat in seinem Stillleben dazu jedenfalls Zeit. Physisch fand ich das Ehepaar wohl. Auch erkennt er voll die Vorteile an, nun nicht am kronprinzlichen Hofe zu sein, über dessen bewegende Kräfte und die Wirkungen derselben er mir vollkommen unterrichtet scheint. Meine Beobachtungen decken sich vollkommen mit seinem Urteil über Personen und Dinge.

<sup>1</sup> Bei Kaiserin Augusta.

<sup>2</sup> Zur Fünfhundertfeier der Universität.

Von Bekannten war in Berlin anwesend Friedberg, Mischke<sup>1</sup> war in Ems. In Potsdam die bekannte Garnitur des Kronprinzlichen Hofes, plus den mir erstmalig vorgekommenen Grafen Radolinski<sup>2</sup>. Wie ich vermutet, fährt das Schiff mit vollen Segeln in Bismarcks Fahrwasser, der ohne Zweifel gewußt hat, Hoffnungen für die bulgarische Liebhaberei vorzuspiegeln, die er selbst nicht haben kann. Genug, das Faktum steht fest. Nicht nur auf den Reichskanzler wird gerechnet, auch Graf Herbert ist gar nicht so übel als er aussieht und seine Freundschaft<sup>3</sup> mit Lord Rosebery, einem rising man, gibt eine Chance für eine künftige, wesentlich auf Anlehnung an England gegründete Politik. Die Argumentation, daß z. Z. nur ein Zusammengehen und Beugen unter das kaudinische Joch der russischen Allianz die Herstellung des russisch-französischen Einvernehmens hindert, wird anerkannt. Aber da die Möglichkeit vorliegt, daß die Russen den Bogen überspannen, so bleibt eine ferne Aussicht, daß die Karte des Fürstentums in Sofia steigen und gar ein wertvoller Trumpf werden könnte.

Soviel ich sehe, hat Seckendorf<sup>4</sup> in dem beharrlichen Widerstand gegen die bulgarische Verbindung seine Macht nahezu eingebüßt und die Frau des Hauses benutzt mit Vorliebe und Vertrauen den für Bulgarien und das bulgarische Volk schwärmenden Grafen Radolinski als homme de confiance. Der Kronprinz war weniger pessimistisch, wenngleich jede Berührung mit dem alten Hofe neue Schmerzen bringt und die bessere Stimmung wesentlich auf Rechnung der selbständigeren Lebensweise zu setzen ist, die die Abwesenheit des Kaisers dem Thronfolger läßt.

Von dem Ernste der europäischen Lage wenig Ahnung, ja sogar wenig Glaube, daß die Russen in den nächsten Tagen schon einen Coup gegen den Berliner Frieden führen würden, wie sie solchen

<sup>1</sup> Albert v. Mischke (1830-1906), persönlicher Adjutant des Kronprinzen von 1870-1878.

<sup>2</sup> Graf Hugo Radolinski (1841-1917), Hofmarschall des Kronprinzen, der spätere Fürst Radolin.

<sup>3</sup> Auf seiner zweiten Englandreise im März 1885 wohnte Herbert Bismarck bei Rosebery.

<sup>4</sup> Graf Götz v. Seckendorff-Gudent, Oberhofmeister der Kronprinzessin und Kaiserin Friedrich.

seither als erste Offensivbewegung gegen die mitteleuropäischen Großmächte in Batum<sup>1</sup> unternommen haben.

Auch für das Gebiet der inneren Politik wenig Verständnis und klare Ansichten, vollends gar kein Wille, in irgendeiner Richtung tätig zu sein und einzugreifen. Da hat die Kaiserin, so alt und gebrechlich sie ist, immer noch mehr Überblick über das weite Feld europäischer Politik als der Sohn.

Das Fazit bleibt: Bismarck wird in der künftigen Regierung mächtiger sein als in dieser und wahrscheinlich einer äußerst ersten politischen Lage gegenüberstehen, in der die Probe auf die Behauptung gemacht wird, daß er ein unübertroffener Meister auswärtiger Politik sei.

Ich bekanntlich finde, daß seine ganze Politik in der Verabreichung von Trinkgeldern an Rußland besteht, um sich das *bon vouloir* dieser Macht zu kaufen. Den Tag, wo er nichts mehr als Bakschisch in die Hand zu drücken hat, muß der Konkurs unvermeidlich erklärt werden. Der Augenblick ist leider nicht mehr ferne . . .

#### 47. An Stosch

Schopfheim, 20. August 1886

Ihr inhaltsreicher, in meiner Einsamkeit mit doppelter Freude begrüßter Brief kam mir gestern über Segenhaus zu. Ich sah aus der Adresse, daß Sie annahmen, ich sei unten am Rhein, während ich seit meiner Fahrt nach der Mainau statt zum Heidelberger Fest hierhin gekommen bin, wo mich Geschäfte unbarmherzig festhalten . . . Meine Anwesenheit fiel gerade in die Tage, wo von Gastein die ersten Nachrichten über die Gesundheit des Kaisers kamen. Nachher geht die so lange geübte Gewohnheit des Glaubens an die unverwüsthche Natur des alten Herrn weiter wie zuvor. Trotzdem teile ich ganz Ihre Ansicht, daß der Wechsel vor der Türe steht und daß der Kanzler im Besitze aller Positionen für die künftige Regierungsperiode sich befindet.

<sup>1</sup> Die Freihafenstellung Batums am Schwarzen Meer, die der Berliner Kongreß 1878 verbürgt hatte, war auf besonderen Wunsch Rußlands am 12. Juli aufgehoben worden, ein großes Entgegenkommen Bismarcks, das aber auf die schlechten Beziehungen zu Rußland ohne Einfluß blieb.

Ihre Notiz über die Äußerung des hohen Herrn, der Kanzler habe nichts gegen die Beförderung des Battenbergers, ist geradezu wichtig, weil sie die Tatsache so absolut feststellt, daß die häßliche Intrige, die der Kanzler gegen Albedyll spielte, noch viel weiter geht, als ich annahm. Sie hängt zum Teil mit der Sommerfeldschen Sache zusammen, der selbst ein großer Tor gewesen zu sein scheint und dessen Verschwinden gewiß an und für sich gut ist.

Der Kanzler behauptet, die Beförderung des Fürsten von Bulgarien zum Generallt. habe ohne Anstand erfolgen können, wenn daraus keine politische Frage gemacht worden sei, was dadurch geschehen, daß Albedyll ihn gefragt habe, was darin geschehen könnte. Dadurch sei er genötigt worden, sich gegen auszusprechen. Die Wahrheit ist aber, daß die Reptilien in der Kölnischen Zeitung die Frage der Beförderung zuerst zur Sprache gebracht und die Streichung von der preußischen Armeeliste als bevorstehend verkündigt hatten, daß daraufhin, bezugnehmend auf diesen Artikel, der Kanzler mit dem Kaiser dieses Thema entrierte und die Unmöglichkeit einer Beförderung beim Kaiser entwickelte. Daraufhin setzte sich Albedyll mit dem Kanzler in Korrespondenz und frug an, was in politischer Hinsicht bei dem bevorstehenden Avancement zu geschehen habe und zu beobachten sei. Auf die kategorische Antwort, es sei die Befriedigung unmöglich, bemüht sich Albedyll seither einen Kompromißweg zu finden, welcher das Verletzende der Maßregel mildert, indem dieselbe generalisiert wird. Der Kanzler ist nun perfide genug, daraus Albedyll bei den Kronprinzlichen eine Grube zu graben, indem er die Tatsache, daß er die ganze Angelegenheit wie üblich in die Presse brachte und auf dem Preßartikel fußend bei dem Kaiser vorbrachte und dadurch die Anfrage veranlaßt hat, verschweigt, und formuliert die Anklage, diese inopportune Anfrage habe ihn genötigt, wider Wunsch und Willen nein zu sagen. Es ist ungläublich, aber wahr: die Kronprinzlichen sitzen in der Sache vollkommen auf und lassen sich nicht nehmen, Bismarck meine es gut mit ihnen und unterstütze sie in der Sache. Was ist da noch zu machen! Ähnlich spiegelt er den Guten vor, daß er auf dem Punkte sei, die Allianz à quatre abzuschließen und großes Spiel gegen Rußland zu spielen, während er doch einfach den Russen sagt: Macht doch, daß der Fürst Alexander in die Luft geht, dann ist die Unmöglichkeit der Lage, in die ihr euch

gebracht, gehoben und die Gefahr für den Frieden wieder beseitigt. Mit der Dummheit kämpfen aber Götter selbst vergebens. . . . Ob ich dem Frieden traue oder an eine französisch-russische Allianz glaube? Ich rechne, daß die Franzosen letztere immer wieder unmöglich machen und daß die Russen nur so lange allein vorgehen, als sie den Türken glauben allein vor sich zu haben. An den Mut der Engländer und Österreicher glaube ich nun freilich nicht, aber immerhin wird die Partie so liegen, daß die Türken schwerlich ganz blank stehen, und darum werden die Russen sich zweimal bedenken, diesmal auch nur einen Türkenkrieg hervorzurufen. Dagegen hilft alles, außer dem Engländer, den Fürsten Alexander wegzuschaffen<sup>1</sup>, Bismarck und Österreich vor allem . . .

#### 48. An Stosch

Segenhaus, 9. Dezember 1886

Wie lange schon verlange ich, Ihnen zu schreiben, und immer mußte ich es verschieben. Nun beginne ich Ihnen zu sagen, daß ich wieder hier bin, in einem erreichbaren Breitengrade, und daß ich Sie bei meiner Durchreise durch Koblenz, den Tag vor Abreise der Kaiserin, gespürt habe. Ein magerer Trost bei der Unmöglichkeit, bei Ihnen auf eine Stunde anzukehren. Wie gern hätte ich es getan. Aber meine Reise lief in den knappsten Fristen. Und doch leben wir in einem Wendepunkt der Zeiten, die wie wenig andere für die deutsche Zukunft verhängnisvoll werden könnten. Wie vieles gäbe es da nicht zu besprechen. Meine Sorge und meine Weisheit liegen nahe beisammen.

Ich glaube, daß nur eine kühne aktive Politik uns aus der Zwickmühle<sup>2</sup> zwischen Frankreich und Rußland befreien kann. Ich

<sup>1</sup> In der Nacht vom 20. zum 21. August wurde Alexander von militärischen Verschwörern gefangengenommen und gewaltsam aus Bulgarien entfernt. Er kehrte zwar noch einmal zurück, legte aber am 7. September die Krone nieder. (Vgl. Egon Conte Corti, *Alexander v. Battenberg, sein Kampf mit dem Zaren und Bismarck*, Wien 1920.)

<sup>2</sup> Die militärische Situation der „Zwickmühle“ begegnet in der Waldesersekorespondenz fast gleichzeitig bei Loë (Brief vom 7. November 1886) und wird dann mit der Folgerung des „Präventivkrieges“ von allen Militärpolitikern in vielfachen Variationen erörtert. (Meißner, S. 36ff. und an vielen anderen Stellen.)

sorge, daß wir zur Zeit gar keine Politik haben, sondern uns auf der gaukelnden Hoffnungsscholle treiben lassen, wir könnten durch persönliche Liebenswürdigkeit und Konzession den Zaren so führen, daß wir um das große Spiel herumkommen.

Psychologisch hoffen wir das, weil wir gealtert sind und die Dinge sehen, wie wir wünschen, daß sie seien.

Drei Momente lassen den Augenblick für uns zum Zerreißen des Netzes, das sich um uns bildet, als geeignet erscheinen.

Einmal haben wir die Ausrüstung mit dem Repetiergewehr und die Franzosen haben sie noch nicht.

Wir können zweitens im Augenblick auf eine Unterstützung der Balkanvölker rechnen, die auch gegen uns gekehrt werden kann. Wir haben eine günstige Allianzchance, indem Italien unsere Trinkgelder für wertvoller hält als die, welche Frankreich bieten kann, und weil England in eigenem Interesse mit Frankreich an verschiedenen Orten im Prozesse liegt, der es in einigermaßen ausgiebige Bewegung bringen kann. Endlich dauert die Chance, daß wir eine bestimmte Regierung in England haben, mit der gerechnet werden kann, nur so lange, als die zerfahrene liberale Partei sich nicht rekonstruiert hat.

Zu allem dem kommt, daß unsere Armee nicht besser, sondern älter wird bis zum Hauptmann hinunter und daß unsere Gegner umgekehrt sich stärken. Der alte Kaiser ist resolut und würde die Notwendigkeiten der Lage akzeptieren. Der Kanzler aber sagt: „Après nous le déluge“ – „Mich und den Metternich hält es noch aus“, wie ein französischer Marschall mit fetter Dotation. Dabei rechnet er wie ein Vabanquespieler auf den deus ex machina, der die Friedenschance wieder sichert, auf irgend[welche] Zwischenfälle, die den natürlichen Lauf der Lawine in ihrem Sturze ablenken.

Meinem Auge stellt sich die Lage so dar: Rußland geht darauf aus, sowohl den Zugang zum Schwarzen Meer als zur Ostsee in seine Herrschaft zu bekommen. Es ist ihm gleichgültig, ob es diese Herrschaft durch direkten Besitz oder durch abhängige Vasallen ausübt, zu denen es sowohl den Sultan mittelst des Rubels als auch den dänischen Hof heranzieht. Rußland hat gar nicht nötig, die Balkanhalbinsel zu besitzen, um dieses Ziel, welches seine Machtstellung kolossal erweitert, zu erreichen. Deshalb ist ihm Bulgarien nur dann nicht gleichgültig, wenn sich

dasselbst englisch-österreichischer Einfluß definitiv festsetzen wollte, welcher die bequeme Stellung eines Protektors des geldbedürftigen Sultans bedrohen könnte. Ist gegen diese Gefahr irgendeine Garantie geschaffen, so ist Rußland jede Lösung der bulgarischen Frage recht und es fährt beruhigt die Braut, um die es freite, die Herrschaft über die Meerengen, Sund und Bosphorus nach Hause. Es wird dann friedensseliger als je und wir werden auch ferner in der Zwickmühle Rußland-Frankreich bleiben, weil wir zu rechter Zeit nicht bewiesen haben, daß uns diese Allianz nicht schreckt, und weil wir nicht gewußt haben, diesen beiden Alliierten entweder einzeln auf den Leib zu gehen oder beiden eine wirksame Koalition entgegenzusetzen. Diese letztere würde sich, wenn wir überhaupt Politik treiben würden, bald finden.

Verstehen Sie mich sehr bestimmt aber dahin: Ich meine nicht, daß Deutschland wie ein Tollhäusler sich in den Krieg stürzen soll, sondern daß es die Partie so spielen müßte, daß einem der beiden Alliierten rechtzeitig die Kraft zu schaden genommen würde und daß es demzufolge gegen seine eigene Zuverlässigkeit nicht allerorten Zweifel aufkommen lassen müßte. Das ist aber tatsächlich der Fall. Überall in Wien und in Rom, gar aber in Konstantinopel sagt man: wir wissen wohl, wir müßten Rußland in der impasse, in der es ist, festklemmen – aber wir wissen nicht, wie wir mit Deutschland dran sind. Eine aktive Politik würde England gegen Frankreich in Ägypten steifen. Statt dessen spielen wir dasselbe Spiel weiter, Frankreich mit kleinen Gefälligkeiten zu schmeicheln, und tun das gleiche in Gatschina, ohne daß wir mehr davon haben als an beiden Orten im stillen ausgelacht zu werden.

Ich hoffe, wir erleben nicht den Tag, wo auch den Blinden die Augen aufgehen und es offenbar wird, daß unsere beiden Freunde die verlorene Liebesmühe schlecht vergelten. Wird es dann aber nicht zu spät sein?

Ich schicke Ihnen unter Kreuzband einen englischen Bericht über die Fortschritte der russischen Flotte. Gilt freilich dort, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen und nicht alles da ist, was auf dem Papier steht, so bleibt doch wahr, daß wir in den zwei letzten Jahren proportional nicht stärker geworden sind und daß auch der Nordostseekanal, wenn er auch fertig sein würde, das Mißverhältnis nicht ausgleichen wird.

Unter diesen Umständen bin ich geneigt, die in Berlin schwebende Familienfrage, ob Prinz Wilhelm auf Herbert Bismarcks und des Kanzlers Anregung letzterem zur Schulung im Auswärtigen Amte beigegeben werden solle, dahin zu beantworten, daß im Augenblick daselbst nicht viel zu lernen ist und daß es ein Unglück für den jungen Mann wäre, wenn dessen Selbstgefühl dadurch noch gesteigert würde, daß er als Tempelknabe des Hohenpriesters sich besonders inspiriert bedünken würde.

Die Militärvorlage<sup>1</sup> wird trotz der Friedensschalmei, die wir blasen, m. E. durchgehen, da der nationale Instinkt die Gefährlichkeit der Lage wittert.

#### 49. An Stosch

Segenhaus, 4. Februar 1887

Ich habe einige Tage verstreichen lassen, ehe ich Ihnen für Ihren inhaltsreichen, in so vielen Hinsichten interessanten Brief meinen Dank sage. Ich wartete die Ankunft der angemeldeten Aufzeichnung des Gespräches mit Windthorst ab und hatte gerade die Überschrift dieses Bogens geschrieben, als dieselbe kam. Auch sie ist vielfach merkwürdig. Einmal überrascht mich die Formulierung der Ziele des Zentrums in dem Anstreben der Abgrenzung eines *corpus cathol. et evangelic.*, wie der alte Reichstag in Regensburg es als Nagel zum Sarge besaß. Dann hätte ich nicht geglaubt, daß die Verbrüderung mit den demokratischen Massen so offen eingestanden werden würde, wenn ich auch zugeben will, daß die Erfahrung der Kulturkampfgesetzgebung auf diesen Weg weist – und weisen mußte. Ich habe die Aufzeichnung sofort nach Hildesheim weitergesandt und hoffe, daß dieselbe schon morgen dort eintrifft.

Daß Sie im ganzen auf Ihre Berliner Reise mit Befriedigung zurückblicken können und der peinliche Eindruck des vergangenen Jahres durch das Bewußtsein nützlicher Einwirkung ausgelöscht wurde, freut mich von Herzen. Einen interessanteren Augenblick aber konnten Sie auch kaum dort treffen.

<sup>1</sup> Die dritte Septennatsvorlage, die dem Reichstag am 25. November zugegangen war.



Schon der Abend bei Miquel leitete die Fahrt gut ein. Es war gut, daß ich nicht der dritte im Bunde sein konnte; ich wäre etwas böse auf Ihren Gastgeber geworden. Jedenfalls hätte ich ihm gesagt, daß er die Zirkel des Kanzlers nicht kennt und daß es nicht klug ist, sich auf irgendeine von ihm ausgesteckte Leimrute als Lockmeise zu setzen. Ja, aber was sind diese Zirkel wirklich, mag der bestellte Meisenschlag so lärmend und sinnverwirrend sein, wie er will?

Den Krieg kann er nach allem, was er tat, die Allianzen zu verwirren, doch nicht wollen. An die Zuverlässigkeit der russischen Freundschaft, für die er dieselben desorganisierte, indem er die Türkei an Rußland wies, die Balkanvölker demoralisierte und untereinander verfeindete, kann er doch nach einem Regierungswechsel auch nicht ernstlich glauben. Daß die Franzosen trotz aller Torheit und trotz Anwendung verderblicher Reizmittel gegen ihr nervöses Temperament wie die „Post“-artikel heute den Krieg so wenig wollen als letztes Jahr und stets seit 1870, ist auch gewiß. Wozu also der Lärm, der sehr gefährliche Lärm? Schlaflose Nacht kann es allein nicht sein. Ist es der Sieg der Anschauung der Militärkreise, daß nun der Augenblick zur Abrechnung sei, und fügt der Kanzler sich wider Willen? Oder denkt er durch eine Vorspiegelung naher Gefahr einen Katzenjammer der französischen Chauvinistenpartei zu bewirken und eine nachfolgende mehrjährige Abspannung zu erzielen? Auch das wäre freilich eine unsinnige Rechnung.

Einstweilen kommt aus all dem Treiben als gewisstes Resultat ein Zustand der deutschen Nation heraus, der alles eher als ein „einig Volk von Brüdern“ darstellt, und das bleibt ein gefährlicher Schaden, sollte es zu ernstesten Ereignissen kommen. Das zweite Übel ist ein Aufregen der französischen Leidenschaften, die schon jetzt die verständigen Leute in Frankreich lahmstellen.

Darin liegt die ernsteste Gefahr und die Staatsretter könnten mit ihrem Treiben sich wohl als die schlimmsten Feinde erweisen.

Die taktische Behandlung der Gesetzesvorlage war in diesem Falle so unsinnig wie in allen analogen früheren Fällen. Mit Anwendung von Argumenten des gesunden Menschenverstandes war die Bewilligung auf 7 Jahre zu erreichen<sup>1</sup>. Das ist mir nicht

<sup>1</sup> Die Septennatsvorlage war im Reichstag mit 186 gegen 154 Stimmen abgelehnt worden. Darauf folgte am 14. Januar die Auflösung.

zweifelhaft. Was kann er davon haben, in dieser Weise die Reichsinstitutionen zu schwächen, die doch den einzigen Halt gegen die Zersplitterung bilden, welche Windthorst erstrebt? Wenn letzterer darauf ausginge, das ließe sich allenfalls verstehen. Daß eine *chambre introuvable* von persönlichen Anhängern quand même bequem sind zu tausend bösen Dingen, ist ja nicht zu leugnen. Aber das dabei gespielte Risiko ist doch auch von einem klugen Spieler in Rechnung zu nehmen. Das scheint er mir diesmal aber nicht zu sein.

Schließlich kommt alles darauf an: welche Zusage hat er von Rußland und wird Rußland auch nach einem Regierungswechsel unser Freund bleiben? Das ist ein Erfolg, den zu bestimmen in gewisser Hinsicht das Verhalten des Kronprinzen gegenüber Rußland entscheidend sein kann. Wie die Dinge liegen und nachdem die von der Kronprinzessin Ihnen gegenüber als wünschenswert bezeichnete Aktion à quatre<sup>1</sup> gegen Rußland ohne Deutschlands Beteiligung wenig Chancen mehr hat, seitdem russischer Einfluß den Bosphorus beherrscht, so bleibt auch für den Kronprinzen zur Zeit nichts übrig als die russische Freundschaft zu kajolieren und die Zahlung des möglicherweise von Rußland ausgestellten Wechsels auf *laisser faire* Frankreich gegenüber nicht zu gefährden.

Ich lese soeben in der Zeitung von der Reise Loës nach Paris. Sie muß sehr plötzlich gekommen sein, sonst hätte ich wohl davon erfahren. Soll er rekognoszieren oder eine *Sommation* stellen? Soll das Wahlmanöver dieses gefährliche Experiment auch noch zu registrieren haben? In wenig Tagen werden wir darüber Klarheit haben. Was Prinz Alexander in Italien sucht, werde ich wohl erfahren. Fürchte aber sehr, daß an der Verbindung V[iktoria]-A[lexander] festgehalten wird.

Schnee und Eis ist auch hier verschwunden und ein herrlicher Tag erhebt das Gemüt. Möge er Ihnen den gleichen Genuß bringen und das widrige Tun der Menschen auf Augenblicke vergessen lassen.

#### 50. An Stosch

Schopfheim, 14. März 1887

Ich bin schon ein heillosen Korrespondent. Nur wer es an seinem armen Selbst erlebt, wie schwer es ist, in einem zerstückten, von

<sup>1</sup> Des Dreibundes und Englands.

tausend nicht aufzuschiebenden Arbeiten zerfetzten Leben einen ruhigen Augenblick zu finden, wird dafür einen Entschuldigungsgrund aufreiben, daß ich auf Ihre interessanten Briefe und Sendungen so lange mit Dank und Antwort in Rückstand blieb. Meine Abreise von Segenhaus verschob sich und hier drehe ich ein endloses Mühlrad. Doch genug davon.

. . . Ich komme zu unserer Lage im Innern und nach außen. In erster Hinsicht hat der Kanzler seine kühnsten Wünsche erreicht, und daß der Zar dem Knaben Herbert zu seinem Geburtstag den weißen Adler schickt, ohne alle Veranlassung als weil er der Erbprinz des Hauses ist, könnte zu der Vermutung führen, daß auch nach außen alles wohl bestellt sei. Gewiß ist auch, daß von Berlin in Wien das mögliche getan wird, den ungarischen Koller, dem Kalnoky zu große Konzessionen gemacht haben soll, zu besänftigen und russisches *laissez faire* in Bulgarien ohne Intervention mit Augenzwinkern zu dulden. Gewiß ist auch, daß man in Wien heillos Angst hat und daß, seit auf England gar kein, auf Italien wenig Verlaß ist, sehr wahrscheinlich bleibt, daß die Russen durch Zuwarten die Partie gewinnen und Bismarck Amen dazu spricht. Dann rührt sich Frankreich gewiß nicht, sondern baut an der tour Eiffel weiter und opfert den Moloch seiner eigenen Narrheit, mögen die Elsässer Patriotenligisten mit Handschellen durch die Straßen in Mülhausen geführt werden oder nicht. Der Kaiser von Rußland bleibt vor wie nach indolent, kriegsscheu und voller absolutistischer Gelüste, rennt sich fort und fort den Kopf und die russische Ehre an irgendeiner Ecke. Das Ganze gleicht einem Hexensabbat, von dem nur nicht feststeht, wohin der Schlußtritt auf den Kanonenläufen sich hinwenden wird. Wird Lesseps<sup>1</sup> den Versuch einer näheren Verbindung mit Frankreich auf Kosten Englands erneuern, und was Herbet nicht fertigbrachte, eine Aktion gegen Englands Stellung in Ägypten zustandebringen? Es wird Freycinet gewiß nicht wiedereintreten, wenn dafür Chance ist. Einstweilen bringen wir unsere neuen Formationen zustande. Unsere Gegner freilich ihrerseits die Magazingewehre, über die die Urteile fortwährend geteilt sind.

<sup>1</sup> Der Erbauer des Suezkanals, Ferd. Vicomte de Lesseps, war im März in diplomatischer Mission in Berlin und beim französischen Botschafter Herbet; ob in der von R. vermuteten Absicht, ist ungewiß.

Inbesondere die Erhitzung des Laufes soll zu denken geben, wenn nicht sparsam geschossen wird.

Der Reichstag<sup>1</sup> nach dem Willen des Herrn ist nun da. Das ist die Hauptsache bei der Auflösung gewesen. Die Mohren verschiedenen Grades, Papst<sup>2</sup>, Septennat, Revision der Maigesetze, können nun gehen. J'y suis, j'y reste, d. h. Bismarck und sein lieber Sohn, an dem er soviel Wohlgefallen hat, daß niemand mehr unterscheiden kann, wo der Alte aufhört und der Neue anfängt. Die Sukzession ist somit auch im Sukzessionsfalle wohl gesichert. Gelänge es, Miquel in eine verantwortliche Stellung zu bringen, so bliebe, wenn das Schiff mit einem neuen Kapitän in See geht, doch noch ein Hochbootsmann an Bord, der manchen fruchtbaren Gedanken im Kopfe hat und nicht eine reine Niete wäre. Ich bin überzeugt, Bismarck tut das mögliche, um solch Resultat zu erreichen für den Fall eines Thronwechsels.

Ich verkenne nicht den hohen Wert des Mannes gerade für den künftigen Kaiser. Aber wird irgend jemand und irgend etwas das Übermaß von Torheit mäßigen können, dem wir entgegengehen! Zur Stunde beherrscht Battenberg vor wie nach den Sinn. Ich habe auf den Strauch geschlagen, ob es möglich sein würde, mit einem anderen Heiratsprojekte die unselige Geschichte zu coupieren. Das Ergebnis war nicht befriedigend. Und dennoch bleibt die leidige Angelegenheit der verhängnisvolle Knoten, um den sich die europäische Zukunft in höherem Grade dreht, als man im 19. Jahrhundert für möglich halten sollte.

### *51. An Stosch*

Berlin, Hotel du Nord,

Donnerstag morgens, 31. März 1887

Ich kann Ihnen heute nur ganz kurz für Ihren eben empfangenen Brief danken und möchte Ihnen mitteilen, daß ich seit vorgestern hier bin. Daß „der Mensch denkt und Gott lenkt“ hat sich in der

<sup>1</sup> Der im Februar gewählte Kartellreichstag, in dem die drei verbündeten Septennatsparteien, Konservative, Reichspartei und Nationalliberale, zusammen 220 Stimmen hatten, also die glatte Mehrheit.

<sup>2</sup> Leo XIII. hatte auf Bismarcks Wunsch das Zentrum aufgefordert, möglichst für die Septennatsvorlage zu stimmen, was aber nicht geschah.

nachdrücklichsten Weise an unseren Geschicken erwiesen . . . Ich habe in den zwei Tagen inzwischen reichlich Gelegenheit gehabt, die hiesige Lage – ich kann wohl sagen, schon jetzt – à fond kennenzulernen und habe dieselbe noch nie so ernst und gefährlich für den künftigen Thronfolger gekannt. All das schreibe ich Ihnen genau. Heute habe ich keine Zeit, möchte nur, daß Sie wissen, wo ich bin.

Meine Adresse ist Hotel du Nord. Ich denke 8–10 Tage zu bleiben. Daß nicht alle Briefe sicher sind, dafür liegen Beweise vor. Alles, was ich indessen Ihnen zu schreiben Lust haben könnte, pfeifen die Spatzen auf den Dächern und kann jedermann lesen.

## 52. An Stosch

Berlin, Hotel du Nord, 4. April 1887

Ihr lieber Brief bringt mir einen so tatsächlichen neuen Beweis Ihres freundlichen Sinnes für mich, daß ich Ihnen sofort ein Wort des Dankes senden muß. Noch weiß ich nicht, wann ich hier wegkann. Schwerlich vor Ostern. [Stellt dann einen Besuch bei Stosch und mündlichen Bericht in Aussicht.] Leider werde ich Ihnen nur wenig Erfreuliches sagen können.

Wiewohl die kronprinzlichen Herrschaften es an äußerer Freundlichkeit nicht fehlen lassen, fühle ich sehr wohl durch, daß die hohe Frau mich nicht mehr unter die zählt, gegen welche sie ihre Gedanken rückhaltlos äußern möchte. Der Grund davon ist ein komischer. Einmal ist ihr zu Ohren gekommen, daß ich finde, die im Bluebook veröffentlichten Berichte von Lascelles und das Buch von Koch (dem Hofprediger) über Fürst Alexander schade in der Auffassung der öffentlichen Meinung über denselben. Dann beschuldigt sie mich, ich habe durch Sie auf den Kronprinzen einwirken wollen und Ihnen in der bulgarischen Angelegenheit Anstoß zu einer Operation beim hohen Gemahle in dieser Sache, entgegengesetzt ihren Wünschen, gegeben. Sie hat sich dummerweise auch den Grund dazu ausgedacht. Ich handle dabei in rumänischem Interesse, denn der König von Rumänien sei eifersüchtig auf den politischen und Kriegsruhm des „darling young hero“, wie die Königin von England den Fürsten Alexander nennt. Zum Übermaß aller Komik behauptet sie ferner, all das

von unserm Freund Normann zu wissen, der doch dabei so unschuldig wie ein Kind und reichlich so schuldlos wie Sie und ich bin. Denn von dem Grundsatz bin ich wenigstens im Verkehr mit den Herrschaften nie abgewichen, daß ich mit dem Gemahle nie etwas wollte als durch und mit dem mächtigeren Faktor in dieser Ehe. Sei dem nun, wie es wolle, das Faktum steht fest: wir allgesamt sind unten durch und müssen uns trösten. Das werden wir wohl auch. Nur bleibt das Defizit für die guten Leute, daß sie nun absolut gar niemand mehr haben, der ihnen persönlich wohl will. Auch Loë ist aus ähnlichen Gründen unten durch. Dagegen schäumt der Kanzler in Wut gegen sie und hat eine ganze Liste von zerschmetternden Anklagen gegen sie in petto, die er gelegentlich gebrauchen wird. Zudem scheint er im Falle eines Thronwechsels sich zunächst jetzt versagen zu wollen, um ihnen seine Macht erst fühlen und Übergabe auf Gnade und Ungnade als unvermeidlich erscheinen zu lassen.

Ich bin einverstanden, daß der hohe Herr Fühlung mit B. M.<sup>1</sup> sucht, nur darf er den Verdacht des Kanzlers nicht erregen. Die Details spare ich mündlichem Berichte auf. Hoffnungsloser sah ich die Dinge hier noch nie. Der Kronprinz soll nach Ems. Sein Halsleiden gefällt mir gar nicht.

Bald mehr.

Herzlichst Ihr treu ergebener Roggenbach

<sup>1</sup> Vermutlich Babette Meyer (1835–1916), spätere Gräfin Kalckreuth.

## II.

### Erkrankung des Kronprinzen und Tragödie von San Remo. Die Episode der 99 Tage.

#### 53. An Stosch

Schopfheim, 20. Mai 1887

Ich schreibe Ihnen nur wenige Worte, um Ihnen mitzuteilen, falls Sie es nicht schon wissen sollten, daß die schlimmsten Befürchtungen in betreff des Halsleidens des Kronprinzen sich verwirklicht haben. Der Zustand ist so, daß eine Operation äußerster Lebensgefährlichkeit nicht mehr aufzuschieben ist. Professor Bergmann<sup>1</sup> ist zugezogen worden und die Welt wird in den nächsten Tagen mit der Nachricht überrascht werden, daß die Operation hat vollzogen werden müssen<sup>2</sup>. Mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten.

... Ich habe inzwischen manches Interessante über die italienische Politik, über die päpstlichen Pazifikationsgelüste und anderes mehr erfahren, was alles beweist, daß Bismarck in Europa keineswegs mehr Schiedsrichter und tonangebend ist, sondern daß er mit Mühe den Schein rettet, als ob er eine einmütige Quadrupelallianz zustandegebracht habe. Auch anderes hörte ich, was Sie interessieren würde. Dabei freilich nur Trübes, Wahnwitziges über das deutsche Treiben im Elsaß, über das Unheil, das Tessedorf und seine Schergen anrichten und Hohenlohe ohnmächtig

<sup>1</sup> und <sup>2</sup> Ernst v. Bergmann (1836–1907); die von ihm angeordnete Kehlkopfoperation sollte am Vormittag des 21. im Neuen Palais stattfinden, unterblieb aber im letzten Moment, da der soeben eingetroffene englische Spezialist Mackenzie Heilung ohne operativen Eingriff versprach. Zu den folgenden Mitteilungen Roggenbachs über den Krankheitsverlauf vgl. vor allem die Darstellung in der Bergmann-Biographie von Arend Buchholtz (Berlin 1911), die Briefe der Kaiserin Friedrich bei Ponsonby (Berlin 1929) und das entsprechende Kapitel Wilhelms II. „Aus meinem Leben“ (Berlin 1927).

ist, zu hindern, während der Kanzler am Ende seine Hände in Unschuld waschen wird und von nichts wird gewußt haben wollen. Ich werde suchen, es einzurichten, Sie zu sehen, obgleich das Drängen, nach Berlin zu kommen, immer stärker wird und ich bei der Lage nicht weiß, ob und wie lange ich widerstehen kann . . .

#### 54. An Stosch

Berlin, Hotel du Nord, 30. Mai 1887

Ich berichte in Kürze über die hiesige Lage.

Zunächst zur Vorgeschichte über den Hergang am Freitagabend, an welchem die Operation für Sonnabend  $\frac{1}{2}$  10 Uhr festgesetzt war, nach Mischkes Beschreibung als Augenzeuge, daß Professor Bergmann die Gefahr im Verzuge als für so groß erachtete, daß er zunächst nur in eine Verschiebung bis zu Sonntag und erst mühsam unter Bezeichnung des Termins als alleräußerste Grenze in Aufschub auf Montag früh willigen wollte. Der Engländer, der zunächst mikroskopische Untersuchung des corpus del. verlangte, erreichte dann durch seine kategorische Erklärung der fast sicheren Wiederherstellung auf innerem Wege ohne Operation von außen die Sistierung dieser Pläne, jedoch nicht, ohne daß die deutschen Herren das Vorhandensein einer Krebsgeschwulst als nach ihrer Ansicht feststehend im Protokolle bezeichneten, das darüber aufgenommen und im Hausministerium niedergelegt wurde. Der Grund, warum Bergmann so sehr auf Beschleunigung der Operation drang, war die Befürchtung, daß die Geschwulst auf das rechte Stimmband, in die Knorpelsubstanz des Kehlkopfes und die Lymphdrüsen sich fortsetzen könne. Sämtliche Herren erklärten sich dagegen einverstanden, daß der Engländer zu seinem Versuche zugelassen würde. Gerhardt<sup>1</sup> sagte mir heute, daß er mit dem Drängen von Bergmann nicht einverstanden gewesen sei und es auch noch nicht sei.

Mittlerweile fuhr Mackenzie fort, im Neuen Palais geltend zu machen, daß er keinerlei Gefahr sehe und fast sicher sei, die Wucherung zu beseitigen. Was Wunder, daß der Optimismus im

<sup>1</sup> Der Kehlkopfspezialist Karl Gerhardt (1833–1902).



Neuen Palais die Überhand gewann und damit die Neigung zu größtem Unverstande, Sprechen, Spaziergehen im Regen, was ich zu meinem Schrecken und unter lebhaftem Widerspruche mehrere Stunden mitmachte. Alle zusammen, Radolin und Seckendorf stimmen darin der Kronprinzeß zu. Selbstverständlich sank in gleichem Maße die Autorität der Ärzte, von denen sie sagen, wenn es nach ihnen gegangen, wäre der Kronprinz jetzt schon hoffnungslos verstümmelt.

Wird er es nicht doch noch werden? Dies ist für mich, der den deutschen Ärzten mehr glaubt, nur eine Frage der Zeit. Um so mehr, als ich Mackenzie einzelne Widersprüche nachweisen [kann], und taktlose Zeitungsrenomagen, die nur von ihm ausgehen können, mich gegen ihn einnehmen.

Prinz Wilhelm und Herbert Bismarck bezeichnen ihn einfach als Schwindler und der Gedanke, nun nach England zur Behandlung durch Mackenzie zu gehen, wird mit äußerster Lebhaftigkeit seitens der Ärzte bekämpft und ein Veto des Kaisers verlangt...

Gerhardt, bei dem ich eben war und der mir außerordentlich gefiel, steht auf dem ruhigen Standpunkt: „der Engländer muß jetzt wahr machen, was er versprach. Wir tun gar nichts. Was er tun kann, kann er auch hier tun. Es liegt keinerlei Grund vor für eine Reise zu ihm.“

Vollkommen wahr, aber ohne alle Berücksichtigung, daß die Reise in dem Wunsch der Kronprinzessin liegt, daß der Patient sie deshalb auch wünscht, und daß die Zumutung, auf die Herrschaften einzuwirken, daß diese Reise nicht stattfinde, für alle, welche die Verhältnisse kennen, einfach einer Zumutung gleichkommt, in den Wind eine Rede zu halten. Dem Kaiser kann man auch nicht verargen, daß er den vermutlich letzten Wunsch des Sohnes nicht versagen will. Darum Kampf auf der ganzen Linie. Mittlerweile wütet der Feind im Kehlkopfe weiter und führt den hohen Herrn für mich einem sicheren Untergange zu.

Ist er sich seiner Lage bewußt? Zahlreiche Äußerungen scheinen es zu beweisen. Gerhardt behauptet: ja. Die Kronprinzeß dagegen, er habe immer pessimistische Gedanken.

Sie selbst schwimmt im Optimismus. Mit Mühe gab sie mir einige Prozente ungünstiger Chancen zu, auf deren Vorhandensein ich die wiederholte und dringende Ermahnung gründete, der Kronprinz möge doch seine Papiere in Sicherheit bringen, die er nicht

in die Hände des Kanzlers und des Sohnes gelangen lassen wolle. Es würde vieles vorhanden sein, was zu ihrem Verderben gebraucht werden könne. Dieselbe Mahnung machte ich in betreff sonstiger Dispositionen. Sie können selbst beurteilen, was in diesen Kreisen das Versprechen wert ist, daß es geschehen solle. Der ganze Nachlaß wird ungesichert dem Kanzler in die Hände fallen.

Mittlerweile zweifelt die ganze Stadt und vor allem ganz Potsdam nicht mehr, der Kronprinz habe den Krebs im Kehlkopfe und sei verloren. Danach nehmen die Findigen ihre Stellung. Das Ende wird ihnen Recht geben . . .

### 55. An Stosch

Berlin, 2. Juni 1887

Sie müssen sich mit wenig Worten des Dankes für Ihren Brief v. 31. begnügen. Die Ansprüche an die Zeit reichen über das Maß derselben hinaus.

Verändert hat sich wenig in der Hauptfrage der Stunde. Sowie einmal die Behandlung und Verantwortung in die Hände des Engländers übergegangen war, was bereits vor meiner Ankunft durch Einverständnis der deutschen Ärzte geschehen war, war selbstverständlich alles protokollarisch erklärte Festhalten an der eigenen Diagnose nur Papier. Wenn dies die Überzeugung war, so durfte m. Erachtens nicht nachgegeben werden, um so mehr mir von seiten der deutschen Ärzte bestätigt wurde, daß die Kronprinzessin an jenem entscheidenden Freitag zu Bergmann gesagt hat, daß wenn er die Überzeugung habe, es sei Gefahr im Verzug, so dürfe er Mackenzie nicht nachgeben – das geschah nun doch. Der Versuch Bergmanns, nachträglich die Reise nach England zu Mackenzie durch Veto des Kaisers zu hindern, scheiterte zunächst an der Tatsache, daß M. von vornherein erklärt hatte, er könne nicht zu einer dauernden Behandlung von England weg, der Kronprinz müsse hinüber, dann an der bestimmten, spontanen Weigerung des Kaisers, dieses Veto eintreten zu lassen. Er erklärte sofort, als Lauer namens der Ärzte es vorbrachte, das tue er nicht, sein Sohn sei kein Kind: wenn er die Hoffnung auf Rettung in diese Behandlung setze, so könne er ihm dieselbe nicht

verbieten und müsse sich beschränken, zu verlangen, daß die nötigen Garantien geschafft würden, daß nichts versäumt werde während der Behandlung durch Mackenzie. Darauf großer Aufruhr bei Prinz Wilhelm, Bergmann. Ich sah von Anfang an, daß nachdem das Argument nicht zu widerlegen war, daß dem armen Herrn ohne die Intervention des Engländers bereits die Kehle abgeschnitten wäre, an ein Aufgeben der englischen Kur nicht zu denken wäre und daß es nur darauf ankomme, dieselbe verständig zu organisieren. Ich habe meinerseits gestrebt, dafür das Mögliche und Notwendige zu tun, und denke, daß nahezu danach die nächsten Wochen eingerichtet werden. Ich persönlich halte es mit der deutschen Wissenschaft. Ich halte Mackenzie für einen findigen, Reklame mit dem kronprinzlichen Patienten machenden Engländer und habe darüber bedauerliche Notizen gesammelt. So stehen wir in vier Wochen wohl der gleichen Situation gegenüber wie in zwei Wochen. Gerhardt, den ich öfter sah, verglich die Situation mit den Sibyllinischen Büchern.

Zur Notiz füge ich sub sig. bei, daß Prinz Alexander von B. [attenberg] gestern einen Brief an den Kaiser richtete, worin er die Verbindung aufgibt und die Prinzessin seinerseits vollkommen frei erklärt. Die Vorgeschichte erkläre ich mündlich . . .

### 56. An Stosch

Segenhaus, 23. Juni 1887

Ich erhalte Mitteilung eines Briefes des Dr. Goldammer, des Chefarztes des Krankenhauses Bethanien, und schreibe für Ihre Information daraus die Stelle ab, welche über ein mit Dr. Morell Mackenzie über das Leiden des Kronprinzen [geführtes Gespräch] berichtet. So wenig Aufschluß es auch über Kardinalpunkte gibt, die bei Beurteilung der Frage, ob gutartig oder nicht, von Wichtigkeit sind, insbesondere auch, ob die eiternde Fläche der Wunde sich auszudehnen Neigung hat, so enthält es doch ein Bild der Auffassung von M. aus einem ärztlichen Munde, welcher bei Anhörung des englischen Arztes durchaus objektiv und kritisch gestimmt war. Einstweilen lebt der hohe Herr und hat gewiß mit großer Befriedigung die Hurrarufe in den Straßen Londons von dem nach Millionen zählenden Zuschauerpublikum des Jubilarzuges entgegengenommen.

Dagegen ist der Kaiser diesmal näher an dem endlichen Ziele alles menschlichen Seins gewesen als je zuvor und ist keine Möglichkeit mehr, ihn die Reise nach Ems in andern als ganz kleinen Tagesreisen machen zu lassen. Wird er noch einmal aufflackern? Wird der Kronprinz noch Kaiser werden und der flüchtige Glanz der Krone einen schon tödlich Getroffenen zu wehmütiger Befriedigung stimmen? Das sind die ungelösten Fragen, die vor uns liegen. Inzwischen haben wir in Frankreich an der Stelle eines fanfaron Boulanger<sup>1</sup> einen, scheint es, ernsthaften Kriegsminister bekommen, dem es aber ebensowenig als seinem Vorgänger gelingen wird, seine Franzosen von dem Genusse des Friedens auf den Weg der Schläge zu führen. So können wir uns denn wohl in dieser Hinsicht ungestört dem Genusse dieses himmlischen Wetters und seiner Segnungen hingeben, des ich herrlicher mich nicht in meinem Leben erinnere. Hier ist Arbeit genug.

57. An Stosch

Segenhaus, 15. Juli 1887

Ihr gestern empfangener Brief mit der interessanten Einlage von Freytag bringt mir mit Schrecken zum Bewußtsein, wie lange ich mit Beantwortung Ihres vorletzten Schreibens gewartet habe. Der Grund war, daß ich gehofft hatte, in einer oder der anderen Weise in Besitz von Nachrichten zu kommen, die Ihnen interessant sein konnten. Nach Koblenz war ich noch nicht gegangen und hatte somit von da keine Information. Was mir Loë schrieb nach seiner Rückkehr von England, wo er nur wenig Tage war, brachte nichts Neues zur Hauptfrage. Ich schrieb die Aufzeichnung, die er über sein Gespräch mit Mackenzie machte, ab und schickte dieselbe zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme, da ich mich nicht für berechtigt halte, davon weitere Mitteilung zu machen. Sie bringt nichts Neues und auch nicht gerade viel Beruhigendes.

Dagegen zeigt sie, daß Mackenzie die Krankheit gerade so beurteilt wie die deutschen Ärzte und die breite Form im Gegensatz zu der gestielten gleichfalls für die ungünstigere hält. Der Unter-

<sup>1</sup> Der zur Revanche hetzende Kriegsminister Boulanger war in das am 31. Mai gebildete Ministerium Rouvier nicht übernommen worden.

schied liegt demnach in der Behandlungsweise. Er zwickt und kneift – Gerhardt ätzte und brannte. Die Regel sagt: „quod ferrum non sanat, ignis sanat“ – hier ging das Brennen dem Messer voraus. Sollte das letztere nun doch noch wirksam sein? Man darf das bezweifeln.

Der persönliche Eindruck von Loë war absolut der gleiche wie früher in Ems. Die Stimmung des hohen Herrn, wenn auch ernst im Bewußtsein der drohenden Gefahr, immer noch zuversichtlich durch die Hoffnung eines Erfolges der Kur von Mackenzie. Die Kronprinzess sei keineswegs so optimistisch als die Umgebung und z. Zt. noch zweifelnd. So erzählte er mir bei einem kurzen Besuche hier, bei dem es sonst wegen Anwesenheit zu vieler Menschen nicht zu ergiebigem Gespräche kam. Dasselbe war auch bei einem Besuche des Prinzen Wilhelm hier der Fall. Für letzteren brachte die unklare Stellung, in welche die übertragene und nur halb zurückgenommene Vertretung des Kaisers ihn zu seinem Vater und dem englischen Hofe setzte, manchen Verdruß. Ich bezweifle, ob seine Mutter viel beitrug, ihm diese schiefe Stellung zu erleichtern. Das Fazit wird eine gesteigerte Abneigung des Prinzen gegen England sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er beim Reichskanzler Hilfe gegen diese erlebte schlechte Behandlung suchte.

So bleiben wir in der gleichen Lage einer absolut ungewissen Zukunft gegenüber. Die Friedensneigung des Zaren wie der französischen Republik hat inzwischen trotz der Patriotenliga neue Beweise erhalten. Der Fürst Alexander ist definitiv sowohl als Thron- wie als Heiratskandidat verschwunden. Schon dadurch sind die Balkanlösungen erleichtert, und wenn die Regentschaft und die Sobranje die Gelegenheit der vollzogenen Fürstenwahl ergreift, sich selbst zu beseitigen, wird wohl der neuerwählte Fürst<sup>1</sup> schließlich noch in Sofia einziehen. Auf wie lange, bleibt abzuwarten.

Die Rolle, welche England in Konstantinopel spielt, ist eine klägliche und die Anstrengungen der deutschen Diplomatie, die Türkei zu einem brauchbaren Faktor auf dem eigenen Schachbrett zu verwenden, fallen dahin, wenn der Sultan nach dem Bruche mit

<sup>1</sup> Prinz Ferdinand von Koburg-Kohari, der spätere König Ferdinand I. von Bulgarien.

England wieder einmal in die russisch-französischen Garne zurückfällt. Es kommt dazu, daß die ganze Lage des Ministeriums Salisbury keineswegs gesichert ist und daß also der Faktor England, so schwach er ist, aus den Berechnungen unserer gegen Frankreich-Rußland eventuell verfügbaren Kräfte gestrichen werden muß. Es bleibt unter diesen Umständen ein großes Glück, daß wir auf die Friedensdispositionen unserer Nachbarn rechnen dürfen.

[Gute Ernteaussichten in Segenhaus.]

Daß Friedberg wieder nach Ems kommt, las ich in der Zeitung und möchte ihm sehr gerne begegnen. [Hofft ihn und Stosch nach Besuch in Koblenz zu treffen.]

#### 58. An Stosch

Schopfheim, 24. August 1887

[R. war 8 Tage auf der Mainau und berichtet nach den dort erhaltenen Mitteilungen über den Krankheitsstand des Kronprinzen.]

Zunächst muß bei Mackenzie ausgehalten werden, bis die Herrschaften zu zweifeln anfangen, daß derselbe imstande ist, die Heilung zu bewirken. Dann entstehen schwere Zweifelsfragen und die Situation des letzten Frühjahrs kehrt zurück. Im Grunde ist dieselbe nie verlassen worden; nur ist die rapide Steigerung des Übels, deren Befürchtung Bergmann zu so raschem Eingreifen veranlaßte, nicht eingetreten. Immerhin kann sie jeden Augenblick sich geltend machen und desperate Entschlüsse notwendig werden.

Es bleibt ein Damoklesschwert über unsern Häuptern hängen, denn unstreitig ist die Nachfolge eines noch vielfach unreifen jungen Mannes unmittelbar auf einen 90jährigen auch von großen Mißständen begleitet.

#### 59. An Stosch

Segenhaus, 30. August abends

[Normann, der Besuch in Segenhaus zugesagt hatte, ist ausgeblieben.]

Bei Abgang aller für mich ausreichenden diagnostischen Beurteilung der augenblicklichen Krankheitslage des Kronprinzen wage ich kaum eine eigene Meinung zu haben. Fest steht, daß ich auf Mackenzies Gutachten gar keinen Wert lege. Ich traue ihm nur manuelle Geschicklichkeit zu. Sonst nichts. Er ist kein wissenschaftlicher Arzt und dabei unzweifelhaft ein wenig anständiger und gewissenhafter Mensch. Sonst sieht niemand in den Hals und daß die versprochenen Kontrollmaßregeln unterblieben sind, wie ich höre, durch kleinliche Intrigen Wegeners, ist geradezu unverzeihlich. So schweben wir in absolutem Dunkel. Die Kronprinzessin hat selbst gar keinen medizinischen Verstand, so sehr sie das Gegenteil glaubt. Ich weiß auch nicht, worauf die Diagnose der chronischen Laryngitis ruht. Unter diesen Umständen kann man nur die Prinzipien des Handelns sich klar machen.

Diese müssen für den Kronprinzen notwendig sein, die kurze Spanne Zeit, die bis zum Thronwechsel noch bleibt, vor allem zu verwerten, gesund zu werden – oberstes Gesetz. Wo, wie das geschehen kann, müssen die Ärzte bestimmen, solange er nicht mit eigenem, von Pflichterwägungen zu bestimmendem Willen eingreift. Diese Pflichten abzuwägen, die gegen sich selbst mit denen gegen den alten Vater, gegen Reich und Staat in Einklang zu bringen, mag nicht leicht sein. Geschehen muß es. Alles weitere findet sich, wenn die Genesung überhaupt möglich und, wenn möglich, auch erreicht ist.

#### 60. An Stosch

Schopfheim, 26. September 1887

Ich erhalte soeben Ihren Brief v. 24. und antworte umgehend in der stillen Hoffnung, Ihrer auf Ihrem Wege nach Berlin in irgendeiner Weise habhaft zu werden. [R. reist am 30. nach Frankfurt zu einer Ausschußsitzung des Vereins für Sozialpolitik und hofft, wenn Stosch über Frankfurt fährt, auf ein Zusammenreffen.]

[Bericht über den Kronprinzen. R. findet das Krankheitsbild im ganzen unverändert und hält an seiner kritisch-pessimistischen Auffassung fest.]

Ich komme nun zu Ihrer Befriedigung über die Politik des Kanzlers in betreff der Stettiner Entrevue<sup>1</sup>. Es fehlen mir die nötigen Notizen, die Ihnen unzweifelhaft zu Gebote standen, um zu diesem Urteile zu gelangen. Ich gebe wieder, wie sich die Vorgänge in meinem Auge spiegeln.

Die Begegnung wäre dem Kanzler notwendig sehr erwünscht gewesen wegen des abkühlenden Eindrucks, den sie in Paris gemacht hätte. Es wurde alles versucht, dieselbe herbeizuführen und durch den Lärm, den die deutschen, der kanzlerischen Inspiration zugänglichen Zeitungen machten, gestrebt, unter Deckung stetiger offiziöser Dementis eine Situation herbeizuführen, die es dem Kaiser von Rußland auf das äußerste erschwerte, nicht zu kommen, um so mehr als er persönlich gerne aus Verehrung für den alten Großonkel gekommen wäre. Gerade der darum in der deutschen Presse gemachte Lärm hat das Kommen zu einer politischen Frage gemacht und da entschied sich der Kaiser von Rußland, eher in Berlin verwandtschaftlich zu desobligieren als in Paris politisch zu verletzen. Um so mehr, als die russische Politik gerade von Kopenhagen aus das Manifest des Grafen von Paris veranlaßte und die mühevollen Arbeit, Frankreich für sich allianzfähig zu machen, dadurch mächtig zu fördern hoffen durfte und auch mächtig gefördert hat. Diesem möglichen Echee gegenüber hatte der Kanzler mit Voraussicht seine Rückzugslinie gedeckt und durch den Besuch Kalnokys nach Kopenhagen beantwortet, daß auch er zwei Eisen im Feuer habe. Darin hatte er unzweifelhaft recht, aber ich halte das Schmerzensgeld für zu gering und ich glaube, daß Bismarck in seinem eigenen Urteil und bei seinem gerechtfertigten Wunsche, Rußland in der deutschen Allianz zu erhalten, keinesfalls einstimmen wird, wenn ihm dasselbe als ein Entgelt seiner fehlgeschlagenen Rechnung gebucht wird. Er weiß zu gut, wie froh man in Petersburg und Paris ist, daß der Kaiser festhielt und nicht nach Stettin ging.

Daß Bismarck demungeachtet den Versuch fortsetzt, Rußland durch Entgegenkommen in der bulgarischen Sache zu gewinnen, kann ich nur billigen. Leider ist der Schwerpunkt der orientali-

<sup>1</sup> Gemeint ist eine damals geplante, aber nicht zustandegekommene Begegnung des in Kopenhagen weilenden Zaren mit Wilhelm I., der zu den Kaisermanövern in Stettin war.



schen Frage z. Zt. in Serbien und es wird sich darum handeln, sich schlüssig zu machen, wenn der Schützling Österreichs – unseres Alliierten – in Belgrad in die Luft geht oder in russische Wasser gerät.

Die Befürchtung, wir könnten unser Blut für englischen Egoismus einsetzen, teile ich auch nach einem eventuellen Thronwechsel nicht. Bisher ist mir in neuerer Zeit kein Fall bekannt, wo England nach dem Krimkriege versucht hätte, uns für englische Interessen anzuspannen. Leider ist die englische Politik so krämerhaft, daß sie sich in allen europäischen Fragen, inkl. Belgien und Konstantinopel, für indifferent erklärt. Die deutsche Politik hat wiederholt Versuche gemacht, England für eine Eventualquadrupelallianz für den Fall einer russisch-französischen Annäherung zu gewinnen. Der Groll gegen Gladstone datiert daher, daß er solche vorgreifende Vinkulierung ablehnte. Die Freundschaft mit Salisbury datiert von dem Glauben, derselbe werde sich dazu willig finden lassen. Ich meinerseits halte stets fest, daß weder Whigs noch Tories zu einer kriegerischen Aktion zu haben und daß Armee und Flotte in einem so desolaten Zustand sind, daß, wenn sie auch zu haben wären, damit kein erheblicher Vorteil gewonnen wäre. Der Kanzler umgekehrt, je mehr er Rußland seinem Einfluß entweichen fühlt, wiederholt fort und fort den gleichen Versuch bis zu dem Rat an seinen Sohn Herbert, eine Engländerin zu heiraten (die Tochter des Marquis v. Londonderry). Letzteres freilich als Stärkungselement der Position Herbert Bismarcks nach einem Thronwechsel.

Ich bestreite Ihnen nicht, daß die Kronprinzessin in höchst tönlicher Weise englische Sympathien hat und mehr noch zur Unzeit ausspricht. Auf den Gang der deutschen Politik wird das wenig Einfluß haben. Diese geht aus den Händen des Kanzlers in der schwachen Position: Wehre dich deiner Haut, so gut du kannst, Feinde ringsum, und als Freund kaum jemand mehr als das unzuverlässige Österreich! Wir sind jetzt und werden später nicht nur die Angegriffenen, sondern die Überfallenen sein, ohne daß wir vor dem äußersten Momente zur Aktion übergehen. Das ist eine gemachte Situation, der gegenüber es absolut gleichgültig ist, ob die Kronprinzessin für England eine platonische Liebe hat, die letzteres gewiß nicht mit Einsetzung von Gut und Blut erwidert. Wir werden auch nach dem Thronwechsel, wie auch

jetzt, Rußland Freibriefe zu Annexionen in Afghanistan, Persien, Armenien, Bulgarien, ja Ruthenien und Rumänien ausstellen, um auf Tage und Wochen das gnädige Wohlwollen des Zaren uns zu kaufen und den Tag der Krise einer Schlachtentscheidung nach Ost und West hinauszuschieben. Nicht minder werden die alten Mittel zur Unterstützung dieser Politik gebraucht werden, die seit 1764 geglückt hatten.

Unter diesen Umständen wird es mit dem praktischen Effekt englischer Sympathien der künftigen Throninhaber gute Wege haben. Auch sie werden uns schwerlich „englische Körbe“ ersparen, so oft wir England auf den Kriegspfad locken wollen.

Ich glaube also kaum, daß das Gespenst jemals Fleisch und Blut annehmen wird. Vor wie nach aber bezweifle ich die Sukzession überhaupt, so schlimm sehe ich trotz des Frankfurter Eindrucks vor wie nach die Gesundheitslage des hohen Herrn an. Darin stimme ich also ganz mit Ihnen überein, daß sich nichts geändert hat seit dem Frühjahr als daß das Übel stationär geblieben ist. Die günstige Karte bleibt, daß es dies nicht geblieben wäre, wenn die Wucherung damals schon bösartig, d. h. krebsartig gewesen. Ob sie es heute ist, möchte ich nicht bejahen, noch verneinen. Aber auch hier fordert die Gerechtigkeit zu sagen, daß auch Mackenzie stets sagte: „sie kann es jeden Augenblick werden“.

### 61. An Stosch

Schopfheim, 12. November 1887

In Eile:

Großherzog schickt mir soeben Abschrift:

I. Winterfeldt telegraphiert heute aus S. Remo vormittags 10<sup>40</sup> Uhr an Albedyll mit Bitte, Majestät zu melden:

Ärzte erklären soeben dem Kronprinzen, daß Krankheit unheilbar. Möglichkeit der Rettung in Operation vorhanden, aber nicht zu raten, weil Erfolg zweifelhaft und Leben nachher qualvoll. Kronprinz vollkommen gefaßt, entschied noch nicht. Weiteres werde demnächst melden.

II. Späteres Telegramm von Winterfeldt an Majestät: Ärzte übereinstimmend, daß Krebs; Kronprinz verzichtet schriftlich auf Herausnahme des Kehlkopfes. Wird im Notfall sich Tracheotomie unterziehen. –

Ich denke morgen oder übermorgen den Prinzen Wilhelm<sup>1</sup> auf der Rückreise in Basel zu sprechen.

62. An Stosch

Schopfheim, 14. November 1887

Ich hätte Ihnen gerne schon gestern unmittelbar nach meiner Rückkehr von Basel und meiner Zusammenkunft mit Prinz Wilhelm geschrieben. Allein ich besuchte noch meinen alten Gelzer und hatte, hier angekommen, dann soviel zu schreiben, daß ich nicht dazu kam. Inzwischen habe ich Ihnen für Ihren eben empfangenen Brief zu danken und eile nun die Versäumnis nachzuholen.

Ich traf den Prinzen morgens 7<sup>48</sup> Uhr bei Ankunft des Gotthardzuges auf dem Zentralbahnhof und stieg zu ihm in den Waggon, der zirka  $\frac{3}{4}$  Stunden daselbst hält. Da der Adjutant wegging, so war ich die ganze Zeit mit ihm allein, fuhr dann noch mit auf den badischen Bahnhof und assistierte da seinem Frühstück, bis er um 9<sup>10</sup> Uhr weiterfuhr. Das gab über 1 $\frac{1}{2}$  Stunden ununterbrochenes Gespräch<sup>2</sup>, in dem Zeit war, so ziemlich alles Wichtige zu berühren von der Krankheit des Vaters an, das Verhältnis der Mutter mit allen Licht- und Schattenseiten, seine eigene Lage, der vor ihm sich eröffnende Beruf, die Art und Weise, wie er eventuell, wenn der Fall eintrete, sich zu stellen habe, um auch seine Selbstständigkeit dem Kanzler gegenüber gleich von vornherein sicherzustellen.

Im ganzen war das Gespräch im hohen Maße befriedigend. Der Bericht betreffend den Zustand des Vaters lautete dahin: die Ärzte hätten nach beendigter Untersuchung dem Kronprinzen sofort die ganze Wahrheit mit dürren Worten gesagt und dadurch abgeschnitten, daß die Tendenz der Mutter, ihn zu schonen und ihm sein Leiden als leichter darzustellen, zur Einwirkung kommen konnte. Der Vater habe sich dabei heldenmäßig, wahrhaft großartig benommen, so daß die Ärzte ganz davon überrascht gewesen; er habe sie weiter über den bevorstehenden Verlauf, die Chancen der großen Operation ausgefragt und sie dann entlassen, als wenn er eine gleichgültige Salongesellschaft entließe. Die Ärzte

<sup>1</sup> Der am 9. November nach San Remo gereist war.

<sup>2</sup> Die Version Wilhelms II. „Aus meinem Leben“, S. 387/88.

seien einstimmig gewesen, zu der Vornahme dieser Operation nicht zu raten, da dieselbe unter allen Umständen schreckliche Folgen zurücklassen und möglicherweise ungünstig verlaufen werde, während ohne Operation der Verlauf möglicherweise ein sehr langsamer sein könnte. Dagegen seien allerdings Komplikationen denkbar, die in kurzer Frist zur Vornahme der Tracheotomie nötigen könnten. Dazu habe der Kronprinz sich bereit erklärt, wie er dagegen der Vornahme der großen Operation, der Exstirpation des halben Kehlkopfes, seine Zustimmung verweigerte, weil er dem Deutschen Reich keinen verstümmelten Kaiser geben, eher sterben wolle. Prinz Wilhelm schien damit gleichfalls einverstanden zu sein. Für die Tracheotomie sei ein Aufenthalt in warmer Luft günstig, da dadurch die Gefahr der zutretenden Lungenentzündung verringert würde, auch die Bewegung im Freien dann das Atmen durch die eingelegte Röhre erleichtere.

Über die Art, wie bei dem Fortleben des künftigen Kaisers unter diesen Umständen regiert werden solle, sei nichts besprochen worden, was selbstverständlich nach Eintritt dieses Falles zu fast unlöslichen Schwierigkeiten führen muß und gewiß auch von dem Kanzler noch bei Lebzeiten des Kaisers einigermaßen geordnet werden wird. Die Kronprinzessin, die schon seit Monaten nervös sehr aufgereggt sei, habe sofort nach dem Ausspruch der Ärzte angefangen, nach ihrer Methode zu handeln und, um die moralische Kraft des Vaters aufrecht zu halten, die günstigen Chancen geltend zu machen gesucht. Bei dem Vater wirke das wenig, wenn er es auch äußerlich nicht zeige.

Ich erwiderte auf seinen Wunsch, ich möge doch nach S. Remo gehen, daß ich das unmöglich könne, wenn nicht von dort ein bestimmter Wunsch geäußert werde, und daß ich glaube, die Herrschaften bedürften nach dem Sturm der letzten Tage vor allem der Ruhe.

Wie klar der Vater über seine Lage sei, gehe daraus hervor, daß er ihm bei dem letzten Spaziergange Mutter und Schwestern anempfohlen habe. Er habe sich gefürchtet gehabt, es könnte möglicherweise durch sein Erscheinen in S. Remo eine feindliche Stimmung ihn empfangen; das sei aber nicht gewesen und am letzten Tage habe er auch mit seiner Mutter seit langer Zeit auf einem Spaziergang ein relativ gutes Gespräch gehabt.

Ich habe von der Begegnung mit Prinz Wilhelm meinerseits den Eindruck, daß sie die günstige Folge hinterlassen, daß ich für den doppelten Fall, sei es, daß sein Vater noch sukzedieren kann, ihm ein Wort über sein Verhalten zu dem Vater dann mit einiger Aussicht auf Erfolg sagen kann, oder aber, falls er direkt als Kaiser sukzediert, mit einem oder dem andern Rat<sup>1</sup> wenigstens ernsthaft angehört würde. Das ist eigentlich schon mehr, als ein Glied einer bereits tief in die Kreide geratenen, vorweltlichen Generation von den neuen Alluvialwesen verlangen kann, und es ist fast wunderbar, wenn ich bedenke, daß ich mehr wie einmal in den 50er Jahren mit dem damaligen Prinzen von Preußen den Fall seiner Sukzession in Koblenz besprach, daß der gleiche Sermon auch noch dem Enkel nicht erspart wird.

... Resümiere ich, so ist die Lage nunmehr die, daß das Leiden des Kronprinzen zwar allseitig als unheilbar erklärt wurde, aber nicht als in kurzer Frist sicher dem Leben bedrohlich... Das gibt die Perspektive auf einen todwunden Kaiser mit einem eventuellen Mitregenten. Hier liegen Rätsel, deren Aufgabe wir vielleicht noch miterleben, deren Lösung wir aber nicht mehr erleben.

Wir alle sind in diesen Tagen um Jahre älter geworden, der Kronprinz nach seines Sohnes Aussage sehr grau, sonst auffallend gut ausschend. Bis zur Katastrophe sei er, wie mir neulich Schweinitz<sup>2</sup> in Basel auf dem Bahnhof sagte, wo ich ihn zufällig traf, auch auffallend heiter gewesen.

### 63. An Stosch

Schopfheim, 25. November 1887

Für Ihren gestern erhaltenen Brief kann ich nur in wenig Worten meinen Dank sagen.

Den Wunsch der Herrschaften, daß ich nach S. Remo kommen möchte, kannte ich lange, da verschiedene Briefe sowohl an mich

<sup>1</sup> Noch zuversichtlicher am 27. November das Urteil Loës: „In San Remo ist seit heute der Mann anwesend, der für eine solche Aufgabe [die Gefahr der monarchischen Krisis] wie geschaffen ist – Roggenbach. Seine Klugheit, seine absolute Unabhängigkeit, seine uneigennützigte Vaterlandsliebe, vor allem das Vertrauen, das er bei allen maßgebenden Personen der königlichen Familie genießt, befähigen ihn hervorragend zu der Rolle des Ratgebers in San Remo.“ (Meißner, Walderseebriefwechsel I, S. 121.)

<sup>2</sup> Lothar v. Schweinitz, der deutsche Botschafter in Petersburg.

als an die Großherzogin denselben ausgesprochen. Ich hatte geantwortet, ich wäre bereit, wenn es denselben genehm wäre, und daß ich annehme, in solcher Lage bedürfe der Betroffene zunächst Alleinsein und Einkehr in sich selbst. Ich wartete also ab. Darauf erhielt ich am letzten Montag die dringende Aufforderung: möglichst bald. Ich mußte antworten, ich käme am Schluß der Woche, habe also keine Zeit zu verlieren und denke heute abend unter dem Gotthard zu fahren.

Mein Gedanke bei der Reise ist, daß falls sie überhaupt einen Nutzen bringen kann, dies in zwei Richtungen liegen muß. Einmal in dem Versuche, daß bei dem stets neu auftauchenden Traumgebilde möglicher Genesung nichts von dem versäumt wird, was dazu gehört, daß ein guter Familienvater einigermaßen beruhigt aus dem Leben scheidet und daß der zur Hinrichtung Verurteilte wenigstens bis zuletzt als ein tapferer, ganzer Mann erscheine, der alle seine Anordnungen mit vollem Bewußtsein der vor ihm liegenden Eventualität getroffen hat.

Das zweite Ziel muß die vollkommene Aussöhnung des Prinzen Wilhelm mit seinen Eltern sein. Ich weiß wohl, daß bei dem Temperaments- und Meinungsunterschied zwischen Mutter und Sohn diese Aussöhnung keine Dauer haben kann und daß nur Aufenthalt an verschiedenen Orten später ein leidliches Verhältnis sichern kann. Von großer Wichtigkeit scheint es mir aber für den Prinzen Wilhelm zu sein, daß er nicht in Gegensatz zu dem Vater steht, sei es, daß er auf kurze Zeit die Stellvertretung des zweiten deutschen Kaisers zu führen hat, sei es, daß er als zweiter selbst sukzediert.

Auch für den letzten Fall muß ihm sein Vater noch die Wege weisen. Meine Absicht geht demgemäß dahin, womöglich zu erreichen, daß Prinz Wilhelm in allernächster Zeit nach S. Remo zitiert werde, und dann soll dies versucht werden. Die Anwesenheit des Prinzen Heinrich ist dafür sehr nützlich.

. . . Von S. Remo mehr.

#### 64. An Stosch

San Remo, 2. Dezember 1887

Es war mir unmöglich, Ihnen bisher zu schreiben, so sehr ich es gewünscht hätte. Inzwischen ist mir Ihr lieber Brief mit seinen

für mich sehr wertvollen Winken über Natur und Wesenheit der Personen zugegangen, die ich hier unter den Händen habe. Ich danke herzlichst dafür und will nun in Kürze resümiere, was ich hier gefunden und erreicht.

Zunächst den sanitätlichen Teil.

Den Kronprinzen, den ich nun seit fast 8 Tagen täglich viele Stunden sehe, mit dem ich regelmäßig um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr ausfahre, dann aussteige und bis zu  $1\frac{1}{2}$  Stunden vor dem zweiten Frühstück gehe – mit dem ich nach dem Frühstück wieder bis zu 2 Stunden spazieren gehe, finde ich äußerlich absolut unverändert, eher etwas blühender aussehend. Wenn ich vor Müdigkeit mich erschöpft fühle, erklärt er lachend, daß er keine Spur von Ermattung fühle. So geht es fort bis nach dem Nachessen, wo Billardspiel den Tag um 10 Uhr schließt. Da er somit volles Gesundheitsgefühl hat, so erklärt sich, daß er [über] die üble Prognose, die er vollkommen kennt und auf deren notwendige Konsequenz sicheren Endes im Gespräche fortwährend Bezug genommen wird und welche als Ausgangspunkt aller Gespräche über die Zukunft, insbesondere die Vorbereitung des Prinzen Wilhelm zum Regierungsantritt, genommen werden muß, relativ kühl wie über ein altbekanntes Faktum weggeht, über das niemand mehr streitet. Etwa so wie wir im Vollgefühl des einstigen sicheren Todes, wenn wir uns ganz wohl fühlen. [Da] sämtliche hiesigen Ärzte inkl. Dr. Braman, den für den Fall etwaiger Tracheotomie detachierten Assistenzarzt Breymann und auch den zufällig von Falkenstein anwesenden Dr. Duttweiler, also Schrader, Krause und Hovell erklären, es kann sich einmal rasch eine verhängnisvolle Katastrophe entwickeln, aber wenn die Entwicklung fortgeht, wie das überraschende Faktum vollständigen Rückgangs aller ödemnösen Schwellung, Vernarbung der Geschwürsfläche und Rückgang aller Drüsenschwellung hoffen läßt, also immerhin sehr langsam, so könne es auch Jahre dauern. Zur Zeit sei auch keinerlei Wachstum der sog. hornförmigen Wucherung auf dem Grunde der linken Kehlkopfseite, noch der hirsengroßen Wucherung am rechten Stimmbande wahrzunehmen. Dementsprechend ist auch die Stimme, welche begreiflich nicht forciert wird, durchaus vernehmlich, und auf einem Spaziergang, den ich gestern nachmittag mit dem Kronprinzen und Prinz Heinrich machte und wo eingehend das Verhältnis zu dem Prinzen Wilhelm ganz

rückhaltlos à trois besprochen wurde, sprach der Kranke oft lange zusammenhängend und mit ziemlicher Lebhaftigkeit.

Die Kronprinzessin ihrerseits spricht ebenso über den Zustand als einen, der nach menschlichem Ermessen und Wissenschaft, wie sie von Anfang an wisse, nur die übelste Prognose gebe. Von Anfang an habe ihr Mackenzie gesagt: „Gesetzt, es sei Krebs, was wir noch nicht ‚positiv wissen‘, so lassen Sie sich nicht überreden, die große Operation zu machen. Ist es Krebs, so ist die höchste Wahrscheinlichkeit, daß derselbe in Kürze wiederkehrt, und die Kranken, welche die Operation überstehen, sagen fast ausnahmslos: ‚Hätten Sie mich sterben lassen, statt daß ich nun ein elendes Leben habe.‘ Sie haben günstige Chancen, wenn Sie die Operation nicht machen und sorgen, daß der Kranke stets in den günstigsten Verhältnissen für sein Allgemeinbefinden bleibt, allem Verdrusse und Aufregung entzogen bleibt.“ Danach handelt sie. Von Selbsttäuschung oder beabsichtigter Täuschung anderer sehe ich nichts. Auch nicht des Kronprinzen durch sie. Ich habe sie oft im Gespräche sagen hören: „wenn Du uns genommen werden solltest, so tue ich dieses oder jenes“.

Bei dieser Sachlage versteht man, welch ungeheure Temperaturverschiedenheit in der Stimmung in Deutschland und hier ist und wie man in Deutschland unter dem Drucke des empfängenen zerschmetternden Eindruckes geblieben ist, während hier die menschliche Natur unter dem Einflusse ungehemmten Wohlbefindens und Lebensgenusses zu ihrem Rechte kommt. Ich war nur sehr unzufrieden, daß in der vor meiner Ankunft abgegebenen Antwort an den Reichstag auf das aktuelle Empfinden in Deutschland keine Rücksicht genommen wurde und nicht ein Zwischensatz „wenn der Ratschluß Gottes mir das Leben bewahrt“ oder dergleichen Aufnahme fand. Die Kronprinzessin, der ich das sagte, versicherte, sie habe einen solchen Satz vorgeschlagen, der Kronprinz habe es aber durchaus nicht gewollt. Es wird wohl eine demnächst sich bietende Veranlassung ergriffen werden, um eine entsprechende Äußerung an eine andere Adresse gelangen zu lassen, und damit wohl ein Teil des entstandenen Lärms sich beruhigen, bis eine neue Verschlimmerung sich bemerkbar macht. Diese hatten die Ärzte ungefähr sechs Wochen nach Auftreten des letzten, bald nach dem Geburtstag am 18. Okt. in den ersten Anfängen sich zeigenden Ödems erwartet, da bisher in rhyth-



mischen Perioden sich solche Schwellungen, wie sie dem Leiden eigentümlich sind, bemerkbar gemacht hatten. Norris Castle - Toblach - und nun Baveno, denn dort fing dieselbe an. Bisher zeigt sich noch absolut keine Spur, so daß die Ärzte sagen: wenn nichts dazu kommt, läßt sich sehr wohl ein längerer Stillstand denken.

Unter solchen Umständen werden hier drei Fälle erwogen: 1. Daß der Kaiser länger erhalten bleibt und der Kronprinz ungefähr in dem Zustand des jetzigen Befindens im Mai zurückkehren kann. Dies wird als das Wahrscheinlichste angesehen. Dafür ist die Hochzeit des Prinzen Heinrich auf den Mai festgesetzt, mit dessen Einverständnis, wie er mir sagte, da er die Eltern dabei haben möchte und seine Braut mit ihrem Vater nach Neujahr hierher kommen soll. Auch Seckendorf ist damit einverstanden, der mit dem Prinzen Ihrer freundlichst gedenkt, nicht ohne schwere Bekümmernis, wenn die Lage der armen Marine zur Sprache kommt.

2. Der zweite Fall, der erwogen wird, ist die Eventualität einer Thronerledigung, solange der Kronprinz noch hier ist oder im tiefen Winter einen Klimawechsel scheuen muß. Nicht allenfalls, um aus Liebe zum Leben sich zu schonen, sondern um eine Eventualität fernzuhalten, die dadurch nähergerückt würde: die Sukzession des noch durchaus unreif geschätzten Prinzen Wilhelm.

3. Der dritte Punkt, der ebenso objektiv erörtert wird, ist der Eintritt der übelsten Eventualität, raschen eigenen Todes, und die Ratschläge, die dafür etwa dem Prinzen zu geben sein möchten. Gerade dafür ist es mein Bestreben, die Anwesenheit des Prinzen hier herbeizuführen und die mannigfachen Ursachen des Mißtrauens zwischen Vater und Sohn und umgekehrt zu entfernen. Das ist der Sisyphusstein, den ich alle die Tage rolle. Unzweifelhaft hat die Ordre<sup>1</sup>, welche den Prinzen zur Stellvertretung des Kaisers in der unklarsten Formulierung beruft und daher an die Nähe des Kaisers kettet, diese Möglichkeit sehr erschwert, um so mehr als sie gleichzeitig die Stimmung des Kronprinzen in die ähnliche gesteigerte Aufregung versetzte, wie solche schon durch

<sup>1</sup> Die Stellvertretungsordre vom 17. November, welche die Vertretung des Kaisers in Behinderungsfällen in Rücksicht auf die entfernte Abwesenheit des Kronprinzen auf den Prinzen Wilhelm übertrug.

die Reise nach Skierniwiece<sup>1</sup> und London<sup>2</sup> bewirkt worden war, und die sich um so berechtigter erachtet, als die Kenntnis der erangenen Ordre ganz wie in dem früheren Falle zuerst durch einen Brief des Prinzen selbst seinem Vater gemacht wurde.<sup>3</sup>

Es ist in der Tat nicht recht einzusehen, wie eine solche allgemeine Stellvertretung des Kaisers wirken soll, wenn der Kronprinz zurückkehrt, ein Fall, den man in Berlin für unmöglich hält, weil man sich dort einen weichen, rapid verlaufenden Krebs konstruiert hat. Von einem solchen ist aber nach Ausspruch aller Ärzte absolut auch keine Spur zu finden, sondern immer nur von einer sehr langsam wachsenden Form, welche nur durch Komplikation, Ödem, Ergreifen der Speiseröhre resp. Wachsen gegen die Stimmritze zu, gefährlich werden wird. Davon ist z. Zt. nichts zu sehen und somit die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr nach Berlin keineswegs ausgeschlossen.

Ich komme nun zu den Enthüllungen. Es ist inzwischen das ganze Gespenst, das die Einbildungskraft des Kanzlers zutage gefördert hat, entlarvt. Wohin der Feldzug gegen den einfältigen Perponcher<sup>4</sup> hinausgehen soll, sieht kein Verstand der Verständigen. Die Anschuldigung gegen die im Fürsten Ferdinand von Bulgarien verkörperte Intrigue der Orleans-Koburg<sup>5</sup> hat offenbar den Zweck, dem Zaren vorzuspiegeln, daß der Prinz Ferdinand keineswegs ein von Deutschland soutenierter Kandidat war, sondern daß Deutschland ihn eher fürchtete und mit Mißtrauen ansah. Ob man in Petersburg aufsitzt – auf so grobe Kniffe hin – dies bleibt zu bezweifeln.

<sup>1</sup> und <sup>2</sup> Gemeint ist statt Skierniwiece vermutlich der Besuch des Prinzen Wilhelm beim Zaren in Brest-Litowsk (September 1886) und der Londoner Jubiläumsbesuch, an dem Vater und Sohn gemeinsam teilnahmen.

<sup>3</sup> Bestätigt und näher erklärt von Wilhelm II., „Aus meinem Leben“, S. 338/40.

<sup>4</sup> Der kaiserliche Hofmarschall, durch dessen vielbesprochenen Mißgriff Bismarck bei der Galatafel für den Zaren nicht diesem gegenüber seinen Platz bekommen hatte, sondern auf der „Blutseite“ unter den teilnehmenden Fürstlichkeiten.

<sup>5</sup> Gemeint sind die gefälschten Briefe, die dem Zaren während seines Aufenthalts in Kopenhagen in die Hände gespielt wurden, um ihn von Bismarcks antirussischer Politik in der bulgarischen Frage zu überzeugen. Veröffentlicht unter dem Titel „Die gefälschte Korrespondenz des Prinzen Ferdinand von Koburg“ (Die Große Politik der europäischen Kabinette, Bd. 5, Anhang B.)

Die Bewegung der Radikalen<sup>1</sup> zugunsten Grévys war offenbar durch die Befürchtung veranlaßt, es könnte der in Bereitschaft gehaltene Präsidentschaftskandidat Aumale<sup>2</sup> eventuell doch die Majorität erhalten. Die ganze Desertion der Linken inkl. Clemenceau und Rochefort, Deroulède fing an, als man erfuhr, daß Aumale in Paris und bis weit nach links mit den Fraktionsführern Fühlung gewann.

Ich bleibe vielleicht noch 4-5 Tage hier und schreibe wieder, wenn etwas zu sagen.

### 65. An Stosch

Köln, Hotel du Nord, 8. Januar 1888

Ein guter Teil des Jahres ist schon herum und ich bin nicht dazu gekommen, Ihnen auch nur für Ihren letzten Brief und die darin enthaltenen guten Wünsche zu danken. Einen Teil der Schuld kann ich freilich auf eine ungewöhnlich heftige Erkältung abschieben, die den ganzen Menschen unbrauchbar machte. Den ersten Ausgang benutzte ich, um heute nacht mein seinerzeit verschobenes Rendezvous mit Morier zu haben, ohne freilich zu erwarten, daß er mir viel Neues sagen kann und wird. Immerhin wird es authentisch sein.

Inzwischen sah ich Adolf Deichmann in Segenhaus, der vieles von seinem Besuch in Friedrichsruh und seinem intimen Verkehr mit Herbert Bismarck erzählen konnte. Geffcken, der auch für zwei Tage in Segenhaus ist, auf dem Wege nach Cannes, konnte nur aus seinem Verkehr mit Gerhardt in Berlin erzählen . . .

Das fast Bedeutendste scheint mir, daß Deichmann den Kanzler sehr gealtert fand. Nicht, daß er sich nicht noch stramm aufrichten könne und, wenn er erregt sei, ganz den alten Eindruck gebe. Wenn er es aber nicht sei, so sei er doch sehr gebeugt und zusammengefallen und noch immer gehe ihm die Aufregung nach, in die er sich bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers von

<sup>1</sup> Die im folgenden genannten Radikalen hatten sich in der französischen Präsidentschaftskrise für das Bleiben Grévys ausgesprochen und gegen die Möglichkeit einer Wahl Jules Ferrys, des „Tonkinesen“ und Bismarckdieners.

<sup>2</sup> Heinrich von Orléans, Herzog von Aumale, vierter Sohn Louis Philipps (1822—1897).

Rußland versetzte, um demselben einen ernsten Eindruck des bestimmten Entschlusses zu geben, Österreich unter allen Umständen zu stützen, wenn Rußland es angreife. Dies scheint die Hoffnung des Kaisers gewesen zu sein, Deutschland von Österreich trennen zu können, und der Kanzler hat, wie er sagt, einen so starken Ton angeschlagen, um die gegenteilige Überzeugung zu wecken, daß ihm dies einen ernsthaften Rückfall seines Nervenleidens brachte, gegen den er auch Morphium vergebens anwandte. Deichmann sagte, daß der Kanzler nun wieder auf Frieden hoffe und die äußersten Anstrengungen mache, in Bulgarien der russischen Eitelkeit eine Satisfaktion zu erwirken und andererseits Österreich zu Rüstungen zu treiben.

Den Ausfall des Kronprinzen halte der Kanzler für ein großes Unglück trotz der Liebe, die er zum Prinzen Wilhelm habe, und der schwärmerischen Liebe des Prinzen zum Kanzler. Er sei ein Brausekopf, könne nicht schweigen, sei Schmeichlern zugänglich und könne Deutschland in einen Krieg stürzen, ohne es zu ahnen und zu wollen. Der Wert der Regierung des Kronprinzen sei, daß der Prinz Wilhelm Zeit gewinne, sich zu setzen und zu lernen.

Neu war mir auch, daß Deichmann versichert, Herbert sei so abgehetzt, daß er bestimmt versichere, nach dem Tode seines Vaters werde er aus dem Staatsdienst austreten. Er habe keinen Ehrgeiz, habe seine ganze Jugend in grenzenloser Arbeit hingbracht und wolle zunächst ausruhen und dann nach Friedrichsruh gehen und sein Leben genießen. Das sei positiv seine Absicht.

Die politisch-kirchliche Clique, die sich des Prinzen Wilhelm zu bemächtigen suchte, scheint sehr zuversichtlich und geneigt, über den Kanzler hinüberzugehen. Das geht daraus hervor, daß trotzdem der Kaiser Waldersee eine Rüge aussprach, solche Versammlung im Generalstabsgebäude veranstaltet zu haben, und trotz der Artikel der Post und der scharfen Äußerung, die Kögel gegen Geffcken über die Stöckersche Agitation getan hat, die Prinzessin Wilhelm einen offiziellen Besuch bei Stöcker machte. Es scheint, als ob der Kronprinz recht behalten sollte, wenn er sagte: der Prinz Wilhelm läßt sich nicht raten, er muß den Kopf anrennen.

[Das Berliner Drängen auf Verzichtleistung des Kronprinzen keine Fabel, sondern in Hofkreisen eifrig besprochen; man nenne

es hier einen verdammenswerten Ehrgeiz, in solcher Gesundheitslage nicht zu verzichten.]

Über die vielbesprochenen gefälschten Dokumente höre ich, daß man in Berlin nunmehr, nachdem man längere Zeit in der Irre ging, den Verfasser zu kennen glaubt und dem Kaiser von Rußland alle Polizeiberichte darüber eingeschickt hat, so daß der Kaiser ganz entzückt sei über die Loyalität der Berliner Politik und die Trefflichkeit der Polizei.

66. *An Stosch.*

Köln, Hotel du Nord, 1. Februar 1888

Die Fülle der interessanten Mitteilungen, die Ihr Brief vom 24. enthält, trägt die Schuld, daß ich denselben nicht früher beantwortete. . . . Ich hatte gezweifelt, daß Sie nach Berlin gehen würden, nachdem kein Kapitel des Schwarzen Adlerordens abgehalten wurde, und hatte auch sonst nichts von Ihrer Anwesenheit in der Zeitung gefunden, so daß ich geradezu überrascht war, als ich Ihren Brief erhielt.

Inzwischen freilich hat sich in dem einen Punkt, dem Zustand des Kronprinzen, wieder eine Wandlung vollzogen. Zum bessern, sagen die einen, zu stetigem Niedergang zum hoffnungslosen Abgrunde die andern . . . Daß der Zustand seit meiner Anwesenheit sich vielfach verschlechtert zu haben scheint, geht aus manchem hervor, wenn auch die einzelnen Notizen, Zerstörung des Stimmbandes, Niedergeschlagenheit, Eitergeruch als ständige Atmosphäre um den Kranken mir nicht richtig erscheinen. Ich erhielt in den letzten Tagen erst Abschrift eines von Schrader nach Berlin an Dr. Leuthold zur Mitteilung an den Kaiser gerichteten Telegramms in Chiffre wie auch ganz genaue Berichte. [Das Märchen vom getäuschten Publikum; in Wahrheit werde ihm nichts vorenthalten.]

. . . Daß der Kaiser sich verhältnismäßig rasch erholt hat, ändert an der Tatsache nichts, daß die Anfälle in immer kürzeren Fristen sich wiederholen und daß jeder Augenblick uns vor eine Lage von fast unglaublichen Schwierigkeiten stellen kann, in der recht eigentlich niemand weiß, wer Koch und wer Kellner ist. Unter diesen Umständen ist es unvermeidlich, daß die Persönlichkeit

und Bildungsfähigkeit des Prinzen Wilhelm die Köpfe des strebenden und nicht strebenden Teils des Publikums beschäftigt. Nicht minder ist es natürlich, daß unter den Strebenden die Chancen der Rivalen sorgsam abgewogen werden. Von Waldersee höre ich nur, daß er mit dem Prinzen vielfach unzufrieden sein soll. Nachdem erreicht ist, daß derselbe nach Berlin versetzt wurde und seine Zeit nicht mehr auf der Bahn verbummelt, kommt vielleicht wieder mehr Halt in diese junge Existenz. Loë sagte mir, er habe den Prinzen zweimal gesprochen, einmal beim Tee bei der Kaiserin und dann am sog. Papa-Abend, ohne daß es zu einem eingehenden Gespräche gekommen sei. Versen<sup>1</sup> kenne ich wohl. Er lag in Neuwied im Lazarett der Fürstin. Ich halte ihn für abenteuerlich und etwas toll. Liebenau<sup>2</sup> taxierte ich immer sehr niedrig und geneigt, den Prinzen für enge Standesvorurteile und Kastenstandpunkte einzufangen. Der Kronprinz hält etwas auf ihn. Dagegen hörte ich zu meiner Verwunderung, daß Prinz Heinrich ihn nicht günstig beurteilt. Das Fiasko des Prinzen in Bonn kommt jedenfalls ausschließlich auf Liebenaus Rechnung. Mit dem Abraten von der Versammlung bei Waldersee hat es dagegen wohl seine Richtigkeit.

Über des Prinzen militärische Begabung läßt sich noch nicht viel sagen. Ob er über den Horizont eines Subalternoffiziers und Korporals sieht, steht noch nicht fest. Jedenfalls wird er kein großer Schweiger sein, sondern ein Redegeneral, die ja in der preußischen Armee wie auch die Gesangbüchergenerale stets vertreten waren, von Bischoffswerder bis zu Gerlach und dem Jahrmarktskomiker Wrangel herunter. Ich für mein Teil habe immer noch gutes Vertrauen zu dem Prinzen, wenn frühzeitig ernste Verantwortung an ihn herantritt und er noch einigemal den Kopf tüchtig angerannt hat, und stimme also darin mit Hahnke überein, von dem ich auch sonst eine sehr gute Meinung habe.

Als Kuriosum hat mich die Offenherzigkeit Radolinskis sehr interessiert. Ich fürchte, er erzählt aber mitunter Dinge und zitiert

<sup>1</sup> Max v. Versen (1833–1893), damals Kommandeur der 2. Garde-Kavalleriebrigade und als solcher militärischer Vorgesetzter des Prinzen bei dessen Führung des Leibgardehusarenregiments; zu seiner Beurteilung vgl. Wilhelm II., „Aus meinem Leben“, S. 230/31.

<sup>2</sup> Wilhelm v. Liebenau (1840–1900), militärischer Begleiter des Prinzen Wilhelm von 1878–1882, später kaiserlicher Hof- und Oberhofmarschall.

Äußerungen von Personen, die er ihnen in den Mund legt. [Beispiele hierfür.] Alles das gibt mir von R. einen sehr wenig günstigen Eindruck, der durch die Beurteilung der Doppelstellung, zu der er sich hergibt, der Spion für und gegen beim Reichskanzler zu sein, nicht gerade verbessert wird. Am besten ist, man hält sich von solchen Herrn dann am fernsten, wenn sie sich vertrauensvoll zu öffnen scheinen. Von mir hört Radolinski kein Wort und wenn er eines zitiert, so können Sie es getrost für unwahr halten, wie ich es tue, wenn er lange Geschichten rapportiert, die Sie ihm erzählt haben sollen.

In der Kriegs- und Friedensfrage werden wir noch lange auf dem gleichen Punkte stehen bleiben. Die Militärs, die Blut gerochen haben und nur die Chance erwägen, die ihnen der Vorsprung in der Bewaffnung gibt, drängen, nachdem ihnen die Lage als zweifelhaft dargestellt worden war, zu rascher Initiative. Aller Verstand und alle Menschlichkeit ist auf der andern Seite und da glücklicherweise der Kanzler und auch der Kaiser von Rußland auf dieser Seite stehen, so ist die Wahrscheinlichkeit für Erhaltung des Friedens immer noch sehr groß. Allerdings kommt als ungünstiger Faktor die Kopflösigkeit des österreichischen Kabinetts, der Unverstand der Ungarn und der leidige „Zwischenfall“ in Rechnung. Dagegen ist die russisch-französische Allianz immer noch in weitem Felde, die Franzosen denken an ihre Ausstellung und nicht an Krieg. Die russische Armee ist sich ihrer Inferiorität bewußt. Geld hat kein Teil, und was der Krieg bringen soll, weiß auch keiner zu sagen.

In Deutschland kommt die verzweifelte dynastische Lage auch noch in Ansatz und die Kommandoverhältnisse der Armee sind keineswegs derart, um sanguinische Hoffnungen zu rechtfertigen. Daß Waldersee die österreichische Armee besser gefunden hat als zu vermuten war, verbürgt leider keineswegs, daß sie am Tage der Entscheidung nicht gründlich schlecht geführt werden könnte. Es bleibt immer noch sicherer, seine Rechnung auf die gleich großen Mängel der russischen Führung als auf den österreichischen Fortschritt vom alten „nur immer langsam voran, daß der österreichische Landsturm nachkommen kann“, zu bauen.

... Am Sonntag bin ich wieder in Segenhaus und teile Ihnen mit, wenn ich etwas über die jüngste Konsultation höre.

Segenhaus, Sonntag, 12. Februar 1888

Ihr Brief befreite mich von einer großen Sorge, Ihr von Berlin mitgebrachtes Unwohlsein könnte sich zu einer ernstesten Krankheit ausgebildet haben. Ist es doch ohnehin ein Wunder, daß man noch leidlich durch diesen sonnenlosen, feuchten Winter kommt.

Wie sehr ich Ihrer auch beim Eintritt der Katastrophe in San Remo vor allen anderen gedacht, brauche ich nicht erst zu versichern. Loë [der dort war] fand den Kronprinzen seit der Januar-attacke, dem Aushusten des Knorpelstückes, sehr verändert, schlecht aussehend. Die Kronprinzessin habe ihn schon mit den Worten empfangen: „Ich kann mit meinem armen Patienten nicht mehr kokettieren.“ Auch die Ansicht der Ärzte sei auf eine nahende Katastrophe wegen der neuen rechtsseitigen Schwellung gegangen.

[Letzter Bericht Loës über den von Dr. Bramann ausgeführten Luftröhrenschnitt.]

Alles das enthält nichts Neues, was Sie nicht auch aus den Zeitungen bereits ersehen hätten . . . Für mich bedeutet dieser Schritt abwärts den Anfang des sicheren Endes. Wer den andern überlebt, Vater oder Sohn, ist nicht minder ungewiß.

Wunderbar bleibt immer, daß der Vater so sehr unter der Gewohnheit seiner Repräsentationspflichten steht, um in der Tat auf den Opernball haben gehen zu wollen, hätten die Ärzte nicht Einspruch getan. Das zeugt immerhin für noch starken Lebensmut.

. . . In der politischen Frage ist aus allem Wortschwall und Rede und Gegenrede klar geworden, wo eigentlich der Dorn steckt, der uns im Fleisch sitzt. Österreich hat eine andere Auffassung über die Rückwirkung des Berliner Friedens auf die geheimen Verhandlungen, die nach Reichstadt und dem Vertrag vom 15. Jan. 77 mit Rußland geführt waren und worin Rußland Österreich Bosnien und Serbien preisgab, sich dagegen Bessarabien von Österreich zurückkonzessionieren ließ und den Schutz der nationalen und christlichen Elemente in der übrigen Balkanhalbinsel sich vindizierte und von Österreich zusagen ließ. Österreich sagt: alle diese Engagements hat der Berliner Friede liquidiert. Nach ihm hat Rußland keine von den übrigen Großmächten



verschiedene Stellung in Bulgarien. Rußland sagt: Perfides Österreich; gewiß habe ich das von Dir zugesagt erhalten und auf Grund unseres Abkommens besitzt Du heute Bosnien.

Bismarck in seiner Rede<sup>1</sup> stellt sich ganz und voll auf den Standpunkt Rußlands: es könne und solle in Bulgarien machen, was es wolle. In Wien sagt man das direkte Gegenteil.

Wie dabei das famose Allianzverhältnis bestehen soll, und wer schließlich der Betrogene sein wird, muß die Zukunft lehren. Ich bin ganz auf der Seite Bismarcks und halte den österreichischen Standpunkt für einen absolut perfiden und illoyalen, wenn vielleicht auch nützlichen. Ich begreife aber vollkommen die Entrüstung, die man in Petersburg hat, und dieselbe ist sehr gerechtfertigt bei einem objektiven Schätzen der zugrunde liegenden Tatsachen.

#### 68. An Stosch

Segenhaus, 21. Februar 1888

Innigsten Dank für Ihren eben erhaltenen Brief und die traurigen Notizen, die er enthielt. Dieselben werden wohl nahezu dem wirklichen Sachverhalte entsprechen und eröffnen eine nur zu sichere Perspektive auf eine verhängnisvolle Lösung aller heute noch bestehenden Zweifel. Der ganze Verlauf seit der Tracheotomie ist so ungünstig wie möglich und läßt auf innere Verheerungen weitesten Umfangs schließen, der bräunlich gefärbte Auswurf vor allem. . . . Ich bin auf einen rapiden Kräfteverfall<sup>2</sup> gefaßt und halte die Tragödie für abgeschlossen.

#### 69. An Stosch

Segenhaus, 24. März 1888

Ich habe Ihnen für Ihren Brief aus Berlin nicht gedankt, da ich nicht sicher war, wie lange Sie daselbst geblieben. Nun höre ich,

<sup>1</sup> Die berühmte Reichstagsrede vom 6. Februar 1888.

<sup>2</sup> Über die Wendung zum Schlimmeren geben Briefe vom 28. Februar und 3. März aus Karlsruhe, wo Roggenbach an den Trauerfeierlichkeiten für den jäh an Lungenentzündung gestorbenen Prinzen Ludwig von Baden teilgenommen hatte, noch weitere Einzelheiten, vor allem die San Remoer Eindrücke Loës nach dessen ausführlicher Schilderung.

daß Sie in Östreich zurück sind, und so mögen denn meine sehnlichsten Wünsche begrüßen, daß Sie ohne Schaden an Ihrer Gesundheit von der traurigen Reise zurückgekehrt sein mögen.

[Die ersten Schritte des neuen Regiments, denen „der Todesreif der Vergänglichkeit aufgedrückt ist“.] Ein maßlos tragisches Geschick, um so mehr, wenn auch die Freunde sich der Sorge nicht entschlagen können, es möchte die Betätigung guter Absichten durch Zwischenspiele voll Torheit unterbrochen werden. Zu wünschen wäre, daß das Bewußtsein der kurzen gegönnten Frist benutzt würde, wenigstens solche Akte zu vollziehen, die der kurzen Regierung einigermaßen einen bestimmten Charakter verleihen könnten. Die ersten Verpflichtungen der Dankbarkeit hat der neue Kaiser rasch befriedigt. Für mein Gefühl fast zu rasch, da ich alle diese Dinge bis nach der Beerdigung verschoben hätte. Nun werden Personalien die nächste Zeit erfüllen und darin manche persönliche Liebhaberei Befriedigung finden. Ob ernsthaft an einen untergeordneten Wechsel im Staatsministerium gedacht wird, bezweifle ich trotz Puttkamers großen Fehlern. Jedenfalls nur, wenn es Bismarck genehm ist aus eigenen Gründen.

Eher glaube ich an Militärveränderungen. [Versetzung Loës nach Berlin, Entfernung Waldersees wahrscheinlich.] Leid ist es mir, daß wir dem hohen Herrn nicht einen Entwurf für die Proklamation ans Elsaß<sup>1</sup> machten. Er wäre dann vor der immensen Bêtise dieser Ansprache bewahrt geblieben, die wohl auf Rechnung meines Freundes Hohenlohe zu buchen sein wird. Es ist schade. Es war eine Gelegenheit, die verfehlte Stellung im Reichslande dauernd zu bessern. Nun verewigt sich der Protest und Torheit hüben und drüben.

Aus einem zweiten Brief vom Abend desselben Tages . . . Ich glaube, daß es eine glückliche Fügung ist, daß die Zwischenzeit dieser Regierung eingetreten ist und Prinz Wilhelm nicht unmittelbar auf den 91 jährigen Kaiser folgte, sondern sich in Geschäfte einarbeiten kann, so daß der weitere Übergang ohne alle Störung erfolgt. Daß Sie vom Wachsen des Prinzen sprechen

<sup>1</sup> „An die Bewohner des Reichslandes“, 15. März 1888. Vgl. den Wortlaut in „Briefe, Reden u. Erlasse Kaiser Friedrichs III.“ (ed. Schuster) 1907.

können, freut mich. Ich sehe davon noch wenig, wenigstens nichts, bis er zu schweigen lernte und nicht jedem zugetragenem Klatsch aufsitzt.

. . . Je älter man wird und je weniger wertvoll das irdische Sein einem selbst erscheint, um so wichtiger und liebevoller ist es, wenn andere den schwächer werdenden Lebenstrieb unterstützen. Dankbar erkenne ich, für wie vieles ich im Leben zu danken hatte und nicht am wenigsten dafür, daß die Natur mich mit einem gleichmütigen Sinn versehen, den hoffentlich auch die Zeit, welche noch vor mir liegen mag, nicht trüben wird.

#### 70. An Stosch

Segenhaus, 4. April 1888

[R. will auf Stoschs Vorschlag bei diesem mit Gerhardt zusammenkommen und hofft auf Begegnung mit Miquel; am liebsten wäre ihm, beides zu vereinigen.]

Alles, was ich aus Berlin höre, erfüllt mich mit Besorgnis, die voraussichtlich kurze Zeit dieser Regierung könnte mit mehr Mißgriffen als Weisheit ausgefüllt werden. Dagegen sind wir freilich ganz ohnmächtig wie wohl auch alle anderen.

Mein Wunsch ist, es könnte gelingen, die Gefahren, welche der künftigen Regierung des Nachfolgers drohen, auf ein geringeres Maß zurückzuführen und eine so feste Gruppierung staatsverständiger Männer zu schaffen, daß dagegen der politisierende Leutnant und der fanatisierende Hofprediger bedeutungslos würde. Selbst für den Kanzler sind solche Mächte fast unerreichbar und auf Respekt ist bei beiden wenig zu rechnen.

Die französische Krisis gefällt mir auch nicht und brachte, fürchte ich, ein russisches Aktionsministerium ins Amt. Gut ist das für nichts trotz all unserer neuen Freundschaft mit dem Zaren.

#### 71. An Stosch

Schopfheim, 2. Juni 1888

[R. dankt für Nachrichten aus Berlin.]

Sie schildern in Ihrem Erleben bei der Begegnung mit dem armen Kaiser ganz die Szene, die ich erlebte: Umarmung und Kuß muß

die Sprache ersetzen. Damals war freilich der große Zusammenbruch der Kräfte noch nicht eingetreten, welcher Folge der Bronchitis und des fortschreitenden Leidens war. Daß Ihr Empfang bei der Kaiserin ein durchaus herzlicher sein würde, habe ich nie bezweifelt und stimmt ganz mit ihren Äußerungen gegen mich überein, ohne im Widerspruch zu sein mit dem Diktum, daß durch Ihre Äußerungen viel Not über sie gekommen sei. Letzteres beweist nur, daß jemand für gut befunden hatte, wahrscheinlich um einem Mächtigen gefällig zu sein und die Verbindung zwischen Ihnen und den Herrschaften zu lockern, eine Schauergeschichte zu erzählen. Es ist eben ein altes Elend, daß die gute Frau jedem Klatsch aufsitzt. Das hält aber nicht lange vor. Ihre Schilderung der Lage in Berlin ist in allen Teilen zutreffend, insbesondere in der absoluten Unmöglichkeit, daß sie bis zum Eintritt einer großen Krisis andauert. Das wird sie aber auch nicht, da der Kranke schwerlich den Juni überleben dürfte. Politisch ist derselbe absolut machtlos und gerade so null und gefügig aus Krankheit wie der Vorgänger aus Alter. Inzwischen sind andere Faktoren Herren geworden und haben die Gewohnheit selbständiger Entscheidung angenommen. Die Ministerien voran, die Kabinette, den Kanzler nicht zu nennen. Diese Negativität der Krone wird dadurch in ihren Folgen verstärkt, daß Bismarck nicht mehr die alte Rührigkeit entwickelt, und ich fürchte, daß was H.[erbert] Bismarck als Brutzustand von neuen Plänen ansieht, eher die Abspannung des Alters ist. Die Anomalie der Lage fühlen lebhaft zwei Personen: die Kaiserin und der Kronprinz. Erstere ohne alle Möglichkeit, darin etwas zu bessern. Sie hat keine Zukunft vor sich und das Instrument, in der Gegenwart etwas zu machen, der Kaiser, versagt und sie wagt gar nicht, ihn auch nur in Bewegung zu setzen, wie sie sagt, weil es gewissenlos sein würde, etwas anzufangen, das man nicht durchführen kann und [das] unzweifelhaft von dem Nachfolger sofort zerstört würde. Ihr einziger Stützpunkt ist Bismarck, der in der Tat sehr entgegenkommend für sie ist, was ihm von seiten des Kronprinzen trotz des Toastes das Urteil eintrug: „B. steht unter dem Einfluß der Kaiserin, er wird trottelig.“

Alle die Herren gewordenen Sklaven, so sehr sie dem Kronprinzen wedelten, als er zu Lebzeiten Kaiser Wilhelms I. gegen den damaligen Kronprinzen ausgespielt werden konnte, ahnen,

daß mit der vollendeten Rücksichtslosigkeit des jungen Mannes ihre Selbstherrlichkeit ein rasches Ende nehmen könnte, und wären gern geneigt, sich unter die schützenden Fittiche Kaiser Friedrichs III. zu flüchten, wenn dessen Tage nicht gar zu kurz bemessen wären. Daher ihr Elend und Jeremiaden ohne Ende über die Gegenwart mit begleitender Gänsehaut ob der Zukunft. Ich meinerseits freue mich über jeden Tag, den die jetzige Ära dauert, weil dadurch die Lehrzeit des Kronprinzen verlängert wird, weil er lernt, Wasser in seinen Wein zu gießen, und ohne die Fähigkeit, ein guter Regent zu werden, zu verlieren, manchen Fehler abstreifen kann.

Was die auswärtige Politik angeht, so ist die elsässische Kampagne kaum anders zu erklären als aus einem Plan, Frankreich zu reizen und gleichzeitig Rußland durch die aggressive Stellung, die Ungarn-Österreich gegen Rußland einnimmt, in Schach zu halten. Dahin deutet auch die Zufriedenheit, die der Kanzler über England äußert, und dahin auch die ernste Bewegung daselbst, endlich Versäumtes in der Flotte nachzuholen. Das ist freilich leichter in Reden plaidiert als in Wirklichkeit zustande gebracht, am wenigsten in kurzen Zeitfristen. Ich schicke darüber zwei weitere [Times-]Artikel.

Wenn ich etwas von Berlin höre, teile ich es Ihnen mit. Ich habe einen Versuch gemacht, Puttkamer<sup>1</sup> durch Miquel zu ersetzen, und halte es noch nicht für aussichtslos, da es zu indiziert wäre, freilich auch zu gut, um wahr zu werden. . . .

## 72. An Stosch

Schopfheim, 14. Juni 1888

Nur die kurze Benachrichtigung, daß ich soeben nach Berlin reise, wo die Katastrophe<sup>2</sup> nahe ist. Wiederholte Sommationen haben mich schon letzte Woche gerufen. Ich wollte aber nicht den Lärm, der über die Entlassung P.[uttkamers] entstand, unnötig ver-

<sup>1</sup> Robert Victor v. Puttkamer (1828–1900), seit 1881 Minister des Innern und Vizepräsident des Staatsministeriums; ein Brief Kaiser Friedrichs, der ihm das kaiserliche Mißfallen über einen drastischen Fall von amtlicher Wahlbeeinflussung aussprach, zwang ihn am 7. Juni zum Rücktritt.

<sup>2</sup> Kaiser Friedrich starb am nächsten Tage, Vormittag des 15. Juni.

mehren und mich in das Licht einer Beteiligung an einer Sache bringen, der<sup>1</sup> ich ganz fernstehe.

Es ist ein tragisches Geschick, das sich vollendet, nicht am wenigsten dadurch, daß jeder Einsichtige sich sagen muß, daß dem Vaterlande, wie dunkel auch die Zukunft unter einem jungen Regenten sein mag, mit dem jähen Ende dieser kurzen Regierung ein letzter Dienst geleistet wird.

Briefe treffen mich Hotel du Nord von Sonnabend an.

<sup>1</sup> Genauer und richtiger wohl, deren Behandlungsart. Vgl. hierzu aus Roggenbachs Brief an Bamberger vom 12. Juni folgende Sätze: „Ich bin zur Zeit noch nicht unterrichtet, wie die letzte Korrespondenz mit Puttkamer gelautet hat und ob die Entfernung systematisch angestrebt war, nicht minder, welche Methode dabei befolgt wurde. Ich sehe an dem Erfolg, daß mein Rat dabei keineswegs genau befolgt worden ist. Würde ich heute in Berlin ankommen, so bekäme, was vielleicht nur Effekt einer Verstimmung des Kaisers ist, die Bedeutung eines prämeditierten Coups, an dem ich mitgearbeitet habe. So sehr ich der Meinung bin, der zum Leben wiedererweckte Kaiser Friedrich müsse an die Reinigung des politischen Ausgiasalles denken, den ihm sein Vater hinterlassen, so sehr ich hoffe, daß auch der kranke Kaiser manche nützliche Nachwirkung einer wenn auch nur kurzen Regierung hinterlassen könnte, so möchte ich doch nicht so erscheinen, als ob ich an kopf- und ziellosem Vorgehen als Mitwisser oder Treiber beteiligt sei.“ (Der Brief ist gedruckt in der Publ. E. Feders, Bismarcks großes Spiel. Die geh. Tagebücher L. Bambergers [Frankfurt. Sozietätsverlag, 1933], Seite 404/05.)

### III.

## Anfänge Wilhelms II. Der Kritiker des Neuen Kurses. 1888—1896.

### 73. An Stosch

Segenhaus, 16. Juli 1888

Seit vielen Tagen stehe ich mit dem festen Vorsatze auf, Ihnen zu schreiben und Nachricht zu geben von dem Wenigen, was Sie interessieren könnte, vor allem aber Ihnen zu danken für Ihre inhaltsreichen Briefe. Es wird Abend, ehe ich dazu kam. Wie ich seit Anfang des Monats auch die Tage vergeblich suche, an denen ich mir denken könnte, daß es Ihnen hier gemütlich sein würde. . . .

Über die ersten Schritte der neuen Regierung kann ich sagen, daß bisher wenig vorgekommen, woran etwas zu tadeln wäre. Weder in den Personalien noch in den Sachen. So darf man in dieser Hinsicht guten Muts sein. Die merkwürdige Broschüre<sup>1</sup> Hinzpeters, worin er den Charakter Wilhelms II. der deutschen Nation interpretiert, ist ganz dazu gemacht, die Hoffnungen eher zu steigern. Sie werden dieselbe mit Interesse lesen, um so mehr als er wie Sie dem kranken Arm einen wesentlichen Anteil an der Charakterbildung des jungen Kaisers vindiziert.

. . . Die Veröffentlichungen der ärztlichen Gutachten<sup>2</sup> haben wenig Neues gebracht und begegnen im öffentlichen Urteil dem Vorwurf, daß sie wissenschaftlich objektive Darstellung mit persönlicher Polemik vermischen. Gerhardt hat sich davon fast allein

<sup>1</sup> „Kaiser Wilhelm II. Eine Skizze nach der Natur gezeichnet“, Bielefeld 1888, 9. Aufl. 1889, verfaßt von dem früheren kaiserlichen Erzieher Georg Ernst Hinzpeter (1827—1907).

<sup>2</sup> Zusammengefaßt in der am 11. Juli erschienenen Schrift „Die Krankheit Kaiser Friedrichs III.“; an der Abfassung waren Bergmann und Gerhardt vornehmlich beteiligt.

freigehalten. . . . Ich glaube nicht, daß jemand an Erwiderung auf diese Gutachten denken wird<sup>1</sup>, um so weniger, als wenige sie gelesen haben werden, ohne zu dem Resultat gekommen zu sein, daß der kranke Kronprinz sehr wohl daran tat, sich der Operation nicht zu unterziehen, und unzweifelhaft damals schon erlegen sein würde. Den Trost, den das eine Gutachten ihm bietet, daß ihm dann viele Leiden erspart worden wären, würde er nicht als vollgültig angenommen haben.

[Sehr scharfe Beurteilung Bergmanns als „gemeiner ehrgeiziger Intrigant und Streber“.]

Ich sehe beim Durchlesen Ihres Briefes, daß Sie glauben, die Gutachten würden die Kaiserinwitwe Viktoria „sehr erbittern“. Ich glaube das eigentlich nicht. Das von Gerhardt einmal gewiß nicht. Über das von Bergmann wird sie eher sich mokieren und sagen, der Mann kann es nicht verwinden, daß er nicht zur Behandlung des Kaisers zugezogen wurde und wir ihn nicht wollten trotz Kaiser Wilhelm I. u. II. Vielleicht irre ich mich indessen in Beurteilung des Charakters . . .

#### 74. An Stosch

Schopfheim, 19. August 1888

Obschon ich schon einige Tage von Baden [-Baden] zurückgekehrt bin, habe ich doch noch keinen Augenblick gefunden, Ihnen zu sagen, daß ich die Angelegenheit des Einjährig-Freiwilligen Goldschmidt mit dem Großherzog besprochen und daß er die Wichtigkeit der Gesichtspunkte, die für deren günstige Entscheidung sprechen, in vollem Maße anerkannt hatte. Nicht nur in betreff der Frankfurter Wahlen, sondern auch um dem Verdacht prinzipieller antisemitischer Tendenzen des jungen Kaisers die Spitze abzubrechen. . . . Es war an dem Tage, wo Oberritz<sup>2</sup> gerade nach Baden [-Baden] kam, von dem empfangenen Abschied Meldung zu machen oder vielmehr von der in Potsdam an Schlichting<sup>3</sup> er-

<sup>1</sup> Es geschah doch: im Oktober erschien die Gegenschrift Mackenzies „Friedrich der Edle und seine Ärzte“.

<sup>2</sup> und <sup>3</sup> Hugo v. Oberritz (1819-1901) hatte von 1879-1888 das 14. A.-K. in Karlsruhe kommandiert. Sein Nachfolger wurde Sigismund v. Schlichting, der bisherige Führer der 1. Garde-Inf.-Division.



folgten Ankündigung von dessen Ernennung durch den Kaiser, die das Eintreffen seines [Os.] Abschiedes unmittelbar erwarten ließ. Mit Oberritz glaubte der Großherzog die Sache leicht machen zu können. Schlichting ist für ihn ein Fragezeichen. Für mich nebenbei ein unzweifelhafter Deklamator und Redner, was eine nur zweifelhafte militärische Eigenschaft ist. Dieselbe teilt er übrigens mit seinem jungen Herrn, der Zeit brauchen wird, bis er Schweigen am rechten Ort gelernt hat.

Inzwischen ist nichts geschehen, was mich überrascht hätte. Ich frage mich nur, wie lange wird der Reichskanzler das Tempo mithalten können und was dann? Das *Sauve qui peut* der Alten ist ganz am Platz, wenn nur die Jungen ihre Sache gut machen, was zu bezweifeln ich zur Zeit keinen Grund habe. Ich höre, daß die Königin von Rumänien heute auf ein paar Tage nach Segenhaus kommt, kann aber bei der Kürze der Zeit und da sie nur wenig Menschen mitbringt, nicht hingehen. [Will die Fürstin orientieren für etwaigen Besuch von Stosch.]

#### 75. An Stosch

Mainau, 26. September 1888

[Dankt für Brief von Stosch, will am 28. in Frankfurt sein und für den 29. Stosch eine Fahrt von Castel bis St. Goarshausen vorschlagen.]

Ich komme hier nicht so früh fort, als ich gehofft, da der Hausherr erst diese Nacht von den Manövern im Elsaß zurückkam. So versäume ich nahezu die Versammlung des Sozialpolitischen Vereins. Die Ankunft des Kaisers Wilhelm II. warte ich keinesfalls ab, da ich ihm nichts zu sagen habe und seinen Hauptwert in seiner absoluten Selbständigkeit erkenne. Gerade des Verhältnisses zum Kanzler wegen.

Die offenbar zusammenhängenden, aus einer Quelle stammenden Artikel der *Indépendance Belge*, der *Nordd. Allgemeinen*, des *Fremdenblatts* und des *Berl. Börsenkuriers* über die Absichten des Kanzlers, sich in eine exempte Stellung à la Moltke zurückzuziehen, um nicht genötigt zu sein, das scharfe Tempo des jungen Herrn mitreiten zu müssen, sind sehr bezeichnend für die Situation und für den Wert, den diese kaiserliche Selbst-

ständigkeit für die Begründung normaler Verhältnisse im Reiche und in Preußen hat.

Die [Geffckenschen] Auszüge aus dem Tagebuch [Kaiser Friedrichs] in der Rundschau<sup>1</sup> werden der Natur der Sache nach verschieden beurteilt. Man konjekтуриert viel, von wem dieselben ausgehen könnten. Ich habe keine Ahnung. Mir hat der hohe Herr nie etwas seiner Aufzeichnungen mitgeteilt, auch nie einen Abdruck von seinen Reisen in Orient und Spanien oder sonst etwas gegeben. Das ist mir in diesem Fall besonders lieb. Töricht erscheint mir der Versuch, die Auszüge als apokryph<sup>2</sup> darzustellen. Mir persönlich ist einigermaßen fatal, über Erwarten und in Zusammenhängen genannt zu sein, in denen gestanden zu haben ich mich nicht entsinne. Ich erfahre daraus unter anderm zum erstenmal, daß der hohe Herr sich glaubte bemühen zu müssen, mich gleich nach der Annexion ins Elsaß zu bringen. Es war dabei auf alle Fälle außer Acht gelassen, daß ich ja nicht einen Augenblick daran gedacht hätte, solche Stellung anzunehmen, mit dem Kanzler, der ganzen Konfusion des Wollens und der Ziele, der Streberei und Platzjägerei im Hintergrund. Ich hätte jeden als persönlichen Beleidiger behandelt, der gewagt hätte, mir eine solche Proposition zu machen. Aber so konnte der gute Herr sich vergreifen. Manches hätte der Veröffentlicher freilich besser unterdrückt. Ich höre, Kaiserin Friedrich soll sehr entrüstet über die Veröffentlichung sein, da sie es als ihr Recht betrachtet, selbst die Veröffentlichungen zu machen, die sie für gut hält, und dem Kaiser post mortem ein Denkmal zu setzen, nachdem im Leben mancher Strauß gefochten wurde.

### 76. An Stosch

Schopfheim, 16. Oktober 1888

Sie werden sich verwundern, von hier einen Brief zu bekommen. Ich bin auf die Nachricht, daß die Untersuchungskommission des Reichsgerichtes unter Zuhilfenahme von Gensdarm und Schlosser eine Haussuchung bei mir nach Briefen Geffckens gehalten hat<sup>3</sup>,

<sup>1</sup> In dem am 20. Sept. ausgegebenen Oktoberheft der Deutschen Rundschau.

<sup>2</sup> Wie am 23. Sept. in der Nordd. Allg. Zeitung zu lesen war.

<sup>3</sup> Am 14. Oktober.

hierher geeilt. Ich habe mir den dramatischen Vorgang erzählen lassen und bin sicher, daß die Guten nicht auf ihre Kosten gekommen sind. Da ich von dem ganzen Tagebuch nichts weiß und jemals wußte, auch nicht, daß Geffcken es hatte, noch woher er es hatte, noch daß er die bêtise der Veröffentlichung plante, so sind die Resultate der Haussuchung nur 16 alte Briefe und einige Postkarten.

Die Neugierde plagt mich nun, zu wissen, ob Sie den gleichen Besuch erhielten, damit ich daraus ersehe, ob ich in dieser Hinsicht privilegiert bin. Zugleich möchte ich Ihnen sagen, daß von ernsthaften politischen Freunden, nicht „Bücherwürmer und Vielschreiber wie der arme Geffcken“, bei mir keine Briefe existieren. Die besten und liebsten, die ich gerne bewahrt hätte wie die Ihrigen, verzehrte die unbarmherzige Flamme und reinigte sie von aller Ketzerei.

Im übrigen bleibe ich bei meiner Meinung, die ich von Anfang an hatte: der gute Geffcken tat eine riesige Torheit, wahrscheinlich aus literarischer Sensationsbedürftigkeit. Eitelkeit kann es kaum sein, da er nicht genannt sein wollte, wenn er nicht ganz toll war. Seine Torheit ist aber nicht halb so groß als die des Kanzlers, der ab irato riesige Böcke schießt, so daß ich gar nicht weiß, wie das enden soll. Er tut mir geradezu leid, was auch begreiflich ist, da ich seine Stellung für prekär genug halte und er bei der Jugend des Kaisers doch nicht wohl entbehrt werden kann. Freilich kann der hohe Herr etwas in kurzer Zeit lernen, wenn ihm solche Gelegenheit zu hohem Studium geboten wird wie der Bericht<sup>1</sup> des Kanzlers gegen seinen Vater. Freilich brennt das Rauchopfer zur Feier des 18. Okt. nicht günstig und das vierte Gebot wirbelt seine Flammen etwas wirr durcheinander.

. . . Unser armer Friedberg<sup>2</sup> kann mich in der Seele dauern, wenn er gemächlich Stricke drehen muß, seine Freunde aufzuhängen. Das bringt das Handwerk mit sich. Ich hoffe, in 14 Tagen wieder

<sup>1</sup> Der an Wilhelm II. gerichtete Immediatbericht Bismarcks vom 23. Sept., der schwerste Anklagen gegen die Gesinnungen und den politischen Verstand Kaiser Friedrichs enthielt und mit Genehmigung seines Sohnes am 27. Sept. im Reichsanzeiger veröffentlicht wurde. Über die Entstehung des Berichts in ihren einzelnen Phasen vgl. die genaue Darstellung von Gradenwitz „Bismarck am Schreibtisch. Der verhängnisvolle Immediatbericht“, Berlin 1931.

<sup>2</sup> Der Justizminister.

in Segenhaus zu sein, wo gewiß auch Suche ist, da G.[effcken] auch dort Buttermilch trank, wenn auch nicht die Milch frommer Denkungsart.

77. *An Großherzog Friedrich von Baden*

Segenhaus, 10. November 1888

Allerdurchlauchtigster Großherzog,  
Allergnädigster Fürst und Herr!

Gestern abend von Berlin zurückgekehrt, erkenne ich es als meine dringendste Pflicht, Eurer K. H. umfassenden Bericht über die Vorgänge und Maßnahmen zu erstatten, die sich um meine Person abgespielt haben und den Zusammenhang darzulegen, in welchem dieselben zur Zeit für mein Auge erscheinen.

Ich habe bisher absichtlich unterlassen, es zu tun, einmal, weil ich in der Tat wenig zu sagen hatte, was die Eurer K. H. unstreitig durch Bericht der großherzoglichen Justiz- und Verwaltungsbehörden bekannt gewordene Tatsache der am 14. vorigen Monats stattgefundenen Haussuchung hätte aufklären können. Dann aber auch, weil ich unter allen Umständen vermeiden wollte Eure K. H. mit einer eigenen Angelegenheit zu befassen, deren Tragweite, Ursache und Zusammenhang mir vollkommen dunkel war und von welcher ich von künftiger Entwicklung selbst alle Aufklärung zu empfangen hatte.

Zudem war ich vollkommen gegen jede, auch entfernteste Vermutung, daß ich irgendeine Mitwissenschaft der geschehenen Veröffentlichung der Tagebuchauszüge habe, schon durch den Umstand gesichert, daß ich selbst mit Eurer K. H. und der Frau Großherzogin mich in Konjekturen über den möglichen Einsender ergangen<sup>1</sup> und dabei auch bestimmt geäußert hatte, mich nicht zu erinnern, von jemand zu wissen, der fragliches Tagebuch gesehen.

Das Beste war, ruhig abzuwarten, bis es klar würde, welche Kombinationen dahin geleitet haben, mich mit der ganzen Angelegenheit überhaupt in Verbindung bringen zu wollen.

<sup>1</sup> Bei dem gemeinsamen Aufenthalt auf der Mainau; vgl. den Brief an Stosch vom 26. Sept. (Nr. 75).

Dazu hat mein Aufenthalt in Berlin, die Richtung der Vernehmung, vor allem aber ein Gespräch mit Herrn von Marschall<sup>1</sup> einiges Material beigebracht, welches letztere mich eigentlich zuerst auf die Spur brachte, als welcher großer Verbrecher seit lange her ich mich eigentlich hätte fühlen sollen und künftig wohl tate zu betrachten.

Es war mir dies um so wertvoller, als ich keinerlei Ahnung dieser inhärenten Bösartigkeit hatte, und Herr von Marschall dem Herde des Argwohns nahe genug gestellt ist, um zugleich in den Geheimnissen der Untersuchungsakten wohl bewandert zu sein. Ich bat ihn selbstverständlich, Eurer K. H. genau über den Inhalt unseres Gespräches zu referieren, muß mir aber doch zu bemerken erlauben, daß danach das „audiatur et altera pars“ auch ein Recht hat, zu Wort zugelassen zu werden.

Wie es bei solchen Vorkommnissen der Fall zu sein pflegt, gibt es immer einige Punkte, wo die Kristalle des Argwohns ansetzen können, und ein gewisses Spiel des verhängnisvollen Zufalls hilft dabei mit.

So auch hier. – Daß die Saat des Mißtrauens so üppig empor schoß, kam daher, daß sie auf einen äußerst günstig vorbereiteten Boden fiel. Letzteres namentlich dadurch, daß Geh. Rat Geffcken diesen Sommer hier in Segenhaus auf Besuch war und daß er den törichten und für mich sehr unangenehmen Unfug sich erlaubte, in den Auszügen meinen Namen so oft wiederkehren zu lassen. Ich nehme an, daß er, da er selbst in kleinlicher Eitelkeit seinen Namen gern gedruckt sieht, von der Annahme ausging, mir eine angenehme Überraschung zu machen, während ich schon beim Vorlesen an Ihre K. H. nicht allein dadurch auf das peinlichste berührt wurde, sondern sogleich die Empfindung hatte, daß daraus für mich Unannehmlichkeiten entstehen müßten.

Ein richtiger Menschenbeurteiler, noch mehr aber jeder, der mich und meine Neigungen kennt, hätte aus der bloßen Tatsache, daß mein Name so oft in den Auszügen vorkommt, den Schluß machen müssen: „H. v. R. weiß nichts von der Veröffentlichung; sonst wäre das nicht geschehen.“ In Berlin schließt man umgekehrt: „Weil er sich so oft findet, muß er darum gewußt haben.“ Mir persönlich ist das politische Zeugnis und die Anerkennung Kaiser

<sup>1</sup> Der damalige badische Bundesratsbevollmächtigte.

Friedrichs, insbesondere als Kronprinz, gar nicht erwünscht. Ich habe dieselbe nie ambitioniert. Dieselbe ist mir in vielen Punkten unerklärlich, da ich in den meisten Fragen, insbesondere der Reichsbildung, mit demselben in schärfster Differenz war. In Berlin sagt man ganz einfach: Wir wissen zwar, daß H. v. R. in der Zeit sich stets für konföderative Gestaltung der Reichsentwicklung aussprach, allein, Kaiser Friedrich hätte ihn nicht so sehr gelobt, wenn er ihm, dem eifrigen Zentralisten, sich nicht anders geäußert hätte, also doppelzünftig gewesen. An die Tatsache meiner scharfen Kontroversen mit dem Kronprinzen über alle diese Punkte glauben sie nicht, und doch waren sie Sr. Kais. Hoheit so sehr in Erinnerung, daß der hohe Herr noch nach Jahren – ich erinnere mich eines speziellen Falles aus dem Jahre 1884 auf Schloß Mainau<sup>1</sup> – in einem gewissen Unmute ausrufen konnte: „Sie waren ja immer gegen meine Auffassung von Reich und Kaisertum.“

Diese Anschauung von meiner Beteiligung an der Veröffentlichung wurzelte in den Tagen unmittelbar nach Erscheinen der Rundschauummer und vor der Entdeckung des Einsenders so fest, daß, als ich von Schloß Mainau am 27. September in Frankfurt a. M. ankam, Oberbürgermeister Miquel mich noch denselben Abend auf dieses Berliner mot d'ordre aufmerksam machte, und andere an der Versammlung des sozialpolitischen Kongresses beteiligte Mitglieder, die dorthin kamen, die Tatsache desselben bestätigten.

Am andern Tag drang Miquel von neuem in mich, einen dementierenden Brief an die Nordd. Allgemeine Zeitung zu senden. Ich erwiderte ihm, ich weiß von der ganzen Sache nichts und werde nach der Maxime handeln „qui s'excuse, s'accuse“. Den andern Tag gab ich seinem Drängen nach und verfaßte einen solchen Artikel, mit dem er sich einverstanden erklärt hatte. Ehe er aber nach Schluß der Sitzung zur Absendung gekommen, hatte die Nachricht, Geh. Rat Geffcken habe sich als Einsender genannt, denselben unnötig gemacht. Ich nahm an, damit habe der falsche Lärm ein Ende. Keineswegs. Der Immediatbericht erschien und bald darauf der Eurer K. H. wohl bekannte Artikel der Nordd.

<sup>1</sup> Gemeint ist wohl die Mainauer Zusammenkunft vom August 1885. Vgl. Nr. 37.

Allg. Zeitg. gegen die mysteriösen Ratgeber, die sich an den Kronprinzen herandrängten und „zu unehrlicher Gewalttat“ trieben. Ich war dadurch über die Lage vollkommen klar und verkannte keineswegs deren vollen Ernst.

Freilich war so ziemlich alles falsch an dem Artikel. –

Zunächst bin ich mir bewußt, mich niemals an irgendein Glied des Hohenzollernschen Königshauses und seiner kaiserlichen Oberhäupter herangedrängt zu haben. Ich bin seit Anfang der 50er Jahre vielleicht 50–100mal in Berlin gewesen. Ich glaube, ich war kaum ein einziges Mal dort, ohne dringend wiederholt aufgefordert worden zu sein, und kam fast immer nur widerstrebend und mit Hintansetzung eigener Rücksicht und Bequemlichkeit.

Zweitens habe ich in Versailles den Kronprinzen verhältnismäßig wenig gesehen, nie ihn zu irgend etwas zu veranlassen versucht, einmal weil dies überhaupt gegen meinen Charakter angeht, dann, weil ich, offen gesagt, keinerlei politisches Unternehmen zu keiner Zeit in die Hände des Kronprinzen zu legen versucht oder auf dessen Unterstützung gestellt hätte.

Endlich habe ich nie ein Wort von unehrlicher Gewalttat und ähnlichen Absichten fallen hören und hätte nie etwas anderes getan, als solche Ideen zu bekämpfen.

Eure K. H. als anwesend in Versailles sind vollkommen in der Lage, in Ihrer eignen Erinnerung Zeugnis für die Bestätigung dessen zu finden, was ich hier in dieser Hinsicht niederlege.

Daß ich mich indessen in der Adresse nicht geirrt, an welche der fragliche Artikel gerichtet war, bestätigte mir ungefragt Herr von Marschall aus unzweifelhaft bester Quelle. –

Weiterer Verlauf konnte mich in der Tat kaum mehr wundern.

Nachdem an einem toten, wehrlosen Helden und Kaiser ein erbarmungsloses historisches Gericht vollzogen, lag es nahe, die Gefolgschaft auf dem Grabe zu opfern und wenn nicht mit physischer es doch mit moralischer Tötung zu versuchen. Ich habe mich in Berlin überzeugt, daß man damit in gewissen Kreisen schon erheblichen Erfolg gehabt.

Nachdem freilich, wie mir der Untersuchungsrichter sagte und auch der Rechtsanwalt Geh. Rat Geffckens bestätigen soll, letzterer ausgesagt haben soll, daß er ganz allein, ohne jemandes Wissenschaft seinerzeit die Auszüge gefertigt und nunmehr veröffentlicht

habe, war der direkte Weg nicht gangbar. Da inzwischen meine unmittelbar auf die Nachricht der Haussuchung gegebene Deposition damit übereinstimmte, so erübrigte nichts als, wie ich H. v. Marschall als Notiz verdanke, die Annahme, beides sei nicht wahr. –

Zur Unterstützung dieser Argumentation wird nun der Aufenthalt Herrn Geffckens in Segenhaus im Monat Juli angezogen und auch in der Presse eifrig verwertet.

Damit hat es nun folgende Bewandnis:

Während des Aufenthaltes der Frau Fürstin [Wied] in Königstein erschien daselbst H. Geffcken, der sukzessive alle Kaltwasseranstalten zur Heilung seiner Nervenleiden aufgesucht hatte. Der Ort mißfiel ihm sehr. Die Fürstin, selbst krank, konnte nichts für ihn tun. Er zog verzweifelt nach der Laubach bei Koblenz. Von dort schrieb er flehentlich, die Fürstin möge ihm erlauben, nach eigener Rückkehr hierher zu kommen, einen in der Nähe wohnenden Kräuterarzt zu gebrauchen, dessen Tee ihm früher allein geholfen. Die Fürstin sagte ihm selbstverständlich ohne mein Zutun zu. Dies der Ausgangspunkt der zu so gefährlicher Verschwörung geplanten Zusammenkunft.

Und doch wurde dieselbe eine Veranlassung, ein weiteres Glied in der Kette der Verdachtsgründe einzuschieben.

Eure K. H. werden sich vielleicht entsinnen, aus einem Gespräche auf dem Spaziergang auf Mainau, wie sehr ich, unter dem Eindrucke des Abreißen aller Tradition durch plötzliches Verschwinden von fast zwei Generationen im kaiserlichen Hause, von dem Gedanken beherrscht war, in dem noch jugendlichen Kaiser die weitesten politischen und historischen Gesichtspunkte und Horizonte zu entwickeln, die zur größten Herrscherleistung allein fähig machen. Das gleiche Thema besprach ich, als der Nervenzustand Geh. Rat Geffckens es zu erlauben anfang, auch mit demselben. Nicht ein Wort gegen den Reichskanzler und die Tagespolitik. Im Gegenteil beiderseitiges Einverständnis über das seltene Glück, daß Kaiser Wilhelm II. seine Regierung noch unter Beihilfe des Rates des Kanzlers beginnen konnte. – Ich äußerte den Gedanken, eigentlich müsse die staatswissenschaftliche Literatur sich speziell von dem Gesichtspunkte durchdringen, Sr. Majestät dem Kaiser nützlich zu sein und demselben die verschiedenen Seiten der wichtigen Fragen, welche sich während der Regierungs-



zeit Seiner Majestät notwendig zur Lösung stellen werden, gründlich wissenschaftlich beleuchtet, zugänglich zu machen.

Dies dachte und sagte ich, ohne den leisesten Wunsch, dadurch Einfluß auf die schließliche Entscheidung üben zu wollen. Am wenigsten lag ein parteipolitischer Gedanke dabei vor. Ich sprach mit einem Manne notorisch extremster konservativer und kirchlicher Gesinnung und hatte ganz allein die Anregung der Diskussion der unabweisbaren Zukunftsfragen im Auge, gleichgültig, von welcher Seite dieselbe ausgehen würde.

Geh. Rat Geffcken griff den Gedanken auf, und bei dessen bald erfolglicher Abreise stellte er in Aussicht, während seines Aufenthaltes an der See einen Versuch in der angegebenen Richtung machen zu wollen.

Nach einigen Wochen erhielt ich eine Notiz, ich würde nächstens ein Konzept mit einer solchen Arbeit erhalten.

Ich antwortete flüchtig und erhielt, während ich in Heidelberg mit der Hinterlassenschaft meines Veters beschäftigt war, das voluminöse Manuskript.

Dieses Manuskript spielt, wie mir scheint, in dem Argwohn-drama, das in Szene geht, auch eine Rolle und wird mit der Tagebuchveröffentlichung in einen mir unverständlichen Zusammenhang gebracht. Das habe ich allerdings bei der Vernehmung nicht bemerken können, die sich rein auf tatsächliche Feststellung beschränkte; wohl aber bewiesen es die Mitteilungen, die ich Herrn von Marschall verdanke.

Der Verlauf war einfach folgender:

Ich las gelegentlich, wie es die Zeit erlaubte, einzelne Abschnitte, deren Überschrift mich anzog. Ehe ich damit zu Ende war, erhielt ich zu meiner völligen Überraschung ein Schreiben des Geh. Rats Geffcken, worin er sagt, es sei ihm in den Sinn gekommen, daß seine Arbeit vielleicht besser verwertet sei, wenn er von der Veröffentlichung im Buchhandel absehe und dieselbe Sr. Majestät als Huldigung darbrächte, wenn er dazu die Erlaubnis erhalten könnte. Er habe sich gedacht, daß vielleicht Eure K. H., wenn der Inhalt Billigung fände, ihm die Allerhöchste Erlaubnis zu erwirken, die Gnade haben würden.

Ich verwarf den Gedanken nicht sofort, sondern sagte mir: Dies ist eine so gänzliche Veränderung des ursprünglichen Ausgangspunktes, daß dazu eine besondere Prüfung des Konzeptes not-

wendig ist, und bemerkte nur, da ich gerade das Kapitel über die Stellung der evangelischen Kirche im Staate gelesen, daß die darin entwickelten Ansichten mit denen Eurer K. H. nicht übereinstimmen und daß daher Eure K. H. nicht mit der Sache befaßt werden könnten.

Ich las darauf das Manuskript ernstlich durch und erkannte sofort die völlige Unstatthaftigkeit und Unmöglichkeit des neuen Geffckenschen Gedankens.

Dies aus drei ganz bestimmten Gründen.

Einmal bewies schon die erste Seite die formelle Unzukömmlichkeit, da darin, wenn auch in der ehrfurchtsvollsten und von großen Hoffnungen getragenen Weise, von Sr. M. dem jetzt regierenden Kaiser in der dritten Person referierend gesprochen wird. Dies mußte der Verfasser ganz vergessen haben, als er zu seiner neuen Idee überging.

Zweitens blieben bei allgemeiner objektiver Redaktion und wissenschaftlicher Fassung dennoch viel zu viel kritische Spitzen, welche in die aktuellen politischen Fragen übergriffen, als daß an eine solche Unterbreitung nur hätte gedacht werden können.

Endlich konnte ich das Bedenken nicht überwinden, daß es überhaupt keinen Weg zur Erfüllung des von Geh. Rat Geffcken gefaßten Wunsches gab, dem nicht der Vorwurf einer Intrige hätte gemacht werden können, der vor allem vermieden werden mußte.

Ich beschloß also den nahen Zeitpunkt der Generalversammlung des Sozialpolitischen Vereins in Frankfurt, wohin Geh. Rat Geffcken beabsichtigt hatte zu kommen, abzuwarten, ihm daselbst die völlige Unzukömmlichkeit seines Gedankens darzutun und ihm anheimzugeben, das Manuskript nach gehöriger Durcharbeitung auf dem Wege des Buchhandels zu verwerten.

Zu dem Ende nahm ich dasselbe mit, als ich über Mainau nach Frankfurt reiste.

Ich glaube, der Tatsache, daß ich ein solches Manuskript bei mir habe, gegen Eure K. H. erwähnt zu haben.

Eure K. H. werden mir bezeugen, daß ich von dem Wunsche des Geh. Rat Geffcken auf Vermittlung der Einsendungserlaubnis nichts erwähnte, weil ich diesen Wunsch für unpassend hielt.

Dagegen habe ich gefragt, ob sich Eure K. H. überhaupt Geffckens erinnerten, weil mir nicht gegenwärtig war, daß derselbe jemals in Beziehungen zu Eurer K. H. gestanden wie z. B. zum Fürsten

Karl Anton von Hohenzollern, dem Fürsten Leopold oder dem Kaiser Friedrich. Ich tat die Frage wesentlich, um mir zu erklären, welche mir unbekannt gebliebenen Beziehungen denselben veranlaßt haben konnten, von Eurer K. H. diesen oben erwähnten Vermittlungsdienst haben ins Auge fassen und erwarten [zu] dürfen.

Als ich in Frankfurt am 27. Sept. abends von Mainau eintraf, sagte mir Herr Professor Dr. von Schönberg von Tübingen, der Geh. Rat Geffcken würde wegen Unwohlsein nicht zur Generalversammlung kommen. Ehe ich dann weiter hatte Beschluß fassen können, wie ich nun das fragliche Manuskript an seinen Verfasser zurückgelangen lassen konnte, kamen Schlag auf Schlag die Nachrichten der unseligen Tat, der Verhaftung p. p. und damit für mich die Verlegenheit, was mit dem in Händen habenden Manuskripte beginnen, über welches mir kein Verfügungsrecht zustand. Ich ergriff den Ausweg, sowie der Name des Rechtsbeistandes des verhafteten Geh. Rats Geffcken feststand und ich in Professor Jürgen Bona Meyer jemand fand, der mit ihm in Beziehung stand, das Manuskript durch letzteren an diesen rechtlichen Vertreter Geffckens gelangen zu lassen, damit er dasselbe seinem Klienten zur Verfügung halte.

Damit ist die Episode dieses Manuskriptes genau berichtet, und ich gehe zur Darstellung der Ergebnisse der Haussuchung in Ehnerfahnau und in Hamburg über.

In Ehnerfahnau wurden 16 Briefe Geffckens aus verschiedensten, z. T. früheren Jahren und einige Postkarten, ferner ein Geffckenscher Programmentwurf des nachmaligen Kaisers Friedrich aus dem Jahre 1885 gefunden – darunter selbstverständlich, wie der Untersuchungsrichter indessen ausdrücklich bestätigte, nichts auf die Tagebuchsache Bezügliches.

Bei Geh. Rat Geffcken in Hamburg, den ich in meiner Korrespondenz aus Mißtrauen in seine Diskretion sehr karg behandelte, so daß ich nur selten auf seine Briefe erwiderte, wurden von mir nur zwei Briefe gefunden und zwar die auf das fragliche Manuskript bezüglichen. So sagte mir der Untersuchungsrichter.

Ich würde glauben, daß sich an diese beiden Schriftstücke die Maßregel der Haussuchung angeknüpft habe, wenn nicht schon vor der Entlarvung des Geh. Rats Geffcken als Tagebucheinsender der Angriff in so systematischer Weise ins Werk gesetzt worden wäre.

Meine Vernehmung in Berlin war in betreff der Tagebuchauszüge nur kurz, da sich meine Aussage, wie's scheint, mit der ebenso bestimmten des Geh. Rats Geffcken vollkommen deckte.

Sehr weitläufig erstreckte sich dieselbe auf die Programmangelegenheit Kaiser Friedrichs, wiewohl dieselbe mit der Tagebuchangelegenheit nicht zusammenhängt und, ich fürchte, nur gebraucht werden wird, dem unglücklichsten aller Fürsten von neuem Schaden zuzufügen. Ob damit das Ansehen der kaiserlichen Würde und der monarchischen Ordnung unbeschädigt bleibt, enthalte ich mich zu erörtern.

Schließlich kam die Manuskriptsache, in der ich so ziemlich übereinstimmend mit diesem Berichte d. h. ganz genau dem sachlichen Verlauf gemäß deponierte. Ich habe selbstverständlich den Rechtsanwalt Dr. Wolfson ersucht, von seinem Klienten die Genehmigung der Abgabe des Manuskriptes an den Untersuchungsrichter zu erwirken, und wird dieselbe wohl inzwischen stattgefunden haben.

In betreff des weiteren Verlaufs der Angelegenheit sagte mir der Untersuchungsrichter, daß nach der Voruntersuchung vielleicht eine Hauptuntersuchung unterbleiben könne. Ich würde dann zweifelsohne zur Hauptverhandlung in Leipzig als Zeuge vorgeladen.

Ob er darin recht unterrichtet ist, möchte ich bezweifeln. Wenn ich die Preßbewegung der aus guter Quelle genährten Organe, ihre Ausstreuungen in betreff bei mir gefundener Briefe aller möglichen Persönlichkeiten u. dgl., alles, was mir in Berlin über die Erregung in höchsten Kreisen gesagt wurde, in Betracht ziehe, so glaube ich nicht, daß die Hetzjagd sobald zum Abschluß kommt. Auch die juristische Auffassung meines in Berlin zugezogenen rechtlichen Beirats, daß das vorhandene Material eine Anknüpfung an den Fall Geffcken nicht zulasse, scheint mir nur wenig Garantie zu bieten, denn „where is a will, there is a way“.

Der weitere Verlauf bleibt somit vorerst abzuwarten.

Daß es nicht zu den guten Erfahrungen des Lebens gehört, wenn ein langjähriger Bekannter, den man, wenn auch nicht für einen immer taktvollen, doch stets ehrenwerten Menschen gehalten hat, sich auf Wegen betreten läßt, welche eine tiefe moralische und rechtliche Verwirrung bekunden und die schließlich zu der un-

verantwortlichen Tat dieser Veröffentlichung geführt haben, habe ich nicht nötig zu versichern.

Rätselhaft bleibt, was den Kronprinzen, der gerade dieses Tagebuch besonders diskret behandelt zu haben scheint, veranlaßt haben kann, dasselbe gerade G. auf Wochen anzuvertrauen, wie nach Aussage des Untersuchungsrichters und übereinstimmenden Zeitungsberichten geschehen ist.

Ich [er]hielt mich vom ersten Augenblick meiner Hereinziehung in diese Sache für verpflichtet, Eurer K. H. einen umfassenden Bericht über alles abzustatten, was sich mir zu deren Verständnis darbot. Erst durch meinen Aufenthalt in Berlin, die Vernehmung und alles, was ich von Freunden und Gegnern hörte, habe ich mir selbst ein einigermaßen deutliches Bild des ganzen Zusammenhanges machen können. Ich habe dasselbe im Vorstehenden, sobald ich nur irgend konnte, zur gewissenhaften, erschöpfenden Darstellung gebracht.

Ich enthalte mich, auch nur eine einzige Betrachtung beizufügen, wozu die Erwägung, in welche Lage die Gesamtinteressen des Vaterlandes gebracht werden können, wohl Anlaß bieten könnte.

In tiefster Ehrfurcht  
Eurer K. H.  
untertänigst ergebener  
(gez.) Roggenbach

*78. Großherzog Friedrich von Baden an Roggenbach*

Schloß Baden, 24. November 1888

Mein verehrter Freund

Es bedarf wohl keiner Versicherung dafür, wie tief mich das Schreiben bewegte, welches Sie so freundlich waren, am 10. des Monats aus Segenhaus an mich zu richten! Von Herzen aber danke ich Ihnen dafür, daß Sie mir in so eingehender Weise dargelegt haben, in welche tief zu beklagende Lage Sie durch die verachtungswürdige Handlungsweise eines Mannes geraten sind, der Ihnen so viel Dank schuldig ist.

Schon zur Zeit, als wir gemeinsam die Publikation des vielgenannten Tagebuchs erfuhren, stimmten wir überein, daß diese Sache noch unberechenbare Folgen herbeiführen könne. Als ich

einige Tage später den Namen Geffcken erfuhr, mußte ich sofort baldige Komplikationen befürchten, da mir nur zu sehr bekannt ist, wie dieser Mann sich in alle möglichen Kreise einzudrängen pflegte und ebenso indiskret als unüberlegt, nur von Eitelkeit geleitet, handelte.

Ich überzeugte mich bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers auf Mainau, daß er sowohl wie die [ge]sammte Umgebung desselben von Geffcken so gut wie nichts wußten. Es ist das für die Lage bezeichnend, welche sich ergibt, wenn eine Generation in der Reihenfolge der Arbeit ausfällt.

Von diesem Standpunkt aus muß nun zum Teil auch der Prozeß Geffcken beurteilt werden.

Daß diese unglückliche Angelegenheit Ihnen eine so herbe Erfahrung gebracht hat, betrifft mich in schmerzlichster Weise.

Meine Erkundigungen durch das Justizministerium ergeben zu meiner Beruhigung, daß der Amtsrichter in Schopfheim streng nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gehandelt hat und nach seinem amtlichen Bericht sich keiner Übereilung schuldig machte. Ja die Gesinnung, welche er bei diesem Anlaß kundgab, ist eine ehrenwerte und sein Verfahren dem Reichsgerichtsanwalt gegenüber selbständig und unabhängig.

Immerhin bleibt die traurige Tatsache bestehen, daß Sie in diese trübe Angelegenheit hereingezogen wurden und unter deren Einflüssen und Folgen zu leiden haben.

Alle Ihre freundlichen Mitteilungen zeigen mir, wie nur das Bestreben, einem Kranken zu helfen, Sie in eine so komplizierte Lage brachte. Das gibt mir aber auch die Hoffnung, daß mit der Zeit, d. h. durch eine aufklärende Behandlung der Angelegenheit die Irrtümer beseitigt werden können.

In dieser Absicht schrieb ich noch im vorigen Monat an den Kaiser mit der Bitte, mich über die Ursache der gegen Sie gerichteten harten Maßregel unterrichten zu wollen. Ich erhielt darauf eine vom 15. des Monats aus Potsdam datierte Antwort, worin der Kaiser mir sagt, daß er nun infolge erhaltener Information durch das Reichsgericht die Ursache der Haussuchung und den Erfolg derselben erfahren habe. Die Ursache sei[en] die bei Geffcken gefundenen Briefe, deren Inhalt zeige, daß Sie in intemem Verkehr mit ihm gewesen und sich dabei über den Kaiser nachteilig geäußert haben. Der Erfolg ist das Auffinden der Briefe

von Geffcken bei Ihnen, die darauf hinweisen, daß ein verändertes Regierungssystem durch Diskreditierung des dermaligen Systems von Ihnen und Geffcken erstrebt werde.

Die Stimmung dieses Briefes war eine gereizte und zugleich eine trübe, insofern die Frage gestellt war, was habe ich verbrochen, damit ich in solcher Weise beurteilt werde. Der Brief ist sehr vertrauensvoll und enthält noch viele Dinge, die ich hier nicht berühren kann, da sie nicht hierher gehören.

Sie werden gerne ermessen, wie schmerzlich mich diese Antwort berührte, da sie den Bruch zeigt, der aus dem strafbaren Verfahren Geffckens entstanden ist. Wie gut hatten sich damals die Beziehungen gestaltet, als wir uns diesen Sommer in Berlin trennten. Der Kaiser war so vertrauensvoll und der Reichskanzler sprach mit Dankbarkeit von Ihnen. Nun ist alles das zerstört und so manches andere bedroht!

Dennoch gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß diese traurige Sache einen milderen Verlauf nehmen kann und so manche übertriebene Anschauung berichtigt werden wird.

Ich bin noch nicht einig mit mir selbst, wie ich dem Kaiser antworten werde, da ich eine Schwierigkeit empfinde, die erst dann ganz klar werden würde, wenn ich mündlich mit Ihnen darüber reden könnte. Es betrifft das die Frage des Entwurfs der Proklamation und des Programms für den Regierungsantritt des Kaisers Friedrich. Hoffentlich geben Sie mir Gelegenheit zu solcher Besprechung, nachdem Sie mir in so freundlicher Weise alle Ihre Sorgen mitgeteilt haben.

Viele Teile der traurigen Angelegenheit, welche uns heute beschäftigt und bewegt, sind für schriftliche Auseinandersetzung nicht geeignet, weil sie sogar zwischen Bekannten wie wir beiden zu kompliziert sind, um kurz behandelt zu werden. Bei mündlichem Verkehr verstehen wir uns mit halben Worten und können daher viel gründlicher zu Werke gehen. Zur Klarstellung der ganzen Lage und zur Beförderung einer Verständigung in maßgebenden Kreisen wäre daher ein mündlicher Verkehr recht wünschenswert.

In alter Freundschaft bleibe ich  
Ihr dankbar ergebener  
Friedrich Gr. v. Baden

## 79. Roggenbach an Stosch

Segenhaus, 10. Dezember 1888

Ich bin heute abend hierhin zurückgekehrt und von Ihrem Brief als freundlichem Willkommgruß empfangen worden.

. . . Von dem casus Geffcken habe ich nichts mehr gehört und glaube, daß auch die Unternehmer des Schauspiels in Verlegenheit sind, wie sie den Schlußakt nach Wunsch gestalten sollen, um auf ihre Kosten zu kommen. Einstweilen muß man freilich noch auf manche überraschende Zwischenspiele gefaßt sein<sup>1</sup>.

## 80. Stosch an Roggenbach

Haus Stosch, Östrich im Rheingau,  
25. Januar 1889

I.

Da Gefahr im Verzuge, benachrichtige ich Sie, daß Sie von Segenhaus mehr hören. Heute nur zur Erläuterung des Telegramms die Mitteilung, daß dasjenige, was Sie im Artikel<sup>2</sup> sagen, im vollsten Gegensatz zu dem steht, was Sie an G. [effcken] geschrieben. Der Artikel darf also unter keinen Umständen erscheinen.

2.

Nachdem ich Ihre beiden Briefe vom 24. 8. und 6. 9. 88 eingesehen, telegraphierte ich Ihnen, Sie möchten den Artikel zurückhalten. Er stimmt nicht zu Ihren Worten, denn Sie schreiben: 24. 8. „Die Frage, ob sie [die Denkschrift], vor daß der Kaiser davon Kenntnis genommen, veröffentlicht werden soll, glaube ich

<sup>1</sup> Sie ließen nicht lange auf sich warten. Als die von Roggenbach vorausgesehene „Verlegenheit“ durch die vom Reichsgericht beschlossene Nichtverurteilung Geffckens eintrat, ließ Bismarck die vom Oberreichsanwalt Tesse-now verfaßte Anklageschrift gegen Geffcken im Reichsanzeiger (19. Jan. 1889) veröffentlichen und gleichzeitig den beschlagnahmten Geffcken-Roggenbachschen Briefwechsel den Mitgliedern des Bundesrats zur Kenntnis geben, wobei nicht vermieden wurde, daß offiziöse Zeitungen wie die Kölnische Auszüge aus diesen ganz privaten Briefen mit gehässigem Kommentar bringen durften. Wie Roggenbach auf diese „Bosheiten“ zu antworten suchte, zeigen die folgenden Briefe.

<sup>2</sup> In einer für die „Keuzzeitung“ bestimmten Einsendung.



a priori verneinen zu sollen. Ob nach Durchlesung diese Auffassung sich ändert, muß ich späterer Prüfung anheimstellen. Das Wünschenswerteste wäre es, wenn Sie [Geffcken] selbst darüber, nachdem der Kaiser solche kennt, mit ihm darüber sprechen könnten.“

6. 9. heißt es: „Ich möchte vor allem mein Urteil durch die Betrachtung bestimmen lassen, wie wird die Lektüre auf den Herrn wirken<sup>1</sup>.“ „Worauf es ankommt, ist allein die Frage: wird es wirken und wie wird es wirken? Von diesem Gesichtspunkt aus habe ich dieselbe geprüft.“

„Auf pag. 2 (ausw. Politik) würde ein Zusatz nicht schaden, der der auswärtigen Politik Wilhelms II. ein positives Ziel gibt usw.“

„Ich würde dann raten, den Übergang zu einem neuen Thema für Bundesverhältnis und Reichstag auch äußerlich zu markieren. Mit den Ausführungen über Presse<sup>2</sup>, Selbstverwaltung<sup>3</sup> und die sozialen<sup>4</sup> Fragen kann man nur einverstanden sein. Es bleibt nur die Frage, ob die großen Mängel unseres Unterrichtswesens<sup>5</sup> usw. [berührt] und dem jungen Herrn nicht auch darin die Augen geöffnet werden sollten.“

[Kirchlicher Passus<sup>6</sup>.] Ich bin ganz mit ihm einverstanden und glaube, auch Kaiser Wilhelm würde es. Ich bezweifle aber sehr,

<sup>1</sup> Diese und die folgenden Hervorhebungen im Original rühren vermutlich von Stosch selbst her.

<sup>2</sup> „Die offiziöse Presse und ihre Schädlichkeit.“

<sup>3</sup> „Preußische Selbstverwaltung. Notwendigkeit einer Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen.“

<sup>4</sup> Das „Sozialistengesetz, seine Erfolglosigkeit, Rückkehr zum gemeinen Recht, positive Maßregeln der Sozialreform. Mängel der sozialen Gesetzgebung und Notwendigkeit ihrer Reform, Mängel der Alters- und Invalidenversicherung in der vorgeschlagenen Form.“ [Stichworte der im Reichsanzeiger am Schluß der Anklageschrift gegen Geffcken mitgeteilten Inhaltsübersicht der Geffckenschen Denkschrift, „Ausblicke auf die Regierung Kaiser Wilhelms II.“.]

<sup>5</sup> Dieser Anregung, die Roggenbach nach seinen Erfahrungen bei der Straßburger Universitätsgründung besonders nahe lag (vgl. seinen Brief vom 17. Nov. 1882 an Althoff in Sachsens Althoffbiographie, S. 41 ff.), ist Geffcken in seiner Denkschrift nicht gefolgt.

<sup>6</sup> Anlangend die Kirchenpolitik, so hebt die Denkschrift hervor, daß auch jetzt kein dauernder Friede zwischen Staat und Kirche gesichert sei, daß eine gesetzliche Abgrenzung der Rechte des Staats und Roms geboten sei, daß die Maigesetze durch Übergriffe in die inneren Angelegenheiten der Kirche über das Ziel hinausgeschossen hätten, daß Kanzler und Kultusminister im späteren

ob der Großherzog die Kritik des summus episcopus so leicht akzeptieren wird und den Kaiser darin nicht lieber umgekehrt bearbeitet sähe. Wollen wir die Brücke Großherzog, die ich sonst für ganz gut halte, benutzen, so muß es bedacht werden. Sonst möchte man lieber darauf verzichten und eventuell Waldersee oder sonst jemand heranziehen.“

„Ich bin auch nicht sicher, ob der Großherzog nicht an dem Sozialistengesetz quand même festhalten will und auch jede Attacke auf den Reichskanzler<sup>1</sup> ungern sehen würde.“

„Sehen Sie darin keine Bedenken, so bin ich bereit, dem Großherzog [die Denkschrift] vorerst zu persönlicher Kenntnisnahme zu geben und es davon abhängen zu lassen, was er darüber sagt, um dann zu entscheiden, ob man ihm zumuten kann, sie an den Kaiser zu befördern, was nur ginge, wenn er einverstanden wäre.“

„Schreiben Sie mir darüber, ob ich Ihnen das Msk. nochmals senden soll und wohin.“

Die Briefe von G.[effcken] sind alle neueren Datums, wie Sie annahmen: 4. 8. 80, 6. 3. 83, 26. 3. 83, 10. 11. 83, 6. 8. 85, 26. 8. 85, 22. 12. 86, 23. 2. 87, 26. 3. 87. Eine Antwort auf Ihre beiden Briefe fehlt also.

Wenn Sie nun dasjenige, was ich aus Ihren Briefen zitiert habe, vergleichen mit dem, was Sie zu Ihrer Rechtfertigung in die Zeitung senden wollten, so werden sie zugeben, daß man Sie mit

Nachgeben ganz unkonsequent und das Septennat unklug gewesen sei, und spricht sich ferner gegen den Summepiskopat sowie für volle Unabhängigkeit der evangelischen Kirche vom Staat aus als das einzig wirksame Gegengewicht gegen die Unabhängigkeit der katholischen Kirche (Reichsanzeiger vom 17. Januar).

<sup>1</sup> Bezüglich der Stellung des Reichskanzlers wird hervorgehoben, daß mit Ausnahme der militärischen Angelegenheiten alle Fäden der Reichsregierung in seiner Hand zusammenlaufen, daß noch nie ein Untertan eine so allgewaltige Amtsstellung im Staat innegehabt habe, daß nur eine so gewaltige Kraft wie die des Fürsten Bismarck den gestellten Aufgaben zu genügen vermocht habe und daß bei einem Wechsel der Persönlichkeit, wie er im Gang der Dinge unausbleiblich, die Wiederholung der Konzentrierung einer Machtfülle vermieden werden müsse, welche auf die Länge der Autorität der Krone eine schwächende Konkurrenz bereiten und dem föderativen Charakter des Reichs widersprechen würde. (Reichsanzeiger a. a. O.)

Ihren eigenen Worten schlagen kann. Sie unternehmen eine Attacke auf den Kanzler, wollen den Kaiser gewinnen und von der Eventualität des Todes des Kanzlers ist nirgends die Rede. Sie verstehen es wohl deshalb, warum ich Ihnen rücksichtslos telegraphiert habe. Ich hoffe zu Gott, daß Sie meinem Rat sofort Folge geleistet haben. Und wenn ich nun ganz ehrlich sein soll, Sie haben der Welt gegenüber sich ins Unrecht gesetzt und wie die Sache liegt, würde ich in Ihrer Stelle schweigen und ruhig in die Winterquartiere nach Segenhaus zurückkehren. Die einzige Attacke, welche Ihnen noch bleibt, wäre diejenige gegen die Veröffentlichung der Anklage usw. Aber wozu würde das dienen? Sie können vom Reichsgericht auch die Rückgabe der Briefe von G.[effcken] fordern. Bei allen diesen Schritten aber werden die gehorsamen Zeitungen immer wieder und wieder Ihnen vorrücken, daß Sie Hochverrat gegen den großen Kanzler, den Deutschen der Deutschen, geplant haben. Sie haben augenblicklich eine ungünstige Stellung dem Feinde gegenüber inne und solange dies der Fall, muß die Schlacht vermieden werden.

Telegraphieren Sie mir Ihre Heimkehr und kommen Sie vorbei. Die Zeit lindert jeden Schmerz und so hoffe ich, Sie sind wieder obenauf.

### 81. Roggenbach an Stosch

Schopfheim, 25. Januar 1889

Ihre treue Abmahnung kann Geschehenes nicht ändern. Allerdings hatte ich den ersten Artikel widerrufen, aber aus dem Grund, daß ich auf der Fahrt hierher mir gesagt hatte, das natürlichste wäre, von Bismarck die Aufnahme einer rechtfertigenden Erklärung gleichfalls im Reichsanzeiger und auch Vorlage an den Bundesrat zu verlangen. Er wird darüber lachen, das weiß ich wohl. Immerhin wird dann konstatiert, daß es nicht auf Gerechtigkeit, sondern auf Gewalt ankam, und ich kann dann getrost alle künftigen Verleumdungen eine Stufe tiefer hängen. Ich fürchte überhaupt nichts, da schlimmere Bosheiten als die der Anklageakte überhaupt nicht geübt werden können, und ich niemand zu schonen brauche.

Somit bleibt's beim Kriege.

Bin neugierig, ob der [fehlendes Wort] antwortet. Ich habe nun den Artikel an Hammerstein<sup>1</sup> entsprechend abgeändert und hineingeschrieben, daß ich von dem Kanzler die Aufnahme einer Erklärung gefordert, die ich dann unscheinbar in den Artikel aufnehme. Wird H. [ammerstein] diesen Brief aber aufnehmen? Ich glaube kaum. Qui vivra, verra. Ich bin sonst guter Dinge.

82. Fürstin Marie von Wied an Stosch

Segenhaus, 28. Januar 1889

Verehrtester, teuerster Herr v. Stosch!

Gern hätte ich Ihnen umgehend geschrieben, daß Ihr Brief gleich abgegangen ist, aber, wie ich vermute, erst heute früh seine Bestimmung erreichen wird. Gott lohne Ihnen solche Freundestreue!

Ich nehme an, daß Sie direkte Nachrichten haben und wissen, daß Ihre beiderseitigen Ansichten sich begegneten, wenn auch aus andern Erwägungen entspringend, und daß das „Erscheinen“ unterbleibt. Dagegen macht mir die „Verteidigungsschrift“, für welche die Veröffentlichung im Staatsanzeiger nachgesucht wurde, große Sorge, weil sie ohne Kenntnis des Inhalts der eigenen Briefe geschrieben ward.

Sie werden in den Zeitungen gefunden haben, daß H. v. R. [oggenbach] sich in der Schweiz niederlassen will. Ich meine nun, ob es für ihn nicht das richtigste sei, ganz aus dem deutschen Staatsverband auszuschneiden und sich in der Schweiz naturalisieren zu lassen. Es ist dies vielleicht ein törichter Gedanke meines kleinen Frauengehirns. Er entspringt aber weniger aus meinem Kopfe als aus meinem Gefühl, das nach einer würdigen Antwort sucht für einen der edelsten Menschen auf eine solche schmachvolle Behandlung. Mir schiene es so würdevoll, einem Lande, in welchem das Briefgeheimnis nicht mehr gilt und wo die Schreibtische erbrochen werden, einfach den Rücken zu drehen.

Haben Sie Nachsicht mit der Flüchtigkeit dieser Zeilen; ich konnte

<sup>1</sup> Wilh. Freih. v. Hammerstein (1838–1904), der damalige Leiter der Kreuzzeitung. Daß Roggenbach sich an ihn wandte, erklärt sich aus H.'s Bismarckfeindschaft.

die Minuten dazu nur abstehten. Sie ahnen nicht, wie das Bewußtsein Ihrer Freundschaft in dieser schweren ernsten Zeit mir Trost ist und mir das Gefühl der Ruhe gibt. Möge es mir vergönnt sein, Sie bald wiederzusehen.

Mit den wärmsten Grüßen an Ihre verehrte Frau  
Ihre von Herzen ergebene  
Marie Wied

83. Roggenbach an Stosch

Schopfheim, 29. Januar 1889

Ich danke Ihnen herzlichst für Ihre Treue, die sich am besten in der Aufrichtigkeit bewährt. Die Kenntnis des Inhaltes des verhängnisvollen Briefes ist mir natürlich sehr wertvoll, da derselbe mir in seinem Detail durchaus nebelhaft geworden war, rasch und ohne allen Gedanken an einen definitiven Abschluß der Frage geschrieben. Dies geht ja schon daraus hervor, daß ich verschiedene Vorschläge betreffs zu behandelnder Fragen machte, somit die ganze Arbeit als noch im Flusse befindlich ansah. Ich wiederhole: es handelte sich um eine für die Öffentlichkeit bestimmte „Broschüre“. Da machte G.[effcken] den Zwischenvorschlag der Behandlung als „Denkschrift“. Da es sich bei dem Ausgangsgedanken der ganzen Sache nun aber ausschließlich um Behandlung des weiten Gebietes handelte, das sich vor dem jungen Herrn eröffnete, mit Ausschluß aktueller Fragen, so lag es nicht ferne, auf den Gedanken einzugehen. Ich weiß nicht, ob Sie die „Denkschrift“ auch besitzen. Jedenfalls werden Sie daraus ersehen, daß in der Tat nur einzelne Stellen nicht vermeiden, politische Tagesfragen kritisch zu behandeln.

Diese Erkenntnis hat mich veranlaßt, das Msk. nicht zu bewerten. Der Verf. hatte auf diesen Brief vom 6. Sept. geantwortet, er könne an seinem Msk. ex post überhaupt nichts mehr ändern und ich möge mit demselben machen, was ich wolle. Da ließ ich es ruhig liegen. All das verlief ganz natürlich und an eine Konspiration gegen die Herrschaft des Kanzlers war auch nicht entfernt gedacht.

Ich stimme Ihnen aber ganz bei, daß die Welt, die nur nach dem Brief urteilen wird, ein anderes Verdikt fällen wird, weil sie einen

vorübergehenden Gedanken für einen definitiven Plan ansehen muß. Ich verkenne die Ungunst meiner Lage darin keineswegs. Unsere Freundin auf dem Berge schreibt, daß es Ihnen erwünscht wäre, zu wissen, was ich über Sie geschrieben. Ich habe außer diesen Briefen überhaupt nicht geschrieben, soweit meine Erinnerung geht, und gewiß nicht mehr als vielleicht, ich hoffe, Sie auf der Reise nach Seg.[enhaus] zu sehen. Das freilich ist schon schlimm genug, wie die Dinge liegen.

Der Zweck Ihres Telegramms hat sich, wie Ihnen mein Brief sagte, von selbst erledigt durch Nichtaufnahme der Kreuzzeitung. Ich unterlasse infolge Ihres Schreibens den beabsichtigten Schritt bei den verbündeten Regierungen um Aufnahme einer Erklärung meinerseits zu den Akten. Sie haben unzweifelhaft recht, zu sagen, daß Stillsitzen das beste sei, wenn auch nicht angenehm. Ich höre inzwischen, der fragliche Brief sei bereits veröffentlicht. Gefunden habe ich ihn noch nicht. Es ist jedenfalls die letzte Patrone, die der Feind zu verschießen hat.

#### 84. An Stosch

Schopfheim, 2. Februar 1889

Die Fürstin schreibt mir, wie Sie ihr sehr teilnehmend und ernst den ausgesprochenen Gedanken, aus Deutschland wegzugehen, verwiesen hätten. Ich schreibe Ihnen darauf umgehend, daß diese Idee von mir in keiner Weise gehegt wird. Ich kann gesagt haben, wenn es zu einem ernstern Kampfe kommt, muß derselbe von auswärts geführt werden, aber ich halte mich in dieser Sache an das Versprechen, das mein emigrierter Großvater<sup>1</sup> seinen Kindern abnahm, niemals mehr zu emigrieren. Außerdem belehrt mich das von der Kölnischen Zeitung eifrig zirkulierte Gerücht, ich hätte eine Villa bei Zürich gekauft, über die Falschheit eines solchen Schrittes, an den ich nie gedacht habe. Ich befinde mich hier zur Zeit, wo es nicht zu kalt ist, ganz leidlich und habe sogar heute einen Architekten bei mir, um einen kleinen Anbau fertigzustellen.

<sup>1</sup> Adam Franz v. Roggenbach, Neffe des letzten Baseler Fürstbischofs Franz Josef Sigismund v. R., war 1794 mit diesem aus seiner Residenz Pruntrut nach Konstanz „emigriert“, um sich dann in Schopfheim niederzulassen.

Ich besorge, Sie stehen sehr unter dem Eindruck meines konfiszierten Briefes an Geffcken, so daß ich nochmals die Situation klarstellen will, in der er geschrieben ist. Ich beabsichtige dadurch keineswegs die Blößen zu verneinen, die er mir gegenüber B. [ismarck] gibt.

Das Gespräch, welches zur Ausarbeitung der „Ausblicke“ führte, dauerte vielleicht 5 Minuten und hatte – ausgehend von der Tatsache, daß der junge Herr absolut das Gebiet nicht ahnt, welches seine künftige Herrscheraufgabe wesentlich beanspruchen wird – den Gedanken zur Grundlage, es müßte einmal eine diesen Gedanken zur Diskussion bringende Broschüre geschrieben werden. Wesentlich, um das Interesse und die Tätigkeit der politischen Literatur diesen Fragen zuzuwenden und durch den Kampf der Meinungen auch den Horizont des zunächst Betroffenen zu erweitern. An einen Angriff auf den Kanzler war dabei nicht im entferntesten gedacht, im Gegenteil derselbe als eine Tatsache bis an sein Lebensende und noch dazu bei dem Thronwechsel als eine nützliche angenommen. Unser Gespräch behandelte nur Zukunftsfragen und hatte ausdrücklich alle aktuellen Kontroversen und jede Bezugnahme auf den Kanzler ausgeschlossen.

Als mir der Verfasser sein Msk. sandte, zugleich mit dem Vorschlag, es als „Denkschrift“ durch den Großherzog an den Kaiser gelangen zu lassen, behandelte ich dasselbe als etwas ganz Unfertiges, wie ja daraus hervorgeht, daß ich verschiedene Themata vorschlug, die meiner Meinung nach behandelt werden konnten. In dieser Auffassung der Arbeit als erstes Konzept ging ich freilich ganz unklugerweise auch auf die Ausführungsmöglichkeiten des G. [effcken]schen Gedankens ein. Als er mir schrieb, er könne an der Sache nach seiner Natur und Arbeitsart nicht mehr viel ändern, habe ich nicht einen Augenblick geschwankt, dieselbe als unbrauchbar für den Geffckenschen Vorschlag anzusehen, und sie einfach in den Koffer gelegt.

Das ist der genaue Verlauf. Ich war ja tagelang mit dem Groß[herzog] auf der Mainau, mit dem Msk. im Koffer, und sagte ihm kein Wort. Das ist doch Beweis genug. Ich bleibe hier, bis keine Bombe mehr platzt. Ostafrika und Samoa sind auch kleine Bomben.

85. Fürstin Wied an Stosch

Segenhaus, 3. Februar 1889

Verzeihen Sie, daß ich noch einmal so unbescheiden bin, zu kommen. Es soll aber nur für Minuten sein. Es drängt mich zu sehr, Ihnen aus tiefstem Herzen zu danken für Ihren eingehenden Brief. Ich lasse mich nur zu gern überzeugen, daß mein aus schweren Sorgen entsprungener Gedanke ein ganz verkehrter war. Nur mit einem kann ich nicht übereinstimmen: ich glaube nicht, daß dieser Charakter, in welcher Lage er sich auch befände, jemals verbittern könnte. Er ist dazu eine zu groß angelegte und zu gut equilibrierte Natur.

Inzwischen bin ich dahin gekommen, zu glauben, daß ich etwas recht Dummes getan habe, als ich allen Egoismus überwand und selbst zum Fortgehen antrieb. Ich habe es schon vielfach erfahren müssen, daß auf Selbstlosigkeit an sich gar kein Segen ruht. Dieselbe muß vor allem auch mit richtigem Verständnis gepaart sein. In diesem Falle bedaure ich einmal wieder lebhaft, nicht egoistischer gewesen zu sein.

Doch alle eigenen Interessen treten jetzt vollständig in den Hintergrund vor dem grauenvollen Ereignis in Wien<sup>1</sup>. Jeder Nerv erbebt noch – und fremdes Leid wird hier völlig zum eigenen Leid. Es ist zu furchtbar! Und unwillkürlich fragt man sich: was wird nun noch weiter kommen? Am Ende der Prüfungszeit stehen wir sicherlich nicht.

86. Roggenbach an Stosch

Freiburg i. B., 15. Februar 1889

Zwei liebe Briefe, die vom 9. und 12., suchten mich hier auf und brachten mir warmes Zeugnis Ihrer treuen Freundschaft. Ich danke herzlichst für den reichen Inhalt. Der ernste Ton, den der Winter anschlag, vertrieb mich vom Lande und läßt mich nächster Tage die für solche unverdiente späte Unbill wohlverwahrten Räume im Segenhaus aufsuchen . . .

<sup>1</sup> Der plötzliche Tod des Kronprinzen Rudolf am 30. Januar.



In der großen Angelegenheit, die wie ein abziehendes Gewitter nur noch mit einzelem Wetterleuchten nachzittert, läßt sich allmählich ein Fazit ziehen. Ich glaube kaum, daß dasselbe zugunsten des Regisseurs des Stückes ausgefallen ist. Im Gegenteil habe ich alle Tage Gelegenheit, mich zu verwundern, bis in welche durch und durch gefärbte Kreise die Mißbilligung des ganzen Verfahrens gedungen ist und wie einstimmig In- und Ausland in der Beurteilung sind. Die letzten Vorgänge im Reichstag<sup>1</sup> und Abg.-Hause geben einer an sich schon schwachen Sache vollends den Gnadenstoß. Damit ist freilich nicht gesagt, daß nicht der Zweck, der zunächst ins Auge gefaßt war, doch von dem Kanzler erreicht worden ist, nämlich der, den jungen Herrn für bestimmte Entscheidungen vorzubereiten und denselben in mancher Hinsicht noch mehr zu isolieren, als er schon beim Antritt seiner Regierung war. Dahin weisen alle die von unruhiger Nervosität zeugenden Artikel, welche schließlich alle auf denselben Punkt zielen: „die Sicherung der Zukunft“.

Wie mächtig der kategorische Imperativ ist, der an den jungen Herrn herantritt, zeigt die Ordre, welche die Stellvertretung des Kanzlers in Marineangelegenheiten anordnet. Das war nur möglich nach dem Rezept: Der Bien muß. Sich solchen Zumutungen zu entziehen, [dazu] gehört Erfahrung und savoir faire. Beides z. Z. Unmöglichkeiten. Der Rest ist Schweigen.

Den Artikel der *Revue des deux mondes*<sup>2</sup> habe ich gelesen, die *Contemporary Review* habe ich bestellt, aber noch nicht bekommen. Was ich an Auszügen sah, schien mir das Ziel zu überschießen; vielleicht macht sich das Ganze besser. Wo aber kommt es her? Der unglückliche G.[effcken] hat auch schon in dieselbe geschrieben. Nur ist er schwerlich jetzt zum Schreiben fähig und dann soll der Artikel Dinge enthalten, die er nicht wissen kann. Man sagt, der Prinz von Wales habe an Grant Duff einzelnes erzählt. Leider können wir bei dem augenblicklichen Stande unserer auswärtigen Beziehungen die Schwächung des sog. Prestiges nicht leicht nehmen. Und diese ist in hohem Maße eingetreten. Nicht,

<sup>1</sup> Vgl. die Reichstagsverhandl. v. 5. Febr. zum Etat des Reichskanzlers mit den Reden der Abg. Munckel (d.freis.), Windthorst und Richter.

<sup>2</sup> Von Victor Cherbuliez, abgedruckt in seiner Sammlung „*Profils étrangers*“, Paris 1889, unter dem Titel: „M. Geffcken et le Journal de l'empereur Frédéric“.

daß ich Samoa<sup>1</sup> und Ostafrika<sup>2</sup> überschätzen will. Aber das Gerede vom „Friedensbund“ wird nachgerade etwas lächerlich, wenn man auf die gläsernen Füße blickt, die die Administration Crispi tragen, auf den Stand der Dinge in Rumänien bis nach Österreich hinein und last not least unser Verhältnis zu England. Dort hat die Moriergeschichte<sup>3</sup> so ziemlich die Wirkung gemacht wie im Jahre 1804 die Erschießung des Herzogs von Enghien. Darüber ging der Friede von Amiens in die Brüche. So sind wir angewiesen, mit unseren Kräften zu rechnen und unsere Vernunft zu gebrauchen. Für ungewöhnlichen Aufwand von Narrheit und Verfolgungssport ist die Zeit schlecht gewählt. Nur ist zu befürchten, daß die Desorganisation, die das ganze Staatswesen ergriffen hat, sich schließlich auch in Leitung der Armeesachen fühlbar machen wird. Wie könnte das anders sein, wo ein Kriegsminister<sup>4</sup> nicht mehr mittun will und der Chef des Generalstabs<sup>5</sup> zu den Höchstverdächtigen gehört.

Friedberg kann froh sein, daß er nicht Schelling<sup>6</sup> ist, und Schelling wäre froh, wenn er nicht Friedberg wäre. Der Abfall der Juristenwelt bedeutet etwas im Staate, und der ist vollkommen.

Was nun meinen Schritt bei Bismarck angeht, so bin ich mit dem Resultate wohl zufrieden. Derselbe antwortete in einem fast ironisch höflichen Schreiben, „er könne amtlich eine Erklärung, die eine Kritik der Anklageschrift enthalte, nicht vertreten und gebe anheim, sie durch Benutzung anderer Preßorgane zu veröffentlichen“. Gerade das wollte ich konstatieren, daß wohl der Angriff zugelassen, die Abwehr aber ausgeschlossen sei. Insofern ist das Schreiben, das ich Ihnen gelegentlich zeige, von einigem Wert. Den guten Rat zu befolgen, habe ich nach dem Verlauf, den die Sache im Reichstage nahm, keinen Grund und ich hielt auch meine fertige Ausfertigung an die deutschen Regierungen

<sup>1</sup> und <sup>2</sup> Einberufung einer Samoakonferenz nach Berlin zur Verständigung über Streitigkeiten mit England und den Vereinigten Staaten und Wissmannexpedition gegen ostafrikanischen Aufstand.

<sup>3</sup> Vgl. Europ. Geschichtskalender 1889 S. 2-4 und die Darstellung bei Wahl, a. a. O. S. 484/85, der den Zwischenfall gleichfalls als Mißgriff der Bismarckschen Politik beurteilt.

<sup>4</sup> Bronsart v. Schellendorf, der im April durch Verdy du Vernois ersetzt wurde.

<sup>5</sup> Waldersee.

<sup>6</sup> Der Nachfolger Friedbergs als Justizminister.

zurück. Ich glaube darin richtig verfahren zu sein und auch Ihrer Einstimmung sicher zu sein.

Wie der Kaiser zu der ganzen Sache steht, darüber fehlt mir jeder Anhalt. Daß Sie ihm gegenüber freundlich meiner gedacht, buche ich mit doppelter Kreide in der langen Liste meiner dankbaren Verpflichtungen gegen Sie. Freilich liegt mir jede Versuchung fern, in der jungen Regierungsküche mittun zu wollen. Das habe ich gleich beim Beginn der neuen Ära ganz kategorisch ausgesprochen<sup>1</sup>. Ich fürchte allerdings, wenn so weiter in der Wirtschaft verfahren wird, dürfte es auch manchen Fasttag an Erfolgen geben.

Boulanger wird, glaube ich, schließlich doch noch an die Spitze kommen, damit aber im Ausstellungsjahr doch noch nicht gleich Krieg machen. Aber nach dem Schlusse könnten sich die Dinge wohl so zugespitzt haben, daß es mit dem schönen Frieden ein Ende nimmt. Glücklich ist, wer es nicht zu sehen braucht.

#### 87. An Stosch

Segenhaus, 5. März 1889

Schon lange strebe ich danach, Ihnen aus dieser kalten schneebedeckten Welt einen warmen Gruß hinabzusenden. Allein da ich ihn gern mit einer Notiz begleitet hätte, die für Sie von Interesse sein konnte, verschob ich meinen Brief von Tag zu Tag und muß ihn auch heute noch ohne reichen Inhalt abgehen lassen. Ich bin darauf beschränkt, Betrachtungen über die Nachrichten anzustellen, welche die Zeitungen bringen . . .

Am interessantesten war mir der Artikel im Hannoverschen Kurier „Kaiser und Kanzler“, den Sie gewiß gleichfalls in allem studiert haben, was auf und was zwischen den Zeilen steht. Zwei Punkte fielen mir besonders auf und erhellten für mich das Zeitbild sofort mit einer manchen rätselhaften Worte erklärenden Deutlichkeit. Es waren dies einmal der Umstand, daß der Artikel sagt, schon bei der Beerdigung des Kaisers Wilhelm hätten die Fürsten dem Kanzler sich zur Seite gestellt gegen die dem Reich durch die Regierung des Nachfolgers drohenden Gefahren und daß damit

<sup>1</sup> Bestätigt von Wilhelm II. in seinen Jugenderinnerungen „Aus meinem Leben“, Seite 17.

der bekannte Toast des Prinzen Wilhelm zusammenhing. Dann der Umstand, daß der Kanzler die Broschüre des Herzogs von Koburg „Auch ein Programm der 99 Tage“ für in den Tatsachen begründet ansieht in dem Maße, daß er dieselbe mit ihrer Anschuldigung intendierten „Reichsverrats“ als Quelle zitieren kann. – Ich bin naiv genug anzunehmen, daß derselbe in der Tat glaubt, was der Artikel ausführt, und daß er denselben Glauben auch den deutschen Fürsten schon damals beibrachte. Es wird mir dadurch auch manches mysteriöse Wort des Großherzogs [von Baden] erklärlich über die schrecklichen Gefahren, die das Reich bedroht hätten, und die Pläne, die verfolgt worden wären, wenn die Regierung der 99 Tage gedauert hätte. Ich hatte dieselben damals nicht verstanden und auf Fragen auch keinerlei präzise Auskunft erhalten können.

Nun steckt mir der Artikel eine große Laterne auf. Es wurde in der Tat an das Verleumdungsgebäude, den intendierten „Reichsverrat“, geglaubt. Daher auch der fürchterliche Lärm einer sogenannten „Kanzlerkrisis“ im April und die krankhafte Behandlung aller späteren Vorgänge.

Ich fürchte, der Herzog von Koburg spielte in der ganzen Zeit eine wenig rühmliche Rolle als Angeber, sei es, daß er selbst an die Wahrheit dessen glaubte, was er sagte, oder daß er dazu von dem Seinigen aus seinem liebevollen Herzen für die Verwandten zutat, die seiner Geldbedürftigkeit nicht ausreichend entgegenkamen. Nur so ist es auch erklärlich, warum die Verleumdung einen bestimmten Kreis von Personen ergriff, die speziell mit dem Herzog verfeindet sind, z. B. Prinz von Wales und Morier, der für die Königin von England wiederholt mit dem Herzoge verhandeln mußte, nicht gerade zu dessen Behagen. Ich bezweifle nun gar nicht, daß die Kaiserin Friedrich gegen „Onkel Ernst“ in ihrer leidenschaftlichen, unbedachten Weise ihrer Zunge freien Lauf ließ und das unglaublichste Zeug dabei zum besten gab. Ein weniger übelwollender Verwandter hätte das als Weibergerede einfach zu einem Ohr hinein, zum anderen hinausgehen lassen. Ich befürchte, hier war es umgekehrt, und das Streben, durch den Kanzler zu erreichen, was die Agnaten versagt hatten, die Aufnahme von großen Summen auf die Familienbesitzungen, führte zu Darstellungen, die tief in die mißtrauische Seele des Kanzlers einsanken. Auch der junge unerfahrene Kaiser, der von Jugend

auf gewohnt war, daß sich Angeber mit übler Nachrede gegen seine Eltern an ihn herandrängten, wußte nicht Wahres und Falsches zu unterscheiden und gebot dem Treiben nicht rechtzeitig Einhalt. Wie der Artikel sagte „er hatte sich ganz und voll in den Dienst der Politik des Kanzlers gestellt“. Leider war diese Politik in diesem Falle durch Argwohn und Mißtrauen bestimmt.

Daß ich mit meiner Erklärung des inneren Zusammenhanges der Vorgänge der letzten 9 Monate nicht irregehe, wird mir dadurch noch wahrscheinlicher, daß ich mich erinnere, wie seit Jahren mit jeder Anwesenheit des Herzogs in Berlin irgendein vulkanischer Ausbruch einer Verleumdungsmine gegen das kronprinzliche Palais erfolgte. Ich sehe unter diesen Umständen nicht ohne Sorge der diesmaligen Anwesenheit des Herzogs in Berlin entgegen und bin ganz gefaßt, daß irgendeine neue Explosion wahrscheinlich gegen Kaiser Friedrich erfolgt.

Daß die Battenberger Episode nun definitiv abgeschlossen ist<sup>1</sup>, hilft nicht mehr viel. Trop tard. Darin war die Torheit zu groß und alle Schuld rächt sich auf Erden.

Da ich zu denen gehöre, welche nicht viel Vertrauen auf unsere Verbündeten im „Friedensbunde“ für den Kriegsfall haben, und annehme, daß wir so ziemlich allein die Karre für uns und andere ziehen müssen, so bin ich mit der Artillerieforderung sehr einverstanden. Nur hätte dieselbe mir noch umfassender sein können. Dagegen sehe ich jede Verwendung unserer Schiffe in Tropengebenden auf die Dauer mit Sorge. Wenn wir so weitermachen, so bleibt wenig mehr übrig für die Zwecke, wofür dieselben zunächst bestimmt sind. Glücklicherweise ist heute der Friede nicht mehr bedroht als zu irgendeiner Zeit seit 1871, nur daß die Generationen, welche die Not des Krieges erfahren, allmählich in die Minderheit kommen.

### 88. An Stosch

Segenhaus, 11. Mai 1889

Ich rechne es Ihnen hoch an, daß Sie in einer Zeit, in welcher ein armer Erdenpilger, der 7 Monate Winter auf dem Nacken trägt,

<sup>1</sup> Durch die Vermählung des Prinzen, der fortan den Namen eines Grafen Hartenau führte, mit einer österreichischen Sängerin.

sich seines Lebens im wonniglichen Monat Mai erfreuen darf wie selten zuvor, auch noch Ihrer Nebenmenschen gedenken. Freilich habe ich selbst auch Ihrer in den wundervollen Tagen treu gedacht und mich an der Freude erlabt, die Sie an dem Zauber der urplötzlich in allem Reize sich entfaltenden Frühjahrspracht haben würden. Seit dem gestrigen Regen stehen wir freilich jetzt einer schon reiferen Schönheit gegenüber und werden an die flüchtige Vergänglichkeit auch des schönsten Genusses und aller irdischen Dinge erinnert. Mit Ausnahme der Winterfrucht, die durch den anfangs schneelosen, dann zu schneereichen Winter dünne steht, verspricht das Jahr auch sonst ein gesegnetes zu werden und mindert die Sorge des Landwirts. Allerdings gibt es für seine Leiden noch keine Invalidenversicherung und die Mittel, die den Weinbauer über Wasser halten, sind bei seinem Geschäfte unwirksam.

... Die Dinge der Welt verfolge ich genau und eifrig. Meine Weisheit ist nahe beisammen. Sie sagt mir, trotz der vielen Torheiten, die wir begehen, würde deren Zahl und Tragweite noch erheblich größer sein, führte nicht der Kanzler diese unpolitische Nation und den jungen Herrn vorerst noch am Gängelbände. Naiv ist es, wenn der Selbstdünkel so gesteigert ist, daß der Geführte nichts von der Gefügigkeit merkt, mit der er fremder Leitung folgt.

... Was die rumänischen Dinge angeht, so bleibt die Lage dort immer die gleiche. Unsere Liebesmühe um die Gunst des Zaren schützt begreiflicherweise unsere Alliierten nicht, durch die panslawistische Agitation langsam zersetzt zu werden. Catargi<sup>1</sup> war schon öfter Minister König Karls und als er gestürzt wurde, glaubte man damals in Berlin auch, es würde der junge Thron zusammenfallen. Nunmehr hat der Eintritt Catargis die Lage einigermaßen abgespannt.

Von Homburg hörte ich erzählen, daß die Beschäftigung mit Friedrichshof bei Kronberg so ziemlich z. Z. das Interesse in Anspruch nimmt. Das Verhältnis zu dem Kaiser scheint sich wenig gebessert zu haben, trotz äußerlicher Begegnung. Mehr hat mich

<sup>1</sup> Lascar Catargiu (1823-1899) war von 1871-1876 Ministerpräsident eines konservativen Kabinetts, dann Führer der konservativen Opposition im Senat gewesen und im April 1889 wieder in die Regierung eingetreten.

verwundert, daß die Kaiserin Friedrich nicht vor einer Begegnung mit dem Kanzler zurückschreckte, der den verstorbenen Kaiser doch in einer Weise insultiert hatte, um noch auf lange hin es zu einer Sache der Würde für die Witwe zu machen, einer Annäherung mit dem Beleidiger aus dem Wege zu gehen. Die Ansichten sind eben verschieden.

Ihre freundliche Aufforderung, Crowe<sup>1</sup> bei Ihnen oder sonstwie zu begegnen, reizt mich sehr, wäre ich nicht ein Sklave so zwingender Verhältnisse wie die eines Maurerpoliers über Handwerker eines kleinen Dorfes, denen fast jede Steinlage nachkontrolliert werden muß.

### 89. An Stosch

Schopfheim, 27. Juni 1889

... Die Mitteilungen, die Sie mir aus den Urteilen von Freund Crowe machen, interessierten mich sehr, zumal in den Punkten, die er praktisch miterlebt und wo er empfangene Eindrücke aus der Reichshauptstadt wiedergibt. Erfreulich ist darunter vor allem das günstige Urteil, dessen sich der junge Herr bei dem diplomatischen Kreise und unter den politischen Männern erfreut. Möge derselbe sich mehr und mehr befestigen. In den weiteren Kreisen der Fernerstehenden machen fortwährend manche Stellen einzelner Reden einen weniger günstigen Eindruck und die Kritik übt sich auch an der noch wenig geminderten Reiselust und an einzelnen Akten, worin die öffentliche Meinung der breiteren Schichten eben empfindlich ist. Ich meinerseits gebe dem jungen Herrn weiten Spielraum für manchen Fehler und hoffe und baue auf die guten Seiten und Absichten, die jedenfalls vorhanden sind.

Was die europäische Lage betrifft, so kann logischerweise ein politisches System, das auf der mangelnden Voraussicht des Frankfurter Friedens und den Unaufrichtigkeiten und Täuschungen des

<sup>1</sup> Sir Joseph Archer Crowe (1825–1896), bekannt als Kunsthistoriker, von 1860 bis 1880 englischer Generalkonsul in Leipzig, dann in Düsseldorf, Botschaftssekretär in Paris und Vertreter Englands bei der Kongo- und Samoakonferenz in Berlin. Er gehörte zum gemeinsamen Freundeskreis des Holtzendorffschen Hauses.

Berliner Kongresses aufgebaut ist, allerdings im letzten Ende nur zu einem allgemeinen Kriege führen. Als der „ehrlche Makler“ merkte, daß sich Rußland für düpiert betrachtete durch die Interpretation, welche die Berliner Abmachungen in Wien empfangen, als deren Zuverlässigkeit und die Ehrlichkeit der in Reichstadt über „Halbpart“ auf der Balkanhalbinsel verschworenen Rivalen sich am bulgarischen Exempel praktisch erproben sollte, so warf man sich in Berlin in die sogenannte Tripleallianz. Man taufte dieselbe Friedensbündnis. Besser hätte man dieselbe Defensivbündnis für bestimmt vorauszusehende Eventualitäten nennen sollen. Diese Eventualitäten sind Bewegungen auf der Balkanhalbinsel, welche Rußland zu unterstützender Aktion zwingen müssen. Um in der Lage zu sein, dies mit Erfolg zu können, daher die Konzentrationen an den westlichen Grenzen. Wie die Tripleallianz eine Friedensbürgschaft vorstellen soll, habe ich nie begriffen, da dieselbe uns doch nur für die österreichische Doppelzüngigkeit und das ehrgeizige Treiben mit ungenügenden Kulturkräften im Gebiete südlich von Save und Drau solidarisch macht und dadurch die gefährliche Konjunktur erst herbeiführt, die mit einem Weltkrieg endigen wird. Bin ich einmal genötigt, in der Tripleallianz meine Zuflucht und mein letztes Heil zu suchen und für diese österreichischen Velleitäten eintreten zu müssen, so ist das ein Kriegsbündnis, das nur dann konsequent wäre, wenn es die Kriegschance dann aufnimmt, wenn sie günstig liegt, und nicht wartet, bis solche erst sich möglichst verschlechtert hat. Ich fürchte, wir werden dies solange tun, als wir die Lüge, das sogenannte Friedensbündnis, aufrechterhalten und nicht den anderen Weg der Auflösung der russisch-französischen Allianz durch eine politische Annäherung an Rußland unsererseits auf Kosten der österreichischen Aspirationen auf die Balkanhalbinsel beschreiten. Ich interpretierte die Reise des jungen Kaisers nach Petersburg in diesem Sinn. Als demungeachtet später in Wien und Rom die Tripleallianz glorifiziert und Re Umberto in Berlin zum Zwecke dieser Verherrlichung mißbraucht wurde, wußte man an der Newa, daß man betrogen werden sollte, und schloß die Rechnung definitiv ab.

Der Weg, eine Auflösung des Verhältnisses Rußlands zu Frankreich herbeizuführen, ist dadurch abgeschnitten und das Spiel liegt so, daß jeder Teil nur sehen sollte, wie er die Chancen sich günstig gestalte.



Gewiß nicht dadurch, daß wir vom Friedensbündnis reden und andere daran glauben machen wollen.

Ob der Handel mit der Schweiz<sup>1</sup> den Hintergrund hat, dieselbe für den künftigen Kriegsfall<sup>2</sup> für uns als Kriegstheater zu eröffnen und eine Handreichung der italienischen Armee mit der deutschen Aufstellung zu ermöglichen, ist schwer zu sagen. In Bern glaubt man es.

Auf eine Kooperation Englands mit uns gebe ich nicht viel. Die in Fernhaltung<sup>3</sup> von Beteiligung engagierten englischen Interessen sind zu groß. Eher finden die Italiener einen Vorwand, sich aktiver Kooperation auch noch zu entziehen. Dafür ist das parlamentarische Intrigenspiel doch jedenfalls zu brauchen, solchen zu schaffen.

Mittlerweile fürchte ich, daß auch eine Abbröckelung von Rumänien von der Allianz nicht aufgehalten werden kann, und wir könnten uns am Zahltage dann wohl mit Österreich allein auf dem Plan befinden.

Gewiß eine Situation, die Entschluß verlangt, und das ist, was wir zur Zeit eben nicht haben.

Meine Hoffnung ist unter diesen Umständen ausschließlich auf die militärischen Zustände gebaut, wo die Spuren der allgemeinen Desorganisation, die in so vielen Fragen den eigentlichen Urheber im Dunkeln läßt und keine Verantwortlichkeit übernommen werden will, noch am geringsten sind. Freilich fehlt auch da die Sicherheit, mit der jeder Führer zur Zeit Kaiser Wilhelms I. sagen konnte, was man im Zentrum wolle und nicht wolle. Nunmehr hört man oft genug die Frage, ob das, was man tue, auch oben genehm sein werde oder nicht.

Hoffen wir unter diesen Umständen, daß das imprévu, das Rußland und damit selbstverständlich in zweiter Linie auch Frankreich zur Aktion bringt, noch lange nicht eintritt, und sagen wir

<sup>1</sup> Der sog. „Fall Wohlgemuth“, der durch die Verhaftung dieses deutschen Polizeiinspektors, der mit der Überwachung sozialdemokratischer Flüchtlinge beauftragt war, im Kanton Aargau entstand und zu einer scharfen Verstimmung mit der Schweiz führte. (Wahl, a. a. O. S. 481/83.)

<sup>2</sup> Nach Waldersees „Denkwürdigkeiten“ (II, 63) hat Bismarck damals der Schweiz nicht nur mit Zollkrieg, sondern mit wirklichem Krieg gedroht.

<sup>3</sup> Ablehnung des Bismarckschen Bündnisangebots an Salisbury vom Januar 1889.

uns bis dahin alle Tage, daß unser Friedensbündnis diesen Augenblick keine Sekunde hinausschieben wird.

Was die französische *Décadence* angeht, von der Cr.[owe] spricht, so ist es wahr, daß französische Staats- und Armeezustände sich nie von einer hoffnungsreichen Unordnung, Disziplinlosigkeit und Führungsanarchie frei machen werden. Im übrigen glaube ich, daß wir in den Altersklassen, die wir uns gegenüber haben werden, einer weit größeren Opfermutigkeit und Hingebung begegnen werden als 1870 und daß der Geist, mit dem wir in den Kampf gehen, der unter allen Umständen nicht an der Westgrenze beginnen wird, nur schwer auf den Enthusiasmus der Augusttage 1870 zu steigern sein wird. Die Gefechtsresultate unserer neuen Reglements sind für alle Taktiker, fürchte ich, noch ein ungelöstes Rätsel mitsamt der großen Rolle der Kavallerie – der zweigliedrigen Aufstellung und der Mysterien der neuen Waffen und Zerstörungsmittel.

Daß uns Grenzbewohner auch die kleinen Unbequemlichkeiten, die Folge des Falles „Wohlgemuth“ sind, nicht immer wohlgemut machen, ist begreiflich. Doch das sind minima.

90. An Stosch

Schopfheim, 1. August 1889

... Mir will es vor wie nach nicht in den Kopf, daß wir einem Kriege nahe sein sollen, den im Grunde jeder gern vermieden sähe und bei dem keiner gewinnen kann. Der König von Rumänien, den ich einige Tage in Badenweiler besuchte und den ich morgen nochmals daselbst sehen werde, will auch im Orient keine unmittelbare Kriegsursache erkennen. Außerdem hat er von der Effektivität der russischen Armee eine nur mäßige Vorstellung. Er bestreitet die Realität der großen Konzentrierungen und will wissen, daß besonders die Kavallerie z. Z. durch Pferdekrankheit sehr geschwächt sei. Anders steht es freilich mit den Rätseln, die durch die russischen Agitationsparteien sich unvermutet stellen können. Dagegen gibt es keine Versicherungsanstalt und irgend-eine Flattermine kann springen, ohne alle Berechnung des Kaisers und des russischen Kabinetts.

Frankreich ist unzweifelhaft nach guten Berichten militärisch in einer besseren Lage als lange, um so mehr, wenn Boulanger beseitigt und dadurch die Einigkeit in den oberen militärischen Kreisen nicht auf zu harte Proben gestellt wird. Vor wie nach bleibt immer noch überreiche Disziplinlosigkeit in der oberen Führung übrig und gibt uns trotz der überlegenen Artillerie und Waffe günstige Chancen. Das weiß aber in Frankreich sowohl Armee als politische Führung als Volk und denkt daher durchaus nur, wie den Krieg zu vermeiden, nicht, wie ihn einzuleiten.

Diesen beiden wahrscheinlichen Gegnern in einem eventuellen Kriege steht nun der sog. Friedensbund gegenüber, von dem Italien sagt: Ich kann die Rüstungen finanziell nicht mehr tragen. Es muß losgehen, sonst stürzt das System Crispi und die republikanische französische Partei kommt um so eher ans Ruder, als Frankreich durch Verweigerung, einen Handelsvertrag mit Crispi abzuschließen, den Ruin des italienischen Wein- und Ölbaus in der Hand hat.

Österreich, der andere Mitspieler an der Friedenspartie, singt ein ander Lied. Die russische Agitation nimmt eine Position nach der andern. Von Serbien aus wird Bosnien bedroht und die schmackhafte Beute, um die wir Räuber und Mörder geworden, d. h. um deren willen wir das in Reichstadt gegebene Wort gebrochen haben, ein österreichischem Einfluß unterworfenen Bulgarien, gleitet uns aus den Händen. Wir kommen nicht weiter. Die Russen haben gut friedlich tun. Bleibt also Deutschland als Ballast in der Friedenswaage.

Bei uns ist glücklicherweise alles, inkl. Militärpartei, für Frieden, letztere, weil sie sagt, z. Z. käme uns Krieg ungelegen. Auch unzweifelhaft Kanzler und Kaiser. Werden aber beide vermeiden, die Kriegsgefahren zu vermindern oder umgekehrt zu stärken, bei dem lebhaften Temperament und dem unberechenbaren Zufall, der die Vorgänge der Welt in trübem oder hellem Lichte in dem Hirne der Unfehlbaren der Erde erscheinen läßt? Wer kann es sagen? Wir wollen das Beste hoffen und auf das Schlimmste gefaßt sein. Schlimm genug ist schon, daß ich zum Hause nicht heraus und herein kann, ohne der deutschen Revision zu verfallen, da ich notgedrungen Schweizer Gebiet passieren muß, wo die paar bösen Menschen wohnen, die wir ausgewiesen haben, und die uns der biderbe Nachbar nun wieder auf den Hals und leider

nur zu oft in Hospital und Armenpflege nach Lörrach und Schopfheim schickt.

Ich bin demungeachtet, wie Sie sehen, guten Humors und denke es auch vorerst zu bleiben.

Daß der Kaiser Interesse für Marine zeigt, ist ein Gewinn, den wir dankbar akzeptieren wollen. Ohne solches würde dieselbe der Armee gegenüber doch kein fröhliches Gedeihen gewonnen haben. Freilich darf dadurch die Position in der Armee nicht geschwächt werden. Ohne dieselbe kann kein preußischer König erfolgreich sein. Leider ist die feste Zuversicht, die die Armee früher in die Einsicht des Zentrums setzte, nicht mehr die gleiche und das Spielen mit den Soldaten, das die Führung des Husarenregiments charakterisiert haben soll unter Nichtbeachtung des „Wesens“ der Sache, wird in manchen getroffenen Maßregeln wiedergefunden. Es ist schade und bessert sich vielleicht mit der Zeit, wenn solche bleibt.

Die große Flottenschau bleibt im besten Fall eine geschickt ausgestaffierte Dekoration von viel verdecktem Elend. Nur gewinnt man mit Dekoration keine Seeschlachten und macht weder in Petersburg noch Paris einen nachhaltigen Eindruck. Beide wissen genau, wie die Sachen bestellt sind, d. h. ungefähr gerade so schlecht wie bei ihnen selbst – Kronstadt und Toulon.

Mögen Sie verschont bleiben von allen 7 Plagen, die dieses Jahr hier die Vegetation heimsuchen, Sauerwurm, ein Dutzend böser Pilze, Hessische Fliege, Legionen Ameisen und Mäuse, um die Flucht auf Hattos Insel empfehlenswert zu machen.

### 91. An Stosch

Schopfheim, 19. August 1889

Herzlichen Dank für Ihren guten Brief und alle Anregung, die seine vielfachen Gedanken und Mitteilungen mir gebracht. Vor allem aber erfreute mich der Eindruck des unter einem glücklichen Sterne arbeitenden Weinbauers und seiner guten Hoffnung. Wir hier liegen in der Regenzone, Tag für Tag Gewitter und nur selten einen warmen Sommertag trotzdem . . .

Um so mehr Zeit bleibt dabei, sich die Welt und ihren Gang anzusehen, und dabei interessiert mich sehr, daß Sie so ernstlich die

Eventualität eines russischen Krieges ins Auge fassen und wie derselbe zu führen sein könnte mit Aussicht auf Erfolg.

Was ich über russische Kriegspläne weiß, reduziert sich darauf, daß man dort eine Zeitlang glaubte, mit Österreich allein zu tun haben zu können. Der Wahn besteht nicht mehr. Nun setzt man, falls man zum Kriege genötigt würde, seine Hoffnung auf einen Ritt von zirka 30000 Pferden weit nach Deutschland hinein, bis über die Oder. Dies beruht auf einer Äußerung des Generals Annenkoff, der sie führen soll. So etwas wie Gurkos Zug über den Balkan, schön zu lesen, aber im Wesen Schwindel. Nachdem die Reiter umgekehrt sein werden, so fragt es sich, was dann. Ich denke mir, daß inzwischen die verschiedenen russischen Korps auf den verschiedenen Kriegstheatern nur mäßigen Erfolg aus Mangel an Verpflegung, Disziplin und Organisation haben werden. Gar keinen gegen Rumänien- mäßigen gegen Österreich, wo vielleicht ein Vorstoß durch Galizien durch bis nach Nordungarn in der Hoffnung einer Insurgierung der Südslawen und Serben mehr oder weniger gelingt. Bleibt das Gros der deutsch-östrerr. Stellung in der Front gegen obere Weichsel und Narew zur Offensive übrig wie auch der Flankenangriff einer von Ostpreußen aus zu führenden Diversion. Jeder Krieg mit Rußland muß die Verstärkung des in österreichischen Händen befindlichen polnischen Elementes durch Belebung polnischer Unabhängigkeitsbestrebungen mit in Rechnung nehmen. Dort kann auch allein ein Gewinn aus solchem Kriege denkbar sein. Im übrigen kann dabei für uns absolut nichts herauskommen. Mit den Ostseeprovinzen ist erst recht nichts anzufangen, da ein Abschließen Rußlands von der Verbindung mit der See den Krieg mit dieser Macht verewigen würde und an eine dauernde Vernichtung derselben nicht gedacht werden kann. Rußland ist eine Tatsache, die zwar äußerst unbequem ist, mit der man sich aber abfinden muß.

Da die russische Offensivkraft sich bald aus Mangel an Geld, Kriegsmaterial und Offizieren erschöpft, dagegen seine Beharrlichkeit im Nichtfriedenschließen, im Zurückweichen und Abwarten sehr lästig werden kann, so handelt es sich für uns, im ersten Feldzug so viel zu erreichen, um die Insurrektion Polens für den zweiten wirksam organisieren zu können. Dahin müssen die Bewegungen der Hauptarmee und der Seitenarmee gerichtet sein.

Werden beide die polnischen Festungen umgehen und dann, nachdem sie von russischer Verbindung abgeschnitten sind, solche im ersten Feldzuge zur Übergabe bringen können? Können zu dem Ende wichtige Eisenbahnverbindungen ins Innere von Rußland und nach Petersburg zu unterbrochen werden? Davon hängt zum Teil der Erfolg ab. An ein erfolgreiches Vordringen des österreichischen rechten Flügels glaube ich nicht, trotz der rumänischen Unterstützung. Es kann sich dabei höchstens um Unterbrechung der Verbindung mit der russischen Südmarmee und den Hilfsquellen Südrußlands handeln, also um eine Diversion. Die Entscheidung liegt bei der deutsch-österreich. Hauptarmee und der Nordarmee. Deren Ziel kann nicht auf Frieden im ersten Feldzug, sondern auf Gewinnung einer Basis für polnische Insurrektion gerichtet sein.

Dies sind Gedanken eines Laien. Sie, der mit der Verantwortung des eventuell Handelnden die Aufgabe prüft, kommen vielleicht zu einer anderen Methode. Loë hat, glaube ich, nie gedacht, gegen Rußland fechten zu sollen. Er nahm immer an, daß dies der König von Sachsen zu tun haben werde. Auch beschäftigt ihn mehr die Frage der taktischen Aufgaben im Einzelgefechte und der Rätsel, welche dieselben bieten, als die Heerführung im großen, die der „Hofkriegsrat“ entscheiden wird. Ob mit Glück, wird der Erfolg zeigen. Ich freue mich indessen, daß Sie Loë gesehen haben. Er ist immerhin ein gebildeter und auch energischer Mann. Wird er aber aktiv bleiben bis zu einem Kriege? Daraufhin, daß er Armeen führen soll, habe ich mir ihn nie angesehen.

Was Sie über die Kaiserin Friedrich und ihre Aufgabe, ihrem Sohne hier und da einen guten Rat zu geben, sagen, kann ich nicht unterschreiben. Wenn er sonst keinen Rat bekommt, von dieser Seite nimmt er ihn nicht und dort ist er auch nicht. Bei allen guten Eigenschaften spreche ich der Kaiserin Friedrich jede Fähigkeit ab, irgend in praktischen Aufgaben das Rechte zu treffen mit ihrem Rate. Wenigstens wäre es der reine Zufall, täte sie es einmal. Sie handelt und mehr noch sie spricht stets unter dem Einfluß des augenblicklichsten Eindrucks und der Gefühls-erregung – das ist nicht der Seelenzustand, der zu Rat befähigt. Dazu muß man Selbstbeherrschung, Grundsatz und Menschenkenntnis haben. Also in dieser Hinsicht kann nichts verdorben und nichts gewonnen werden.

Damit soll nicht gesagt werden, daß der junge Herr nicht dankbar sein müßte und vielleicht auch sein würde, gäbe ihm jemand guten Rat. Ich halte ihn durchaus nicht unzugänglich dafür. In erster Linie wären dazu die deutschen Fürsten, vor allem der König von Sachsen und Großherzog von Baden, berufen gewesen. Beide haben es nur in mäßigem Umfange getan. Dann war es Pflicht des Kanzlers. Auch hier, fürchte ich, fand der junge Herr nicht, was er brauchte. So muß er seinen Weg selbst finden und da dürfte es noch manches Suchen und Irren geben.

Auf einige hundert Meilen Eisenbahnfahrt soll es mir nicht ankommen, wenn dieselbe den Riesenfehler der russischen Reise wieder gutmachen könnte. Wenn es zum Kriege mit Rußland kommt, kann ein gutes Teil der Ursache dazu auf diese Reise gebucht werden, die den Kaiser von Rußland so tief verletzte, weil er dieselbe als einen Versuch interpretierte, ihn mit schönen Worten und freundlicher Miene zu hintergehen. Doch die Geschenke müssen sich eben erfüllen.

Komme ich an den Rhein, so kehre ich jedenfalls bei Ihnen an. Ich glaube nicht, daß es in der Zeit sein wird, in der Sie in Berlin sein würden, falls Sie hingehen.

## 92. An Stosch

Schopfheim, 4. September 1889

Ich habe Ihnen nicht umgehend für Ihren letzten Brief gedankt, wie ich gewünscht, weil ewig wechselnde Abhaltungen am Tage und dringendere, wenn auch nicht angenehmere Schreibereien am Abend mich in Anspruch genommen. Inzwischen fiel auch eine Fahrt nach Luzern – zum Besuche meiner dort in Villegiatur befindlichen Schwester –, die mich aufs neue ob der Schönheit des Ortes entzückte . . .

[Übersendet Timesberichte über die letzten englischen Flottenmanöver und kritisiert Admiral Baird, der seine langsam fahrenden Schiffe zersplittert und einzelne den schnelleren und gesammelten seines Gegners ausgeliefert habe. Empfiehlt den Bau kleiner, rascher Schiffe „gepanzert und mit Sporn, Torpedo und wenigen schweren Geschützen, zahlreich, lästig und beweglich

wie Hornissen, die das stärkste Schiff in der Flanke anrennen können“.]

[Weitere Betrachtungen über den drohenden russischen Krieg und Napoleons Fehler von 1812.] Die Russen haben es in der Hand, den Krieg in die Länge zu ziehen, und wir haben kein Mittel, sie zum Frieden zu zwingen, mögen wir noch so viele Schlachten gewinnen. [Um so wichtiger „solide Operation in Polen für einen Friedensschluß übers Jahr“ und möglichst störende „Diversionen“.] Ich denke, Libau, Reval, Riga und sogar Narwa sind Angriffspunkte, wo Landungen unter dem Schutz der Flotte mit Erfolg gemacht und eine Festsetzung erfolgen könnte, die nicht leicht zu tragen wäre. Ähnlich kann von Zentralasien, Persien, Armenien an bis nach Odessa sehr vieles geschehen, was das heilige Rußland bitter empfinden würde.

Sie sagen in Ihrem Brief, daß Sie sich wundern, daß ich auf Rumänien so sicher als militärischen Faktor rechne, wo politische Parteispaltung so mächtig sei. Darauf sage ich: es gibt in Rumänien keine nichtrumänische Partei, wie es eine russische wäre. Lascar Catargi[u] so wenig wie irgend jemand. Als L. Catargi[u] 1876 abtrat, während ich gerade dort war, hielt das Alvensleben, der deutsche Gesandte, für ein so großes Unglück, daß er meinte, damit fele der Thron. Ebenso Colico, der österreichische Gesandte. Nachher hielt man in Berlin Bratianu<sup>1</sup> für eine sichere Kreatur der Berliner Politik und die Offiziösen in der Kölnischen Zeitung können ihren Verdruß schlecht verbergen, daß eine Zahl, mit der sie sich gewöhnt hatten, zu rechnen, nun auf eine Zeitlang außer Kurs gesetzt ist. Aber auch mit Bratianu hatten sie sich verrechnet, wenn sie annahmen, daß er „pour le roi de Prusse“ arbeite und nicht für sein Land. Die auswärtige Politik Rumäniens ist ganz dieselbe, ob L. Catargi[u] oder Bratianu oder wer sonst sie leitet. Sie ist rumänisch und muß es sein, da Bismarck zynisch oft genug sagte, wenn es ihm diene, könne er auf Rumäniens Existenz keine Rücksicht nehmen. Darauf kann Rumänien in seiner schwierigen Lage nur an seinen Vorteil denken und fragen, wie sichere ich meine Existenz, wenn man in Berlin mich als Trinkgeld und Teilungsobjekt zwischen Ruß-

<sup>1</sup> Joan Bratianu (1822–1891), Führer der Liberalen und mehrfach Ministerpräsident, so 1876–1881 und 1887/88.



land und Österreich behandeln will, wozu man in Wien bei seiner Ländergier stets bereit ist. Man weiß in Ungarn sehr gut, daß die siebenbürgischen Walachen kein bequemes Element sind, und wollte von jeher durch Besitz der kleinen Walachei die Flanke decken, wie andererseits Rußland durch Besitz der Moldau den Zugang zu der ihm im Verträge von Reichstadt hingegebenen Bulgarei gewinnen will. Ehe Pack sich schlägt, verträgt es sich. Das weiß man in Bukarest und weiß vor allem, daß Bismarck nichts lieber hätte als den Drei[kaiser]bund wiederherzustellen, koste es, was es wolle, d. h. den Stand von Skierniwiece. Er gibt morgen die sog. Friedenskoalition daran, zudem er weiß, daß die Kreatur Crispi keine 6 Monate mehr hält und daß ich mir für die englische Freundschaft nicht viel kaufen kann.

Wenn diese Phasen vorüber sind und der Krieg quand même ausbricht, dann gibt es keinen Rumänen, der dann nicht anti-russisch wäre und Bessarabien, das altrumänische Stammland, wiedergewinnen will und dann ein wirklicher ernster tödlicher Feind von Rußland würde. Von großer militärischer Leistungsfähigkeit, weil sie das Klima vertragen, nichts essen und die Sympathien der Länder haben, in die sie ziehen. Diese Wendung, welche man in Petersburg sicher voraussieht, führt dort dahin, nicht etwa ein russisches rumänisches Ministerium ins Amt zu bringen. Das weiß man, daß es dies nicht gibt. Wohl aber durch Erschütterung oder Sturz der Dynastie ein Chaos zu schaffen, welches die Offensivkraft lähmt. Dazu hilft das törichte Gerede der Berliner Offiziösen, die die Heeresfolge eines Hohenzollern als etwas Selbstverständliches behandeln, nicht wenig. Denn es depopularisiert den König geradezu. Die tiefe Korruption, Charakterlosigkeit und gemeine Gesinnung der Bande, welche die Presse bedient, hat freilich keine Ahnung von dem Blödsinn, den sie schreibt, und auch nicht von dem Unheil, das aus ihrem Treiben hervorgeht. Leider ist das deutsche Volk auch selbst in seinem Urteil so verwirrt geworden, daß es schwarz und weiß nicht zu unterscheiden vermag. Zeuge dessen unsere Kolonialkampagne.

Die Frage, wie sich eine Nation, die in einer so wenig günstigen Verfassung ist wie die deutsche von 1889 im Vergleiche zu der von 1870, sich aus einem so ernsten Weltkriege ziehen wird, wie der ist, der uns möglicherweise bevorsteht, will ich hier nicht be-

rühren. Sollen wir uns damit trösten, daß wir wenigstens einen Kaiser haben, der alles versteht, und gewiß auch ein Heer von 3 Millionen Bismarckscher Soldaten zu führen wissen muß? Doch genug und zuviel.

### 93. An Stosch

Schopfheim, 21. November 1889

Sie erhalten meinen herzlichen Dank für Ihren langen, inhaltreichen Brief vom 17. von hier. Mit ihm meinen Glückwunsch zu Ihrer glücklich beendigten Lese und den erfolgreichen Aussichten, welche dieselbe verspricht. Es ist erfreulich, von einem Betriebe zu hören, welcher durch die Einsicht und Folgerichtigkeit seiner Leitung lohnende Resultate verspricht. Es ist das auch in dieser Zeit langsam steigender Preise immer noch ein außerhalb der Weinbauindustrie auf dem Gebiete der Landwirtschaft bei jeder anderen Wirtschaft unmögliches Ergebnis.

. . . Ich konnte nicht länger meine hiesigen Angelegenheiten unbeachtet lassen, zudem die neuere Gesetzgebung den Besitzer einer Scholle zu weit mehr eigener Leistung nötigt als früher der Fall war. Allein die Aufstellung der Listen der Unfallversicherung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter ist eine schwierige Aufgabe. So bleibe ich hier, bis die Kälte mich vertreibt, die hoffentlich noch einige Tage ausbleibt, um den Rest diesjähriger Bauarbeit vollenden zu können.

Das Buch<sup>1</sup> des Herzogs von Koburg, 2. Teil, habe ich noch nicht erhalten. Ich finde es wahrscheinlich in Neuwied, wo ich den ersten Teil bezog. Auf dem Frankfurter Fürstentag kamen wir allerdings scharf aneinander. Er hatte einen Schwindelplan ausgedacht und den Wienern eingeredet, er brächte denselben durch, wahrscheinlich mit Hilfe des Königs von Sachsen. Er lief darauf hinaus, den deutschen Fürsten mit Umgehung ihrer Verfassungen, Stände und verantwortlichen Minister die Entscheidung der politischen Dinge in die Hände zu spielen. Da er damals schlecht mit Preußen stand, so sollte gleichzeitig Preußen durch die Überzahl der fürstlichen Kollegen majorisiert werden. Für sich sah er

<sup>1</sup> Die Erinnerungen „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit“.

in diesem Sanhedrin die führende Rolle voraus. Dem traten eigentlich nur beide Mecklenburg, Anhalt, Baden und Waldeck entgegen und Preußen blieb weisermaßen fern. Seither ist die Rachsucht des Herzogs gegen mich sehr groß. Man muß ihm diese Freude lassen, hat er doch in seinem ganzen Leben nur an Bosheit Genuß gefunden, die er schon als Junge gegen seinen zarten, weichen Bruder redlich übte. Mit feiner Witterung, daß es galt, diese fausse route Preußen gegenüber gutzumachen, ließ er sich 1866 dann durch den Schmalkaldener Forst als fürstlicher Spion in Fürstenkreisen, insbesondere im kronprinzlichen Palais, kaufen und leistet seitdem dafür gute Dienste. Es spricht für die Menschenkenntnis des Kanzlers, daß er seinen Mann richtig taxierte. Das sind solche Meistercoups, um derentwillen man den Herrn unwillkürlich bewundern muß. Ich bin neugierig, das Buch zu lesen und zu sehen, wie er sich 1889 der Welt darzustellen für nützlich findet.

Was soll ich Ihnen über Freytags Schrift<sup>1</sup> sagen? Ich war der Meinung, sie müßte ungeschrieben bleiben, da, wie dieselbe ausfallen würde, Kaiser Friedrich in der dadurch angefachten Diskussion den Kürzeren ziehen müßte. Ich hatte diese Meinung in dem Glauben, Freytag würde eine wohlwollende Schrift ins Auge gefaßt haben, die, ohne der Wahrheit Gewalt anzutun, die liebenswürdigen Seiten zur Geltung zu bringen bestrebt sein würde. Nun bringt ihn seine Auffassung geschichtlicher Wahrheit dahin, einige Bogen zusammenzutragen, in denen die schlimmsten Feinde des entschlafenen Herrn ein wohlgefülltes Arsenal zu endgültiger Verurteilung auf das Zeugnis eines „Freundes“ finden und sofort ausgenutzt haben. Ich sage mir, war das notwendig? und nimmt sich in Freytags, eines langjährig als Vertrauter behandelten Freundes, Mund dieses freiwillige Todesgericht gut aus? Leider muß ich bekennen: in Freytags Interesse lag diese Veröffentlichung nicht. Dem Kaiser Friedrich hat sie mehr geschadet als alle Bosheiten der Reptilien. Das Schlimmste bei der Sache scheint mir zu sein, daß die Brille, durch die Freytag sein corpus vile betrachtet, durchaus eine subjektiv gefärbte ist und daß er das Wesen seines Helden keineswegs richtig erfaßte. Er rapportiert kleine Schwächen, ungefähr wie eine Kammerfrau sie über Toiletteangelegenheiten

<sup>1</sup> „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone.“

ihrer Herrin geben würde, von deren geistiger Bedeutung und Charaktereigentümlichkeit und Horizont sie keine Ahnung hat. Hatte er nichts ernsteres zu sagen, so mußte er besser schweigen. Ich fürchte, so urteilt nicht Ihre Tafelrunde in Östreich allein. Ich habe noch niemand begegnet, der anders urteilte.

Was unsere augenblickliche politische Lage angeht, so bin ich damit wohl zufrieden. Ich war immer der Meinung, in Wien sei man wortbrüchig und, nachdem man in Reichstadt auf Halbpakt abgeschlossen, gegen seinen russischen Spießgesellen illoyal und ein falscher Spieler, indem man Bulgarien aus der russischen in die österreichische Machtsphäre übereskamotieren wollte. Ich verteidige damit die Politik von Reichstadt und des Berliner Kongresses nicht, der darauf ruht. Im Gegenteil, ich fand sie immer schändlich und voller Gefahren für die Zukunft. Aber auch in einer Räuberbande muß Kommand und Disziplin sein. Österreich aber wollte Kameradendiebstahl begehen. Nun hat Bismarck das Gladstonesche „hands off“, das derselbe gegen Österreich zugunsten der Freiheit der Bulgaren losließ, an Österreich zugunsten Rußlands wiederholt, und Kalnoký, der ad audiendum verbum regium nach Friedrichsruh zitiert war, hat die Pille, in schönen Worten verhüllt und versüßt mit Zukunftsvertröstungen, wie der status quo sich quand même konsolidieren lasse, mit nach Hause genommen. Rußland kann von neuem warten und ist um die unerwünschte Notwendigkeit gekommen, handeln zu müssen. In Österreich „hangende Podjes“. Für uns eine Henkersfrist für den Frieden. Mittlerweile pressen die Franzosen die Italiener durch Aufkündigung der lateinischen Münzkonvention und geht unserm Verbündeten der finanzielle Atem aus.

Brasilien wird in fünf bis sechs Staaten zerfallen<sup>1</sup>. Hätten wir unsern Kolonialeifer statt in unmögliche Gegenden nach San Leopoldo, S. Catharina, Porto Allegre dirigiert und hunderttausend Deutsche mehr dort, hätten wir gute Chancen. Noch heute wäre es Zeit, wenn die Auswanderung dorthin forciert würde. Freilich haben wir jetzt mit Blaine<sup>2</sup> zu rechnen und den panamerikanischen Plänen.

<sup>1</sup> Nach dem Sturz des Kaisertums und Einführung der Republik. Tatsächlich wurde Brasilien nach Annahme der Verfassung von 1891 ein Staatenbund aus 20 Staaten und einem Bundesdistrikt.

<sup>2</sup> James Blaine (1830–1893), damals Staatssekretär des Präsidenten Harrison,

Denken Sie, ich werde von meiner Vaterstadt Mannheim getrieben, mich daselbst in den Reichstag wählen zu lassen. Ich lehnte bestimmt und unzweideutig ab . . .

94. An Stosch

Segenhaus, 10. Dezember 1889

Ihren liebenswürdigen Brief habe ich in dem Augenblicke erhalten, als ich den Angriffen des Winters nachgab und mich hierher in die Winterquartiere flüchtete. Die ersten Tage bringen nach einer längeren Abwesenheit stets so vielerlei an Arbeit, daß ich erst heute dazu komme, Ihnen für denselben zu danken. Ich habe als Signal meines Eintreffens Ihnen eine Times-Nr. gesandt und würde eine weitere über „German Coast Defences“ haben folgen lassen, wenn ich nicht gefürchtet hätte, daß deren Inhalt, der mich interessierte, für Sie „Eulen nach Athen“ tragen hieße.

Alles, was Ihr Brief mir an Notizen über die große und kleine Welt gebracht hat, worin ein jedes menschliche Leben verläuft, interessierte mich sehr und nehme ich an dem richtigen Verlauf der Kellergärung dasselbe Interesse wie an der großen Gärung, in der sich der politische und soziale Zustand Europas befindet. Möge letztere ein so gutes Produkt zeitigen wie die erste verspricht. Wie ungleich der Erde Güter in demselben Jahr sich verteilen können, beweist, daß bei Ihnen der berühmte „Elfer“ einen gleichwertigen Nebenbuhler erhielt, während in Oberdeutschland, Elsaß, der Schweiz und Schwaben seit 100 Jahren ein solches Fehljahr nicht vorgekommen.

Nachdem der Kriegsbarometer auf „Schön Wetter“ gestiegen ist und darauf wohl einige Zeit stehenbleiben wird, wollen wir uns des Status quo erfreuen und keine pessimistischen Grübeleien anstellen, was geschehen wird, wenn in Bulgarien nach Dämpfung der österr. Velleitäten das Selbständigkeitsgefühl des Volkes sich stark genug und hinlänglich gesund erweist, die unterirdische russische Minierarbeit zu überstehen. Was Rumänien angeht, so hat die gegenwärtige Regierung die Aufgabe vor sich, aus den

hatte einen panamerikanischen Kongreß nach Washington berufen, um durch einen Zollverein den Zusammenschluß der amerikanischen Staaten vorzubereiten.

Trümmern der konservativen Partei, den Junimisten<sup>1</sup> und Elementen der sog. nationalliberalen Partei eine Majorität zu gestalten, auf die sie sich in den Kammern stützen kann. Das ist aber mehr eine Formfrage, deren günstige Lösung das Handhaben des gouvernementalen Steuerruders erleichtern, deren Mißlingen diese Handhabung auch unmöglich machen kann, weil es in Rumänien noch für unanständig gilt, dauernd gegen eine parlamentarische Majorität im Amt bleiben zu wollen. Die Möglichkeit dazu liegt immer vor, denn die Macht ist in Rumänien stets in den Händen der „Partei am Ruder“, welche die Unterstützung der Krone und des Präfektentums in den Bezirken zur Verfügung hat. Bratianu hat sich auch nur dadurch solange gehalten, weil der König nach einer Periode häufiger ministerieller Wechsel es an der Zeit gehalten hatte, einmal längere Jahre hindurch dieselbe Hand in der administrativen Leitung zu erhalten. Er fiel, als er sich für unentbehrlich hielt und seine Stellung durch Bildung einer persönlichen, durch Korruption zusammengebrachten Partei stützen wollte, eine Art Kartellpartei kombinierter finanzieller Interessen. Wenn er wieder ans Ruder kommt, so geschieht es gewiß nur durch die Macht der Krone, nicht weil er selbst etwas bedeutet. Denn seine Anhänger haben ihn den Tag verlassen, als er nichts mehr für sie tun konnte. Eventualitäten, was geschieht, wenn einmal der König nicht mehr ist, sind überhaupt nicht diskutabel, bei der geistigen Inferiorität des Thronfolgers und der Raubgier der Nachbarn. Qui vivra, verra.

Mit dem Verlauf des Kaiserbesuches in Frankfurt war ich wohl zufrieden. Die Rede Miquels und die Antwort des Kaisers war gut, letztere sogar das Beste, was ich von ihm an Reden gehört habe<sup>2</sup>. Ich nehme an, die Reiseperiode wird nun zu Ende sein und eine Arbeitszeit beginnen, die manchen Nutzen bringen kann. . . . Daß Freytag etwas über H. v. Normann<sup>3</sup> veröffentlichen will,

<sup>1</sup> Jungkonservative Partei Rumäniens, die eine Mittelstellung einnahm zwischen den Liberalen und der altkonservativen Bojarenpartei.

<sup>2</sup> Sie enthielt kein überhebliches Wort, sondern die Versicherung, daß er die ihm entgegengebrachte Liebe und Verehrung erst durch ein langes Leben zu verdienen haben werde. (Europ. Gesch.-Kal. 1889, S. 150.)

<sup>3</sup> Karl v. Normann war am 17. Juli 1888 in Braunschweig gestorben. Vgl. über ihn die feinsinnige biographische Würdigung von Ernst Schröder in „Pommersche Lebensbilder“, Bd. 3, 1939.

würde mich für das Andenken des guten, treuen Mannes freuen, wäre ich nicht etwas zaghaft geworden, ob der Biograph der journalistischen Versuchung widerstehen wird, auch mitzuteilen, was pikanter zu schreiben als nützlich zu lesen ist. Da ich hier ein von Freytag mir übersandtes Exemplar seiner Schrift über Kaiser F.[riedrich] fand, war ich genötigt, meine Ansicht über dieselbe mit meinem Danke auszusprechen. Es war nicht angenehm und hätte ich lieber geschwiegen. Sie haben vielleicht nicht so wie ich Gelegenheit, zu konstatieren, wie hart der Ärmste beurteilt wird in Kreisen, die über allem Verdacht der Beteiligung an freisinnigem Kultus des Verstorbenen sind. Es bleibt ein Jammer. Nun werden auch noch Tatsachen in den Preuß. Jahrbüchern widersprochen.

### 95. An Stosch

Segenhaus, 29. Dezember 1889

Das Jahr soll nicht zu Ende kommen, ohne daß ich meine Schuldenlast geregelt und Ihnen für Ihre beiden letzten Briefe gedankt habe. . . . Ich gestehe, daß ich Sie nicht ohne Sorge in die krankheitsvolle Residenz ziehen sehe, wo Verpflichtungen aller Art Ihnen unmöglich machen, sich so zu schonen, wie Jahre und Klugheit erfordern. Mögen Sie wohlbehalten und reichbeladen mit angenehmen und dem Wohle des Vaterlandes glückverheißenden Eindrücken wiederkehren und dann bald in besserer Jahreszeit Ihren Plan ausführen, die Bewohner von Segenhaus durch Ihren Besuch zu erfreuen. Es wird immer rätlicher sein, sich mit seinen Hoffnungen an den guten Seiten unserer Zustände aufzurichten, als sich durch die Schwächen niederdrücken zu lassen. Sie treffen in einen Augenblick, in dem die berufenen Historiker Treitschke und Sybel das Fazit unserer Größe schwarz auf weiß zusammenaddiert haben, und es wäre Unrecht, die Freude an dem stattlichen Resultate durch irgend welchen kränklichen Zweifel zu stören.

Es ist nur ein Gott, und wer sein Prophet auf deutscher Erde ist, darüber kann ohnehin kein Streit sein. Aber wie Mohammed keinen Erben hatte, so ist zu fürchten, daß die Nachfolge unseres Propheten nicht so leicht zu regeln sein wird. Jedenfalls wird es

interessant sein, zu beobachten, welche Fortschritte in dieser Richtung zu konstatieren sind. Was den Kaiser angeht, so bin ich, getreu meinem Grundsatz, bei so aus aller Berechnung erfolgten frühzeitigen Berufung zu einer Stellung eminentester Schwierigkeit sehr geneigt, lange Lehrzeit zu bewilligen und nicht strenge über Mißgriffe ins Gericht zu gehen. Vorerst würde jedes vorschnelle Urteil vielleicht ein ungerechtes sein. Auch in Berlin wird es schwer sein, aus der vox populi die vox dei herauszuerkennen. Jedenfalls wird es geboten sein, der Stimme eines „Jungen“ mehr Gewicht beizumessen als einem ganzen Chor grämlicher Alten, denen die Zeit aus den Händen geht, während jenen die Zukunft und das Verdikt der Geschichte gehören wird, an der sie mitzuarbeiten berufen sind.

Ich denke wie Sie über Miquel und bedaure, wenn erregtes Mißtrauen ihn in die Zwangslage bringen würde, sich zurückzuhalten und dadurch manches Gute, das er helfen könnte zu schaffen, unterliebe. Die Aufgaben der Sozialpolitik sind freilich so schwierige, daß zu deren Garkochen nur die besten Köche imstande sind. Da kann er nicht entbehrt werden. Die Prämien, die wir der Großindustrie bewilligen und die eine künstliche Blüte und Steigerung des Betriebes im Gefolge haben, führen uns unvermeidlich dem Augenblicke einer schweren Krisis entgegen, der bei der ersten Stockung eintreten muß und wobei dann die bisherigen sozialpolitischen Experimente ihre Probe zu bestehen haben werden.

Ihre Frage, ob ich Kaiserin Augusta besucht habe, beantworte ich mit nein. Ich bin allerdings hier angekommen, ehe dieselbe von Koblenz abreiste. Allein ich habe im Verkehr mit großen Herren stets festgehalten, daß dieselben so weit zu mir wie ich zu ihnen habe. Ich habe mich auch bei Kronprinzens nie gemeldet, wenn nicht der Wunsch, daß ich kommen möchte, einmal oder mehrmal an mich gelangt war. Mit den badischen Herrschaften hielt ich es nicht anders . . . Von Berlin gar nicht zu reden, wo ich nicht ein einziges Mal gewesen bin ohne wiederholte Zitation, die wenigen Male ausgenommen, die ich in den Zeiten des Zollparlamentes und des Reichstags hinging. Von dieser meiner Gewöhnung abzugehen, habe ich jetzt um so weniger Grund, als die Kaiserin diesmal andern Besuchen wegen körperlicher Schwäche abwinkte und ich annehme, daß sie auch nicht frei ist von der



Gänsehaut vor dem Ingrimme des Kanzlers, wenn auch am wenigsten von dem ganzen Hause. Sie ist die Tapferste und auch sonst die Nobelpste in dem Kreise. Es soll der guten Frau, die ihre Vereinsamung mit mehr Würde trägt als früher das Entbehren eines bestimmenden Einflusses zu Lebzeiten des Kaisers Wilhelm, inzwischen nicht wesentlich übler gehen; ich wünsche ihr von Herzen noch einige friedliche Jahre und in denselben das Bewußtsein nützlichen Wirkens in ihrem Kreise.

Ich komme nun auf Freytag und Ihre Frage, was mich bewogen, ihm in der Weise zu schreiben, wie ich tat. Das erschien mir für mich unabwendbar, nachdem ich ihm für Übersendung der Schrift zu danken hatte und ich einem Freunde gegenüber schuldig zu sein glaubte, ihm meine Empfindung auch dann nicht zu verschweigen, wenn sie ihm unangenehm ist. Ich fürchtete außerdem, daß der treffliche Mann sich in Illusionen über das Urteil befinden könnte, welches seine Arbeit hervorgerufen und worin Äußerungen wie die des Großherzogs ihn nur bestärken konnten. Wenn der letztere aber auch recht hätte und das Freytagsche Bild auch der Wahrheit entspräche, so bleibt immer noch die ernste Frage: war es Freytags Beruf, den Unglücklichen in seiner Blöße zu entkleiden und dem Gespötte der Zeitgenossen und Nachwelt preiszugeben und die Zeichnung einer namenlosen Armseligkeit mit vergiftetem Lobe dürftig zu verhüllen? Selbst wenn die Szene<sup>1</sup> wahr wäre, daß der arme Herr sich Freytag zuliebe in großem Ordensschmuck maskierte, um ihm Mitteilung seiner Kaiseridee zu machen – welcher Freund erzählt solche Schwäche *urbi et orbi*<sup>2</sup>? Nun muß Freytag aber auch noch erleben, daß Zeugnisse

<sup>1</sup> Die betr. Schilderung Freytags lautet: „Betroffen sah ich auf den Herrn; er hatte seinen Generalsmantel so umgelegt, daß er wie ein Königsmantel seine hohe Gestalt umfloß, und um den Hals die goldene Kette der Hohenzollern geschlungen, die er doch sonst in der Ruhe des Lagers nicht zu tragen pflegte, und schritt gehoben auf dem Dorfanger dahin. Offenbar hatte er, erfüllt von der Bedeutung, die der Kaisergedanke für ihn hatte, auch sein Äußeres der Unterredung angepaßt.“ (a. a. O., S. 21/22).

<sup>2</sup> Ganz ähnlich, im einzelnen noch schärfer, das Urteil des Grafen Paul Yorck v. Wartenburg: „So roh ist kaum jemals die Kritik gewesen. Alle Zeitungen des Lobes voll über dies Schlimmste, was über einen nicht starken, aber so gütigen und H. Freytag so freundlichen Mann gesagt worden ist und werden konnte. Dagegen ist ja Geffcken unschuldig . . . Dieser Bourgeois des Jahres

nahestehender Zeugen in den Zeitungen auftreten und mit der Behauptung, den Kronprinzen während seines Spazierganges mit Freytag zum Behufe dieses Gespräches beobachtet zu haben, die Beschuldigung verbinden, der Kronprinz habe den gleichen Anzug wie immer getragen und Freytags Annahme sei eine reine Halluzination. Gewiß ist, daß wenn der Kronprinz auch höchste Gala angelegt hätte, er Freytag nicht gesagt hätte, es geschehe dies deshalb, sondern daß diese Annahme auf Freytagschem Boden entsproß und der Überlieferung an die Nachwelt nicht wert war. Ich greife den einen Punkt heraus. Leider schließen sich viele andere an, die nur aus einem gegen den armen Herrn tief erbitterten Gemüte zu erklären sind. Ein solches gibt freilich einen schlechten Untergrund für einen Historiker. Ich gehöre nicht zu denen, die von der Regierung Friedrichs III. irgend Großes erwarteten. Allein ich würde nicht auf mich nehmen, so kategorisch auszusprechen, daß die langjährige Kronprinzenkrankheit ihm alle Tatkraft auf immer gekostet habe. Das weiß weder ich, noch Sie, noch Freytag. Das mußte abgewartet werden, und eine solche nutzlose Prophezeiung nach dem Tode der Welt zu verkünden, konnte Freytag anderen überlassen. Ich versichere Sie, was ich an ihn schrieb, ist milde gegenüber dem, was ich höre, und wogegen ich ihn in Schutz zu nehmen habe. Ausgezeichnet ist der Aufsatz<sup>1</sup> über Normann. Da war das Herz des Freundes dabei und schärfte den Blick. Im andern Falle war es umgekehrt, und war er nicht Meister seines verletzten Gefühls, so mußte er schweigen.

#### 96. An Stosch

Segenhaus, 18. Februar 1890

. . . Daß auch mich das Schauspiel der kaiserlichen Erlasse<sup>2</sup> und deren Folgen sehr beschäftigt hat, mögen Sie sich denken. Ich lege mir die Sache so zurecht, daß der Kanzler, das Interesse des

1848 wendet in borniertem Hochmut sich selbst als Maßstab an, um den Wert eines andern zu bestimmen . . . Und die vielen Judasküsse machen den Verrat des Herzens nicht gut.“ (Briefwechsel Yorck-Dilthey, 1923, S. 86/87.)

<sup>1</sup> Im Januarheft 1890 der „Deutschen Revue“.

<sup>2</sup> Die beiden kaiserlichen Erlasse zur Arbeiterschutzgesetzgebung vom 4. Febr. 1890, veröffentlicht im Reichsanzeiger vom 5. Febr. (Vgl. den Wortlaut im

Kaisers für die Fragen bedenkend, denselben zu dem Schritt encouragierte. Ob ohne Hintergedanken, etwa folgender Art: Er mag an dieser harten Nuß die Zähne abbeißen, ist schwer zu sagen. – Als Bismarck seinerzeit den alten Freund nach dem Elsaß sandte, soll er gesagt haben, „macht er Torheiten, so ist das seine Sache“ und ob dabei der arge Gedanke bestand, „um so besser“, vermag niemand zu sagen. Exempla trahunt. Jedenfalls wurde nicht verhindert, daß das Vorgehen manche Lücken und Gefahren zeigt, die reifer und umsichtiger loyaler Freundesrat leicht hätte vermeiden lassen. Z. B. bleibt nicht leicht erklärlich, warum der Bundesrat, der einen so wichtigen Faktor wie das sozialistisch unterwühlte Sachsen mit seiner Industrieentwicklung enthält, absolut in der Operation ausfällt, die sich einseitig auf dem Gebiete des preußischen Staatslebens und dem internationalen Felde bewegt. Wenn der Kaiser spricht, so waren die Bundesfürsten schwer zu umgehen. An europäische Staaten konnte wieder der König von Preußen nur schwer als solcher sich wenden, sondern nur als Kaiser. – All das war leicht zu vermeiden. – Die Operation mit dem Staatsrat verbessert die formelle Irregularität nur wenig. Im Gegenteil bannt sie die Behandlung erst recht außerhalb des Bundesrats und gibt im Fall eines Resultates dem letzteren lediglich die Stellung, ein mühsam errungenes fait accompli zu verdauen. – Ich denke mir, die Idee des Staatsrats-schauspieles ist von dem Kanzler dem Kaiser einigermassen auch deshalb empfohlen, um daselbst zu Erkenntnis mancher sachlichen Schwierigkeiten zu führen und den Lauf etwas zu retardieren. – Immerhin ist eine kleine soziale Kugel ins Rollen gebracht, von der nicht abzusehen ist, wie weit sie läuft und bis zu welcher Lawine sie anwächst. Der Rekurs auf die „ultima ratio regum“ ist schließlich doch nur ein vorübergehendes Palliativmittel gegenüber von Problemen, die in der Gesamtrichtung unserer wirtschaftlichen Produktion begründet sind.

Europ. Geschichtskalender f. 1890, S. 19/20.) Der erste an den Reichskanzler kündigte eine internat. Konferenz über die Arbeiterfrage an, zu der zunächst Frankreich, England, Belgien und die Schweiz eingeladen werden sollten, der zweite an die Minister für öff. Arbeiten und Handel und Gewerbe enthielt die Ankündigung von Reformgesetzen und ihrer Vorbereitung im Staatsrat durch vom Kaiser zu berufende Sachverständige. (Vgl. das Kapitel Bismarcks über die Erlasse, Ged. u. Erinnerung. Bd. 3, Kap. 6.)

Sehen wir von allem Unreifen, Unbedachten und Theatralischen der Inszenierung ab, so bleibt ein guter Kern in der offenbar ehrlichen, von Interesse an dem Wohle der Arbeiterbevölkerung geleiteten Absicht des Kaisers, dem bisher Skrupel und die lähmenden Zweifel konstitutioneller Bedenklichkeiten nicht gekommen zu sein scheinen und der zur Zeit noch auf den warmherzigen monarchischen Impuls als eine Wünschelrute zur Auffindung befruchtender Quellen gegen soziale Notstände vertraut. – Mir scheint es dieser Situation gegenüber die Aufgabe zu sein, durch richtige Behandlung den Versuch zu machen, wenigstens etwas Gutes aufs Trockene zu bringen und das diabolische Spiel zu durchkreuzen, das sich die Hände reibt, wenn diese jugendliche Initiative zu Schaden kommt.

Solange ich denken kann, widerspreche ich der Auffassung, daß es einen „Arbeiterstand“ gibt. Jeder ist Arbeiter und sehr gefährlich wäre es, diesen Stand als geschlossenes Ganzes den übrigen Gesellschaftsklassen gegenüberzustellen. Im Gegenteil empfiehlt es sich, die von „handlicher Lohnarbeit“ lebende Klasse möglichst in Gruppen zu spalten und jede nach ihren Bedürfnissen getrennt zu behandeln. Vor allem also die Hauptklasse der Arbeiter der Großindustrie von dem Arbeiter des Handwerks, dem Tagelöhner und gar dem ländlichen Arbeiter getrennt zu behandeln, womöglich zu einer gewissermaßen privilegierten Klasse zu erheben, die auf ihre Rechte und ihre Stellung eifersüchtig ist und mit den andern Arbeiterklassen fundamentale Verschiedenheiten aufweist.

Das Objekt der nächsten Behandlung muß demnach der ständige Arbeiter der Großbetriebe von mindestens 40–50 Arbeitern sein. Diesem Arbeiter müssen effektive, keine Scheinrechte, eine Vertretung im Anschluß an die Fabrikinspektoren zugewiesen werden. Diese Fabrikinspektoren müssen eine wesentlich ausgedehntere Kompetenz und Verpflichtung bekommen und eine vertrauenerregende Instanz für Beschwerden werden, anstatt wie bisher den Champagner der Arbeitgeber zu schlucken. Später mögen die andern Kreise bedacht werden. Die Lohnfrage muß selbstverständlich ganz ausgeschieden werden. Auch alle Nebenfragen.

Wie das heutige Europa eine internationale Fabrikgesetzgebung machen soll, muß ich anderen überlassen zu verstehen. Es bedeutete

eine totale Umkehr aus den Labyrinthwegen der Bism. [arckschen] Politik seit 1862. Das scheint mir vorerst undenkbar, fast naiv. . . . Ich sehne mich nach Frühjahr und Sonne. Vielleicht werde ich dann klüger und andere auch.

97. An Stosch

Segenhaus, 4. März 1890

Die Spannung, in welche der Verlauf der Staatsratsaktion und der Wahlkampagne mich versetzte, hat mich von Tag zu Tag verschieben lassen, Ihnen für Ihren letzten Brief zu danken und laut mit Ihnen über die Lage zu denken, in der wir uns befinden. Zunächst bemerke ich zur Rechtfertigung, daß ich L.[oë] nicht zu Ihnen begleitete, daß dies wesentlich aus Rücksicht für letzteren geschah und weil ernste Gespräche sich besser zu zweien als in Anwesenheit eines Dritten führen, wie gut derselbe es auch mit mir meinen mag. Außerdem glaubte ich meinerseits nicht an einen andern Ausgang als wie den, welchen die Kanzlerkrise genommen hat, und wünsche auch keinen andern. Die Frage bleibt nur: war dieselbe einen Augenblick seitens des Kanzlers ernst gemeint oder nur als Schachzug, um die Stellung wiederherzustellen, bzw. zu stärken?

Ich bin geneigt, anzunehmen, daß es dem alten Herrn unheimlich wird, den jugendlichen Feuereifer des Kaisers mit verhängtem Zügel cotoyieren zu müssen und daß er sich aufrichtig in die Waldeinsamkeit sehnt, in der jeder verständige Mann nach Brahmas Vorschrift sein Leben beschließen soll. Aber ich bin gar nicht der Meinung, daß ein Staatsmann, der solch eine chaotische Maschinerie geschaffen wie die deutsche Reichsverfassung und der in übler Laune sukzessiv den größten Teil der Nation zu „Reichsfeinden“ und „Reichsverrätern“ erklärt hat, der außerdem die äußeren Beziehungen Deutschlands und Preußen in die impasse führte, in der dieselben sich befinden, überhaupt davon reden darf, sich auf das Altenteil zu setzen. Da heißt es „ordre pariet“ und im Sattel gestorben. Es wird somit nichts übrigbleiben als einmal sich mit einem Reichstag<sup>1</sup> abzufinden, in dem

<sup>1</sup> Der aus den Wahlen vom 20. Februar hervorgegangene Reichstag, in dem statt des Kartells von 1887 die Oppositionsparteien, Zentrum, Freisinn und Sozialdemokratie, die Mehrheit hatten.

die vereinigten „Reichsfeinde“ die Majorität haben, und dieses selbst zu tun und nicht einem andern zuzuschieben und sich irgendeinen Sündenbock auszuwählen, dem alle Mißerfolge zugeschoben werden können.

Während diesem Zwischenstadium gewinnt der Kaiser an Reife und Erfahrung und wenn dann der Kanzler dem Gesetze der Natur folgen muß, wird die monarchische Spitze so gehärtet worden sein, um die notwendige Grabarbeit zu definitiver Bestattung des Kanzlertums zu vollziehen.

Die Nation als solche ist aus sich heraus, wie sie seit zwei Jahrtausenden bewiesen hat, absolut unfähig, einen politischen Organismus zu schaffen oder zu ertragen, der an sie den Anspruch der selbständigen Mitwirkung in Gesetzgebung und Regiment macht – unter Achtung und Wahrung des Rechtes und der Freiheit anders denkender Mitbürger. Die germanischen Erbfehler der Parteisucht, des Neides und der dienstbereiten Servilität werden stets wieder solche Verirrungen ermöglichen, wie wir sie in der Bildung des Kartells und des naiven Hasses gegen alle Andersgesinnten erlebten, die den Kitt dieser Bismarckschen Heeresfolge abgeben. Nun haben sich die Verfehmten zusammengesetzt – in der Tat das einzige, was ihnen übrigblieb – und haben vor aller Welt den Wahnsinn bewiesen, als Regierungssystem die seit 20 Jahren gebrauchte Verhetzung der Nation zu statuieren.

Regierungsfähiger ist diese gemischte Gesellschaft, die nur das eine gemeinsame Merkmal trägt, nicht blind dem Kanzler zu Willen zu sein, nicht geworden. Zudem ist nicht die leiseste Aussicht vorhanden, daß künftige Wahlen jemals wieder eine Mehrheit zur Stelle bringen, die die Gefügigkeit der Kartellmajorität hat. Die Berufung auf die Verdienste der Reichsgründung – die Erweckung der finstern Leidenschaften des Kulturkampfes – der Interessenhandel der Schutzzollphase – und endlich die Gänsehaut ob angeblicher Kriegsgefahr tut es nicht mehr. Bleibt somit nur die soziale Gefahr als letztes Mittel für die Gepflogenheiten Bismarckscher Regierungsmethode, sich Majoritäten und Wahlen nach seinem Sinne zu schaffen. Wird ein Versuch damit dem allgemeinen Wahlrecht<sup>1</sup> gegenüber glücken? Ich glaube, nur dann,

<sup>1</sup> Daß seine Aufhebung damals von Bismarck „alleräußersten Falles“ ins Auge gefaßt war (vgl. E. Zechlin, „Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II.“, Cotta 1929), scheint Roggenbach unbekannt geblieben zu sein.

wenn das diabolische Mittel angewendet wird, durch angelegte Putsche die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreise zu erschrecken. Das führt nun freilich direkt auf den entgegengesetzten Weg als auf den, welchen die sozialen Reformationen des Kaisers gehen wollen.

Der Kanzler, wenn er sie mitmacht, kann unmöglich mit Zuversicht auf deren Gelingen hoffen, denn auch die versöhnten Arbeitermassen werden niemals Elemente für eine Kartellmajorität für ihn abgeben. Die platonische Jugendliebe zu Lassalleschen Ideen würde kein brauchbares Inventarstück für die politischen Kämpfe abgeben, welche sich durch künftige Wahlen entscheiden. Wenn demnach die Partie für die bisherige Bism.[arcksche] Regierungsweisheit ziemlich aussichtslos scheint und auch die Wahrscheinlichkeit nicht groß ist, daß die Vertretung der Nation in der zusammengewürfelten Majorität der letzten und auch künftiger Wahlen jemals aus sich etwas Verständiges schafft, so bleibt die einzige Hoffnung auf der günstigen Beantwortung der Frage: wird es dem Kaiser mit Anwendung der entgegengesetzten Methode, die der Kanzler seit 20 Jahren übte, d. h. statt mit auflösenden und verhetzenden Mitteln umgekehrt mit konstruktiven und vereinigenden Reformideen gelingen, gerade die dermalige, eventuell aus Trümmern des Kartells zu verstärkende Mehrheit zu einer brauchbaren „working majority“ zu gestalten?

Das halte ich nicht für unmöglich, wenn erst einmal der Kanzler ausgespielt hat und mit ihm alle die falschen Propheten und Prophetlein in die Grube der Vergessenheit und Unschädlichkeit gelegt sind. Gewiß wird es aber dem Kaiser nur dann möglich sein, wenn er noch mehrere Jahre Zeit hat, zu beobachten, wohin die Bism.[arcksche] Methode schließlich führt und wenn er selbst zu sehen und Menschen und Dinge vollkommen zu beurteilen gelernt hat. Auch gehört dazu ein gereiftes savoir faire. Es ist müßig, für eine Eventualität, die nicht da ist, Konjekturen und Vorschläge zu machen. Vollends solche, die Personen berühren. Qui vivra, verra und von wem kann man sagen, daß er bis zur Stunde der Abrechnung noch leben wird. Zur Zeit steht fest, daß für diese künftige Hauptaufgabe der Regierung die augenblickliche Phase und das sozialpolitische Experiment nur günstig ist, daß dasselbe sachlich nicht nur nichts verdorben, sondern der Kaiser persönlich an Ansehn gewonnen [hat], und die Zuversicht

auf seine Leistungsfähigkeit und geschäftliche Brauchbarkeit, auch auf seine Vorurteilslosigkeit in weiten Kreisen gesteigert worden ist. Namentlich die letzte Eigenschaft wird von Nutzen sein, denn es ist klar, daß die Neubildung einer Regierungspartei aus so disparaten Elementen keinen Ballast im Mantelsack brauchen kann, der den Bestand der Kulturkampfperiode und der wirtschaftlichen Weisheit Bismarckscher Handelsministerära ausmachte.

In Berlin scheint man über den Ausfall der Wahlen ungefähr das Gefühl zu haben, als stünde der Weltuntergang vor der Tür. Natürlich. Man log so redlich sich und der gläubigen Welt vor, daß der biedere Spießbürger nicht strikt Bismarckscher Observanz ein sehr gefährlicher Strauchdieb sei, daß man nunmehr nicht umhin kann, etwas vom „Hannibal ante portas“ mit Gruseln zu empfinden. Ich sehe das kühler an, wie Sie sehen, und bin boshaft genug, mich nicht einmal zu ängstigen, wenn die traurigen Figuren der Bismarckgefolgschaft auf immer und nicht mehr Wiedersehen von der Bildfläche verschwinden.

Vielleicht höre ich, wenn L.[oë] zurück ist, etwas Interessantes über die Äußerlichkeiten des in Berlin zu Ende gegangenen Schaustückes, dessen erste Anregung, nebenbei gesagt, vom König von Sachsen ausgegangen zu sein scheint und der deshalb um so mehr berechtigt ist, zu Worte zu kommen.

Ich schreibe, wenn ich hier flügge werde und Zeit haben sollte, bei Ihnen auf einige Stunden anzukehren.

#### 98. An Stosch

Segenhaus, 7. April 1890

Herzlichsten Glückwunsch, daß Sie dem brodelnden Hexenkessel glücklich entgangen sind und nicht wie der unglückliche Caprivi<sup>1</sup> darin Haut und Haare versengt zurücklassen mußten. – Aber auch dafür eine aufrichtige Teilnahme, daß es sich so fügte, daß Sie diesen immerhin historischen Moment gerade in Berlin waren und den pathologischen Fall aus der Nähe beobachten konnten.

<sup>1</sup> Der am 20. März als Nachfolger Bismarcks zum Reichskanzler und Ministerpräsidenten ernannte General Leo v. Caprivi, zuletzt Kommandierender General des X. Korps in Hannover.



Ich gehörte von Anfang an zu denen, die es für übel hielten, daß die Scheidung nicht infolge einer politischen zwingenden Situation, sondern infolge persönlicher Reibungen erfolgte, mögen letztere immerhin einen politischen Hintergrund, eine Machtrivalität zwischen Kaiser und Kanzler, zum Ausgangspunkt haben<sup>1</sup>.

Daß ein so bedeutungsvoller Vorgang sich indessen überhaupt vollziehen konnte, ohne daß darüber eine offizielle Darlegung des Zusammenhangs der Nation kund wurde, zeigt, wie tief das Niveau der politischen Zustände gesunken ist. Es würde im Interesse des Kaisers gelegen haben, darüber einen Status causae geben zu können, und die Zurückhaltung der Denkschrift und Rechtfertigung des Fürsten Bismarck wird vielfach dahin interpretiert, daß nicht das volle Recht auf einer Seite war. – Jedenfalls fehlte das Verständnis, daß für einen solchen vor der Geschichte abspielenden Akt, im eigenen Interesse, Klugheit des Verfahrens mehr indiziert war als rücksichtslose Schneidigkeit. Die Huldweise und klagenden Telegramme kontrastieren mit den Tatsachen, und man hört Bemerkungen über Mangel an Aufrichtigkeit, die nicht erwünscht sein können. –

Für mich steht nur eines fest, daß zur Zeit im Zentrum volle Anarchie herrscht. Lähmung der Initiative bei allen Organen, inkl. den neuen Reichskanzler, der seine Stellung überhaupt mit umstrittener Kompetenz übernahm. Bedingungen zu stellen, scheint er nicht in der Lage gewesen zu sein und doch mußte gerade die Frage der Kabinettsordre von 1852<sup>2</sup> absolut klargestellt werden, und er eventuell nicht die Ministerpräsidentschaft, sondern nur den Vorsitz im Kollegium annehmen –. Nun scheint der wackere Mann, den ich absolut nicht kenne, aber mehr mit der Unschuld eines Kindes als mit der Geriebenheit eines argen Sünders ausgestattet zu sein, wie er sein muß, um der Situation gewachsen zu sein. – Dieser Harmlosigkeit entspricht es, wenn er

<sup>1</sup> Über die wirklichen Hergänge bei der Entlassung vgl. aus der großen Literatur besonders die Darstellungen von Schüsler und Gagliardi und Wahl, a. a. O., 10. Kapitel.

<sup>2</sup> Sie betraf die Stellung des Ministerpräsidenten zu den übrigen Ministern und bestimmte vor allem, daß ohne dessen Vorwissen kein Minister mit Ausnahme des Kriegsministers dem Könige über Angelegenheiten seines Ressorts Vortrag halten dürfe (was Bötticher und Berlepsch zu den Fragen der Sozialpolitik getan hatten).

Marschall<sup>1</sup> unbesehen als sein Werkzeug akzeptieren mußte –. Dieser ist gescheit, biegsam, charakterlos, glatt wie ein Aal. Von finanziellem Dérangement habe ich nie etwas gehört – obwohl er viel Geld brauchen könnte, ohne es zu haben. –

Ich bezweifle, daß ihn der Großherzog empfohlen hat; ich vermute Herbert Bismarck, mit dem der Kaiser nach Ablehnung von Alvensleben konferierte und der Interesse hat, eine Kreatur in die Nachfolge zu bringen, damit bei Aufräumung des Augiasstalls nur vertraute Hände tätig sind. – Es ist damit freilich viel kostbares Material für die künftige Geschichtsschreibung verloren, zumal Holstein auch bei Sichtung behilflich sein wird, und alles, was der Mythenbildung schädlich sein würde, sicher beiseite kommt.

Die größte Gefahr, die uns bedroht, bleibt immer, daß die entscheidende Person, welche solche in Händen hat, weder die Tragweite von Worten noch Handlungen zu kennen scheint und doch mit unbegreiflicher Naivität die schwersten Probleme anfaßt. Die ganze Erscheinung ist eine so abnorme, ein Anachronismus seltenster Art, daß, wenn nicht bald eine Umkehr folgt, die freilich zunächst einesittliche der Selbsterkenntnis und Demut sein müßte, großes Unheil und schwere Konflikte unvermeidlich sind. –

Jeder, der den Dingen ferne blieb, darf sich gratulieren. – So auch der Exkanzler –. Aber auch Waldersee<sup>2</sup> wird nicht böse sein, mit heiler Haut abgekommen zu sein. Wenn es auch gewiß ist, daß er niemals so bestimmenden Einfluß haben wird, um einen ruhigen gemessenen Gang der Staatsleitung sicherzustellen, so kann er, solange er nicht vernutzt ist, doch noch von einigem Nutzen sein.

Sie sagen mir mündlich, ob Sie in Berlin etwas davon gehört haben, daß auch Fragen der auswärtigen Politik in der Kanzlerkrise im letzten Akte mitspielten –. Schuwalow und Schweinitz pp.

### 99. An Stosch

Schopfheim, 10. Juni 1890

Wenn Sie einen Ihrer Briefe mit der Bemerkung beginnen, daß Sie eigentlich nichts zu berichten hätten, so ist der Jubel bei mir

<sup>1</sup> Adolf Freiherr Marschall v. Bieberstein (1842–1912), der neue Staatssekretär im Auswärtigen Amt als Nachfolger von Herbert Bismarck.

<sup>2</sup> Über Waldersees Kanzlerpläne vgl. vor allem seine „Denkwürdigkeiten“, hrsg. von H. O. Meisner (Deutsche Verlagsanstalt 1922), Bd. 2.

groß, denn ich weiß im voraus, daß ich an einer wohlgedeckten Tafel niedersitzen darf. So auch mit der Zuschrift, die Sie mir am 8. d. M. in meine hiesige Wüste als erfrischenden Labetrunk sandten. Ich danke Ihnen herzlichst dafür.

... Die Aufgabe nach dem Personenwechsel im Reichskanzlertum konnte vernünftigerweise doch nur in dem Versuche liegen, die bisher in Gegnerschaft getriebenen Parteien soweit tunlich heranzubringen und hinter das Reich zu stellen. Das würde unstreitig auch nach außen den Eindruck einer erheblichen Stärkung gemacht haben. Das war zu erreichen mit einer zielbewußten einheitlichen Politik, der alle einzelnen Ministerien nachhandeln mußten. – Ich gebe zu, daß einzelne Parteiinteressen mehr Vorteil in einer oppositionellen Stellung finden und stets nach einem Weg gesucht hätten, solche zu gewinnen. Doch glaube ich, bei einiger Geschicklichkeit wäre denselben diese Taktik unmöglich zu machen gewesen. – Was ist nun geschehen? Jedes Departement operierte für sich, als ob gar keine gemeinsamen politischen Ziele vorhanden seien. Die hochintonierten sozialen Versprechungen hatten, wie vorauszusehen, keine Gesetze hinter sich, welche die Besorgnisse der Großindustriellen durch frisch, frei und fröhliche Befriedigung der Arbeiterklassen ausgleichen konnten. Die Armeebedürfnisse, welche in erster Linie ins Trockene gebracht werden mußten, sind gefährdet durch die, wie mir scheint, ganz unnötigen und noch dazu den Glauben an unsere militärische Überlegenheit in Frankreich erschütternden Ausführungen<sup>1</sup> Verdys. Die Abschwächungen<sup>2</sup>, die dieselben erfahren, und die abkühlenden Duschen gegen jede Velleität zweijähriger Dienstzeit, die folgten, zeigen eine Unsicherheit und Übereilung, die unvorteilhaft gegen die systematische Ruhe absticht, mit der seinerzeit Roon vorgegangen war. Auch das Zentrum steht mehr abseits als erwartet werden durfte. – Bis in die Reihen der Konservativen ist die Unsicherheit gedrungen. Daß Caprivi sich zurückhält, ist vielleicht Wirkung seiner Individualität und der falschen Situation, in die

<sup>1</sup> In der Militärkommission vom 21. Mai hatte Verdy erklärt, nach dem Rüstungsvorsprung, den Frankreich durch sein neues Wehrgesetz erlangt habe, müsse mit Erweiterung der jetzigen Militärvorlage gerechnet werden im Sinne Scharnhorstscher Wehrgedanken.

<sup>2</sup> Durch Caprivi selbst, der den Kriegsminister desavouierte und dessen Eröffnungen als ganz unbestimmte Zukunftsmöglichkeiten hinstellte.

er sofort durch Übernahme der Kanzlerschaft auf das Programm des persönlichen kaiserlichen Einflusses geraten war. Teilweise ist es aber auch ein Symptom der ungesunden Lage, und daß er einsieht, daß ein Hervortreten seinerseits nur mit einem Fiasko enden könne. Eine so komplizierte Maschine wie das mit Preußen verschlungene Reich kann eines einheitlichen, einzigen leitenden Willens nicht entbehren -. Soll er nicht im Kanzler künftig sein und soll der Kanzler nur noch nomineller Ministerpräsident sein, so muß der Kaiser und König im Staatsministerium, beileibe aber nicht persönlich und allein eintreten. - Das kann er nicht bei den besten Fähigkeiten - dazu sind die Geschäfte zu kompliziert und zu vielgestaltig - dazu müßte er auch mehr arbeiten können, als sonstige Pflichten ihm möglich machen, und als er auch vielleicht Lust hat -. „The queen in council“ oder der „Papst im Konzil“, wenn er auch als unfehlbar gelten will. Die Präntention, daß ein Kopf allein für alle Materien kompetent sei, hat noch niemand mit gesunden Sinnen als Grundlage einer rationellen Staatsleitung aufgestellt. -

Tatsächlich mag das einmal auf kurze Zeit probiert werden - es endet unfehlbar mit Verwirrung. Mir will scheinen, daß wir schon mitten in einem Zustand sind, der derselben ähnlich sieht. -

Ich bin auch keineswegs über unsere Lage mit Ostafrika beruhigt. Ich glaube nicht, daß wir die Verbindung mit dem Kongostaate opfern können. - Andererseits steigert sich die englische öffentliche Meinung in einem bedenklichen Grade, und es gehört die ganze Schwäche des Ministeriums Salisbury dazu, daß es diese Strömung nicht ausbeutet. Da ich nun nicht nachgeben würde und auch nicht glaube, daß die Engländer nachgebensollten, - was dann? - Das ist auch nicht behaglich und bleibt nur der Trost, daß die englische Politik zur Zeit eine elende ist und nachgibt -.

Studiere ich den Mikrokosmos eines Menschen, sagt Wallenstein, so weiß ich auch sein Wollen und sein Handeln. Ich fürchte, daß nicht Pflichtgefühl und nicht Wille, sondern höchstgesteigertes Selbstgefühl mit einer ungewöhnlichen Dosis Eitelkeit, die das Bedürfnis äußerer Huldigung hat, manchem Tun zugrunde liegt. Das gibt auch keine übergroße Basis, ein solides Zukunftsgebäude aufzurichten. Gründe genug, nicht rosig in die Zukunft zu schauen. -

Schopfheim, 3. Juli 1890

Seit Wochen drängt es mich, Ihnen für Ihren Brief zu danken und mit Ihnen laut zu denken. Zuerst verhinderte mich leidiger Drang zersplitternder Arbeit. Dann war ich mehrere Tage zum Besuch meiner Schwester in Freiburg. Gestern kam ich zurück. Meine Absicht ist, bis gegen Mitte des Monats rheinabwärts zu ziehen und dann bei Ihnen auf einige Stunden vorzusprechen. Möge nichts dazwischenkommen und bei Ihnen alles so gut stehen als es hier bei der Tücke der Witterung zu wünschen läßt. Es ist ein günstiges Geschick, daß die Unbefriedigung des Landmannes durch die Befriedigung ausgeglichen wird, mit der ein patriotischer Bürger auf die öffentlichen Angelegenheiten sehen kann. Die Wohltat, daß ein ehrlicher Sinn dieselben leitet, macht sich bis an die äußerste Peripherie und in die untersten Kreise fühlbar. Die ungesunden Irrwege, auf denen sich das Denken und nicht minder die Empfindungen der Nation bewegten, die wechselseitige Verbitterung, das Erschlagen des Gegners mit sinnlosen Schlagwörtern und Verhetzungen läßt allmählich nach und die vollkommene Desorientierung der blinden Anhänger des Reichskanzlers a. D. trägt zu der Erlösung bei, welche die öffentliche Meinung fühlt. Die, welche bisher das große Wort hatten, schweigen. Die, welche bisher schwiegen, fangen an zu denken und auch hier und da zu reden. So bin ich mit dem Stande der Dinge wohl zufrieden. Nicht, daß ich nicht wüßte, wo die Quelle der Widersprüche und inkohärenten Vorgänge sich befindet. Das ist ein Übel, mit dem wir lange zu rechnen und zu leiden haben werden. Aber auch da lernt sich vielleicht langsam das Zurückhalten unbedachter Entschlüssen und aus einem jugendlichen Epimetheus wird noch ein kluger Prometheus. Hoffentlich kostet die Umwandlung nicht zuviel Lehrgeld. Ich bin zunächst froh, daß die Militärvorlage, soweit Artillerie und ähnliches in Frage kam, im Hafen ist, und daß es durch Unterstützung der schlimmen „Reichsfeinde“ geschah, ist auch von manchen guten Folgen begleitet. Die verschiedenen Widersprüche, Desavouierungen und mysteriösen Vorgänge, die dabei in Frage kamen, vermag ich mir freilich nicht zu erklären. Ich nehme an, daß die Tatsache, daß sämtliche Gutachten, die eingeholt wurden, sich gegen die zwei-

jährige Dienstzeit erklärten, von Einfluß waren und die Unrätlichkeit erkennen ließen, damit zur Zeit vorzugehen. Es wäre freilich besser gewesen, dann von Anfang an nicht daran zu rühren und jedenfalls nur auf Grund eines fertig durchgearbeiteten Systems vorzugehen. Ich kann mir nicht denken, daß Verdy allein auf eigene Hand sich so weit vorwage. Jedenfalls zeigte sich Caprivi in Behandlung der parlamentarischen Kräfte nicht ungewandt, kleine Taktfehler ausgenommen, die fast in jeder Rede vorkommen. Im ganzen machte er in dieser ersten Kampagne einen sehr guten Eindruck und es ist sehr zu wünschen, daß seine Wirkungssphäre von Einbrüchen über seine Grenzen verschont bleibe.

Auf wen sich das Verdienst des englisch-deutschen Abkommens<sup>1</sup> im einzelnen verteilt, wird schwer festzustellen sein. Die Gewinnung einer festen Gebietsabgrenzung mit England inkl. Helgoland wird wohl dem „Kgl. großbrit. Admiral“ ins „Kredit“ zu schreiben sein, der damit wohl den sicheren Zweck bleibender Festigung des Verhältnisses zwischen England und Deutschland im Auge gehabt haben mag. Inzwischen hat die am 2. Juni im englischen Parlament stattgehabte Erörterung über Streichen des Gouverneurgehalts von Helgoland und darauf folgende Diskussion die Aufmerksamkeit auf die Frage gelenkt. Damals war in den Verhandlungen noch nicht die Rede davon, da die englischen Minister dabei gerade eine Abtretung für unmöglich erklärt hatten. Vierzehn Tage danach war sie eine Tatsache. – Mit dem Inhalt des Abkommens, soweit ich es kenne, bin ich im ganzen einverstanden. Ich glaube, es hätte sich die „Walfischbai“ auch noch erreichen lassen. – Auch habe ich an der südlichen Küste des Nyassasees einige starke Bedenken. Inzwischen sind das Kleinigkeiten. Die Antwort des englischen Unterstaatssekretärs Sir J. Fergusson auf die Frage, was das Sultanat Sansibar denn eigentlich sei, über welches England das Protektorat erwerbe, und die dahin ging, „die Insel Sansibar, Pomba pp.“, und „auf dem Festland sehr große Strecken“ ver-

<sup>1</sup> Vgl. den Wortlaut des am 1. Juli abgeschlossenen Abkommens im Europ. Geschichtsk. von 1890, S. 106/07, über die Beweggründe die Denkschrift im Reichsanzeiger vom 29. Juli, zur Beurteilung die mit Roggenbach vielfach übereinstimmenden Ausführungen Bismarcks im Helgoland-Sansibar-Kapitel der Ged. u. Erinnerungen (III, 11).

stehe ich nicht und hoffe nicht, daß daran gedacht wird, daß die Abtretung nur auf den Küstenstrich gedeutet werde. Das wäre ein undenkbarer Kniff; aber es bleibt dann immèr noch fraglich, was versteht Sir J. Fergusson unter den „weiteren Strecken“, die unter das englische Protektorat fallen. –

Was die Insel Helgoland betrifft, so scheint es mir nunmehr vor allem darauf anzukommen, dieselbe verteidigungsfähig zu machen, nachdem sie aus den Händen einer neutralen und uns schwerlich feindlichen Macht in die unsere übergang, und so ein Angriffsobjekt und, wenn sie Feinden in die Hände fiel, einen lästigen Wächter unserer Bewegungen abgeben könnte. Ob das möglich ist, weiß ich nicht. Einige Panzerdrehtürme müßten die Sache wohl machen. Daß die Reibungsanlässe zu Störungen des Verhältnisses mit England sich vermindert haben, ist jedenfalls gut. Zu Allianzen zu schreiten, haben die Engländer schwerlich Lust und ist für uns noch weniger rätlich – da nichts umsonst ist und für uns kein Grund vorliegt, uns überhaupt vorzeitig zu verpflichten. Aber schon so ist das Abkommen eine Verstärkung der Friedensgarantien. Die Art, wie Caprivi sich zur Kolonialfrage stellt, finde ich ganz vorzüglich. Dies nebenbei. –

Mit Miquels Eintritt<sup>1</sup> bin ich sehr zufrieden. Es kommen nunmehr doch einmal politische organisatorische Gedanken in die Regierung statt persönlicher Grillen Bismarcks. Ich war immer der Meinung, daß ein kluger Mann auf alle Sättel paßt. Er wird also auch einen guten Finanzminister abgeben. Für die soziale Gesetzgebung ist er vollends gar nicht zu entbehren. Sonst könnten wir noch manchen Schnitzer besehen. Freilich wird es für ihn bei seinen Bestrebungen nicht leicht sein, solange das Ministerium des Innern nicht in ganz andere Hände kommt. Die Hauptfrage auch für die Steuerfrage in Preußen bleibt die Reform der Landgemeinden im Osten und die Grundbesitzreform, die damit zusammenhängt. Das Heimstättengesetz der Konservativen tut es allein nicht. Dort liegt aber „Rhodus“, wo der Sprung gemacht werden muß. –

<sup>1</sup> Ins Finanzministerium, dessen Leitung er am 24. Juni als Nachfolger von Adolf v. Scholz übernommen hatte. Zu den folgenden Bemerkungen vgl. den instruktiven Aufsatz von Wilh. Mommsen, Zur Biographie Joh. v. Miquels in Hist. Z., Bd. 164, S. 529 ff.

Ich wünsche nicht, daß Bismarck in den Reichstag gehe, und zwar ganz allein um seinetwillen. Die Argumente voller Trugschlüsse, die man von der Ministerbank ertragen hat, würden ihm als „Wilden“ in der Opposition nicht durchgelassen werden. Aber ich fürchte, er setzt sich in seiner Leidenschaft entweder einer Wahlniederlage oder dem noch größeren Übel aus, daß er gewählt wird. –

101. *An Stosch*

Schopfheim, 22. September 1890

Ich hatte gerade einen Brief an Sie in Segenhaus begonnen, in dem ich den Vorschlag eines Besuches bei Ihnen gelegentlich meiner Auffahrt hierher machte, als die Nachricht eines meinem hiesigen Hauptwirtschaftsleiter [zugestoßenen Unfalls] mich zu plötzlicher Abreise nötigte (dem Unglücklichen wurde durch den Hufschlag eines Pferdes in bedenklicher Weise der Schenkel zersplittert). Mittlerweile traf Ihr lieber Brief in Segenhaus ein und suchte mich hier auf. Vor ich morgen meine Abfahrt nach Frankfurt zu der Generalversammlung des durch Prof. Nasses<sup>1</sup> Tod führerlosen sozialpolitischen Vereins antrete, möchte ich Ihnen meinen herzlichsten Dank für denselben senden, und zugleich meine Absicht mitteilen, den früheren vereitelten schönen Plan von Frankfurt aus auszuführen. Ich melde daher zunächst, daß ich Donnerstag daselbst zur vorbereitenden Ausschußsitzung ankomme und Freitag und Sonnabend während der Sitzungen der Generalversammlung daselbst bleiben werde. Sonnabend abend wird dann wohl noch eine Ausschußsitzung sein, aber Sonntag bin ich frei und könnte zu Ihnen hinüberkommen, wenn es Ihnen paßt. Schreiben Sie mir darüber ein Wort in den Frankfurter Hof.

Für alle Ihre Mitteilungen sowohl der Crowes als auch der Erlebnisse Freytags mit dem bösen Ernst danke ich vielmal. Dieselben interessieren mich sehr. Was Crowes Beobachtungen betrifft, so ist darin die Notiz in betreff der Zuversicht, welche über die Tüchtigkeit der Armee in Frankreich zu herrschen scheint, und die Tendenz Freycinets, nach dieser vollendeten Neuschöpfung

<sup>1</sup> Erwin Nasse (1829–90), Prof. d. Volkswirtschaftslehre in Bonn, seit 1874 Vorsitzter des Vereins für Sozialpolitik.



in die Stellung eines auswärtigen Ministers behufs diplomatischer Kriegsvorbereitung überzugehen, besonders wichtig. Im allgemeinen habe ich zwar gefunden, daß Crowe mehr den Gesichtspunkten der Kanzleibeamten einer Botschaft folgt als die wirkliche Einsicht in den Zusammenhang der Dinge hat. Darum könnte er indessen Mühe haben, daß der Eintritt Freycinets ins Auswärtige Amt von übler Vorbedeutung sein könnte. Über die Lage der Republik und insbesondere über Carnot urteile ich nicht so pessimistisch. Man könnte das gleiche Verdikt der Impotenz über alle Staaten aussprechen. Deshalb bleibt die Bilanz der politischen Kräfte doch nahezu die gleiche. Indessen will mir scheinen, daß die Manöver des I. und II. Korps bei Cambrai so viel Lücken zeigten, daß die Kriegslust um deswillen eher gedämpft sein wird. Die gleiche Wirkung werden wohl auch unsere Manöver auf einsichtige Kritiker gehabt haben, wo nicht das dekorative Spiel blendete. – Es wird interessant sein, das Urteil Huenes darüber zu hören.

Soweit ich über die Stimmung in den Kabinetten etwas gehört habe, ist dieselbe vorerst allseitig friedlich, vor allem in Rußland, wo man sieht, daß man in Bulgarien eine verlorene Partie spielt und mit jedem Ehrentrost sich zufrieden geben wird, zudem man sicher ist, in Konstantinopel den bestimmenden Einfluß und die Trophäe des „Mare clausum“ im Schwarzen Meere davonzutragen mit allgemeiner Zustimmung der Mächte, auch Englands. . . .

Was die Velleitäten des Exkanzlers betrifft, so erhalten dieselben in dem Gegensatz der Großindustrie gegen die kaiserlichen Sozialexperimente einen anscheinenden Rückhalt. Daß aber deutsche Fürsten außer Ernesto an der Rückkehr arbeiten, das glaube ich nicht. Ich halte freilich nicht für denkbar, daß der Kaiser und Caprivi lange miteinander ohne contrecoup die Partie spielen können, und auch bruske Umschläge sind vielleicht nicht ausgeschlossen. – In der Sozialpolitik scheint tiefe Ruhe. Jetzt, nach der Zeit der Seeirrfahrt, kommt die Periode der Nimrodschen Vagabondage. Dabei kann wenig echtes volles Korn, sondern nur leeres Stroh gedroschen werden, was freilich oft noch mehr Lärm macht. Im Auslande ist man nicht so nachsichtig als wir, die Rücksicht auf die Unerfahrenheit der Jugend und ihre Sprünge nehmen.

Miquels ersten Gängen folge ich mit lebhaftem Interesse. Wenn

er den Kaiser nicht für das Detail seiner Pläne gewinnen kann, bleibt der renitente Geheime Rat und der Junker, der ihm den Rücken steift, der Stärkere. . . .

102. An Stosch

Segenhaus, 31. Dezember 1890

Das Jahr soll nicht zu Ende gehen, ohne daß mit meinen wärmsten Wünschen für Ihr und aller Ihrigen Wohlergehen auch mein inniger Dank Sie erreicht für alle im letzten Jahre bewiesene und auch wieder durch Ihren letzten Brief herzerfreuend betätigte Freundschaft. Je lichter sich die Reihen derer stellen, mit denen man jung gewesen und die Bestrebungen seiner Tage geteilt hat, um so wertvoller werden die seltenen Zeugen einer Vergangenheit voll guter und sorgenreicher Stunden. Der natürlichste Wunsch ist dadurch der des Egoismus, daß dieselben uns erhalten bleiben mögen, und dann der des Gefühls für die Teuren, daß es denselben wohlergehen möge. Da unsere Zeitgenossen wohl fast alle gesichert sind gegen Bekräftigung des Satzes, „Es irrt der Mensch, solange' er strebt“, durch Wünschen und Trachten, und sich der Kreis ihres Hoffens auf die engen Gebiete zurückgezogen, die brahminische Weisheit dem höheren Alter zuwies, so möge auch Ihnen vor allem das reine ungetrübte Glück in diesem Jahre beschieden sein, das den von der Welt Zurückgezogenen durch dieselbe verheißen wurde. Es ist Geringschätzung der ehrgeizigen Kämpfe der Welt, Genuß an der Natur und enges Zusammenleben mit wenigen treuen Freunden in einem gesegneten Familienkreise.

. . . Die Frage, wieviel Anteil Miquel an der Festigkeit Herrfurths in der Landgemeindefrage hat, interessiert mich sehr. Die Regierung kann gar nicht anders – als festhalten und dringt jedenfalls durch. – Bedenklicher scheint mir immer die Verhandlung mit Österreich auf eine Zollunion hin und nicht auf einen stets kündbaren Handelsvertrag. Ich kann nicht umhin, darin der Argumentation des Exkanzlers recht zu geben. Dagegen finde ich seine Parteinahme für den engen Standpunkt der östl[ichen] Gutsbesitzer ganz verhängnisvoll für ihn, weil es nochmals vor der Geschichte dartut, wie groß der Einfluß ist, den er seinem

finanziellen Interesse auf seine Anschauungen gestattet. Nicht minder verfehlt waren seine Ausführungen über die elsäß-lothringischen Fragen an die Straßburger Deputation, geführt von einem Prof. Ziegler. Was müssen diesen Geständnissen gegenüber die Mitglieder der Deputationen denken, denen er bald nach der Annexion das gerade entgegengesetzte Lied vorsang?

### 103. An Stosch

Segenhaus, 5. Februar 1891

Ich war leider verhindert, Ihnen so unmittelbar, als ich es gewünscht hatte, für Ihren Brief vom 26. und die darin enthaltenen sehr interessanten Mitteilungen aus Ihrer Berliner Zeit zu danken. Vor allem hätte ich Ihnen gerne meine Freude kundgegeben, daß Sie diese Fahrt in grimmiger Winterzeit ohne Einbuße am Wohlbefinden überstanden und mit Gemütsruhe aus Ihrem warmen Zimmer die Verwandlungen des Vaters Rhein zu Ihren Füßen mit ansehen können.

. . . Ihre Darstellung der verschiedenen Strömungen in der öffentlichen Meinung in Berlin, je nachdem der Kritiker der älteren oder jüngeren Generation angehört, zeichnet die Lage genau, wie sie ist. Ich lasse dem Teile, dem die Zukunft gehört, gerne seinen rosigen Glauben, wenn ich nur erst wüßte, von welchen Ideen diese hoffnungsfrohe Jugend getragen ist, die sich goldene Berge von schneidiger Behandlung verspricht. Um Energie ist es schon etwas Schönes; es fragt sich nur, für was sie eingesetzt wird. Darin sehe ich zur Zeit noch nicht klar. Auflösung des Alten gibt es genug. – Nicht nur das Personal, womit der alte Kaiser arbeitete, wird demselben wie die Gefolgschaft alter germanischer Fürsten in die Grube nachgesandt, auch alle Verhältnisse und Staatsgewohnheiten wandern den gleichen Weg. – Sei es darum. Neue Zeiten – neue Leute! Nur bleibt absolut dunkel, wohin das Schiff gesteuert wird. Darüber scheinen mir die Steuerleute selbst nicht im klaren zu sein. Caprivi, der bisher mit seinem jungen Herrn gut ausgekommen ist, hat wohl kaum das Gefühl persönlicher Verantwortlichkeit für den Gesamtumfang der Staatsaktionen im Reich und in Preußen. Er scheint die beim Abgange Bismarcks eingetretene Lähmung der Ministerpräsidentenstellung

als Faktum akzeptiert zu haben und keinen Versuch zu machen, in die einzelnen Departements einzugreifen, auch nicht, wo das Budget in Frage kommt. Dabei scheint den Wünschen des Kaisers in großem Maße Rechnung getragen zu werden, und die Frage wird sein, wie auf die Länge dieser Impuls der staatlichen Tätigkeit durch den absoluten Willen des Herrschers sich mit den parlamentarischen Organen ausgleicht, die einmal da sind und nicht ungeschehen gemacht werden können. –

Wird Miquel, die geistige Potenz im Ministerium, von seinem Ressort aus imstande sein, die Ausschreitungen, die ihm zugemutet werden könnten, zu mäßigen und einen einigermaßen geregelten Stand der Finanzen aufrecht zu halten? Mit den gesetzgeberischen Vorlagen bin ich ziemlich einverstanden. Bei der Landgemeindeordnung ist es selbstverständlich und deren Erfolg zur Zeit gesichert<sup>1</sup>. Was die Sperrgesetzworlage<sup>2</sup> betrifft, so halte ich dieselbe für die kathol. Kirche für weniger vorteilhaft als die vorjährige, denn ein ausgegebenes Kapital, sei es für Reklamationen, sei es für Kirchenbauten pp., gibt gar keine Macht. Die Rente hätte Macht gegeben in beiden Fällen, falls sie gezahlt worden wäre in Zeiten des Waffenstillstandes zwischen Staat und Kirche, und dann auch, wenn sie in Kulturkampfzeiten zurückgehalten worden sein würde. Von diesem Standpunkte begreife ich sehr wohl, daß Goßler sagt, es sei kein Widerspruch und keine Inkonsequenz auf seiten der Regierung. – Aber die Befriedigung des Zentrums scheint mir etwas kurzsichtig zu sein.

Der Abgang von Leszynski tut mir leid. Es war einer der wenigen, der das Vertrauen der Armee und selbst noch Kriegserfahrung<sup>3</sup> als Führer hatte. Sein Abgang scheint eine längere Vorgeschichte zu haben. –

<sup>1</sup> Die Landgemeindeordnung für die 7 östlichen Provinzen wurde am 1. Juni im Abg.-Hause angenommen.

<sup>2</sup> Sie betraf die in der Kulturkampfzeit auf Grund des Gesetzes vom 22. April 1875 angesammelten Gelder und deren nunmehr nach dem Friedensschluß beabsichtigte Verwendung zugunsten der katholischen Kirche, der eine jährliche Rente von der Summe der einbehaltenen Staatsgelder überwiesen werden sollte. Das Zentrum hatte die Vorlage 1890 abgelehnt, um sie dann anzunehmen, als die Regierung sie 1891 in dem von ihm gewünschten Sinne – teils Rückgabe des Geldes an die „Gesperrten“, teils Aushändigung des Kapitals an die Bischöfe – erneuerte.

<sup>3</sup> als badischer Generalstabschef 1870.

Waldersee wird in der Armee nicht bedauert<sup>1</sup>; er ist nicht beliebt. Den Trost des kaiserlichen Briefes<sup>2</sup> wird er schwerlich für sehr ernsthaft nehmen, mit seiner Hinweisung auf die mit ihm beabsichtigte Schulung zur Armeeführung. Ich denke, der Sperling in der Hand war ihm lieber als die versprochene Taube auf dem fernen Dache im künftigen europäischen Kriegsbrande.

Inzwischen wird er im Generalstabe leicht zu ersetzen sein. Dagegen nur schwer als der Einzige, der dem kaiserlichen Herrn rückhaltlos seine Meinung kundgab, komme daraus, was wolle. Ich denke eine Reihe anderer Fälle nach, die den Makel der Anciennität und Erfahrung an sich tragen. –

Solange wir indessen diese letztere Eigenschaft durch Inspiration von Gottes Gnaden ersetzt wissen, sollten wir doch vernünftig sein und uns keine Sorgen um die Zukunft machen! –

... Daß der große Schwindler Crispi zu Falle kam<sup>3</sup>, der mit der leeren Brieftasche der italienischen angeblichen Kriegsbereitschaft und den bankrotten Finanzen *va banque* in der Tripleallianz spielte, ist ein großes Glück. Nun werden die Italiener an die realen Grenzen ihres Könnens sich erinnern, und wir werden wissen, was sie für uns wert sind. Die drei Divisionen italienischer Truppen, die im Kriegsfall am Oberrhein erscheinen sollten und für die wir die sog. strategischen Bahnen bauten, werden freilich jetzt noch weniger erscheinen als zu Crispis Zeiten. Aber wir haben doch den Vorteil, nicht auf sie gerechnet zu haben, und entgehen der Gefahr einer Täuschung. Damit ist so ziemlich der letzte Rest Bismarckscher Taschenkünstlerei von der Bildfläche verschwunden und wir dürfen hoffen, unsere auswärtigen Beziehungen auf Grund der realen Verhältnisse geordnet zu sehen.

<sup>1</sup> Wegen seiner dienstlichen Veränderung: nicht mehr Chef des Generalstabs, sondern Kommandierender General des IX. Armeekorps in Altona.

<sup>2</sup> Vgl. den Wortlaut des Briefes in Waldersees „Denkwürdigkeiten“, Bd. 2, S. 186/87.

<sup>3</sup> Francesco Crispi (1819–1901), seit Juni 1887 Minister des Auswärtigen, war im Januar 1891 von den Parteien der Rechten zum Rücktritt gezwungen worden. Über die finanziellen Schwierigkeiten Italiens vgl. besonders die sachkundigen Berichte des Militärattachés Major v. Engelbrecht an Waldersee in dessen Briefwechsel (S. 240ff.), die den politischen Wert Italiens für den Dreibund ebenso gering einschätzen wie Roggenbach es tut.

Die Entfernung von Huene<sup>1</sup> von Paris ist ein ernster Verlust, da die Personen selten sind, die dem Franzosen auf die Finger sehen konnten und sich nicht täuschen ließen. Münster selbst sieht nichts und der neue Militärbevollmächtigte braucht zwei Jahre, um sich zu orientieren. –

Was unsere Kolonialangelegenheiten betrifft, so bedaure ich, daß der Umstand, daß wir ein strammes Regiment in den Kolonien einführen, wo jeder nur das „darf“, was der Reichskommissar und seine Hilfsmandarinen erlauben, die Einwanderung des abenteuernden Elementes ganz ausschließt. In der Tat will niemand unter solchen Umständen seine Haut zu Markte tragen, wo er erst fragen muß, ob Wißmann im Morphinrausche damit einverstanden ist. Es ist geradezu unbegreiflich, wie töricht dabei zu Werke gegangen wird. Wer unter den Verhältnissen auswandert, wie sie in Ost- und Westafrika liegen, will zunächst durch Reglementierung und Gesetze nicht behindert sein. Zur Zeit ist aber das Regiertwerden das erste, was den Unglücklichen erwartet, der in unsere Kolonien auswandert. Dafür geht auch das Geld darauf, statt auf ehrliche Patronen und gute Spaten. – Dabei scheint Caprivi selbst sich der Sache mit Interesse anzunehmen und Nummern über Nummern zu erledigen, statt nach dem einfachen Rezepte „schwimm oder ertrink“ die Sache zu behandeln. . . .

#### 104. An Stosch

Segenhaus, 8. März 1891

. . . Von meinem Sitze aus dem Parterre sehe ich harmlosen Sinnes auf die Bühne und frage mich, ob das Stück, was gespielt wird und so manche Szenen enthält, die an eine Farce erinnern, als Komödie oder als Tragödie endigen wird. Die Chance, daß es ein Rührstück geben wird, in dem alles gut ausgeht, scheint nach der bisherigen Disposition des Vorspieles ausgeschlossen. Die zahlreichen Ungeschicklichkeiten<sup>2</sup>, vom Briefe an Frau Meissonier

<sup>1</sup> Freiherr v. Huene, dessen Pariser Berichte auch von seinem Chef, dem Botschafter Grafen Münster-Derneburg, sehr hoch eingeschätzt wurden.

<sup>2</sup> Die von R. erwähnten Fälle betreffen die Inkognitoreise der Kaiserin Friedrich nach Paris (18.–27. Febr.), die durch boulangistische Pöbelcieln (Déroulède) gestört war, und den Beileidsbrief des Kaisers an die Pariser Akademie der Künste zum Tode des Malers Meissonier, eine der zahlreichen Aufmerksamkeiten, durch die er versöhnlich auf Frankreich zu wirken hoffte.

bis zur Reise der Kaiserin Friedrich und dem Ingrim in dem Prozesse „Kaiser contra Déroulède“, können beiden Arten des deutschen Zeitdramas zugewiesen werden. Ich glaube, es ist noch selten vorgekommen, daß ein Inkognito in solcher Form durchgeführt wurde und so wenig die praktischen Rücksichten geachtet worden sind, welche im Verkehr mit anderen Staaten üblich sind.— Solange es sich um Kleinigkeiten handelt, mag man sich noch mit Lachen trösten. Leider ist zu befürchten, daß die gleiche Kopflosigkeit und Unbedachtsamkeit auch sich geltend machen wird, wenn es sich um ernstere Dinge handelt, und dann wird das Lachen vergehen müssen. Geradezu erschrocken war ich über die Äußerungen bei Bötticher zu Unterstützung der Marineforderungen mit dem Hinblick auf die Abweisung der Russen in dem „bevorstehenden Kriege“.

105. *An Stosch*

Segenhaus, 15. März 1891

Es war mir sehr leid, Ihrer freundlichen Aufforderung, mit Loë bei Ihnen zusammenzutreffen, nicht haben nachkommen zu können. . . . Loë war vor einiger Zeit einmal hier und sagte gelegentlich, er beabsichtige, Sie, wenn er könne, in der nächsten Zeit zu besuchen, und es wäre schön, wenn ich dann mitkäme. Ich erwiderte nichts. Da der Zeitpunkt noch im ungewissen war, so war es nicht nötig, meinen Bedenken in dieser Hinsicht Ausdruck zu geben. Ich habe allen Grund, anzunehmen, daß Caprivi auf Loë gerade so eifersüchtig ist und ganz ebenso ohne Grund wie seinerzeit auf Sie. Es war für nichts gut, dieser Eifersucht irgendeine weitere Grundlage zu geben, und es empfiehlt sich weit mehr, die ganze Gesellschaft ruhig im Fette ihrer eigenen Weisheit und Torheit schmoren zu lassen. So verzichtete ich denn immerhin mit schwerem Herzen und hoffe, daß Sie einen ausgiebigen Tag auch ohne mich hatten.

Der einzige Lichtblick scheint mir in dem Fortgange der inneren Gesetzgebungsarbeit zu liegen. Ob dadurch Miquel freilich in seiner Stellung dauernd befestigt wird, bleibt zweifelhaft. Einstweilen ist seinem Einflusse wohl die Art und Weise zuzuschreiben, in der Caprivi sich gegen die Freisinnigen stellte, obwohl dadurch

die Aussichten für die Marineforderungen nicht eben gebessert wurden. Von meinem Laienstandpunkt, der das Ausführbare in Marinesachen nicht beurteilen kann, erscheint mir Verstärkung der Marine immerhin wünschenswert. Nur wenn wir in Kopenhagen mehr gefürchtet [werden], als daselbst russische Hilfe geschätzt wird, können wir hoffen, rechtzeitig im Fall eines Krieges Dänemark sofort beim Beginn in eine sichere Neutralität oder in unsere Allianz zu zwingen und dadurch den Sund in unsere Hand zu bekommen. Das scheint aber für alle weiteren Eventualitäten um so notwendiger, als die Dänen die Befestigung Kopenhagens mit russischem Gelde ganz offen betreiben und man in Petersburg diesen Ausgang aus der Ostsee ganz mit denselben Mitteln in die Hand zu bekommen sucht, die man in Konstantinopel mit Erfolg anwendet. Sultan und König Christian sind russische Pensionäre. Der erstere bezieht bei Wohlverhalten die Zinsen der Kriegskontribution, der Schwiegervater die Million, die für den kaiserlichen Aufenthalt bezahlt wird. Dagegen kann nur die „faule Grete“ helfen. Folglich habe ich nichts gegen verständige Steigerung der Marinekräfte einzuwenden. Auch Helgoland will verteidigt sein und seitdem jeder deutsche Kaufmann nach einem Kriegsschiff schreit, um mit Großmüligkeit erreichen zu können, was er bisher mit Klugheit und Gewandtheit erzielte, ist ohnedies mit dem Vorhandenen nicht auszukommen. Einiger Widerstand ist freilich zu Erziehungszwecken ganz nützlich, wenn die Einsicht wächst, daß auch die Steuerkräfte ein Ende nehmen können. Davon scheint man z. Z. noch wenig Vorstellung zu haben, trotzdem manche Zeichen belehrend genug für die Verarmung des flachen Landes sind. Der Umstand, daß fast alle Winterfrucht umgepflügt werden muß und daß auch der Klee sehr unter der Kälte Not gelitten hat, wird große Kreise der Kleinbauern sehr treffen und diese Verarmung noch beschleunigen.

In den Verhandlungen über den österreichischen Handelsvertrag<sup>1</sup> sieht man, soweit etwas in die Öffentlichkeit dringt, überall die mangelnde Sachkenntnis der Unterhandelnden. Nur wissen die Österreicher, was sie wollen, nämlich ein Geschäft machen. Wir aber laufen einem Phantom nach und können nur die Zeche bezahlen.

<sup>1</sup> Vgl. die übereinstimmende Kritik des Vertrages in Bismarcks Kapitel „Handelsvertrag mit Österreich“ (Ged. u. Er. III, 12).



... Wie gefällt Ihnen Bismarck als Reichsbote<sup>1</sup>? Es ist fast unglaublich.

106. An Stosch

Segenhaus, 3. Mai 1891

[R. liegt wegen eines Gichtanfalls zu Bett.] Ich empfinde außer der Beigabe von Schmerz und Unbehagen besonders empfindlich alle Unbequemlichkeiten eines fast vollständigen Kontraktseins und Sie bekommen in meiner schlechten Schrift leider auch Ihren Teil davon zu spüren. Inzwischen muß man sich dadurch den Humor nicht verderben lassen und der Erfahrung gedenken, daß strenge Herren selten lange regieren. . . .

In dankbarem Entgelt Ihrer interessanten reichen Mitteilungen kann ich Ihnen nur spärliche Brosamen spenden. . . . Sie müssen mit meiner eigenen Gefangenenkost vorlieb nehmen. Die Pièce de résistance derselben bleibt der Bericht, den mir Tachard<sup>2</sup> über seine Unterredungen mit Rudini<sup>3</sup>, König Umberto, Ld. Dufferin<sup>4</sup> in Rom gab und der eben darauf hinausläuft, daß Italien an der äußersten Grenze der Verarmung angekommen ist, so daß es schwer ist, nur ein 10-Lire-Stück gewechselt zu erhalten, weil alles Geld verschwunden ist und die Bankerotte Private wie Staatsbanken gleichmäßig bedrohen. Dem doppelten Andrang der mit dem Klerikalismus operierenden republikanischen Agitation Frankreichs und der zersetzenden Feindschaft aller gegen alle gegenüber, die von jeher das Krebsübel Italiens war, ist sich die Dynastie ihrer Schwäche bewußt und sieht vor allem die Notwendigkeit ein, der ökonomischen Not zu steuern, in die sie durch die Handelsstockung mit Frankreich geriet, ohne daß Deutschland-Österreich entsprechenden Ersatz zu bieten vermögen.

<sup>1</sup> Bismarck war von den Nationalliberalen des Wahlkreises Geestemünde in den Reichstag gewählt worden, in dem er aber nicht erschien.

<sup>2</sup> Großindustrieller im Oberelsaß, Besitzer von Schloß Niedermorschweiler bei Mülhausen, mit Roggenbach in häufigem Verkehr.

<sup>3</sup> Antonio Rudini, Marchese di Starabba, 1891 ital. Ministerpräsident als Nachfolger Crispis.

<sup>4</sup> Der damalige englische Botschafter in Rom, Marquis von Dufferin und Awa (1826-1902).

Virtuell ist daher mit dem einen Faktor der Tripleallianz nichts mehr anzufangen und das scheint mir eher eine Stärkung als eine Schwächung unserer Stellung zu sein; denn es ist klar, daß die Bedrohung verschiedener Landungen von Tunis und Algier, Korsika und Toulon aus die italienischen Streitkräfte fast gänzlich lahmlegt und daß die Lombardei bis an die Etsch jederzeit einer französischen Invasion offensteht, da die italienische Armee unzweifelhaft die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit halten wird. – Über die Episode „Reise der Kaiserin Friedrich“ weiß ich so ziemlich alles, was der eine dem andern vorwirft, die Kaiserin Münster und umgekehrt, auch von der Gefahr, die dabei durch Abmangel kühlen Kopfes drohte. Mit dem Gange der Land- und Reichstagsarbeit bin ich zufrieden, auch mit dem Fiasko des Streiks. Ich glaube, wir haben doch in der sozialen Verwirrung einige Armstöße dem festen Lande zu gemacht. Freilich muß all der Blödsinn der Alters- und Invalidenversicherung erst wieder beseitigt sein und ein gut Stück Bismarckscher Zollpolitik hintendrein geworfen werden.

Sowie ich wieder flügge bin, fliege ich gegen Süden ins badische Oberland und mache eine kurze Station bei Ihnen. . . .

#### 107. An Stosch

Segenhaus, 7. August 1891

Seit ich hier angekommen bin, suche ich nach einem freien Augenblicke, um Ihnen ausführlich schreiben zu können. Nun liegt Ihr Brief vom 2. mit all seinen teilnehmenden Worten schon wieder mehrere Tage vor mir und ich komme erst jetzt dazu, notdürftige Notizen über den Zusammenhang der Bukarester Tragödie zu senden und Ihre Sorge um die Fürstin mit genauer Darlegung zu beantworten.

Ich beginne damit, zu sagen, daß wir über den notwendig verhängnisvollen Verlauf derselben seit dem letztjährigen Aufenthalt der Königin nicht im Zweifel waren und daher von keinem schlimmen und schlimmsten Erfolg überrascht wurden. Die für Herz und Empfindung einer Mutter schmerzlichsten Erfahrungen liegen schon in der Vergangenheit. Seither mußte das unaufhaltsame Fortschreiten des finsternen Verhängnisses ohne Möglichkeit

rettenden Eingreifens beobachtet werden und noch heute ist die Krisis nicht erreicht und ein mögliches schreckliches Ende kann jederzeit bevorstehen.

Die Zeitungen, insbesondere der Artikel der Kölnischen Zeitung, der ungefähr die Anschauungen der diplomatischen Bericht-erstattung von H. v. Bülow reflektiert, sind im ganzen ziemlich gut informiert, nur überschätzt letztere den politischen Teil der Intrige, übertreibt den Anteil der Romantik an der Heiratsintrige, und ignoriert gänzlich den mystischen und schwarzen Hintergrund, auf dem dieselbe aufgebaut war und der die schlimmste Seite der Sache bildet. Es würden Bogen dazu gehören, in die Details dieses Unfuges einzugehen, und nur mündlich läßt sich dasselbe ergänzen.

Die Tatsache ist: seit mehreren Jahren, in denen Frl. Vacaresco als Hofdame in den Dienst der Königin trat, die sie wegen kleiner dichterischer Leistungen und eines in Rumänien ungewöhnlichen literarischen Bildungsschliffes ausgesucht hatte, wußte sich dieselbe der Königin in einer Weise zu bemächtigen, daß die Königin nur noch sah, fühlte und tat, was Frl. V. sah, tat und fühlte. Sofort nach der Ankunft letzten Sommer trat zutage, daß dieser exorbitante und unnatürliche Einfluß darauf gerichtet war, die Königin von aller Beziehung zu ihrer Familie, Mutter und Bruder, ihren deutschen Verbindungen und ihrem Vaterlande, aber auch von den Hohenzollernverwandten zu lösen, und daß die Königin blind und willenlos auf alle Lügen hineinfiel, die ihr H. Vacaresco Tag für Tag in neuer Form zutrug und mit Zuhilfenahme von Wahrsagerei, Traumdeuten und spiritistischem Spuk zu stützen suchte.

Da es ganz erfolglos blieb, der Königin trotz ihrem sonstigen Verstande die Augen über dieses Treiben zu öffnen, sondern sie mehr und mehr der Beherrschung durch Helene V., deren auch anwesende Mutter und die zweite Tochter sowie des Kabinettssekretärs Scheffer und Frau versank, so schrieb die Fürstin ausführlich an den König, machte ihn auf die ganze Sache aufmerksam, forderte ihn auf, dem Einflusse der Helene V. ein Ende zu machen und das spiritistische Unwesen, Tischrücken und Geisterzitiern, das eine Prinz. Alex. Bibesco, Freundin der Königin wegen ihres ausgezeichneten Klavierspiels, von Paris in den Kreis der Intimen der Königin importiert hatte, nicht zu dulden. Die Fürstin schrieb damals schon dem Könige: es ist unmöglich, daß

mit dem ganzen unnatürlichen Treiben und systematischen Lügensysteme, mit der totalen Isolierung der Königin nicht von dieser kleinen Koterie ein bestimmter Zweck verfolgt werde. Wir sagten damals alle einstimmig: Helene Vacaresco will den Kronprinzen Ferdinand einfangen und daher werden alle durch Anschwärzung beseitigt, die einen hindernden Einfluß ausüben konnten. – Der König blieb blind in einer ganz unerklärlichen Weise und scheute sich – wahrscheinlich aus Rücksicht auf die Wirkung, welche eine Entfernung von H.V. auf den Gesundheitszustand der Königin haben könnte – etwas zu tun. Diesen übeln Einfluß auf die Gesundheit hat der vermutlich auch von den Vacarescos gewonnene Arzt – ohne Zweifel in deren Interesse – übertrieben dargestellt. So ging das Übel und die Intrige den ganzen Winter weiter. Am unbegreiflichsten war des Königs *laissez aller*. Von hier sah man langsam die Lawine ins Rollen kommen, die einen großen Teil der 25 jährigen Arbeit des Königs, die Dynastie, die Stellung der Königin, vielleicht deren Geistesklarheit und Leben erschüttern mußte. Zu machen war gar nichts, da die Vac. die Königin zum Abbrechen jeder Verbindung mit Segenhaus und Monrepos-Neuwied gebracht hatten.

Nun sagt der König, er sei in der Heiratsache vollkommen überrascht worden, und beharrt dabei, sie für eine erst im Mai entstandene jugendliche Neigung des leichtsinnigen Prinzen zu erklären, während die Geister, die Helene Vac. in ihren spiritistischen Sitzungen sprechen ließ, seit November der Königin nur von der Leidenschaft des Prinzen Ferdinand, von seinen Selbstmordversuchen pp. erzählen mußten. Unglaublich, aber wahr. Nachdem die Bombe in Bukarest geplatzt war, hat der König in umsichtiger und von Rücksicht auf die Königin geleiteter Weise seine Stellung genommen, leider aber wieder nicht der Forderung der Fürstin nachgegeben, Helene Vacaresco zu entfernen, was auch daraus komme. Sie erbot sich sogar, vor Gericht und einer Untersuchungskommission zu beweisen, in welcher unheilvoller Weise H.V. und Helfershelfer die Königin belogen, hintergangen und mit Täuschungen umstrickt. Der König fürchtete, es könne der Gesundheit der Königin schaden. Die Fürstin beschwor ihn, die Königin nicht von sich zu lassen, bis die Trennung von H.V. und die Zerspaltung des Ringes stattgefunden. Statt dessen machte er ein Kompromiß, ließ die Königin in ausschließ-

licher Begleitung der Bande, Vacaresco, Scheffer und Arzt nach Venedig reisen und meint, dort solle die Abreise von H. V. erfolgen. Sie können sich denken, welche Arbeit und Not der Kampf mit solcher Blindheit der Fürstin macht – dabei immer noch die Sorge: was wird mit der Königin beim Sturz von der Höhe solch turmhoher Verirrung, wo man immer sich fragt: was ist das kleinere Übel, ein Sprung in die Lagune nach Sapphos Vorbild oder ewige Geistesumnachtung oder der jetzige Zustand vollständiger moralischer Verwirrung, von der eine Umkehr gar nicht abzusehen ist? Das ist in kurzen Umrissen die Situation. . . . Die Heiratsepisode ist natürlich vorbei, da sie dem armseligen Prinzen nur eingeredet war. Fast möchte man es bedauern, wenn sie eine Chance geboten hätte, ihn zur Thronfolge unfähig zu machen. Es wäre dann Carlo Hohenzollern an die Reihe gekommen. Das ist doch wenigstens ein Strick und kein Waschlappen.

Sie fragen mich, ob ich auch von Knesebeck ein[en] Schreibebrief bekommen, um die Idee der Großherzogin und der Kaiserin Viktoria, der Kaiserin Augusta ein Denkmal wohlredender Phrase zu setzen, zu unterstützen. Es war allerdings auch auf meine Unterstützung gerechnet. Ich habe aber mit Gründen abgelehnt, deren Summe mit dem Satze ausgedrückt werden mag, daß man nie einen Beichtvater zum Biographen machen darf. Da ich nur Urteile und Ansichten, auch wohl Klagen der hohen Frau zu verzeichnen hätte, die wenig nach dem Geschmack der heutigen Zeitrichtung sein können, so ist es besser, auf ein Brandopfer zu verzichten, das vielfach mehr die Flammen nach dem Vorbilde Kains als nach dem Abels zügeln lassen würde.

Was die französisch-russischen Höflichkeiten<sup>1</sup> betrifft, so ändern dieselben die Sachlage nicht, wie sie durch unsere kurzsichtige Behandlung auswärtiger Angelegenheiten, das ewige Pochen auf die Tripleallianz und die Taktlosigkeiten unserer demonstrativen Freundschaft mit England geworden ist. Der Kaiser von Rußland nähert sich nur mit äußerstem Widerwillen dem republikanischen Frankreich. Aber was hilft? Der Bien muß.

[Will die Timesberichte über die letzten „Naval Manouvres“ schicken. Trostlose Ernteaussichten in der Landwirtschaft.]

<sup>1</sup> Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und dem Präsidenten Carnot aus Anlaß eines französischen Flottenbesuchs in Kronstadt in der letzten Juliwoche, dem bald darauf der Abschluß des Zweibundes folgte.

Segenhaus, 22. September 1891

Das Bewußtsein, mit welcher treuer verständnisvoller Teilnahme Sie der Entwicklung des hiesigen Familiendramas folgen, hat mir Tag für Tag den Wunsch nahegelegt, Ihnen über den jetzigen Stand zu berichten . . .

Als ich Ihnen in Östrich über die damalige Lage Mitteilung machte, stand die Sache so, daß der König seine Reise nach Venedig von vorgängiger Beurlaubung Frl. Vacarescos abhängig gemacht hatte und solche erfolgt war. Der König traf infolgedessen in Venedig ein, tags darauf die beiden zur Konsultation berufenen Ärzte und von hier Fürst und Fürstin, um einmal den König zu einem entschiedenen Vorgehen zu bestimmen, andererseits der Königin mit liebevollem Zuspruch nahe sein zu können. Der König hatte nach seiner Ankunft durch die von hier nach Venedig detachierte Kammerfrau alle Details des Treibens sich geben lassen und daraufhin der Königin kategorisch erklärt, daß er fortan ihre Umgebung bestimmen werde. Die Ärzte statteten nach wiederholtem Besuch der Königin ihr Gutachten ab, das auf vollkommene geistige Klarheit, aber künstlich induzierte Seelenstörung lautete, welche nur durch vollständige Trennung von allen Personen, die mit dieser Induzierung zu tun hatten, langsam sich lösen würde. Der noch in Venedig von dem Könige vernommene Sekretär Robert Scheffer gestand unter zahlreichen Tränen, wie er von den Vacarescos verleitet worden sei, und erhielt Weisung, nach Bukarest zurückzukehren, wo er unter polizeilicher Aufsicht die Rückkehr des Königs und die definitive Entscheidung über sein Schicksal zu erwarten habe. Den Vacarescos, die in Mailand vor Anker lagen, wurde mitgeteilt, daß sie bei dem ersten Versuch, sich der Königin zu nähern, polizeilich ausgewiesen würden, was bei dem Umstande, daß der Vater noch aktueller Gesandter in Rom ist, eigentlich genug ist; die Königin fügte sich anscheinend leicht, sah auch ihre Geschwister und so ging die Übersiedlung nach Pallanza unter relativ nicht ungünstigen Auspizien vor sich. Dort sollte nun die Loslösung von dem Reste des infizierten Personals erfolgen, als da sind 1. der Leibarzt Theodori, dessen Tochter, die quasi Hofdame spielt, und

2. die Jungfer der Helene Vacaresco, welche von der Königin an die Stelle ihrer eigenen entlassenen Kammerfrau gesetzt worden war, und die eine natürliche Vermittlerin des Verkehrs mit Hel. Vacaresco abgab. Finkelnburg und Dr. Forel von Zürich waren beide zurückgereist, nachdem der Kurplan festgesetzt worden war. Nun ergab sich in Pallanza, wo glücklicherweise ein sehr guter, der Königin von Sylt schon bekannter, auch musikalischer, der Königin Lieder singender Arzt, San.-Rat Scharrenbroich, domiziliert ist, daß anscheinend eine solche Besserung in dem physischen Befinden einzutreten schien, daß sich bei dem Könige und Fürst und Fürstin die unglückselige Vorstellung zu entwickeln anfing, es sei nicht mehr nötig, an dem strengen Kurplan der Isolierung und des totalen Wechsels der Umgebung festzuhalten, sondern die Partie bereits für gewonnen zu halten. Dies um so mehr, als die Königin mit dem Zauber, den sie ausübt, wenn sie will, alle Personen, die sie empfängt, für sich einnimmt und niemand begreifen will, daß sie einer beaufsichtigten Absperrungsdiät unterworfen werden soll. Wir hier sind der Überzeugung, daß die große Kunstfertigkeit der Königin in Dissimulation z. Z. von ihr in geschickter Weise geübt wird und daß sie sich sagt: solange der König und die Geschwister hier sind, füge ich mich; nachher bin ich doch wieder der Meister. Dieselbe Ansicht hat Finkelnburg. Unter diesen Umständen kann man freilich dankbar sein für manches Erreichte, allein es ist klar, daß noch ein hoher Berg zu überschreiten ist, und der Sisyphusstein, den man hier wälzt, wird noch manchmal den Berg herabkollern, ehe er friedlich auf ihm liegen bleibt . . .

Der König wird schwerlich länger als acht Tage in Pallanza bleiben können und wenn bis dahin nicht die ganze Umgebung verständig organisiert und eine feste Autorität geschaffen ist, könnte leicht aller Erfolg kompromittiert werden trotz dem Schrecken, der über Scheffer und die Vacarescos anscheinend gekommen ist.

Erst wenn diese Organisation zum Abschluß kam, kann ich daran denken, von hier wegzugehen. Des Schreibens und Telegraphierens ist bis dahin kein Ende. . . .

Meine Friedenszuversicht ist trotz der Fanfaronaden in Frankreich und der russischen Rüstungen noch unerschüttert. Eigene Torheit kann freilich vieles verderben und daran leiden wir keinen

Mangel. Es sind außerdem gar schwache Musikanten, die jetzt erste Violine spielen. Gott bessere es und gebe uns Sonnenschein auf deutscher Erde, schon Ihrer Trauben wegen.

109. An Stosch

Segenhaus, 10. November 1891

. . . Oft habe ich während der schönen Oktobertage Ihrer und Ihrer Herbstfreuden gedacht und die letzten Kältetage mit der bangen Frage begleitet, ob Sie wohl mit der Lese zu Ende sein werden oder mitten drinnen? Fast fürchte ich das letztere und sorge, daß Sie als getreuer Haushalter dann zu wenig Rücksicht auf die Jahre nehmen, während doch alle Tage eine neue Erfahrung gemacht werden kann, wie weit die Zeit abliegt, in der wir enger mit den Zeitbegebenheiten zusammenhängen. Das tritt frappant zutage, wenn man Stellen in Gerlachs Memoiren<sup>1</sup> über Vorgänge findet, die man selbst mit erlebt und nun von Zeitgenossen diskutieren und bezweifeln hört, als ob solche zu Noahs Zeiten sich ereignet hätten.

. . . Ich bedaure, daß die Verwandten Moltkes außer dem dritten Band auch noch die zwei ersten veröffentlichen. Ich halte das weder für pietätvoll noch für irgend etwas nütze . . . Der dritte Band enthält manches für mich Interessante, Ihnen als Zeuge und Mittäter wohl alles bekannt. Dagegen kann ich nicht sagen, daß der Eindruck unserer überlegenen Leitung dadurch wesentlich verstärkt wird, und ich glaube, auch die Gegner werden den Schluß ziehen, daß wir auch mit Wasser kochen und *parva scientia* auch bei uns regiert wird. Aber die Maschine war gut und hielt alle Püffe und Stöße aus.

Ich abstrahiere mir aus diesem von erfahrener Hand gezeichneten Bild der Resultate von 1870 eigentlich den Schluß, daß mit den fortwährend erhöhten Kadres und Massenformationen die Dinge noch schlechter gehen werden, glücklicherweise auf beiden Seiten. Bisher habe ich den Aufsatz von Sir Charles Dilke in der *Fortnightly Revue* noch nicht in extenso zu Gesicht bekommen. Was

<sup>1</sup> Die Tagebücher von Leopold v. Gerlach, dem Generaladjutanten Friedrich Wilhelms IV., deren erster Band damals erschienen war.



ich aber von seiner Kritik kenne, zeigt mir, daß die französischen Manöver kolossale Mängel der Führung kundgemacht haben, die im Ernstfalle uns bei geschickter Ausnutzung große Chancen geben würden. Gerade der berühmte Elan der Franzosen, der bei den Manövern jeden Augenblick Führer wie Einzeltruppen zu Mißgriffen verführte, muß bei den neuen Waffen verderblich werden. Ich denke mir, die Einsichtigen unter den Führern sind sich dessen bei der französischen Heerleitung auch bewußt geworden und werden vermeiden, ein gewagtes Experiment zu machen.

Politisch wird in Paris die Partie darin sehr ungeschickt gespielt, daß Frankreich neben der Freundschaft zu Rußland die Feindschaft gegen England allerorten kultiviert, was offenbar gegen das französische Interesse ist, das in erster Linie ein Einlullen Englands in eine preiswürdige Indolenz und Neutralität bei europäischen Händeln erfordert. Dies macht man in Paris geradezu unmöglich und wirft dadurch England sehr gegen seinen Wunsch der Tripleallianz in die Arme. Inzwischen glaube ich vor wie nach nicht an Krieg trotz der Flatterminen, die Rußland im Orient, in den Königsfamilien in Bukarest und Belgrad und allerorten auffliegen läßt. Einmal will der Kaiser Alexander nicht und noch muß er nicht wollen, was er nicht will. Dann kann Rußland dieses Jahr gewiß nicht aus finanzieller und materieller Not. Frankreich hat in dem Alliierten an der Newa sich einen Moderator seines temporären Wahnsinns zugelegt, der gefragt werden muß bei irgend gefährlichen Entschlüssen und der dann antworten wird: „Ihr seid wohl toll.“ Anders wäre es, wenn Rußland im Orient durch den Krieg ein Ziel verfolgen könnte, das ihm nicht ohne Krieg und ohne Gefahr von selbst zufallen würde. Es hält den Sultan an der Kehle und erreicht positiv in Konstantinopel, was es will. Es kann also in günstigster Position warten, bis wir es in seinem stetigen Vorgehen unsererseits hindern. Wir haben aber in der ganzen Bismarckschen Zeit stets das Lied gepfiffen „Der Starke weicht zurück“. Nach dieser Melodie wird die Tripleallianz weiter verfahren. Wozu und woher also Krieg? Was die Methode unserer Behandlung innerer und äußerer Angelegenheiten angeht, so bin ich vielfach mit den Hamburger Nachrichten einerlei Meinung. Freilich nicht mit den ökonomischen Idealen von Friedrichsruh. Wohl aber mit meiner Skepsis

gegenüber den Handelsvertragsexperimenten und der mittlereuropäischen Zollunion. Das erscheint mir wie Tappen im dicksten Novembernebel . . .

12. November

. . . Über die Tatsache der absoluten Ziellosigkeit der jetzigen Staatsleitung kann überall kein Zweifel bestehen. Auch unsere Gefälligkeit, die österr. Vereinstaler einzuziehen mit erheblichem Verluste, beweist nicht das Gegenteil. Ich vermute, daß auch die, welche nicht in Deutschland kursieren, unter diesen Umständen noch zu uns kommen werden. Miquel muß sich die Sache wohl anders zurechtgelegt haben oder will er den Österreichern zur Valutaregulierung behilflich sein, d. h. zur gefälschten Goldwährung ohne Gold, wie die Italiener sie auch genießen? Das wäre ein Dienst, der uns gewiß keinen Nutzen brächte, der aber vielleicht nicht zu vermeiden ist, wenn die Handelsverträge überhaupt durchführbar sein sollen.

Die Lenkung der deutschen Auswanderung in die Gegenden von S. Leopoldo, Sta. Katharina und Porto Allegre hat schon 1849 eine Kolonisationsgesellschaft<sup>1</sup> betrieben, deren Gründer Robert Goltz und der alte Diergardt waren, und der ich auch angehörte. Ich halte dieses Gebiet seither für das geeignetste, einen deutschen Kern für einen Kolonialstaat zu schaffen. Damals legte die Regierung auf v. der Heydts Betreiben ein Veto ein. Nunmehr stünde die Chance besser, wenn erst das brasilianische Reich sich in kleine Staaten auflöst. Aus allen andern Kolonisationsgebieten wird doch nichts, solange der einströmende Kolonialpionier fehlt. Wer aber fiele gern, wenn er europamüde ist, unter die Herrscherlaune von Wißmann u. Kons. und die ganze weingrüne Bande, die dort Kommerse abhält!

Die Frage, ob die Heirat des rumänischen Thronfolgers gesichert ist, ist nicht von vornherein zu bejahen. Die betr. Prinzessin wäre schon sehr geeignet und ist das Beste, was z. Z. in England ist. Auch die russische Mutter würde nichts schaden. In Kassel

<sup>1</sup> In der gut orientierenden Darstellung von Fritz Sudhaus „Deutschland und die Auswanderung nach Brasilien im 19. Jahrh.“, 1940, findet sich keine Erwähnung der Gesellschaft und ihrer Gründer. Nähere Nachforschungen waren mir nicht möglich.

wurde er von derselben sehr freundlich behandelt und schien auch der Prinzessin zu gefallen. Aus England dagegen höre ich, daß sie für den Prinzen Georg v. Wales als femme maîtresse ins Auge gefaßt sei. Welches Interesse wird schließlich die Oberhand behalten? Das Wünschenswerte einer baldigen Verlobung liegt auf der Hand.

110. An Stosch

Segenhaus, 30. Dezember 1891

[Neujahrswünsche von R. und der Fürstin. Bessere Nachrichten aus Pallanza. R. hofft, daß der König „als Preis all seiner Langmut und zarten Rücksicht für das wunderliche Gebilde, das ihm als Frau beschieden wurde, einmal ein wirkliches Familienleben und keine fortwährende Parnassumsorgie genießen dürfe“.]

Die wunderlichen Ergebnisse, welche die Parteigestaltung in Rumänien zutage bringt, dürfen nicht besorgt machen. In der Köln. Zeitung hat der jetzige Führer der Nationalliberalen, unser langjähriger treuer Freund und Segenhaushabitué (seit 1850), Demeter Sturza das Wort. Sowie seine Partei wieder regierungsfähig wird, weiß er, daß er wieder ans Ruder kommt. Die laute Sprache in der Zeit der Oppositionsstellung liegt in rumänischen Sitten und im rumänischen Temperamente.

Im übrigen liegen die Dinge im Orient keineswegs günstig für uns. Der Sultan ist von der Tatsache überzeugt, daß die Hand des russischen Nachbarn im Bunde mit Frankreich ihm näher an der Kehle ist als die platonischen Helfer, die „keine Knochen eines pommerschen Grenadiers“ für ihn einsetzen wollen, – oder gar Österreich, das in Reichstadt auf Halbpart mit Rußland, bei etwaiger Teilung, kontrahierte und nach Saloniki schießt. Von England wird er immer wieder durch Hinweis auf Zypern und Ägypten abgelenkt, wenn er je töricht genug sein könnte, auf eine Politik zu bauen, die ihn 1878 preisgab, um „peace with honour“ zu retten, und dann Batum in einen formidablen Kriegssplatz verwandeln ließ. Trotzdem ich somit die englische Stellung in Konstantinopel für ziemlich hoffnungslos ansehe, so halte ich doch den Tod von Sir Will. White<sup>1</sup> im jetzigen Augenblick für ein

<sup>1</sup> Sir William White, der englische Botschafter in Konstantinopel, war am 28. Dezember gestorben.

großes Mißgeschick. Er kannte alle Schliche der Russen, hatte in Belgrad und Bukarest Schule gemacht und ist geradezu unersetzlich.

Was unsere eigenen Angelegenheiten angeht, so ist die persönliche Stellung Cap.[rivi] durch den Ausgang der Handelsvertragsdebatte<sup>1</sup> unzweifelhaft sehr erhöht worden, während sein Vorgänger in der ganzen Kampagne ungeschickt manövriert hat. Demungeachtet werden durch die Verträge eine Anzahl mächtiger Interessen, die Bismarck sich durch die Zollbestechung gekauft hatte, empfindlich verletzt und dadurch die Zahl der Gegner des jetzigen Regimes vermehrt. Da aber der Parlamentarismus in Deutschland keine Bedeutung hat, so ist dies keine reelle Gefahr für dasselbe. Ich persönlich bin sehr für die Rückkehr zum Handelsvertragsystem und mag nicht einzelne Positionen tadeln, da ich nicht weiß, was zu erreichen war und was nicht. Gewiß ist, daß aller Fleiß nicht ausreicht, um dem Reichskanzler die Einsicht und Übersicht über ein so schwieriges Gebiet zu ermöglichen, und daß es ein Übel bleibt, daß er alles selbst machen und verstehen will, ohne zu fragen.

Er wird dabei einmal tüchtig anrennen, ohne daß bei seinem eigentümlich begrenzten Horizonte er eine Ahnung davon hatte. Wenn zu dem „Grafen“ bei der nächsten Aktion der angedrohte „Fürstentitel“ wohl zum Ärgernis seines Vorgängers dem Ärmsten zugefügt wird, so zeigt sich erst recht, auch für das blödeste Auge, in welcher kläglicher Lage der Unglückliche sich befindet.

... Es geht dieser Tage die Sendung Hefte der „Deutschen Revue“ mit den Briefen Roons an Sie ab und dient hoffentlich dazu, Ihnen die Tage nach Abreise Ihrer Söhne zu verkürzen.

### *III. An Stosch*

Segenhaus, 21. Januar 1892

Wärmsten Dank für Ihren inhaltsreichen Brief, der einen sicher leitenden Ariadnefaden aus dem Wirrsal sich widersprechender

<sup>1</sup> Am 6. und 10. Dezember waren die langfristigen Handelsverträge mit den Dreibundgenossen, mit Belgien und der Schweiz zum Abschluß gekommen, die bei Meistbegünstigung der wichtigsten Wirtschaftszweige jedes Partners die beiderseitigen Zolltarife für 12 Jahre festlegten. Caprivi, der sich besonders für sie eingesetzt hatte, wurde aus diesem Anlaß mit dem Grafentitel ausgezeichnet.

Zeitungsnotizen bringt, infolgedessen auch ein isolierter Eremit sich leichter in denselben zurechtfinden kann.

... Ich habe die gefährliche Konstellation, welche in der Vereinigung zahlreicher verletzter Interessen liegt, wenn solche sich unter einer Fahne sammeln können, meinerseits auch sofort bemerkt, sowie ich den Schulgesetzentwurf<sup>1</sup> las. Alle finsternen Mächte, die in der Kulturkampfepoche dem damaligen Kampfe seine wilde Leidenschaftlichkeit liehen, werden in Reih und Glied treten<sup>2</sup>. Es gibt eine Phalanx, gegen die die Regierung nur wenig absolut zuverlässige Freunde aufzubieten hat, da auch das Zentrum nur mit halbem Herzen für das Gesetz sein wird, wohlwissend, daß vor wie nach die Praxis des Schulrats das entscheidende Wort behält und der Geist der Unterrichtsverwaltung ihm feindlich bleibt. Ich besorge sehr, Miquel könnte in eine unmögliche und ihn politisch ruinierende Stellung gedrängt werden und den Rückhalt seiner Freunde verlieren, ohne die er doch nur unter den Kollegen ein deklassierter Minister bleiben würde.

Die Broschüre, welche ich Ihnen verdanke und die ich heute zurücksende, hat mich sehr interessiert. Mag sie auch die Verhandlungen der Handelsverträge angeregt haben, so haben letztere doch die Zielpunkte der Broschüre in keiner Weise erreicht. Dieselbe empfiehlt zunächst, für einige Artikel ein mitteleuropäisches Handelsgebiet zu schaffen und den Beitritt der einzelnen Staaten dadurch zu gewinnen, daß dem einzelnen Staate für seinen Hauptartikel Konzessionen gemacht würden – bis zum freien Import desselben in das Gesamtgebiet. Davon ist nichts erreicht worden. Auch will die Broschüre Frankreich mit in den Vertragskreis einbeziehen und dadurch eine Friedensbürgschaft schaffen. Immerhin bleibt es interessant, daß eine höhere politische Idee in den Erwägungen Platz gefunden hatte.

Die Opposition gegen den Schweizer Vertrag ist sehr töricht und

<sup>1</sup> Der Volksschulgesetzentwurf des Kultusministers Grafen Zedlitz war dem preußischen Abgeordnetenhaus am 15. Januar vorgelegt worden. Die wichtigsten Paragraphen im Wortlaut Europ. Geschichtskal. 1892, S. 8–11, ebendort die Reden der Parteiführer und Minister in der parlamentarischen Debatte; zur Beurteilung des Ganzen Wahl, a. a. O., Bd. 3, S. 533–547.

<sup>2</sup> Wie so oft, ist auch hier die Voraussagung Rs. eingetreten; Wahl spricht von einem wahren „Wutgeheul“ der Liberalen gegen die Vorlage und einer Wiederbelebung der „Kulturkampfstimmung“.

zeigt wieder einmal, wie unfähig der deutsche Parlamentarier oder auch Durchschnittsgeschäftsmann ist, die präzise geschäftliche Lage sich klar zu machen, unter der gehandelt wird. Die biederen Seelen finden den zollpolitischen Schritt von 1879 ganz prächtig und wundern sich über die absolut notwendige Konsequenz, daß, sobald der Ablauf bestehender Verträge es erlaubt, andere Staaten auch ihre Grenzen schließen. – Daß die Stellung von Cap. [rivi] in der öffentlichen Wertschätzung sich gefestigt, wird ihn vor dem Konflikte nicht bewahren, der sich ergeben muß, wenn er einmal staatliche Interessen rückhaltlos gegen persönliche Wünsche vertreten muß.

Ich kann nicht glauben, daß es mit der Kriegstreiberei der Franzosen zur Zeit schon so stark ist. Es fehlt ihnen immer noch die Zuversicht in ihre militärische Maschine. Auch scheint mir die russische innere Not doch ein größeres Hindernis, als man in Berlin anzunehmen scheint, für eine aggressive russische Bewegung. Schon der ausgleichende Getreidetransport vom Westen und Norden nach dem Osten und Südosten nimmt das Eisenbahnmateriale voll in Anspruch. Dabei alle Aufgaben, die über Nacht in Afghanistan und Persien erwachsen können und so weiter an allen Grenzen des ungeheuren Reiches. Ein so großes Hasardspiel hat Rußland noch nie gespielt. Ja, gegen die armselige Türkei. Allerdings brächte der Sturz der Toryregierung in England, der nicht unwahrscheinlich wird, die französischen Hoffnungen auf den Siedepunkt. Aber gewiß rechnet man auch dann eher auf friedliches Wiedergewinnen des verlorenen Einflusses in Ägypten, um sich mit England gut zu stellen. Darin liegt aber eine neue Friedensbürgschaft, denn der neue Freund wird wie der Kronstadter Alliierte gefragt sein wollen, ehe ein Coup de tête gemacht wird, und dann kalt Wasser auf den gallischen Brausekopf gießen.

Vor wie nach bleibt für uns die Hauptsache, die Armee in bestem Stand zu halten, den letzten Taler in der Tasche zu haben und innere Zwietracht zu meiden. Dafür bleibt es immer das Schlimmste, wenn ein Pessimismus überhandnimmt wie der gegenwärtige, der nicht ohne Grund sagt: so kann es nicht lange weitergehen.

Der letzte Grund, warum es nicht gehen kann, ist freilich nicht wegzuschaffen.

Segenhaus, 16. Februar 1892

... Die Friedenschancen, die in den Nöten Frankreichs und Rußlands liegen, können wir nur mit Genugtuung begrüßen. Ich glaube nicht zu irren, wenn auch die militärische Zuversicht Frankreichs keineswegs groß ist. In Rußland kann man aber jetzt weniger als je an eine Offensive denken, wenn man auch wollte. Man will aber überhaupt nicht. Was könnte man auch erreichen als eine weitere Vergrößerung des ohnehin zu großen Reiches und eine eventuelle Verschlechterung der günstigen Lage, welche der Berliner Vertrag den Russen in Konstantinopel geschaffen hat, wo sie die erste Flöte spielen und bei dem geringsten Widerstand die Türkei an der Kehle fassen mit der rückständigen Kriegskontribution. Wir haben allen Grund, uns über diese Lage zu beglückwünschen, um so mehr, je unzuverlässiger im Kriegsfall die einheitliche Leitung aller unserer Angelegenheiten, politischer, diplomatischer und militärischer, sich erweisen würde. – Die Naivität, welche die Behandlung der inneren Fragen charakterisiert, würde in so ernstem Falle ganz die gleiche sein. Sie liegt in der Selbstüberhebung der Hauptakteure und der mangelnden Einsicht der eignen eminenten Insuffizienz. Dafür ist kein Kraut gewachsen und wir müssen die bittere Suppe auf alle Fälle ausessen.

Was das Schulgesetz angeht, so weiß man kaum, mit wem man am wenigsten übereinstimmen kann. Ich, als ein Verächter des modernen Schullehrers, kann ihn unmöglich für einen Kulturträger ansehen. Das verbietet mir schon meine tägliche Erfahrung in Preußen, wo unter all den zahllosen Milchjungen, die seit Jahren durch meine Beobachtung gehen, unter allen Knechten und Mägden und Tagelöhnern kaum einer erträglich schreiben (von Orthographie keine Rede), noch weniger rechnen kann. Aber auch das Lesen ist miserabel. Von dem sittlichen Stand zeugt die überhand nehmende Rohheit der jungen Leutchen, die nie endenden Messeraffären und Missetaten aller Art der 17–20jährigen Rangen. Damit ist es also nichts. – Wer aber auch solche junge Lehrer beobachtet in ihrem Treiben, ihrer Vergnügungssucht und ihrem offen zur Schau getragenen Ekel an ihrem Berufe, wird sich

kaum über den Effekt wundern. Mit dem Kulturträger ist es also schlecht bestellt und seit er unter dem Schulrat in eine angebliche Gegenmission gegen den Pfarrer berufen wurde und seit er sich darin breit macht, ist es damit nicht besser geworden. Von diesem Standpunkt, und wenn nur der Lehrer, die Förderung seiner Tüchtigkeit und moralischen Hebung in Betracht kommen würde, könnte wenig gegen Steigerung der Autorität der Geistlichen aller Konfessionen in der Schule eingewandt werden<sup>1</sup>. Anders stellt sich die Sache, wenn wir die Schulen und die Eltern der Schüler in Betracht ziehen. Wie wenig es dem jungen Rangen auch schadet, eine konfessionelle Schulung zu erhalten, so steht doch ebenso fest, daß weder Staat noch Billigkeit einen Zwang des einzelnen in Anspruch nehmen kann, den Schüler zwangsweise einer solchen konfessionellen Schulung zu unterwerfen, noch weniger dies bei Angehörigen einer anderen Konfession zu unternehmen. Während also mit Rücksicht auf den zügellosen Lehrer die konfessionelle Aufsicht resp. Schule zweckmäßig ist, wird sie bei unserer konfessionell durcheinandergewürfelten Bevölkerung, vor allem aber bei den im Protestantismus bestehenden gegensätzlichen Richtungen um so mehr zur Unmöglichkeit, als die einseitig angeblich positive Richtung der an die Herrschaft gelangten sächsischen Reformation auf dem Wege des Schulinflusses die entgegengesetzten Richtungen der reformierten und auf den Schweizer Reformatoren ruhenden Bekenntnisse schleichend zu absorbieren sucht. Daher kommt auch die Kraft des angeblichen Protestantenvereins, welchem eine stille Opposition gegen die seit der Union betriebene Aufsaugung anderer Reformationsbekenntnisse die meisten Anhänger zuführt. Wo die Dinge so liegen, ist die Perhorreszierung der Kommunalsschule<sup>2</sup>, wie sich solche im Entwurf des Schulgesetzes ausspricht, mindestens eine Unvorsichtigkeit, da die Kommunalsschule mehr und mehr zur Notwendigkeit werden wird. Freilich ist damit zugleich

<sup>1</sup> Die Steigerung dieser Autorität war für die Regierung ein Hauptmotiv des Gesetzentwurfs, wie Caprivi selbst durch die Erklärung hervorhob, man wolle „in der Volksschule einen Zustand schaffen, mit dem auch die katholische Kirche zufrieden sein kann“. Dagegen sprach die liberale Kritik von der drohenden Auslieferung der Schule an die Kirche und den Klerikalismus.

<sup>2</sup> Gemeint ist die Simultanschule, die in Baden viel verbreiteter war als in Preußen.



die Nötigung gegeben, sowohl denen, welcher größeren Wert auf konfessionellen Unterricht legen, oder auf dem Dissidentenstandpunkt stehen, der darum noch kein atheistischer zu sein braucht, wie Caprivi meint, die Freiheit zu lassen, ihre Kinder anderweitig erziehen zu lassen. Der Schulzwang, als der Zwang des Besuches einer bestimmten Schule, wird dadurch unhaltbar und bleibt nur noch die Möglichkeit, Nachweis eines Empfangs bestimmten Unterrichtes, übrig, gleichgültig, wo er geholt wird. –

Wenn die nationalliberalen Kampfhengste, Eynern<sup>1</sup> und Enneccerus<sup>2</sup>, diese enfants terribles, sich also gleichzeitig mit der ganzen Partei gegen die Privatschule und somit gegen mögliche Betätigung des ersten Elternrechtes, seine Kinder nicht in einer moralisch verwerflich erachteten Anstalt erziehen zu lassen, mit Leidenschaftlichkeit wenden, so beweisen sie wieder einmal, wie weit ihr Liberalismus sich verirrt und wie sehr sie darauf aus sind, alle ihre Mitbürger auf ihre Fassung zwangsweise selig zu machen. Diesem Standpunkt gegenüber müßten alle Parteien Front machen und wenn er festgehalten wird, hätte der Zedlitzsche Entwurf noch keineswegs alle Aussicht verloren. Indessen glaube ich mit Ihnen, daß der Entwurf wieder einmal begraben werden wird, da niemand ein Interesse hat, einen Kampf zu provozieren, über dessen Ausbruch man sich am Kaminfeuer von Friedrichsruh vergnügt die Hände reibt. –

Daß man in Berlin von Sozialistenfurcht erfüllt ist, verraten alle Ideenverbindungen der offiziellen Welt. – Nicht die Sozialisten als solche sind zu fürchten, wohl aber die Schwierigkeiten der sozialen Lage, die Stockungen der Geschäfte, die Ertraglosigkeit umfassender, bisher ihren Besitzer ernährenden Betriebe, die Verschwendung der Staatsleiter, ihrer Regierungen mit unzähligen unnötigen Beamten, eine Verwaltungspraxis, die immer neue benötigt und eine Gesetzgebungsmethode, welche die unnütze kostspielige Geschäftsbehandlung zur wahren Karikatur ausgebildet hat. Zeuge hiervon das Klebgesetz und die Handhabung der Einschätzungsmethode. – Demgegenüber muß jeder sagen und sagt jeder: „Ja, so kann es nicht weiter gehen, und alles ist besser,

<sup>1</sup> Ernst v. Eynern aus Barmen (1838–1906), langjähriger Führer der Nationalliberalen im preußischen Landtag.

<sup>2</sup> Der Marburger Professor der Rechte Ludwig Enneccerus.

als der heutige Zustand, denn schlechter kann es nicht werden.“ Das ist nun freilich falsch; es kann wohl schlechter werden. – Allein das hindert nicht, daß es in der Tat unnötig und oft auch unsinnig schlecht ist. – Ist Aussicht, daß es besser werde? Ich glaube kaum. Und so wird es das beste sein, sich mit dem Allvater in dem Vorspiel von Faust zu trösten, als Mephisto ihm auf die Frage, wie er es auf der Welt gefunden, die realistische Antwort gab: „noch immer herzlich schlecht“ – und es wie der liebe Gott so zu lassen. –

### 113. An Stosch

Segenhaus, 26. März 1892

... Möge keine ernste Sorge die Tage trüben, die Sie in Berlin zubringen. Sie kamen inzwischen ganz im richtigen Augenblick in dem Hexenkessel an, um die Bilanz des Verlustes ziehen zu können, mit dem die Beteiligten aus der jüngsten Krisis hervorgegangen sind. Die, welche einen Gewinn zu verzeichnen hatten, sind dünn gesät, da die sog. Mittelparteien, Miquel miteingerechnet, schwerlich sich eines Erfolges rühmen zu wollen versucht sein werden, wo für das Gemeinwohl wichtige Faktoren, inkl. die Staatsmaschine selbst, so nachhaltig desorganisiert wurde[n]. Selten ist eine ernste Sache so kopflos angefangen worden. Zunächst das Einbringen des Gesetzes<sup>1</sup>, ohne daß man wußte, was man wollte und ob man konnte. Dann die Behandlung während der Periode, daß die Speise auf dem Tisch stand und allseitig beschnüffelt wurde, ob sie auch genießbar sei. Dahin gehört die leidenschaftliche Weise, womit Caprivi sich engagierte, aber auch Schwäche, mit der andererseits außerparlamentarische Demonstrationen wie die Universitätsadressen<sup>2</sup> eingesteckt wurden. Zum Schlusse dann die Art und Weise, wie eine große legislatorische Vorlage, die man mit Anstand in mannigfacher Weise begraben konnte, wenn die Einsicht ihrer Unzweckmäßigkeit aufdämmerte, zu Fall gebracht wurde. Es gab tausend Wege, das Ziel zu er-

<sup>1</sup> Gemeint ist wieder das Volksschulgesetz.

<sup>2</sup> Vor allem die der Berliner Universität, die sich gegen die Gefahr „verstärkten Einflusses außerstaatlicher Mächte auf die Schule“ aussprach und für die Erhaltung einer „nach den gleichen Gesichtspunkten geleiteten und auf die gleichen Ziele gerichteten Bildung der Jugend“.

reichen, ohne so ziemlich alle Teile zu lächerlichen Personen zu machen und die ohnedies so wenig ineinandergreifenden Räder der Staatsmaschine vollständig stille zu stellen<sup>1</sup>. Ich, der ich von jeher ein Anhänger der Kommunalen Schule bin, – d. h. einer Schule, in der die für Primärschulen notwendigen Lehrfächer nach einem einfachen Plane gelehrt werden und wobei das Lehrpersonal unter strammer Aufsicht eines aus Ortsvorsteher und Familienhäuptern gebildeten Ortsschulrats steht, dem die Ortsgeistlichen, wenn sie wollen, de iure angehören müssen, – habe wenig Neigung, der gefallenen Konfessionsschule nachzutruern. Dagegen bleibt mir unverständlich, wie sich die Nationalliberale Partei für die staatliche Zwangsschule mit obligatorischem Religionsunterricht durch den Lehrer ohne Kontrolle durch den *parrochus loci* engagieren kann, als ob sie nie Gelegenheit gehabt hätte, Zeuge zu sein des kolossalen Blödsinns, dessen das Hirn eines durch ein Lehrerseminar geschwindelten Lehramtskandidaten fähig ist. Auch begreife ich nicht, was sie für ein Interesse haben kann, die zahlreichen Kreise gegen sich aufzubringen, die ihre Kinder auf ihre und nicht dieses Kandidaten Fassung selig machen wollen. Doch darüber belehrt sie die Zukunft vielleicht eines besseren.

Meine Sorge bleibt übrigens auch, daß der Kaiser, wenn er die Lage einmal übersieht, in die er geraten; wenn Caprivi, wie es nicht ausbleiben kann, einmal Ernst mit seinem Austreten machen wird, und wenn er bei dem, was dann steht, zu dem Schlusse kommt: Miquel und seine Hintermänner, die stille Rebellion der Hochschulen und die nationalliberale Presse hat mir die Hand forciert<sup>2</sup>. Das ist bei der sonstigen Unentbehrlichkeit von Miquel ein kaum zu heilendes Übel. Und doch kann dieser Rückschlag nicht ausbleiben. Zu bessern ist dabei aber nichts mehr und die

<sup>1</sup> Caprivi und Zedlitz hatten ihren Abschied eingereicht, der dem letzteren am 24. März bewilligt worden war, während Caprivi zwar Reichskanzler blieb, als Präsident des preußischen Staatsministeriums aber durch Graf Botho Eulenburg, den bisherigen Oberpräsidenten von Hessen-Nassau, ersetzt wurde. Die bisherige Personaleinheit des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten hörte damit vorübergehend auf.

<sup>2</sup> In der Kronratssitzung vom 17. März, die über das Schicksal der Schulvorlage entschied, hatte der Kaiser im Sinne und unter dem Einflusse Miquels erklärt, daß sie nicht ohne Zustimmung der liberalen Mittelparteien durchgeführt werden dürfe, die sie aufs schärfste abgelehnt hatten.

Konfusion muß wohl noch größer werden. In Friedrichsruh muß man sich die Hände reiben. In der Tat sind die kühnsten Erwartungen übertroffen. Doch von allem diesem mündlich.

. . . Somit melde ich mich telegraphisch auf die Stunden von 11 bis 5 Uhr an einem der ersten Apriltage an, wenn Sie nicht abwinken.

#### 114. An Stosch

Schopfheim, 22. Mai 1892

Ich nehme an, daß Sie noch nicht zur Ausstellungsfahrt nach Berlin gegangen sind, und sende Ihnen daher in der Anlage einen Artikel über Verwendung der Torpedoboote, der mich interessierte, Ihnen aber wahrscheinlich nur Bekanntes bringen wird.

Auf meiner Fahrt hierher habe ich überall die gleiche Klage gefunden, die mir auch die gute Laune verdirbt. Die trockene Luft und der fortwährend kalte Wind ist der Vegetation verderblich und dementsprechend stehen die Saaten bis in die Nähe von Freiburg überall schlecht. Während Nordamerika in Wasserfluten ertrinkt, verdurstet in Indien Mensch und Vieh und auch in dieser futterreichen Gegend weiß die Mehrzahl ihren Stall nicht durchzubringen, da der Klee, den man vor vier Wochen schneiden sollte, noch nicht handhoch ist. Da ist ein Weinbauer noch besser daran und am besten der Weintrinker.

Im Artikelschreiben sind die Hamburger Nachrichten der Norddeutschen Zeitung und der Post leider weit überlegen. Wie kann man so wenig politischen Takt haben und so plump dareinfahren wie die Inspiratoren dieser Artikel über die Notwendigkeit, daß Italien durch Rüstung seinen Platz behauptet und ausfülle! Vollends gar die Ausführung über den Rückgang Rußlands. Es ist toll. Die Argumentation der „Nachrichten“ ist darin meisterhaft, daß es unzweifelhaft richtig ist: Rußland gegenüber brauchen wir nicht in die Position des „Erbfeindes“ zu kommen, wenn wir es nicht tölpelhaft anfangen. Wir haben gewiß alles Interesse, diese Situation an der Ostgrenze zu vermeiden, nachdem wir sie an der Westgrenze einmal nicht vermeiden können. Ob wir aber auch die Geschicklichkeit haben, dieses erwünschte Ziel zu erreichen, bleibt bei unseren burschikosen Allüren zu bezweifeln.

. . . Die Königin Elisabeth soll in Bälde von Pallanza nach Segenhaus übersiedeln. Der König drang kategorisch darauf und überwand, wie es scheint, den Widerstand . . .

115. An Stosch

Schopfheim, 6. Juni 1892

Ihr lieber Brief mit seinem reichen Inhalte erreichte mich hier. Ich bin nicht nach Segenhaus bei dem schweren Augenblick der Rückkehr der Königin E.[lisabeth]. Es erschien uns besser, die Zahl der Personen, die sie bei ihrer geistigen Trübung en grippe genommen, nicht ohne Not zu vermehren, sondern den Versuch zu machen, wie der Erfolg sein wird, wenn sie eine Zeitlang mit ihrer Mutter ganz allein ist. Es ist freilich für die arme Fürstin eine außerordentliche, fast nicht zu bewältigende Aufgabe, der sie aber glaubt, sich pflichtmäßig nicht entziehen zu können.

. . . Alle verständigen Psychiatriker sind sich einig, daß die in Pallanza befolgte Methode, ihr alle krankhaften Launen zu erfüllen, um sie in guter Stimmung zu erhalten, der schlechteste Weg zur Heilung sei. Nun wird es damit versucht, womit angefangen hätte werden sollen, – mit strenger Diät, physisch wie geistig. Es ist das letzte, was bleibt . . . Wie sie die Verlobung<sup>1</sup> des Kronprinzen aufnahm, weiß ich noch nicht. Der König hatte ihr befohlen, sofort nach Empfang der Nachricht an die Braut, deren Eltern, das Ministerium in Bukarest zu telegraphieren. Wird sie es getan haben? Sie war gerade auf der Reise. Die Unterlassung wird ihr in Rumänien nie verziehen werden. Die gewählte Braut ist die beste, die zu haben war, freilich zu gut für ihn, der ein dürftiger Herr ist und bleibt. Die Prinzessin Marie dagegen ist vor allem gut erzogen und pflichttreu. Ich hatte bis zuletzt Sorge, es könnte nichts aus der Sache werden.

Für den reichen Inhalt Ihres Briefes sage ich Ihnen noch meinen besonderen Dank. Die Notiz über die Stummsche<sup>2</sup> Vermittlung einer formalen Annäherung des Kaisers an Bismarck ist besonders wertvoll zur Orientierung in den Presseäußerungen über diese

<sup>1</sup> Die Verlobung des Thronfolgers, Kronprinz Ferdinand, mit der Prinzessin Marie von Edinburg.

<sup>2</sup> Der Großindustrielle Karl Ferd. Freiherr v. Stumm-Halberg (1836—1901).

Episode. . . . Bismarck rückt dann von selbst in die Rolle der von ihm so gründlich gehaßten außeramtlichen Souffleure, wird zum politischen spiritus rector, dem der Kaiser gern folgen wird. Auf den Nullpunkt des Einflusses werden die Minister, auch Caprivi, reduziert werden. Am wenigsten Miquel und Herrfurth, die Spezialitäten vertreten, mit denen der Altreichskanzler nur sporadisch sich beschäftigte. Offengestanden verdient die ganze Gesellschaft wenig mehr; es sind Kommiss, bessere und schlechtere, sonst nichts; das werden sie in noch erhöhtem Grade sein.

So wenig ich an unmittelbaren Krieg glaube und je weniger ich ihn selbstverständlich wünsche, so sehe ich doch auf dem Militärgebiete mit Sorgen einen Geist überhandnehmen, den wir in der Geschichte schon einmal sahen. Ich hoffe, wir werden nicht auf die Probe gestellt und machen keine schlechten Erfahrungen. Dabei bekümmert mich die wirtschaftliche Lage, das Zurückgehen der Einnahmen und die fortdauernde Geschäftsstockung bei nicht gezügelter Verschwendung auf anderen Gebieten.

Es ist gut, daß die Unwürdigkeit des Drängens auf einen Besuch des Kaisers von Rußland in Berlin nun einmal auf eine Zeitlang durch die Kieler Begegnung<sup>1</sup> ein Ende nimmt. Mit dem Anstand, der sich für eine große Nation schickt, ist es bei der Presse aller Parteien, am wenigsten aber der offiziellen, noch nicht weit her.

Sie schweigen von dem Eindruck, den die Bilderausstellung auf Sie machte. Soll ich das dahin deuten, daß es das beste sei, was geschehen kann? Ich hoffe, nein. Es ist indessen die gleiche Klage aus allen fünf gleichzeitigen Ausstellungen, den zwei Pariser, der englischen, der Münchener und der Berliner, daß Mittelgut in Masse, erste Leistung selten sei.

Ich gehe vielleicht nach München, wenn ich nicht doch durch einen Notruf nach Segenhaus zitiert werde. . . .

### 116. An Stosch

Segenhaus, 23. August 1892

Ihr lieber Brief vom 11. ist mir leider mit erheblicher Verspätung hier zugekommen. Ich hatte beabsichtigt, meine Rückreise aus

<sup>1</sup> Am 7. Juni. Sie verlief in frostigen Formen; der Zar hatte volle 21 Monate mit diesem ganz kurzen Gegenbesuch gewartet; seine Ernennung zum Admiral à la suite der deutschen Marine blieb ohne Eindruck.

dem Engadin und Tirol über Schopfheim zu nehmen und daher meine Briefe dorthin instradiert. Statt dessen wurde ich veranlaßt, zum Besuche der Herzogin von Edinburg direkt hierherzureisen und konnte erst von hier die Nachsendung der Briefe veranlassen. . . . Der reiche Inhalt Ihres Briefes war mir eine besondere Erquickung, da der hiesige Aufenthalt von seiten politischer Betrachtungen stets nur wenig bietet und es wohlthuend ist, den eigenen Anschauungen in so ernster Zeit zu begegnen. [Besserer Zustand der Königin von Rumänien; ihr geistiges Gleichgewicht kehrt langsam zurück.]

. . . Die neuste Äußerung gegen die zweijährige Dienstzeit ist ein trauriger Beleg dafür, daß wir stetig einer Auflösung aller bisherigen staatlichen Ordnung zutreiben und die verantwortlichen Ratgeber der Krone auf das Niveau vollständiger Nichtigkeit reduziert werden, was sie freilich vollständig verdienen, wenn der Staat dabei nicht unheilbaren Schaden nehmen würde. Größer kann das politische Eunuchentum sich nicht zeigen, als wenn die ersten Personen sich so gefügig zeigen im Hinunterwürgen eigener Überzeugungen. Das wiegt alle Mißgriffe Bismarcks voll auf. Als ein psychologisches Kuriosum die nachfolgende Anekdote. Im Gefolge der Herzogin von Edinburg war eine Miß Keppel, die Schwiegertochter des alten Admirals Keppel, welcher bei dem Yachtklubessen<sup>1</sup> neben dem Kaiser saß und demselben sagte, er würde das nächste Jahr hoffentlich wiederkommen. Der Kaiser erwiderte darauf: Gewiß, wenn er irgend könne; sicher könne er es aber nicht sagen, denn er habe außerdem noch 40 Millionen Untertanen zu regieren, „from which 20 Millions are thinking, I am a fool“. Ipsissima verba.

Was mich bei der englischen Ministerkrise<sup>2</sup> geradezu beelendete, war die kindische Art, wie die deutsche Presse sich dazu stellte, indem sie alles Heil von dem Eintritt Roseberys als eines Anhängers des „Dreibundes“ erwartete. Gab es je etwas Stupideres als einen deutschen Journalisten und ist es nicht absolut gleichgültig, wer das absolut sichere, unzweifelhafte Nichtstun Eng-

<sup>1</sup> Nach der Segelregatta bei Cowes, an der der Kaiser bei seinem letzten Besuch in England (30. Juli bis 9. August) sich persönlich beteiligt hatte.

<sup>2</sup> Wahlniederlage des Ministeriums Salisburys; neues Kabinett Gladstone, konstituiert am 18. August, darin Rosebery Staatssekretär des Auswärtigen.

lands personifiziert? Was hat der gute Salisbury verbochen, daß solche Federhelden ihm unterlegen, er würde sich für den „Dreibund“, diesem wunderlichen, dem Einhorn oder dem Vogel Phönix vergleichbaren Untier zuliebe, in den Krieg stürzen und seine Nachfolger würden es nicht. Man mag [auf] seine eigene Nationalität noch so stolz sein, leugnen kann man nicht: in politischen Dingen gibt es niemand Dümmeren als den Durchschnittsdeutschen. Kaum die Franzosen sind ihm darin über. Ich freue mich, daß Sie Bennigsen sehen. Seine Partei bedarf mehr wie je einer einsichtigen Direktion. Zur Zeit gleicht sie Buridans Esel und weiß nicht, in welches Heubündel sie beißen soll – in das des Bismarckkultus oder blinder Gouvernentalität für ein dem neuen Kurs supponiertes nebelhaftes Programm.

117. An Walter v. Loë

Freiburg, 8. September 1892

Solange Sie unter der Last der Arbeit für die nunmehr ausfallenden<sup>1</sup> Manöver gestanden sind, haben Sie von mir nichts gehört, da ich Ihnen die Mühe eines weiteren Briefes ersparen wollte. Nun muß ich Ihnen aber doch sagen, wie ich mit sehr geteiltem Gefühle die Aufhebung derselben vernommen, nachdem Sie so viel Arbeit darangesetzt und einen sicheren Erfolg als Entgelt hätten konstatieren können. Freilich hat jede Arbeit ihren Lohn in sich und so mögen Sie sich dieses Bewußtseins getrösten und sich Ihrer früher gewonnenen Freiheit und Erholung freuen.

. . . Daß ich fast drei Wochen in Segenhaus gewesen, werden Sie wohl erfahren haben. Es war mir leider unmöglich, in der Zeit nach Koblenz zu kommen, zudem ich wußte, daß die unbestimmt kurze Zeit Ihres Aufenthaltes daselbst mit Geschäften überfüllt war.

Was hätte gesprochen werden können, wäre notwendig auf den gleichen Ton gesetzt gewesen wie die elegische Melodie, die wir seit einigen Jahren singen müssen.

<sup>1</sup> Die großen Herbstübungen des von Loë kommandierten VIII. und des XIII. Korps waren soeben durch kaiserlichen Erlaß abgesagt worden wegen der in Hamburg eingetretenen Cholera.



Manches ist von Regierungsseite geschehen, das ich lieber nicht gesehen hätte, und ich fange an zu bezweifeln, ob die vielen ausgezeichneten Eigenschaften Caprivi's nicht durch Schwächen ausgeglichen werden, die schließlich für ihn verhängnisvoll werden können. Die ganze Antibismarckkampagne<sup>1</sup> war nicht glücklich, von wem sie auch ausgegangen sein mag. Auch anderes nicht. Ich besorge, daß Eulenburg<sup>2</sup> am Ende als lachender Erbe sich einstellen könnte, und ich bedaure deshalb Herrfurth's Abgang<sup>3</sup>.

Auswärtige Politik haben wir vor wie nach nicht und auch Radolin wird keine Fettaguen auf die magere Suppe bringen, die wir kochen.

Alle Huldigungen, Flottenparaden und Dekorationsstücke können darüber nicht täuschen, daß wir außerhalb der Nebelzone des servilen Loyalitätsschwarms niedriger taxiert werden als vor 1888 und das über die ganze Erdkugel weg von Kamschatka bis Feuerland und zu den Antipoden. Der Effekt ist da, trotz aller Phrase: *stat pro ratione regis voluntas!* Gott seis geklagt.

#### 118. An Stosch

Segenhaus, 29. November 1892

Es war ein großes Opfer, das ich gebracht habe, als ich auf Ihre liebenswürdige Aufforderung ablehnend antwortete. Ich sagte mir aber, im Kreise von mitten im Berufe stehenden Militärs kommen bei Diskussion strategischer Zukunftsbewegungen notwendig Punkte zur Sprache, die das Gebiet des Dienstgeheimnisses streifen und wo die Anwesenheit eines Dritten nur störend empfunden und die volle Ergiebigkeit der Diskussion beschränkt wird. Ich nehme an, daß die Zusammenkunft unter dem Einfluß Ihrer Erfahrung nunmehr eine um so erfolgreichere gewesen ist und gute Früchte für künftige Eventualitäten gezeitigt hat.

<sup>1</sup> Die gesellschaftliche Ächtung Bismarck's, die ihm durch die Höfe von Dresden, München und Wien zuteil wurde auf seiner Reise zu der in Wien gefeierten Hochzeit seines Sohnes Herbert mit der ungarischen Gräfin Hoyos.

<sup>2</sup> Gemeint scheint Fürst Philipp Eulenburg als eventueller Nachfolger Caprivi's.

<sup>3</sup> Herrfurth, bisher Minister des Innern, hatte am 9. August den erbetenen Abschied erhalten und war durch Graf Botho Eulenburg ersetzt worden.

Meine Weisheit in einer Sache, der ich als vollkommener Laie gegenüberstehe, ist nahe beisammen. Ich sage mir zunächst: was wird für den Gegner bei Aufstellung so kolossaler Massen besonders gefährlich werden? Habe ich das festgestellt, so ergibt sich die Aufgabe, dahin zu wirken, daß dies Gefährliche für ihn eintritt. Mir scheint nun, das Allergefährlichste bleibt stets die ungeheure Verwirrung, die entsteht, wenn so unsinnige Massen auf einen nahen, engen Raum zusammengedrängt werden, daß die Kolonnen sich nicht entwickeln und nicht bewegen können, ohne andere Korps zu stören und zu kreuzen, von der Unmöglichkeit der Verpflegung ganz abgesehen.

. . . Die Zone zwischen Metz, Straßburg ist an und für sich enge -- auch die zwischen Straßburg und Belfort. Dieselbe noch einzuengen, wäre das Ziel meines Laienverständes. Dies geschähe einmal durch eine kräftige Offensive zwischen Saverne und Metz. Dann aber auch durch Schaffung einer Defensivposition am Oberrhein, welche eine Diversion von Belfort aus unmöglich machen würde und gleichzeitig der schweizerischen Aufstellung zur Verteidigung ihrer Neutralität eine Stütze gäbe. Dazu ist die Position südlich Schlingen bei Hüningen wie geschaffen. Den Rhein in Front und steile Kalkfelsen dahinter! Aus derselben ließe sich je nach Bedürfnissen des Feldzugs für einen Vorstoß gegen Épinal und Langres und eine Observation von Belfort das Nötige veranlassen . . . Ob es nötig sein wird, Neubreisach als Stütz- und Sperrpunkt zu befestigen, müssen die Fachleute wissen. Immerhin wird es vorteilhaft sein, wenn die franz. Lawine, d. h. das französische Massenchaos in einem möglichst engen Raum zusammengehalten wird, um daß die alte Maxime „getrennt marschieren und vereint schlagen“ sich in die Version umsetzen läßt: „gehäuft marschieren, um vereint dann geschlagen zu werden“. An das Durchgehen der Militärvorlage<sup>1</sup> glaube ich von Tag zu Tag weniger. Wir leiden im Zentrum an einer bedenklichen Krankheit, an der Dummheit. Kann man etwas pitoyableres sehen als die Erklärung der deutschen Delegierten auf der Brüsseler Währungskonferenz?<sup>2</sup> Die guten Menschen wissen gar nicht,

<sup>1</sup> Die große Militärvorlage von 1892, die von Caprivi am 23. November im Reichstage eingebracht worden war.

<sup>2</sup> Die am 22. November in Brüssel eröffnete internationale Münzkonferenz.

von was die Rede ist, sonst könnten sie unmöglich sagen, ihre Instruktion sei, zu erklären, Deutschland würde sein „Münzsystem“ nicht ändern. Es ist doch gerade als ob in einer Verhandlung über Bierbereitung jemand sagt, er würde bei seiner Art der Weinfabrikation bleiben. Wir werden noch zum Gespötte aller Verständigen, wenn es so weitergeht.

### 119. An Stosch

Segenhaus, 12. Januar 1893

Ich habe gezögert, Ihnen für Ihren letzten Brief zu danken, weil in Aussicht stand, daß Loë, den ich seit unserer gemeinsamen Anwesenheit im Mai bei Ihnen nicht mehr gesehen hatte, heute kommen würde und ich dabei etwas hören würde, was auch für Sie von Interesse sein könnte. . . .

Der Schwerpunkt aller Erwägungen liegt darin, daß Loë von Caprivi sagt: „Leboeuf wird er nicht“<sup>1</sup>, was derselbe übrigens in der Kommission schon sagte, wenn er die Verantwortung für Ablehnung der Vorlage nicht tragen zu können erklärte. Die Tatsache liegt anderseits vor, daß die Majoritäten der Parteien sich für Nichtbewilligung gebunden haben. Wie also aus der Impasse herauskommen? Die zwei Wege, Auflösung und Staatsstreichvellenitäten, sind ausgeschlossen<sup>2</sup>. Bleibt also nur der Weg des Kompromisses und der Verhandlung mit den Parteiführern. Dabei muß freilich, will ich die Braut nach Hause führen und die Militärvorlage in ihrem Kern retten, manches geopfert werden und nicht auf allen Punkten der Mehrheit gegen die Borsten gestrichen werden<sup>3</sup>. Ich sollte denken, wenn die Reform auf das Minimum der Kosten zugeschnitten, wenn sonst am Militär-

<sup>1</sup> Anspielung auf das „archiprêt“ des franz. Kriegsministers vor Ausbruch des 1870er Krieges.

<sup>2</sup> Nach dem tatsächlichen Verlauf keineswegs, denn zur Reichstagsauflösung kam es doch und die Möglichkeiten einer „Oktroyierung“ der Militärvorlage und einer Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts sind in den nächsten Monaten mindestens erörtert worden. (Vgl. Zechlin, Staatsstreichpläne . . . 1894, Seite 92 und 110ff.)

<sup>3</sup> Ähnlich äußerte sich am 5. Januar Bamberger in einer Besprechung mit Loë. (Vgl. Tagebücher, ed. Feder, Seite 472-478.)

budget da und dort gespart, die Militärgesetzgebung glatt erledigt würde, so ließe sich die Erhöhung des Präsenzstandes mit Kadres wohl durchbringen. Freilich nur, wenn auch über das dicke Ende des Finanzaufwandes volle Klarheit geschafft würde und derselbe sich ziffernmäßig übersehen läßt. Nun schreckt das Unbekannte mehr als es eine markige, aber übersichtbare Summe tun würde.

Alle Parteien scheuen den Abgang Caprivi's und das Unbekannte, was dahinterliegt. Ich sollte denken, wenn das richtige *savoir faire* da wäre, müßte sich zu einem Ausweg gelangen lassen, vorausgesetzt, daß der Kaiser selbst dem Sparen und einem Kompromiß auf Grund von Ersparen am Etat, inkl. Auswärtigem Amt mit all seinem Schwindel und auch am Marineetat nicht Hindernisse in den Weg legt. Auch mit andern Liebhabereien müßte sparsamer umgegangen werden, wenn man das Ziel will.

Gelingt dieser Weg nicht – und er kann durch unkluge Worte und despotisches Dareinfahren ungangbar gemacht werden –, so bleibt für den Nachfolger kaum etwas übrig als zu dem Bismarckschen *Misère* in der auswärtigen Politik, d. h. zum System der Trinkgelder an Rußland zurückzukehren und Werder<sup>1</sup> sein Glück beim Zaren versuchen zu lassen, ob er ihn von dem Kokettieren mit Frankreich durch die *douceurs*, die er ihm in Bulgarien und anderswo auf Kosten des österreichischen Alliierten vorgaukelt, abbringen kann. Will er das nicht, dieser Unglücksnachfolger, und muß er auswärtige Politik mit einer Armee hinter sich machen, welche die militärischen Autoritäten des Landes en bloc für untauglich und ungenügend erklärt haben, so kann er diesmal allen Ernstes vor Frankreich in den Chamadenton verfallen; mit den Fanfaren und dem Renommieren ist es für ihn vorbei. Es bleibt eine Jammerlage. Mir scheint für Caprivi die Möglichkeit aber gar nicht vorzuliegen, diese Position geduldig anzunehmen und eine so triste Figur vor Europa zu machen. Wenn aber nicht er, wer dann? Diese Frage löst man nicht, wenn man sagt, nur ein Tor setzt sich in solch eine *Galeere*. Wird es Eulenburg sein? Waldersee, gegen den der kaiserliche Ausfall<sup>2</sup> vom 1. Januar leider

<sup>1</sup> General v. Werder, der bisherige Militärbevollmächtigte am Petersburger Hofe, war auf Wunsch des Zaren zum dortigen Botschafter ernannt worden.

<sup>2</sup> In der Neujahrsansprache an die kommandierenden Generale sollte der Kaiser neben einer scharfen Äußerung gegen „den halbverrückten Reichstag, den er

bisher unwidersprochen ist von seiten des Sprechers wie des Besprochenen, ist natürlich ganz außer Frage. Aber auch Eulenburg wird trotz seiner Gummielastikumnatur doch wohl klug genug sein, sich zu Führung einer Reichspolitik unter diesen Voraussetzungen nicht herzugeben. So bleibt eben absolut nur der eine Ausweg – das Kompromiß mit Caprivi – und der einzige Haken bleibt, daß Caprivi die nötigen Konzessionen nicht zu eigener Disposition hat und, wenn er sie auch hätte, nicht biegsam und gewandt genug ist, sie zu Erreichung des Hauptzieles zu verwerten. –

. . . Wenn Sie von Berlin zurück, komme ich einmal auf ein paar Stunden hinüber.

120. An Stosch

Segenhaus, 26. Januar 1893

. . . Wie sehr mich jede Einzelheit Ihrer reichen Erlebnisse interessiert hat, brauche ich nicht erst zu versichern. Vor wie nach ist bei einem Einblicke in die Verhältnisse und Personaleigenschaften der handelnden Hauptfiguren der Eindruck einer unglaublichen Naivität, verbunden mit dückelhaftem Eigensinne, vorherrschend. An höchster Stelle versetzt mit oberflächlichem Leichtsinne, der die Schwierigkeiten nicht sieht, es leicht mit einem Konflikte nimmt, auch einmal Auflösung und reichstagsloses Regiment probieren würde, ohne zu ahnen, daß damit das Reich in die Brüche ginge und Preußen noch mehr als jetzt schon dem guten Willen der andern Bundesstaaten ausgeliefert würde.

Ich bin geneigt, anzunehmen, daß Caprivi recht hat, wenn er sich [darauf] verläßt, daß der Kaiser die Grundlagen seines Kompromisses annehmen und nicht den Mut haben würde, ohne ihn ein Weiterfesthalten anderer Bedingungen zu versuchen. Er fände auch niemand, der als Reichskanzler dieses Spiel wagen würde, nicht einmal Puttkamer, der wohl bereit wäre, die Sukzession anzutreten, aber die zweijährige Dienstzeit fallen lassen würde, um dem Kampfe zu entgehen. . . . Alle Chancen sind, daß Caprivi

zum Teufel jagen werde, wenn er gegen die Militärvorlage Opposition mache“, sich auch gegen die Kritik in Offizierskreisen (wegen der zweijährigen Dienstzeit) gewandt haben, als deren Antreiber ihm Waldersee bezeichnet worden sei. (Vgl. Denkwürdigk. II, S. 276 ff.)

bleibt trotz seiner törichten Reden und seinem Entêtement auch in betreff der Basen des Kompromisses. Einen besseren Lückenbüßer gibt es nicht und niemand kann relativ so viele Torheiten begehen und zu Ausführung derselben gebraucht werden als gerade er, ohne daran zugrunde zu gehen, weil Gutes als Nachfolger nicht zu haben ist und jedermann das Üblere scheut, was unfehlbar nachkommen würde.

In betreff der Grundlagen des Kompromisses, so hat es für mich wie die ganze Vorlage zwei Fehler. 1. Es behält die törichten Halbbataillone bei, für die keine Kadres in Fleisch und Blut aufzutreiben sind, und vermindert deren Bestand in den alten Bataillonen. 2. Es geht in Vermehrung der Artillerie lange nicht weit genug. Ich begreife nicht, wie man beim Stande der heutigen Bewaffnung der Infanterie nicht sieht, wie deren Offensivkraft durchaus von dem Eingreifen ihr beigegebener, ja organisch eingegliedertter Artillerie bedingt ist und wie es viel wichtiger ist, eine geringere Zahl Infanterie in die erste Linie zu bringen – aber eine Infanterie, die durch Nachschub zu einer fast unsterblichen gemacht werden kann und der eine wirksame Vorbereitung durch Artillerie nicht fehlt –, als daß man große Massen in die erste Linie bringt, die nur weggeschossen werden, wenn sie vorgehen sollen.

Es ist zu fürchten, daß zwar jetzt zu einem Ausgleich gekommen wird, daß aber die inneren Fehler der Vorlage, für die wohl Caprivi am meisten verantwortlich gemacht werden muß, nur zu bald zu einer weiteren nötigen werden und daß in der Zwischenzeit wir in einer militärisch wenig befriedigenden Lage bleiben. Glücklicherweise sind unsere Nachbarn nicht besser daran. Gewehr und Pulver sind bei ihnen so schlecht als bei uns. Bei ihnen wie bei uns gibt das rauchlose Pulver immer neue Rätsel seiner Empfindlichkeit gegen klimatische Einflüsse und Alter auf. Das Gewehr aber ist so subtil, daß nicht Büchsenmacher genug aufzutreiben sind, die invalidierten notdürftig zu unsicherem Halbgebrauche zu reparieren. Die Zahl der unbrauchbaren und der Fehlschüsse war bei den letzten Manövern enorm. Das dämpft den Kriegsmut der Franzosen, auch wenn Gallifet aus den inneren Krisen als Diktator hervorgehen sollte. In Rußland ist der Kaiser vor wie nach für den Frieden. Der einzig gefährliche Punkt bleibt Bulgarien, wo alles auf den zwei Augen von

Stambulow steht und jeder Wechsel dem Russen das Schwert in die Hand wider Willen nötigen kann. Über den Inhalt der politischen Weisheit, die Caprivi in der Kommission losließ, enthalte ich mich eines Urteils. Klug scheint er mir nicht gewesen zu sein, weder mit seiner Offenheit auf dem Gebiete der auswärtigen Beziehungen noch auf dem der strategischen Lage.

Der Kaiser vollends scheint beides ziemlich optimistisch anzusehen und Schneidigkeit soll ersetzen, was nur Umsicht und Festigkeit sichern kann. Dabei geht in Berlin das Geldausgeben auch auf militärischem Gebiet fort, während, um die Vorlage und das für die Armee Nötigste durchzubringen, allerorten gespart werden müßte. Das ist ein großer Fehler und zeigt, wie man sich eben Liebhabereien und Grillen nicht versagen kann, auch wenn der Staat und sein Wohl und die Sicherheit des Reiches in Frage kommt.

### 121. An Stosch

Segenhaus, 7. Juni 1893

Dies ist der dritte Brief, den ich an Sie zu schreiben beginne. Hoffentlich kommt er zu Ende, wenn er von Anfang an kurz angelegt ist. Der erste, welcher zugleich den Dank für Ihren interessanten und zu vielen Fragen und Sorgen anregenden Brief enthielt, brachte es auf 7 Seiten und war gerade so weit gekommen, von dem Reichs- und Landeskreuz auf das hiesige Hauskreuz überzugehen, als ich unterbrochen wurde und nicht dazukam, ihn weiterzuführen, ehe er veraltet und die Situation vielfach verändert war. Den zweiten hatte ich begonnen, als Loë nach langer Unterbrechung hierherkam und erzählte, Sie seien nach Berlin, wie ich vermute, zu dreifachem Zwecke: dem Herrenhause anzuwohnen, Ihre Tochter zu sehen und in der Ausstellung ein unbehagliches Gefühl der künstlerischen Impotenz zu gewinnen. Politische Weisheit haben Sie schwerlich gesucht und gewiß nicht gefunden. Sonst wäre der Reichstag nicht aufgelöst<sup>1</sup> und Neuwahlen auf einer so ungesunden Basis wie die der Koalition ver-

<sup>1</sup> Am 6. Mai nach Ablehnung des von der Regierung gebilligten Vermittlungsantrags Huene (Zentrum) mit 210 gegen 162 Stimmen.

letzter ökonomischer Interessen und einer Gegnerschaft gegen die Militärvorlage versucht worden.

Mir scheint vor wie nach das Schicksal der letzteren gar nicht zweifelhaft gewesen zu sein, wenn dem geschlossenen Reichstage bei seinem Wiederausammentritt eine nur mäßig modifizierte Neuvorlage gemacht worden wäre. Dafür war auch im alten Reichstage eine Majorität sicher. Nunmehr sind wir in ein Chaos geraten und auch aus den Neuwahlen werden im günstigsten Falle nur chaotische Parteigruppierungen resultieren, mit denen wenig anzufangen sein wird.

Um aber nicht Gefahr zu laufen, überhaupt wieder in lange politische Exkurse zu geraten und den Hauptzweck meines heutigen Schreibens zu verlieren, komme ich zur Sache. Ich bin im Begriffe, von hier abzureisen. Ich möchte, falls Sie schon zurück sind, im Vorbeifahren auf einige Stunden bei Ihnen ankehren und frage an, ob Ihnen das passen würde. Bekomme ich keine Antwort, so nehme ich an, Sie seien nicht zurück, und fahre direkt zu mir hinauf.

#### 122. An Stosch

Schopfheim, 1. August 1893

Ich habe heute die letzte Nr. mit der Schlußverhandlung des Kriegsgerichts über die Katastrophe der Viktoria abgeschickt und lasse diese Zeilen folgen, um zu sagen, daß die Stundenuhr meines hiesigen Aufenthaltes abgelaufen ist. Morgen abend kommt der König von Rumänien nach Segenhaus und da wichtige Entschlüsse gefaßt werden müssen, namentlich in betreff der Frage, ob die immer noch nicht ganz normale Königin vor Winter nach Bukarest zurück soll, kann und darf, so konnte ich nicht abschlagen, auch zur Stelle zu sein. Ich glaube, daß wesentliche Fortschritte gemacht worden sind und daß viel mehr auch künftig nicht erwartet werden kann. Andererseits kann es nicht ewig fortgehen wie seit zwei Jahren; die Sisyphusarbeit ist zu aufreibend. So bleibt die Wahl zwischen zwei Übeln.

Mein Aufenthalt hier war vielfach befriedigend. Die hiesige Gegend hat nicht so sehr unter der Dürre gelitten und bot immer einen saftigen Anblick. Vollends die Wasserwiesen waren sehr



schön und, wie Sie richtig vermuteten, für ihre Besitzer auch einträglich genug. Wäre die Konjunktur jedes Jahr so günstig, dann würden die Lasten nicht die Einnahmen übersteigen. Allerdings hat das törichte Ausfuhrverbot die Sache ungünstiger gestaltet. Aber gegen den wirtschaftlichen Unverstand ist am schwersten anzukämpfen, wenn er von Interessendliquen unterstützt wird. Wie tief wir aber politisch in Europa gefallen sind, hat sich in bedauerlicher Weise bei der Haltung gezeigt, die wir der sog. friedlichen Blockade der Franzosen gegenüber innegehalten haben. Nur das Zurückweichen Siams hat uns vor der Schande gerettet, den unbestrittenen Satz des Völkerrechts, daß solche Blockade den Neutralen gegenüber unwirksam ist, preisgegeben zu haben. Gerade Frankreich hatte diesen Grundsatz stets verteidigt und hätte ihn gegen sich unweigerlich gelten lassen müssen, also Siam den Krieg erklären müssen, um eine wirksame Kriegsblockade durchführen zu können. Unser Interesse ging dahin, diese Wirkung zu erreichen und Frankreich in Krieg zu verwickeln. Folglich mußten wir Siam steifen und die Blockade nicht gegen uns gelten lassen, auch die elende Politik des foreign office gegen diese Friedensblockade aufstacheln. Nun haben wir statt Verlegenheit Frankreichs dessen Übermut vergrößert.

Die Nähe der moralischen Blockade, die die Großherzogs durch ihren Aufenthalt im benachbarten St. Blasien gegen mich errichtet, verbunden mit ihren dringenden Aufforderungen hat mich meine Zelte verlassen machen und ich war zwei Tage daselbst. Ich fand eine wenig günstige Stimmung für die oberste Reichsleitung und geradezu eine scharfe Mißstimmung gegen Caprivi. Ich weiß nicht, welchen Anteil an der Gegnerschaft gegen die zweijährige Dienstzeit die Pietät gegen die Traditionen Wilhelms I. und welchen Einfluß darauf die Meinung der nahen kommandierenden Generale wie Blume und Schlichting hat. Vorhanden ist diese Gegnerschaft jedenfalls. Sonst kam bei der Fahrt wenig heraus.

### *123. An Stosch*

Reichenhall, Luisenbad 89, 22. August 1893

Ihr teilnehmender Brief kommt mir via Segenhaus zu. Ich habe, seit ich Ihnen das Paket Zeitungen von dort zuschickte, ohne ein

Wort hinzufügen zu können, eine ziemlich bewegte und, wie Sie sich denken können, nicht kühle Existenz geführt. Den Tag nach Abreise des Königs Karl fuhr ich nach Paris, wo ich eine in Fristen laufende Geschäftssache zu erledigen hatte. Es war so heiß, daß man sich möglichst ruhig verhalten mußte und nur die Aufführung von Racines Britannikus in der Comédie française mit dem im Zirkus wettfahrenden Nero, der seine Mutter Agrippina und seinen ersten Ratgeber Pyrrhus entfernte, den Gedanken nahelegte, wie solche Aufführung im heutigen Berlin wohl aufgenommen würde<sup>1</sup>. Von Paris fuhr ich mit dem Orientexpress hierher, meinen alten schwerkranken Freund Sir Robert Morier besuchen, dem seine alte Gegnerschaft zu dem verendeten<sup>2</sup> Ungetüm, dem Herzog Ernst von Koburg, bekanntlich auch die Feindschaft Freytags eintrug, der freilich von dem Manne weiter nichts weiß. Hier in einer freilich paradisischen Gegend, die darum aber nicht kühler ist, traf mich nun Ihr Brief und ich sende Ihnen meinen Dank von hier.

[Will fehlende Times-Nr. über die letzten englischen Seemanöver nachsenden und äußert sich über den Schiffsbau der Zukunft.]

. . . Bei des Königs [Karl] Anwesenheit handelte es sich wesentlich um die Frage: wann ist der Zustand der Kranken soweit gebessert, daß sie ohne Gefahr zurückkann, und zwar nicht nur Gefahr des Rückfalls, sondern auch Sicherheit, daß sie nicht durch konfuse Äußerungen bei aller Überwachung sofort wieder das Zentrum von Intrige wird. Der König sagt: es gibt drei Strömungen in der Stimmung, die vor wie nach der Königin sehr feindlich ist. Die erste sagt, die Königin kann nur zurück, wenn sie physisch so wohl ist, ihre Pflichten erfüllen zu können, namentlich wenn sie gehen kann. Die zweite: die Königin kann zurück in dem Augenblick, in welchem der König es für möglich hält. Die dritte sagt, die Königin darf überhaupt nicht zurück, weil sie zu gefährlich ist. Dahin gehört z. B. die deutsche Diplomatie unter Führung des intriganten Faiseurs Herrn v. Bülow, ein Früchtchen Bismarckscher Schule. Da man in Rumänien weiß, daß Bismarck seinerseits, um das bon vouloir Rußlands wieder-

<sup>1</sup> Vgl. die Betrachtungen Waldersees aus Anlaß der „Caligula“-broschüre des Historikers Ludwig Quidde. (Denkwürdigk. II, S. 313.)

<sup>2</sup> Herzog Ernst war am 22. August den Folgen eines Schlaganfalls erlegen.

zugewinnen, Rußland freie Hand in den Donaufürstentümern versprach (im Jahre 1886/87), so ist von deutschem Einfluß daselbst selbstverständlich die Rede nicht, sondern es bleibt vor wie nach eine Erschwerung für den König, daß er Deutscher ist. Immerhin ist die Partei nicht klein, welche der Königin nicht verzeiht, was sie gegen Land, Leute und König sprach und sündigte.

So bleibt die Frage also so, daß sie keinesfalls vor dem nächsten Frühjahr zurück kann und soll, und damit ist entschieden, daß wir noch einen Winter den zweifelhaften Genuß des Besuches in Segenhaus haben.

#### 124. An Stosch

Schopfheim, 27. Oktober 1893

Ich habe gewartet, Ihnen für Ihren lieben Brief zu danken, bis ich sicher war, daß die ernste Arbeit Ihres Herbstes vorüber war und ein Glückwunsch zu dem reichen Segen den Abschluß begleiten konnte. Sie sehen, daß ich noch hier bin. Nicht allenfalls, daß die Zustände in Segenhaus mir unsympathisch wären oder der Kgl. Besuch mich weniger anzöge. Im Gegenteil vermißt und ruft man mich allseitig sehr. Aber ich habe so lange meine eigenen Angelegenheiten laufen lassen, daß der Umstand, daß mein Rentbeamter, der allein alles kennt, 78 Jahre alt ist, mir den Gedanken nahelegen mußte, selbst in allem orientiert zu sein, um einen ev. Nachfolger einführen zu können. Dann strich der Gedanke an die eigene Vergänglichkeit durch meine Seele und kinderlos, wie ich bin, mußte ich mich fragen, was werden soll, wenn die Alarmtrompete für mich tönt. All das gibt Sorge und Arbeit. Außerdem sagte ich Ihnen, glaube ich, daß ich an das hiesige Haus einen Anbau machte, der Familienbilder, Bibliothek usw. aufnehmen soll. Derselbe ist mit Grillen aller Art ausgestattet, welche meine Anwesenheit fordern. Daher bin ich immer noch hier und bleibe wohl auch noch einen guten Teil des Novembers hier, wo mich Ihre Gedanken suchen können.

In Segenhaus geht es eher besser . . . Von Rückkehr nach Rumänien ist leider freilich noch keine Rede . . . Unter diesen Umständen bin ich eher in einer elegischen Stimmung. Der Tod

Kameckes<sup>1</sup> ging mir nahe, weil er Sie als das Verschwinden eines Zeit- und Arbeitsgenossen berührte. Auch die Lage von Loë ist mir nicht behaglich. Der Generaloberst hat ihn in eine falsche Lage gesetzt, aus der ihn nur eine Armeeeinspektion befreien könnte. Diese ist nicht frei und Blumenthal kann man nicht totschlagen. So kommt zu mancher persönlichen Misere auch noch die bedrückende Frage, wo soll es mit der Entwicklung der europäischen Welt in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht hinaus? Wer nicht unter den Eindrücken außerordentlichen Gottessegens lebt wie Sie im Rheingau, der wird auf der ganzen Welt, Europa und Amerika, einen Rückgang des Verdienstes und dabei der Lebensmöglichkeit der großen Massen konstatieren können, welcher ein ernsteres Problem aufgibt als die sozialdemokratischen Theorien. Dabei die rapide Bevölkerungszunahme, die unabweisbaren Aufgaben des Staates und die korrespondierende Unmöglichkeit, die Mittel zu ihrer Lösung zu beschaffen. Ich sehe kaum, wie zu helfen ist, ohne das Branntweinbenefizium anzugreifen. Das Tabaksmonopol bringt in Deutschland lange nicht so viel als in andern Ländern, wenn man es auch durchbrächte...

### 125. An Stosch

Segenhaus, 8. Januar 1894

... Sie kennen meine trübe Auffassung der wirtschaftlichen Zukunft der Welt und auch Deutschlands. Ich sehe in der Tat nicht, wie eine stetige Vernichtung der Vermögensgrundlage der lebenden Gesellschaft vermieden werden soll, sei es durch direkten Bankrott à la Griechenland und wohl auch Italien, oder durch Zinsherabsetzung. – Wenn ich die Antwort Capravis auf die Klagen der Abgeordnetendeputation<sup>2</sup> lese und darin am Schluß finde, daß es wohl geraten sei, zu überlegen, wie der Silberentwertung vorzubeugen sei, so greife ich mir an den Kopf und

<sup>1</sup> General v. Kamecke, Kriegsminister zur Zeit von Stoschs Marineleitung, war am 12. Oktober gestorben.

<sup>2</sup> Gemeint ist ein im Reichsanzeiger vom 6. Januar 1894 veröffentlichter Briefwechsel Capravis mit dem ostpreußisch-konservativen Verein über die Notlage der Landwirtschaft und die besten Wege, der steigenden Silberentwertung abzuhelpfen. (Vgl. dazu die Wiedergabe im Europ. Geschichtskal. 1894, Seite 2.)

bin starr über die riesige Dummheit solcher Anschauung, als ob jemand das geringste daran läge, ob das Silber viel oder wenig oder gar nichts wert ist. – Worauf es ankommt, ist das Sinken der Warenpreise aufzuhalten, welches notwendig alle Erwerbszweige unrentabel macht und damit die Steuerkraft vernichtet. Für mich ist es nur eine Frage der Zeit, daß die einzelnen Steuerquellen unergiebig werden und daß die Budgets regelmäßig Defizit zeigen müssen, trotz dem Anziehen der Steuerschraube und dem Erfinden neuer Steuern. – Es gab schon öfters solche Perioden in der Geschichte, z. B. das zweite Jahrhundert nach Christus bis auf Diocletians Zeit, und die Jahrhunderte vor der Entdeckung von Amerika und der Minen von Potosi<sup>1</sup>. Damals borgte Kaiser Max I. bei Fugger elende 400000 fl., um einen großen Krieg zu führen. Es sind das die schwersten Zeiten für das Menschengeschlecht, weil der Staat erst aufhört zu pressen und pressen zu müssen, wenn der letzte einzelne ruiniert ist. Dies sahen einsichtige Finanziers längst voraus und Caprivis Weisheit allein kann kühl sagen, die einzelnen Grundbesitzer sollten den Wert ihrer Güter auf die Hälfte heruntertaxieren, dann würden sie glänzende Jahresabschlüsse machen. Glaubte der Gute, daß dann der Staat in Gold schwimmen wird? Für mich ist das Blödsinn. Ich beneide Miquel nicht, halte aber trotz meiner Vorliebe für indirekte Steuern eine Vermögenssteuer schließlich für das einzig übrigbleibende, das Loch auf eine Zeitlang zu füllen. Freilich muß der Verschwendung der Gemeinden prinzipiell eine Schranke gezogen werden, weil dieselben sonst dem Staat und dem Reich nichts übriglassen, um der Kameraderie zu reichlich lohnenden Submissionen zu verhelfen. In nächster Nähe sind greuliche Beispiele zu finden, wo arme Gemeinden genötigt werden, 30000–40000 Mark kostende Wasserleitungen bei einem vervetterten Ingenieur machen zu lassen, welche damit enden, daß sie nicht einmal mehr das Wasser des früheren laufenden Brunnens behielten. –

. . . Ich würde Hoffnung haben, daß Ihre Predigt in der Wüste in Berlin einem guten Samen gliche, wenn die kolossale Dummheit weggeschafft werden könnte. Dagegen gibt es leider kein Kraut.

<sup>1</sup> Silberminen in Bolivia, die im 17. Jahrhundert von den Spaniern ausgebeutet wurden.

Schopfheim, 4. Oktober 1894

... Ich sende Ihnen unter Kreuzband einige Timesartikel und einen von Hesse-Wartegg<sup>1</sup>, die trotz der ausnahmsweisen Ausführlichkeit, welche einzelne deutsche Zeitungen bei dem Anlaß zeigten, Einzelheiten über den Japanisch-Chinesischen Krieg<sup>2</sup> enthalten, die Sie noch interessieren, auch wenn sie verspätet sein müssen. Ich bin geneigt, den Japanern Erfolg zu wünschen, weil dieselben auf lange jedes Fortschreiten der Russen verhindern werden. Es ist mir unbegreiflich, wie man immer wieder lesen muß, die Russen würden die Annexion Koreas nicht zugeben. Wie wollen sie dieselbe verhindern, wenn die Japaner sie wirklich wollen würden.

Was Crowe Ihnen über den Stand der französischen Armee erzählte, wird wohl ganz richtig sein. Man nahm unter dem Eindruck der Niederlagen von 1870 einen Anlauf, die Disziplin zu stärken. Nun verlangt der Nationalcharakter sein Recht und die Erbfehler treten wieder auf. Das ist ein wahres Glück, wenn man sieht, wie auch bei uns mit Wasser gekocht wird und wie der Friede uns nottut bei unserer Anarchie im Regimente.

Sehr genau verfolge ich die Kampagne, die unter der Fahne der größeren Strammheit gegen die Polen und gegen die „Umsturzparteien“ geführt wird<sup>3</sup> und in die nun auch die Nationalliberalen eingetreten sind. Nominell geht der Feldzug gegen Caprivi und wird angeblich für den Kaiser geführt, wenn er dieser Angriffskolonie zu Willen ist. Der Kaiser wird künstlich von Caprivi ge-

<sup>1</sup> Ernst v. Hesse-Wartegg (1851–1918), österreichischer Forschungsreisender und Reiseschriftsteller.

<sup>2</sup> Der am 1. Juli ausgebrochene Chinesisch-Japanische Krieg, der von den Japanern hauptsächlich um den Besitz von Korea geführt wurde, das sie für ihren Export und als Siedlungsland beehrten.

<sup>3</sup> Gemeint ist einmal die mit einer Thorner Kaiserrede (22. September) gegen die polnische Propaganda und der Gründung des Ostmarkenvereins („Hakataisten“) beginnende Abkehr von der als ergebnislos betrachteten polenfreundlichen Politik Caprivis, sodann der „Kampf gegen den Umsturz“, zu dem der Kaiser in einer Königsberger Rede am 6. September aufrief, wobei zunächst an eine Verschärfung und Erneuerung des Sozialistengesetzes unter dem Eindruck der Ermordung des französischen Präsidenten Carnot gedacht war.

trennt und als innerlich mit dieser Politik des „alten Kurses“ als einverstanden fingiert. Zu wessen Gunsten geht aber diese Kampagne? Doch nicht für Miquel oder den Grafen Troubadour? Meiner Überzeugung nach ist der Hintermann, für den das „Deutsche Wochenblatt“ so scharf ins Zeug geht, kein anderer als Herbert Bismarck.

Die Hauptstützen des Wochenblattes Kardorff<sup>1</sup>, Zedlitz-Neukirch<sup>2</sup> und Arendt<sup>3</sup> waren wiederholt in Friedrichsruh und es ist diese Attacke de longue main vorbereitet, in einer Reihe systematischer Artikel. Es ist schlimm genug um das Deutsche Reich bestellt, wenn es auf der einen Seite nur Umsturzparteien, auf der andern diese mysteriösen Staatsretter in sich trägt. Was soll schließlich noch werden? Kraftworte allein tuen es nicht. Ich finde in dem Programm der Nationalliberalen nur ein Umgehen aller ernstesten Fragen und ein Geklingel mit Phrasen. Nirgends ein bestimmtes Wie und Was.

Mein guter Großherzog schlägt gar den Generalmarsch gegen die Umsturzparteien. Welche und wo?

... Was die Fürstin Ihnen Rühmliches von diesem Erdenwinkel erzählte, entsprang mehr den nachsichtigen Augen und der Befriedigung, einige ruhige Tage zu genießen, als der objektiven Wirklichkeit. Wenn Sie von Schloß reden, so blasphemieren Sie diese aus einem alten Bauernhaus restaurierte kleinbürgerliche Wohnung. Das höchste, was ich zugebe, ist, daß die absolute Isolierung in Wiese und Wald einen gewissen Reiz hat. So auch die ganze Gegend. Nirgends etwas, was an die Reize des Rheingaus erinnert.

... Ich gebe Laut, wenn ich von hier nach Neuwied gehe, und komme dann bei Ihnen vorbei.

<sup>1</sup> Wilh. v. Kardorff (1828–1907), der bekannte Parlamentarier der Reichspartei, Hauptvertreter der Schutzzollpolitik, zu der er auch Bismarck „bekehrte“. Vgl. über ihn die von seinem Sohne Siegfr. v. K. verfaßte Biographie „Wilh. v. Kardorff, ein nat. Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II.“, Berlin 1936.

<sup>2</sup> Octavio Freiherr v. Zedlitz-Neukirch, führendes Mitglied der Freikonservativen.

<sup>3</sup> Dr. Otto Arendt (1854–1936), freikonservativer Abgeordneter, Gründer des Deutschen Vereins für internationale Doppelwährung und geistiger Führer der deutschen Bimetallisten, als solcher mit Roggenbach in langjährigem Briefverkehr. (Meine Bemühungen um diese Briefe Rs. waren ohne Erfolg.)

127. An Stosch

Schopfheim, 12. November 1894

Große und kleine Geschäfte haben mich bisher hier festgehalten. Nun sehe ich das Ende ab und hoffe bestimmt im Laufe der Woche wegzukommen. Auf der Durchreise habe ich in Basel und Freiburg noch etwas zu erledigen und will die Nacht in Mannheim bleiben und den nächsten Tag mir das, wie es scheint, hervorragend gelungene Kaiserdenkmal ansehen.

... Alles Wunderliche, das wir erlebt haben, berühre ich nicht und verspare auf mündliche Erörterung. Jedenfalls hat der Spaßvogel, der die Möbelwagen an das Reichskanzlerpalais bestellte, ehe die kurze Konversation zwischen Herr und Diener stattgefunden hatte, gewußt, daß die seidene Schnur fertiggedreht war<sup>1</sup>.

128. An Stosch

Segenhaus, 4. Januar 1895

[Neujahrswünsche.]

... Ich sende Ihnen eine Times-Nr. mit einer ganzen Reihe instruktiver Artikel aus allen Weltenden. Darunter einen die Japaner hoch erhebenden Artikel. Trotzdem bin ich der Meinung, Japan täte wohl, wenn es nun im Frieden die Vorteile einzöge, die es kaum steigern, wohl aber verlieren kann. Nächst Japan interessiert mich der Ausgang der Krisis Crispi. Ich gehöre zu denen, die an die Integrität<sup>2</sup> eines Mannes nicht glauben können, der absolut vermögenslos als Freizügler der Tausend unter Garibaldi auslief und nun den grand seigneur spielt, der seine Tochter an neapolitanische Fürsten (freilich sauberen Gelichters) verheiratet. Dotationen und hohe Gehälter sind nicht. Seine Mätresse und jetzige Frau neusten Datums brachte ihm auch nichts. Woher also? Ich finde nicht, daß unsere Presse, auch halboffiziöse und national-

<sup>1</sup> Caprivis Entlassung, die ihm am 26. Oktober gewährt worden war, zusammen mit dem Abschied an Botho Eulenburg. Über die verwickelte Vorgeschichte der Entlassung vgl. die Darstellung bei Wahl, a. a. O. III, S. 571–576.

<sup>2</sup> Die Integrität Crispis ist mehrfach bestritten worden; insbesondere warf man ihm Bestechlichkeit und Ordensschacher vor.



liberale, gut beraten ist, auf der ganzen Linie für ihn Partei zu nehmen, bloß weil Bismarck ihn für so korrumpierbar hielt, um ihn der zweifelhaften Ehre seiner Freundschaft würdig zu halten. Nur dieser Qualität als Kreatur Bism.[arcks] verdankte er seinen Aufstieg als politische Größe. Was soll aus unserm Partner im Dreibunde werden, wenn er solchem Manne seine Geschicke überläßt!

Ich mache auf eine Intrige gegen Marschall aufmerksam. Dieselbe ist m. Erachtens zugunsten von Herbert Bismarck geplant. Ich weiß nicht, wer gerade die Fäden zieht. Vielleicht Holstein oder Kiderlen-Wächter. Marschall hat sich jedenfalls als schlagfertig und gewandt gezeigt und ein solcher Wechsel wäre gewiß zu bedauern. „Onkel Chlodwig“<sup>1</sup> – denn so kursiert der neue Reichskanzler bei dem Kaiser, wie ich höre – ist durchaus glatt genug, einen solchen Tausch nicht abzuweisen. Im übrigen sind wir auf Abwarten angewiesen, welche Panazée für unsere Schmerzen der „neue Kurs“ uns bringen wird . . .

129. An Georg v. Bunsen

Segenhaus, 11. Januar 1895

. . . Was soll ich Ihnen über Zeit und Menschen sagen, deren Tun und Mißthun wir mit ansehen müssen. Ich gehöre einer Generation an, welche der Überzeugung war, daß gute Institutionen nicht gleichgültig für die Völker sind, um einen geordneten Verlauf ihrer Geschicke gegen Torheit und Irrtum von Massen und Einzelnen sicherzustellen. Nicht minder hielten wir dafür, daß das alte Kaiserreich Deutscher Nation wesentlich daran zugrundeging, daß es den drei Kaiserdynastien, der sächsischen, fränkischen und schwäbischen, nicht gelungen war, sich in einem selbstbewußten nationalen house of Communs einen Rückhalt gegen den Partikularismus der Territorialherren zu schaffen. Heutzutage wird der Reichstag à la baisse gespielt. Zum Teil besorgte er das auch selbst durch die Subservienz der Kartellparteien an alle exorbitanten Sprünge der Bismarckära und an die wechselnden Impulse der kranken

<sup>1</sup> Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst war als Nachfolger Caprivi am 29. Oktober 1894 zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt worden.

Nerven des vielfach gewaltigen und großangelegten Mannes. Ob dahinter irgendein Atom politischer weitsichtiger Weisheit steckt, kann bezweifelt werden. Für den Standpunkt eines persönlichen, nach brandenburgischem Modell zugeschnittenen Kaisertums fehlt uns in Süddeutschland einfach jedes Verständnis. Die Mehrzahl des politischen Publikums zieht sich [vor] diesen Theorien, die vielfach an Jakob I. erinnern, auf den Paragraphen der Reichsverfassung zurück, der da heißt: den Vorsitz im Bundesrat führt der König von Preußen und als solcher führt er den Titel Deutscher Kaiser. Damit fällt alle Theorie über den Inhalt kaiserlicher Machtfülle über den Haufen. Das Deutsche Reich wird jetzt wie früher zu Bundestagszeiten von dem Bundesrat regiert mit dem Unterschied, daß Preußen darin nach Österreichs Ausscheiden eine größere Rolle spielt. Das bleibt ein Gewinn. Er wird größer sein, wenn Preußen verständig und mit kühlem Kopfe und politischem Takte regiert wird. Er ist geringer, wenn das Gegenteil der Fall ist. Dieser Takt sollte sich meines Erachtens aber vornehmlich darin bewähren, den Reichstag als Einheitsfaktor zu erhalten. Ohne einen geachteten Reichstag ist es mit dem Reiche nicht weit her, mag Sybel noch so dicke Bücher über „Neubegründung des Reiches“ schreiben und jedes Dorf ein Denkmal für die „Neubegründer“ aufweisen. Das einzige wirkliche Denkmal für dieselben wäre der „Reichstag“ selbst, der allein auch ein Zeugnis gäbe, daß es überhaupt ein „Reich“ gibt, das mehr ist als Dekoration und Großsprecherei, „wie wir es so herrlich weit gebracht haben“. Wie die Dinge stehen, haben wir doch alle Ursache, bescheiden zu sein, und sollten durch kaltblütige Männlichkeit in unseren Repräsentationskörpern beweisen, daß Auer mit seiner frechen Beschuldigung unrecht hat, daß wir unter dem „Hasenpanier“ marschieren<sup>1</sup>.

### 130. An Stosch

Segenhaus, 28. Januar 1895

Herzlichen Dank für Ihren inhaltreichen Brief vom 22., in dem Alles und Jedes mich hoch interessiert. . . . Ich folge mit den Ge-

<sup>1</sup> Der sozialdemokratische Abgeordnete Ignaz Auer in seiner Rede bei der ersten Beratung der „Umsturzvorlage“: „Der frühere Reichskanzler sprach von dem Mute der Kaltblütigkeit. Die Kaltblütigkeit ist zum Teufel gegangen und Sie marschieren unter dem Hasenpanier“ (8. Januar 1895).

danken, zu denen Ihre Erlebnisse mich anregen, der chronologischen Ordnung Ihres Briefes und beginne mit Loë. Für ihn wird das Drückende seiner jetzigen Stellung<sup>1</sup> wesentlich darin liegen, daß er sich unmöglich darüber täuschen kann, daß der Manöververlauf de facto seine militärische Karriere zu Ende gebracht hat und daß er die jetzige Stellung nicht hat, um militärisch noch etwas zu bedeuten, sondern um zur Hand zu sein für dekorative Zwecke und Sendungen. – Wenn in ihm ein „Sabreur“ gegen die Sozialdemokraten vermutet wird, so fürchte ich, es liegt für alle Teile eine Enttäuschung am Ende. Denn in solch entscheidenden Momenten wird die Kopflosigkeit und die Gänsehaut der entscheidenden Stellen die Aktion lähmen, selbst wenn Loë Stellung dazu hätte und Person dafür wäre. Die Kompetenz eines Gouverneurs von Berlin ist in solchem Falle viel zu unbestimmt, da alle Welt in jeden Schritt sich einmischt und ihm nur die Chance bleibt, zum Sündenbock zu werden, wie weiland Prittwitz, März 1848. –

Hohenlohes Bewegungen<sup>2</sup> folge ich mit wehmütiger Teilnahme. Seine Stellung ist in mancher Hinsicht stärker als die des Vorgängers, auch hat er dessen Fehler der „Scheuleder“ und der „kleinlichen Eifersucht“ nicht. Auch ist er schlau und glatt. Dagegen hat er den „Geheimrat“ gegen sich. Das Miasma, welches sich in dem beschränkten Gesichtskreis der vortragenden Räte ausbildet, ist aber fast absolut tödlich. Nur wer die Stellung hat, sich von ihnen fürchten zu machen, kann gegen ihre Gemeinplätze und Schlagwörter durchkommen. Dieses hat Hohenlohe aber als Rettungsmittel gar nicht zur Verfügung. Wie soll er Furcht erregen, der Bayer und Katholik! Da müßte hinter ihm ein Monarch stehen, der weiß, was er will, und ihn kräftig stützt. So ist seine Kanzlerschaft ein langsames Sterben. – Eigentlich sprach Eynern neulich, wie in der Masse des preußischen Volkes die Majorität über das Reich denkt<sup>3</sup>. Sie blickt auf das Reich nicht als Macht-

<sup>1</sup> Generaloberst v. Loë, bisher Kommandierender General des VIII. A.-K., war am 10. Januar zum Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin ernannt worden.

<sup>2</sup> Vgl. dazu seine „Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit“ (ed. K.A.v. Müller), Stuttgart 1931.

<sup>3</sup> In seiner Rede vom 23. Januar: wenn der Reichstag die Bedürfnisse der Einzelstaaten dauernd nicht befriedige, müsse man die Bildung einer preußischen Partei in Aussicht nehmen.

zuwachs für Preußen, sondern rechnet nur die Opfer heraus, die angeblich Preußen dem Reiche bringt. –

Ihr Zwiegespräch interessiert mich sehr. Wie Sie sich denken können, fast noch mehr, als es die Korona interessierte, welche Sie dabei umgab. Wenn wir die Fiktion, daß wir zur Zeit eine Weltgroßmacht bereits sind, nicht erst werden wollen, zur Wirklichkeit bringen und betätigen wollen, dann ist es, fürchte ich, mit vier Kreuzern noch nicht getan. Dann müßten wir aber auch eine andere Politik machen und [uns] klar darüber werden, wen wir dabei als Freund und wen als Feind ansehen. Vorerst sehe ich nur, daß wir mit aller Welt uns raufen, mit Rußland über die Nachteile, die der Handelsvertrag nebenher bringt, mit Amerika wegen Zucker – mit Frankreich ohnedies, weil es Frankreich ist und der Erbfeind quand même – mit England, weil wir ihm nicht allerwegen über sind – und mit seinen Kolonien erst recht –. Die Durchführung des Gefühlsprogramms einer deutschen Weltgroßmachtspolitik kann sich mit vier Kreuzern nicht begnügen. – Auch sechs sind noch nicht genug für diesen Großmachtstitel des früher so demütigen deutschen Michel. Die Frage ist nun, wo Geld und Menschen dazu hernehmen, um heute schon zu verwirklichen, was wir möglicherweise am Ende einer stetig günstigen Entwicklung erreichen könnten. Da liegt der Hase im Pfeffer! Ich sehe nicht, daß bisher jemand dafür ein Rezept fand. Dabei ist es doch sicher, daß trotz manch möglichem Sparen die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit und die Erhaltung des Militäretablissemments auf der vollen Höhe noch weiteren Aufwand erheischt, – und wir dafür zur Zeit zu wenig tun. Wunderbar scheint mir, von der Stärkung der Regierungsgewalt Heilung sozialer Schäden erwarten zu wollen. Ich persönlich habe nie etwas gegen Stärkung der Exekutive einzuwenden. Das Schlimme ist nur, daß es nicht auf die Stärke der Maschine, sondern auf Mut, Entschlossenheit und Wille des Maschinisten ankommt, der sie führt. Wer dafür Bürgschaft leisten könnte! Aber im günstigsten Fall sind wir nach einer glücklich durchgefochtenen „Junischlacht“ keinen Schritt weiter in der Lösung des sozialen Rätsels unseres Gesellschaftszustandes. Vor wie nach wirft die Großindustrie im Augenblick, in dem sie nicht genügend verdient, hunderte und tausende von Arbeitern mitten im Winter, wo alle Arbeit stockt, auf die Straße, nachdem sie früher dieselben mit

allen Verlockungen eines holländischen Werbebüros aus ihren Heimatorten herbeigezogen, und überläßt den Armenkassen bankrotter Gemeinden, sie zu ernähren –. Vor wie nach schreibt der Staat vor, wie alle diese Erwerbslosen gehalten werden sollen, wie sie wohnen müssen, wie die Schulkinder in der Schule mit Schnürstiefel und Knickerbocker erscheinen sollen, und fragt nicht, wo das Geld dafür herkommen soll. – Gegen allen diesen Unfug der „Regierenden“ hilft Stärkung der Exekutive nichts. Wirksamer wäre Vergrößerung der Irrenhäuser, um einen guten Teil der Regierenden und keinen kleinen der Gesetzmacher unterzubringen –.

. . . Von einer Auflösung des Reichstags kann z. Z. absolut kein günstiges Resultat erwartet werden. Auf welcher Basis soll sie gemacht werden? Doch nicht auf der Umsturzvorlage! Nur die Vernachlässigung der ausreichenden Fürsorge für die National- und Reichsinteressen, für die Wehrhaftigkeit und Sicherheit könnte eine geeignete Grundlage abgeben. Wie aber, wenn die Gegenkarte gespielt wird: „Kein persönliches Regiment“. All das hat etwas Kindlich-Naives . . .

### *131. An Stosch*

Segenhaus, 19. Februar 1895

Unsere Gedanken stiegen auch vor Empfang Ihres Briefes vom 13. vielfach sorgend von der Bergeshöhe in die Ebene zu Ihnen herab, wenn wir von dem niederen Thermometerstand in Neuwied im Gegensatz zu dem unsern hörten. Wir gedachten Ihrer Reben und es fiel mir schwer auf die Seele, von Ihnen gehört zu haben, wie schwer sich Ihr Zimmer im Winter erwärme. An Kohlennot freilich reichten unsere Befürchtungen nicht heran.

. . . Ich gehe zu Ihren Fragen in betreff Schmoller und Wagner über<sup>1</sup>. Letztern kenne ich sehr gut von der Zeit her, daß er in Freiburg Professor war. Er ist eine immer in den äußersten Extremen sich bewegende Natur, voll leidenschaftlicher Kampfbegier, dabei religiös auf dem äußersten Flügel, mit Stöcker auf dem Gebiet des christlich-sozialen omnipotenten Staates arbeitend.

<sup>1</sup> Die bekannten Professoren der Nationalökonomie Gustav Schmoller (1838 bis 1917) und Adolf Wagner (1835–1917).

Einen seiner Söhne taufte er schon vor 1870 „Bismarck“ in Bewunderung der rücksichtslosen Methoden des preußischen Ministerpräsidenten. Er verträgt sich mit niemand, advoziert z. B. Aufhebung des Erbrechts u. dgl. Etwas toll. Häufiger Gast in Varzin in früherer Zeit. Anders Schmoller, der Erfinder des „sittlichen Pathos“ als zu berücksichtigendes Element bei Lösung wirtschaftlicher Fragen, Spezialist für Arbeiter- und Gewerbeangelegenheiten. Aus seinem Seminar in Straßburg, später in Berlin sind so ziemlich alle jetzigen Professoren der Volkswirtschaft an deutschen, schweizerischen und österreichischen Universitäten hervorgegangen. Er ist nach Nasses Tod nun auch Präsident des Sozialpolitischen Vereins. In Berlin hat er in Regierungskreisen wohl mehr Einfluß als Wagner.

Über das, was Sie über Lösung der sozialen Fragen sagen, ließe sich mancherlei diskutieren. Ob es im Verlauf der Krisen unseres gegenwärtigen sozialen Zustandes zu blutigen Konflikten kommt, weiß ich nicht; ich möchte aber glauben, daß es ohne solche nicht abgehen wird. Gewiß ist, daß dieselben mit einer Stärkung der exekutiven Gewalten enden werden, daß aber der so gestärkte Staat nicht klüger sein wird als zuvor. . . . Vor wie nach wird der Staat sich selbst Zweck bleiben, vor wie nach wird er um Wohl und Wehe, Können und Nichtkönnen der Staatsangehörigen sich nicht kümmern und in den Tag Gesetze machen, zu denen er durch das Interessengeschrei einzelner Klassen getrieben wird, ohne einen Augenblick daran zu denken, ob dadurch andern die Existenzmöglichkeit genommen wird. Der Staat hat durch seine Gesetzgebung die Sitten zerstört, auf denen die Gesellschaft aufgebaut war, er hat die Aktion der Familie auf die werdende Generation durch Einschleichen einer Zwangsschule gelähmt, in der die Jugend anstatt der Jahrtausend alten Tradition mütterlicher Religiosität die dünne Brühe unverdauten Halbwissens als Lebensdirektion bekommt. Er hat durch Erleichterung des Arbeitsangebotes für die Großindustrie, durch Freizügigkeit eine Verschiebung der Bevölkerung nach großen Arbeitszentren herbeigeführt, woselbst nach Absolvierung der kurzen Militärzeit der jugendliche Arbeiter vorzeitig genötigt ist, Ehen einzugehen, die zu einer Übervölkerung mit heimatlosen Proletariern führen, während die heimatlichen Wohnstätten sittlichen Familienlebens nach Absterben der verarmten und vereinsamten alten Eltern zu-

sammenfallen. Nachdem der Staat so die Gesellschaft von allen Grundlagen losgelöst, auf denen sie in sich selbst in Pietät, Tradition, väterlicher Sitte und Glauben sicher ruhte, hat er darüber eine breite Schicht eines stets sich vermehrenden, nach immer neuen Zulagen verlangenden, in immer steigendem Luxus lebenden Beamtentums ausgebreitet, für das es keine gesellschaftlichen Übel gibt, solange es ihm selbst wohlergeht.

Wie kann bei solcher Lage – bei einer Spaltung der Gesellschaft in einen sittlich verkommenen vierten Stand der industriellen Arbeiterbevölkerung, einen unter dem Druck der Großindustrie im Verkümmern begriffenen Handwerker- und bürgerlichen Mittelstand bei hoffnungslos verarmendem landwirtschaftlichem Gewerbe einerseits und andererseits in eine [Oberschicht] aus Besoldeten, kapitalkräftigen Industriellen und einer kleinen Zahl leistungsfähiger Großgrundbesitzer – der Glaube an einen festen Bestand unserer Gesellschaftszustände Wurzel fassen? Der damalige deutsche Staat muß notwendig ratlos sein und zu Mitteln der Angst kommen. Ob er heute eine Umsturzvorlage macht oder nicht, ist für die Sache ganz gleichgültig. Er hat die lebendige Betätigung der sittlichen Kräfte in der Gesellschaft getötet, indem er die individuelle Freiheit des einzelnen vernichtete und auf ihm einen Eiffelturm von Behörden – Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kreis-, Gemeinde-, Schul- und Kirchenbehörden – aufrichtete, die jeden seiner Schritte reglementieren, aber alle ihm Lasten auferlegen. Das Individuum rächt sich, indem es in diesem Staat seinen Feind sieht. Das wird ihm freilich zu einer Besserung seiner Lage nichts helfen. Immerhin kann aber auch der Staatszustand nicht als ein gesunder bezeichnet werden, in dem ein solcher Gegensatz großgezogen worden ist.

Der „neuste Kurs“ wird darin so wenig bessern, als es der „neue“ getan hat. Am allerwenigsten würde eine Rückkehr zum „alten Kurs“ mit seinem Sozialistengesetz etwas helfen. Hat doch der alte Kurs alle Saat ausgestreut, aus der unsere Übel entstanden sind.

. . . Analogien zwischen unserer heutigen Lage und der von 1848 kann ich nicht viele finden, wie Friedberg tut. Damals handelte es sich doch um Erlangung konstitutioneller Rechte. Das war eine Frage der Zweckmäßigkeit, wieviel darin nachgegeben werden sollte. Druck war überhaupt nur in der allgemeinen euro-

päischen Atmosphäre, welche den Regierenden auf die Nerven fiel. Ich habe das ja miterlebt. Die Angst und Kopflosigkeit der Regierenden war geradezu komisch. Heute handelt es sich um soziale Probleme, in denen niemand Rat weiß, wo das Gruseln aber die Masse der Bevölkerung auf seiten der Exekutive am Tage eines Ausbruchs stellen wird.

. . . Ich hoffe, die Kreuzer werden bewilligt<sup>1</sup>. Weil die Verweigerung ein großer Fehler wäre, hat sie vielleicht im Reichstag einige Chancen. Meine Wünsche gehen dahin, daß die Japaner Frieden<sup>2</sup> machen und die Franzosen sich in Madagaskar die Finger einklemmen.

### 132. An Stosch

Segenhaus, 5. März 1895

Vor einigen Tagen las ich in der „Zukunft“ von Maximilian Harden den Aufsatz „Hohenlohe und Hohenzollern“, den Sie gewiß auch gelesen haben und der in außergewöhnlichem Maße auch die Aufmerksamkeit des Auslandes auf sich gezogen. Ist er doch auch im Temps in seinen Hauptstellen zum Abdruck gekommen, von den englischen Blättern ganz zu schweigen. Jedermann muß sich fragen, was soll es mit dieser systematischen Befindung Hohenlohes und der Unterwühlungsabsicht, welche der Artikel enthält? Zu wessen Nutzen wird die Kampagne geführt? Und wer steht dahinter? Caprivi ist zwar nicht wegen schwerer politischer Sünden gefallen und auch nicht durch bessere, zielbewußtere Gedanken ersetzt worden. Wohl aber konnte man ihm grobe taktische Fehler vorwerfen, daß er weder den Kaiser mit seinen Liebhabereien zu behandeln verstand, noch eine Einheit des Handelns der politischen Faktoren herzustellen versuchte, die da sind preußisches Ministerium, Reichskanzlertum und Bundesrat. Was den Kern des Übels betrifft, durch das seine Gegner ihn zu stürzen unternahmen, so lag der in der kühlen Art, mit der er dem landwirtschaftlichen Notschrei den Rat gab, um die Güter

<sup>1</sup> In der Beratung des Marineetats am 1. und 2. März bewilligte der Reichstag die ersten Bauraten für die schon erwähnten vier Kreuzer.

<sup>2</sup> Am 19. März begannen die Unterhandlungen; am 17. April folgte der Friedensschluß von Shimonoseki.



wieder rentabel zu machen, genüge es, den Buchwert der Güter um die Hälfte abzuschreiben. Das wurde ihm von den ostelbischen Herren schwarz angekreidet und dieselben erreichten, daß der kaiserliche Herr diesen rüden, herzlosen Gesellen spazieren schickte und seine Getreuen versicherte<sup>1</sup>, daß er ihnen mit wärmsten Sympathien entgegenkommen werde, wenn sie ihm vertrauen wollten. Soweit alles schön und gut – nur ist es mit Sympathien nicht getan und ich finde in allem, was bisher von „neustem Kurse“ geäußert wurde, auch nicht die Spur eines Gedankens, wie dieser Sympathie praktischer Ausdruck gegeben werden will. Von dem Staatsrat kann man doch höchstens verlangen, daß er den Antrag Kanitz<sup>2</sup> ad absurdum führe und den Kampf gegen die Handelsverträge als aussichtslos darstelle, was jedenfalls geschehen wird. Für das Nichtstun wäre damit eine Basis geschaffen, aber für das, was geschehen kann und soll, liegt in der Negation keine Richtschnur. Unstreitig wird dann ein Sündenbock erhalten müssen und ein neuer Griff ins Unbekannte getan werden müssen. Es ist eine schwache Seite des persönlichen Regiments, daß ihm schließlich die Verantwortung zugeschoben wird und ihm gesagt wird: Hic Rhodus, hic salta. Wird dann der Griff auf die Hintermänner der Zukunft getan werden, die so systematisch wie gegen Caprivi nun gegen Hohenlohe vorgehen?

In die gleiche impasse wie mit der Umsturzvorlage und mit der freundlichen Konnivenz an die Agrarier gerät der neuste Kurs auch in der Währungsfrage. Sie wissen, daß ich ein hartgesottener, in der Wolle gefärbter Bimetallist bin, der die Rolle, welche Caprivi-Deutschland auf der Brüsseler Konferenz spielte, einfach lächerlich fand. Harcourt<sup>3</sup> hatte ganz recht in seiner Rede, wenn er sagte, die Instruktion, welche Deutschland seinen Delegierten gab, sei so gewesen, daß man sich fragen müßte, warum sie überhaupt gekommen, und daß daran auch die Diskussion der praktischen Vorschläge Rothschilds gescheitert sei. Trotz dieser meiner bimetallistischen Sympathie zittere ich aber davor, daß die Unklarheit der aktuellen Regierungspolitik sich verleiten läßt, in eine

<sup>1</sup> In der schon erwähnten Königsberger Rede.

<sup>2</sup> Monopolisierung der Getreideeinfuhr und Festsetzung von Minimalpreisen aus Anlaß des landwirtschaftlichen Notstandes. Der Antrag wurde im preußischen Staatsrat und am 29./30. März im Reichstag beraten und abgelehnt.

<sup>3</sup> Der englische Schatzsekretär Sir William Harcourt.

neue Konferenz<sup>1</sup> einzutreten, ohne eigentlich zu wissen, was man will. Das wäre eine Wiederholung der Blamage von Brüssel in verstärkter Auflage. So wird der „neuste Kurs“ wohl auch diese agrarische Forderung mit einem „non possumus“ beantworten müssen. Wie schneiden aber dann die Sympathien des persönlichen Regiments ab? Ich fürchte, nicht allzu glänzend.

Es scheint mir in Ostpreußen bei der letzten Reise *inter convivias* ein Entgegenkommen in Aussicht gestellt gewesen zu sein, bei dem etwas Klares nicht gedacht war und der Natur der Sache nach nichts gedacht werden konnte, da der Krisis der Landwirtschaft im ganzen mit den vorgeschlagenen törichte[n] Mitteln à la Kanitz überhaupt nicht zu helfen ist. Da wurde Hassan mit der seidenen Schnur vorgeschickt und Caprivi stranguliert. Neue Leute sollten den Nebel verdichten zu greifbaren Maßregeln. Wir haben Hammerstein<sup>2</sup> gehört, haben Hohenlohe sich winden sehen und drehen, haben kaiserliche Ansprachen gehört, sympathische, strafende und klugsprechende – geholfen ist dadurch nicht worden und kaum jemand hat gewonnen als die aus der Impotenz der Regierenden und der Unzufriedenheit aller Teile neue Kraft ziehende Negation der Sozialisten, die den Staat, wie er ist, nicht nur als Feind betrachten, sondern auch in seiner Ohnmacht den sozialen Problemen gegenüber verspotten können.

Mit Macht, mit Autorität und mit der Faust kann man wohl Aufstände niederschlagen; die chronischen Krankheiten wie z. B. die, an welchen das römische Reich hinsiechte – die wirtschaftliche Existenzunmöglichkeit, übergroßer Reichtum in einzelnen Händen, allgemeine Verarmung, Notwendigkeit militärischen Aufwand[es], Unmöglichkeit, denselben aufrechtzuhalten durch Versiegen der Steuerquellen –, all diese Übel sind den Rezepten unerreichbar, die sich in dem altfränkischen Pflasterkasten der Markgrafen von Brandenburg und unter den großen Vorbildern, die die Souveränität wie einen *rocher de bronze* stabilisierten, allenfalls vorfinden.

<sup>1</sup> Ein entsprechender Antrag auf Einberufung einer neuen Münzkonferenz zur internationalen Regelung der Währungsfrage war im Reichstag am 15. Februar von Graf Mirbach und Genossen eingebracht und mit großer Majorität angenommen worden, nachdem der Reichskanzler Fürst Hohenlohe dem beantragten Meinungsaustausch mit andern Staaten wohlwollende Prüfung zugesagt hatte.

<sup>2</sup> Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Loxten.

Bis diese Rätsel unserer Zustände gelöst werden, wird wohl mancher Winter noch ins Land gehen. Vorerst aber hoffe ich wenigstens, daß mit dem Frühjahr damit der Anfang gemacht wird.

... Wir stehen im Zeichen des Bismarckmondes<sup>1</sup>. Möge dem alten Herrn die auferlegte Huldigung nicht das Leben kosten. Wer den Deutschen Gelegenheit zu so viel Festfreude und Festräschen gibt, ist mit Recht bei ihnen populär.

### 133. An Stosch

Segenhaus, 6. März 1895

Mein Brief war im Briefkasten, als ich gestern abend den Ihrigen [mit Einlage von Crowe] empfang . . .

Daß die Tendenz der [französischen] Radikalen dahin geht, die Präsidentschaft unnötig und unmöglich zu machen und eine Regierung durch von der Kammer abhängige Ministerien, ohne Kontrolle durch den Senat, zu erreichen, ist bekannt. Seit 1848 ist das das Ziel. Napoleon I. nannte den von Sieyès in der Verfassung von 1800 geschaffenen Konsul einen „cochon - électeur“. Noch schlimmer ist die Stellung des Präsidenten in der gegenwärtigen Konstitution Frankreichs, der sog. Konstitution Wallon, nach dem Verfasser genannt. In der Tat hat derselbe keine andere Kompetenz als die von der wechselnden Gruppierung der Majoritäten der Kammer indizierten Ministerien zu accouchieren. Carnot fand sich in diese Rolle. Périer<sup>2</sup> hatte nur die Wahl, diese Rolle der Nullität zu akzeptieren, einen Staatsstreich zu machen oder zu gehen. Zu dem ersten war er nicht geneigt. Das zweite, den Staatsstreich, kann ein General machen, aber kein Zivilist. Es blieb ihm also, sowie er konstatiert hatte, wie seine Minister mit der Kammer ihn lahmlegten, wenig Wahl. Er konnte allenfalls

<sup>1</sup> Auf den 1. April fiel Bismarcks 80. Geburtstag.

<sup>2</sup> Der am 15. Januar zurückgetretene und durch Felix Faure ersetzte Präsident Casimir Périer hatte seinen Rücktritt in einem Schreiben begründet, in dem er u. a. erklärte, er könne nicht darauf verzichten, „das Gewicht der ihm auferlegten moralischen Verantwortlichkeit mit der Machtlosigkeit zu vergleichen, zu der die von Mitteln der Aktion und der Kontrolle entblößte Präsidentschaft der Republik ihn verdamme“.

Mercier und Dupuy zur Resignation nötigen. Allein er hätte dann schwerlich ein Ministerium gefunden, das ihn im Kampfe mit der Kammer unterstützt hätte, nachdem das am weitesten nach rechts stehende, im Amte befindliche Ministerium ihn am meisten hintergangen hatte. Ich bin geneigt, Crowe darin recht zu geben, daß die Revolution in Frankreich zunächst von der Kammer ausgehen wird, welche sich mehr und mehr einem Konvente nähern wird. Ob aus den sich dann ergebenden Krisen dann eine Diktatur sich entwickeln wird, hängt von dem Grade der Heftigkeit derselben und vom Vorhandensein eines vom Glück getragenen Emporkömmlings aus der Armee ab. Die Armee selbst hat immer noch erhebliche Kohärenz und wird bei der relativen Schwäche der Sozialisten in Frankreich noch auf lange die letzte Zufluchtstätte für Ordnung bleiben. Die Beamten sind wie in Deutschland für nicht viel zu rechnen. Von ihnen gilt wie bei uns das Verdammungsurteil zur Untätigkeit, das der Satz formuliert: „La legalité nous tue.“

Die Erfahrungen, welche der Sie besuchende, kapitalkräftige Domänenpächter macht, sind sehr interessant. Unzweifelhaft wird in einer Zeit, welche bereits Pflüge elektrisch mit Akkumulatoren versieht, noch mancher überraschende Faktor in das soziale Problem gebracht und die Auflösung des Rätsels nicht etwa leichter. Namentlich für die, welche nicht mit dem gleichen „Geldschrank“ versehen sind. Gewiß ist, daß die Kulturländer der alten Welt, Italien und Griechenland, zugrunde gingen, daß der Grundbesitz in riesige Latifundien sich umwandelte, wie sie heute noch in Sizilien und Unteritalien sich finden, und daß diese alten Kornkammern sich in Wüsteneien verwandelten. Warum? Weil die teure Lebenshaltung in diesen Kulturländern nicht mehr konkurrieren konnte mit dem wohlfeilen Getreide, das aus Ägypten, Nordafrika, Spanien, Frankreich und Mösien zuströmte. Nicht minder ist wahr, daß die Glorie des Reiches Karls V. und Philipps II., des Herrn der neuen Welt, niederging, weil beim Herannahen der amerikanischen Silberflotten die Preise der Produktion in Spanien so in die Höhe gingen, daß die blühenden Tuch- und Waffenfabriken in Toledo und Valencia nicht mehr mit den Waren konkurrieren konnten, die in Ländern produziert wurden, welche dieser Preissteigerung der Produktionskosten durch Niedergang des Geldwertes ferner standen. Damals ent-

standen die flandrischen Tuchfabriken und die Lütticher Waffenindustrie. Die Spanier mußten bei den aufständischen flandrischen Provinzen die Waren kaufen, welche sie selbst nicht mehr produzieren konnten, und so indirekt denselben die Mittel liefern, den Krieg gegen sie selbst erfolgreich zu führen. Spanien verarmte trotz seiner Silberflotte – Gent, Brügge und Lüttich wurden immer reicher. Nicht etwa, weil der Pfaffe in Spanien regierte, sondern weil produktive Arbeit unmöglich geworden. In ähnlicher Lage befindet sich heute schon England mit manchen Wirtschaftszweigen, namentlich mit seinem Ackerbau. Der City liegt daran freilich nichts. Der Geldhandel mag dabei blühender sein wie je. Das schlimme Ende aber kann nicht ausbleiben. Die Frage der „non employed“ verschwindet nicht aus den Zeitungsrubriken, wie sich in Rom schließlich alle Regierungsweisheit in der Freigiebigkeit konzentrierte, mit der für „panis et circenses“ gesorgt wurde. Mehr wie ein römischer „Stumm und Krupp“ wurde durch Spenden römischer Kaiser. – In Deutschland liegen die Grundbedingungen unseres wirtschaftlichen Zustandes nicht anders. Ich habe absolut keine Sympathie für den ostelbischen Grundbesitz noch für Großgrundbesitz überhaupt. Es ist auch ganz gleichgültig, ob ein Gut im Besitz eines Mirbach oder Kanitz oder eines Börsenjuden oder ganz zerstückelt ist. Aber nicht gleichgültig für den Staat und die nationale Zukunft kann es sein, ob die Besitzer überhaupt wirtschaftlich bestehen und fähig bleiben, Steuerlasten zu tragen. Diese Grenze wird unfehlbar erreicht und was dann? Die römischen Staatsweisen halfen sich in ähnlicher Not so, daß sie den Decurio, so eine Art Landrat, für den Eingang der Steuern mit dem eigenen Vermögen haftbar erklärten und zum Decurio dann einen reichen Mann ernannten. Da die Würde nicht abgelehnt werden konnte und der Ruin der Familie unausbleiblich war, so hing sich der Ernannte zu deren Rettung vielfach auf, nahm Gift oder stürzte sich nach römischer Art in sein Schwert. Lange hält somit der schlaue Kniff der römischen Steuergelehrten nicht vor und das Ende vom Lied war, daß die bedürfnislosen Barbaren die ganze römische Kulturwelt mitsamt ihrem wirtschaftlichen Bankerott über den Haufen warfen. Unsere Staatsweisen kommen zwar ohne Zweifel mit ihrem System des Abschiebens der Lasten auf sog. Selbstverwaltungskörper und verarmte, den Juden verschuldete Landgemeinden auch an die

Wand. Nur fehlt der jugendkräftige Barbar, der dem Elend ein Ziel setzt. Wird es der Sozialdemokrat sein? Es muß bezweifelt werden, um so mehr, als die Kultur die ganze Welt umfaßt hat und ihre Not verallgemeinert ist.

Diesen Problemen soll nun die Weisheit des Staatsrats eine Auflösung finden. Es läßt sich darauf nur sagen: „*risum teneatis amici*“. Alles, was bisher über die Vorlagen in die Öffentlichkeit drang, hat den Stempel der Naivität.

Indessen wollen wir abwarten und einstweilen einen Wonne-  
monat von Festen feiern, daß Bismarck zu uns niedergestiegen ist und 80 Jahre unter uns gelebt hat, gewiß mit dem aufrichtigen Wunsch, daß ihm noch viele Jahre beschert seien und er sich erfreuen darf, wie wir es so herrlich weit gebracht haben. Vielleicht verrät er uns dann auch noch, wie unsern Nöten zu helfen ist. Sein Sohn Herbert hat darüber nur Unklares vermuten lassen und Freund Harden in der „Zukunft“ orakelt nur deutlich, wenn er durchblicken läßt, daß Hohenlohe ein tristes Subjekt in des Meisters Augen ist trotz dessen Liebeswerben im Sachsenwalde. Dunkel bleibt er, sowie es an das „Wie“ geht, mit dem den agrarischen Freunden des Altreichskanzlers geholfen werden soll. Da werden wir auf die höhere Einsicht des Kaisers verwiesen, der den rechten Mann schon zu finden wissen werde. Wer der rechte Mann aber ist, darüber schweigt der Freund aus dem Sachsenwalde, trotzdem er der gleichen Nummer der „Zukunft“ einen Artikel aus Nieder-Schönhausen spendet.

. . . Ihre Frage, wie ich mich an dem Nationalfeste der Bismarckfeier beteiligen werde, beantworte ich mit dem Schillerschen Verse aus der „Braut von Messina“:

„Auf den Bergen wohnt Freiheit,  
Es steigt nicht hinauf der Hauch der Gräfte“,

also auch nicht der Modergeruch des Bismarckkultus.

Damit sind Sie nun definitiv von meiner Geschwätzigkeit befreit.

#### 134. An Stosch

Segenhaus, 2. April 1895

Wie lange habe ich Sie mit meinem Dank für Ihren Brief und Ihre Sendung der Nr. der Nat.[ional]zeitung warten lassen müssen.

Es ist leider durch Störung meines behaglichen „bene vixit, qui bene latuit“ gar mächtiges Unheil über mich hereingebrochen<sup>1</sup>, das mich mit ganz besonderm Mitleid mit dem armen Opfer im Sachsenwald erfüllt, da mir der tausendste Teil empfangener Freundlichkeit an Telegrammen und Briefen schon überlästig ist. Zudem ich an Geburtstagen von Jugend auf an Nichtbeachtung gewöhnt war und die Festfreude daran nie begriffen habe. Mein langes Schweigen hat freilich noch einen andern Grund. Es schwebt über mir die Notwendigkeit einer Fahrt nach Frankfurt, [auf der er Loë in Koblenz und auf der Rückfahrt Stosch zu treffen hofft].

In der Voraussicht dieser Begegnung unterlasse ich alle weiteren Erörterungen. Überaus lustig würden sie überdies nicht ausfallen können. Angenehm berührte mich eigentlich nur die kategorische Art, mit der Marschall den wirklich zu blödsinnigen Antrag Kanitz' abfertigte. Auch gegen die Weisheit des Staatsrats läßt sich wenig einwenden, wengleich dem Übel, an dem der Staat durch den Rückgang der Leistungsfähigkeit seiner Glieder leidet, wenig abgeholfen ist.

Der Reichskanzler, dem ich von Herzen noch lange Jahre beschaulicher Ruhe im Sachsenwalde wünsche, dauert mich sehr, daß er in so unverständiger Weise mißhandelt wird, mag er dabei auch scheinbar der einzige Gewinnende sein. Alle andern, vom Kaiser an, haben in der Kampagne verloren, das Reich nicht am wenigsten. Am besten wird noch der Partikularismus weggekommen sein, der bei der Erschütterung der Reichsinstitutionen und der staatlichen Verwirrung der preußischen Regierungskreise in die Fäuste lachen kann.

An Radolin in Petersburg<sup>2</sup> vermag ich nicht zu glauben, bis die Tatsache vorliegt.

135. An Georg v. Bunsen

Schopfheim, 28. April 1895

. . . Eines bleibt schon jetzt gewiß: in die gegenwärtige Zeit paßt eine Generation, der Sie und ich angehören, nur unter der Voraus-

<sup>1</sup> Zum 70. Geburtstag am 23. März 1895.

<sup>2</sup> Das heißt seine Ernennung zum dortigen Botschafter, die am 20. März nach Werders Rücktritt erfolgt war.

setzung ihrer Zurückhaltung und vielfachen Schweigens. Möge alles gut und dem Vaterlande zu Nutz und Frommen enden, was mitunter rasch und in seinen Folgen wenig überlegt begonnen scheint. Der unstete Gang der Regierungsmaschine ist seit Hohenhohes Eintritt wenig stetiger geworden und zu manchem schütteln manche den Kopf.

Froudes Erasmus<sup>1</sup> will ich mir verschaffen. Ich kann nicht sagen, daß ich sonst sein Freund bin. Er ist mir als Historiker zu sehr Parteimann, der die Vorgänge fassoniert, wie er sie brauchen kann. Aber Erasmus ist an sich so unvergleichlich interessant mit seinem humanistischen Weitblicke, daß dabei wenig zu verdunkeln ist. Solche feinen Naturen eignen sich schlecht zum Glaubenshelden und Reformator. Auch Arthur Stanley<sup>2</sup> wäre in der Reformationszeit nicht in den vordersten Reihen gestanden.

Ob Lord Acton<sup>3</sup> als Lehrer viel leisten wird, kann wohl bezweifelt werden. Er hat doch manches vom Polyhistor an sich. Ob er aus der Fülle des Stoffes klare einfache Grundsätze herausdestillieren kann, welche die Hörer packen und die sie als reife Goldkörner ins Leben hinaustragen, steht dahin . . .

Wie gerne käme ich wieder oder besser noch einmal nach England. An solche Extravaganzen können aber verarmte Landjunker nicht denken. Trotzdem bin ich keineswegs für Torheiten à la Kanitz.

### 136. An Stosch

Schopfheim, 2. Mai 1895

[Zum Tode Gustav Freytags<sup>4</sup>.]

Ich weiß, daß Sie in ihm einen alten, treubewährten Freund verloren haben, und es drängt mich, Ihnen meine Teilnahme auszusprechen an einem unersetzlichen, bei der Nähe des jetzigen

<sup>1</sup> Froudes „Life and letters of Erasmus“ war 1895 in neuer Auflage erschienen.

<sup>2</sup> Arthur Stanley (1815–1881), Professor der Kirchengeschichte in Oxford und Dekan der Westminsterabtei, freigesinnter Kanzelredner.

<sup>3</sup> John Edward Dalberg Lord Acton (1834–1902), Staatsmann und deutsch gebildeter Historiker, 1895 nach Cambridge berufen.

<sup>4</sup> Gestorben am 30. April 1895 in Wiesbaden.



Zusammenwohnens doppelt schmerzlichen Verlust. Durch ihn wurde ein langer Faden von gemeinsamen Erinnerungen fortgeführt, der nun plötzlich abgerissen, mit allen Berührungen zu mannigfachen Kreisen, mit denen nun Beziehungen fehlen. Mir hatte der Verstorbene manche Freundlichkeit erwiesen, deren erfreulichste die war, daß er unsere erste<sup>1</sup> Begegnung im Rheinischen Hofe in Berlin vermittelte. Ich werde ihm dafür ein dankbares Andenken bewahren. Dagegen konnte ich R. Fleischers<sup>2</sup> Zumutung, ihm einen dithyrambischen Nekrolog bis zum 9. zu schreiben, nicht erfüllen. Einmal fehlen mir alle Personalnotizen. Dann waren unsere Differenzpunkte doch zu erheblich. Freytag war stets ein Kulturkämpfer pure sang. Ich hielt den Kulturkampf für eine hoffnungslose Torheit. Er war ein stiller Bewunderer und wohl auch, ohne es zu wissen, ein Werkzeug des verlogenen Herzog Ernst von Koburg. Ich stets ein Verächter. So gingen wir vielfach auseinander, schon weil ihm der Poet böse Streiche spielte. Doch nun mögen ihm nur seine guten Taten nachfolgen und Friede seiner Asche zuteil werden.

... Die pomphafte Proklamierung des Nordostseekanals als international halte ich für einen kapitalen Fehler. Annex zum Kriegshafen ist er. Bezahlt ist er. Wenn durch Handelsschiffe die Kosten der Instandhaltung aufkommen, ist es genug. Mit dem japanischen Einspruch<sup>3</sup> bin ich auch nicht zufrieden. War er gegen eine privilegierte kommerzielle Stellung Japans gerichtet und verlangt er Gleichstellung, dann war es recht. Der Einspruch gegen Territorialerwerb in Port Arthur kann nur den Zweck haben, daß China den Frieden nicht ratifiziert. Dann geht eben der Krieg weiter. Werden wir dann Vorteil haben, wenn die Chinesen noch mehr Schläge besehen? Von seiten der Russen begreife ich alles. Auch daß wir mit den Russen uns gut stellen wollen. Aber zum Einspruch durften wir es nicht treiben...

<sup>1</sup> Wahrscheinlich 1867.

<sup>2</sup> Der langjährige Herausgeber der „Deutschen Revue“.

<sup>3</sup> Die am 23. April erfolgte Intervention Deutschlands, Rußlands und Frankreichs in Tokio gegen den Frieden von Shimonoseki. Ihre Folge war, daß Japan auf seinen wichtigsten Siegespreis, die Halbinsel Liautung mit Port Arthur, gegen eine erhöhte Kriegsschädigung verzichtete.

Schopfheim, 9. Mai 1895

[„Replik in rebus Japonicis.“]

Einverstanden muß alle Welt sein, daß die Entwicklung von China eine Aufgabe für alle ist, die dabei Vorteil erwarten. Dazu gehört vor allem Deutschland. Zu dieser Entwicklung gehört nicht, ihm aggressive Macht, namentlich nicht maritime zu verschaffen, welche es ohnedies nur in russischem Interesse verwenden würde. Einverstanden kann man auch sein, daß es einen Vorteil für die Kultur der westlichen, an Rußland angrenzenden Staaten bietet, wenn dieses kolossale Reich sich zu seinem gewissen Nachteil mehr asiatischen Aufgaben zuwendet und sich im fernen Osten engagiert. Dies geschieht aber nicht, indem man ihm die Hindernisse für seine Expansion aus dem Wege schafft, sondern daß man es in Schwierigkeiten hineinkompromittiert. Das war der Fall, wenn es in kriegerische Verwicklungen geriet und eine Art Kaukasus im Osten fand, der ihm Geld und Mannschaften und Kriegsmaterial kostet. Zu der Aufgabe, diesen Blutegel zu setzen, taugen nicht die Chinesen, nur die Japanesen. Deshalb mußten die Japanesen in eine für Rußland bedrohliche Stellung hineingezwungen werden, wenn sie solche nicht von selbst einnahmen. Port Arthur in japanischen Händen ist ein kostbarer strategischer Punkt, der aller russisch-chinesischen Allianz den Garaus macht und andererseits einen Krieg mit Rußland fast zur Notwendigkeit für Japan machte. Gerade darauf aber kam es an. Mittlerweile mochte China von den europäischen Mächten und Japan erschlossen werden. Der Krieg um Wladiwostok herum mochte allsommerlich von neuem beginnen und den Russen Leute und Geld kosten. Mein Trost bei meinem Standpunkt ist, daß die Japanesen das chinesische Geld zum Bau von Schiffen verwenden werden, um den Russen über zu sein, und dann Port Arthur doch noch in ihren Händen bleiben wird als Schutz gegen die Verbindung von Rußland und China. Wenn die gelbe Rasse zu einer Völkerwanderung nach Westen sich mobil macht, glaube ich auch nicht, daß sie durch Sibirien geht. Sie wird gegen Birma und Ostindien ausbrechen. Es kam darauf an, den Russen einen Schröpfkopf zu setzen. Das ist nach meiner Ansicht versäumt.

. . . Ich gratuliere zu der Einladung zu den Kieler Festen<sup>1</sup>, die gewiß ein schönes Augenschauspiel bieten werden.

138. An Stosch

Segenhaus, 9. Juli 1895

Schon in den Tagen, in denen ich Ihre Rückkehr aus dem Festjubiläum der Kieler Feier vermutete, hatte ich die Absicht, Ihnen meinen Glückwunsch für alle genossenen schönen Eindrücke, vor allem aber zu der glücklichen Heimkehr von soviel ausgestandenen Freuden zu senden . . . Der gute, durch keinen Zwischenfall getrübe Verlauf des Festes muß jeden Deutschen erfreuen und ihn in das Lob der Anordnung des Ganzen einstimmen lassen. Einen hervorragenden Anteil an dem Verdienste dieses Verlaufs darf der Kaiser persönlich beanspruchen; Anerkennung dafür ist ihm reichlich zuteil geworden . . . Überrascht hat mich der optimistische Glaube, der Hohenlohe über das Maß seines Einflusses geschenkt ist. Ich hoffe, daß er sich darüber nicht täuscht.

Politische Zwecke lagen den Veranstaltern der Kanalfeier fern. Dieselben werden es auch nicht als ein Manko empfinden, daß solche nicht erreicht werden konnten und wurden. Es kam auf Gepränge, Schaustellung und persönlichen Effekt an und all dies ist reichlich von denselben geerntet worden. Also mit Recht allgemeine Befriedigung.

Ich gehöre zu denen, welche die Umtaufung eines deutschen, wesentlich für Verbindung der Kriegshäfen berechneten Inlandkanals in einen „internationalen Seeweg“<sup>2</sup> nur mit geteilten Gefühlen begrüßen. Auch bewundere ich den Patriotismus der Hamburger, welche so ehrlich die Freude an dem Kanal mit Aufwendung großer Kosten bekundeten, obgleich derselbe ihnen nur Schaden bringen kann und im besten Fall ein Aufblühen von

<sup>1</sup> Die Festlichkeiten in Kiel und Hamburg zur Eröffnung des Nordostseekanals (19.–21. Juni).

<sup>2</sup> In der Urkunde, die der Kaiser bei der Schlußsteinlegung verlas, heißt es: „Indem wir ihn in den Dienst des Weltverkehrs stellen, eröffnen wir neidlos allen seefahrttreibenden Völkern die Teilnahme an den Vorteilen, welche seine Benutzung gewährt.“

Cuxhafen und Kiel als Umschlagplätze des Handelsverkehrs auf ihre Kosten bewirken kann. Ich bezweifle übrigens, daß der Handelsschiffverkehr durch den Kanal ein sehr erheblicher sein wird. Der transatlantische und englische Verkehr nach Rußland und Schweden, Riga, Gothenburg und Kopenhagen wird wohl noch lange durch das Kattegat fahren und den Freihafen in Kopenhagen benutzen. Auch wohl ein Teil, der nach Stettin und Königsberg geht. Nur ganz niedere Kanalgebühren könnten dagegen schützen. Dahin wird wohl auch der Druck der „internationalen Interessen“, die wir so freundlich eingeladen und bewirtet haben, sich zunächst richten.

Der zweite Punkt, der mich bei der großen Flottenversammlung interessiert, ist die Frage, was lernten unsere Marinekreise dabei und wie schnitten unsere Schiffe dabei ab? In betreff der Disziplin und des Dienstes an Bord unzweifelhaft vortrefflich. Aber wie in der Effektivität als Schlachtschiffe, bestimmt, mit den Tücken der atlantischen Grundwellen und weitentlegener Kampfplätze zu rechnen und sich darin zu bewähren? Darüber suche ich nach kompetenten Zeugen, die sie mit denen anderer Marinen vergleichen können. Wenn ich darüber früher oder später etwas finden sollte, so schicke ich es Ihnen, wiewohl Sie selbst am besten darüber urteilen können.

[Will bald wieder ins Oberland und dabei Stosch besuchen.] Es bleibt gar manches zu besprechen, was sich nicht schriftlich klarstellen läßt.

Auch meine Ketzerei in der ostasiatischen Frage ist nicht geringer geworden. Ich sehe wohl den Vorteil, den Frankreich in Tongking realisiert hat, und daß China definitiv in die Vasallenschaft Rußlands fiel, das es ähnlich wie den Sultan mit der Kriegsentschädigung an einem finanziellen Stricke in seine Gefolgschaft schleift. Ich sehe aber nicht den Vorteil, den Deutschland gewonnen hat, und auch die Weisheit, die H. v. Brandt<sup>1</sup> in der Rundschau uns zum besten gibt, hat mir kein neues Licht aufgesteckt. Es liegt dies aber wohl an der Blödigkeit meines Auges.

<sup>1</sup> Maximilian v. Brandt (1835–1920), Wirkl. Geh. Rat, langjähriger Gesandter und kaiserlicher deutscher Botschafter in Peking.

Segenhaus, 3. November 1895

[Verspäteter Glückwunsch zu Stoschs goldener Hochzeit.]

. . . Loë war vor 14 Tagen hier und berichtete über die Manöver identisch mit Ihnen. Waldersee vortrefflich, der Kaiser über Erwarten in der Führung, einzelne Unmöglichkeiten abgerechnet, die sich im Ernstfalle wohl von selbst verboten hätten.

. . . Alles, was Sie über die innere Lage sagen, ist hochinteressant. Die Regierung des Reiches, wo sie immer zu suchen ist und von wem die wechselnden Impulse auch ausgehen, ist weder den inneren Schwierigkeiten noch der äußeren Lage gewachsen. Daher fängt am Lager des Kranken jeder Pfuscher zu doktern an, sogar der Bund für Alldeutschland mit seinem Rate, Schanghai zu annektieren u. dgl. mehr. Fast möchte man den seligen Bismarck zurückwünschen, so sehr seine Politik von persönlichen Momenten, von Haß und Liebe bestimmt wurde und er so ganz beiläufig die alte Verbindung mit Rußland ob seines Haders mit Gortschakoff in die Brüche gehen ließ, um dem Phantom des Dreibundes nachzujagen. Freilich geht in unsern Tagen dieses Truggebilde schon bei dem ersten Aufschein einer neuen politischen Konstellation in Nebel auf. Kommt es zur Krisis im Orient, so ist Deutschland gewiß nicht da, wo Österreich und Italien sein wird, und niemand kann ihm unrecht geben, daß es so handeln wird. Im fernen Osten endlich haben wir einen neuen Dreibund geschlossen und wahre Prachtkonzessionen eingeheimst, die nur einen Fehler haben, daß tüchtige deutsche Geschäftsleute ihre Niederlassungen gewiß nicht im Sumpfbiete von Tientsin oder des für Schifffahrt gefährlichen Jangtsekiang wie Hankau gründen werden, sondern da, wo sie chinesische Kaufleute als Abnehmer finden. Die ganze Idee national geschlossener Niederlassungen ist eine veraltete und die Erfahrung wird uns lehren, daß wir auf einem Windei brüten. Daß Hohenlohe zu all diesen bêtisen ja sagen muß, zeigt die Schwäche seiner Stellung und seines Charakters. Die anderen Personen, die dabei etwa mitgeredet, sind Kinder, die keine Ahnung des komplizierten Zusammenhangs der politischen Fäden der Weltpolitik haben. Und mit dieser ist nunmehr doch zu rechnen, nicht etwa mit der Kabinettpolitik der 5 Großmächte von 1815,

wie es bisher bei den diplomatischen Handlangern der Brauch ist. Miquel hat ganz recht: die Jungen müssen es machen! Wo aber sind die Jungen? Wohl in Liebenberg! Wir wollen es hoffen, können aber unmöglich von der Befürchtung lassen, daß die „Jungen“ eben Lehrgeld zahlen müssen, bis sie so klug sein werden wie ihre Vorgänger . . .

140. *An Stosch*

Schopfheim, 21. November 1895

Mit meinem wärmsten Dank für Ihren guten Brief eile ich Ihnen die interessante Beilage zurückzustellen, die manche ernste Gedanken zu erwecken geeignet ist. Sie sehen aus dem Umstande, daß ich noch von hier schreibe, daß ich noch nicht flügge geworden bin . . . Sie schreiben, daß Sie Gicht und Podagra nur für Folgekrankheit von Exzessen hielten. Leider ist die bei weitem häufigste Ursache Erbllichkeit. Schon mein Urgroßvater starb frühzeitig an Podagra. Mein Großvater desgleichen, freilich erst mit 80 Jahren. Mein Vater litt daran, seine Brüder und sogar eine Schwester. Unter diesen Umständen wäre es Mangel an Pietät, wollte ich nicht dem Beispiele folgen.

In der politischen Lage sehe ich nichts, was eine Gefährdung einer frisch-frei-fröhlichen Kaufstimmung im Weinhandel bringen könnte. Am wenigsten eine Kriegsgefahr. Stirbt der „kranke Mann“ unter den Händen der Ärzte, die sich um ihn bemühen, so werden dieselben sich wohl in die Erbschaft zu teilen wissen, ohne in Hader zu geraten. Deutschland macht keinen Anspruch auf eine Erbportion, wenn es klug ist. England gewiß auch nicht. Es wird ihm genügen, ausschließlich französische Herrschaft aus Ägypten fernzuhalten. Ein Kondominium mit Frankreich hat es daselbst gehabt und hat dasselbe von seiten Frankreichs freiwillig in der falschen Berechnung aufgehört, daß die englische Okkupation sich als undurchführbar erweisen und Frankreich dann in die verlassene Position einseitig einrücken könne. Das war ein Rechenfehler. Rußland wird wahrscheinlich schon bei Lebzeiten des kranken Mannes Armenien zum Schutze von Leben und Eigentum besetzen. Dagegen hat schwerlich jemand etwas einzuwenden. Am wenigsten England. Schon bei dem Berliner

Kongreß, als Batum Rußland ausgeliefert wurde, sagte mir der englische militärische Konsulent: „We don't care for Batoum, let them take Armenia too.“ Nicht anders ist es mit Konstantinopel. Schon nach Beendigung des Krimkrieges stand es bei englischen Politikern fest, um den Besitz von Konstantinopel keinen Krieg zu führen, und Zypern wurde seinerzeit im Hinblick auf diese sichere und nicht aufzuhaltende Eventualität in Pfand genommen. Damit ist freilich nicht gesagt, daß es nicht auch in London erwünscht, diese schließliche Wendung möglichst lange durch Erhaltung des Status quo aufzuhalten.

Als Anzeichen vorlagen, daß das bösertige Geschwür der Völkermischung von Kurden und Armeniern bald wieder einen blutigen<sup>1</sup> Ausbruch zeitigen könnte, ergab sich das Drängen in Konstantinopel auf Herstellung von bereits im Berliner Frieden vorgesehenen Garantien wirksamer, durch geeignete Persönlichkeiten getragener Verwaltungsmaßregeln von selbst. Das Unglück war dabei, daß der Sultan verleitet wurde, aus der Fernhaltung des Dreibundes bei der Forderung der Erfüllung der Stipulationen des Berliner Vertrags seitens der Pforte den Schluß zu machen, er könne um die unerwünschte Notwendigkeit herumkommen. Nachdem der Dreibund sich Rußland, Frankreich und England nunmehr angeschlossen<sup>2</sup>, ist für den jetzigen Augenblick keinerlei Grund zu irgendeiner Besorgnis, diese Einmütigkeit könnte vorerst gestört werden. Auch das immer ländergierige Österreich wird wohl seine Velleitäten, gegen Saloniki vorzudringen, bis zur Eröffnung der Sukzession des „kranken Mannes“ vertagen.

. . . Im jetzigen Stadium haben wir gewiß gut getan, uns verspätet ins europäische Konzert einzufügen und werden ferner gut tun, sollte eine Interventionsaktion der Mächte notwendig werden, dabei in der bescheidenen Rolle zu verharren, welche dem geringen Interesse entspricht, das wir an der Entwicklung der orientalischen Angelegenheiten haben. Von „Politik machen“, wie der beliebte Jargon der Berliner Faiseurs des Auswärtigen

<sup>1</sup> Armeniergemetzel in Konstantinopel (30. September) nach einer tumultuari-schen Massenpetition der Armenier und weitere blutige Verfolgungen in Trapezunt, Erserum, Siwas im November.

<sup>2</sup> Am 9. November forderte er auf Grund des Berliner Vertrags amtliche Mit-teilung der geplanten Reformen.

Amtes der Wilhelmstraße lautet, kann gar keine Rede sein. Von allen Staaten ist Preußen und das Deutsche Reich am wenigsten berufen, nachdem einmal die Konstituierung Deutschlands vollzogen und der Schnitt von Österreich los gemacht, eine aktive Politik zu machen. Unsere Nachbarn überwachen, sorgen, daß sich keine gefährlichen Allianzen gegen uns bilden, den Staaten, welche uns gefährlich werden können, rechtzeitig ableitende Blutegel ansetzen: das wird für lange unsere Aufgabe bleiben. Daher war es fehlerhaft für uns, Rußland in die französische Allianz zu treiben. Es war fehlerhaft, nachdem wir es getan, ohne Not ihm die Kräfteverluste an Geld und Leuten zu ersparen, deren eine aggressive Politik in Ostasien nicht entbehren kann. Es war fehlerhaft, ihm daselbst die kolossale Rückendeckung zu verschaffen, daß wir ihm China gleichsam als abhängigen Vasallenstaat angliederten. Im Orient, in Armenien liegt keine Chance vor, für das russische Reich eine kräfteabsorbierende Wunde zu eröffnen. Darum dürfen wir uns mit Rußland nicht verfeinden, indem wir ihm kleine Leckerbissen beneiden, nachdem wir ihm la grosse pièce China selbst zugeworfen haben. Zudem es, wie Verdy mit Recht bemerkt, sehr zweifelhaft ist, ob eine Expansion in Kleinasien eine Kräftevermehrung wäre. Deplorable bliebe, wenn man in Berlin statt mit klaren, aus der Natur, den Interessen und Kräften der Staaten hervorgehenden Faktoren mit Truggebilden zu rechnen anfinge und verkennen würde, welcher Unterschied zwischen dem heutigen Rußland und dem Rußland des mystisch schwärmenden Alexander I. besteht oder zwischen dem quietistischen, zum Frieden um jeden Preis verdammten England von heute zu dem England der napoleonischen Zeit. Den Abgrund des Spiritismus, der nebenbei in dem Hause von Ph. [ilipp] Eulenburg in München stark getrieben wurde, halte ich für den Kaiser weniger gefährlich als diese Neigung, mit eingebildeten Größen zu rechnen wie z. B. der von der gelben Rasse dem Christentum tapferer Zionswächter drohenden Gefahr. Hohenlohe in seiner glatten Kälte ist glücklicherweise gegen solche Verirrung gefeit.

141. An Stosch

Schopfheim, 17. Dezember 1895

Ihr lieber Brief vom 9. kam den Tag in Segenhaus an, als ich dasselbe verlassen, um über Freiburg und Basel . . . hierher zu ge-



langen. So fand ich ihn denn hier vor und danke herzlichst dafür. Meine Anwesenheit hier war mit mancherlei Arbeit gefüllt, namentlich der Installation eines neuen Pächters, mit dem ich hoffe, einen guten Griff getan zu haben. Die Pächterrasse ist ausgegangen, seitdem keine guten Geschäfte im Fache mehr zu machen sind, und ich bewundere den Mut, daß sich noch jemand bereit findet, diesen gefährlichen Weg zu wandeln. Freilich geht es auf Kosten des Pachtherrn.

. . . Die Entfernung von Köller<sup>1</sup> ist ein Sieg Hohenlohes; ich fürchte, es könnte auch ein Pyrrhussieg werden. Jedenfalls haben persönliche Reibungen mehr mitgespielt als politische Erwägungen. Das ist an und für sich schlimm und oft läßt sich so etwas nicht wiederholen. Brandenstein ist doch zu unbedeutend, um dauernd eine verantwortliche Stellung einnehmen zu können. Mir wenigstens kam er so vor. Den Artikel der Revue des deux mondes kenne ich nicht. Indessen spricht die Zuweisung der Lösung an Kaiser Wilhelm nicht für das Urteil des Verfassers. Was soll Deutschland seine Hände in die Schmiere stecken? Es ist schon genug, daß der gute Sultan glaubte, an uns einen Rückhalt zu haben. Er bleibt vor wie nach der Satrap Rußlands auf Gnade und Ungnade und Rußland wird schließlich Armenien in seinem Auftrag pazifizieren wie Österreich Bosnien, trotzdem es keine Sympathie für die andersgläubigen Armenier hat. Aber noblesse oblige. Rußland kann nicht anders. Die Situation bringt es mit sich.

Ich glaube, Sie irren, wenn Sie die englische Politik ausschließlich von Handelsgesichtspunkten bestimmt halten. Ich sage fälschlich Politik, denn Politik hat England überhaupt nicht. Ich hätte sagen sollen: das englische Handeln. Dieses ist keineswegs ausschließlich von kommerziellen Einflüssen bestimmt. Mitunter ja, mitunter treibt die Handelskammer von Liverpool und Manchester oder der City zu etwas. Ganz ebensooft aber bringen Missionsbestrebungen oder Antisklavereivereine die Majorität im Parlament in Gefahr. Gerade in der armenischen Frage war das Interesse, das einige Bischöfe, große armenische Cityfirmen, der Herzog von Argyle und Westminster, der „grand old man“ nahmen, ent-

<sup>1</sup> Matthias v. Köller, der preußische Minister des Innern, war am 8. Dezember zurückgetreten.

scheidend, daß das Kabinett vorgehen mußte. Freude hatte es keine daran. Das sagte mir noch letzte Woche Cartwright, den Sie, glaube ich, kennen. Dann fiel die Sache in die Behandlung von Sir Ph. Currie, eines eigensinnigen Bürokraten, der vergaß, daß die dominierende Stellung, welche Lord Stratford „the great Cly“ einst am Goldenen Horn einnahm, rettungslos durch die elende Rolle verloren gegangen war, welche Ld. Beaconsfield und Salisbury auf dem Berliner Kongreß gegenüber der Türkei spielten, die berüchtigte „peace with honour“. Seither ist der Sultan auf Gnade lebender russischer Pensionär. Sie können überzeugt sein, daß gar kein englischer Plan in der Sache mitspielte. Ich bin aber auch der Meinung, daß keinerlei Komplikation im Westen die russische Aktion im fernen Osten im geringsten beeinflusst. Die Millionen, welche dort entscheiden für das Vorrücken der Bahn und die Stärkung der Flotten in Wladiwostok, finden sich immer. Das besorgt das asiatische Departement, als wäre es ein besonderer Staat. Der russische Einfluß in Peking wird sich dadurch fühlbar machen, daß er der chinesischen Regierung den Rücken gegen Konzessionen an andere europäische Staaten steift und Sonderprivilegien herausschlägt. Die sibirische Bahn, welche den Weg nach Peking im Vergleich zur Suezroute um die volle Hälfte abkürzt – 17 Tage kontra 34 – macht diese Bahn schon an und für sich zu einer riesigen Handelsstraße und verlegt das Zentrum auch unserer Spedition ganz gewaltig. Sogar holländische und englische Frachten werden den Weg über Libau und Riga wählen für feinere Sendungen.

Von Geist in der deutschen Politik sehe ich leider keine Spur. Heute lese ich, daß eine kleine Insel als Kohlen- und Flottenstation besetzt werde. Das hätte noch einen Sinn nach dem kolossalen Blödsinn der Konzessionen in den Sumpfgeländen bei Tientsin und Hankau. Da verstand es der kleine Gérard, der frühere Sekretär der Kaiserin Augusta, besser, in Peking etwas herauszuschlagen, und die französische Industrie in Lyon ist scharf hinterher, sich in das wohlbereitete Nest zu setzen. Mein guter alter Schlosser, dessen Bild hier mir gegenüber hängt, sagte stets: „Glauben Sie mir, die Deutschen sind kein politisch Volk.“ Er hatte recht. Deutsche Hiebe waren immer gut, aber sonst sind wir ähnlich dem Esel, der die Laute schlägt. Hat je jemand hirnwütigeren Unsinn zutage gefördert als die Kölnische Zeitung in

den letzten Wochen sich leistet! Lassen Sie sich durch Poschinger die Galle nicht verderben. Es ist alles die gleiche Sorte: Hans Blum, Poschinger, Sybel selig. Mundus vult decipi; decipiatur ergo . . .

142. An Stosch

Segenhaus, 5. Januar 1896

Zunächst und vor allem mein und der Fürstin allerherzlichster Dank für Ihre warmen Wünsche zum Jahreswechsel, die die Bewohner des Segenhauses als Talisman des Wohlergehens in treuem Herzen bewahren wollen.

Dann zur Beantwortung Ihrer Frage in betreff des Festes vom 18. Januar. Ich las in der Zeitung, daß die Reichstagsabgeordneten des ersten Reichstags, die eine Einladung wünschen, ihre Adresse einschicken sollten. Zu denen gehöre ich nun nicht und unterließ daher diese Formalität. Folglich wurde ich nicht eingeladen und das ist gut. Würde ich es, so könnte ich aus Gesundheitsrücksichten nicht kommen. Zu der Lahmheit der Extremitäten kommt ein Bronchialkatarrh, der mich für Aufenthalt in Hofkreisen und Bewegung auf höfischem Parkett wenig geeignet macht. So wird die Antiquitätenausstellung von vorweltlichen Überbleibseln denn ohne mich zustandekommen und ich werde mit der Denkmünze ungeschmückt bleiben, die besagt, daß ich damals schon existierte. Ich begreife vollkommen, daß der 25. Jahrestag des Kaiserfestes in Versailles gefeiert wird. Meinerseits habe ich zu dem damaligen großen historischen Momente nichts beitragen können, also habe ich auch bei der Jubelfeier nichts zu suchen und würde mir wie ein falscher Spieler vorkommen, wollte ich jetzt nach 25 Jahren vor der jetzt lebenden Generation den Schein erwecken, daß es dabei auch auf meine Mitwirkung angekommen sei. Das wollen wir doch vermeiden.

Mehr interessiert mich Transvaal, ungefähr das einzige Stück von Ostafrika, das für deutsche Kolonisation zu haben ist. Ich hoffe, daß unsere freundschaftliche, in gefährlicher Zeit betätigte Gesinnung zwei Folgen hat. Einmal, daß den zahlreichen Deutschen in Transvaal ein Anteil an dem Vollbürgerrecht der Boernoligarchie errungen wird. Es sind darunter auch Neuwieder,

Ottohaus-Pflegekinder in Johannesburg, die gelegentlich schreiben. Ferner daß den deutschen Einwanderern eine einigermaßen privilegierte Stellung gewonnen wird. Wenn es nicht gelingt, diese Einwanderung zu verstärken, so ist zu fürchten, daß das deutsche Element nicht auf die Länge standhält gegen die Massen der gemischten Abenteuerbevölkerung, welche dem Rand zuströmt, Engländer, Amerikaner, Zulu, Italiener, Kapholländer. Den Tag, wo Südafrika sich vom Mutterlande trennt, würden die „Afrikander“ auf ihre Faust die kleinen Gemeinwesen überschwemmen und aufsaugen, wenn bis dahin nicht eine Stärkung der deutsch-nationalen Elemente stattgefunden.

Dazu gehören zwei Dinge. Günstige Bedingungen der Ansiedlung für Deutsche und Holländer und leichte regelmäßige Verbindung bis an die Eisenbahn nach Prätoria. Dazu gehört Ausdehnung unserer Schifffahrtverbindung bis dahin und absolut niedere Überfahrtstaxen. Wir haben eine Unmasse von Elementen, die wir mit Vorteil für unsere innere soziale Gesundheit nahezu umsonst exportieren können, wenn einigermaßen für deren erstes Fortkommen in Transvaal oder dem Oranjefreistaat gesorgt ist. Dorthin Deutsche zu verschiffen, kann man gewissenhafterweise verantworten. Weniger nach Südwestafrika oder Deutsch-Ostafrika. In Transvaal behält der exportierte Deutsche seinen nationalen Wert und wird in der nächsten Generation ein guter Kolonist, wenn er auch als Minenarbeiter anfängt. Aber wir dürfen freilich nicht warten, bis die „Afrikander“ eine neue Monroedoktrin „Afrika für die Afrikander“ aufstellen. Und Kriegführen wird sich dann auch schwerlich lohnen.

Also Massenexport von deutschen Einwanderern nach Transvaal. Das ist meine kurze Weisheit zur Sache. Leider haben wir Deutsche die Neigung, immer die falsche Seite zu nehmen. So in Südbrasilien. Hätten wir in Rio grande do Sul die Aufständischen gegen die Zentralregierung unterstützt, wäre Brasilien vielleicht in Stücke gegangen. Was haben wir davon, uns für Peiscoto und seinesgleichen zu echauffieren! So haben wir das Nachsehn. Hoffentlich geht es uns in Transvaal nicht auch so. Von der Kohlen- und Hafestation in chinesischen Meeren ist es, fürchte ich, auch wieder still geworden.

Die beste Jubelfeier für den 18. bleibt immer wirklicher, nicht eingebildeter politischer Erfolg . . .

Segenhaus, 10. Januar 1896

Es ist mir unmöglich, vor daß Sie in den bodenlosen Sumpf politischen Unverstandes in Berlin niedersteigen, Ihnen meine Auffassung unserer Lage vorzuenthalten. Wenn ich auch darüber nachsinne, wie einige Körnlein Nutzen für Deutschland aus dem Wirrnis gewonnen werden können, in das wir uns kopfüber gestürzt haben, so bin ich weit entfernt zu billigen, daß und wie wir es getan. Es ist mir leid, daß ich Ihre Beurteilung des Telegramms<sup>1</sup> nicht teilen kann. Im Gegenteil sehe ich noch nicht ab, wie wir mit Ehren von der Position zurücktreten können, die wir genommen, und noch weniger, wie wir dieselbe ohne Beschädigung unserer politischen Stellung behaupten, wenn wir auch einen für unseren Handel, unsere Exportindustrie verderblichen Krieg vermeiden sollten. Daß dies aber möglich werden wird, muß ich leider auch bezweifeln. Ich sehe zunächst nicht ab, wie wir uns die materielle Unterstützung ausführbar denken, mit der wir den Präsidenten Krüger zu stützen in Aussicht stellten. Derselbe wird schwerlich das Risiko spielen, sich auf den fernen deutschen Freund zu verlassen und den vertragsmäßigen Boden seiner gesicherten Unabhängigkeit mit einer von uns garantierten gefährlichen Souveränität vertauschen. – Was auch könnten wir hinter unsere Garantie stellen, wenn die 100000 Bewohner von Johannesburg inkl. der 20000 Deutschen daselbst das Boerenregiment umstürzen, sei es mit oder ohne Zuzug von Abenteurern! Daß Portugal uns den Durchmarsch von Truppen in Lorenzo-Marques gestatten würde, ist ganz ausgeschlossen. Es fürchtet nicht ohne Grund die deutschen Kolonisationsbestrebungen mehr als die ganze Chartered Company. – Dies ist die eine Seite der Sache. – Nun die Rückwirkung auf unsere politische Stellung.

In Wien und Rom sagt man: Was bedeutet der Dreibund noch,

<sup>1</sup> Die „Krügerdepesche“ Kaiser Wilhelms II. vom 3. Januar 1896 mit folgendem Wortlaut: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appellieren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Tatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“

wenn ein Teil ohne alle Rücksicht auf die notwendigen Folgen sich in eine Politik stürzt, die ihn in notwendigen Gegensatz mit dem stillen Kompagnon des Dreibundes bringt. Nämlich für Österreich in seinen Orientinteressen und für Italien in seinen Mittelmeerinteressen. Beide Staaten sind auf Englands Unterstützung angewiesen -. Ich persönlich habe nie an die Lebensfähigkeit des Dreibundes geglaubt. Also ich kann nicht enttäuscht werden. Ich sagte immer, er übersteht, als wesenloser Schemen, nicht die erste dazwischentretende politische Frage. Aber, daß man in Berlin, wo man aus dem Dreibund den Angelpunkt und den Ruhmesglanz politischer Weisheit gemacht hatte, so leicht-herzig eine politische Bahn beschreiten würde, welche mit den Interessen der Alliierten so diametral kollidiert, hat mich doch überrascht. Will man selbstgenügsam allein gehen oder rechnet man darauf, in der Freundschaft mit Frankreich und Rußland Ersatz zu finden? Ich fürchte, in beiden Richtungen verrechnet man sich. In Paris wird man in die Hände klatschen, wenn wir uns in Verlegenheit bringen; allein man wird uns allein gehen lassen, um seinen Augenblick wahrzunehmen. - Was kann Frankreich erwünschter sein als ein kriegerischer Konflikt zwischen Deutschland und England? - Nun Rußland. Da ist nun die Ver- kennung der Lage noch größer, wenn man annimmt, daß Ruß- land sich nicht gratuliert, wenn Deutschland sich in hoffnungslose Verlegenheiten stürzt, die es auf lange lahmlegen und unfähig machen, Österreich irgendwie im Orient von Nutzen zu sein. Da ließen sich die Neulinge, die im Berliner Kabinett mitredeten, von dem langjährigen Gemeinplatz „unversöhnlichen Gegen- satzes von England und Rußland“ irreführen. - Das ist eine trügerische Illusion. Seit England aufgab, den Sultan als Faktor in seinem Spiel zu behandeln, und selbst helfen wird, Ruß- land in Kleinasien zu installieren, besteht dieser Gegensatz nicht mehr. Ebensovienig an der indischen Grenze. Dasselbe ist mit Ostasien der Fall. Der englische Import nach China geht über Hongkong, Schanghai und die Endpunkte der birmanischen Bahnen. England wird selbst helfen, die russisch-sibirischen Bahnen durch die Mandschurei zu bauen. Alles andere ist Nebel- bild. -

So werden wir in unserem Konflikte mit England zu Vertretung unserer neuen deutschen Monroedoktrin - denn eine solche ent-

hält das Telegramm – wohl allein bleiben. Haben wir auf Amerika gerechnet, so muß das einstimmige Urteil, das die amerikanische Presse über das Telegramm fällt, uns in dieser Hinsicht die Augen öffnen. –

Nun freilich, man glaubt in Berlin Manns genug zu sein, um auch allein den Kriegspfad betreten zu können. Der Erfolg wird es lehren. Vollends verhängnisvoll wäre es, wenn man in Berlin nach dem Recepte „Der britische Löwe brüllt, aber er beißt nicht“ verfahren wollte. Gewiß hat er keinerlei Lust zu beißen. Aber es gibt Situationen, die zum Beißen zwingen und wo das Beißen nicht nur absolut gefahrlos ist, sondern noch obendrein Vorteil bringt.

– Das hätte man in Berlin überlegen müssen. –

Soweit ich das politische Schachbrett übersehe, wird England mit Amerika über Venezuela sich arrangieren. Es wird das nicht sehr schwer sein, trotz der falschen Lage, in welche das kopflose Vorgehen Clevelands die Frage gebracht hat. Es war unstreitig ein großer blunder Lord Salisburys, bei der Annahme der Arbitration in der Grenzfrage die nebelhafte „Schomburgklinie“ als unantastbar auszunehmen<sup>1</sup>. Darüber wird man aber um so leichter hinwegkommen, je resoluter sich die öffentliche Meinung in Amerika gegen die internationale Doktrin des kaiserlichen Telegramms ausgesprochen hat.

Auch mit Frankreich wird man sich wegen Ägypten und sonstwo arrangieren. Auch das ist nicht schwer, da Frankreich einzig selbst schuld ist, wenn es Englands Anerbieten der Kooperation bei Niederwerfung des Aufstandes von Arabi ausschlug. Der Grund war freilich, daß es selbst Arabi unter der Hand zum Aufstand angetrieben.

Mit Deutschland dagegen wird England in betreff der politischen Doktrin des Telegramms gar nicht versuchen auch nur eine Erörterung zuzulassen. Wir müssen uns dann entscheiden, ob wir es als müßiges Gerede behandeln lassen oder etwas dahinterstellen, um wenigstens dem Präsidenten Krüger und den Boeren als Männer zu erscheinen, die wissen, was sie tun, und zu ihrem Worte stehen.

<sup>1</sup> Über die hier berührten englisch-venezuelischen Grenzstreitigkeiten, die Bedeutung der „Schomburgklinie“ und das Eingreifen Amerikas vgl. die Darstellung im Europ. Geschichtskalender für 1895, Seite 332 ff.

So sehe ich die Sachlage an.

Wenn es auch für den Kaiser angeht, wenig oder viel Gewicht auf seine Worte zu legen, so ist es ein anderes für Hohenlohe. Er darf sich durch den Ton der deutschen Presse nicht darüber täuschen lassen, daß er als politischer Charakter in beiden Alternativen in der Geschichte gefährdet ist, wenn er festhält oder wenn er seine eignen Worte, denn dafür gelten die des Telegramms, hinunterißt. –

Ich bin, meinem Charakter nach, für das Festhalten bis zum bitteren Ende, wenn einmal A gesagt ist. Vielleicht wird diese ganze Sache eine Schule für die Beteiligten, darunter auch die deutsche Nation, die noch manche ernste Erziehungsstadien durchzumachen hat. –

Ich hätte freilich gewünscht, Hohenlohe hätte seine Reichskanzlerschaft lieber darangegeben als seinen Herrn in die impasse geraten zu lassen, in der er sich nach meiner unmaßgeblichen Meinung befindet.

Was Sie an dem Telegramm bestochen hat, war die männliche Initiative, die dasselbe dokumentiert. Das ist gewiß eine sehr schätzenswerte Eigenschaft. – Nur darf sie das schlüpfrige Terrain weittragender völkerrechtlicher Fragen nicht wählen, sich zu betätigen. – Das aber, fürchte ich, ist in diesem Fall eingetreten und wir müssen die Suppe ausessen. Ich hätte vorgezogen, das Deutsche Reich hätte die Interessen der zahlreichen Deutschen in Transvaal vertreten und für die künftigen Einwanderer etwas herausgeschlagen, anstatt ein Schutz- und Trutzbündnis zu proklamieren, zu dem wir nun wohl oder übel stehen müssen. –

Ich bin so lange geworden, weil es mir schwer fällt, mit Ihnen in einer so ernsten Frage zu differieren, bei dem großen Gewichte, das ich auf Ihre Ansicht lege. Ich hielt mich daher verpflichtet, meine Meinung, so gut ich es vermag, zu begründen, und hoffe wenigstens erreicht zu haben, daß Sie dieselbe verstehen, wenn auch nicht billigen. –

#### 144. An Stosch

Segenhaus, 26. Januar 1896

Zunächst meinen warmen Dank, daß Sie so bald nach Ihrer Rückkehr sich die Mühe gemacht, mir Nachricht zu geben, dann meinen



herzlichen Glückwunsch, daß Sie wohlbehalten alle Feuerproben bestanden, welche Festfreuden fortgesetzter Art auch Teilnehmern weniger vorgeschrittener Lebensjahre auferlegen.

Daß die Inszenierung der Feste eine schöne sein würde, habe ich bei dem auf das Dekorative gerichteten Wesen des Hauptarrangeurs nie bezweifelt und der äußere Prunk hat auch der Festreden nicht entbehrt, über welche die Zukunft erst das entscheidende Urteil sprechen kann, ob solche einen ernsten Willen hinter sich haben oder hohles Phrasengerassel darstellen wie so manche Versprechen und Eidschwüre in der Geschichte. Schlimmer wäre es, wenn das „noblesse oblige“ vergessen werden könnte und gar nicht geahnt würde, daß große Worte großes Tun hinter sich haben müssen und es nicht angeht, wenn man der Verwalter der Ehre einer großen Nation ist; gar nicht zu merken, wenn hinter der Leistung zurückgeblieben wird, zu der die Worte verpflichten. Im Zusammenhange dieses Ideenganges ist es mir geradezu tröstlich, daß Sie sagen können, daß das berühmte Telegramm durch den Reichskanzler gelaufen ist. Ich darf daraus die Hoffnung schöpfen, daß auch die kaiserliche Aufforderung<sup>1</sup>: „An Sie, m. Herren, tritt damit die ernste Pflicht heran, mir zu helfen, dieses größere Deutsche Reich auch fest an unser heimisches anzugliedern“, die Billigung Hohenlohes gefunden hat und daß damit also ein Regierungsprogramm der verbündeten deutschen Staaten gegeben ist, dessen Mundstück nach der Reichsverfassung der Kaiser ist. Da es sich dabei nicht um die paar Hundert Deutschen handeln kann, welche die bisherigen deutschen Kolonien bewohnen, so können damit also nur die Deutschen gemeint sein, die in andern Ländern und Staaten, Nordamerika, Brasilien, Argentinien, Afrika, Australien und Asien entweder Domizil haben oder Handelsgeschäfte treiben. Da außer in Nord- und Südamerika diese Ansiedlung deutscher Handelsfirmen besonders in englischen Kolonien stattfand oder auch in England selbst, das deutsche Kaufleute stets wie Inländer zum Handelsgewerbe zuließ und keinerlei Differenzial- oder anderen Zöllen unterwarf, so richtet sich diese Absicht der „Angliederung“ gewiß nicht zum

<sup>1</sup> In der Rede zur 25-Jahrfeier der Reichsgründung beim Festmahl im Berliner Schloß mit der den Tatsachen weit voraneilenden Feststellung: „Das Deutsche Reich ist ein Weltreich geworden“, auf die dann die schon im Txt von Roggenbach zitierte „Aufforderung“ folgt.

wenigsten auf die Gebiete, in denen Deutsche sich auf englischem Kolonisationsgebiete niedergelassen haben. Das bildet in der Tat ein weittragendes Programm und es ist nur ganz konsequent, wenn seine Urheber einsehen, daß dasselbe nicht ohne ernststen Kampf durchzuführen sein wird. Das Transvaaltelegramm bildet somit nur eine erste Anwendung dieses Programms und, wie Sie wissen, habe ich dasselbe sogleich nur unter dem Gesichtspunkte seiner notwendigen Konsequenzen aufgefaßt.

Ich bin immer angenehm berührt, wenn die Dinge im Lichte der Realität erkannt werden, die sie haben, und so freut es mich, daß Sie sich mit Lösung der Aufgabe beschäftigen, wie ein Krieg mit England erfolgreich geführt werden kann<sup>1</sup>. Wir sind gewiß darin einig, daß die englische militärische Organisation und militärische Kraft zu Lande von geringem Werte ist, reguläre Armee, Volunteers und Miliz zusammen. Ich gehöre außerdem zu denen, die auch die Flotte durchaus nicht für so effektiv schätzen wie ihr aus den Kriegen des Kaiserreichs datierender Ruhm. Immerhin bleibt von der engen Basis der Nordseehäfen aus eine Operation gegen die englische Position nicht leicht. Sie kann doch im wesentlichen nur Minensperrung englischer Kriegshäfen und eventuelle Landungsexpeditionen ins Auge fassen. Das indessen ist ein Gebiet, auf welches ich mich nicht wagen will, weil ich davon zu wenig verstehe. Sicher scheint mir zu sein, daß unsere politische Position im Kriegsfall nicht stark sein wird, da wir nicht nur mit der schadenfrohen Gegnerschaft Frankreichs, sondern auch mit der stillen Österreichs und Italiens rechnen müssen. Ob Rußland sich nicht auch die Hände reibt, ist zweifelhaft. Gewiß ist, daß es nicht zu den Gegnern Englands übergeht, dem es nichts entreißen kann, was es nicht auch ohne Krieg schon hat. So werden wir allein das Spiel zu spielen haben und können somit die Chancen berechnen.

Setze ich den günstigsten Fall eklatanter englischer Seeniederlagen und einer Nötigung zu irgend welchem Frieden, der uns die Wahl

<sup>1</sup> Wie ernst Stosch schon damals die Möglichkeit eines Seekrieges mit England aufgefaßt hat und mit welchem an Gneisenau erinnernden Angriffsgeist der schon 78jährige ihn von der jungen deutschen Flotte geführt wissen wollte, zeigt in denkwürdiger Weise sein in den gleichen Wochen geführter Briefwechsel mit Tirpitz. (Vgl. die in der Tirpitzbiographie von U. v. Hassell abgedruckten Stoschbriefe aus dem Januar und Februar 1896.)

der schönsten Kolonien brächte, so ist, fürchte ich, damit die Arbeit nicht getan; denn diese Kolonien würden schwerlich freiwillig sich deutscher Herrschaft unterwerfen, wie eifrig die sporadisch daselbst angesiedelten deutschen Handelshäuser auch sein mögen, sich „angliedern“ zu lassen. Dann bliebe noch ein weiter Weg zu machen. Kolonialenthusiasten wie Karl v. der Heydt und Dr. Peters denken sich die Sache leicht. Sie ist es aber keineswegs. Immerhin ist das Programm in die Welt gesandt und es hilft nichts. Hic Rhodus, hic salta; sonst ist die Blamage groß, und das wollen wir doch nicht.

Ich freilich wäre mit den großen Worten weniger freigebig gewesen. Mir schien die Aufgabe darin zu liegen, die deutschen Interessen alleweg zu fördern und deutscher Kultureinwirkung allerorten die Wege zu ebnen. Soweit ich sehe, haben wir in Transvaal bisher gar nichts dafür getan und im übrigen Südafrika die Stellung der Deutschen nicht gefördert. Bis in the far West der Vereinigten Staaten und bei den Antipoden hat das Programm die Stellung der Deutschen erschwert, die in den Verdacht gerieten, unzuverlässige Bürger der Staaten zu sein, die ihnen Asyl und freie Erwerbsfähigkeit gestatten. Ich bezweifle auch, daß die Handelsstädte an Nord- und Ostsee sich nicht fragen, was kommt bei Verfolgung des Weges, den wir betreten, für uns heraus? Ich nehme an, daß sie die künftigen Vorteile des deutschen Weltreiches für sich nicht hoch in Einnahme stellen neben den sicheren Ausfällen, welche die allernächste Zeit eines drohenden Krieges mit England oder gar ein wirklicher Seekrieg bringen muß. Allerdings läßt sich sagen: England kann überhaupt keinen Krieg führen, weil es verhungert ohne Zufuhr von außen. Gewiß liegt darin eine große Schwäche, aber das dermalige Seerecht wird doch neutrales Gut auf neutralen Schiffen durchlassen und zu unsern Ungunsten wird geltend zu machen sein, daß es fraglich ist, ob wir den letzten Taler in der Tasche haben werden und ob die Versuchung der revenge in Paris nicht schließlich auch noch zu Abwehr an der Landgrenze nötigt.

Aus allem dem geht hervor, daß ich nicht zu den begeisterten Verehrern unserer neusten Entwicklung zu zählen bin und mir nur schwer vorstellen kann, wie wir zu dem erhofften deutschen Weltreiche von der freiwillig gewählten Basis gelangen wollen.

Es kommt ein weiterer Mißstand hinzu. Die in Aussicht ge-

nommene Vermehrung der Flotte als Voraussetzung solcher Weltmachtpolitik wird unzweifelhaft nicht nur im Bundesrat, sondern gewiß auch im Reichstag auf Widerstand stoßen. Wie groß auch darüber die Entrüstung sein mag, mit der Tatsache wird gerechnet werden müssen. Keine Auflösung wird dabei viel helfen. Eine Beiseiteschiebung des ganzen Räderwerkes, welches die Reichsmaschine derzeit bewegt, als Anfang der neuen Ära für „Großdeutschland“ wäre auch kaum empfehlenswert. So darf man wohl fragen, wie wohl weitergefahren werden will. Ich weiß es nicht. Mir sieht die ganze Aktion sehr danach aus, als ob man in eine Sackgasse geraten könnte. Indessen qui vivra, verra.

Daß auch eine Krisis im Kriegsministerium drohte, ist um so schlimmer und ein großes Verdienst, solche wenigstens für jetzt abgewendet zu haben. Nur steht zu fürchten, daß sie bald wiederkommt. Die Inspirierten auf dem Throne sind mir unheimlich. –

#### 145. An Stosch

Segenhaus, 7. Februar 1896

Seit Empfang Ihres Briefes bildet dessen reicher Inhalt den fortwährenden Gegenstand meiner Gedanken. Bevor ihm geschah, wie Sie wünschten, habe ich denselben in allen seinen Prämissen und Folgerungen in mich aufgenommen. Ich bin durchaus durchdrungen von der praktischen Natur der maritimen Erwägungen, die er enthält, denn nichts ist unzweifelhafter, [als] daß am Ende des Weges, den unsere Politik eingeschlagen, ein solcher Konflikt liegt. Freilich bleibt Zeit und Verhältnisse, unter denen er ausgefochten werden muß, unbestimmt und daher stellen sich manche unbekannte Größen in die Umstände ein, die ihn erleichternd und erschwerend begleiten werden. Es wird dadurch schwer, das Problem des Seekrieges zu diskutieren.

Die Erfahrungen des Krimkrieges, wo Sir Charles Napier in die finnischen Gewässer gesandt wurde, bloß damit etwas geschehe, während, wie ich mich sehr gut erinnere, schon vor Absendung der Flotte jedermann einig war, daß nichts geschehen konnte als zweckloses, unfruchtbares Knallen. Kronstadt galt als unangreifbar. Helsingfors auch. So blieb man am Ende auf der lächerlichen Kanonade auf Bomarsund stranden. Die Flotte sollte eben durch-

aus auch etwas getan haben. Diese Erfahrung ist nicht eben reizvoll für Unternehmungen in der fernen Ostsee. Die Operationen mit Dampfkriegsschiffen legen dieselben gewissermaßen an ihre Kohlenbasis fest. Sogar das monatelange Festhalten einer Blockade ist erschwert. Wie man sich unter diesen Umständen eine Seesoperation gegen Deutschland in England zurechtlegt, ist mir unklar. Wird man suchen Helgoland wieder zu nehmen, um einen Stützpunkt für eine Blockade der Nordseehäfen zu gewinnen? Wird man eine Flotte zur Beobachtung des Sundes und der Belte aufstellen und die Verbindung durch den Nordostseekanal abzuschneiden suchen? Jedenfalls wird die deutsche Flotte, sei sie stark oder schwach, sich gut schlagen, die englische dagegen, sollte sie auch stärker sein, viele Mängel aufweisen.

Soweit meine kurze Weisheit über die Eventualitäten des in Nord- und Ostsee konzentrierten Seekrieges. Mittlerweile wird der beiderseitige Handel leiden und die dritten Unbeteiligten sich freuen.

Die Gründe, warum ich die schließliche kriegerische Wendung so absolut unvermeidlich ansehe, liegen darin, daß ich die Zustände in Transvaal für unhaltbar ansehe und daß wir in Ehren gebunden sind, uns bei entstehendem Bürgerkriege daselbst der Buren anzunehmen, und dies eben nur können, wenn wir mit den Engländern anbinden. Soweit ich sehe, geschieht bisher nichts, die Stellung der Buren so zu stärken, daß den Eingewanderten die Lust vergehen würde, sich der bisherigen Lage ihrer Rechtslosigkeit entziehen zu wollen. Wenn sie es auch heute tun müssen, wo sie auf Zureden des High Commissioners die Waffen auslieferten, so werden sie gewiß später wieder mit ihren Ansprüchen hervortreten. Jeder neue Konflikt zwischen den Eingewanderten und den Buren muß aber die Intervention der Kapregierung zugunsten der ersteren und der unsrigen zugunsten unserer Schützlinge hervorrufen.

Wenn wir die deutsche Einwanderung fördern und gleichzeitig für diese Einwanderer und die unter unsern Schutz sich stellenden „Uitlanders“<sup>1</sup> am Rand und in Johannesburg gute Existenz-

<sup>1</sup> Über die „Uitlander“-frage und die Beurteilung der „Burenoligarchen“ vgl. die mit Roggenbach ganz übereinstimmenden Darlegungen in Wahls „Deutscher Geschichte von 1871-1914“, Bd. III, S. 233 ff.

bedingungen in Prätoria stipulieren würden, so würde sich diese schließliche Wendung vielleicht vermeiden lassen. Wie die Dinge aber jetzt liegen, haben wir noch nicht einmal zugunsten der Deutschen bei den hartköpfigen, jeder Kultur unzugänglichen und bildungsunfähigen Burenoligarchen durchgesetzt, daß nicht jeder Deutsche die deutsche Nationalität abschwören müßte und daß sie, um dann nach langen Jahren in den unteren, kompetenzarmen Rat zugelassen zu werden, sich der altholländischen Burensprache bedienen müssen. Zum regierenden Volksraad der Burenpatrizier werden sie aber überhaupt nicht zugelassen. Sind wir aber in Prätoria nicht einflußreich genug, um für unsere Einwanderer anständige Lebensbedingungen zu stipulieren, wird überhaupt keine Einwanderung stattfinden und noch weniger wird dieselbe stark genug werden, um dem Burenstaat gegenüber dem Strome der goldsuchenden Abenteurer ein solides Rückgrat zu geben, das einen künftigen Konflikt ausschließt.

Die absolute Unklarheit unseres Willens, die noch größere unseres Tuns muß die Entwicklung dieser gefährlichen Frage des Transvaals bei unserer der Welt verkündeten Allianz mit dem Burenstaate notwendig kriegerisch gestalten und wir werden daher gut tun, unsere Gedanken, die bisher einem Landkriege mit zwei Fronten zugekehrt waren, auch an die Komplikation eines Seekrieges mit England zu gewöhnen und dafür das Nötige vorzukehren. Meiner Meinung nach muß dabei bis an die Grenze gegangen werden, wo Mangel an Fabrikationskraft im Schiffbau und an Menschenmaterial an Seeleuten ein Halt gebietet. Daß das Geld kostet, ist natürlich. Es ist unmöglich, wohlfeil selbst eine Kolonialweltmacht aufzubauen und dabei andern zuzurufen: „ôte toi, que je m'y mette“. Ob Hohenlohe durch die Klippen steuern wird, die vor ihm liegen, bleibt ungewiß. Möglicherweise könnte auf der Ikarusfahrt nach dem Weltreiche die Maschine des jungen Deutschen Reiches zu Schaden kommen.

Lord Salisburys Rede finde ich absurd. Der Mann bleibt sich stets gleich, wie er schon auf dem Berliner Kongreß gewesen. Um verständiges politisches Handeln in äußerer Politik zu sehen, bleibt nur übrig, nach Petersburg zu blicken. Da weiß man doch, was man will, und ergreift die geeigneten Mittel zum Ziele.

Segenhaus, 19. Februar 1896

Wenn ich nicht umgehend auf Ihren inhaltreichen Brief vom 14. d. M. geantwortet habe, so geschah es, weil ich gehofft hatte, Ihnen gleichzeitig den 5. Band von Bernhardi<sup>1</sup> schicken zu können, den ich von meinem Neuwieder Buchhändler, der die vier vorhergehenden geliefert hatte, requiriert habe. Leider habe ich denselben bis heute noch nicht erhalten und will daher mit meinem Danke nicht länger zögern. Wie wertvoll und interessant mir die Ausführungen Ihres Briefes sind, brauche ich nicht erst zu versichern, und dabei macht es keinen Unterschied, wenn ich in manchem differiere. In einem Punkte stimme ich wenigstens ganz mit Ihnen überein, daß bei den offengelegten Zielpunkten unserer Reichs- oder besser kaiserlichen Politik wir einem Seekrieg mit England entgegentreiben, der sich dann selbstverständlich auch in einen Kontinentalkrieg entwickeln wird. – Auch darin bin ich gleicher Meinung, daß es den Engländern sehr schwer werden wird, die ins Maßlose gesteigerte Schiffszahl mit Ingenieuren und Maschinen, Stocker und dgl. auszurüsten. Ich gehe weiter und bezweifle auch gar nicht, daß eine an Stärke auch inferiore Zahl deutscher Kriegsschiffe die überlegene englische Flottenabteilung durch größere Ausbildung und strammere Dienstführung schlagen würde. – Damit bin ich aber noch weit entfernt, es für rätlich für die deutschen Reichsinteressen zu erachten, daß wir einen Kurs steuern, der uns in solchen immerhin sehr ernsten Konflikt bringen muß. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß unser Verhalten in der Transvaalangelegenheit das Ansehen der deutschen Reichsleitung bei den europäischen Kabinetten gestärkt hat. Von Österreich und Italien ist das selbstverständlich. Aber auch in Frankreich hat sich das Urteil der ernsten Presse, z. B. der „Temps“, keineswegs günstig über die Argumentation der Rede von Marschall und die intendierte Ausschiffung der Seesoldaten ausgesprochen. In Petersburg endlich hat man noch so viel Tradition in Behandlung internationaler Verhältnisse, daß man sich fragt, was will man eigentlich in Berlin! Das ist in der Tat nicht leicht zu sagen. Nach dem

<sup>1</sup> Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis, Bd. 5, Der Streit um die Elbherzogtümer. Hirzel, Leipzig, 1895.

Weißbuche<sup>1</sup> und der Rede von Marschall<sup>2</sup> vollends nicht. Ich gebe von vornherein zu, daß letztere oratorisch und als Advokatenrede in mancher Hinsicht meisterhaft war und deshalb auch auf den Reichstag ihren Eindruck machte. – Das ist aber auch alles, was ich an ihr rühmen kann. – Zunächst ist jetzt vollkommen klar gestellt, daß Krüger ein Ansuchen auf eine Intervention Deutschlands nicht gestellt hat und daß die Betonung im kaiserlichen Telegramm, daß diese Intervention auf Ansuchen erfolgt sein würde, Folge der stillen Sozietät war, die seinerzeit bei Anwesenheit desselben in Berlin eingegangen worden war, und welche dann in dem bewußten Toast des Präsidenten Krüger zum Ausdruck kam. – Wir übernahmen eine Art Lebensversicherung der Burenrepublik. –

Ich bin nun der Ansicht, daß wir damit auch die Verantwortung übernahmen, dafür zu sorgen, daß die Regierung der Burenrepublik eine verständige und nicht selbstmörderische werden würde. – Was aber ist statt dessen geschehen? Nachdem der große Burentreck über den Waalfluß stattgefunden, um dem Kontakte mit der von Süden her andrängenden Kolonisation durch fremde Einwanderer zu entgehen, teilten die einzelnen Burenfamilienhäuptlinge das neubesetzte Gebiet, nachdem sie Neger und Kaffern abgeschossen hatten, in große Latifundien. Das Unglück wollte nun, daß in einem erheblichen Teile dieser Latifundien sich Minendistrikte vorfanden und daß die ehrsamten Buren in echt holländischer Betriebsamkeit sich nicht versagen konnten, Teile dieser Distrikte an einzelne Unternehmer und spätere Gesellschaften zu immer steigenden, zuletzt enormen Preisen zu verkaufen. Nicht am wenigsten an englische und amerikanische Spekulanten.

Hätten wir nun statt einer impulsiven, phantastischen eine umsichtige politische Leitung in Berlin gehabt, so würden wir bei Übernahme dieser Lebensversicherung der durch und durch korrumpierten Buren wirtschaftlich wenigstens zugunsten der

<sup>1</sup> Das von der deutschen Regierung am 12. Februar publizierte Weißbuch mit den diplomatischen Aktenstücken Deutschlands und Englands über die Transvaalfrage.

<sup>2</sup> Marschalls Reichstagsrede vom 13. Februar (der gekürzte Wortlaut im Europ. Geschichtskal. 1896, Seite 28–32).



Deutschen Vorkaufsrecht der Minenkonzessionen und Privilegien für deutsche Einwanderer, jedenfalls Vollbürgerrecht für Deutsche im Burenstaate stipuliert haben. Ob freilich der hab-süchtige Sinn der Buren den höheren Kaufpreis, der ihnen winkte, darum hätte fahren lassen, bleibt fraglich. – Wenigstens wären wir nicht die evident Düpierten gewesen. – So beging unser Versicherter ganz gemütlich seinen Selbstmordversuch weiter und zog immer neue englische Unternehmer ins Land, bis dieselben zur dreifachen Bevölkerung der Burenzahl angewachsen waren, und strich dabei gemütlich seine Millionen ein und legte außerdem den Neueingewanderten noch die ganze Steuerlast auf, ohne alles Entgelt an irgendeinem politischen und bürgerlichen Recht. Da mußte unser legitimer Einfluß sich geltend machen. Aber wieder waren wir mit unserer Politik im Lande der Träume. So haben wir tatsächlich nichts zugunsten der Deutschen getan und namentlich nichts, um das antienglische Rassenelement zu stärken, was doch allein eine selbständigere Entwicklung der südafrikanischen Republik einigermaßen begründen könnte. Als nun die Katastrophe durch die Kopflosigkeit des Dr. Jameson kam, so taten wir drei Dinge. 1. Wir sandten das Telegramm und kündigten der Welt an, daß wir zugunsten der Transvaalrepublik zur Intervention bereit gewesen, wenn wir dazu aufgefordert worden wären. – 2. Wir versuchten, obgleich wir nicht aufgefordert waren, und Transvaal in unseren Augen ein absolut souveräner Staat ist, diese Intervention doch ins Werk zu setzen zur angeblichen Abwehr einer imaginären angeblichen Gefahr, in der die Deutschen in Prätoria schwebten<sup>1</sup>. Das heißt wir versuchten, als regulärer Staat gerade dasselbe zu tun<sup>2</sup>, was Dr. Jameson auf Grund der Aufforderung der Uitlanders von Johannesburg getan hatte, die sich auch bedroht glaubten und dazu bei den umher-

<sup>1</sup> Auf Bericht über diese von ihm ernster genommene Gefahr war der deutsche Konsul in Prätoria von der Regierung ermächtigt worden, im Notfall zum Schutz des Konsulats und der Deutschen in Prätoria ein Landungskorps von 40–50 Mann Seesoldaten des in der Delagoabai liegenden Kreuzers „Seadler“ anzufordern.

<sup>2</sup> Diese Gleichstellung geht doch wohl zu weit. In Wirklichkeit hatte das Reformkomitee der Uitlanders in Johannesburg zur Erzwingung der von den Buren verweigerten politischen Gleichstellung einen Putsch vorbereitet, der zugleich mit dem Jamesonschen Einfall ausbrechen sollte, aber nicht zur Ausführung kam.

streifenden Burenbanden und den in Johannesburg aufgehäuften Millionen auch einigen Grund hatten. Ja, mit solchem Eifer betrieben wir diese Expedition unserer 40 Mann Seesoldaten nach Prätoria, daß wir am 3. Januar noch in Lissabon die Erlaubnis zum Durchmarsch betrieben, nachdem am 1. Januar schon die Niederlage von Dr. Jameson in Berlin bekannt war. – Offenbar ließen uns die Lorbeeren von Dr. Jameson im Flibustieren keine Ruhe; denn Krüger war dieses Aufdrängen unserer 40 Mann doch nur unangenehm. – Der Vorwurf der Lächerlichkeit des ganzen Planes blieb auf uns sitzen und ich bezweifle, daß sein Verlauf bei dem Präsidenten Krüger die Überzeugung der Zuverlässigkeit und Wirksamkeit unserer Intervention gestärkt haben wird.

3. Eine weitere Schwächung unserer an und für sich unanfechtbaren Position als erklärtem Freunde und selbstlosen Beschützer der Transvaalrepublik hat dann die unglückliche Argumentation Marschalls zuwege gebracht, daß ein deutsches Einspruchsrecht in die künftige politische Gestaltung der Verhältnisse der südafrikanischen Republik dadurch begründet sei, daß darin erhebliche deutsche Interessen engagiert seien und daß namentlich ein Anschluß Transvaals an eine südafrikanische kommerzielle Union nicht geduldet werden könne<sup>1</sup>. – Es ist nicht überraschend, daß diese Prätention einem Staate gegenüber, den wir für vollsouverän erklärt haben, geradezu verblüffend in der europäischen Presse – und ich nehme an, auch in den Kabinetten – gewirkt hat. Weil ein paar Berliner Juden Aktien der Eisenbahn Lorenzo Marques-Prätoria haben, andere in Goldminen spekulieren oder an Randminen als Spekulanten beteiligt sind, wollen wir Transvaal hindern, vorkommendenfalls das zu tun, was es für sich vorteil-

<sup>1</sup> Die Marschallrede enthält eine solche Äußerung nicht, wohl aber eine auf Cecil Rhodes zielende, sehr scharfe Verwahrung gegen „Bestrebungen, welche in Südafrika ganze Arbeit machen wollen, welche aufräumen wollen mit den selbständigen Staatengebilden und dem Besitzstand anderer europäischer Mächte, welche ganz Südafrika vereinigen wollen zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Staatsgebiet unter einer Staatsform, über welche man sich heute noch nicht ausgesprochen hat“. Es liegt nahe zu vermuten, daß in der europäischen, insbesondere englischen Presse diese Verwahrung Marschalls in dem von Roggenbach angeführten Sinne als „deutsches Einspruchsrecht“ gegen „einen Anschluß Transvaals an eine südafrikanische kommerzielle Union“ interpretiert worden ist.

hafter hält. Dabei sollte obendrein nicht etwa das Interesse der Deutschen in Transvaal ausschlaggebend sein, sondern ein nebelhaftes Recht des Deutschen Reichs. Nicht mit Unrecht wird dagegen geltend gemacht, daß ein internationales Chaos entstehen würde, wenn solchem monströsen Grundsätze entsprechend allseitig gehandelt werden wollte. Es ist in der Tat das Unbedachtteste, das je von dem Vertreter eines großen Staates gesprochen wurde. Die Monroedoktrin ist gegen solchen Grundsatz ein wahres Kinderspiel. –

So bleibt meines Erachtens von der ganzen Kampagne für uns nur das Ergebnis, daß die politische Welt sich sagt: die deutsche Politik wird zur Zeit von Kindern geführt, die mit dem Feuer spielen und nicht wissen, daß es brennt. – Leider wird dadurch die Stellung Deutschlands auf der ganzen Welt erschüttert und es ist begreiflich, daß die Wälder um Hubertusstock und ihr Friede aufgesucht werden, um das peinliche Gefühl zu mildern, das entsteht, wenn großem Anlauf kleines Gelingen zuteil wird. – Zu fürchten bleibt freilich, daß die einsamen Spaziergänge neue Flottenpläne<sup>1</sup> erzeugen. –

Glücklicherweise kochen die Franzosen gerade auch mit Wasser. Damit haben Sie die Summe meiner Weisheit oder Torheit, wie man es nimmt. Nun aber genug<sup>2</sup>. –

Mit herzlichsten Empfehlungen  
Ihr treu ergebener  
Roggenbach

<sup>1</sup> Diese sind aber erst nach der englischen Flottenverstärkung von 1896 gekommen, welche die Engländer ihrerseits unter dem Eindruck des Krügertelegramms gegen die mögliche Bedrohung durch die damalige deutsche „baby fleet“ vornahmen.

<sup>2</sup> Mit diesem Briefe endigt die denkwürdige Korrespondenz. Zehn Tage darauf, am 29. Februar 1896, ist Stosch gestorben.

# REGISTER

bearbeitet von A. Grote

(Unwesentliches ist übergangen)

- (v.) Achenbach, Heinr., preuß. Minister 188. 191  
Acton, J. E. D. Lord 420  
Aegidi, Karl Ludw. 165  
Ägypten 215f. 426. 435  
Aiguillon, Herzog v., französ. Minister 141  
v. Albedyll, Emil 220. 231. 240. 243. 248  
Albrecht, Prinz v. Preußen (1837 bis 1906) 233  
Aldeutsche 425  
Altkatholiken 158f.  
Amiens, Friede v. 318  
v. Andrassy, Julius Graf 92. 171  
Annenkoff, Mich. Nikolaj., russ. General 329  
Antisemiten 212f. 292  
Appert, Fel. Ant., französ. Botschafter 244  
Armenier 427  
v. Arnim, Harry Graf 131. 164. 169. 179  
Aube, Hyac. Laur. Théoph., französ. Minister 239  
Auer, Ignaz 406  
Augusta, Königin v. Preußen, Deutsche Kaiserin 13-16. 47-115 passim  
v. Aumale, Herzog 279  
  
Balkan 37. 120f. 128. 130. 166f. 232. 236-239. 250. 269. 324. 357  
Barthélemy Saint Hilaire, Jules, französ. Minister 208  
v. Battenberg, Alex. Prinz, Fürst v. Bulgarien 232. 248f. 256. 263. 265. 321  
  
Batum 247  
Bauer, Bruno 33  
Baumgarten, Herm. 32  
Belgien 166f.  
Benedetti, Vincent Graf 50  
v. Bennigsen, Rudolf 130f. 170. 186. 190  
Berliner Kongreß 201. 203. 324. 336  
v. Bernhardi, Theod. 49. 55  
Bert, Paul, französ. Minister 239  
v. Beust, Friedr. Ferdin. Baron (Graf) 51. 92. 95  
v. Bismarck, Herbert 239. 241. 246. 269. 295. 311. 350. 403. 405  
v. Bismarck, Otto 22f. 102. 110f. 138. 140. 143. 161-164. 175. 191. 241. 295  
Bismarcksches Reich 19. 23. 33. 36f. 122. 131. 162f. 310. 345  
Blaine, James 336  
Bosnien 171  
Boulanger, Georges 239. 264. 319  
Brasilien 336. 374. 432  
Bratianu, Joan 332. 338  
Braunschweig 233  
Briefgeheimnis 312  
Bright, John 94  
Bronsdorf v. Schellendorf, Paul 318  
Brüsseler Währungskonferenz (1892) 390f.  
Bueck, Henry Axel (1830-1916) 139  
Bulgarien 246. 324. 336  
v. Bülow, Bernh. 367. 398  
Bundesreformplan Roggenbachs (1859) 12  
Buren 211. 441. 444-447

Camphausen, Ludolf 15  
 Camphausen, Otto (1812-1896),  
 preuß. Finanzminister 133. 161.  
 169. 175. 188  
 v. Caprivi, Leo (Graf) 231. 349. 351f.  
 376. 389  
 Catargiu, Lascar 322. 332  
 Challemeil-Lacour, Paul Armand  
 201f.  
 Cherbuliez, Victor 154. 317  
 China 425. 430  
 Crispi, Francesco 327. 333. 361. 404f.  
 Crowe, Jos. Archer 323. 356f.  
  
 Dänemark 106. 126. 364  
 v. Decazes, Louis Herzog, französ.  
 Minister 166  
 Dechamps, Vict. Aug. Kardinal,  
 Primas v. Belgien 168  
 v. Deichmann, A. W. K. R. Freih.  
 279f.  
 (v.) Delbrück, Rudolf 104. 110f. 122.  
 157  
 Deutscher Volkscharakter 163. 189.  
 222. 238. 346. 388. 430  
 Disraeli, Benjamin 94. 127  
 v. Döllinger, Ignaz 158  
 Dreibund 318. 321. 324. 326f. 333.  
 388. 425. 434  
 Dreikaiserbund (1872-1886) 226  
 Drouyn de l'Huys, Edouard, französ.  
 Außenminister 96. 106  
  
 Elisabeth, Prinzessin zu Wied, Kö-  
 nigin v. Rumänien [= Carmen  
 Sylva] 109. 366-369. 370f. 398  
 Elsaß-Lothringen 110f. 141. 194. 205  
 v. Enghien, Herzog 318  
 England (1876) 123. 125f. (1879) 148.  
 (1887) 269f. (1889) 325. (1895)  
 429f.-437. 443  
 Englischer Volkscharakter 203  
 Erasmus von Rotterdam 420  
 Ernst II., Herzog v. Koburg-Gotha  
 320f. 334f.  
 Etatismus 410f.

Eulenburg, Friedrich Graf zu, preußi-  
 scher Innenminister 161  
 Eulenburg, Philipp Graf (Fürst) zu,  
 389. 393  
  
 Falk, Adalbert 165. 170f.  
 Ferdinand, Kronprinz v. Rumänien  
 368f. 385  
 Ferdinand I., Prinz v. Sachsen-Ko-  
 burg-Cohary, Fürst (König) v. Bul-  
 garien 265. 278  
 Fortschrittspartei 53  
 Frankenberg, Fred Graf 113  
 Frankfurter Friede (1871) 323  
 Frankreich (1889) 326f.  
 Freytag, Gustav 19. 22. 335f. 341f.  
 398. 420f.  
 (v.) Friedberg, Heinrich 190. 221.  
 232. 295. 318  
 Friedrich I., Großherz. v. Baden 13.  
 28. 91. 99f. 296. 305f.  
 Friedrich III., Kronprinz v. Preußen,  
 Deutscher Kaiser 10. 26. 31. 89. 98.  
 108. 161. 212. 214. 224. 229f. 305  
 Friedrich Wilhelm IV., König v.  
 Preußen 14. 41  
 Friedrich, Herzog v. Sonderburg-  
 Augustenburg 47f.  
 v. Friesen, Richard Freih. 50  
  
 Gambetta, Léon 202f. 219  
 Garibaldi, Giuseppe 78. 211  
 Gasteiner Vertrag 13. 15. 47  
 Geffcken, Heinrich 29. 31. 39f. 164f.  
 172-174. 177-179. 231. 295. 297.  
 299-307  
 Gehlsen, Joachim 129  
 Gelzer, Heinrich (1813-1889),  
 schweizer Gelehrter u. Politiker  
 114  
 Gerhardt, Karl 260  
 Gerlach, Ludwig v. 29  
 Gladstone 94. 202f.  
 Gortschakow, Alex. Mich. Fürst 171  
 Grevy, Jules, französ. Staatspräsident  
 141. 279

- Großer Kurfürst, Panzerschiff 192. 195  
v. Gruner, Justus, d. J. (1808–1885)  
15. 130. 232
- v. Hahnke, Wilh., Chef des Militär-  
kabinetts 282
- v. Hammerstein, Wilh. Freiherr 312
- Hänel, Albert (1833–1918), Ab-  
geordneter 205
- Harden, Maximilian 412
- v. Hatzfeld, Paul Graf, Staatssekretär  
des Auswärtigen Amtes 223
- Helferich, Joh. Renatus 162–164
- Helgolandvertrag (1890) 354f. 364
- Herrmann, Emil 170
- Hinzpeter, Georg Ernst 291
- Hof, Stadt in Bayern 51
- v. Hofmann, Karl 191
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig  
Fürst zu 88. 106. 111. 136. 160.  
183. 259. 405. 425
- v. Hohenthal, Karl Adolf Graf 51
- v. Holstein, Friedrich Baron 350
- Homburg v. d. H. 51
- Huene, Karl Freiherr v. Hoiningen  
gen. 362. 395
- Jesuitenorden 116
- Jolly, Julius, badischer Minister 17. 22
- Italien 37. 81. (1876) 126. (1891) 361.  
365f.
- Kálnoky, Gustav Graf, österr.-ungar.  
Außenminister 237f.
- v. Kamecke, Georg, preuß. Kriegs-  
minister 161. 220f. 400
- Kanitz, Antrag 413f. 428
- v. Kardorff, Wilh. 403
- Karl, Prinz v. Hohenzollern-Sigma-  
ringen (Carol I., König v. Ru-  
mänien) 109. 326
- Karolinen 240
- v. Ketteler, Wilh. Emman. Bischof 136
- v. Keudell, Robert 111
- Koch, A., Hofprediger, Verfasser  
von: „Alexander von Bulgarien“  
(1887) 282 S. 257
- v. Köller, Matthias 429
- Kölnische Zeitung 248. 308. 314.  
367. 430
- Kolonialpolitik 227. 318. 362. 374
- Konservative Partei 131
- Kreta (1868) 95
- Krüger, Paul 444
- Krügerdepesche 433–435
- Kübel, Lothar 100
- Kulturkampf 123. 144. 157. 165. 174.  
309f. 421
- Laienkonzil (Berlin 1869) 107
- Lamey, August 56
- Lanfrey, Pierre, französ. Historiker  
186
- Lasker, Eduard 130f. 170
- Lassalle, Ferdin. 181
- Lavalette, Ch. J. M. F. Marquis de,  
französ. Außenminister 94
- Lesseps, Ferdin. Vicomte de 255
- Liberale Nationalpartei 16
- Liebenau, Wilh. v. 282
- v. Loë, Felix Freih. 133
- v. Loë, Otto Freih., Legationsrat 133
- v. Loë, Walther (Generalfeldmar-  
schall) 254. 258. 264. 273. 330.  
388f. 407
- Loersch, Hugo, Rechtshistoriker,  
Univ.-Prof. in Bonn 138
- Löwe-Calbe, Wilh. (1814–1886),  
preuß. Abgeordneter 105
- Luxemburg 20f. 72–76. 194
- Mackenzie, Sir Morell 263
- Mainauer Proklamationen (1885) 34f.
- v. Manteuffel, Edwin 205
- Marie, Prinzessin v. Edinburg (Kö-  
nigin v. Rumänien) 385
- Marschall v. Bieberstein, Adolf Herm.  
Freih. 297. 301. 350. 405. 419
- Mathy, Karl 56
- Maupéou, René-Nicolas de (1714 bis  
1792), französ. Kanzler 141
- Meier, Herm. Heinr. 199
- Meyer, Babette (Gräfin Kalckreuth)  
258

- Meyer, Rudolf Herm. 133  
 (v.) Miquel, Joh. 170. 238. 253. 298.  
 340. 355. 383  
 v. Moeller, Eduard 131. 174  
 v. Moltke, Helmuth 372  
 Mommsen, Theodor 24  
 Morier, Sir Robert 163. 279. 318. 398  
 Münster v. Derneburg, Georg Her-  
 bert Graf (Fürst) 130
- Napoleon III. 21. 78-83. 88. 94. 101.  
 115  
 Nationalliberale Partei 130f. 144. 381.  
 383  
 v. Nesselrode-Ehrshoven, Max Ber-  
 tram Graf 134. 191  
 Nikolsburg, Waffenstillstand v. 17.  
 20. 21. 75. 77  
 Norddeutscher Bund 59. 64f. 102.  
 105  
 Nordostseekanal 423  
 v. Normann, Karl 186. 224f. 231f.  
 245. 338
- v. Obernitz, Hugo 292  
 Offenburger Opposition in Baden  
 91. 96. 100  
 Österreich-Ungarn 38. 148. 207. 285.  
 324
- Pariser Kommune 112  
 Périer, Casimir 415  
 Perponcher, Wilh. Graf 278  
 Pius IX., Papst 115. 118  
 Polen 238. 329f.  
 Prag, Friede v. 20f. 77  
 Preußen u. Deutschland 70. 88. 105.  
 406  
 v. Puttkamer, Robert Victor 200.  
 286. 289f.
- Radolinski, Hugo Graf (Fürst Ra-  
 dolin) 246. 282f.  
 v. Radowitz, Josef Maria, d. J. (1839  
 bis 1912) 167  
 Rattazzi, Urbano, italien. Minister-  
 präsident 78. 81
- Reich, Stadtgerichtsdirektor 134  
 Reichsglocke 129. 132-134  
 Reichstadt, Vertrag v. (1876) 324.  
 327. 333. 336  
 Religionsunterricht 377. 380-383  
 v. Röder, Eugen 130  
 Römische Frage (1867-1871) 20.  
 78-84. 114-120  
 v. Roon, Albrecht 25  
 Rosebery, A. Ph. Primrose Earl of  
 239  
 Rouher, Eugène 94  
 Rudolf, Kronprinz v. Österreich-  
 Ungarn 316  
 Rumänien 332f. 337f.  
 Rußland (1876) 126f. (1879) 146-150.  
 (1889) 167. 329
- Salisbury, R. A. T. Gascogne-Cecil,  
 Marquess of 135  
 v. Savigny, Karl Friedrich 49  
 v. Schelling, Herm., preuß. Justiz-  
 minister 318  
 Schleiden, Rudolf 169. 193f.  
 v. Schleinitz, Alex. Freih. (Graf) 14f.  
 191  
 v. Schlichting, Sigismund 292  
 Schlosser, Friedrich Christoph 430  
 (v.) Schmoller, Gustav 410  
 Schramm, Rudolf 200  
 Schweiz (1889) 325  
 v. Seckendorff-Gutend, Götz Graf  
 246  
 Serlo, Min.-Direktor 139  
 Shimonoseki, Friede v. 421f.  
 Siam (1893) 397  
 Skierniewice, Dreikaiserzusammen-  
 kunft v. (1884) 333  
 v. Sommerfeld, Gustav 243. 248  
 Sozialistengesetz 143. 309f.  
 Sozialpolitik 342f. 366  
 Spanien (1874) 156  
 Staatsominpotenz 222. 410f.  
 v. Stockmar, Christian Friedrich Frei-  
 herr (1787-1862) 26  
 v. Stockmar, Ernst (1823-1886) 35.  
 232f.

- Stolberg - Wernigerode, Eberhard  
 Graf zu 105. 183  
 v. Stosch, Albrecht 27-31. 35. 39f.  
 131. 155-447 passim  
 Straßburg i. E., Universität 11  
 Sturdza, Demeter (1833-1914) 375  
 Suezkanal 171  
 Tagebuch Kaiser Friedrichs III. 294  
 bis 306  
 Teleki von Szek, ungar. Magnaten-  
 familie 95f.  
 Tessendorf, Oberreichsanwalt 259.  
 306. 308  
 v. Thile, Karl Herm. (1812-1889) 130  
 Transvaal 431f. 441f. 444-447  
 v. Treitschke, Heinrich 32. 179. 191  
 Twesten, Karl 33. 52  
 Ungarn 95  
 Unterrichtswesen 309. 379  
 Vatikanisches Konzil 17. 106  
 Verein für Sozialpolitik 164. 356  
 v. Versen, Max 282  
 Viktoria, Kronprinzessin v. Preußen,  
 Deutsche Kaiserin 89. 246. 257.  
 269. 274. 276. 288. 323. 330  
 Waddington, William Henry 201  
 Wagener, Herm. 133  
 Wagner, Adolf 410  
 Währungsfrage 198. 374. 390f.  
 v. Waldersee, Alfred Graf 231. 282f.  
 318. 325. 350. 361  
 v. Watzdorf, Christian Bernhard 68  
 Welfenfonds 130f. 231. 248. 335  
 Weltausstellung, Paris 1878 135  
 v. Werder, Bern. Franz Wilh. 392  
 (v.) Werner, Reinhold 156  
 White, Sir William 375f.  
 Wied, Marie Fürstin zu 28. 93. 300.  
 312f. 314. 316  
 Wilhelm, Prinz v. Baden 69. 71  
 Wilhelm II., Kronprinz v. Preußen,  
 Deutscher Kaiser 35. 39f. 41f. 205.  
 252. 265. 272-274. 280. 282. 289.  
 306f. 319. 323  
 Windthorst, Ludwig 16. 85. 107. 174.  
 179. 252  
 v. Wissmann, Herm. 362. 374  
 v. Wrangel, F. H. E. Graf, preuß.  
 Generalfeldmarschall 282  
 York v. Wartenburg, Paul Graf 341f.  
 Zentrumsparlei 18. 113. 145. 193  
 Zollparlament (1868-1870) 86f. 89.  
 103  
 Zypern 193



## Inhaltsübersicht

Vorwort der Historischen Kommission . . . . .	5
Vorwort der Verfassers . . . . .	7
Einführung . . . . .	10

### I

#### ROGGENBACH UND AUGUSTA

1. Vor und nach Königgrätz. Verfassungsentwicklung und Gefahren der Weltlage in den Jahren des Norddeutschen Bundes	47
2. Kulturkampf und Berliner Kongreß. Weltlage und innenpolitische Wende von 1879 . . . . .	120

### II

#### ROGGENBACH UND STOSCH

1. Im Ring der Bismarckgegner. Zwischen altem und jungem Hofe	155
2. Erkrankung des Kronprinzen und Tragödie von San Remo. Die Episode der 99 Tage . . . . .	259
3. Anfänge Wilhelms II. Der Kritiker des neuen Kurses . . . .	291
Register . . . . .	448

#### TAFELN

Franz von Roggenbach. Gemälde von Ernst Haensler . . . .	Titelbild
Kaiserin Augusta. Gemälde von Bernhard Plockhorst. (Hohenzollernsches Hausarchiv, Schloß Charlottenburg) . . . . .	64/65
Albrecht von Stosch. Photograph. Aufnahme. Aus Ulrich von Hassell: Tirpitz. (Chr. Belsersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart) . . . . .	160/161

FRITZ HARTUNG

## Deutsche Geschichte 1871–1919

5., *neubearbeitete und erweiterte Auflage. 384 Seiten. Gebunden RM 11.—*

„Es spricht für den historischen und politischen Blick des Verfassers und für die vorzügliche Anlage dieses Handbuchs, daß es seit seinem ersten Erscheinen in der dunkelsten Nachkriegszeit seinen Charakter nicht zu ändern brauchte; der Verfasser hat schon damals seine Aufgabe darin gesehen, die Verbindung mit den lebendigen Kräften der deutschen Vergangenheit zu pflegen und von der damaligen Zerklüftung, hinabzudringen bis zu der festen Grundlage unseres politischen Daseins, zur Volksgemeinschaft, und bis zur unentbehrlichen Form, in der allein sich dieses Dasein entfalten kann, zur Staatsgemeinschaft“. So wird auch diese Neuauflage, die die Ergebnisse der jüngsten Forschung sorgfältig verwertet, dem bewährten Buche neue Freunde gewinnen, die seine wissenschaftliche Klarheit und gerecht abwägende Haltung schätzen werden.“

*Monatshefte für Auswärtige Politik*

WILHELM SCHÜSSLER

## Deutschland zwischen Rußland und England

Studien zur Außenpolitik des Bismarckschen Reiches

*Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands*

2., *erweiterte Auflage. 174 Seiten. Gebunden RM 3.50*

„Das Jahr 1879 ist für die deutsche Außenpolitik des Zweiten Reiches besonders bedeutsam; denn in dieses Jahr fällt die Bismarcksche ‚Bündnissondierung‘ in England, ein Gegenstand, der die deutsche Geschichtsforschung in den letzten Jahren immer wieder beschäftigt hat. Das Problem, das bis vor kurzem noch recht strittig war und oft auch von englischer Seite mit Voreingenommenheit dargestellt wurde, wird von Wilhelm Schüssler, dem Vertreter der neueren Geschichte an der Berliner Universität, jetzt in einen größeren Zusammenhang gestellt und in den verschiedenen Stadien seiner Entwicklung untersucht. Schüssler kann seinen Untersuchungen teilweise neues Aktenmaterial, vor allem auch aus österreichischer Quelle, zugrunde legen und in seiner wissenschaftlichen Polemik an zahlreiche Darstellungen anschließen, die in jüngster Zeit über die Stellung Deutschlands zwischen Rußland und England erschienen sind.“

*Magdeburgische Zeitung*

KOEHLER & AMELANG / LEIPZIG

ARNOLD OSKAR MEYER

# Bismarck

Der Mensch und der Staatsmann

*Etwa 700 Seiten. Gebunden etwa RM 10.—*

In dieser großen Biographie ist das Biographische in untrennbarer Einheit mit dem Politisch-Historischen gesehen. Sie ist das erste umfangreiche, ausführliche Werk über Bismarcks Leben als Mensch und Staatsmann, das, fest auf wissenschaftlicher Grundlage ruhend, eine lebendige Erzählung bietet und damit auch dem Leser, der ohne Vorkenntnisse an das Buch gerät, die Lektüre leicht macht, ohne dabei die Forderung strengster wissenschaftlicher Sachlichkeit je aus dem Auge zu verlieren. Eine gewaltige Aufgabe ist mit diesem Buch gelöst: bisher fehlte eine umfassende, vollständige Biographie Bismarcks, seit leider das großartige Werk von Erich Marcks unvollendet geblieben war und nur kleinere Biographien zur Verfügung standen, von denen die meisten unterdessen veraltet sind. Professor Arnold Oskar Meyer, heute wohl einer der besten Kenner aller Quellen der Bismarck-Zeit, konnte sich auf eine Fülle eigener Forschungen stützen. Aber er hat nicht nur die wichtigen neuen Quelleneditionen — so die eigene zur auswärtigen Politik Preußens wie die von Professor von Srbik zur deutschen Politik Österreichs — sachkundig ausgewertet, sondern auch das Friedrichsruher Archiv und viele wichtige Nachlässe sowie eine Fülle wichtiger persönlicher Mitteilungen Überlebender sorgsam benützt, um die menschlichen und politischen Züge so lebendig zu gestalten, wie es heute auf Grund eines so reichen Materials möglich ist. In einem langen Gelehrtenleben hat ein bedeutender Forscher den Stoff dieser Biographie gesammelt, gesichtet und geprüft. Geschrieben aber hat das Buch ein Mann, der die literarische Form zu meistern weiß, ein Geschichtsschreiber von Rang, der seinem großen Gegenstand gewachsen ist. Deshalb wird sein Werk einen freudigen und dauernden Widerhall finden als die einzige große deutsche Bismarckbiographie.

K O E H L E R & A M E L A N G / L E I P Z I G

Cz. Inia

BIBLIOTEKA  
Uniwersytecka  
Gdańsk

1862

H